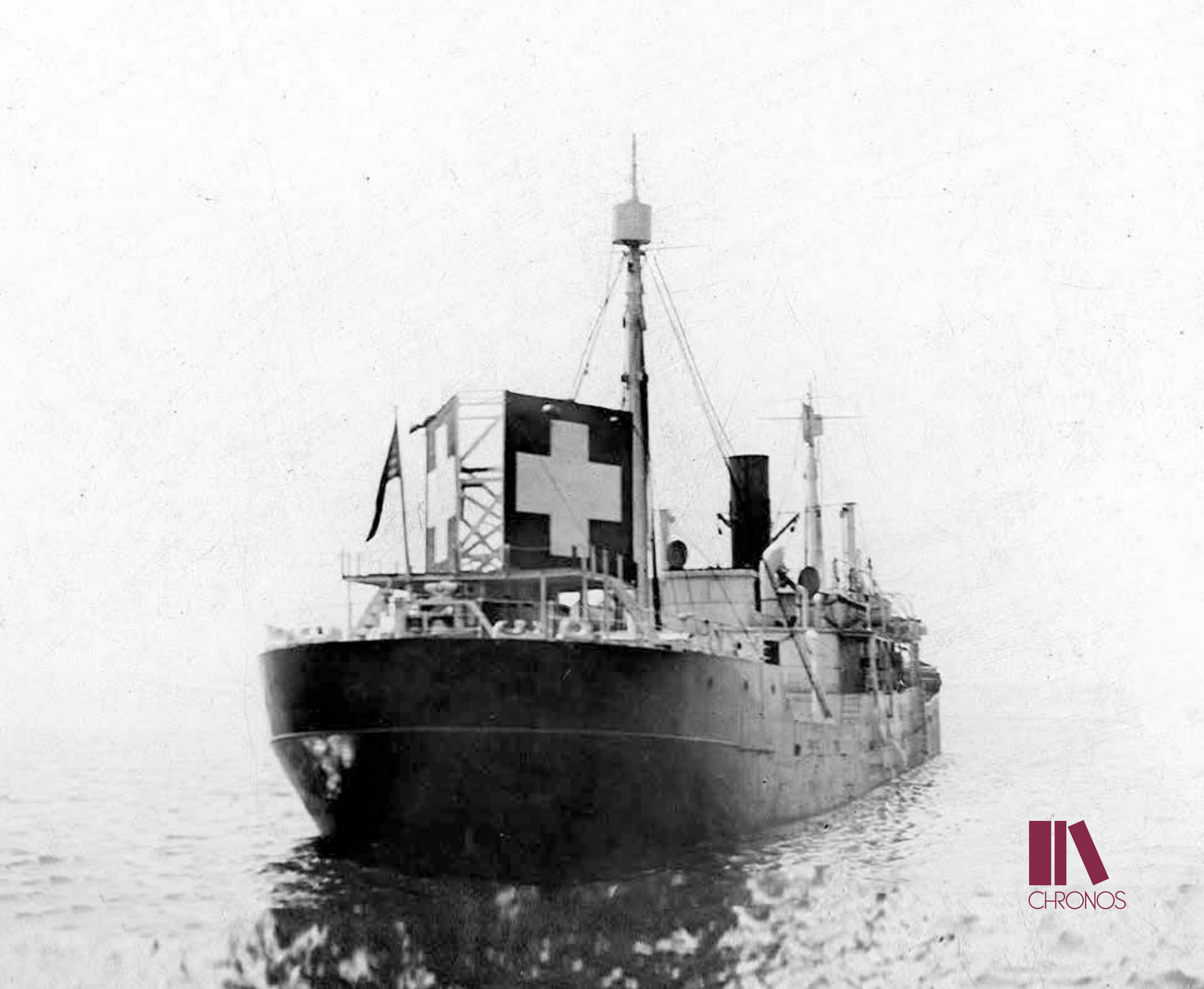
Florian Weber

Die amerikanische Verheissung

Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18

Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 1 / La Suisse pendant la Première Guerre mondiale 1



Florian Weber • Die amerikanische Verheissung

Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 1
La Suisse pendant la Première Guerre mondiale 1

Florian Weber

Die amerikanische Verheissung

Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18



Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen des Pilotprojekts OAPEN-CH.

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich im Frühjahrssemester 2016 auf Antrag der Promotionskommission Prof. Dr. Jakob Tanner (hauptverantwortliche Betreuungsperson) und Prof. Dr. Tobias Straumann als Dissertation angenommen.

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm:
www.chronos-verlag.ch

Umschlagbild: vgl. Abb. 11, S. 133

ISBN 978-3-0340-1369-7



Die Schweiz im Ersten Weltkrieg

Die vorliegende Dissertation ist Teil eines vom Schweizerischen Nationalfonds in den Jahren 2012–2016 an den Universitäten Zürich, Bern, Genf und Luzern geförderten Forschungsprojektes. Unter dem Titel «Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Transnationale Perspektiven auf einen Kleinstaat im totalen Krieg» entstanden in den letzten Jahren insgesamt sechs Dissertationen mit vielfältigen gegenseitigen Bezügen. Neben den Aussenwirtschaftsbeziehungen, dem Vollmachtenregime und der teilweise prekären Lebensmittelversorgung wurden in diesem Projekt auch die Bedeutung der humanitären Diplomatie, Veränderungen in den Migrationsbewegungen sowie die umstrittene Rolle der schweizerischen Militärjustiz untersucht. Die Studien erforschen in unterschiedlicher Weise die Auswirkungen des Krieges und den wachsenden Einfluss der Krieg führenden Länder auf die Politik, Wirtschaft und Kultur eines neutralen Kleinstaates sowie dessen Handlungsspielräume nach innen und aussen. Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 – und eingebettet in eine Vielzahl nationaler und internationaler Forschungsprojekte – erhält dieses zentrale Transformationsereignis des 20. Jahrhunderts auch in der schweizerischen Geschichtsforschung die ihm schon lange zustehende Aufmerksamkeit.

Zürich, Bern, Genf und Luzern im Sommer 2016

Jakob Tanner, Irène Herrmann, Aram Mattioli,
Roman Rossfeld und Daniel Marc Segesser

Inhalt

1 Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Zwischen deutschem Imperialismus und amerikanischem Aufstieg 11
1.1 Prolog: Vom Kaiserbesuch zum Völkerbund 11
1.2 Heranführung und Fragestellung 12
1.3 Forschungsstand, Quellen und Methode 20

2 Winter 1916/17: Vom U-Boot-Krieg zum Kriegseintritt der USA 27
2.1 Der Umzug der Amerikaner von Berlin nach Bern 27
2.2 Die Schweizer Bundeshauptstadt als Kulminationspunkt der internationalen Diplomatie 30
2.3 Die Berliner Schaltzentrale in der Schweiz und die Kohleversorgung durch das Deutsche Reich 32
2.4 Der U-Boot-Krieg und die Schweizer Abhängigkeit vom US-Weizen 39
2.5 Rumänisches Getreide oder der vergebliche Versuch, die Schweiz ans Deutsche Reich zu «ketten» 43
2.6 Der Eklat um den Schweizer Botschafter in Washington und die Kriegserklärung Präsident Wilsons 48
2.7 Schwierige Ausgangslage im Frühjahr 1917 49

3 Der Frühling der Affären und die Entsendung der Swiss Mission im Sommer 1917 53
3.1 Deutsche Geheimaktivitäten in der Schweiz und die Hoffmann-Grimm-Affäre 53
3.2 Die Richtungswahl Gustave Adors zum neuen Schweizer Aussenminister 59
3.3 Ein Schweizer Unternehmer wird neuer Botschafter in Washington 65
3.4 In Amerika die Schweiz erklären: Die Idee der Swiss Mission 69
3.5 Fahrt in Richtung Westen: Mit dem Dampfschiff über den Atlantik 71
3.6 Ungewisse Aussichten im Sommer 1917 75

4 Die Swiss Mission in den USA und der Verhandlungsherbst 1917 77
4.1 Amerikanische Zweifel an der Neutralität der Schweiz 77
4.2 Schweizer Propaganda in Amerika 81
4.3 Washingtoner Verhandlungsmarathon im Herbst 1917 88
4.4 Deutsche Störmanöver und die prekäre aussenpolitische Balance 90
4.5 Enttäuschte Hoffnungen und die Abreise der Swiss Mission 97
4.6 Verhandlungsdurchbruch beim Getreideabkommen im Dezember 1917 99
4.7 Äusserer Druck und innere Spannungen: Die Schweiz Ende 1917 102

5 Deutscher Frühling 1918 und die Zweifel an «Uncle Sam» 105
5.1 Die Versenkung der «Sardinero» 105
5.2 Transportprobleme und die Skepsis gegenüber den amerikanischen Versprechen 106
5.3 Wachsende Sorge um die Schweizer Landesversorgung im Frühjahr 1918 110
5.4 Deutsche Erfolge im Osten als Gefahr für die Schweiz 118
5.5 Der Tod eines Schweizer Diplomaten und die harte Hand der deutschen Militärs 122
5.6 Die Freunde Deutschlands sind verärgert 128

6 Sommer 1918: Zwischen dem Niedergang des Deutschen Reiches und der Ankunft der US-Truppen in Europa 131
6.1 Die Eskorte der US-Navy und die «Schweizer» Getreideschiffe 131
6.2 Miss Whitehouse und die amerikanische Propaganda 135
6.3 Von amerikanischen Agenten und Detektiven: Die deutschen Behörden fürchten den amerikanischen Einfluss in der Schweiz 144
6.4 Das Scheitern der deutschen Westoffensive und der Raubzug im Osten 146
6.5 Schmähungen und Brandanschläge: Die Stimmung in der Schweiz wird antideutsch 148

7 Der Zusammenbruch der mächtigen Nachbarn im turbulenten Herbst 1918 155
7.1 Deutschland erbittet den Waffenstillstand 155
7.2 Vergebliche Friedenssuche der Zentralmächte über die Schweiz 157
7.3 Revolution im Deutschen Kaiserreich und der Zerfall der Habsburgermonarchie 160
7.4 Der Zürcher Bombenprozess und der Landesstreik oder der Kampf gegen die deutsch-bolschewistische Unterwanderung 163

7.5 Die Schweiz steht unter alliierter Beobachtung 168
7.6 Der Abzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Behörden aus der Schweiz 170

8 Die Schweiz im Banne Wilsons in der Nachkriegszeit 175
8.1 Die USA als Versorger Europas 175
8.2 Der Kampf gegen die deutsche «Überfremdung» und für das Schweizer «Branding» 177
8.3 Die Schweizer Wirtschaft schaut nach Westen 181
8.4 Wilson-Verehrung und das Schweizer Lobbying in Versailles 185
8.5 Der Völkerbund kommt nach Genf 190

9 Schlussbetrachtung 195
9.1 Zusammenfassung 195
9.2 Flexibler Kleinstaat im totalen Krieg: Fünf Schlussfolgerungen 200

10 Dank 207

11 Bildnachweis 209

12 Abkürzungen 210

13 Anmerkungen 211

14 Quellen und Literatur 249
14.1 Ungedruckte Quellen 249
14.2 Zeitungen und Zeitschriften 250
14.3 Elektronische Quellen 251
14.4 Gedruckte Quellen und Literatur mit Quellencharakter 252
14.5 Sekundärliteratur 254

1 Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Zwischen deutschem Imperialismus und amerikanischem Aufstieg

1.1 Prolog: Vom Kaiserbesuch zum Völkerbund

Der 3. September 1912 war ein grosser Tag für die Schweiz. Seine Majestät, der deutsche Kaiser Wilhelm II., wurde zum lange ersehnten Staatsbesuch erwartet.[1] Um achtzehn Uhr fuhr der Hofzug im Hauptbahnhof Zürich ein. Geschützdonner von den Höhen des Polytechnikums kündigte das Eintreffen des Kaisers an. Wilhelm II. entstieg dem Salonwagen, wurde vom Bundespräsidenten und einer hochrangigen Schweizer Delegation begrüsst und schritt die Ehrenkompanie ab. Dann fuhren Gäste und Gastgeber in offenen Kutschen durch die Bahnhofstrasse und am Alpenquai entlang. Die Stadt hatte sich dafür in wochenlangen Vorbereitungen herausgeputzt. Ehren- und Triumphbogen sowie eine Allee von weiss-roten und schwarz-weiss-roten Masten säumten die Fahrtroute, und Tausende von Zuschauern jubelten dem Kaiser bei seinem Einzug in die grösste Schweizer Stadt zu.[2]

Der Höhepunkt des Besuches aber waren die «Kaisermanöver» in der Ostschweiz. Das dritte eidgenössische Armeekorps demonstrierte dabei dem Kaiser und seiner Entourage während zweier Tage die Schlagfertigkeit des Schweizer Milizheeres. Nebst den mehr als 20 000 Soldaten, die an der Übung teilnahmen, reisten auch mehr als 100 000 Zuschauer an, um den berühmten Staatsgast zu sehen. Eine beachtliche Zahl in Anbetracht der damals mit 3,8 Millionen im Vergleich zu heute nicht einmal halb so grossen Schweizer Wohnbevölkerung.[3] Der Besuch wurde zudem von der Presse begleitet und die Öffentlichkeit wurde über alle Details des kaiserlichen Besuches informiert. Der Kaiser avancierte zum Medienstar.

Nach den zweitägigen Militärübungen reiste der Kaiser in die reich geschmückte Bundeshauptstadt, wo er von der gesamten Landesregierung im Bundeshaus feierlich empfangen wurde. Anschliessend besuchte er die deutsche Gesandtschaft, wo er sich mit den Spitzen der deutschen Kolonie traf und einen Parademarsch der deutschen Kriegervereine abnahm. Kurz vor halb zehn Uhr abends fuhr Wilhelm II. mit seinem Gefolge zum Bahnhof. Dort wurde er vom gesamten Bundesrat und unter Hochrufen von Tausenden von Schaulustigen verabschiedet. Wenig später verliess der Hofzug mit dem Kaiser via Zürich und Schaffhausen die Schweiz. Noch während seiner Rückfahrt erreichte Wilhelm II. ein Telegramm der Schweizer Regierung. Darin hiess es: «In uns klingt die Freude über Eurer Majestät Besuch mächtig nach. Es wird uns und dem ganzen Schweizervolk unvergesslich sein.»[4]

Kaum grösser hätte der Kontrast sein können, als nur acht Jahre später der Schweizer Aussenminister Giuseppe Motta am 15. November 1920 in Genf die erste Mitgliederversammlung des Völkerbundes eröffnete. Noch beim Kaiserbesuch hatte Motta als Teil der Bundesratsdelegation den deutschen Monarchen am Hauptbahnhof Zürich freudig empfangen, ihn sogar richtiggehend umschwärmt.[5] Nun aber wandte er sich in seiner auf Italienisch gehaltenen Eröffnungsrede mit einer direkten «Dankesbotschaft an den Präsidenten Wilson». Wortreich dankte er diesem, dass er die Einberufung des Völkerbundes in Genf ermöglicht hatte, und hob zu einer Eloge auf Amerika an. Dem «Land, das für sich allein eine mit allen Gütern der Erde gesegnete Welt darstellt», und den Staat, «der das Gewicht seines Reichtums und seiner Armeen in die Waagschale warf, deren Ausschlag das Schicksal der Erde und Europas im besondern bestimmt hat».[6] Damit liess der Schweizer Aussenminister deutlich die Dankbarkeit der Schweizer Regierung dafür durchschimmern, dass die USA mit ihrem Eingreifen das Deutsche Kaiserreich besiegt und auf diese Weise den Ersten Weltkrieg für die Westmächte entschieden hatten. Seine Lobrede auf die USA und Präsident Woodrow Wilson als den geistigen Vater des Völkerbundes spiegelte sich nur wenig später in der Namensgebung des neuen Völkerbundsitzes in Genf wider, wo das frisch renovierte ehemalige Hotel National den bis heute bestehenden Namen «Palais Wilson» erhielt.[7]

Ganz offensichtlich herrschte in der Schweiz in der unmittelbaren Nachkriegsphase statt Bewunderung für Deutschland, eine fast schon enthusiastische Begeisterung für die USA und deren Präsidenten. Wie und weshalb es zu diesem Wandel kam, erzählt dieses Buch.

1.2 Heranführung und Fragestellung

Nur zwei Jahre nach dem Kaiserbesuch, am 4. August 1914, begann mit dem deutschen Angriff auf Belgien der Erste Weltkrieg.[8] Rasch wurde den Zeitgenossen klar, dass dieser Krieg eine neue Dimension annahm, denn von Anfang an entwickelte sich der in Europa ausgebrochene Krieg zu einem global geführten See- und Kolonialkrieg, in den alle europäischen Grossmächte involviert waren. Bereits kurz nach Ausbruch des Krieges sprachen die Franzosen deshalb von der «Grande guerre», die Briten vom «Great War» und die deutschsprachigen Beobachter vom «Weltkrieg». Bis zum Ende des Konflikts sollten annähernd zehn Millionen Soldaten und sechs Millionen Zivilisten sterben – eine bis dahin völlig unbekannte Dimension von Opferzahlen, die in der Menschheitsgeschichte nur noch durch den Zweiten Weltkrieg übertroffen worden ist.[9]

Die Folgen der totalen Kriegführung und der Millionen von Toten waren tiefgreifende Umbrüche in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen Europas sowie der übrigen Welt.[10] Auch auf die Schweiz wirkte sich der Zusammenbruch der bestehenden Weltordnung sehr direkt aus. Zwar wurde das

Land militärisch nicht in den Krieg involviert, denn die Angriffspläne der Grossmächte kamen über theoretische Vorstudien nicht hinaus. Vielmehr erkannten alle kriegführenden Staaten, dass ihnen ein neutrales Schweizer Territorium militärisch am meisten Nutzen bringen würde.[11] Doch die geografische Lage der Schweiz im Herzen Europas, die enge sprachliche und kulturelle Verwandtschaft mit den kriegführenden Staaten und die hohe wirtschaftliche Vernetzung mit der Welt führten dazu, dass das Land geradezu ins Zentrum des Konflikts geriet.

Insbesondere wirtschaftlich war die Schweiz stark mit dem übrigen Europa und der Welt verknüpft. Schon 1914 war die Schweiz keineswegs autark, sondern eine offene Volkswirtschaft und seit dem 19. Jahrhundert stark industrialisiert. Während die auf ausländische Märkte ausgerichtete Industrie ihre Produkte weltweit exportierte, musste die Schweiz zugleich in grossem Umfang Rohstoffe und Lebensmittel einführen. Eine komplette Grenzschliessung und damit eine Abkoppelung vom europäischen Konflikt war unmöglich. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs wies der Kleinstaat die zweithöchste Aussenhandelsquote hinter den Niederlanden auf. Der Anteil der Ein- und Ausfuhren am BIP betrug zwischen 1891 und 1913 etwa siebzig Prozent.[12] Wegen des steigenden Bedarfs an Arbeitskräften kam es seit Ende des 19. Jahrhunderts zudem zu einer hohen Einwanderung. Bei der Volkszählung 1910 wies die Schweiz einen Ausländeranteil von rund fünfzehn Prozent auf, einen Wert, den das Land erst wieder in der Boomphase der 1960er Jahre erreichte.[13] Das alpine Binnenland war damit eines der am stärksten in die Weltwirtschaft integrierten Länder in Europa. Der Kern dieser weltwirtschaftlichen Verflechtung lag in der stark entwickelten Industrie mit ihrer Exporttätigkeit, im Tourismus und in der Internationalisierung des Bankgeschäftes.[14]

Mit dem Kriegsausbruch im August 1914 ging jedoch die liberale Vorkriegsphase nicht nur in den kriegführenden Staaten, sondern auch in den übrigen europäischen Gesellschaften zu Ende.[15] Die Ära des politischen Liberalismus und des Freihandels gehörte der Vergangenheit an.[16] Die Zeiten, als man in London vom Bett aus Tee trinkend Aktien und Güter in der ganzen Welt kaufen konnte, wie es John Maynard Keynes einmal klingend formulierte, waren damit vorbei.[17] Vielmehr lieferten sich die Kriegführenden nun einen gnadenlosen Kampf, der unter Aufbietung aller volkswirtschaftlichen Kräfte geführt wurde. Beide Parteien verwendeten dabei mehr als die Hälfte ihres Nationaleinkommens für den Kriegseinsatz. Es erfolgte eine Umlenkung von Ressourcen zu Kriegszwecken, wie es weder vor 1914 noch nach 1945 jemals wieder vorgekommen ist.[18]

Dieser globale Wirtschaftskrieg und der damit verbundene Zusammenbruch des Freihandels erschütterten die Grundfesten des schweizerischen Wirtschaftsmodells und bestimmten den Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Schweiz massgeblich. Denn um die eigenen militärischen Kapazitäten zu erhöhen, versuchten beide Kriegsparteien das ökonomische Potential der neutralen Staaten für sich zu nutzen. Besonders die Entente betrieb eine ausgesprochen rigide Blockadepolitik, die darauf abzielte, die Rohstoffversorgung

Deutschlands und Österreich-Ungarns zu unterbinden. Unter dem Stichwort «Politics of Hunger» sollten die Zentralmächte ökonomisch ausgehungert und dadurch militärisch besiegt werden.[19] Die Blockadepolitik sollte zudem die deutsche Industrie schwächen und deren kriegswirtschaftliches Potential vernichten.[20] Um den Wirtschaftskrieg erfolgreich zu gestalten, mussten allerdings auch die Neutralen in das Blockadesystem einbezogen werden, denn diese dienten den Zentralmächten als Zwischenhändler für Rohstoffe und Güter und drohten damit, das alliierte Dispositiv zu desavouieren.[21] Umgekehrt versuchten auch die Zentralmächte den Güterexport der Neutralen in den alliierten Wirtschaftsraum einzuschränken, um damit die neutralen Staaten dem wirtschaftlichen Einfluss der Entente zu entziehen.[22]

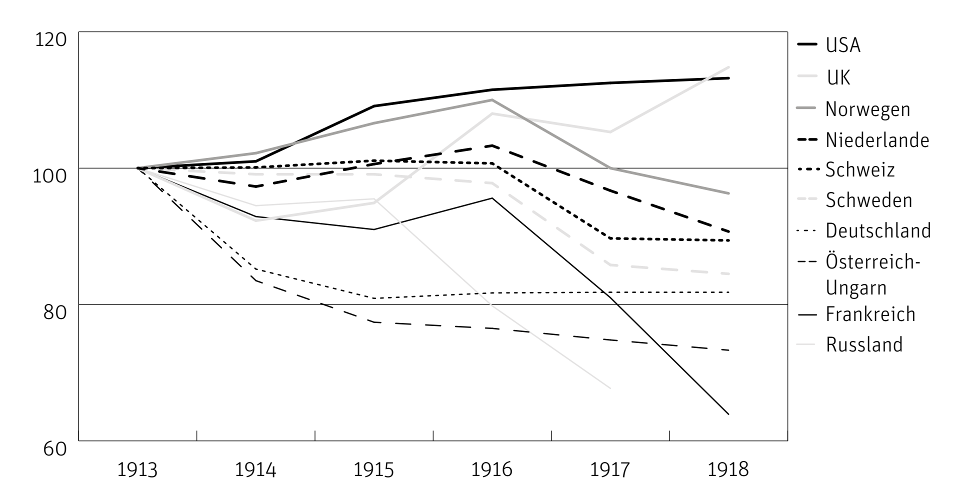
Die Schweiz und die übrigen neutralen Staaten wurden damit zum Schauplatz eines wirtschaftlich geführten Weltkriegs. Allerdings erstreckte sich die Einflussnahme der kriegführenden Parteien nicht nur auf das Feld der Ökonomie, sondern die neutralen Staaten Europas wurden auch zum Austragungsort eines erbitterten politisch-ideologischen Kampfes, der mit Mitteln der Propaganda, der Spionage und der diplomatischen Machtpolitik geführt wurde. Die neutralen Staaten befanden sich direkt an der Konfliktlinie der beiden Kriegsparteien und wurden mit der Zeit immer stärker durch die Auswirkungen des Krieges beeinflusst. Immer mehr Staaten entschieden sich, ihren neutralen Status aufzugeben und in den Krieg einzutreten. War bei Kriegsausbruch im August 1914 noch die Mehrheit der Staaten neutral, gehörte am Ende des Krieges, im Herbst 1918, nur noch eine kleine Anzahl Länder keiner der beiden Parteien an. 1915 und 1916 schlossen sich Italien, Portugal und Rumänien der Entente an, so dass die Schweiz nebst den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Spanien eines der wenigen neutralen Länder Europas blieb und ab 1915 vollständig von kriegführenden Staaten umgeben war.[23] Unter dem Druck der Kriegsverhältnisse wurde das Lager der Neutralen somit immer kleiner und verlor zusehends an Einfluss. Entscheidend war in dieser Hinsicht der Kriegseintritt der neutralen USA, die bis zur Kriegserklärung an Deutschland im Frühjahr 1917 die wichtigste Stimme im Lager der neutralen Staaten repräsentierten. Auch die Schweiz hatte sich bis dahin vor allem von den USA eine starke Vertretung der Interessen der neutralen Staaten erhofft. Die Versuche, eine gemeinsame neutrale Position zu entwickeln und den kriegführenden Staaten als geschlossene Gruppe gegenüberzutreten, waren jedoch stets an unterschiedlichen Interessenlagen und mangelnder Koordination gescheitert.[24]

Anstatt einer Deeskalation unter Führung der Neutralen erreichte der Krieg ab 1917 vielmehr seine entscheidende Phase, denn mit dem Kriegseintritt der Amerikaner verschoben sich die Kräfte eindeutig zugunsten der Entente. Seit dem Jahr 1916 überstieg das BIP der USA dasjenige des britischen Empires. Die USA waren nun die weltgrösste Wirtschaftsmacht und verfügten, im Gegensatz zu den immer kriegsmüderen europäischen Mächten, über schier unbegrenzte Ressourcen an Rohstoffen, Finanzmitteln und Menschen.[25] Zudem folgte den

USA die Mehrheit der zentral- und südamerikanischen Staaten,[26] so dass am Ende des Krieges, im November 1918, die Regierungen, die aufseiten der Alliierten kämpften, rund siebzig Prozent der Weltbevölkerung und 64 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts repräsentierten.[27] Dieser globalen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten konnten die Zentralmächte letztlich nichts mehr entgegensetzen.

Das Jahr 1917 war mit dem Kriegseintritt der USA aber auch deshalb so entscheidend, weil gerade in jener Phase des Krieges zwei Mitglieder des alliierten Bündnisses, Russland und Frankreich, wirtschaftlich stark einbrachen. Im Falle Russlands kam es dabei nicht nur zu einer schweren Depression, sondern sogar zur Auflösung der bestehenden Gesellschaftsordnung und zur Revolution unter Wladimir Iljitsch Lenin. Das Wendejahr 1917 lässt sich sehr gut mit Grafik 1 illustrieren, welche die wirtschaftliche Entwicklung der wichtigsten kriegführenden und neutralen Staaten aufzeigt. Deutlich erkennbar ist die positive wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich und in den USA, deren BIP am Ende des Krieges mehr als zehn Prozent über demjenigen von 1913 lag. Die anglo-amerikanischen Siegermächte profitierten vom Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich. Die europäischen Neutralen bewegten sich hingegen im Mittelfeld. Ihr BIP brach ab 1917 deutlich ein und lag am Ende des Krieges durchschnittlich zehn Prozent unter dem Vorkriegswert. Besonders starke Rückschläge in der wirtschaftlichen Entwicklung zeigten schliesslich die kontinentaleuropäischen Kriegführenden. Während das BIP von Russland bereits 1916 schwer einbrach und das Land ein Jahr später aus dem Krieg ausschied, erlitt Frankreich 1917 einen wirtschaftlichen Rückgang um mehr als dreissig Prozent. Umso wichtiger war daher der Kriegseintritt der USA im selben Jahr, der die Kräfte auf der alliierten Seite wieder stärkte. Die Zentralmächte hingegen erlitten mit einer Verringerung des BIP zwischen zwanzig und 25 Prozent einen wirtschaftlichen Einbruch. Im Gegensatz zu den Alliierten vermochten sie diesen allerdings nicht durch den Zugewinn eines neuen Bündnispartners aufzufangen. Der Kriegseintritt der USA als neue Kraft veränderte die bestehende Machtbalance und liess in den nachfolgenden knapp zwei Kriegsjahren das Pendel immer deutlicher zugunsten der Entente ausschlagen. Mit dem Beitritt der USA in den Wirtschaftskrieg wurde zudem die bereits bestehende Blockadepolitik der Entente deutlich verschärft. Der bisher aus Übersee in die Schweiz strömende Warenfluss aus Getreide und anderen wichtigen Rohstoffen drohte zu versiegen. Die Schweiz war in ihrem wirtschaftlichen Überleben damit immer deutlicher von der Entente sowie den USA abhängig und geriet ab 1917, wie auch die übrigen europäischen Neutralen, zunehmend in den Einflussbereich der global dominierenden Allianz gegen die Zentralmächte.[28] Zugleich führten die Zentralmächte einen immer rücksichtsloseren militärischen Kampf gegen die Alliierten und erhöhten ihren wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Schweiz. Je schwieriger sich die wirtschaftliche und militärische Lage gestaltete, desto kompromissloser führte die deutsche Führung ihren Weltkrieg gegen die Entente und

Grafik 1: BIP-Entwicklung 1913–1918, zehn Länder, 1913 = 100 Prozent



Quelle: Broadberry/Harrison, The Economics of World War I, S. 12; Maddison, World Economy, S. 150.
Daten: Italien ist nicht aufgeführt, da die BIP-Berechnungen zu ungenau sind. Vgl. Broadberry/Harrison, The Economics of World War I, S. 305–307.

die USA. Innerhalb des eigenen Bündnisses übernahm Deutschland ab 1917 zudem die uneingeschränkte politische Führung, während das marode Habsburgerreich zum Vasallenstaat degradiert wurde.[29]

Ab 1917 lief der Konflikt daher immer klarer auf eine Konfrontation zwischen den Alliierten unter der Führung der neuen Grossmacht USA und den Zentralmächten unter der Führung des Deutschen Kaiserreiches hinaus. Die Schweiz geriet ab 1917 in das transnationale Kräftefeld zwischen der niedergehenden deutschen Monarchie und der aufstrebenden Grossmacht USA. Das Jahr 1917 markierte damit den eigentlichen Wendepunkt im grossen europäischen Konflikt, der mit den Worten des bekannten Historikers Eric Hobsbawm den Beginn des kurzen 20. Jahrhunderts zwischen 1914 und 1989 einläutete,[30] das viel zitierte Zeitalter der Extreme, welches durch zwei Weltkriege, die grösste Wirtschaftskrise der Geschichte und den Aufstieg von Faschismus und Kommunismus geprägt war und mit dem Ende des Kalten Krieges endete.[31]

Auch für die Schweiz lässt sich das Jahr 1917 als Wendepunkt charakterisieren, denn vor allem wirtschaftlich begann sich die Ausgangslage im vierten Kriegsjahr besonders stark zu verschlechtern. Dies lässt sich anhand eines von Rossfeld/Straumann entwickelten Modells nachvollziehen, welches die schweizerische Wirtschaftsentwicklung im Krieg in drei Phasen aufteilt.[32] Nach einer ersten Phase, einem kurzzeitigen Schock, im Herbst 1914 nach Kriegsausbruch, in der die Ein- und Ausfuhr vorübergehend blockiert war und der Aussenhandel deutlich einbrach, setzte im Frühling 1915 eine zweite Phase der Kriegskon-

Tab. 1: Entwicklung des BIP real von vier europäischen Neutralen, 1913–1919

	Schweiz	Niederlande	Norwegen	Schweden
1913	100,0	100,0	100,0	100,0
1914	100,1	97,3	102,2	99,1
1915	101,1	100,6	106,6	99,1
1916	100,7	103,3	110,0	97,8
1917	89,7	96,7	100,0	85,8
1918	89,4	90,7	96,3	84,5
1919	95,3	112,4	112,6	89,4

Quelle: Maddison, Monitoring the World Economy, S. 150.

junktur ein,[33] denn beide Kriegsparteien mobilisierten immer mehr Ressourcen für den Krieg. Während in Deutschland 1914 die Staatsausgaben erst ein Viertel des BIP betrugen, war es ein Jahr später bereits fast die Hälfte. Auch in Frankreich und Grossbritannien erhöhten sich die staatlichen Ausgaben.[34] Dies führte zu einer Zunahme der Nachfrage nach industriellen Gütern und Rohstoffen. Auch die schweizerische Industrie profitierte von diesem Nachfrageüberhang. Die Arbeitslosigkeit sank und bald herrschte ein Mangel an Arbeitskräften. Die Schweizer Exporte stiegen in realen Preisen und Mengen deutlich an und 1916 konnte sogar zum ersten Mal ein Handelsbilanzüberschuss erzielt werden.[35] Diese Periode der Kriegskonjunktur dauerte jedoch nicht lange und spätestens ab 1917 trat die Schweiz in eine dritte Phase ein, die durch zunehmende wirtschaftliche Restriktionen und soziale Spannungen gekennzeichnet war. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage lässt sich an der Entwicklung des BIP gut nachvollziehen. Wie Tabelle 1 zeigt, lag das BIP der Schweiz während der Kriegskonjunktur 1915 und 1916 noch knapp ein Prozent höher als 1913. Innerhalb eines Jahres schrumpfte die Schweizer Wirtschaft dann aber um elf Prozent und rutschte 1917/18 in eine schwere wirtschaftliche Depression. Auch im ersten Nachkriegsjahr 1919 hatte sich die Wirtschaft noch nicht erholt und das BIP lag noch deutlich unter dem Vorkriegswert.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung der Schweiz ist damit vergleichbar mit derjenigen der übrigen kleinen europäischen Länder. Allerdings zeigt sich, dass die Schweiz und Schweden im Vergleich zu den Niederlanden und Norwegen deutlich stärker durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die konjunkturelle Entwicklung der Schweiz zeigt sich auch bei einer Betrachtung der BIP-Entwicklung pro Kopf. Während das Schweizer BIP pro Person 1913 noch bei 4207 US-Dollar[36] lag und bis 1915 sogar auf 4218 US-Dollar anstieg, betrug das BIP pro Einwohner im letzten Kriegsjahr 1918 nur noch 3746 US-Dollar. Damit lag es rund zwölf Prozent unter dem Vorkriegswert.[37] Die Bevölkerung der Schweiz war somit am Ende des Krieges im Durchschnitt deutlich ärmer als vor dem Krieg. Einschneidend wirkte sich vor allem die explosionsar-

tige Entwicklung der Preise aus. Wie Grafik 2 zeigt, lag das Preisniveau in der Schweiz bereits zwei Jahre nach Kriegsausbruch um rund ein Drittel höher. Ab 1917 nahm die Inflation dann sprunghaft zu und das Preisniveau erhöhte sich bis 1919 auf den Wert von 222 (1912 = 100).[38] Ähnliche Teuerungsraten wiesen allerdings auch die übrigen kriegführenden und neutralen Staaten auf. So stiegen in Grossbritannien die Preise im Einzelhandel bis 1919 auf 211 (1913 = 100) und in Frankreich stieg der Konsumentenpreisindex bis ins erste Nachkriegsjahr auf 261 (1913 = 100). Auch in den neutralen Niederlanden erhöhten sich die Preise stark: Der BIP-Deflator stieg bis 1919 auf 237 (1913 = 100). Noch verheerender war die Teuerung nur in Deutschland, wo sich die Grosshandelspreise bis 1919 auf 470 (1913 = 100) erhöhten und sich damit fast verfünffachten.[39] Die Schweiz konnte sich somit dem europäischen Gesamttrend nicht entziehen und weder die Massnahmen der Bundesbehörden zur Preisregulierung noch die geldpolitische Steuerung der Nationalbank vermochten die Preisstabilität zu gewährleisten.[40]

Ab 1917 waren die Auswirkungen des Krieges somit auch in der Schweiz deutlich spürbar geworden und die soziale Stabilität schien zunehmend bedroht. Insbesondere die Lohnentwicklung hielt mit der rasanten Teuerung nicht schritt, so dass die Reallöhne deutlich zurückgingen. Auch Beamte und Angestellte erlebten einen sozialen Abstieg und solidarisierten sich mit der Arbeiterbewegung. Insbesondere in den Städten kam es deshalb im Sommer 1917 zu grossen Teuerungsdemonstrationen. Zudem verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung durch Importprobleme und bedeutende Teile der Bevölkerung waren auf staatliche Zuwendungen angewiesen. Zugleich profitierten gewisse Branchen vom Krieg und einzelne Unternehmer gelangten zu hohem Wohlstand. Diese Zuspitzung der sozioökonomischen Gegensätze und der Ausschluss der Linken vom politischen Prozess führten zu einer wachsenden Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung, was sich in handfesten innenpolitischen Auseinandersetzungen zeigte und bei Kriegsende im November 1918 in den Landesstreik mündete.[41]

Die vorliegende Arbeit richtet den Fokus auf die dritte Phase ab 1917, in der die Schweiz immer stärker durch die Auswirkungen des Krieges erfasst wurde und sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dynamiken dieses globalen Krieges in kurzer Zeit verdichteten.

Im Zentrum der Untersuchung steht die schweizerische Aussenpolitik, die an der Schnittstelle zwischen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen das Verhältnis zu den kriegführenden Grossmächten zu gestalten suchte. Für die traditionell offene Volkswirtschaft der Schweiz, die mit beiden Kriegsparteien enge wirtschaftliche Verbindungen pflegte, spielten dabei aussenwirtschaftliche Fragestellungen und die Verbindungen zum globalen Markt eine zentrale Rolle. Maßgeblich war hierfür, dass die Schweiz während der vier Kriegsjahre in komplexe und langwierige Verhandlungen mit beiden Kriegsparteien eintrat, um die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit und damit auch die politische Stabilität des Landes zu erhalten. Unter dem Einfluss des globalen Wirtschaftskrieges

Grafik 2: Konsumentenpreisindex der Schweiz, 1913–1919 (1913 = 100)

Quelle: Historische Statistik der Schweiz Online.

wurde die Aussenwirtschaft[42] deshalb zum zentralen Gegenstand der schweizerischen Aussenpolitik.[43]

In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, wie sich die schweizerischen Aussenbeziehungen im Kriegsverlauf veränderten und es werden die Handlungsspielräume der schweizerischen Aussenpolitik im transnationalen Kräftefeld der letzten beiden Kriegsjahre 1917/18 untersucht. Dabei wird angenommen, dass sich die verändernde Kriegslage und die machtpolitischen Verschiebungen auch direkt auf die Schweizer Aussenbeziehungen auswirkten. Im Fokus stehen der Niedergang des Deutschen Kaiserreiches und der Aufstieg der aufstrebenden Supermacht USA. Die Untersuchung orientiert sich hier an der jüngst vom britischen Historiker Adam Tooze überzeugend dargelegten Studie über den Aufstieg der USA zur zentralen Ordnungsmacht im Ersten Weltkrieg.[44] Tooze zeigt auf, dass die USA im Ersten Weltkrieg eine noch nie dagewesene Machtposition entfalteten und am Ende des Konflikts zum Schlüsselfaktor bei der Neuordnung der internationalen Beziehungen avancierten. Während Frankreich ab Mitte des Krieges auf eine dezidiert transatlantische Politik umgestellt hatte und das britische Empire seine globale Vormachtstellung widerstandslos an die USA abtrat, erlebten sowohl das besiegte wilhelminische Deutschland als auch Russland eine wahre Implosion ihrer Macht. Laut Tooze hatte die Gewalt des Ersten Weltkriegs aus diesem Grund nicht zu einem dualistischen Kalten Krieg zwischen den USA und dem Sowjetprojekt geführt, sondern zunächst zu einer Suche nach Frieden und Appeasement unter der Ägide der neuen Grossmacht USA.

Die Untersuchung geht davon aus, dass auch die Schweiz als kleiner, neutraler Staat von dieser Veränderung der weltpolitischen Lage direkt betroffen war

und sich die Schweizer Aussenpolitik auf die USA als neue Weltmacht einstellen musste. Die Arbeit verfolgt die These, dass sich die Schweiz, wie viele andere neutrale Staaten, dem Konflikt nicht einfach zu entziehen vermochte, sondern sich im Kriegsverlauf an die neue machtpolitische Konstellation anpasste und ihre Aussenpolitik revidierte. Allerdings wird auch berücksichtigt, dass das Land während des Krieges sowohl geografisch und kulturell als auch ökonomisch in einem engen Bezug zum Deutschen Reich stand. Das spannungsreiche Verhältnis des Kleinstaats zu seinem nördlichen Nachbarn spielt deshalb ebenfalls eine zentrale Rolle.

Das Ziel besteht darin, die schweizerische Aussenpolitik im Wechselspiel der verschiedenen Einflusssphären verstehbar zu machen und die Rückwirkungen des «Grossen Krieges» auf den Kleinstaat genauer zu beleuchten. Diese Studie reiht sich damit ein in ein allgemein gestiegenes Forschungsinteresse an der Rolle kleiner, neutraler Staaten in Europa während des Ersten Weltkriegs. Wie eine kürzlich in Amsterdam durchgeführte Tagung aufzeigte, waren sämtliche europäischen, neutralen Staaten sehr stark vom Krieg betroffen. Eine wirkliche Globalgeschichte des Ersten Weltkriegs kann somit nur unter Berücksichtigung der Neutralen und deren Neutralitätspolitik geschrieben werden.[45] Die vorliegende Untersuchung versteht sich als direkter Forschungsbeitrag zu dieser internationalen Debatte.

1.3 Forschungsstand, Quellen und Methode

In der Schweizer Historiografie hatte der Erste Weltkrieg lange Zeit keine grössere Aufmerksamkeit geweckt, denn wie im gesamten deutschsprachigen Raum wurde auch in der schweizerischen Geschichtswissenschaft der Erste durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs stark überlagert.[46]

Die Weltkriegsgeschehnisse haben zwar in der Nachkriegszeit zunächst ein grosses Interesse hervorgerufen und eine Vielzahl von Publikationen hervorgebracht. Allerdings sind viele dieser Analysen heute nur noch von begrenztem Nutzen, da die damaligen Autoren allzu stark unter dem Eindruck der Ereignisse standen. So entpuppte sich etwa die von Jacob Ruchti verfasste und lange Zeit als Standardwerk gehandelte «Geschichte der Schweiz während des Weltkriegs» als zeitgenössische Propaganda.[47] Neueste Forschungsergebnisse zeigen, dass Ruchti, der offen die Kriegsziele der Mittelmächte unterstützte, seine Arbeit auf direkte Anregung der Berliner Behörden verfasste. Sein Buch ist damit selbst Teil der politischen Geschichte der Schweiz.[48] Dennoch finden sich einige Werke, die bis heute eine nützliche Grundlage bilden, wie etwa die vom Basler Volkswirtschaftler Traugott Geering verfasste Monografie über Handel und Industrie der Schweiz im Ersten Weltkrieg.[49] Insgesamt sind die Studien aus den 1920er und 1930er Jahren aber sowohl methodisch und theoretisch als auch aufgrund des fehlenden Quellenzugangs nicht als historische Untersuchungen im engeren Sinne zu betrachten.

Erst ab den 1970er Jahren wandte sich die Forschung verstärkt der Frage zu, welche Rolle das Land im internationalen Kontext spielte. In Abkehr vom traditionellen Neutralitätsparadigma, wie es von Paul Schweizer[50] etabliert und noch bis in die Nachkriegszeit vom Quasistaatshistoriker Edgar Bonjour in seiner «Geschichte der schweizerischen Neutralität»[51] perpetuiert wurde, untersuchte die historische Wissenschaft nun, wie die Geschichte des Landes unter Berücksichtigung europäischer und globaler Entwicklungen zu verstehen sei. Es war schliesslich der Lausanner Historiker Hans-Ulrich Jost, der 1983 eine Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorlegte, die sich stärker darauf konzentrierte, die Verbindungen und Austauschverhältnisse der Schweiz mit dem Ausland zu betonen.[52]

Die Erforschung der Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg erlebte deshalb in den 1970er Jahren einen ersten Höhepunkt. Die Sperrfristen waren abgelaufen und es konnten quellenbasierte Arbeiten entstehen. Die wichtigste Untersuchung dieser Phase ist die Studie zur Aussenhandelspolitik von Heinz Ochsenbein.[53] Die grundsätzlich breite Analyse behandelt allerdings vorwiegend die erste Phase des Krieges und widmet den wichtigen letzten beiden Kriegsjahren lediglich ein dünnes Kapitel. Ebenfalls erwähnenswert ist die Monografie von Pierre Luciri über die aussenwirtschaftlichen Verhandlungen der Schweiz. Allerdings endet die Untersuchung im Herbst 1915.[54] Für die Beziehungen der Schweiz zu einzelnen Staaten im Ersten Weltkrieg gibt es mehrere Studien. So untersuchte David Driscoll die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Grossbritannien.[55] Zum Verhältnis zwischen Frankreich und der Schweiz arbeiteten Marjorie Milbank Farrar und Hans Rudolf Ehrbar, Letzterer unter militärhistorischem Blickwinkel.[56] Ausserdem findet sich die Arbeit von Heinz Karl Meier zu den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen.[57] Meier widmet sich aber nur dem bilateralen Austausch der beiden Staaten, eine Einordnung in den Kontext schweizerischer Aussenpolitik fehlt. Kaum Literatur existiert zudem zur Schweiz und zu Italien.[58] Nicht weniger dispers ist die Literatur zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und den Zentralmächten. Über die deutsch-schweizerischen Kontakte informiert, wie erwähnt, Ochsenbein. Gar keine Literatur existiert zum Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft und der Habsburgermonarchie, abgesehen von zwei sehr spezifischen Studien.[59] Zur Schweiz und zu den übrigen europäischen Neutralen gibt es zwei kurze Aufsätze, in denen die Neutralitätspolitik miteinander verglichen wird.[60]

Während sich die Schweizer Geschichtsforschung danach kaum mehr mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigte, sind im Rahmen des hundertjährigen Gedenkens nun erstmals wieder vermehrt historische Arbeiten zur Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg entstanden. Dank einer landesweiten Ausstellung unter dem Titel «14/18: Die Schweiz und der Grosse Krieg» und einer hochwertigen Begleitpublikation wurde das Thema dabei nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in der Schweizer Öffentlichkeit und den Medien rezipiert.[61] Bereits zuvor hatten allerdings Roman Rossfeld und Tobias Straumann mit dem Sammelband «Der

vergessene Wirtschaftskrieg» die Verflechtungen der Schweiz im Ersten Weltkrieg aus unternehmenshistorischer Sicht beleuchtet.[62] Im Gegensatz zu früheren Arbeiten interessiert sich diese jüngere Forschung stärker für die transnationalen Verflechtungen und grenzüberschreitenden Dynamiken und versucht aufzuzeigen, auf welch vielfältige Weise die Schweiz mit dem Kriegsgeschehen verflochten war.[63] Auch die vorliegende Arbeit entsteht im Kontext dieses jüngsten Forschungsinteresses und ist Teil eines vom Schweizerischen Nationalfonds getragenen Projekts unter dem Titel «Switzerland in the First World War. Transnational Perspectives on a Small State in Total War».[64]

Dass die Fragen zu den Aussenbeziehungen und den Verflechtungen der Schweiz bis heute eher wenig thematisiert wurden, hat unter anderem mit theoretischen und methodischen Defiziten der bisherigen Forschung zu tun. Während die Arbeiten der Zwischenkriegszeit einer Wirtschaftsgeschichte im Sinne der historischen Schule verpflichtet waren, sich auf die Erfassung von Datenmaterial beschränkten und einen nationalstaatlichen Kontext wählten, waren die Arbeiten der 1970er Jahre einer eher eng geführten Politikgeschichte verpflichtet. Hinzu kam, dass die Einbettung der Schweizer Geschichte in den transnationalen Kontext bis heute ausgeblieben ist. Anstatt die engen Verbindungen der Schweiz mit dem europäischen Umfeld zu untersuchen, behandeln die bisherigen Arbeiten oft nur Teilaspekte schweizerischer Aussenpolitik mit einem beschränkten, bilateralen Fokus und sind einseitig nationalgeschichtlich ausgerichtet. Die Arbeiten jüngeren Datums sind zwar theoretisch und thematisch breiter angelegt, haben sich aber nur noch wenig mit Aussenpolitik und Aussenwirtschaftsfragen beschäftigt. Eine breit angelegte Untersuchung, die die schweizerischen Aussenbeziehungen im Wechselspiel des deutschen und amerikanischen Einflusses genauer erforscht und das Wendejahr 1917 sowie das Kriegsende in den Blick nimmt, fehlt daher bis heute.

Um das skizzierte Forschungsvorhaben umzusetzen, stützt sich die Arbeit auf eine äusserst breite in- und ausländische Quellenbasis.[65] Da der Schwerpunkt eindeutig auf dem Einfluss der ausländischen Kriegsparteien liegt, wurde in erster Linie ausländisches Archivmaterial konsultiert. Die Untersuchung ausländischer Quellen ermöglicht Einblicke, die sich allein durch die Analyse schweizerischer Bestände nicht ergeben. Insbesondere im neutralitätspolitisch heiklen Umfeld der Aussenbeziehungen erlauben ausländische Quellenbestände einen direkten Einblick in die enge Verzahnung schweizerischer Akteure mit den kriegführenden Mächten und geben Aufschluss über deren starke Einflussnahme auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Schweiz. Allerdings ist auch hier Vorsicht geboten, denn der wachsende Propagandakrieg aller Parteien führte dazu, dass selbst gut informierte Diplomaten und Politiker oft Fehlinformationen aufsassen oder diese bewusst in Umlauf setzten.

Da in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 die Ausgangslage der Schweiz massgeblich durch die schwierige Position zwischen dem Deutschen Kaiserreich und den USA bestimmt wurde, stützt sich die Arbeit hauptsächlich auf deutsche und amerikanische Quellen.

In den USA wurden sowohl staatliche als auch private Quellen untersucht. Den Schwerpunkt bildete die Archivarbeit in den umfangreichen Beständen der National Archives in Washington, D. C., wobei unter anderem mit den Akten der US-Gesandtschaft in Bern und des State Department und mit den Unterlagen der mächtigen amerikanischen Aussenwirtschaftsbehörde War Trade Board sowie des für US-Propaganda zuständigen Committee on Public Information gearbeitet wurde. Ergänzend dazu konnten verschiedene Nachlässe amerikanischer Journalisten sowie das umfassende US-Zeitungsarchiv in der Library of Congress in Washington, D. C., konsultiert werden. Neben den staatlichen Archiven wurden zudem verschiedene Bestände in Archiven der Harvard University in Cambridge (MA) sowie der Hoover Institution Archives der Stanford University in Palo Alto (CA) ausgewertet. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Nachlässe einflussreicher Persönlichkeiten, wie etwa der Leiterin der US-Propagandaabteilung in Bern, Vira Whitehouse, des Vertreters des War Trade Board in der Schweiz, Ellis Loring Dresel, oder des in Genf domizilierten US-Amerikaners George D. Herron. Um die amerikanische Sichtweise zu ergänzen, wurden auch vereinzelt die Unterlagen des in Bezug auf die Schweiz wichtigsten alliierten Verbündeten, Frankreich, in den Archives nationales sowie Aktenbestände des französischen Aussenministeriums in den Archives diplomatiques beigezogen.

In Deutschland wurden zunächst die äusserst umfangreichen Unterlagen des Auswärtigen Amtes in Berlin ausgewertet, die sowohl Aufschluss über die Aktivitäten der deutschen Behörden in der Schweiz als auch über die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Strategien der deutschen Regierung und des deutschen Militärs bezüglich des Landes geben. Zusätzlich konnten Akten im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde gesichtet werden. Als Ergänzung zur deutschen Position wurden zudem die staatlichen Akten Österreich-Ungarns im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien ausgewertet. Dabei handelt es sich um die Unterlagen der k. u. k. Gesandtschaft in Bern, die privaten Korrespondenzen des österreichisch-ungarischen Gesandten sowie um die Unterlagen des Ministeriums des Äussern und der diesbezüglichen Handelsakten.

Nebst diesen ausländischen Beständen wurden Quellen aus der Schweiz analysiert. Dabei wurden verschiedene Bestände im Bundesarchiv in Bern ausgewertet, wobei es sich vorwiegend um Akten aus dem Aussendepartement, dem damaligen Politischen Departement, handelt. Zusätzlich stützt sich die Arbeit auf die wichtigsten politischen Korrespondenzen, die in den diplomatischen Dokumenten der Schweiz publiziert sind. Umfangreiche Quellenarbeit wurde auch im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich betrieben. Dort interessierten vor allem die Nachlässe verschiedener Persönlichkeiten, wie etwa der Bestand des Schweizer Botschafters in Washington Hans Sulzer oder die privaten Akten des deutschen Diplomaten Adolf Müller, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen der Schweiz zu den USA und Deutschland entscheidend prägten. Ergänzend dazu konnten die privaten Nachlässe einiger Schweizer Persönlichkeiten genutzt werden. Darüber hinaus wurden verschiedene gedruckte Publikationen sowie

in- und ausländische Tageszeitungen und Zeitschriften, die während des Weltkriegs erschienen, konsultiert.

Gestützt auf diese Quellenlage und entsprechend der neueren Forschungstradition verfolgt die vorliegende Arbeit das Ziel, eine moderne Verflechtungsgeschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg zu schreiben. Eine geeignete theoretische Grundlage dafür bietet das Konzept des renommierten schwedischen Politologen Jens Bartelson. Dieser unterscheidet im Diskurs über den Begriff der Globalisierung verschiedene Formen eines stufenförmigen Prozesses von reinem Austausch zwischen Nationalstaaten hin zu einer weitgehend global integrierten Welt.[66] Unter dem Begriff der Transformation versteht Bartelson eine Zwischenstufe, in der die einzelnen Nationalstaaten nach wie vor wichtig bleiben, jedoch globale Strukturen wirkmächtig werden. Ganz im Sinne Wallersteins wird die Welt als ein Gesamtsystem begriffen.[67] Globalisierung ist dabei «a priori situated over and outside the grasp of the unit level, yet profoundly affecting the identity of the units over time».[68] Bei dieser Konzeption bleibt der Nationalstaat als Akteur nach wie vor zentral, seine Handlungsfähigkeit und seine Kernkompetenzen werden allerdings stark durch globale Strukturen eingeschränkt und seine Identität durch globale Prozesse geprägt.

Die transformatorische Kraft der Globalisierung zeigt sich am Beispiel der Schweizer Aussenbeziehungen im Ersten Weltkrieg besonders deutlich, denn durch die Einbindung der Schweizer Volkswirtschaft in weltweite Produktions- und Handelssysteme wurde die Schweiz Teil globaler Entwicklungen, die die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats überforderte. Die Verschärfung des Wirtschaftskrieges führte über die Aussenwirtschaft direkt zu ökonomischen Rückwirkungen auf die Schweiz und griff indirekt auch auf die Innenpolitik über, die sich im Verlauf des Krieges mit einer starken Zunahme sozialer und politischer Konfliktpotenziale konfrontiert sah. Die Aussenwirtschaft erwies sich dabei, den Worten des deutschen Politikwissenschaftlers Gilbert Ziebura zufolge, als eigentlicher «Dreh- und Angelpunkt im Verhältnis von Nationalstaat und Weltwirtschaft und zwischen Innen- und Aussenpolitik».[69] Durch den Ersten Weltkrieg wurde die wechselseitige Durchdringung von Politik und Ökonomie in einer bis dahin unbekannten Intensität vorangetrieben, so dass es für die Staatspolitik und Wirtschaft angesichts des immer totaler geführten Krieges kaum noch einen wirklich autonomen Raum der Selbstentfaltung gab.[70] Denn überall, sowohl in den kriegführenden als auch in den neutralen Staaten, hatte die Kriegswirtschaftspolitik die Stellung des Staates gegenüber der Gesellschaft erheblich gestärkt. Andererseits war es auch der Grossindustrie gelungen, den Staat für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Die Folge war eine schleichende Politisierung der Ökonomie und, als Korrelat, eine Ökonomisierung der Politik, sowohl nach innen als auch nach aussen.[71] Es zeigte sich immer deutlicher, dass Politik und Wirtschaft nicht nur im innerstaatlichen, sondern auch im internationalen Rahmen ineinander übergegangen waren. Die zwischenstaatlichen Beziehungen waren zu einem erheblichen Teil ökonomischer Natur geworden. Insbesondere

die neue Dominanzmacht USA verfolgten dabei im Rahmen ihrer Open Door Policy eine eigentliche Wirtschaftsdiplomatie.[72] Der Erste Weltkrieg war in dieser Lesart auch der Übergang in eine neue Phase internationaler Beziehungen: weg von der traditionellen, auf formale Kontakte beschränkten Diplomatie hin zu einer engeren Verzahnung von nationalstaatlicher Aussenpolitik mit aussenwirtschaftlichen Interessen. Auch die Schweizer Aussenpolitik setzte auf eine enge Verschränkung von Diplomatie und Wirtschaftspolitik. Dabei kam es zu einer starken Einbindung der wirtschaftlichen Elite des Landes in Funktionen der Bundesverwaltung und des diplomatischen Korps. Zudem bestanden zwischen den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft äusserst enge verwandtschaftliche und kulturelle Beziehungen, so dass es sich um ein dichtes Netzwerk informeller Kontakte und gegenseitiger Absprachen handelte. In Erweiterung der klassischen Politikgeschichte möchte die vorliegende Arbeit deshalb nicht nur die politische Führungsriege, also Aussenpolitiker und Diplomaten im engeren Sinne, in die Analyse einbeziehen, sondern auch andere «Funktionseliten» erforschen. Dazu gehören beispielsweise Industrie- und Handelsunternehmer, Bankiers oder auch Journalisten und Wissenschaftler. Der Historiker Eckart Conze spricht mit Blick auf diese einflussreiche Gesellschaftsschicht auch von den «Davos People».[73] Analog zur Analyse der schweizerischen «Davos People» und ihres aussenpolitischen Einflusses, möchte die Arbeit aber auch die ausländischen Akteure, also quasi ihre Gegenspieler, untersuchen und damit die Handlungsmuster und Strategien der Grossmächte in Bezug auf die Schweiz genauer in den Blick nehmen. Hierzu stützt sich die Arbeit in erster Linie auf die Akten der hiesigen Botschaften der beiden Kriegsparteien und deren Aussenministerien.[74] Darüber hinaus werden Quellen aus privaten Nachlässen hinzugezogen, die Aufschluss über die wichtigen ausländischen Akteure geben, die nicht unmittelbar im diplomatischen Dienst standen und auf informeller Ebene Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ausübten.[75]

Mit der Fokussierung auf die politische und wirtschaftliche Elite wird zugleich auch die klassische Aufteilung in Aussen- und Innenpolitik durchbrochen, denn diese Personen agierten sowohl als nationale wie auch als internationale Akteure.[76] Trotz der Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Triebkräfte bleibt bei diesem Forschungsdesign somit das Individuum ein nach wie vor wichtiger Faktor, und zwar als Träger öffentlich-staatlicher Funktionen und Institutionen, als Vermittler von Ideen und Interessen oder als Gestalter politischer Symbolik.[77]

Der Aufbau folgt chronologisch dem Verlauf des Ersten Weltkriegs in den Jahren 1917 und 1918 und ist in sechs Kapitel gegliedert. Kapitel 1 schildert die neue Ausgangslage nach dem Kriegseintritt der USA und die Versuche Deutschlands, die Schweiz auch nach dem unbeschränkten U-Boot-Krieg im eigenen Einflussbereich zu halten. Kapitel 2 beschreibt die zunächst noch stark von der deutschen Interessenpolitik beeinflusste schweizerische Aussenpolitik, bevor diese durch die Hoffmann-Grimm-Affäre und die Wahl des neuen Aus-

senministers Gustave Ador einen allmählichen Wandel erfuhr. Die zaghafte neue aussenpolitische Weichenstellung wird in Kapitel 3 mit der Entsendung der diplomatischen «Swiss Mission» in die USA und dem Abschluss eines neuen schweizerisch-amerikanischen Wirtschaftsabkommens verdeutlicht. Kapitel 4 zeigt die noch einmal kurzzeitig überraschende militärische Stärke der Zentralmächte und die aufgrund der ausbleibenden amerikanischen Getreideversorgung wachsenden Zweifel an der Bedeutung der neuen Grossmacht USA.[78] Kapitel 5 beschreibt vor dem Hintergrund des sukzessiven Niedergangs der Zentralmächte, wie die USA die Versorgung der Schweiz durchsetzten und, nicht zuletzt dank geschickter Propagandaaktivitäten, eine immer stärkere Präsenz entfalteten. Kapitel 6 schildert den Zusammenbruch der deutschen und der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie die politischen Rückwirkungen auf die Schweiz im Rahmen der sozialpolitischen Spannungen des Landesstreiks. Schliesslich wird in Kapitel 7 der Blick auf die Jahreswende 1918/19 und die Neuausrichtung der Schweiz auf eine von den USA und den übrigen Alliierten dominierte Nachkriegsordnung gelenkt.

Im Schlusswort werden die Kapitel inhaltlich zusammengefasst. Danach werden in fünf Punkten die wichtigsten Schlussfolgerungen gezogen.

2 Winter 1916/17: Vom U-Boot-Krieg zum Kriegseintritt der USA

2.1 Der Umzug der Amerikaner von Berlin nach Bern

Am 1. Februar 1917 kehrte der Amerikaner Henry Louis Mencken von einer Reportage an der Ostfront nach Berlin zurück. Von dort aus berichtete er für die «Baltimore Sun» über die Kriegsgeschehnisse in Europa. Aufgrund seiner Berichte wurde er später zu einem der bekanntesten Journalisten in den USA.[1] Müde und von rheumatischen Schmerzen geplagt, begab sich Mencken an jenem Morgen ins Büro seines Berufskollegen, der in Berlin für die «Chicago Daily News» arbeitete. Er wollte ihm den dicken Mantel und die Ledergamaschen zurückbringen, die er sich für seine Reise in den kalten Osten ausgeliehen hatte. In seinem Büro empfing ihn der Arbeitskollege zwischen einem Stapel von Zeitungen mit überraschenden Neuigkeiten: Die Deutschen hätten den unbeschränkten U-Boot-Krieg erklärt. Der Kriegseintritt der USA sei sicher. Mencken solle den Pass in Ordnung bringen und seine Sachen packen. In fünf Tagen müssten sie das Land verlassen. Das Spiel sei aus: «Pack your bags. The jig is up.»[2]

Tatsächlich hatte das Deutsche Reich am 1. Februar 1917 die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges verkündet. Von jetzt an konnten deutsche Unterseeboote in einer breiten Sperrzone vor der britischen und französischen Küste ohne vorhergehende Warnung alle Handelsschiffe, unter welcher Flagge auch immer, versenken. Mehrmals war die deutsche Regierung zuvor allerdings aus Angst vor einem Kriegseintritt der USA vor dieser völkerrechtswidrigen Massnahme zurückgeschreckt. Aber der Druck auf die Reichsleitung seitens der Marine und der Obersten Heeresleitung wurde immer grösser. Seit dem Beginn des Krieges lag die deutsche Schlachtflotte untätig in ihren Heimathäfen, denn die britische «Home Fleet» blockierte mit ihrer Übermacht die Nordseeausgänge. Wegen der Einsicht, der grössten Kriegsflotte der Welt nicht gewachsen zu sein, befürwortete die deutsche Marine deshalb von Anfang an den uneingeschränkten U-Boot-Krieg als neuartige Risikostrategie.[3] Bereits 1915 hatte die Marine ein erstes Mal versucht, mit dem Abschuss der alliierten Handelsschiffe England den «Lebensnerv» abzuschneiden, wie es der deutsche Admiralstabschef ausdrückte.[4] Da aber eine ernsthafte Störung des alliierten Schiffsverkehrs ausblieb, wurde im Mai 1915 als bewusste Abschreckungsdemonstration der englische Passagierdampfer «Lusitania» torpediert. Da sich unter den 1200 Toten auch 120 US-Bürger befanden, reagierte Washington äusserst empört. Nach einem erneuten Zwischenfall und noch schärferen Drohungen aus den USA wurde

der U-Boot-Krieg im Herbst 1915 wieder eingestellt. Doch bereits im Februar 1916 verlangte die Marine die Wiederaufnahme des «schärfsten U-Bootkriegs», um die soeben angelaufene Offensive bei Verdun zu unterstützen. Wiederum intervenierten die USA, und die Reichsregierung, deren politisches Gewicht dazu noch ausreichte, liess den U-Boot-Krieg im Frühling 1916 wieder einstellen.[5]

Doch noch im Herbst desselben Jahres ertönte erneut der Ruf nach einer Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges. Dazu beigetragen hatte der Fehlschlag der deutschen Marine in der Seeschlacht vor dem Skagerrak. Der einzige Versuch einer direkten Konfrontation mit der britischen Hochseeflotte, nahe der dänischen Halbinsel Jütland, war kolossal gescheitert und hatte die Zweitklassigkeit der deutschen Geschwader deutlich demonstriert.[6] Die erst im August 1916 neu eingesetzte OHL unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich von Ludendorff erhöhte daher sukzessive den Druck auf die Reichsleitung und auch ein guter Teil der öffentlichen Meinung klammerte sich nun an die utopische Erwartung, mit dem U-Boot-Krieg könne man England in kurzer Zeit aushungern. Die Marineleitung und die OHL behaupteten gar, dass die deutsche U-Boot-Flotte monatlich 600 000 Bruttotonnen Schiffsraum versenken und damit England in nur fünf Monaten besiegen könne. Man betonte, die Gefahr amerikanischer Soldaten an der Westfront sei gleich Null, da kein einziger Truppentransporter je durchkommen werde. Schliesslich gab Reichskanzler Bethmann Hollweg dem Druck der Marine und der Obersten Heeresleitung im Januar 1917 nach und der Kronrat beschloss die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges.[7] Entgegen den Bedenken im Auswärtigen Amt hatte die deutsche Armeeführung eine weitere Eskalation des Krieges in Kauf genommen.

Zwar hatte der im November 1916 wiedergewählte US-Präsident Woodrow Wilson zunächst noch eine andere Strategie verfolgt. Sein Ziel war nicht ein Kriegseintritt der USA und damit die Positionierung der USA als Königsmacherin im Kriegsverlauf, sondern der Abschluss eines Friedens. Noch im Januar 1917 hatte er deshalb einen «peace without victory», einen Frieden ohne Sieg, vorgeschlagen, der keiner der beiden Parteien eine dominante Rolle zugewiesen hätte. Dadurch wollte Wilson den USA die uneingeschränkte Vormachtstellung sichern. Einen Friedensvertrag nach amerikanischen Bedingungen, welcher die Bedeutung der USA als «true champions of peace and concord» gesichert hätte.[8] Nicht territoriale Zugewinne, sondern die wirtschaftliche Expansion im Rahmen einer Open Door Policy, die den US-Gütern und Kapitalien freien Zugang in der ganzen Welt sichern sollte, war das Ziel.[9] Doch nach dem Scheitern der Friedensbemühungen und der Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges durch das Deutsche Reich sah Wilson keine andere Wahl mehr, als aktiv in den Krieg einzugreifen, um seine Pläne einer neuen Weltordnung umzusetzen.[10] Im Frühjahr 1917 war damit für Deutschland die einmalige Chance für einen von Wilson vermittelten Frieden definitiv vertan.[11]

Am 3. Februar 1917 stimmte der US-Kongress dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland zu. Zwei Tage später, in der Nacht vom

5. Februar 1917, erhielt der amtierende US-Botschafter in Deutschland, James W. Gerard, in seiner Berliner Residenz am Wilhelmplatz 7 die offizielle Nachricht aus Washington vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen.[12] Schon am kommenden Tag wurde die US-Botschaft von unzähligen Amerikanern bestürmt, die nach ihren Ausreisepapieren verlangten, um zurück in die Staaten zu reisen. Auch Henry Louis Mencken und die übrigen Korrespondenten der amerikanischen Tageszeitungen beantragten die benötigten Papiere in der völlig überfüllten Botschaft. Die Ausreise sollte über die Schweiz nach Frankreich und von dort aus zu den spanischen Häfen erfolgen. Doch die Stimmung wurde getrübt durch die steigenden Spannungen und gegenseitigen Anschuldigungen in der Presse. Insbesondere die Gerüchte, dass deutsche Schiffe in amerikanischen Häfen beschlagnahmt würden, erzürnte die deutsche Seite. Am Abend des 6. Februar 1917 traf Mencken deshalb auf einen verzweifelten US-Botschafter. Gerard teilte ihm mit, dass die Korrespondenten unter Umständen nicht ausreisen könnten, stattdessen würde man sie wohl im Gefangenenlager Ruhleben internieren, wo bereits britische Zivilisten festgehalten wurden.[13] Zudem erhielt der Botschafter selbst weder Anweisungen aus Washington, noch konnte er mit dem deutschen Aussenministerium kommunizieren. Seinen Pass für die Ausreise erhielt er ebenfalls nicht und die Telefonleitungen waren gekappt worden. Gerard sass abgeschnitten in seiner Residenz am Wilhelmplatz fest.[14] Im Keller des Gebäudes verbrannten derweil der junge amerikanische Diplomat Hugh R. Wilson und der Marineattaché die Geheimakten im Heizofen.[15] Der «Paris Herald» titelte bereits: «Mr. Gerard held as Hostage in Berlin».[16]

Doch nach fast einer Woche ungewissen Wartens erhielt Gerard am Nachmittag des 9. Februar 1917 seinen Pass von den deutschen Behörden zurück. Damit stand der Ausreise der US-Legation in die Schweiz nichts mehr im Wege.[17] Während die Zeitungen die ersten erfolgreichen Abschüsse durch deutsche U-Boote meldeten, bereitete sich Botschafter Gerard auf die Abreise am Abend des 10. Februar 1917 vor. Mit ihm reisten die Sekretäre und Attachés sowie deren Frauen und Familien, ein halbes Dutzend weibliche Schreibkräfte und eine Gruppe von US-Journalisten. Hinzu kamen Hausangestellte der Diplomaten und weitere amerikanische Bürger. Insgesamt 125 Personen würden an diesem Abend in Berlin den Sonderzug mit zehn Schlafwagen und einem Speisewagen besteigen.

Als der US-Journalist Mencken im Hotel Adlon am 10. Februar 1917 zu Mittag ass, erhielt auch er einen Anruf vom Auswärtigen Amt in der Wilhelmstrasse. Er könne ebenfalls ausreisen, sein Pass würde ihm am Nachmittag übergeben. Innerhalb weniger Stunden hastete Mencken durch das winterliche Berlin, erledigte letzte Notwendigkeiten und eilte zum Anhalter Bahnhof. Auf dem Bahnsteig fanden sich nur einige wenige Diplomaten ein, die Bevölkerung von Berlin nahm hingegen kaum Notiz von der Abreise der Amerikaner.[18]

Niemand schien dort zu ahnen, was der baldige Kriegseintritt der USA bedeuten würde. Pünktlich um 20.10 Uhr abends verliess der Sonderzug Berlin.

Vorbei an verwaisten Bahnhöfen fuhr der Zug Richtung Schweizer Grenze und erreichte am Nachmittag des nächsten Tages Schaffhausen. Am Bahnsteig warteten einige Frauen in Schaffhauser Tracht sowie Schweizer Grenztruppen, um den Botschafter und seine Entourage zu begrüssen. Anstatt der Zeremonie beizuwohnen, suchte Mencken mit einigen Journalisten das Bahnhofsbuffet auf und versorgte sich mit Sandwiches und Bier: «A meal that dredged up bitter-sweet memories of old days in Germany», wie Mencken in sein Tagebuch notierte.[19]

2.2 Die Schweizer Bundeshauptstadt als Kulminationspunkt der internationalen Diplomatie

Von Schaffhausen aus reiste die Gesellschaft via Zürich weiter in die ruhige Bundeshauptstadt Bern, die in diesen Wintertagen in dickem Nebel lag.[20] Obwohl das Kriegsgeschehen weit weg war, waren auch hier die Auswirkungen des Krieges zu spüren. Nach dem Kriegsausbruch hatten die kriegführenden Parteien ihre Diplomaten aus den gegnerischen Staaten abgezogen und ihre Aktivitäten auf die wenigen neutralen Hauptstädte konzentriert. Bern war deshalb zu einem Schauplatz der internationalen Diplomatie geworden. Dank der zentralen geografischen Lage, ihrer Mehrsprachigkeit und der Anwesenheit zahlreicher politischer Exilanten aus vielen Ländern bildete die Schweiz ein geeignetes Terrain, um Informationen zu beschaffen und geheime politische Kontakte zu knüpfen.[21] Beide Kriegsparteien verfügten in Bern deshalb über grosse Vertretungen mit reichlich Personal und engagierten zahlreiche Spione. Den örtlichen Kulminationspunkt dieser Aktivitäten bildete das bekannte Luxushotel Bellevue, in welchem auch das Hauptquartier der Schweizer Armee untergebracht war. Hier trafen die beiden Parteien im grossen Speisesaal direkt aufeinander und versuchten sich gegenseitig auszuhorchen.[22] Auch Henry Louis Mencken spürte die konspirative Atmosphäre und sah sich von deutschen Agenten und alliierten Spionen umringt, die er in den Gepäckträgern, Bartendern oder Taxifahrern zu erkennen glaubte. Mencken stieg im eleganten Hotel Schweizerhof ab, das sich in unmittelbarer Nähe des Bellevue befand. Von dort aus versuchte er sich mit den übrigen alliierten und amerikanischen Journalisten auszutauschen und las akribisch die französischen, englischen und italienischen Zeitungen, die in Bern im Gegensatz zu Berlin erhältlich waren.[23]

Die amerikanischen Interessen wurden in Bern von der US-Gesandtschaft an der Kirchenfeldstrasse 84 wahrgenommen.[24] Seit 1913 amtierte dort der siebenundfünfzigjährige Alexander Pleasant Stovall als bevollmächtigter Minister. Stovall wurde von Präsident Woodrow Wilson, mit dem er gemeinsam zur Schule gegangen war, auf den Posten in Bern gehievt. Als presbyterianischer Südstaatler aus Georgia und Verleger einer lokalen Tageszeitung in Savannah verstand er allerdings kaum etwas von europäischer Politik. Zudem beherrschte er weder Deutsch noch Französisch. Vor dem Kriegsausbruch hatte man dies allerdings

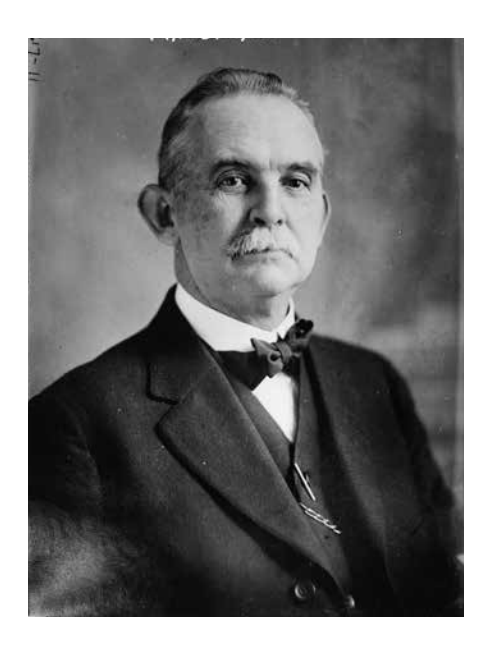


Abb. 1: Zeitungsmacher und Schulfreund Wilsons – der amerikanische Gesandte in Bern, Pleasant Alexander Stovall, um 1913.

nicht als problematisch empfunden, da die Schweiz als ruhiger und angenehmer Aussenposten galt. Inzwischen war das Land allerdings zu einem Hotspot der europäischen Diplomatie geworden und die vormals kleine US-Legation wurde mit dem Personal aus den aufgelösten Vertretungen in Berlin und Wien verstärkt. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Zentralmächten und der Ankunft der neuen Diplomaten waren in Bern die ruhigen Vorkriegszeiten an der US-Gesandtschaft vorbei.[25]

Kurz nach der Ankunft trafen sich Stovall und der ehemalige Botschafter Gerard mit dem Schweizer Volkswirtschaftsdirektor Edmund Schulthess zu einer Besprechung. Der vormalige Direktor der Industriefirma Brown, Boveri & Cie., der heutigen ABB, war 1917 Bundespräsident und die wohl einflussreichste Persönlichkeit in der Schweizer Landesregierung.[26] Ebenfalls anwesend war der freisinnige St. Galler Bundesrat Arthur Hoffmann, der als schweizerischer Aussenminister das Politische Departement leitete.[27] Gemeinsam mit den beiden amerikanischen Diplomaten erörterten die Bundesräte die neue Ausgangslage in einem einstündigen Gespräch.[28] Erst wenige Tage zuvor, am 3. Februar 1917, hatte Präsident Wilson vor dem Kongress die übrigen neutralen Staaten aufgefordert, dem Beispiel der USA zu folgen und die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Der US-Gesandte Stovall hatte deshalb diese Forderung am 4. Februar 1917 dem Schweizer Aussenminister weitergeleitet.[29] Doch weder Hoffmann noch Schulthess waren bereit, diesem Druck aus Washington nachzukommen. Einen Bruch mit dem einflussreichen nördlichen Nachbarn wollte man in Bern auf keinen Fall wagen.[30]

Bald waren die Tage in Bern gezählt und bereits am 14. Februar 1917 verliess Exbotschafter James W. Gerard mit seiner Entourage Bern in Richtung Frankreich. Auch Mencken war in dem Zug Richtung Süden, der die Amerikaner an die spanische Küste und von dort aus mit dem Dampfschiff zurück in die USA brachte.[31] Während Mencken aus Angst vor den französischen Zöllnern noch rasch die deutschen Bücher aus seinem Gepäck entfernte, herrschte im unweit gelegenen Politischen Departement im Berner Bundeshaus reger Betrieb.[32] Denn seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA hatte sich zwischen Bern, Berlin und Washington eine intensive diplomatische Korrespondenz entfaltet.

2.3 Die Berliner Schaltzentrale in der Schweiz und die Kohleversorgung durch das Deutsche Reich

Auf die deutsche Ankündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges hatte der Bundesrat mit einem offiziellen Protestschreiben an die deutsche Regierung reagiert. Darin hiess es, die Blockade des Seehandels mit deutschen U-Booten sei ein schwerer Eingriff in das Recht der neutralen Schweiz auf freien Handel, denn die Blockierung der Häfen in Italien und Frankreich bedeute eine «ernste Gefährdung» der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und des überseeischen Exports.[33] Immerhin wurde der französische Mittelmeerhafen Cette[34] von Deutschland nicht in die Sperrzone einbezogen. Damit stand der Hafen des Städtchens, der von Frankreich seit 1915 für den Schweizer Warentransport reserviert worden war, nach wie vor offen. Doch im Vergleich zu den französischen Atlantikhäfen mit ihren grossen Kapazitäten war der kleine Hafen schlecht ausgerüstet und der Bahntransport in die Schweiz funktionierte trotz Schmiergeldzahlungen an die französischen Beamten eher schlecht.[35]

Obwohl der unbeschränkte U-Boot-Krieg somit eine dramatische Eskalation bedeutete und eine deutliche Einschränkung des Schweizer Aussenhandels nicht ausgeschlossen war, setzte die schweizerische Aussenpolitik sogleich alles daran, einen negativen Eindruck bei den Zentralmächten zu vermeiden und die Protestnote abzuschwächen. Vor allem Aussenminister Arthur Hoffmann spielte hier eine entscheidende Rolle. Hoffmann machte keinen Hehl aus seiner Sympathie für Deutschland und pflegte überaus engen Kontakt mit dem deutschen Gesandten in Bern, Gisbert Freiherr von Romberg, genannt Baron Romberg. Der aus Baden-Baden stammende Adelige galt als einer der fähigsten Diplomaten im deutschen Auswärtigen Amt. Dank seiner Ehefrau war er zudem mit der obersten Hofbeamtin der deutschen Kaiserin Auguste Viktoria verschwägert und hatte dadurch Zugang zum kaiserlichen Hof.[36]

In Bern war Romberg der einflussreichste ausländische Gesandte. Von seiner Residenz am Brunnadernrain 31 aus leitete er die deutschen Amtsgeschäfte. Das Haus, das auch heute noch als Amtssitz des deutschen Botschafters dient,



Abb. 2: Der deutsche Gesandte Romberg in Diplomatenuniform und Zweispitz (Bildmitte) verlässt mit seinen Mitarbeitern das Bundeshaus nach dem Neujahrsempfang im Januar 1915.

liegt etwas ausserhalb der Stadt in der Nähe der Aare und ist im Stil eines Berner Landsitzes als neobarocke Villa kurz vor dem Krieg erbaut worden. Es beherbergte die offiziellen Empfangsräume, die Gesandtenwohnung und die Kanzleibüros.[37] Darüber hinaus zählte die deutsche Legation mehr als fünfzig Diplomaten sowie Hilfspersonal und ab 1916 auch in der Schweiz internierte deutsche Kriegsgefangene, die im Auftrag der deutschen Behörden beschäftigt waren. Insgesamt unterstanden Romberg zudem mehrere Konsulate und Aussenstellen mit Hunderten von Personen in allen wichtigen Schweizer Städten. Allein in Bern belegten die deutschen Behörden 1917 fast zwanzig Gebäude ganz oder teilweise mit Büros.[38] Dies führte sogar dazu, dass Romberg von den Schweizer Behörden wegen der akuten Wohnungsnot gebeten wurde, einen Teil der Gesandtschaftsaktivitäten aus Bern auszulagern.[39] Zwar betrieben auch die übrigen Staaten umfangreiche Gesandtschaften mit reichlich Personal, doch das Deutsche Reich verfügte über den bestdotierten Gesandtschaftsapparat aller ausländischen Mächte. Zählt man zu den offiziellen Diplomaten noch die vielen informellen Mitarbeiter und deutschen Spione hinzu, unterhielt das Deutsche Reich ein weitverzweigtes und engmaschiges Informations- und Agentennetz in der gesamten Schweiz. Die genauen Zahlen sind nicht exakt zu eruieren, es ist aber davon auszugehen, dass zeitweise weit mehr als 2000 Mitarbeiter für die deutschen Behörden in der Schweiz arbeiteten.[40]



Abb. 3: Hauptsitz des deutschen Einflusses in der Schweiz – das Gesandtschaftsgebäude am Brunnadernrain in Bern. Aufnahme vermutlich aus den 1920er Jahren.

Im Gegensatz zum amerikanischen Gesandten Alexander Stovall, der wegen seiner mangelnden Sprachkenntnisse von Hoffmann belächelt wurde, waren Romberg und der Schweizer Aussenminister stets in engem Kontakt. Noch kurz vor der Publikation der Protestnote gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg erklärte Hoffmann dem deutschen Gesandten in einer privaten Unterredung, dass der Protest lediglich formalen Charakter habe, aus Rücksicht auf die «innere Politik», also auf die Spannungen zwischen der Deutsch- und der Westschweiz, müsse man aber protestieren.[41] Auch den österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern hatte Hoffmann in einem vertraulichen Gespräch über die Unterhaltung mit Gerard und Stovall informiert, ihn aber mit dem Hinweis beruhigt, es seien von diesen «keinerlei politische Äusserungen von irgendwelchem Belange» gemacht worden.[42]

Der deutsche Einfluss in der Schweiz war aber nicht nur aufgrund der umfangreichen personellen und finanziellen Ressourcen besonders gross, sondern vor allem wegen der latenten Sympathien für das Deutsche Kaiserreich in der politischen Führungsriege und der Schweizer Armee.[43] Baron Romberg verfügte in Bern über äusserst enge und freundschaftliche Kontakte zu den Entscheidungsträgern, so dass er in einem Schreiben an den deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg im Sommer 1917 zufrieden feststellte, dass «Bundespräsident Schulthess, Bundesrat Hoffmann, Oberst von Sprecher und General Wille

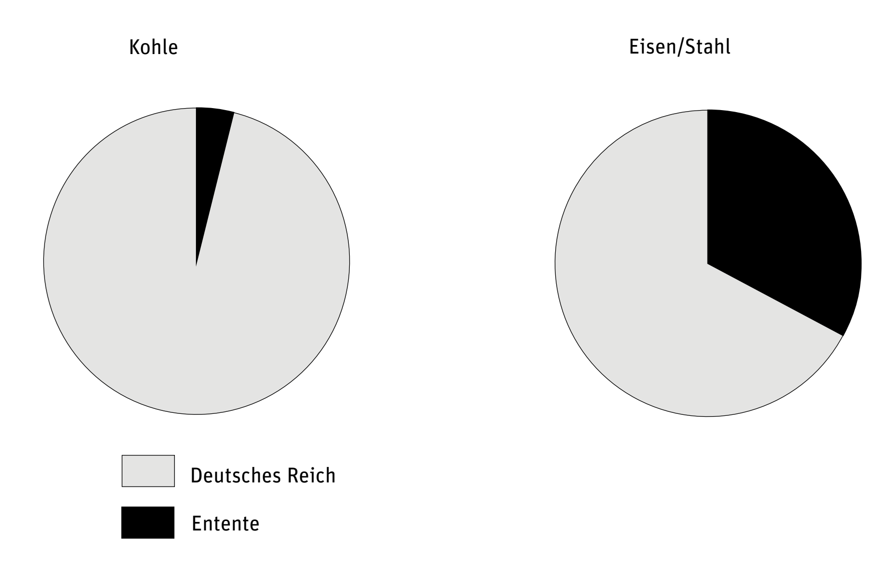
in einem weit über die Grenzen der Neutralität hinausgehenden Masse» immer bemüht gewesen seien, dem Deutschen Reich behilflich zu sein.[44]

Die enge Kooperation zwischen Deutschland und der Schweiz, insbesondere im militärischen Bereich, war bereits 1916 öffentlich zum Thema geworden. In der sogenannten Oberstenaffäre wurde bekannt, dass hohe Offiziere der Schweizer Armee den deutschen und den österreichischen Militärattaché mit geheimen Informationen beliefert hatten. Die Militärjustiz befand die beiden Angeklagten allerdings für nicht schuldig und sie erhielten lediglich eine milde disziplinarische Strafe.[45] Diese offensichtliche Parteilichkeit wurde insbesondere in der Romandie scharf kritisiert und das Vertrauen in die unabhängige Haltung der Regierung und Armeeführung war erschüttert. Im Nachgang zur Affäre kam es im März 1916 in einer ausserordentlichen Session des Parlamentes in Bern zu intensiven Debatten zwischen Deutsch- und Westschweizern sowie zum Schlagabtausch zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Dabei wurde die starke Stellung des Bundesrates und der Armee, die beide seit dem Vollmachtenbeschluss über weitgehende Machtbefugnisse verfügten und kaum mehr einer parlamentarischen Kontrolle unterstanden, scharf kritisiert und eine Aufhebung ihrer Sonderrechte gefordert.[46] Doch die freisinnige deutschschweizerische Mehrheit verteidigte in der Debatte die Stellung des Bundesrates und der Armee. Auch Aussenminister Arthur Hoffmann rechtfertigte die Tätigkeit der Regierung und betonte die Unabhängigkeit des Bundesrates. Unterstützt wurde er durch seinen Appenzeller Parteifreund Arthur Eugster, der im Amtsjahr 1916 den Nationalrat präsidierte und deshalb die Session leitete. Eugster gehörte zu den führenden Freisinnigen im Parlament und vertrat als Verwaltungsratspräsident der Maschinenfabrik Oerlikon auch die Interessen der Industrie.[47] Er appellierte an die Einigkeit der Eidgenossenschaft und warb für Vertrauen in den Bundesrat als «starke Regierung» und die Armee als Garanten für den «Schutz» der Schweiz.[48]

Für die Anliegen der armeekritischen Sozialdemokraten und die Befürchtungen der Westschweizer hinsichtlich einer allzu grossen Nähe zu Deutschland hatten die bürgerlichen Beobachter der Deutschschweiz hingegen wenig Verständnis und setzten sich gegen deren Anträge durch. Der Sohn des Nationalratspräsidenten, der als Student die Debatte von der übervollen Tribüne verfolgt hatte, notierte denn auch nach der Session: «Und als ich diesen Mittag mit meinem Vater das Bundeshaus verliess, da war der Eindruck, den die Rede von Herrn Bundesrat Hoffmann auf mich gemacht, überwiegend. Nun war ich von neuem überzeugt von dem festen Steuer des schweizerischen Staatsschiffes. Dankbar gedachte ich des Bundesrates und der Armee.»[49]

Obwohl somit durch die Oberstenaffäre die engen Verbindungen zwischen deutschen und schweizerischen Militärs im Frühling 1916 aufgedeckt und der Öffentlichkeit bekannt geworden waren, verteidigten die freisinnige deutschschweizerische Mehrheit und der deutschfreundliche Bundesrat den bestehenden Kurs und die enge Anbindung an Deutschland. Dabei spielten nicht nur ideelle Aspekte und die engen persönlichen Kontakte zwischen Schweizern

Grafik 3: Aufteilung des Schweizer Imports von Kohle und Eisen/Stahl 1914–1918



Quelle: Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie 1914–1918, Basel 1919, S. 45 f. und 80.

und deutschen Amtsträgern eine Rolle, sondern vor allem die handfesten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Im Falle der Schweiz verfügte das Deutsche Reich über eine starke Verhandlungsbasis, denn es war bereits vor dem Ersten Weltkrieg der wichtigste Handelspartner der Schweiz, die 1913 rund vierzig Prozent der Gesamteinfuhren von dort bezog. Die Abhängigkeit bestand dabei vor allem in der Rohstoffversorgung, denn die exportorientierte Schweizer Industrie war besonders auf den Import von Kohle und Eisen angewiesen.[50]

Bei der Kohle war die Schweiz fast vollständig von Deutschland abhängig. 96 Prozent aller Importe stammten aus dem Deutschen Reich. Bei Eisen und Stahl betrug der Anteil immerhin noch 67 Prozent.[51] Noch im Sommer 1916 hatte Deutschland die Schweiz nach Belieben mit Kohle und Eisen versorgt. Lediglich Firmen, die auf einer schwarzen Liste standen, waren ausgeschlossen worden.[52] Betroffen waren vor allem Fabriken der jurassischen Uhrenindustrie, die seit dem Kriegsausbruch von Uhren auf Zünder und andere Munitionsbestandteile für die Alliierten umgestellt hatten.[53]

Seit Beginn des Krieges war allerdings der gesamte schweizerische Aussenhandel einer zunehmenden Kontrolle durch die kriegführenden Staaten unterworfen worden. Bereits 1915 hatten Gespräche mit der deutschen Regierung über eine Aussenhandelskontrolle stattgefunden und im Sommer 1915 war eine sogenannte Treuhandstelle eingerichtet worden, die später den Namen

«Schweizerische Treuhandstelle» (STS) erhielt. Um Waren aus Deutschland in die Schweiz einzuführen, benötigte der Schweizer Importeur nun die Zustimmung eines Vertrauensmannes dieser Treuhandstelle. Der Treuhänder gestattete den Warenimport nur, wenn er überzeugt war, dass die Verwendungsbestimmungen eingehalten wurden. Diese sahen vor, dass das Rohmaterial nicht an die Alliierten weitergeliefert werden durfte. Eine Weiterverarbeitung, zum Beispiel von Zucker in Schokolade, und ein anschliessender Export in den alliierten Wirtschaftsraum waren hingegen zulässig. Dies galt jedoch nicht im Falle von Kriegsmaterial, denn Deutschland wollte in jedem Fall sicherstellen, dass die eigenen Rohstoffe nicht für alliierte Waffen verwendet wurden.[54] Die Büros der Treuhandstelle waren in Zürich eröffnet worden. Die technischen Assistenten, die die Kontrollen durchzuführen hatten, waren branchenkundige Offiziere der Schweizer Armee.[55]

Analog zum schweizerisch-deutschen Vorgehen war es auch zu Verhandlungen zwischen der Schweiz und den Alliierten gekommen.[56] Nach langwierigen Verhandlungen war im Herbst 1915 unter Einbezug aller alliierten Regierungen eine Übereinkunft erzielt und unter dem etwas umständlichen Namen «Société suisse de surveillance économique» (SSS) die Einrichtung einer alliierten Aussenwirtschaftskontrolle beschlossen worden.[57] Die SSS kontrollierte den Warenimport in die Schweiz und sollte verhindern, dass alliierte Güter an die Zentralmächte gelangten. Ihr Hauptsitz wurde im Ostflügel des Parlamentsgebäudes in Bern eingerichtet und innert kurzer Zeit eine bedeutende Organisation aufgebaut, welche auch Büros in Paris, London und Rom betrieb. Wichtige Aussenposten befanden sich zudem in den grossen Seehäfen sowie in Grenzbüros entlang der französischen und italienischen Landesgrenzen.[58]

Die SSS verfügte im Vergleich zur deutschen Treuhandstelle über deutlich mehr Personal. Während die STS nur knapp zwanzig Personen beschäftigte, waren es bei der SSS gegen Ende des Krieges fast 500 Mitarbeiter.[59] Auch das Kontrollregime war im Gegensatz zum deutschen Pendant deutlich engmaschiger. Denn die alliierten Kontrollen schlossen nicht nur den direkten Reexport von Rohmaterialien aus, sondern auch den Export von Produkten, die alliierte Rohstoffe lediglich als Bestandteile enthielten.[60] Zur Durchsetzung der Vorschriften wurde die schweizerische Wirtschaft branchenweise in Syndikate aufgeteilt und die Schweizer Firmen konnten Waren aus dem alliierten Wirtschaftsraum nur noch über die Syndikate bestellen.[61] Diese mussten der SSS garantieren, dass ihre Mitgliederfirmen die Waren lediglich im Inland gebrauchten. Im Rahmen dieses Systems wurde die schweizerische Wirtschaft bis Kriegsende in 51 Syndikate eingeteilt, die über 8000 Firmen als Mitglieder zählten. Bei Verstössen konnten Bussen erlassen oder die Firmen aus den Syndikaten ausgeschlossen und damit vom Warenbezug abgeschnitten werden.[62]

Mit der Etablierung der SSS und STS war die aussenwirtschaftliche Kontrolle der kriegführenden Grossmächte offiziell institutionalisiert worden, was indirekt zu einer zunehmenden Bürokratisierung und Zentralisierung der schweizerischen Volkswirtschaft führte. Die Eingriffe wurden deshalb auch als Be-

schneidung der schweizerischen Selbstständigkeit gedeutet. Wie einige Autoren festhalten, wurde deshalb die neu geschaffene SSS scherzhaft als «souveraineté suisse suspendue» bezeichnet.[63] Allerdings tauchte der Begriff auch in zeitgenössischen deutschen Publikationen auf und wurde in den Dienst der Propaganda des Deutschen Reiches gegen den alliierten Wirtschaftskrieg gestellt.[64] Trotz dieser Polemiken wurden mit der Gründung der Treuhandstelle und der SSS die Aussenhandelskontrollen der Kriegführenden in eine rechtlich verbindliche Form überführt und die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz erhielten zumindest vorübergehend eine gewisse Stabilität und Verlässlichkeit. Obwohl die offiziellen Vereinbarungen nicht immer eingehalten wurden, wussten die Unternehmen, unter welchen Bedingungen sie Importe und Exporte tätigen konnten. Dadurch erhielten sie eine wenn auch im Vergleich zur Vorkriegszeit relative Planungssicherheit.[65]

Doch ab 1916 erhöhten die Kriegführenden den Druck auf die Schweiz sukzessive und die aussenhandelspolitischen Schwierigkeiten verstärkten sich. Die dramatische militärische Lage hatte die Kriegführenden dazu gebracht, ihre Massnahmen im Wirtschaftskrieg stärker auszubauen und den Druck auf die neutralen Staaten zu erhöhen. Die kriegerischen Ereignisse hatten für beide Parteien eine unbefriedigende Position geschaffen, da keinem der beiden Seiten ein Durchbruch an der West- oder Ostfront geglückt war. Während die Deutschen bei Verdun gescheitert waren, mussten die Briten die Somme-Offensive ohne grösseren Erfolg beenden. Und im Osten hatten nach kurzzeitigen Erfolgen der Alliierten die Deutschen mit einem überraschenden Sieg im Winter 1916 in Rumänien wieder die Offensive zurückgewonnen. Trotz immenser menschlicher und materieller Verluste wollten beide Parteien den Krieg um jeden Preis gewinnen. Besonders die Entente wollte auf keinen Fall nachgeben, denn nach zwei Kriegsjahren besetzten die deutschen Armeen Polen, Belgien, einen Grossteil Nordfrankreichs und nun auch noch Rumänien, während Serbien sogar ganz von der Landkarte verschwunden war.[66]

Auf alliierter Seite war der Auftakt für eine bessere Koordination und eine entschiedenere Vorgehensweise gegenüber dem Deutschen Reich die Pariser Konferenz vom Sommer 1916. Auf dieser interalliierten Tagung, an der hochrangige Regierungsvertreter Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens und Russlands teilnahmen, wurde der Ausschluss des Deutschen Reiches vom Weltmarkt und von der internationalen Arbeitsteilung beschlossen. Die später im Friedensvertrag von Versailles umgesetzte Isolierung Deutschlands wurde hier bereits vorweggenommen.[67] Dabei beschlossen die Alliierten, ihre Wirtschaftspolitik auch gegenüber den neutralen Staaten zu verschärfen. Dementsprechend forderten die Alliierten bereits im Herbst 1916 auch von der Schweiz weitergehende Kontrollen und Handelsbeschränkungen.[68]

Noch stärker als die Alliierten erhöhte das Deutsche Reich im Herbst 1916 den Druck auf die Schweiz, indem für die Lieferung von Kohle und Eisen höhere Gegenleistungen verlangt wurden.[69] Diese verschärfte Haltung hatte auch

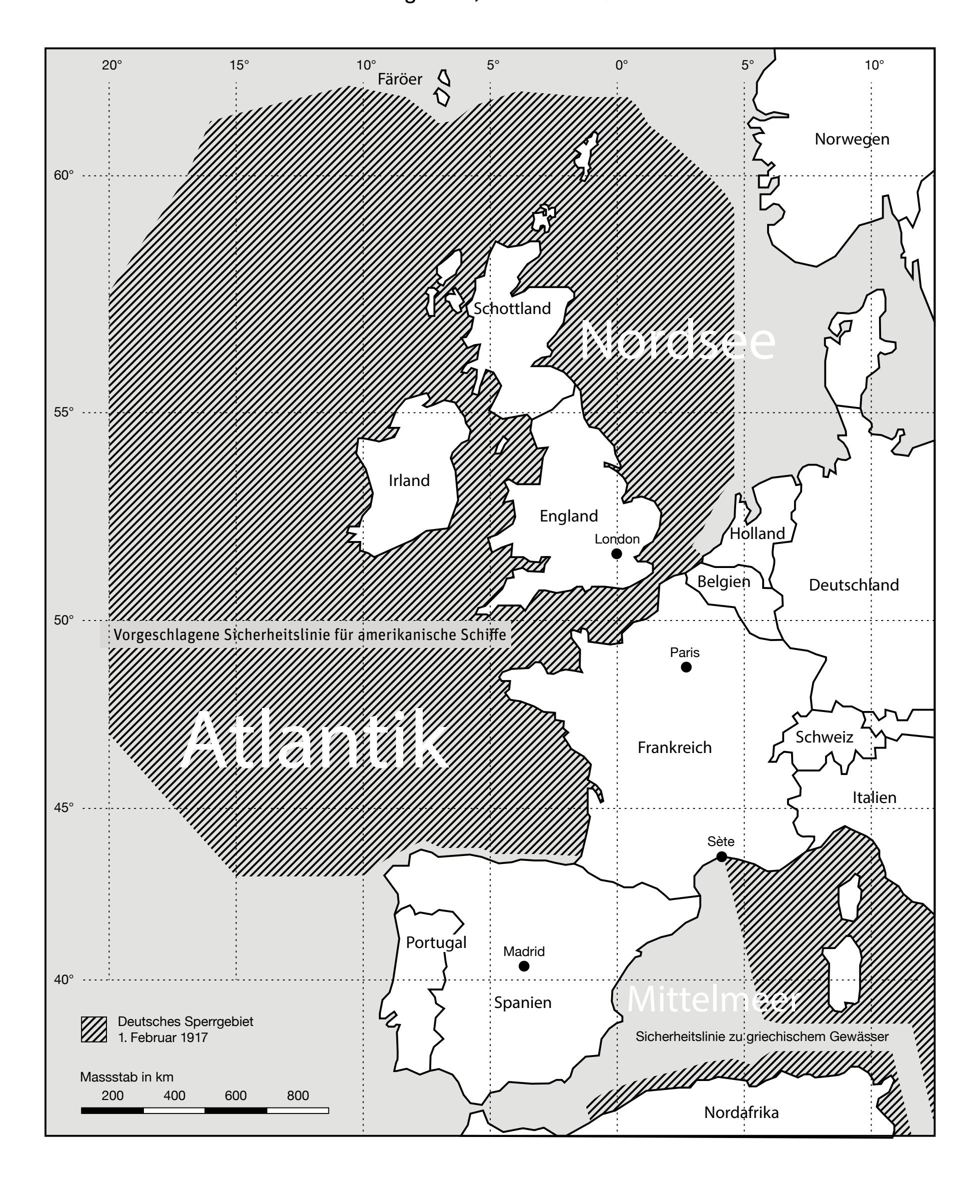
mit dem Personalwechsel an der deutschen Militärspitze zu tun, denn mit Ludendorff und Hindenburg hatten im August 1916 zwei militärische Hardliner die faktische Führung im Deutschen Reich übernommen. Nachdem eine Inspektion der Westfront die Schwächen der deutschen Armee schonungslos offengelegt hatte, wollten sie mit einer gewaltigen Kraftanstrengung der ganzen Bevölkerung doch noch die Übermacht über die Alliierten gewinnen. Mithilfe des «Hindenburg-Programms» wurde die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung für die Rüstungsproduktion verpflichtet und gewaltige Investitionen in neue Industrieanlagen getätigt. Dadurch sollte die Rüstungsproduktion verdoppelt und eine Steigerung der Kohleförderung erreicht werden.[70] Dank dieser ökonomischen Mobilisierung sollten die Kapazitäten für einen militärischen Sieg geschaffen und ein Friedensschluss zu deutschen Bedingungen, ein «Siegfrieden», möglich werden.[71] Eine wichtige Rolle bei diesen Plänen spielte der Aussenhandel mit den neutralen Staaten.[72] Mithilfe der Neutralen, der «Luftröhre», wie es die deutschen Militärs nannten, sollte die deutsche Kriegswirtschaft trotz der alliierten Blockadepolitik «atmen» können. Da die Versorgung von aussen als lebensnotwendig erachtet wurde, scheute Deutschland nicht davor zurück, Druck auf die neutralen Staaten auszuüben, um an Rohstoffe und Güter zu gelangen.[73]

Auch die Schweiz sollte hier keine Ausnahme bleiben, sondern wurde ins Dispositiv einbezogen. Im Herbst 1916 wurde auf Druck des Deutschen Reiches ein erstes deutsch-schweizerisches Handelsabkommen abgeschlossen, welches die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf eine neue Grundlage stellte. Die Lieferung von Kohle und Eisen wurde von nun an beschränkt und die Versorgung der Schweiz von Zugeständnissen abhängig gemacht. Für die Lieferung von Kohle und Eisen musste die Schweiz einen Kredit in Höhe von fünfzig Millionen Schweizer Franken sowie umfangreiche Lebensmittellieferungen versprechen.[74] Mit dem Handelsvertrag versuchte Deutschland, den Export der immer knapper werdenden Kohle- und Eisenmengen zu reduzieren und zugleich einen möglichst hohen Gegenwert zu erhalten. Insbesondere die Lebensmittellieferungen waren für Deutschland wichtig, da die Versorgungslage der Bevölkerung immer schlechter wurde. Die Kreditvergabe der Schweiz wiederum sollte der Stützung der deutschen Reichsmark dienen, deren Wert wegen der dramatischen Zunahme der Kriegsschulden stetig abgenommen hatte.[75]

2.4 Der U-Boot-Krieg und die Schweizer Abhängigkeit vom US-Weizen

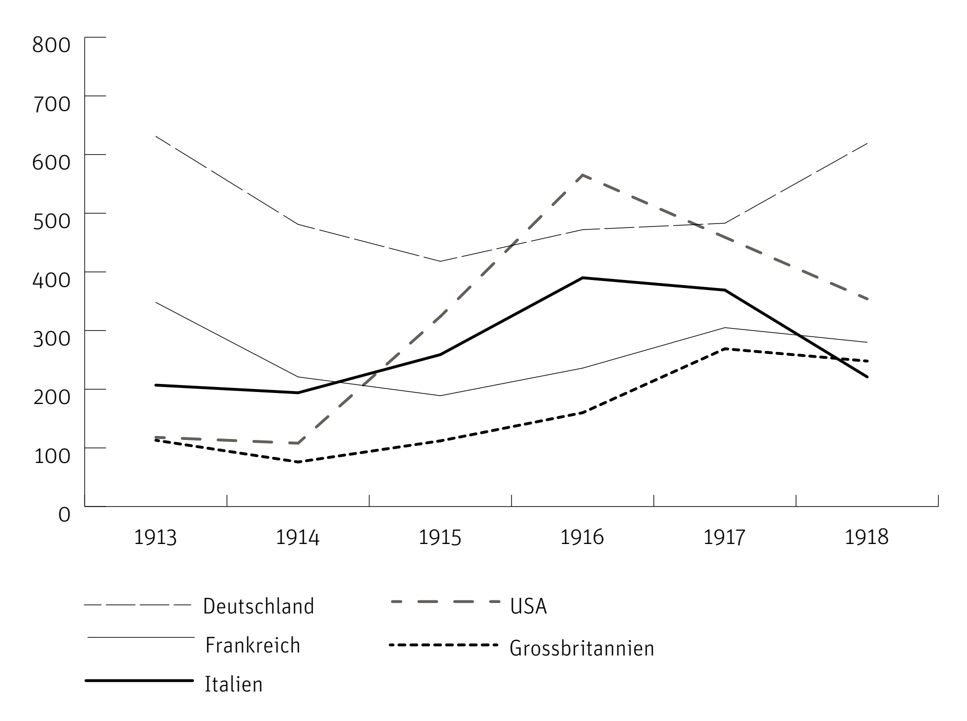
Im Frühjahr 1917 hatte sich mit dem unbeschränkten U-Boot-Krieg die Ausgangslage allerdings nochmals grundlegend verändert. Zwar hatte es das Handelsabkommen vom Herbst 1916 dem Deutschen Reich noch erlaubt, für die Kohle- und Eisenlieferungen einen höheren Gegenwert zu erhalten und die Schweiz mit einem starken Wirtschaftsvertrag an sich zu binden. Zudem stand nach wie vor eine politische Mehrheit in der Schweiz hinter dem deutschfreundlichen Bun-

Grafik 4: Neue deutsche U-Boot-Kriegszone, 1. Februar 1917



Angaben entnommen aus Francis J. Reynolds, Allen L. Churchill, Francis Trevelyan Miller: The Story of the Great War. History of the War from Official Sources, Bd. 6, New York, o. J., S. 207.
Als Karte umgesetzt vom Graphik & Design Studio Land April Berlin.

Grafik 5: Schweizer Importe 1913–1918 in Millionen Schweizer Franken (nominal)



Quelle: Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie 1914–1918, Basel 1919, S. 29; Eidgenössisches Zolldepartement, Handelsstatistik Schweiz. Jahresbericht 1918, Bern 1919, S. 48.

desrat und der Armeeleitung und die Beziehungen der deutschen Diplomaten zu den schweizerischen Amtsträgern waren äusserst eng und freundschaftlich. Dennoch befürchtete man im Auswärtigen Amt in Berlin und im diplomatischen Korps, dass sich durch den U-Boot-Krieg die Beziehungen zur Schweiz und den übrigen Neutralen deutlich verschlechtern könnten. Denn die Kriegführung mit U-Booten war völkerrechtlich verboten und stiess in allen neutralen Kleinstaaten Europas auf klare Ablehnung, da diese durch die deutsche Massnahme von den überseeischen, insbesondere den US-Importen abgeschnitten zu werden drohten. In den neutralen Hauptstädten Europas fürchtete man, analog zu den Zentralmächten fortan das Schicksal einer kontinentalen Isolation teilen zu müssen.[76] Die von Deutschland angekündigte neue U-Boot-Kriegszone, in welcher sämtliche Handelsschiffe versenkt werden konnten, zeigt Grafik 4. Lediglich der kleine, südfranzösische Mittelmeerhafen von Cette (heute Sète) wurde aus Rücksicht auf die Schweiz von der Sperrzone ausgeklammert.

Für die Schweiz war die Aussicht auf eine Abschnürung von den überseeischen Märkten vor allem deshalb problematisch, weil der Kleinstaat aussenwirtschaftlich in den vergangenen Kriegsjahren immer abhängiger von den USA gewor-

den war. Wie Grafik 5 illustriert, importierte die Schweiz 1917 rund viermal mehr aus den Vereinigten Staaten als noch vor Kriegsbeginn, und 1916 hatten die USA kurzfristig sogar Deutschland als wichtigstes Importland abgelöst. Erst im letzten Kriegsjahr 1918 sanken die Importmengen aus den USA aufgrund des verschärften Wirtschaftskrieges dann deutlich. Nach wie vor hohe Importwerte erzielte das Deutsche Reich, weil es die Kohlen- und Eisenpreise kontinuierlich erhöhte. Die realen Importmengen waren bis Kriegsende jedoch stark rückläufig.[77]

Besonders ausgeprägt war die Abhängigkeit der Schweiz von den USA beim Import von Getreide. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war die einheimische Getreideproduktion rückläufig, da durch die Dampfeisenbahn und Dampfschiffe regelmässige Importe von billigem Getreide möglich geworden waren. Aufgrund der sinkenden Preise wurde der Getreideanbau deshalb immer unrentabler, was zu einer Verlagerung auf die Vieh- und Milchwirtschaft führte. Während noch 1880 fast die Hälfte des einheimischen Getreidebedarfs durch die Schweizer Produktion gedeckt werden konnte, sank dieser Wert vor dem Ersten Weltkrieg auf nur noch fünfzehn Prozent. Dieser geringe Selbstversorgungsgrad, welchen man als Gefahr für die nationale Souveränität erachtete, löste um 1900 eine Debatte um die wirtschaftliche Landesversorgung aus.[78] Auch der spätere Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt Adolf Jöhr wies in seiner 1912 erschienenen Untersuchung über die volkswirtschaftlichen Risiken der Schweiz im Kriegsfall auf diese Problematik hin. Er stellte fest, dass der Bezug von Waren aus Übersee, insbesondere Getreide, im Krieg «sehr schwierig würde», und forderte deshalb vom Staat, Getreidevorräte für zwei Monate anzulegen.[79] Diese Forderung wurde von der schweizerischen Regierung allerdings nur halbherzig umgesetzt und bei Kriegsausbruch wurde die vorgeschriebene Vorratshaltung von zwei Monaten nur knapp eingehalten.[80] Ohnehin gingen diese Vorkriegsplanungen nur von einem kurzen Krieg aus. Im Frühjahr 1917 bot sich den Akteuren hingegen ein komplett anderes Bild. Der Krieg dauerte bereits mehr als zweieinhalb Jahre, und die globalen Handelsverbindungen waren stark gestört. Die traditionellen Getreidelieferanten in Osteuropa fielen schon 1915 weitgehend aus. Wie Tabelle 2 zeigt, waren die USA deshalb ab 1915 praktisch der alleinige Weizenlieferant für die Schweiz, mit einem Höhepunkt der Importe 1916.

Um die Getreideimporte zu finanzieren, hatte die Schweiz darüber hinaus bereits 1915 in den USA eine Dollaranleihe im Umfang von fünfzehn Millionen gezeichnet.[81] Dieser Betrag von umgerechnet rund achtzig Millionen Schweizer Franken war im Vergleich zu den Jahresausgaben des Bundes 1915 von etwa 300 Millionen Franken eine beachtliche Summe.[82] Damit war die Schweiz nicht nur von der materiellen Lieferung des US-Getreides, sondern auch finanziell von den USA abhängig geworden.

Tab. 2: Schweizer Weizenimporte 1913–1918 in tausend Tonnen

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
USA	150	168	458	540	250	57
Argentinien	33	18	6	57	11	
Russland	187	167	17			
Donauländer	51	13				
Kanada	81	60			1	
Deutschland	25	13				
Total	527	439	481	597	262	57

Gerundete Werte.

Quelle: Eidgenössisches Zolldepartement, Handelsstatistik Schweiz. Jahresbericht 1918, Bern 1919, S. 39. Darin nicht eingerechnet sind die Mehlimporte aus den USA, die den Weizen ab 1918 substituierten. Siehe dazu ebd., S. 154.

2.5 Rumänisches Getreide oder der vergebliche Versuch, die Schweiz ans Deutsche Reich zu «ketten»

Nach der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges war man im Auswärtigen Amt in Berlin sehr beunruhigt gewesen und hatte befürchtet, die Neutralen könnten aufgrund der neuen Situation ihre Aussenpolitik ändern und sich schlimmstenfalls gar der Entente anschliessen. Im Falle der Niederlande schickte das Auswärtige Amt sogar einen seiner höchsten Beamten in einer Geheimmission zum holländischen Ministerpräsidenten, um sich von diesem versichern zu lassen, dass das Land weiterhin neutral bleiben würde.[83]

Insgesamt zeigte sich aber bald, dass alle neutralen Regierungen in Europa von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland absahen und den Aufruf Wilsons nicht befolgten. Staatssekretär Arthur Zimmermann zeigte sich deshalb am 6. Februar 1917 entsprechend zuversichtlich, dass «es uns gelingen wird, die europäischen Neutralen aus dem Konflikt herauszuhalten».[84] Auch die Schweiz hatte die Forderung aus Washington zurückgewiesen und gegenüber Deutschland lediglich mit einem Protestschreiben ihren Unwillen ausgedrückt.

Trotz dieser Zusicherungen aus den neutralen Hauptstädten war man im Auswärtigen Amt und insbesondere bei den deutschen Diplomaten in der Schweiz aufgrund der neuen Ausgangslage stark beunruhigt. Symptomatisch dafür war die Einschätzung des deutschen Kunstsammlers und Mäzens Harry Graf Kessler.[85] Seit dem November 1916 war Kessler in der Schweiz, um hier die deutsche «Kultur- und Kunstpropaganda» zu leiten.[86] Denn ab dem Herbst 1916 hatten die kriegfüh-

renden Staaten nicht nur ihre Anstrengungen im Wirtschaftskrieg verschärft, sondern sie lieferten sich auch einen immer heftigeren Kampf um die Deutungshoheit über den Krieg. Beide Seiten wollten die moralische und politische Unterstützung der Bevölkerung im neutralen Ausland für sich gewinnen. Während der ersten Hälfte des Krieges hatte Deutschland zunächst versucht, die öffentliche Meinung in der Schweiz sehr direkt über den verdeckten Aufkauf von Schweizer Zeitungen und Zeitschriften zu beeinflussen. So hatte man beispielsweise durch einen Strohmann die traditionelle Zeitung «Züricher Post» aufgekauft, um diese als Gegenstück zur «Neuen Zürcher Zeitung» auf einen dezidiert deutschfreundlichen Kurs zu bringen. Kessler sollte nun aber eine breiter angelegte Kulturpropaganda lancieren, die mit dem Export deutscher Kulturleistungen wie Theater, Musik, Kunstveranstaltungen und Kinofilmen beim schweizerischen Publikum die Sympathien für den Kampf des Deutschen Reiches stärken sollten. Dafür war er vom Auswärtigen Amt mit einer Million Schweizer Franken in die Schweiz geschickt worden. Noch am Vorabend der offiziellen Bekanntgabe des U-Boot-Krieges am 31. Januar 1917 hatte er im Berner Stadttheater die Oper «Ariadne» aufführen lassen. Die Inszenierung mit grossem Orchester unter der Leitung von Richard Strauss war ein voller Erfolg und sein Ziel, dem schweizerischen Publikum die Leistungen deutscher Hochkultur nahezubringen, schien erfüllt. Doch die Verkündigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges am nächsten Tag liess Kessler zweifeln. Als er sich am Abend in der Berner Residenz des deutschen Militärattachés Major Busso von Bismarck zum Abendessen einfand, wurde dort in Anwesenheit des deutschen Gesandten Romberg die neue Ausgangslage erörtert. Ein hoher Nachrichtendienstoffizier und enger Vertrauter von Erich Ludendorff berichtete den Anwesenden über seinen soeben erfolgten Besuch beim General. Dieser sei zuversichtlich und überzeugt, dass man England dank der U-Boot-Waffe in nur sechs Monaten besiegen könne. Doch ganz so optimistisch wie Ludendorff waren die Diplomaten in Bern nicht. Als sich Kessler wenig später im Hotel Bellevue zum Whiskey mit dem deutschen und dem österreichischen Korps traf, sorgte man sich dort vor allem um die Haltung der US-Regierung und einen möglichen Kriegseintritt der Amerikaner.[87] Am Abend resümierte Kessler in seinem Tagebuch die Ausgangslage folgendermassen: «Im Ganzen ist die Stimmung bei uns gedrückt, aber entschlossen; Stimmung des Mannes, der einer lebensgefährlichen, aber nicht mehr aufzuschiebenden Operation entgegengeht.»[88]

Die Sorgen im Auswärtigen Amt, dass sich die neutralen Staaten unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen Isolierung den Alliierten anschliessen könnten, führten nun zu sofortigen Gegenmassnahmen. Von Stockholm über Den Haag bis nach Bern versicherte man in allen neutralen europäischen Hauptstädten, dass man diese weiter mit Rohstoffen versorgen werde. Zudem signalisierte das Auswärtige Amt in allen aussenwirtschaftlichen Streitfragen grösstes Entgegenkommen.[89] Zwar war die Versorgungslage der Zentralmächte immer schlechter geworden und es mangelte an Rohstoffen. Doch infolge der Eroberungen in Osteuropa gelang es den Mittelmächten, immer wieder neue Ressourcen zu erschliessen.[90]

Eine wichtige Rolle spielte hierbei Rumänien. Noch im Herbst 1916 hatte sich das Land auf die Seite der Entente geschlagen und zeitweise drohte die 800 000 Mann starke rumänische Armee, die Ostfront zu durchbrechen und den Zentralmächten eine vernichtende Niederlage beizufügen.[91] Doch in einem äusserst erfolgreichen Feldzug gelang es den deutschen Truppen, die rumänische Armee in nicht einmal drei Monaten zu besiegen und Bukarest einzunehmen. Der Sieg über Rumänien war für die Mittelmächte nicht nur psychologisch, sondern vor allem materiell wichtig. Denn durch den Sieg gelangten nebst umfangreichen Waffenbeständen und grossen Mengen Erdöl auch riesige Viehherden und Millionen Tonnen von Getreide in ihren Besitz.[92]

Diese Ressourcen wollte das Auswärtige Amt nun bewusst einsetzen, um die Neutralen zu beruhigen und deren wirtschaftliche Probleme zu mildern.[93] Denn die neue Ausgangslage hatte in den neutralen Hauptstädten tatsächlich für grosse Unruhe gesorgt. In Bern war man alarmiert und befürchtete, die Ernährungslage könnte sich nun deutlich verschlechtern. Aussenminister Hoffmann und Bundespräsident Schulthess erklärten Romberg, dass man zwar noch über Reserven verfüge, doch falls es zu einem Ausfall der überseeischen Importe komme und der Krieg nicht bis zum Herbst 1917 zu Ende sei, bedeute dies eine ernste Gefahr für die schweizerische Landesversorgung.[94] Offensichtlich rechneten sowohl Hoffmann als auch Schulthess mit der Möglichkeit, dass der U-Boot-Krieg nicht, wie von Deutschland beabsichtigt, in einem halben Jahr bereits eine Kriegsentscheidung bringen würde. Romberg stellte deshalb in einem Schreiben nach Berlin fest, dass der U-Boot-Krieg einen «ausserordentlich tiefen Eindruck» auf den Bundesrat gemacht habe und man nun Massnahmen ergreifen müsse, mit denen man die Schweiz weiterhin an sich «ketten» könne.[95]

Besonders geeignet schienen dafür die neu eroberten Ressourcen aus Rumänien. Auf diese Möglichkeit hatte bereits zehn Tage vor der offiziellen Ankündigung des U-Boot-Krieges ein hoher deutscher Diplomat hingewiesen und vorgeschlagen, dass man der Schweiz im Falle des U-Boot-Krieges rumänische Rohstoffe anbieten solle, um sich die Gunst des Kleinstaates zu erhalten.[96] Kurz darauf traf sich deshalb der Münchner Sozialdemokrat Adolf Müller mit Aussenminister Hoffmann zu geheimen Gesprächen. Müller operierte seit Anfang 1915 als inoffizieller Diplomat im Auftrag der deutschen Reichsleitung und der bayrischen Landesregierung in der Schweiz. Aufgrund seiner zahlreichen Kontakte zu sozialdemokratischen und bürgerlichen Politikern und seines breiten Kontaktnetzes zu deutschen Exilanten spielte er in der diplomatischen Szene eine wichtige Rolle und wurde im Laufe des Krieges zu einem wichtigen Gestalter der deutsch-schweizerischen Beziehungen.[97] Beim Schweizer Aussenminister sondierte Müller nun die Lage und schlug diesem die Versorgung mit rumänischem Getreide vor. Hoffmann zeigte sich sehr interessiert, denn die Getreidevorräte wurden knapper und ein Kriegseintritt der USA hätte die Lage weiter verschärft.[98] Im Inland zeichnete sich zudem bereits eine deutliche Verschlechterung der Versorgungslage ab. Nur wenige Tage nach dem Treffen beschloss die Landesregierung, die vom Bund im-

portierten Lebensmittel nur noch direkt an die Kantone abzugeben und damit den Verbrauch stärker einzuschränken.[99] Zugleich wurden Massnahmen beschlossen, um die einheimische Lebensmittelproduktion zu erhöhen.[100] Insgesamt erliess die Bundesverwaltung im Laufe des Jahres 1917 immer mehr Vorschriften, damit der einheimische Konsum reduziert werden konnte.[101]

Um nun eine Versorgung aus Rumänien zu gewährleisten, kam es in den Monaten Februar und März 1917 zu intensiven Verhandlungen zwischen der Schweiz und den Mittelmächten. Da aber die eroberten Getreidebestände für die Versorgung der eigenen Bevölkerung und Truppen benötigt wurden, beschlossen die deutsche und österreichisch-ungarische Militärführung, der Schweiz stattdessen eine Anbaufläche zur Verfügung zu stellen. Die Ernte dieses Ackerlandes hätte die Schweiz dann versorgen und damit «in wohlwollender Neutralität» halten sollen, wie Ludendorff in einem Schreiben festhielt.[102] Für die Bebauung des Landes aber sollte die Schweiz selbst besorgt sein und dafür eigene Bauern und eigenes Zugvieh zur Verfügung stellen. Ende Februar 1917, also rund einen Monat nach den ersten Gesprächen, trafen sich Bundespräsident Schulthess und FDP-Nationalrat Ernst Schmidheiny mit den speziell aus Wien für die Verhandlungen entsandten Unterhändlern. Der einflussreiche Zementindustrielle Schmidheiny spielte in den Beziehungen zwischen der Schweiz und den Zentralmächten während des gesamten Krieges eine zentrale Rolle und beaufsichtigte den Kompensationsverkehr, also den direkten Warentausch zwischen der Schweiz und den Mittelmächten.[103] In den gemeinsamen Beratungen wurde vereinbart, dass die Schweiz rund 300 Bauern und 6000 bis 8000 Stück Vieh nach Rumänien schicken sollte. Das benötigte Ackerland hätten diejenigen rumänischen Grossgrundbesitzer zur Verfügung stellen müssen, die sich gegenüber der deutschen Besatzungsmacht als feindlich erwiesen hatten. Aus Sorge um die neutralitätspolitische Aussenwirkung sollten die Landwirte in der Schweiz jedoch nicht direkt durch die schweizerischen Bundesbehörden rekrutiert, sondern frei durch die Zentralmächte angeworben werden. Um die Schweizer Landwirte für das Projekt zu motivieren, versprach die deutsche Militäradministration, diese zu entlohnen. Zudem hätten sie ein Prozent der Erträge für sich selbst behalten dürfen. Da die Schweiz aus Rücksicht auf die Wehrdienstpflicht nicht mehr als 300 Landwirte entbehren wollte, sah der Anbauplan auch den Einbezug lokaler Arbeitskräfte vor, wobei ausdrücklich auch der Zwangseinsatz von Kriegsgefangenen geplant war.[104] Diese Absichten einer Ostkolonisation unter militärischer Zwangsverwaltung zeigen deutlich, wie die deutschen Besatzungsbehörden die eroberten Gebiete wirtschaftlich auszunützen gedachten. Die Pläne verweisen auch direkt auf die von der völkischen Bewegung propagierten Konzepte eines neuen Lebensraums im Osten, der die Ernährung der deutschen Bevölkerung hätte sicherstellen sollen.[105] Die Schweizer Behörden schienen gegen ein solches Vorgehen keine Einwände zu haben, auch wenn man sich der neutralitätspolitisch heiklen Situation durchaus bewusst war.[106]

Bald zeigte sich jedoch, dass das Projekt allzu viele Schwierigkeiten aufwies. Eine erfolgreiche Umsetzung wurde immer fraglicher, da das Zeitfenster für die

Aussaat des Getreides im Frühjahr 1917 zu verstreichen drohte. Noch problematischer als die aufwändige Umsetzung des Projekts waren jedoch die Konflikte zwischen den beiden Bündnispartnern Deutschland und Österreich-Ungarn. Deutschland wollte für die Überlassung der Anbaufläche und der Ernteerträge einen weiteren Währungskredit von der Schweiz. Dabei versuchten die deutschen Behörden zeitweise auch den eigenen Bündnispartner zu umgehen, indem die Verhandlungen mit der Schweiz unter Ausschluss der Österreicher geführt wurden. Doch die österreichischen Behörden liessen sich diese Eigenmächtigkeit nicht gefallen und setzten ihre Beteiligung an den Verhandlungen durch.[107] Da die Österreicher die Verhandlungen weitgehend eigenständig vorantrieben, fehlte es jedoch wiederum an Unterstützung aus Berlin. Mitte März reisten deshalb schliesslich die beiden aus Wien abgesandten Unterhändler unverrichteter Dinge aus Bern ab.[108]

Diese offensichtlichen Abstimmungsschwierigkeiten und das gegenseitige Misstrauen der Zentralmächte konnten den schweizerischen Verhandlungspartnern schwerlich entgangen sein. Vielmehr traten hier die Spannungen zwischen den Bündnispartnern offen zutage, die sich nach dem Ableben des greisen Kaisers Franz Josef, der fast siebzig Jahre lang die Geschicke der Habsburgermonarchie geleitet hatte, eingestellt hatten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger betrieb der neue Kaiser Karl I. nach seiner Machtübernahme eine deutlich eigenständigere Aussenpolitik und grenzte sich bewusst vom Deutschen Reich ab. Um die Gefahr einer möglichen Niederlage und eines Auseinanderbrechens der österreichisch-ungarischen Monarchie zu verhindern, strebte Karl vor allem einen möglichst baldigen Friedensschluss an.[109] Zudem wechselte er das Führungspersonal aus. Auch in Bezug auf die Schweiz setzte der junge Monarch andere Akzente und ernannte im Januar 1917 einen neuen Botschafter. Der neue Gesandte war Alexander Freiherr Musulin von Gomorje, ein aus einer kroatischen Familie stammender Adeliger, der dank seiner stilistischen Gewandtheit und Vielsprachigkeit rasch Karriere im auswärtigen Dienst der Habsburgermonarchie gemacht hatte.[110] Musulin sollte in Bern nun die mildere aussenpolitische Linie Karls zum Ausdruck bringen. Kurz vor seiner Abreise in die Schweiz empfing der junge Kaiser den neuen Gesandten deshalb in seinem neuen Hauptquartier zu einer Audienz. Karl zeigte sich dabei äusserst beunruhigt über den U-Boot-Krieg und bat Musulin eindringlich, Möglichkeiten für einen Friedensschluss zu finden, denn die Schweiz sei noch die «einzige Brücke, die heute noch nach dem Westen» führe.[111] Mit der Friedenspolitik Karls aber waren die Positionen zwischen den beiden Monarchien immer unversöhnlicher geworden und es fehlte zunehmend an gegenseitigem Vertrauen im Lager der Zentralmächte.[112] Dies hatte sich beim Rumänienprojekt deutlich gezeigt: Die Versuche, die Schweiz aus der Abhängigkeit der US-Importe herauszulösen und mittels eigener Getreidebestände stärker an sich zu binden, waren nicht zuletzt wegen der mangelnden Koordination der Bündnispartner gescheitert. Für die Schweiz bedeutete dies, dass endgültig nicht mit einer Versorgungsleistung vonseiten der Zentralmächte zu rechnen war und trotz des U-Boot-Krieges eine Ausrichtung auf die USA als einzige Getreidelieferantin unumgänglich geworden war.

2.6 Der Eklat um den Schweizer Botschafter in Washington und die Kriegserklärung Präsident Wilsons

Während das Auswärtige Amt in Berlin mit wirtschaftlichen Versprechen wie dem Rumänienprojekt vergeblich versucht hatte, den negativen Eindruck des U-Boot-Krieges bei den Neutralen zu mildern, galt es nun in erster Linie, einen Kriegseintritt der USA zu vermeiden. Denn im Gegensatz zur optimistischen Einschätzung der OHL und der Marine befürchtete man im Auswärtigen Amt bei einem Kriegseintritt der mächtigen USA eine militärische Niederlage. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hielt die bedenkenlose Verschärfung des U-Boot-Krieges deshalb schlicht für «Wahnsinn».[113]

Es war deshalb kein Zufall, dass der soeben zur Persona non grata erklärte deutsche Botschafter in den USA, Graf von Bernstorff, Anfang Februar 1917 eine letzte diplomatische Aktion startete, um einen Kriegseintritt der Amerikaner zu verhindern. Dabei stützte sich Bernstorff auf den schweizerischen Gesandten in Washington Paul Ritter.[114] Der Jurist Ritter war nach seinem Studium dem diplomatischen Dienst beigetreten und seit 1909 auf dem Schweizer Gesandtschaftsposten in den USA.[115] Dort galt er als gut vernetzter Diplomat, dessen Sympathien aber eindeutig dem Deutschen Reich zuneigten und der mit einem Sieg der Zentralmächte rechnete.[116] Kurz zuvor hatte die Eidgenossenschaft zudem in der Tradition der «guten Dienste» offiziell die Vertretung der deutschen Interessen in den USA übernommen.[117] Für diesen «Freundschafts-Beweis» hatte der deutsche Gesandte Romberg der Schweiz speziell gedankt und dem personell schwach dotierten Aussenministerium in Bern sogar «einige geschulte Beamte» zur «direkten Hilfs-Leistung» angeboten.[118]

Am Montag, dem 5. Februar 1917, kurz nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA, rief Bernstorff schliesslich den Schweizer Gesandten an. Er bat diesen, Berlin darüber zu informieren, dass es immer noch möglich sei, einen Kriegseintritt der USA zu verhindern, wenn man dort für eine Verhandlungslösung in der U-Boot-Frage bereit sei. Ritter telegrafierte deshalb wunschgemäss nach Bern: «Falls Berlin Geneigtheit zu Konferenz mit Union [USA] über Blockade vorhanden, wäre ich bereit, die Sache hier weiter zu verfolgen. Ich glaube, dadurch Krieg vorläufig hinausschieben zu können.»[119] Damit aber hatte Ritter nicht nur Verhandlungen angebahnt, sondern sich selbst und damit die Schweizer Regierung zum direkten Vermittler zwischen Deutschland und den USA gemacht. Im Namen des Auswärtigen Amtes in Berlin teilte Romberg zwei Tage später mit, dass die deutsche Regierung nach wie vor zu Verhandlungen mit den USA bereit sei, allerdings nur unter der Bedingung, dass die «Handelssperre gegen England», also die U-Boot-Blockade, nicht unterbrochen werde.[120]

Doch noch ehe es zu geheimen Gesprächen kommen konnte, gelangten die Telegramme in die US-Zeitungen. Dies löste einen medialen Aufschrei aus und in der amerikanischen Öffentlichkeit entstand der Eindruck, Ritter habe aktiv ver-

sucht, Deutschland vor einem Kriegseintritt der USA zu schützen. Die schweizerische Regierung distanzierte sich deshalb umgehend von ihrem Gesandten. Aber auch die deutsche Regierung wollte nun den Eindruck verhindern, sie habe aus Schwäche eine Verhandlungslösung mit den USA angestrebt, und liess verlauten, der Vermittlungsversuch sei der Eigeninitiative Ritters zuzuschreiben.

Die US-Regierung schliesslich lehnte den Vermittlungsversuch mit dem Argument ab, Verhandlungen seien nur möglich, wenn Deutschland den Entschluss zum unbeschränkten U-Boot-Krieg komplett aufhebe.[121] Es war US-Aussenminister Robert Lansing, der gegenüber Präsident Wilson klar machte, dass der Vorschlag von Bernstorff wohl nie wirklich ernst gemeint gewesen sei und nur dazu gedient habe, eine allzu harte Haltung der US-Regierung zu verhindern.[122] Lansing und die Entourage des Präsidenten waren im Gegensatz zu Wilson überzeugt, dass ein Kriegseintritt der USA unabdingbar geworden war. Doch noch zögerte der Präsident seine Entscheidung hinaus. Es brauchte eine erneute aussenpolitische Provokation des Deutschen Reiches, um eine Entscheidung herbeizuführen.[123] Auch dieses Mal spielte die Veröffentlichung eines Telegramms die Hauptrolle. Im Januar 1917 hatte der deutsche Aussenminister Arthur Zimmermann der mexikanischen Regierung in einem geheimen Telegramm für den Fall eines Kriegseintritts der USA militärische Hilfe angeboten. Zudem versprach man dem Land, dass es als Kriegsbeute die ehemals mexikanischen Gebiete von Texas, New Mexico und Arizona zurückerhalten werde. Damit sollte Mexiko zu einem Teil der globalen Kriegsstrategie des Deutschen Reiches gemacht werden.[124] Als am 1. März 1917 das sogenannte Zimmermann-Telegramm publik wurde, zweifelte die amerikanische Öffentlichkeit zunächst an der Authentizität der Depesche und hielt die Angelegenheit für einen alliierten Propagandacoup. Doch Zimmermann bestätigte nachträglich die Echtheit des Telegramms und löste damit eine Welle der Empörung aus, womit er massgeblich zum Stimmungsumschwung in den USA beitrug. In Anbetracht der nun routinemässigen Versenkung amerikanischer Schiffe durch deutsche U-Boote und der in aller Öffentlichkeit eingestandenen Aggression in Mexiko blieb Wilson nichts anderes mehr übrig. Am 2. April 1917 trat der US-Präsident vor den Senat und beantragte die Kriegserklärung an Deutschland.[125]

2.7 Schwierige Ausgangslage im Frühjahr 1917

Der Kriegseintritt der USA bedeutete in den Worten des deutschen Historikers Hans Ulrich Wehler eine «universalgeschichtliche Zäsur, da jetzt die eigentliche Weltmacht des 20. Jahrhunderts mit ihrem gewaltigen Potential die Entscheidung zugunsten der Alliierten herbeizuführen unternahm».[126]

Damit hatten diejenigen Beobachter Recht erhalten, die einen Kriegseintritt der USA ohnehin für absehbar hielten. Der wohl prominenteste Verfechter dieser These war kein Geringerer als Wladimir Iljitsch Lenin. Bereits im Sommer 1916

hatte er in seinem Zürcher Exil mithilfe der Bücher, die er in der soeben neu eröffneten Zentralbibliothek las, seine Schrift «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» fertiggestellt. Darin hatte er behauptet, dass Staaten im Zeitalter des Imperialismus durch nationale Geschäftsinteressen in den Krieg gezogen würden. Ausgehend von dieser Logik war es nur wahrscheinlich, dass ein Kriegseintritt der USA aufseiten der Alliierten erfolgen würde.[127]

Denn die Vereinigten Staaten hatten nicht nur in grossem Umfang Güter nach Europa exportiert, sondern vor allem ihr Kapital. Waren die USA noch vor Kriegsausbruch ein Kreditnehmer, so wurden sie im Verlauf des Konflikts der europäischen Mächte zum weltweit grössten Kapitalexporteur.[128] Dabei hatten die USA ihre finanziellen Mittel einseitig der Entente zur Verfügung gestellt. Allerdings stammten die Gelder nicht aus staatlichen Kassen, sondern wurden von privaten Investoren der Wall Street bereitgestellt. Allen voran lieh das US-amerikanische Bankhaus J. P. Morgan den europäischen Regierungen Geld für den Krieg. Da sich die eigenen Ressourcen bald erschöpften, waren Frankreich und Grossbritannien zur Mitte des Krieges vollständig vom Geldfluss der Wall Street abhängig. Umgekehrt waren die USA durch die Kreditvergabe aufs engste mit den Entente-Mächten verbunden. Bis Ende 1916 hatten private US-Investoren bereits mehr als zwei Milliarden Dollar an Krediten vergeben und damit auf einen Sieg der Entente gewettet.[129]

Die Versuche des Schweizer Aussenministers Arthur Hoffmann und seines Gesandten Paul Ritter, zwischen dem Deutschen Reich und den USA zu vermitteln, waren in Anbetracht dieser grösseren Zusammenhänge wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt. Statt erfolgreich diplomatisch zu intervenieren, hatte man sich aussenpolitisch auf gefährliches Terrain begeben. Denn durch die unvorsichtige Vorgehensweise war der Schweizer Gesandte zu einem Werkzeug deutscher Aussenpolitik geworden. In der Folge kam es in den US-amerikanischen Medien zu direkten Angriffen auf Ritter, den man als willfährigen Helfer deutscher Interessenpolitik porträtierte.[130] Die Angriffe nahmen so stark zu, dass der Bundesrat feststellte, dass der Schweizer Gesandte «nervös» und seine Stellung in den USA «entschieden erschüttert» sei.[131] Um weitere mediale Angriffe gegen die Schweiz zu verhindern, wurde die Abberufung des Botschafters beschlossen und Ritter auf den neu geschaffenen, unbedeutenden Posten in Den Haag versetzt.[132] Denn eine Beschädigung der Beziehungen zu den USA wäre aus Schweizer Perspektive umso bedenklicher gewesen, als die wirtschaftliche Abhängigkeit des Kleinstaates von den Vereinigten Staaten, insbesondere beim Getreideimport, im Verlauf des Krieges immer grösser geworden war. Eine alternative Versorgungsmöglichkeit existierte allerdings nicht. Denn wie sich in den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich gezeigt hatte, war wirtschaftliche Hilfe in der Getreideversorgung von dieser Seite kaum zu erwarten. Die fantastischen Anbaupläne der deutschen und österreichischen Militärbehörden in Rumänien hatten sich als unrealistisch entpuppt, und die Projektverhandlungen hatten zudem deutlich gemacht, dass

es zwischen den beiden Bündnispartnern bereits zu tiefgreifenden Unstimmigkeiten gekommen war.

Dennoch hatte man in der Schweizer Bevölkerung, vor allem in bürgerlichen Kreisen der Deutschschweiz, überwiegend Verständnis für den deutschen U-Boot-Krieg und hoffte nach wie vor auf einen raschen Sieg des Deutschen Reiches. Allerdings machten sich auch erste Zweifel an der eigenen Versorgungslage breit. Symptomatisch für diese ambivalente Stimmungslage im Frühling 1917 ist der Tagebucheintrag einer Basler Anwaltsgattin. Sie schrieb, wenn der U-Boot-Krieg «wirklich den Krieg beendet, verzeiht man Deutschland diese rigorose Massregel, aber wenn es nichts nützt, als dass die Neutralen auch noch Hunger leiden – dann verliert Deutschland die ganze Sympathie unseres Volkes».[133]

3 Der Frühling der Affären und die Entsendung der Swiss Mission im Sommer 1917

3.1 Deutsche Geheimaktivitäten in der Schweiz und die Hoffmann-Grimm-Affäre

Am 2. April 1917 beantragte US-Präsident Woodrow Wilson vor dem US-Senat die Kriegserklärung an Deutschland. Am selben Tag verliess Wladimir Iljitsch Lenin seine schäbige Wohnung in der Spiegelgasse 14 in der Zürcher Altstadt. Nur eine Woche später reiste er gemeinsam mit 31 weiteren sozialistischen Exilanten in einem plombierten Zug via Deutschland nach Russland. Kaum je hatte eine Reisegesellschaft derart entscheidenden Einfluss genommen wie jene, die damals Zürich unter Absingen der «Internationale» verliess.[1]

In Russland war inzwischen die wirtschaftliche Lage verheerend geworden und in weiten Teilen des Landes herrschte Kriegsmüdigkeit. Der Zar hatte abgedankt und eine provisorische Regierung unter Fürst Lwow rivalisierte mit einem Arbeiter- und Bauernrat in St. Petersburg um die Führung des Landes. Lenin wollte nun mit seinen Anhängern die revolutionäre Stimmung schüren und einen endgültigen Umsturz herbeiführen. Da Lenin die Einstellung der Kampfhandlungen forderte und nach der Machtübernahme die sofortige Einleitung von Friedensgesprächen plante, lag eine Entsendung Lenins und seiner Gefolgsleute nach Russland im direkten Interesse Deutschlands.[2] Denn damit wäre das Ziel der deutschen Aussenpolitik, in Russland eine sozialistische Revolution auszulösen und damit die Ostfront zu entlasten, erreicht gewesen. Massgeblicher Architekt dieses Planes und seiner Umsetzung war Gisbert von Romberg. Der deutsche Gesandte in Bern, der durch seine frühere Tätigkeit in Sofia ein grosses Interesse für die osteuropäische Politik mitbrachte, hatte sich seit Kriegsbeginn intensiv mit den osteuropäischen Exilanten in der Schweiz beschäftigt. Im Verlauf des Krieges baute er ein dichtes Netz an Informanten und Spitzeln auf und hielt engen Kontakt zu russischen, polnischen, baltischen und ukrainischen Exilkreisen. Dank seiner Informationen und Einflussmöglichkeiten spielte er auch eine wichtige Rolle in der Ausgestaltung der deutschen Aussenpolitik in Osteuropa. Rombergs vordringlichstes Ziel war es, die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in Russland zu fördern und damit das Zarenreich politisch zu destabilisieren.[3] Die Aktionen Rombergs waren damit Teil der deutschen Kriegszielpolitik, die auf eine Stärkung des deutschen Einflusses in Osteuropa zielte und Russland als feindliche Macht ausschalten wollte.[4] Seit dem Kriegsausbruch hatte das Auswärtige Amt russische Exilanten unterstützt, damit diese das Regime des Zaren

stürzten. Doch die Versprechungen über eine kurz bevorstehende Revolution entpuppten sich immer wieder als falsch. Nun aber, nachdem der Zar abgedankt hatte, schien die Möglichkeit gekommen, einen definitiven Machtwechsel in Russland herbeizuführen und dadurch einen Separatfrieden zu erzielen. Zudem schien eine Entlastung der Ostfront mit dem drohenden Kriegseintritt der USA immer dringlicher.[5] Es war deshalb Romberg als Vertreter des Auswärtigen Amtes, der die Ausreise Lenins und seiner bolschewistischen Anhänger nach Russland im März 1917 höchstpersönlich organisierte, damit diese in Russland die sozialistische Revolution vorantreiben konnten. Zwar waren die konservativ-monarchistisch gesinnten Adeligen wie Romberg keinesfalls Freunde eines sozialistischen Gesellschaftsmodells, aber um den Krieg zu gewinnen und eine revolutionäre Destabilisierung in Russland zu bewirken, nahm man eine solche Zusammenarbeit in Kauf. In direkten Verhandlungen mit der damals führenden Figur der Schweizer Arbeiterbewegung, Robert Grimm, und dem Sekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Fritz Platten, organisierte Romberg deshalb die Ausreise der Exilanten im Sonderzug über Deutschland nach Russland. Mitbeteiligt war auch der Schweizer Aussenminister Arthur Hoffmann, der die Aktion unterstützte und die Ausreise genehmigte.[6]

Aufseiten der Entente war man über dieses Vorgehen besorgt. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Bern, Musulin, behauptete sogar, dass die Briten das Vorhaben direkt zu vereiteln suchten. Ein Vertreter der britischen Gesandtschaft in Bern verteile deshalb «scheffelweise Geld» an die russischen Exilanten, um diese zu veranlassen, anstatt über Deutschland über Frankreich heimzukehren. Dort wollte man diese dann allerdings an ihrer Rückkehr hindern und damit die Pläne Rombergs durchkreuzen. Ähnliches berichtete der österreichisch-ungarische Militärattaché Oberst von Einem, der in der Schweiz ein österreichisches Spionagenetzwerk betrieb und eine der wichtigsten Figuren in den österreichisch-schweizerischen Beziehungen während des Krieges war. Von Einem meldete, die Entente warne die friedenswilligen Exilanten vor einer Reise durch Deutschland und bezahle diesen hohe Geldbeträge, unter anderem durch einen russischen Chemiker aus Genf, um sie von einer Ausreise nach Russland abzuhalten.[7]

Die Störmanöver der Alliierten zeigten allerdings wenig Wirkung. Nur rund zehn Tage nach der Abreise der Exilanten erhielt Romberg die Mitteilung aus Stockholm: «Lenin Eintritt in Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.»[8] Kurz darauf stellte Romberg deshalb zufrieden fest, dass die Entsendung der Exilanten richtig gewesen sei. Nicht nur Hoffmann sehe dies so, sondern auch ein Gespräch mit Fürst Lwow weise darauf hin. Dieser habe nämlich dem Schweizer Gesandten in St. Petersburg eingestanden, dass ihm die Anreise der Emigranten «äusserst unangenehm» sei.[9] Die Aktion sei überdies nur geglückt, weil Grimm sich dafür eingesetzt habe: «Dass sie möglich wurde, ist Grimms Verdienst.»[10]

Mithilfe der Schweizer Sozialdemokraten Grimm und Platten sowie mit Unterstützung des Schweizer Aussenministers Hoffmann war somit die Entsen-

dung der Bolschewisten nach Russland erfolgreich verlaufen. Eine weitere Untergrabung der Kriegsmoral in Russland war damit absehbar. Nun aber plante Grimm, selbst nach St. Petersburg zu reisen, um die Geschehnisse dort zu beschleunigen, indem er die Friedensmöglichkeiten ausloten und damit einen «Sonderfrieden» zwischen Deutschland und Russland ermöglichen wollte. Grimm erhoffte sich durch einen solchen Friedensschluss letztlich, der russischen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen und damit auch eine Umwälzung der politischen Systeme im übrigen Europa auszulösen. Zudem hätte es seinen Einfluss in der internationalen Arbeiterbewegung deutlich erhöht.[11] Um seine Pläne zu besprechen, traf sich Grimm deshalb mehrmals mit Romberg zu weiteren persönlichen Gesprächen. Beim deutschen Botschafter fand er ein offenes Ohr. Obwohl Romberg an der Integrität Grimms zweifelte, da dieser das Deutsche Kaiserreich stets kritisiert hatte, hielt er dessen Friedensabsichten für echt. Romberg meldete deshalb nach Berlin, dass eine Reise Grimms militärisch wohl keinen Schaden anrichten könne, aber «politisch entschieden nützen» würde.[12] Denn je eher im Osten ein Waffenstillstand erreicht werden konnte, desto mehr nützte dies der deutschen Sache. Dass Grimm letztlich die Revolution auch nach Westeuropa tragen wollte, spielte dabei keine Rolle. Auch Aussenminister Hoffmann, mit dem Romberg stets in engem Kontakt war, befürwortete eine Reise Grimms nach Russland, obwohl er ihm weder persönlich noch politisch nahestand.[13] Vielmehr glaubte Hoffmann, dass ein Friedensschluss im Osten auch der Schweiz nützen würde. Denn ein Separatfrieden im Osten hätte auch die Italiener und Franzosen zu einem Friedensschluss mit Deutschland gezwungen, da sie einer Konzentration aller deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen an der Süd- und Westfront nicht hätten widerstehen können. Dadurch wäre ein allgemeiner Friede möglich und die Lage für die Schweiz, die von Kriegführenden vollständig umschlossen war, deutlich erleichtert worden. Doch die von Hoffmann beabsichtigte Friedensregelung im Osten hätte zugleich eindeutig Deutschlands hegemoniales Streben begünstigt und letztlich einer Pax Germanica, einem Frieden unter deutscher Vorherrschaft, die Tür geöffnet. Obwohl Hoffmann auch die schweizerischen Interessen berücksichtigte, nahm er eine einseitige Begünstigung Deutschlands billigend in Kauf, denn seine Sympathien galten von jeher dem Deutschen Reich.[14]

Nach seiner Ankunft in St. Petersburg erörterte Grimm schliesslich, wie geplant, die Möglichkeiten für einen Friedensschluss. Ende Mai meldete er dann nach Bern, dass die Bedingungen für einen Frieden gut stünden und er deshalb die deutschen Kriegsziele zu erfahren wünsche, um diese der russischen Regierung mitzuteilen. Hoffmann antwortete Anfang Juni 1917 nach einer Rücksprache mit Romberg, der ihm detaillierte Anweisungen gab, in einem chiffrierten Telegramm. Darin teilte der Schweizer Aussenminister in leicht gekürzter Form die Bedingungen mit, die Deutschland für einen Separatfrieden mit Russland stellte. Doch das Telegramm wurde kurze Zeit später von einer schwedischen Tageszeitung veröffentlicht und sogleich von der alliierten Presse aufgegriffen.

Damit wurde öffentlich bekannt, dass der Schweizer Aussenminister gemeinsam mit den deutschen Behörden auf einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Russland hingearbeitet hatte.

Die bald als Hoffmann-Grimm-Affäre bezeichnete Vermittlungsaktion des Schweizer Aussenministers rief unmittelbar grosse innenpolitische Spannungen in der Schweiz hervor, da man in der Romandie dessen deutschfreundliche Handlungen harsch kritisierte. In Genf kam es am Abend des 19. Juni 1917 zu einer grossen Demonstration mit rund 2000 Teilnehmern. Unter dem Ruf «à bas les boches, les espions» begab sich die Menge vor das deutsche Generalkonsulat. Da dieses nur ungenügend polizeilich geschützt war, warfen die Demonstranten die Scheiben ein und rissen das Wappenschild herunter.[15] Später zogen sie auch vor das österreichisch-ungarische Konsulat und bewarfen dieses mit Steinen. Durch Warnschüsse der Polizei konnten die Demonstrierenden allerdings zurückgetrieben werden.[16] Die deutschen Stellen waren von der Heftigkeit der Proteste völlig überrascht und vermuteten englische und französische Spionagearbeit hinter den Ausschreitungen. Der Generalkonsul forderte deshalb in seinem Schreiben an den deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg gar die Entsendung von Schweizer Truppen nach Genf, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.[17] Gleiches forderte am selben Tag der österreichische Generalkonsul in Genf. Diese Idee stiess aber selbst im Lager der Zentralmächte auf Widerstand. Der österreichische Gesandte Musulin, der gegenüber militaristischem Gehabe ohnehin stets skeptisch war, meinte, dass ein solcher Vorschlag jedem Kenner der Schweizer Verhältnisse «unangebracht und inopportun» erscheinen müsse.[18]

Die Demonstrationen in Genf wurden zudem von Protesten in Lugano begleitet. Diese richteten sich nicht nur gegen die Handlungen des Schweizer Aussenministers Hoffmann, sondern auch gegen den soeben im Tessin eingetroffenen griechischen König Konstantin I. Dieser war mit der Schwester des deutschen Kaisers verheiratet und galt deshalb als Symbol des deutschen Einflusses in Griechenland.[19] Nach seiner Abdankung und der faktischen Machtübernahme einer proalliierten Regierung in Athen hatte sich Konstantin nun ins Schweizer Exil begeben.[20] Wie im Falle der russischen Emigranten versuchten die Zentralmächte, auch Einfluss auf die griechischen Exilgruppen zu nehmen.[21] Insbesondere die militärischen Dienststellen der k. u. k. Monarchie hielten engen Kontakt zu König Konstantin, und durch den umtriebigen österreichischen Militärattaché in Bern, Oberst von Einem, versuchte man den prominenten Gast für antialliierte Aktionen in Griechenland zu gewinnen. Zudem warben die militärischen Stellen unter den exilierten Griechen eigene Agenten an, um einen Partisanenkampf gegen die proalliierte Regierung in Griechenland zu lancieren und dort Propaganda für die Zentralmächte zu verbreiten.[22] In der Schweiz wurden die Organisationen der königstreuen Griechen und deren Zeitschriften zudem von den deutschen Behörden finanziell unterstützt.[23] Die Unterstützung der royalistischen Griechengemeinde in der Schweiz nahm aber auch sehr konkrete Formen an, so wurde diesen etwa bei der Einrichtung einer eigenen Kirche in

Genf geholfen, wofür eigens aus Wien kirchliche Einrichtungsgegenstände angefordert wurden.[24]

Die heftigen innenpolitischen Spannungen infolge der Hoffmann-Grimm-Affäre und die Proteste gegen die Ankunft des griechischen Königs zeigen deutlich, dass die Schweiz im Sommer 1917 direkt in die weltpolitische Konfliktlage involviert wurde. Insbesondere die Exilgruppen und deren Beziehungen in ihre Heimatländer bildeten einen Resonanzboden für innenpolitische Konflikte zwischen den verschiedenen Landesteilen. Vor allem aber führten die Aktionen des Schweizer Aussenministers Hoffmann nun zu scharfen Reaktionen in den alliierten Hauptstädten. Von London bis Washington war man verärgert über die Aktion des Schweizer Aussenministers und warf diesem einen offenen Neutralitätsbruch vor.[25] In den US-Medien wurde die Affäre lebhaft besprochen und Hoffmann gar als germanophiler «pseudo-Prussian» kritisiert.[26] Dass die Schweiz den Zentralmächten bei ihren Bemühungen um eine politische Destabilisierung Russlands als direktes Agitationsgebiet diente, löste in der Entente verständlicherweise negative Reaktionen aus. Noch mehr aber musste die Tatsache irritieren, dass sich nicht nur führende Schweizer Sozialdemokraten, sondern mit Arthur Hoffmann sogar der Leiter des aussenpolitischen Departements höchstpersönlich zum direkten Gehilfen dieser Aktionen gemacht hatte. Die offizielle Schweiz war somit nicht nur Planungsgebiet für solche Operationen, sondern gar aktiv an dieser agitatorischen Tätigkeit beteiligt gewesen. Nach der bereits im Frühling 1917 bekannt gewordenen Affäre um den Schweizer Botschafter Paul Ritter in Washington, der zwischen Deutschland und den USA vermittelt hatte, zeigte sich durch die Hoffmann-Grimm-Affäre ein weiteres Mal, dass die offizielle schweizerische Aussenpolitik zugunsten des Deutschen Reiches Partei ergriffen hatte. Ganz offensichtlich war es den deutschen Behörden gelungen, die neutralen Vermittlerdienste der Schweiz für die eigenen Interessen zu nutzen. Mit Grimm und Platten hatten sich zudem führende Schweizer Sozialdemokraten in die Aktionen einspannen lassen. Es war dies allerdings nicht das erste Mal, dass ein sozialdemokratischer Parteiführer indirekt deutsche Interessen verfolgte. Bereits im Frühjahr 1915, als ein Kriegseintritt Italiens unmittelbar bevorstand, hatte die deutsche Aussenpolitik ihre Beziehungen zur Schweizer Sozialdemokratie genutzt. Herman Greulich, selbst gebürtiger Deutscher und eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Schweizer Arbeiterbewegung, war durch deutsche Agenten beauftragt worden, den italienischen Sozialdemokraten drei Millionen Lire anzubieten, wenn sie sich im Gegenzug für die Neutralität Italiens einsetzten. Allerdings lehnten die italienischen Genossen das Angebot entrüstet ab, als Greulich es ihnen in Bologna unterbreitete.[27]

Somit waren die mit Schweizer Hilfe unternommenen Vermittlungsversuche in allen Fällen gescheitert und der deutschen Aussenpolitik war es weder gelungen, Italien noch die USA aus dem Konflikt herauszuhalten, und auch die Friedensbemühungen mit Russland zeitigten anfänglich noch keinen Erfolg. Doch für die Schweizer Aussenpolitik führte die Instrumentalisierung ihrer

Amtsträger für deutsche Interessen und vor allem die Hoffmann-Grimm-Affäre zu einem gefährlichen Reputationsschaden.

In Anbetracht der sowohl innen- als auch aussenpolitisch unhaltbaren Situation, kam es deshalb zum Rücktritt des Schweizer Aussenministers. In der Morgensitzung des 18. Juni 1917 hatte Hoffmann dem Gesamtbundesrat die Vorgänge rund um die Mission Grimms detailliert geschildert, dabei allerdings die deutschen Hintergründe der Affäre verschwiegen. Da sich aber bereits abzeichnete, dass im Ausland der negative Eindruck überwältigend war, deutete Hoffmann an, notfalls die Konsequenzen zu ziehen.[28] Im Verlauf des Tages fanden dann intensive Gespräche der übrigen Bundesräte mit den Parlamentariern statt. Es zeichnete sich ab, dass sich keine Unterstützung für Hoffmann mehr ergab. Am Abend teilten deshalb Bundespräsident Schulthess sowie die Bundesräte Giuseppe Motta und Camille Decoppet dem angeschlagenen Aussenminister mit, dass der Rücktritt «unvermeidlich» sei. Sowohl sämtliche Regierungsmitglieder als auch die führenden Parlamentarier seien dieser Ansicht. Denn, so hielt Bundespräsident Schulthess fest, in den Entente-Staaten würden die Handlungen Hoffmanns nicht nur als unneutral angesehen, sondern «vielleicht gar als ein unfreundlicher Akt» eingestuft werden – eine diplomatische Androhung, die weitreichende Folgen hätte zeitigen können. Schulthess folgerte deshalb: «Wollen wir unsere Beziehungen und namentlich unsere wirtschaftliche Lage nicht aufs Spiel setzen, so müssen wir die Handlung des Herrn Hoffmann desavouieren.»[29] Tatsächlich waren die Reaktionen in den alliierten Hauptstädten äusserst negativ. Vor allem der Schweizer Gesandte in Paris, Charles Lardy, zeigte sich beunruhigt. Lardy, der einer angesehenen Neuenburger Bürgerfamilie entstammte, war einer der ersten Berufsdiplomaten der Schweiz und galt wegen seiner langjährigen Amtszeit als äusserst gut informierter Mann in Paris.[30] Er meldete, dass man in der französischen Kapitale zwar die Friedenswünsche der Schweiz verstehe, die Versuche aber, Russland mittels eines Separatfriedens aus dem alliierten Bündnis herauszulösen, als klare Neutralitätsverletzung und direkte Kollaboration mit dem Feind erachte: «[…] on estime que ce ne serait plus de la neutralité, mais de la collaboration directe à une politique hostile.»[31] Lardy warnte deshalb, dass es besonders schlimm sein würde, wenn sich zeigen sollte, dass die Handlungen nicht nur von Hoffmann alleine, sondern vom Gesamtbundesrat abgesegnet worden seien.[32]

Um diesen Eindruck möglichst zu vermeiden, plante der Bundesrat, zugleich mit der Demission Hoffmanns in einer Stellungnahme festzuhalten, dass die Regierung nichts von den Handlungen des Aussenministers gewusst habe. Wörtlich hiess es in der Erklärung: «Er [der Bundesrat] hat von seinem Schritte keine Kenntnis gehabt. Wäre er von Herrn Hoffmann begrüsst worden, so hätte er diesen gebeten, von diesem Schritte abzusehen.»[33] Die beiden prononciert deutschfreundlichen Bundesräte Eduard Müller und Ludwig Forrer brachten jedoch für Hoffmanns Handeln Verständnis auf und versuchten die Erklärung zu verhindern. Müller, der damals amtsälteste Bundesrat, war wie alle anderen Mit-

glieder der Landesregierung Jurist. Selbst in Dresden geboren, galten seine Sympathien offenkundig dem Deutschen Reich.[34] Auch der Winterthurer Rechtsanwalt Forrer, der seit 1902 dem Bundesrat angehörte und damit das amtsälteste Regierungsmitglied nach Müller war, sympathisierte offen mit Deutschland. Noch 1912 hatte er als Bundespräsident fungiert und den Kaiser persönlich beim Staatsbesuch in der Schweiz empfangen. Mit Romberg, der ihn als «alten Freund» bezeichnete, unterhielt er besonders enge Beziehungen.[35] Doch die beiden amtsältesten Bundesräte konnten sich nicht durchsetzen. In der Schlussabstimmung wurde die Erklärung deutlich angenommen. Damit distanzierte sich der Bundesrat klar von den Handlungen des Schweizer Aussenministers. In Anbetracht dieser weitgehenden Isolierung blieb Hoffmann nichts anderes übrig, als zurückzutreten. Noch am selben Tag überreichte er sein Demissionsschreiben.[36]

Mit dem Rücktritt Hoffmanns trat zum ersten Mal in der Schweizer Geschichte ein Bundesrat wegen einer aussenpolitischen Krise zurück.[37] Dass die Unterstützung des Bundesrates für seinen Kollegen dabei so schnell bröckelte, lag allerdings nicht nur an den innen- und aussenpolitischen Notwendigkeiten. Vielmehr spielten wohl auch Rivalitäten zwischen Bundespräsident Schulthess und Aussenminister Hoffmann eine Rolle, deren Verhältnis bereits vor der Affäre stark getrübt war.[38] Der machtpolitisch versierte Bundespräsident war sicherlich nicht unglücklich, dank der Affäre seinen grössten Konkurrenten loszuwerden, wie die Berner Tageszeitungen kolportierten.[39]

Dass aber zugleich führende freisinnige Politiker den Rücktritt des Aussenministers als tiefe Erschütterung der politischen Stabilität der Schweiz empfanden, zeigt ein Brief des Appenzeller FDP-Nationalrats Arthur Eugster. Dieser stand Hoffmann politisch nahe und schrieb noch am selben Tag resigniert an seine Tochter: «Es ist überaus tragisch. Es ist wohl eine der dunkelsten Zeiten, die wir durchmachen und die Aussichten für die Zukunft sind mir nie dunkler erschienen. Gott schütze unser Vaterland!»[40]

3.2 Die Richtungswahl Gustave Adors zum neuen Schweizer Aussenminister

In der deutschen Gesandtschaft war man über die Vorgänge ebenfalls äusserst beunruhigt. Romberg meldete die Demission Hoffmanns umgehend nach Berlin. Die Gründe für den raschen Rücktritt seien offensichtlich: Man habe nun in der Schweiz Angst vor der Entente. Hoffmann selbst sei über die Abwendung seiner Landsleute völlig geknickt. In einem persönlichen Brief, der allerdings «absolut geheim bleiben» müsse, wie Romberg sich ausdrückte, übermittelte deshalb der Kaiser dem gefallenen Aussenminister persönlich seinen aufrichtigsten Dank dafür, dass er sich «in unermüdlicher Arbeit zur Pflege und Erhaltung guter, korrekter Beziehungen zwischen unseren Ländern» eingesetzt habe. Er habe es nicht nur verstanden, der Schweiz den Frieden zu erhalten, «sondern Sie haben auch erkannt,

dass ein Frieden für die ganze Welt schon heute möglich ist».[41] Damit aber war natürlich nichts Geringeres als ein deutscher Friede gemeint, der dem Deutschen Reich eine bedeutende Vormachtstellung gesichert hätte. Der Münchner «Simplicissimus» stellte Hoffmann auf seiner Titelseite sogar als aufopferungsvollen Winkelried dar, der sich uneigennützig für den Frieden geopfert habe.[42]

Bei den Zentralmächten fürchtete man nun, mit Hoffmanns Rücktritt den Einfluss auf die Schweizer Regierung zu verlieren. Der österreichische Gesandte Musulin meldete nach Wien, dass der sonst so «vorsichtige Hoffmann eine verhängnisvolle Unvorsichtigkeit» begangen habe. Mit dem Rücktritt Hoffmanns seien die Zentralmächte der «einflussreichsten und bestgesinnten Stütze» in der Schweizer Regierung beraubt worden. Dadurch sei nun auch die Position des «ganzen zentralmächtefreundlichen Bundesrates» erschüttert.[43] Man müsse ab jetzt damit rechnen, dass die Sympathien sowohl für das Deutsche Reich als auch für die Monarchie zurückgingen und man von nun an «im Verkehr mit uns grösste Vorsicht beobachten wird».[44]

Tatsächlich setzte die Bundesversammlung sowohl aussen- als auch innenpolitisch ein deutliches Zeichen. Als Nachfolger für den gescheiterten Hoffmann schlug man den liberalen Genfer Gustave Ador vor.[45] Ador eignete sich in zweifacher Weise als Nachfolger: als Romand und offen Entente-freundlicher Politiker stimmte er die Gemüter in den alliierten Hauptstädten und in der Westschweiz milde. Zum anderen symbolisierte Ador als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz das humanitäre Engagement der Schweiz, welches die Eidgenossenschaft bewusst auf dem internationalen Parkett zur Geltung bringen wollte.[46]

In Deutschland wollte man eine Schwächung der deutschfreundlichen Kräfte allerdings nicht so einfach akzeptieren. Am 22. Juni 1917, also nur wenige Tage nach dem Rücktritt Hoffmanns, traf sich Romberg deshalb mit Bundespräsident Schulthess und teilte diesem mit, dass eine Übertragung des Aussendepartements an «unseren ausgesprochensten Gegner» als «offenkundiges Abschwenken der Schweiz zu unseren Feinden» gedeutet werden müsse.[47] Zudem verband Romberg mit Ador ein äusserst gespanntes persönliches Verhältnis, da Ador als Präsident des Internationalen Roten Kreuzes den deutschen Einmarsch in Belgien und die deutschen Menschenrechtsverletzungen stets verurteilt hatte.[48] Im Falle der Wahl Adors, so drohte Romberg, müsse er wohl seine eigene Abberufung in Berlin empfehlen.[49] Bundespräsident Schulthess war durch diese scharfe Haltung Rombergs «sichtlich betroffen» und erklärte, «er werde alles versuchen, um eine andere Lösung zu finden».[50]

Auch aus Berlin forderte Arthur Zimmermann, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und damit faktisch deutscher Aussenminister, dass man dem Bundespräsidenten Schulthess klar machen müsse, dass eine Wahl Adors als ein «bedenkliches Nachgeben an die Entente-freundliche Strömung in der Schweiz» angesehen würde und zu einer «Trübung der bisherigen vertrauensvollen Beziehungen» führen könne.[51] Zimmermann befürchtete ausserdem innenpolitische

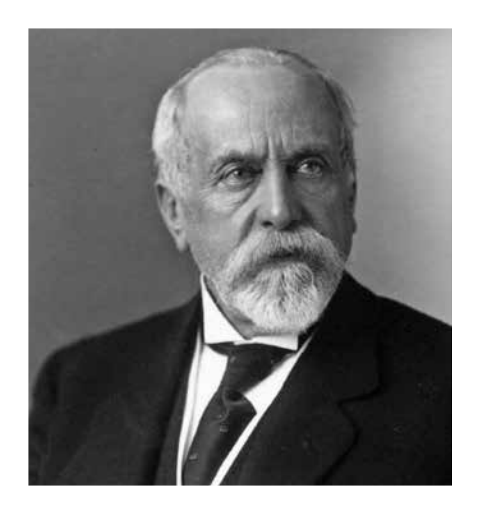



Abb. 4 und 5: Gegensätzliche politische Ausrichtung: der St. Galler Arthur Hoffmann (links) und der Genfer Gustave Ador (rechts).

Rückwirkungen einer Wahl Adors. Eine Ernennung des Genfers werde «fatal wirken» und zu massiver Kritik seitens des Reichstags führen, schrieb er an Romberg. Ohnehin werfe man der deutschen Regierung bereits vor, in der Affäre Hoffmann-Grimm «total versagt zu haben» und in eine «Falle der Entente» getappt zu sein.[52] Innenpolitisch stand die deutsche Regierung seit Monaten unter Druck, da sich die Reichstagsmehrheit immer stärker für eine konstitutionelle Reform aussprach, während die OHL und die radikale Rechte eine stärkere Parlamentarisierung ablehnten.[53] Um seinen Standpunkt bezüglich einer Wahl Adors klarzumachen, besprach sich Zimmermann direkt mit dem Schweizer Gesandten in Berlin, Robert Haab.[54] Der ehemalige Generaldirektor der SBB war erst seit 1917 auf dem Gesandtschaftsposten in Berlin, wo er den langjährigen Schweizer Gesandten und ersten Berufsdiplomaten der Schweiz, Alfred de Claparède, abgelöst hatte.[55] Die Sympathien Haabs galten klar dem Deutschen Reich, so dass er sich im Verlauf seiner Amtszeit immer wieder direkt für deutsche Belange einsetzte und die deutschen Stellen über politische Vorgänge in Bern informierte.[56] Um die Wahl Adors zu verhindern, empfahl er Zimmermann, man solle, nebst einer weiteren Rücksprache mit Schulthess, auch das Gespräch mit Bundesrat Ludwig Forrer suchen, da dessen Sympathien dem Deutschen Kaiserreich galten und er sich in der Schlussabstimmung für Hoffmann eingesetzt hatte.[57]

Tatsächlich bereitete Schulthess unter dem deutschen Druck eine Lösung vor, die den Einfluss Adors möglichst beschränken sollte. Zwar erhielt Ador das aussenpolitische Departement, allerdings nur bis zum Jahresende. Denn ab 1918 sollte dann wieder das Bundespräsidium, welches alljährlich nach dem Anciennitätsprinzip rotierte, mit dem Aussendepartement verbunden werden. Ador wäre somit nur noch für wenige Monate Aussenminister geworden. Allerdings

wollte man den Einfluss Adors auf die Aussenpolitik noch weiter beschneiden. Dazu wurde eine aussenpolitische Dreierdelegation gebildet, der nebst Ador der romanischsprachige FDP-Bundesrat Felix Calonder sowie Bundespräsident Schulthess angehörten. Dieses Gremium werde zur «Überwachung der auswärtigen Politik» eingesetzt und alle «wichtigen Fragen» müssten diesem vorgelegt werden, versicherte Schulthess dem deutschen Gesandten.[58] Schulthess selbst löste zudem die wichtige Handelsabteilung aus dem aussenpolitischen Departement und integrierte sie in sein Volkswirtschaftsdepartement.[59] In der neuen Konstellation wurde somit nicht nur Adors Einfluss beträchtlich beschnitten, sondern Schulthess zur mit Abstand mächtigsten Figur im Bundesrat. Nebst dem Präsidium kontrollierte er nun nicht nur das bedeutende Volkswirtschaftsdepartement und die Handelsabteilung, sondern war mit dem Dreiergremium auch direkt in die Aussenpolitik involviert.

Doch auch mit der neuen Lösung zeigte sich der einflussreiche deutsche Gesandte Romberg nicht zufrieden. Er habe dem Bundespräsidenten «keinen Zweifel über den ungünstigen Eindruck auch dieser Lösung» gelassen, schrieb Romberg nach Berlin.[60] Doch die Druckversuche und Manipulationen verhinderten die Wahl Adors nicht. Am 26. Juni 1917 wählte die vereinigte Bundesversammlung den Genfer Nationalrat zum neuen Aussenminister.[61]

Die Vorgänge rund um die Wahl Adors zeigen in aller Deutlichkeit, wie stark sich die deutschen und österreichischen Behörden direkt in die inneren Angelegenheiten der Schweiz einmischten. Der Bundesrat war dank des Vollmachtenbeschlusses seit Kriegsbeginn zum zentralen politischen Akteur geworden und verfügte über quasidiktatorische Befugnisse.[62] Eine solche ausländische Einmischung in den Wahlprozess bedeutete damit einen direkten Zugriff auf den innersten Machtzirkel der Schweiz. Ganz offensichtlich waren führende Schweizer Persönlichkeiten wie Schulthess bereit, aufgrund der engen Beziehungen mit Deutschland grösstmögliches Entgegenkommen zu zeigen. Zwar war es Romberg letztlich nicht gelungen, die Wahl Adors zu verhindern, doch immerhin konnten die Kompetenzen des neuen Aussenministers deutlich eingeschränkt werden. Dennoch war der deutsche Gesandte über die Wahl mehr als nur verärgert. In einem mehrseitigen Essay an den deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg fasste er die Vorgänge rund um die Wahl Adors zusammen. Dabei interpretierte er die Ereignisse als untrügliches Zeichen des schwindenden Einflusses auf die Schweiz. Es sei klar, dass das «Vertrauen in den Endsieg der Zentralmächte» in der Schweiz nicht mehr absolut sei.[63] Vielmehr habe man Hoffmann, den «tüchtigsten und allverehrten Staatsmann», kurzerhand fallengelassen.[64] Dies zeige eindrücklich, dass man den eigenen «Freunden in der Schweizerischen Regierung» nicht zu viel zutrauen dürfe.[65] Immerhin habe sich Hoffmann nach der Affäre würdevoll verhalten und sei bestrebt gewesen, «jede Verantwortung von uns abzulenken» und eine «Schädigung der deutsch-schweizerischen Beziehungen» zu verhindern.[66] Nebst Hoffmann sei es zudem den Bundesräten Forrer und Schulthess zu verdanken, dass die aktuelle Lösung gefunden worden sei. Mehr

als das jetzige System habe man allerdings nicht erzwingen können.[67] Ador ganz zu verhindern, wäre nur möglich gewesen, wenn man dem Land im Falle einer Nichtwahl «die volle Unabhängigkeit von der Entente», also eine wirtschaftliche Versorgung auch mit Lebensmitteln und allen notwendigen Rohstoffen, hätte garantieren können.[68] Da dies aber nicht möglich sei, hätte man bei einer «Kraftprobe» mit einem offenen Bruch der Beziehungen mit der Schweiz rechnen müssen. Dies könne man sich aber auf gar keinen Fall leisten.[69]

Romberg machte damit auf die begrenzten Möglichkeiten deutscher Machtpolitik aufmerksam, die auf die ökonomische Zwischenlage der Schweiz, welche auf Rohstoffe aus dem Entente-Raum dringend angewiesen war, Rücksicht nehmen musste. Zugleich stellte er den schwindenden Einfluss fest und wies auf die Gefahr hin, dass die Schweiz im schlimmsten Fall ihre Neutralität aufgeben und sich der Entente anschliessen könnte.

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte der österreichische Gesandte Musulin, der im Nachgang der Hoffmann-Grimm-Affäre auch mit dem deutschfreundlichen Journalisten Hermann Stegemann konferierte. Stegemann publizierte im Berner «Bund» und kämpfte dabei stets für eine enge Anlehnung der Deutschschweiz an das Deutsche Reich. In intellektuellen und journalistischen Kreisen besass er bedeutenden Einfluss und hielt stets Kontakt zu den Vertretern der deutschen Behörden. Sein Hauptwerk «Geschichte des Krieges», welches 1917 erstmals erschien, suchte die Kriegsschuld Deutschlands zu relativieren und wurde mit finanzieller und politischer Unterstützung des Münchner Sozialdemokraten Adolf Müller realisiert.[70] Der germanophile Publizist Stegemann und der österreichische Gesandte Musulin waren sich deshalb einig, dass mit der Wahl Adors und dem weiteren Andauern des Krieges ein immer stärkeres Kippen der Schweiz Richtung Westen drohe.[71] Musulin meldete nach Wien, dass man in Zukunft nicht mehr auf die Hilfsdienste Hoffmanns zurückgreifen könne und sich daher um «grösste Korrektheit» bemühen müsse. Dass jüngst ein Bankdirektor aus Budapest, der in Bern für den österreichischen Kaiser «verschiedene Gegenstände» einkaufte, per Telegramm den Auftrag erhielt, in der Schweiz auch noch illegal Kaffee, Öl und Reis einzukaufen, sei deshalb bedenklich. Denn von nun an würden solche Aktionen wohl von den Schweizer Behörden nicht mehr gedeckt und der SSS weitergeleitet. Dies aber führe zu einer direkten Kompromittierung der österreichischen Stellen.[72] Tatsächlich hatten schweizerische Behörden zuvor immer wieder illegale Geschäfte zugelassen und entgegen den alliierten Vorschriften Rohstofflieferungen an die Zentralmächte ermöglicht. So kauften die militärischen Dienststellen der Schweiz und Österreich-Ungarns in einer Art Joint-Venture 1915 gemeinsam Tuch für Militärmäntel auf dem US-Markt. Die Schweiz fungierte dabei als offizielle Käuferin und sollte danach einen Teil der Ware nach Österreich liefern. Dafür wurde sogar einem österreichisch-ungarischen Leutnant ein Schweizer Pass ausgestellt, damit dieser zu Kaufverhandlungen in die USA reisen konnte. In einem anderen Fall lieferte die Schweiz grosse Mengen Baumwolle nach Österreich, um dem Ausfuhrverbot der Entente

zuvorzukommen. Bei diesen illegalen Geschäften waren nicht nur ranghohe Schweizer Militärs beteiligt, sondern auch der Industrielle Ernst Schmidheiny, der für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Mittelmächten zuständig war und in der Handelsabteilung des Aussendepartements unter Hoffmann eine führende Rolle spielte.[73] Mit dem Rücktritt Hoffmanns als Vorsteher des Aussendepartements wurde nun die Handelsabteilung dem Volkswirtschaftsdepartement unter Edmund Schulthess angegliedert. Damit gingen auch alle Kompetenzen der Handelsabteilung an das Volkswirtschaftsdepartement über, welches von nun an sämtliche Ausfuhr- und Kompensationsdienste übernahm.[74] Damit wurde Schmidheinys Kompensationsbüro aufgehoben und der St. Galler Industrielle von jeglicher Mitwirkung am Ausfuhrdienst entbunden. Der österreichische Gesandte Musulin stellte nun fest, dass die Enthebung Schmidheinys von der Leitung des Kompensationsbüros besonders schmerzhaft sei, denn «als wahrer Freund der Mittelmächte» habe er durch seine Informationen «sehr gute Dienste geleistet».[75] Dass man ihn aber nicht entlasse, sei wohl nur darauf zurückzuführen, dass man im Bundesrat glaube, seine Entfernung würde dazu führen, dass die «noch verdunkelten Missgriffe und Missbräuche des Kompensationsdienstes ans Tageslicht» kämen.[76]

Die Diplomaten der Mittelmächte befürchteten deshalb, dass man ohne Hoffmann nicht mehr im gleichen Masse über gute Kontakte verfügen würde und die Schweiz immer Entente-freundlicher werden könnte. Auch germanophile Kräfte in der Schweiz griffen das Thema medienwirksam auf. Die rechtsnationale Deutschschweizerische Gesellschaft publizierte kurz nach der Wahl Adors in den grossen Schweizer Tageszeitungen einen öffentlichen Aufruf.[77] Die deutschfreundliche Vereinigung wurde mit Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes bereits ein Jahr zuvor gegründet und stellte sich in den Dienst der deutschen Propaganda. In ihrem Aufruf hiess es: die «Wahl des Herrn Ador, eines erklärten Parteigängers einer kriegführenden Mächtegruppe», müsse «jedem Deutschschweizer die Augen öffnen».[78] «Das Volk der deutschen Schweiz» müsse sich jetzt zusammenschliessen, um den Einfluss der Romandie zurückzudrängen, denn sonst drohe dem Land «das Schicksal Griechenlands».[79] Dabei spielte die Annonce direkt auf den Sturz des deutschfreundlichen griechischen Königs Konstantin an, der in den Augen der germanophilen Kräfte analog zum Sturz Hoffmanns einer Intrige der Entente zum Opfer gefallen war – eine Analogie, die in der Folge immer wieder herbeibemüht wurde, wenn vor einer «Gräzisierung» der Schweiz gewarnt wurde.[80]

Im Gegensatz zu den Befürchtungen im deutschfreundlichen Lager herrschte bei den Vertretern der Entente eine zufriedene Stimmung. Dort begrüsste man die Demission Hoffmanns und die Wahl Adors. Der US-amerikanische Konsul in Basel schrieb dem US-Gesandten in Bern, Alexander Stovall, dass der Rücktritt Hoffmanns den germanophilen Kräften einen kräftigen Dämpfer versetzt habe: «The recent resignation of Mr. Hoffmann shuts the Germans and the German-Swiss off more or less from the political and commercial trough at

Berne from which they have waxed fat.»[81] Symptomatisch seien deshalb auch die Proteste der Deutschschweizerischen Gesellschaft, die sich vorwiegend aus einflussreichen Baslern deutscher Herkunft zusammensetze, die nun um ihren Einfluss fürchteten.[82] Der Aufruf der deutschfreundlichen Basler Gesellschaft schürte auch den innenpolitischen Zwist zwischen den Sprachregionen und wurde in der Romandie naturgemäss stark kritisiert. So bezeichnete etwa der jurassische «Démocrate» das Ganze als «pamphlet grotesque et odieux».[83]

3.3 Ein Schweizer Unternehmer wird neuer Botschafter in Washington

Mit der Wahl Adors in den Bundesrat, die trotz des massiven deutschen Drucks nicht verhindert werden konnte, kam es nun erstmals zu einer deutlich Entente-freundlicheren Stimmung im Schweizer Aussenministerium.[84] Denn bisher hatte, wie es der österreichische Gesandte passend zusammenfasste, die Deutschfreundlichkeit der Schweiz kein Glück gebracht – «erst die Obersten-Affäre, dann Affäre Ritter und jetzt Hoffmann».[85]

Entscheidender aber als der personelle Wechsel im Schweizer Aussenministerium waren die aussenwirtschaftlichen Veränderungen durch den Kriegseintritt der USA, welche eine stärkere transatlantische Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik notwendig machten. Denn seit dem Kriegseintritt Anfang April 1917 erhöhten die Vereinigten Staaten den aussenpolitischen Druck auf die neutralen Länder stetig, und die Lebensmittelversorgung, die bisher stets aus Übersee erfolgte, wurde zu einem zentralen aussenpolitischen Problem. Noch kurz vor der Kriegserklärung der USA hatten verschiedene neutrale Staaten, vor allem Holland, aus Angst vor einem möglichen Embargo grosse Mengen an Getreide auf dem US-Markt aufgekauft und dadurch Preissteigerungen ausgelöst. In den US-Medien wurde daher gefordert, die Getreideüberschüsse nur noch den Alliierten zukommen zu lassen. Immer mehr Zahlenmaterial wurde in den amerikanischen Zeitungen publiziert, welches zeigen sollte, dass Rohstoffe von den nördlichen Neutralen an die Zentralmächte reexportiert wurden. Besonders kritisiert wurden Holland und Dänemark. Diesen warf man vor, grosse Mengen an US-Getreide zu importieren und gleichzeitig Eier und Butter nach Deutschland zu liefern. Das Getreide werde auch an holländische Rinder verfüttert, um deren Fleisch später nach Deutschland zu verkaufen[86] – ein Vorwurf, der gegen die Schweiz von den übrigen Alliierten bereits seit 1916 erhoben worden war.[87] Tatsächlich waren auf der Importseite alle nordischen Neutralen sowie Holland und die Schweiz auf Getreide aus den USA angewiesen. Andererseits benötigten sie Kohle aus Deutschland. Im Gegensatz zur Schweiz, die vorwiegend Textilien, Uhren und Maschinen exportierte, lieferten die nordischen Staaten aber vor allem Lebensmittel nach Deutschland. Einzig Schweden exportierte vorwiegend Eisenerz und Roheisen für die deutsche Industrie.[88]

In der Folge entfaltete sich eine intensive Kampagne in den grossen amerikanischen Zeitungen, die auf einer Mischung aus Verdächtigungen und harten ökonomischen Fakten basierte. Der Grundtenor war dabei, dass die neutralen Staaten mit einem Handelsembargo zu belegen seien, falls diese ihre Exporte nach Deutschland nicht einschränkten. Aus der Schweizer Perspektive besonders ungünstig waren die aussenpolitischen Skandale, da dadurch die Schweiz noch stärker als Vasallenstaat des mächtigen Deutschland erscheinen musste. Besonders die Hoffmann-Grimm-Affäre hatte im alliierten Ausland für Kritik gesorgt und im Inland grosse Ängste vor einem Ausbleiben der Lebensmittelversorgung geweckt. Als die Demonstranten in Genf gegen Hoffmanns Handeln und die Parteilichkeit des Bundesrates protestierten, vermischte sich dies bereits mit der Angst, dass die Schweiz mit Hoffmann gleichgesetzt werde und die Westmächte, insbesondere die USA, zur Strafe die Lebensmittelzufuhr drosseln könnten.[89]

Tatsächlich hatten sich die Angriffe auf Ritter in den USA seit dem Frühling 1917 zu einer allgemeinen Pressekampagne gegen die Schweiz ausgewachsen. Dabei wurde das Misstrauen in den USA auch durch die deutschfreundliche Armeeleitung unter General Wille geschürt. In einem ausführlichen Artikel berichtete der angesehene britische Publizist Frederick Cunliffe-Owen in der «New York Sun» über die eheliche Verbindung des Generals mit der Familie Bismarck und seine Kontakte zur Familie Wagner. Dabei bezeichnete er Wille als autokratischen Kopf einer deutschfreundlichen «military oligarchy» und zeichnete das Bild einer preussischen Schweiz, die jederzeit aufseiten Deutschlands in den Krieg eingreifen könnte.[90] Die Angriffe auf Ritter und die deutschfreundliche Haltung der Schweiz finden dabei eine erstaunliche Parallele in Bezug auf Holland. Auch der niederländische Gesandte wurde als deutschfreundlich abgelehnt und musste schliesslich demissionieren. In der US-Presse erschienen Artikel, die wegen des deutschstämmigen Prinzgemahls das holländische Königshaus scharf kritisierten.[91] In Bern hatte man deshalb erkannt, dass nun aussenpolitisch die richtigen Signale gesendet werden mussten. Insbesondere für den glücklosen Gesandten Ritter, der in den Augen der Entente als Wasserträger des Deutschen Reiches fungiert hatte, musste nun ein geeigneter Ersatz gesucht werden.

Allerdings war die Personaldecke beim schweizerischen Aussendepartement ausserordentlich dünn. Erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts hatte man mit dem Aufbau eines professionellen diplomatischen Dienstes begonnen, da die Widerstände gegen zu hohe Bundesausgaben und einen allzu stark ausgebauten Zentralstaat insbesondere in katholischen Kreisen äusserst gross waren.[92] Obwohl die Schweiz als globale Handelsteilnehmerin wirtschaftlich stark mit der Welt verbunden war, entsandte das Land noch 1887 insgesamt nur fünf Gesandte ins Ausland, vier davon in die Hauptstädte der Nachbarstaaten, einen nach Washington.[93] Nicht viel dichter war das konsularische Netzwerk. Kurz vor dem Krieg betrieb die Schweiz nur etwas mehr als hundert konsularische Aussenstellen, wovon fast sämtliche im Nebenamt und nur zwei als sogenannte Berufskonsulate geführt wurden – im Vergleich zu Norwegen, welches über

700 konsularische Aussenstellen betrieb, eine sehr niedrige Zahl.[94] Hinzu kam, dass die diplomatischen und konsularischen Vertreter kaum entlohnt wurden, sondern sich entweder mithilfe ihres Vermögens oder durch das Eintreiben von Gebühren finanzieren mussten.[95] Dadurch konnte der Bund für eine exportorientierte Wirtschaft wichtige Funktionen erfüllen, ohne sein knapp bemessenes Budget zu belasten.[96] Doch im Verlauf des Ersten Weltkriegs übernahm die Schweiz im Rahmen der «guten Dienste» für immer mehr Staaten den Status als Schutzmacht. Damit handelte sie in deren Namen, wenn die diplomatischen Beziehungen durch den Krieg unterbrochen worden waren. Dies tat die Schweiz sowohl für die Staaten der Zentralmächte als auch für die Entente. So vertrat die Schweiz das Deutsche Reich in fast sämtlichen alliierten Hauptstädten, umgekehrt übernahm sie die alliierten Interessen in Wien oder Berlin.[97] Die Schweiz hatte zwar bereits im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 zum ersten Mal die Vertretung fremder Interessen wahrgenommen, doch erst angesichts des globalen Konflikts übernahm sie nun eine grosse Zahl solcher Mandate. Dementsprechend musste sie ihren Verwaltungsapparat ausbauen, so dass bis 1920 der Personalbestand der Auswärtigen Abteilung in der Berner Zentrale auf rund neunzig Personen anstieg.[98] Doch die mangelnde Erfahrung und die oftmals fehlenden Ressourcen drohten den kleinen Dienst immer wieder an seine Grenzen zu bringen.

Die Nachfolge Ritters gestaltete sich deshalb äusserst schwierig. Da sich unter den wenigen aktiven Diplomaten kein Kandidat fand, suchte man anstelle eines Karrierediplomaten einen Quereinsteiger, der über geeignete Erfahrungen verfügte. Dabei fiel die Wahl auf den erst einundvierzigjährigen Winterthurer Industriellen Hans Sulzer.[99]

Sulzer hatte Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften in Genf, Berlin und Leipzig studiert, wo er 1900 sein Studium mit einem Doktorat abgeschlossen hatte. Daraufhin machte er erste berufliche Erfahrungen in der Privatwirtschaft und arbeitete in Italien, England und den USA. Danach trat er in die elterliche Firma «Gebrüder Sulzer» ein, die an ihrem Standort in Winterthur Maschinen und Anlagen für den Weltmarkt produzierte. Dank eines Patentvertrags mit Rudolf Diesel stellte die Firma Dieselmotoren für grosse Ozeanschiffe her. Wenige Jahre vor dem Krieg wurde Sulzer im Unternehmen unbeschränkt haftender Teilhaber und führte 1914 die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft durch. Hans Sulzer war damit der neue starke Mann in der Firma. Zudem verfügte er über enge Kontakte zu den führenden industriellen Kreisen der Schweiz und sass im Verwaltungsrat verschiedener Schweizer Industriefirmen.[100] Der Bundesrat hielt deshalb fest, Sulzer sei eine geeignete Persönlichkeit und seine Nomination von «entschiedenem Gewicht».[101]

Die Ernennung Sulzers fand in den führenden Schweizer Kreisen ein äusserst positives Echo. Zahlreich sind denn auch die Gratulationskarten zu seiner Ernennung, die von einflussreichen Industriellen, Bankiers und Politikern eintrafen,[102] so etwa vom Verwaltungsrat des Schweizer Bankvereins, Léopold



Abb. 6: Diplomat und Unternehmer – der neue Schweizer Gesandte in Washington Hans Sulzer, um 1917.

Dubois. Dieser war ein erfahrener Bankier, der während des Krieges die Beziehungen des Basler Bankhauses nach Paris und London ausbaute und einen dezidiert frankophilen Kurs steuerte.[103] Er hatte daher grosses Interesse an guten politischen Beziehungen mit den Westmächten und schrieb dem neuen Gesandten, mit dem er auch geschäftlich eng verkehrte: «Je suis très heureux pour notre pays que vous ayez accepté la mission [...].»[104] Auch der einflussreiche Industrielle und Direktor der Georg Fischer AG, Ernst Homberger, brachte seine grosse Freude zum Ausdruck, dass Sulzer die Aufgabe übernehme, und dankte ihm für das grosse Opfer, das er dem Vaterland in dieser ausserordentlich schwierigen Lage bringe.[105] Sulzer selbst fühlte sich durch die Ernennung sehr geehrt und schrieb dem Bundesrat, er finde nicht die Worte, um seinen Gefühlen des Dankes Ausdruck zu geben.[106] Zwar hege er nach wie vor Zweifel an seiner Eignung für den verantwortungsreichen Posten, doch halte er sein Engagement für eine patriotische Pflicht.[107] Als Geschäftsmann aber betrachtete Sulzer die Mission nur als temporäre Aufgabe. Weiterhin wollte er über die Angelegenheiten der Firma informiert sein und liess sich die Firmenkorrespondenz mit der zensurfreien diplomatischen Post nach Washington schicken.[108] Da die finanziellen Entschädigungen im schwach ausgebauten diplomatischen Dienst nach wie vor sehr gering waren, stellte Sulzer sicher, dass ihm die Mehrkosten, die durch seine Versetzung entstanden, von der Gebrüder Sulzer AG rückerstattet wurden.[109] Damit bezahlte faktisch eine private Industriefirma einen Teil des Gehalts des Schweizer Botschafters. Gegenüber dem Verwaltungsrat der Gebrüder Sulzer AG rechtfertigte Sulzer die entstehenden Kosten und

seine Abwesenheit damit, dass sich von seiner neuen Position «auch gewisse geschäftliche Vorteile» ableiten liessen.[110] Tatsächlich halfen die Kontakte zwischen Sulzer und den alliierten Blockadebehörden später die Rohstoffversorgung der Firma zu verbessern.[111] Bei der Annahme des Postens dürften zudem die firmeninternen Rivalitäten mit dem älteren Bruder Carl Sulzer eine Rolle gespielt haben, so dass die Aufgabe in Washington eine willkommene Gelegenheit gewesen sein dürfte, den familiären Konflikten zu entkommen.[112] Zudem verlangte Sulzer als Bedingung, dass er den Gesandtschaftsposten nur bis zum Kriegsende übernehmen müsse, «zunächst überhaupt bis längstens Ende 1918».[113] Definitiv in die Schweiz zurückkehren sollte Sulzer dann allerdings erst zwei Jahre später.[114]

3.4 In Amerika die Schweiz erklären: Die Idee der Swiss Mission

Doch während nun die Planungen für die Besetzung des Postens in Washington voranschritten, nahmen die Stimmen in den USA zu, die eine härtere Gangart gegenüber den Neutralen forderten. Bald beeinflusste die öffentliche Diskussion auch die politischen Institutionen. Bereits im Mai 1917 wurde im US-Senat intensiv über Exportverbote beraten und schliesslich im Juni 1917 der «Espionage Act» beschlossen, der dem US-Präsidenten die Möglichkeit gab, Exporte aus den USA zu unterbinden. Tatsächlich nutzte Präsident Woodrow Wilson seine neuen Befugnisse rasch und erliess bereits Anfang Juli 1917 ein erstes Exportverbot für Getreide und Fette.[115] Für die Neutralen bestätigten sich damit die Befürchtungen und in Bern, Den Haag und den skandinavischen Hauptstädten herrschte Hektik. Auch in der Schweiz hatte man die veränderte Stimmungslage in den USA wahrgenommen, und seit Anfang Mai 1917 hatte eine öffentliche Debatte darüber eingesetzt, wie auf die veränderte Kriegslage zu reagieren sei. Am 5. Mai 1917 veröffentlichte das «Journal de Genève» einen Brief der US-amerikanischen Frauenrechtlerin Clara Guthrie d'Arcis. Die bekannte Geschäftsfrau hatte einen Genfer geheiratet und lebte in der Rhone-Stadt. Dort engagierte sich Guthrie pazifistisch und gründete 1915 mit anderen Frauen die Women's International League for Peace and Freedom. In ihrem offenen Brief forderte sie die offizielle Schweiz auf, eine energische aussenpolitische Propaganda zu entfalten, denn die USA würden eine zentrale Rolle in der Weltpolitik und der Nachkriegsordnung spielen. Die Schweiz müsse deshalb unbedingt ihre Stimme erheben und ihre schwierige Lage erklären. Guthrie betonte darin: «Man macht sich hier keinen Begriff, in welchem Grade die Schweiz in der neuen Welt unbekannt ist.»[116] Als wichtigste Massnahme schlug sie deshalb die Entsendung einer Delegation vor, welche sich sowohl mit den Verhältnissen in den USA als auch mit den schweizerischen Gegebenheiten auskenne. Vor allem sollten der Kommission «Kaufleute» mitgegeben werden. Diese würden die wirtschaftlichen Verhältnisse aus erster Hand kennen und könnten den Amerikanern die

Probleme des Landes am besten schildern.[117] Damit, so die Hoffnung Guthries, könnte ein Embargo der USA gegen die Schweiz abgewendet werden.

Das Engagement Guthries dürfte auch durch eigennützige Motive bestimmt gewesen seien, denn gemeinsam mit ihrem Mann betrieb sie eine «Agence américaine», welche mit Büros in Paris und Genf den Vertrieb und das Marketing für US-Unternehmen in Frankreich und der Schweiz übernahm, darunter bekannte Firmen wie General Motors, deren erst am Vorabend des Ersten Weltkriegs entwickelte Buick-Automobile in Europa abgesetzt wurden.[118] Ein strenges Embargo gegen die Schweiz hätte deshalb wohl unweigerlich das eigene Geschäft geschädigt.

An der Lancierung einer Schweizer Delegation war allerdings nicht nur Guthrie beteiligt, sondern auch ein weiterer einflussreicher Amerikaner, der Publizist und christliche Sozialist George D. Herron. Bei Kriegsausbruch war er von Florenz ins kosmopolitische Genf gezogen, um dort näher an den Ereignissen des Weltkriegs zu sein. Von dort aus agierte Herron als inoffizielle Kontaktstelle des State Department und schickte regelmässig Berichte über die europäische Kriegslage nach Washington. Durch seine vielen Kontakte, auch ins gegnerische Lager, war er stets gut informiert und wurde wegen seiner engen Beziehungen zu US-Präsident Woodrow Wilson zuweilen als dessen Sprachrohr bezeichnet.[119] Clara Guthrie machte Herron im Mai 1917 mit Edmund Schulthess bekannt. In geheimen Gesprächen schlug Herron dem schweizerischen Bundespräsidenten vor, eine Delegation in die USA zu entsenden.[120] Auch die offiziellen US-Repräsentanten in der Schweiz drängten auf eine «Swiss Mission». Der amerikanische Konsul in Zürich schrieb an den US-Gesandten Pleasant Stovall in Bern, er finde, eine solche Mission sei überaus wichtig, denn in den USA mache man sich ein falsches Bild über die Lage in der Schweiz. Deutschland versuche alles, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu hintertreiben. Es müsse daher dringend etwas für die gegenseitige Verständigung getan werden.[121]

Die Vorschläge der verschiedenen Seiten verfehlten ihre Wirkung nicht. Nur rund drei Wochen nach der Abberufung Ritters und noch kurz vor der Demission Hoffmanns beschloss die Gesamtregierung am 1. Juni 1917, eine Delegation von profilierten Schweizer Persönlichkeiten zu entsenden. Das Ziel sei, durch Aufklärung der «grossen Presse und der intellektuellen Kreise» auf die öffentliche Meinung in den USA einzuwirken.[122] Als geeignet für die Aufgabe befand man im Aussenministerium schliesslich drei Herren: Als Leiter der Delegation wurde der achtundfünfzigjährige Textilunternehmer John Syz bestimmt. Nach der Demission Ritters hätte er zunächst den frei werdenden Gesandtschaftsposten in Washington übernehmen sollen. Doch mit Rücksicht auf seine Pflichten in der Schweiz hatte er dies abgelehnt. Nun übernahm er stattdessen die Leitung der «Swiss Mission».[123] Syz, der als Sohn des Schweizer Konsuls in Philadelphia geboren wurde, hatte sich in London und den USA zum Kaufmann ausgebildet und führte ab 1900 eine eigene Baumwollweberei in der Nähe von Zürich. Als

Präsident der Zürcher Handelskammer und freisinniger Nationalrat verfügte er über gewichtigen politischen Einfluss. Zudem war er Präsident des Verbandes der Arbeitgeber der Textilindustrie und durch seine familiäre Herkunft mit den führenden industriellen Familien der Schweiz verbunden.[124] Wie von Herron vorgeschlagen, nominierte der Bundesrat zudem William Rappard, den erst vierunddreissigjährigen Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Genf.[125] Wie Syz war Rappard in New York zur Welt gekommen und hatte seine Kindheit dort verbracht. Später hatte er an der Harvard University studiert und für einige Zeit als Assistenzprofessor Ökonomie unterrichtet.[126] Der dritte Teilnehmer der Swiss Mission war der Jurist und Verleger Wilhelm Stämpfli. Zusammen mit seinem Bruder führte er die traditionsreiche Berner Buchdruckerei Stämpfli und leitete deren Ausbau zum bedeutenden Verlagshaus mit Schwerpunkt auf juristischer Fachliteratur. Als Oberstleutnant in der Schweizer Armee wurde er 1916 zum Präsidenten der Zentralkommission für die Interniertenbeschäftigung ernannt und kümmerte sich in dieser Funktion auch um die Zuteilung der internierten Kriegsgefangenen an die einzelnen Unternehmen in der Schweiz.[127] Der an Kunst und Literatur interessierte Jurist war zudem mit einer amerikanischen Sängerin verheiratet und kannte die USA dank verschiedener Aufenthalte aus eigener Erfahrung.[128] Zwar hatte man damit das notwendige Personal für die Mission zusammengestellt, ein exaktes Programm für das Vorgehen der Delegation lag jedoch noch nicht vor. Dennoch gab man sich im Bundesrat optimistisch, dass sich der «richtige Weg schon zeigen» werde.[129] Kurz nach dem Bundesratsentscheid schrieb William Rappard dem neuen Schweizer Gesandten Sulzer in einem Brief, er freue sich, dass die Schweiz nun in wirklich schweizerischem Sinne in Washington vertreten sein werde. Diese Spitze gegen den vormaligen, deutschfreundlichen Gesandten Ritter verband Rappard mit der Feststellung, dass er die Amerikaner gut genug kenne, «um zu wissen, dass wir uns bloss so zu geben haben, wie wir sind, um von ihnen begriffen und geschätzt zu werden».[130]

3.5 Fahrt in Richtung Westen: Mit dem Dampfschiff über den Atlantik

Trotz der Wahl Adors zum neuen Aussenminister hatte die Hoffmann-Grimm-Affäre das Ansehen der Schweiz in der Entente beschädigt. Eine Entsendung des neuen Gesandten Hans Sulzer und der begleitenden Swiss Mission war damit umso dringlicher geworden.

Doch zunächst verzögerten sich die Planungen durch den Wechsel im Schweizer Aussenministerium und es kam zu Schwierigkeiten beim Festlegen der Reiseroute.[131] Noch am 18. Juni 1917 hatte Sulzer den übrigen Mitgliedern der Swiss Mission mitgeteilt, dass die definitiven Details festgelegt seien: zunächst reise man via Deutschland nach Kopenhagen und von dort mit dem Dampfschiff in die USA.[132] Doch das State Department intervenierte gegen diese Pläne, und US-Aussenminister Robert Lansing meinte, dass eine Anreise der Schweizer

Delegation und des neuen Gesandten via Deutschland mehr als «inappropriate» sei.[133] In dieser spannungsgeladenen Atmosphäre erhielten selbst scheinbar nebensächliche Verhaltensweisen eine hohe Bedeutung. Im Aussendepartement in Bern nahm man die Wünsche aus den USA sofort auf. Als Alternative prüfte man deshalb eine Schiffsreise ab Bordeaux. Doch da die Abfahrt des französischen Dampfers aus Furcht vor deutschen U-Booten strikt geheim gehalten werden sollte, hätte die Delegation öffentlich ein falsches Abreisedatum bekannt geben müssen. Zudem wäre die Sicherheit der Reisegruppe nur durch militärischen Geleitschutz gewährleistet gewesen.[134]

Denn die deutsche Seite machte umgehend klar, dass man die Sicherheit bei einer Abfahrt aus dem französischen Hafen nicht gewährleisten könne. Im deutschen Kriegsministerium vermutete man vielmehr, die USA planten absichtlich eine Abreise via Bordeaux, um im Falle eines Abschusses einen Konflikt zwischen der Schweiz und Deutschland zu provozieren.[135] Sulzer war zwar der Ansicht, dass die persönliche Sicherheit keine Rolle spielen dürfe, da es sich bei der Reise «um höhere Interessen des Staates» handle, doch als die Anfrage des Politischen Departements bei Romberg ergab, dass die Route über Spanien sicher sei, plante man die Abreise von dort, so wie dies auch die US-Diplomaten seit dem Frühjahr 1917 taten.[136] Am Nachmittag des 3. Juli 1917, rund eine Woche nach seinem Amtsantritt, versammelte der neue Aussenminister Ador die Mitglieder der Mission und den neuen Gesandten in Bern, wo diese instruiert und mit umfangreichem statistischem Material zum schweizerischen Aussenhandel versorgt wurden. Solchermassen vorbereitet, sollte die Mission den amerikanischen Gesprächspartnern die schwierige Versorgungslage der Schweiz bekannt machen.[137]

Rund eine Woche später, am Dienstag, dem 17. Juli 1917, traten Hans Sulzer und seine Frau Lili Sulzer mit den drei jungen Söhnen sowie den Kindermädchen und der Sekretärin die Reise nach New York an. Beim ersten Zwischenstopp in Bern stiessen die Mitglieder der Swiss Mission hinzu. Vor ihrer Abreise wurden die Herren vom Bundespräsidenten Schulthess zu einer letzten Besprechung empfangen.[138] Dieser leitete nach dem Rücktritt Hoffmanns auch die Handelspolitische Abteilung und war in der Schweizer Regierung nun die zentrale Figur in allen aussenwirtschaftlichen Fragen. Das Treffen wurde vom amerikanischen Filmschaffenden Frederick Burlingham festgehalten, der von Clara Guthrie beauftragt worden war, den Anlass zu fotografieren, und dessen Aufnahmen später in der Entente-freundlichen Zeitschrift «Mars» in einer Sonderausgabe «Schweiz – Amerika» abgedruckt wurden.[139] Burlingham weilte, wie viele andere ausländische Filmschaffende, seit der Jahrhundertwende in der Schweiz. In Montreux betrieb er eine Firma und widmete sich vorwiegend der alpinen Landschaft.[140] Guthrie schlug deshalb vor, sein umfangreiches Filmmaterial, welches die Schönheiten schweizerischer Landschaften zeigte, in den USA in die Kinos zu bringen, um dort «Propaganda» für die Schweiz zu machen. Das Projekt, welches anfänglich von den Schweizerischen Bundesbahnen hätte finanziert werden sollen, scheiterte aber an den hohen Kosten von umgerechnet einer Million Schweizer Franken.

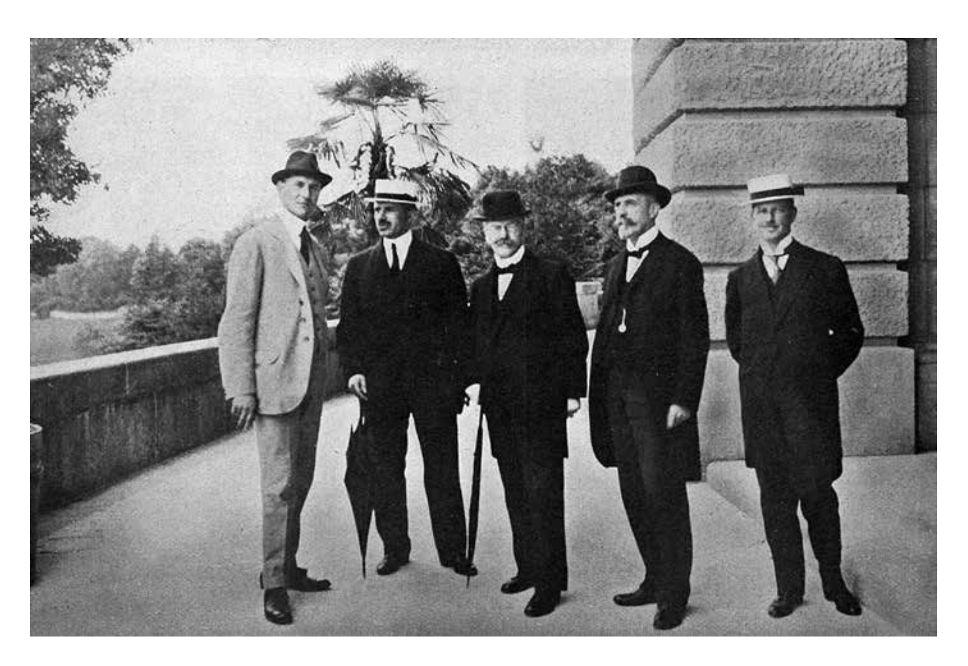


Abb. 7: Die Swiss Mission kurz vor der Abreise – mit Hans Sulzer, William Rappard, John Syz und Wilhelm Stämpfli (von links nach rechts) sowie dem Bundespräsidenten Edmund Schulthess (Mitte) in der Aufnahme von Frederick Burlingham.

Einmal mehr zeigte sich, dass der Bundesstaat nach wie vor sparsam mit seinen Mitteln umging und man neuen Initiativen gegenüber skeptisch war.[141]

Nach dem Treffen ging es mit dem Zug von Bern nach Genf, wo bei der Familie Rappard zu Abend gegessen wurde. Danach fuhr man mit dem Nachtzug nach Paris, wo die Familie Sulzer und die übrigen Mitglieder der Mission im berühmten Grandhotel Meurice an der Rue de Rivoli abstiegen.[142] Dort traf Sulzer sich mit Alexandre Cailler, dem freisinnigen Nationalrat, Schokoladenfabrikanten und Nestlé-Verwaltungsrat.[143] Cailler war Vorsitzender der vor Kurzem gegründeten schweizerischen Zentralstelle für auswärtige Transporte, kurz FERO. Diese sollte den benötigten Frachtraum für die schweizerische Ein- und Ausfuhr organisieren.[144] Die Transportfrage war eines der zentralen Problemfelder für die Aussenwirtschaft der Schweiz, da mit zunehmendem Kriegsverlauf der Frachtraum sowohl auf der Schiene als auch im Schiffsverkehr immer knapper wurde.[145] Mit Blick auf die USA und die benötigten Importe stellte sich das Problem in besonderer Weise, verfügte doch das Binnenland Schweiz im Gegensatz zu den nordischen Neutralen und Spanien über keine eigene Hochseeflotte und war darauf angewiesen, den nötigen Schiffsraum auf dem globalen Transportmarkt zu organisieren.[146]

Nebst den Absprachen mit Cailler nahm Sulzer auch Fühlung mit den französischen Behörden auf. Schliesslich spielten die Franzosen bei der Ausgestal-

tung der Aussenhandelspolitik gegenüber der Schweiz seit Ausbruch des Krieges eine zentrale Rolle. Seit dem Kriegseintritt der USA hofften die französischen Blockadebehörden, mit amerikanischer Unterstützung die Kontrollen gegenüber den neutralen Staaten zu verschärfen und das bestehende Blockadesystem noch dichter zu gestalten. Insbesondere die Lebensmittelausfuhr, darunter der Deutschlandexport von Vieh, welches mit US-amerikanischem Tierfutter gefüttert worden war, sollte in Zukunft stärker unterbunden werden. Nachdem sich die Briten anfänglich durch den U-Boot-Krieg vor allem um die eigene Versorgung aus den USA gesorgt und eine schärfere Haltung gegenüber den neutralen Grenzstaaten Deutschlands ausgeschlossen hatten, näherten sie sich schliesslich ab Mitte Mai 1917 der französischen Position an und forderten ebenfalls ein schärferes Vorgehen gegenüber den Neutralen. Im Gegensatz zu den nordischen Staaten und den Niederlanden, deren Exporte man besonders im Auge hatte, erachteten aber sowohl die britischen als auch die französischen Behörden die Blockademassnahmen gegenüber der Schweiz als grundsätzlich ausreichend. Die vor Kurzem von der Schweiz zugestandene Limitierung des Exports der eigenen Agrarprodukte spielte hier sicher eine Rolle.[147] Die Schweiz hatte Mitte Mai 1917 in einem Abkommen der Drosselung der Ausfuhr von Vieh und tierischen Produkten zugestimmt und durfte nun während eines Jahres höchstens noch 30 000 Stück Vieh nach Deutschland exportieren, zudem musste sie den Käse- und Butterexport ins Deutsche Reich reduzieren und die Kondensmilch, welche die Schweiz in grosser Menge herstellte, grösstenteils an die Entente liefern. Als Gegenleistung erhielt die Schweiz die für die Vieh- und Milchwirtschaft benötigten Futtermittel. Damit war es den Alliierten gelungen, die Kontrolleingriffe auch auf Produkte auszudehnen, die als typisch schweizerische Landesprodukte gegolten hatten. Auch hier war der Eingriff nur möglich, weil zur Produktion dieser typischen Schweizer Produkte ausländische Rohstoffe benötigt wurden.[148]

Aufgrund der bisherigen harten Haltung der französischen und britischen Behörden in der Lebensmittelfrage versuchte Sulzer noch vor seiner Abreise aus Paris mit der französischen Regierung in Kontakt zu treten und die Position der Schweiz zu erläutern. In einem Telefongespräch erklärte Sulzer dem französischen Aussenminister, dass die Schweiz nicht nur die Versorgung mit Produkten und Rohstoffen aus den USA sicherstellen wolle, sondern auch eine Einbindung des neuen Kriegsteilnehmers ins bestehende Kontrollsystem der SSS wünsche, um damit einen verbindlichen Rechtsrahmen zu erhalten.[149] Obwohl die französischen Blockadebehörden ein Mitwirken der USA bei der SSS ebenfalls befürworteten, erhofften sie sich durch den mächtigen Verbündeten vor allem eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition gegenüber der Schweiz.[150] Dass man dem kleinen Nachbarn auf französischer Seite aber ohnehin mit einem latenten Misstrauen begegnete und stets eine grosse Nähe zum Deutschen Reich unterstellte, zeigte sich nicht nur in den aussenwirtschaftlichen Verhandlungen, sondern auch in praktischen Alltagsdingen. Denn während Sulzer in den Amtsstuben die Ausgangslage für die Verhandlungen mit den USA sondierte, erlebte seine Ehefrau

die Abneigung der Pariser Bevölkerung unmittelbar, wenn die Knaben auf dem Spielplatz Schweizerdeutsch miteinander redeten und sie deswegen «so manchen unfreundlichen Blick» erntete.[151]

Nach fünf Tagen in Paris reisten die Familie Sulzer und die Mitglieder der Swiss Mission von der Gare d'Orléans weiter nach Toulouse. Bei grosser Hitze und in überfüllten Zugwagen erreichten sie Spanien. In Barcelona wurde von der örtlichen Schweizer Kolonie ein Bankett gegeben und der Gesandte und die Schweizer Delegation feierlich verabschiedet. Im Hafen wartete der Dampfer «Manuel Calvo», ein fast dreissigjähriges Schiff, das nur 120 Meter lang und vierzehn Meter breit war, aber trotzdem Platz für mehr als tausend Passagiere bot. Die Familie Sulzer und die Mitglieder der Swiss Mission erhielten jedoch einen der gehobenen 84 Plätze in der ersten Klasse.[152] Trotzdem notierte Lili Sulzer unzufrieden in ihr Tagebuch: «In den Kabinen sah es allerdings miserabel aus und man wusste kaum, wohin mit all seinen Sachen.»[153] Entlang der spanischen Küste fuhr die «Manuel Calvo» über Valencia und Malaga nach Cadiz, wo ein letzter Zwischenstopp eingelegt und das Schiff mit Kohle für die Überfahrt beladen wurde. Anstatt, wie geplant, eine kleine Feier zum 1. August abzuhalten, verliess die Reisegesellschaft den lärmigen und schmutzigen Dampfer noch einmal und übernachtete in einem Hotel in der weissen Altstadt von Cadiz. In den Mittagsstunden des nächsten Tages legte die «Manuel Calvo» schliesslich im Hafen ab und nahm Kurs auf New York.[154]

3.6 Ungewisse Aussichten im Sommer 1917

Damit war der Start zu einer Verhandlungsmission gegeben, welche nach dem Kriegseintritt der USA und der damit verbundenen Veränderung der weltpolitischen Lage notwendig geworden war. Die Schweiz hatte ihren Aussenhandel im Verlauf des Krieges immer stärker auf US-Importe ausgerichtet. Insbesondere beim Getreide war der Binnenstaat ab Mitte des Krieges existenziell auf die Zufuhr aus Übersee angewiesen. Unter diesen Umständen waren freundschaftliche Beziehungen zur starken amerikanischen Wirtschaftsmacht zentral. Doch nach der Affäre um den Schweizer Botschafter Ritter im Frühling 1917 und der Hoffmann-Grimm-Affäre im Sommer 1917 war das Renommee der Schweiz in Washington auf einem Tiefpunkt angelangt. Denn beide Fälle hatten demonstriert, dass sich die Vertreter der schweizerischen Aussenpolitik zu direkten Gehilfen der deutschen Interessenpolitik gemacht hatten. Den deutschen Behörden war es gelungen, hochrangige Vertreter der Schweiz für ihre aussenpolitischen Ziele zu instrumentalisieren und die neutrale Vermittlertätigkeit in den Dienst der deutschen Kriegszielpolitik zu stellen. Vor allem Hoffmann, der auch bei der Ausreise Lenins aktiv mitgewirkt hatte, war zum Symbol einer auf Deutschland ausgerichteten Aussenpolitik geworden und hatte das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Schweiz in den alliierten Hauptstädten erschüttert.

Die Versuche der Schweizer Aussenpolitik, sich als Vermittlerin in den globalen Konflikt einzuschalten, waren somit allesamt gescheitert. Zudem war deutlich geworden, welche hohen politischen Risiken mit einer aktiven Aussenpolitik verbunden waren. Der Historiker Paul Moeyes sieht im Vergleich zur stärker isolationistischen Haltung der Niederlande in der Hoffmann-Grimm-Affäre gar den Beweis, wie sehr sich die Schweizer Aussenpolitik durch Inkompetenz und Taktlosigkeit auszeichnete.[155]

Neben den aussenpolitischen Rückwirkungen führte die Affäre zudem zu innenpolitischen Spannungen zwischen den Sprachgruppen, die sich in den Protesten in Genf und Lugano entluden. Die politisch-ideologischen Konfliktfelder des Weltkriegs übertrugen sich somit direkt auf die Schweiz, wobei auch die verschiedenen Exilgruppen und deren Verbindungen zu den kriegführenden Parteien eine Rolle spielten, wie die Ankunft des griechischen Königs Konstantin I. deutlich gemacht hatte.

Die Bundespolitik in Bern reagierte allerdings rasch auf die Affäre und anstelle des deutschfreundlichen Arthur Hoffmann wurde mit der Wahl Adors ein klarer politischer Wechsel an der Spitze des Aussendepartements vollzogen. Zudem wurde der Botschaftsposten in Washington mit dem jungen Unternehmer Hans Sulzer besetzt, der den Auftrag erhielt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA neu zu regeln und die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln sicherzustellen. Sekundiert wurde er von der Swiss Mission, die als aussenpolitische Werbeoffensive der amerikanischen Öffentlichkeit ein positiveres Bild der Schweiz vermitteln sollte. Dies alles waren zaghafte Zeichen einer Abkehr von der bisherigen Aussenpolitik und einer stärkeren transatlantischen Orientierung. Ob die Swiss Mission und der neue Gesandte allerdings die in sie gesetzten Hoffnungen auf eine bessere politische Verständigung mit den USA würden erfüllen können, war im Sommer 1917 mehr als ungewiss. Bereits bei den Reisemodalitäten hatten sich erste Schwierigkeiten ergeben und die kritische amerikanische Berichterstattung zeigte an, dass schnelle diplomatische Erfolge in den USA nicht zu erwarten waren. Zudem war Deutschland nach wie vor ein mächtiger Einflussfaktor, der nicht davor zurückschreckte, möglichst direkt auf die politischen Verhältnisse in der Schweiz einzuwirken. Dies hatte sich anlässlich der deutschen Störmanöver bei der Wahl Adors deutlich gezeigt.

Im Sommer 1917 präsentierte sich die Schweiz somit nicht als stabiles, neutrales Territorium inmitten des Weltkriegs, sondern als ein politisch und sprachlich höchst gespaltenes Land in einer aussenwirtschaftlich schwierigen Lage.

4 Die Swiss Mission in den USA und der Verhandlungsherbst 1917

4.1 Amerikanische Zweifel an der Neutralität der Schweiz

Nach einer zweiwöchigen Fahrt über den Atlantik erreichte die «Manuel Calvo» am 15. August 1917 New York.[1] Im Vorhafen wurden der neue Botschafter und die Swiss Mission mit einem kleinen Boot abgeholt und an Land gebracht, wo sie sogleich von zahlreichen Journalisten bestürmt wurden.[2] Die US-Presse berichtete intensiv über die Ankunft des neuen Botschafters und der Schweizer Delegation und in den amerikanischen Tageszeitungen erschienen Fotos von Sulzer und seiner Familie.[3] Der «New York Times» sagte Sulzer kurz nach seiner Ankunft, er sei hier, um mit den Behörden die wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere die Lebensmittelversorgung der Schweiz, zu diskutieren.[4]

Am folgenden Tag organisierte der örtliche Schweizer Konsul Louis Junod zur Begrüssung ein Mittagessen im eleganten Union Club mit wichtigen Vertretern der Schweizer Kolonie und am Abend lud die bekannte New Yorker Bankiersfamilie Iselin, die Schweizer Wurzeln hatte, zu einem Abendessen mit zahlreichen Gästen.[5] Danach reisten die Swiss Mission und Sulzer nach Washington weiter, wo der neue Gesandte rund eine Woche später das Beglaubigungsschreiben an Präsident Wilson übergab.[6] In einer kurzen Ansprache dankte Sulzer dem Präsidenten für die «traditional aid and friendship» der grossen «sister republic» und verband damit zugleich die Hoffnung, dass die Schweiz auch in Zukunft auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten zählen könne.[7] Präsident Wilson betonte daraufhin: «The United States and Switzerland, founded as they are on the same fundamental basis of democracy, have in common ideals of sympathetic friendship.»[8] Trotz aller Freundschaftsbekundungen äusserte der Präsident auch Kritik: Die Schweiz müsse verhindern, dass ihr Territorium von Personen missbraucht werde, die keine richtigen Flüchtlinge seien.[9] US-Aussenminister Robert Lansing erklärte Sulzer danach, Wilson habe damit die vielen Spione gemeint, welche sich in der Schweiz betätigten.[10] Zwar war die Schweiz während des Krieges zu einem Treffpunkt der internationalen Spionage geworden und es wimmelte in Bern und den übrigen grösseren Städten von Agenten. Doch es ist gut möglich, dass Wilson nicht nur die Spione im Blick hatte, sondern auch die vielen russischen Exilanten, die sich in der Schweiz niedergelassen hatten.[11] Dass im Frühling 1917 Lenin von Zürich aus mit deutscher Unterstützung nach Russland zurückgekehrt war, hatte man in den alliierten Hauptstädten und den USA verärgert registriert. Inzwischen hatte Lenin in Russland eine gut laufende Agitations-

arbeit betrieben und im Juli 1917 kam es unter der Führung der Bolschewiki zu einem ersten, allerdings erfolglosen Putschversuch. Doch der Machtverfall der provisorischen Regierung schritt unter der sich verschlechternden Versorgungslage immer stärker voran und am 7. November 1917 kam es zum revolutionären Umsturz durch die Bolschewisten in St. Petersburg.[12] Nachdem die von Leo Trotzki geführten Soldaten auch das Winterpalais, den Sitz der provisorischen Regierung, eingenommen hatten, verkündeten Plakate den Übergang der Macht an das Revolutionskomitee. Der Führer der provisorischen Regierung, Alexander Kerenski, flüchtete in die amerikanische Botschaft.[13] In den USA befürchtete man nun, die Schweiz könnte zu einem Ausgangspunkt für weitere bolschewistische Umtriebe werden und damit auch die politische Stabilität in den alliierten Staaten bedrohen.[14]

Tatsächlich war es unter dem Eindruck der russischen Ereignisse und der zunehmenden wirtschaftlichen Verelendung von immer breiteren Bevölkerungsschichten auch in der Schweiz zu einer Erstarkung der Arbeiterbewegung gekommen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei setzten sich die radikaleren Kräfte durch, die eine Systemüberwindung forderten. Auf dem Parteitag im Juni 1917 lehnte die SP die Landesverteidigung offiziell ab und wehrte sich damit gegen die immer stärker werdenden militaristischen Tendenzen in der Schweiz. Dieser Kurs war allerdings nicht unumstritten und viele führende Köpfe der Arbeiterbewegung, darunter die konservativeren SP-Nationalräte Herman Greulich, Howard Eugster-Züst (der Bruder des FDP-Nationalrates Arthur Eugster) und der Genfer Jean Sigg, wehrten sich öffentlich gegen diese Neuausrichtung.[15] Vor allem aber wurde der SP nun in bürgerlichen Kreisen Landesverrat vorgeworfen. Die Angriffe der bürgerlichen Parteien, die sich in einem antisozialistischen Nationalen Block zusammengefunden hatten, schwächten die Arbeiterschaft aber keineswegs. Vielmehr erhielt die Bewegung weiteren Zulauf. Ende August 1917 organisierte die SP in allen grösseren Städten wirkungsvolle Teuerungsdemonstrationen und bei den Nationalratswahlen im Oktober 1917 gewann sie deutlich an Stimmen. Im Gegensatz zu den letzten Wahlen 1914, die ganz im Zeichen des ausgebrochenen Krieges und der Burgfriedenspolitik standen, war es zu einem äusserst kontroversen Wahlkampf gekommen. Die SP konnte dabei ihre Wählerzahl von 80 000 auf rund 160 000 steigern und damit fast verdoppeln. Das rigide Majorzsystem verhinderte allerdings grössere Sitzgewinne, so dass die SP im nationalen Parlament nur drei Sitze mehr erhielt.[16] Nebst dem Zugewinn an politischer Macht durch die Sozialdemokraten schürten aber auch gewalttätige Auseinandersetzungen die Angst, die Schweiz könnte zu einem politischen Unruheherd verkommen. Infolge der siegreichen russischen Oktoberrevolution kam es in den sogenannten Novemberunruhen in Zürich zu schweren Zwischenfällen. Unter der Führung pazifistischer Kreise wollten demonstrierende Arbeiter den revolutionären Kampf eröffnen und besetzten eine Zürcher Munitionsfabrik. Bei der anschliessenden Auseinandersetzung mit der Polizei und der zu Hilfe gerufenen Armee gab es vier Tote und rund dreissig Verletzte.[17] Ab dem

Herbst 1917 mehrten sich deshalb die offiziellen Berichte der US-Botschaft in Bern an das State Department über die wachsende «sozialistische Gefahr» in der Schweiz.[18] In der Kritik Präsident Wilsons spiegelt sich somit das latente Misstrauen gegenüber der Schweiz, welches trotz der beschworenen Freundschaft der «sister republics» in jenen Monaten zunahm.

Doch nicht nur die Befürchtungen einer bolschewistischen Unterwanderung der Schweiz beschäftigten die US-Aussenpolitik, sondern es herrschte seit dem Kriegseintritt eine grosse Skepsis gegenüber dem Kleinstaat. Die zum Teil offen deutschfreundliche Presse und die traditionell engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nährten Zweifel an der Zuverlässigkeit der schweizerischen Neutralität.

Dazu trugen vor allem negative Berichte bei, die man im State Department aus der Berner Gesandtschaft und den amerikanischen Konsulaten erhielt. Einen solchen mehrseitigen Rapport lieferte der US-Konsul Philip Holland aus Basel, der seit vier Jahren dort residierte, Anfang Oktober 1917.[19] Er schrieb, die Schweizer seien blutsverwandt mit den Deutschen und würden das Deutsche Reich bewundern. Daher sei die öffentliche Meinung in der Schweiz mit derjenigen in Deutschland deckungsgleich: «German-Swiss opinion and sentiments are for the most part those of Germany.»[20] Hingegen möge man England nicht und die USA hasse man sogar richtiggehend. Auch verfüge das Land über genügend Lebensmittel für mindestens ein Jahr. Er habe rund ein Dutzend Familien zu ihrer Lebensmittelversorgung befragt und ohne Ausnahme hätten alle ihre Vorratskammern voll gepackt mit «fats, cooked butter, cured meats, preserves, rice, and potatoes for a year».[21] Auch importiere das Land nun mehr Getreide als vor dem Krieg, obwohl es wegen des Ausfalls der Touristen eigentlich weniger Leute ernähren müsse.[22] Damit zeichnete er das Bild eines wohlgenährten neutralen Profiteurs und Vasallenstaates des Deutschen Reiches, der vom Krieg profitierte.

Dieses Misstrauen der US-Behörden erstreckte sich auch auf den Finanzsektor. Die Schweiz wurde verdächtigt, als Drehscheibe für verdeckte Finanzoperationen der Zentralmächte zu fungieren. Dies zeigte sich anlässlich der Rückzahlung einer Schweizer Anleihe an die USA. Die Schweiz hatte 1915 eine Obligation im Umfang von fünfzehn Millionen Dollar aufgenommen, wobei vereinbart wurde, diese in drei Raten zu je fünf Millionen Dollar zurückzuzahlen. Die erste Rate war am 1. März 1916 denn auch ordnungsgemäss überwiesen worden. Die zweite Rate sollte im Frühling 1918 bedient werden.[23] Doch bei deren Begleichung ergaben sich nun politische Probleme. Für die Überweisung wollte die Schweizerische Nationalbank (SNB) ein Dollarguthaben nutzen, das sie von einer schwedischen Bank erhalten hatte. Das Geld stammte aus der Rückzahlung einer fällig gewordenen Schweizer Staatsanleihe. Die schwedische Privatbank hatte das Dollarguthaben auf ein SNB-Konto bei der National City Bank in New York überwiesen. Von dort hätte das Geld der Bostoner Bank Lee Higginson und Co. gutgeschrieben werden sollen, da diese die Schweizer Dollaranleihe 1915 ursprünglich aufgelegt hatte.[24] Doch nun informierte das Bostoner Bank-

haus das amerikanische Justizdepartement über den Vorgang und wollte wissen, ob eine solche Transaktion rechtmässig sei.[25] Zwar hatten die Vertreter des Department of Justice rechtlich nichts einzuwenden, doch vermuteten sie, dass es sich nicht um schwedisches, sondern um deutsches Geld handle. Die Guthaben der schwedischen Privatbank bei der National City Bank seien, so die Ansicht der Justizbeamten, wohl deutsche Auslandsguthaben, die dazu verwendet würden, Warenbezüge bei der Schweizer Regierung zu begleichen. Die Juristen rieten deshalb, solche Transaktionen zu unterbinden. Damit lasse sich verhindern, dass Deutschland auf seine Auslandsguthaben in den USA zurückgreifen und so seine Versorgung aus neutralen Staaten finanzieren könne.[26] Zwar versicherte die schwedische Bank gegenüber dem US-Botschafter in Stockholm, dass das Dollarguthaben, welches sie den Schweizern überwiesen hatte, mehrheitlich aus dem schwedischen Holzhandelsgeschäft mit den USA und nur zu einem kleinen Teil aus Geschäftsbeziehungen mit Deutschland stammte.[27] Dennoch blieben die US-Behörden misstrauisch und blockierten die Transaktion und die fünf Millionen US-Dollar von Lee Higginson und Co. wurden einstweilen in Verwahrung genommen.[28] Im Oktober 1917 gab die SNB schliesslich den Auftrag, die Transaktion abzubrechen und die Mittel wieder der schwedischen Privatbank bei der National City Bank gutzuschreiben.[29] Doch das State Department verhinderte nun auch eine Rücküberweisung an die Schweden, da weitere Abklärungen ergaben, dass die involvierte schwedische Bank über enge geschäftliche Beziehungen zu Deutschland verfügte und illegale Geschäfte in den USA in deutschem Auftrag abgewickelt hatte.[30] Das Geld wurde deshalb von der US-Behörde Alien Property Custodian, welche feindliches Eigentum in den USA beschlagnahmte, in Gewahrsam genommen.[31] Aus etwas unklaren Gründen verzichtete die Schweiz in der Folge aber auf eine Rücküberweisung und akzeptierte im Frühjahr 1918 sogar die Beschlagnahmung ihrer Gelder.[32] Es ist gut möglich, dass dies auch aus Rücksicht auf die Getreideversorgung aus den USA geschehen war. Schliesslich konnte aber die Rückzahlung der US-Anleihe anderweitig erwirkt werden, und da der Dollarkurs zum Schweizer Franken seit dem Kriegseintritt der USA dramatisch gesunken war, konnte sogar ein deutlicher Kursgewinn erzielt werden.[33] Bereits 1919 und nochmals 1920 zeichnete die Schweiz dann wiederum neue Anleihen in den USA, um sich die nötigen Dollars für die Versorgung zu beschaffen.[34]

Diese Episode rund um die Rückzahlung der ersten Schweizer Dollaranleihe macht insgesamt deutlich, wie gross das Misstrauen gegenüber der Schweiz und den nördlichen Neutralen im Herbst 1917 war. Nachdem die Affäre rund um den Schweizer Botschafter Ritter und die Hoffmann-Grimm-Affäre gezeigt hatten, dass die Schweiz ihre diplomatische Vermittlerrolle einseitig dem Deutschen Reich zur Verfügung gestellt hatte, vermutete man diesmal, die Schweiz diene dem Deutschen Reich auch als neutrale Plattform für Finanztransaktionen. Zudem hatten die stetigen Berichte über die bolschewistischen Aktivitäten den Eindruck erweckt, dass das politische System der Schweiz zunehmend gefährdet sei.

Aus Schweizer Perspektive erschien es deshalb dringlich, in der amerikanischen Öffentlichkeit das Vertrauen in die neutrale Haltung und die demokratische Stabilität des Landes wiederherzustellen. Dies umso mehr, als sich in der Zwischenzeit auch die wirtschaftliche Versorgungslage in der Schweiz immer schwieriger gestaltete und es zu immer mehr Rationierungsmassnahmen seitens der Bundesbehörden kam. Im August 1917 wurde das eidgenössische Brotamt geschaffen, welches aus dem bereits seit Kriegsbeginn bestehenden Getreidebüro des Militärdepartements hervorging.[35] Das neue Amt führte nun den gesamten Ankauf des Getreides im Ausland durch, regulierte die Verwendung im Inland und reduzierte mit der Abgabe von Mehl- und Brotkarten den Konsum. Neu standen pro Person nur noch maximal 250 Gramm Brot pro Woche und ein halbes Kilogramm Mehl pro Monat zur Verfügung.[36]

Diese Massnahme löste in der Bevölkerung durchwegs negative Reaktionen aus. Die Einführung der Brotkarten, so meldete US-Konsul Holland aus Basel, werde nicht nur stark kritisiert, sondern gar direkt den USA angelastet.[37] Dabei vermutete er allerdings, dass die Rationierungsmassnahmen von den Schweizer Behörden bewusst eingeführt worden waren, um gegenüber den USA in den Verhandlungen moralischen Druck aufzubauen.[38]

4.2 Schweizer Propaganda in Amerika

Während sich somit die Versorgungslage in der Schweiz zunehmend verschärfte, arbeiteten die Schweizer Vermittler in den USA daran, möglichst bald eine politische Lösung zu erzielen. Dabei kam es nun zwischen dem neuen Gesandten und der Swiss Mission zu einer Aufgabenteilung. Während Sulzer in Washington die aussenwirtschaftlichen Verhandlungen mit den zuständigen US-Behörden führte, versuchte die Swiss Mission, hintergründig auf eine Verbesserung der Beziehungen hinzuwirken. Im Gegensatz zu den offiziellen diplomatischen Verhandlungen sollten die Mitglieder in den etwas mehr als zwei Monaten von Mitte August bis Anfang November 1917 vor allem durch «persönliche Fühlungnahme in den Kreisen», die ihnen «besonders zugänglich» waren, aktiv werden. Hohes Gewicht legte man auf die Pressearbeit, wobei hier vor allem dem Genfer Wirtschaftshistoriker William Rappard eine Schlüsselrolle zukam.[39] Er publizierte Artikel in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, darunter einen grossen Artikel in der «New York Times», in welchem er die Vorwürfe, dass die Schweiz die Zentralmächte mit ihren Gütern beliefere, entschieden zurückwies.[40] Die Kontakte zu den Medien wurden über den bekannten Direktor der Associated Press, Melville Stone, organisiert. Stone war Gründer der «Chicago Daily News» und Generaldirektor der Associated Press, die er zu einer der grössten Nachrichtenagenturen der Welt ausbaute.[41] Dank der aktiven Pressearbeit gelang es Stone und Rappard, die gegenüber der Schweiz kritischen Pressestimmen in den US-Medien zunehmend auszudünnen.[42] Diese intensive Pressearbeit de-

monstriert dabei nicht nur die ohnehin seit dem 19. Jahrhundert steigende Bedeutung der medialen Berichterstattung, sondern vor allem die allgegenwärtige Agitation der Kriegsparteien im Propagandakrieg.[43] Auch ein neutraler Staat wie die Schweiz konnte sich dieser Dynamik nicht entziehen, sondern sah sich unter den Bedingungen eines globalen Meinungskampfes gezwungen, die eigene Position medienwirksam zu vertreten. Indem sie die Berichterstattung in den US-Medien direkt beeinflusste, spielte die Swiss Mission hier eine wichtige Rolle.

Neben dieser direkten publizistischen Tätigkeit wurde zudem in akademischen Kreisen um Verständnis geworben. Auch hier kam Rappard dank seiner guten Kontakte eine wichtige Funktion zu. Als ehemaliger Dozent wurde er vom Präsidenten der Universität Harvard eingeladen, um dort vor einem illustren Publikum eine Rede zu halten. Offen äusserte Rappard seine Bewunderung für die USA und ihre Kriegsanstrengungen. Zugleich schilderte er die «Notlage» der Schweiz und warb um Unterstützung Amerikas.[44] Seine akademischen und intellektuellen Kontakte nutzte Rappard auch auf höchster politischer Ebene. Mit US-Präsident Wilson, der früher Präsident der Universität Princeton gewesen war, kam er mehrmals zusammen und trat für die schweizerischen Anliegen ein.[45] Mitte September 1917 fand in Philadelphia schliesslich eine Konferenz der Academy of Political and Social Science statt. Unter dem Titel «World's Food» diskutierten Wissenschaftler und Regierungsvertreter aus alliierten und neutralen Staaten während zweier Tage über die globalen Ernährungsprobleme. In einem eigenen Tagungsblock wurde die Versorgungslage der Neutralen erörtert und die verschiedenen Vertreter der neutralen Staaten legten die jeweils eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse dar.[46] Für die Schweiz hielt Rappard ein Referat, in welchem er die Abhängigkeit von amerikanischen Lebensmittelimporten betonte. Sehr ausführlich und mit reichem Datenmaterial legte er dar, dass die Schweiz auf Kohle und Eisen aus Deutschland und auf Weizen und Baumwolle aus den USA angewiesen sei. In seltener, offen proalliierter Weise erklärte Rappard, dass Deutschland alles versuche, seine moralische Isolation zu durchbrechen und die Schweiz in seinen Einflussbereich zu bekommen.[47]

Der international anerkannte Ökonom Rappard versuchte somit, die aussenwirtschaftlichen Probleme der Schweiz als Wissenschaftler zu thematisieren. Rappards Denken war stark durch die historische Schule der Nationalökonomie beeinflusst.[48] In Harvard war er Schüler des bekannten Wirtschaftshistorikers Frank William Taussig gewesen, dessen Ideen zur statistischen Analyse der Volkswirtschaft ihn inspirierten.[49] Taussig war zudem ein wichtiger Berater von Wilson in der Aussenhandelspolitik und vertrat eine offensiv ausgerichtete Freihandelspolitik.[50] Rappard stand sowohl mit Taussig als auch mit anderen amerikanischen Universitätsprofessoren, darunter Edwin F. Gay, dem ersten Dekan der Harvard Business School, in engem Kontakt.[51] Damit nutzte er seine Autorität als Experte und seine transatlantischen Netzwerke zu anderen Wissenschaftlern für die politische Interessenvertretung der Schweiz. Seine politischen Argumente zur Versorgung der Schweiz unterfütterte er dabei stets mit umfang-

reichem statistischem Datenmaterial.[52] Er stand damit ganz in der Tradition des auf Datenerhebung vertrauenden, positivistischen Wissenschaftsverständnisses des ausgehenden 19. Jahrhunderts.[53] Im Zuge des Wirtschaftskrieges erfuhren die Versuche einer statistischen Erfassung aller Handelsströme ohnehin eine starke Zunahme und eine hohe politische Brisanz. Besonders die US-amerikanische Seite verlangte nun genaues Datenmaterial aus der Schweiz, um die Versorgungslage des Landes beurteilen zu können. Sulzer teilte deshalb dem Schweizer Aussenminister Ador mit, dass es nun darauf ankomme, eine möglichst genaue Zusammenstellung der verlangten Zahlen zu erwirken, wenn die eigenen Ansprüche in den USA berücksichtigt werden sollten.[54] Die Berner Bundesverwaltung hatte zwar inzwischen ihren Verwaltungsapparat deutlich ausgebaut und versuchte, über eine genaue statistische Erfassung der Ein- und Ausfuhr von Gütern eine Regulierung und Kontrolle der Handelsströme zu gewährleisten.[55] Zudem wurde die Mission vom Sekretär und Handelsexperten des SSS-Büros in Paris, André Marcuard, begleitet, der den Mitgliedern der Mission technisch behilflich sein sollte und die schweizerische Verhandlungsposition in den aussenwirtschaftlichen Verhandlungen statistisch abstützen sollte.[56] Trotzdem wusste Sulzer, dass die statistische Erfassung in Bern teilweise ungenügend war, und schrieb dem Aussenminister deshalb: «Wo keine Statistiken vorliegen, wird man mit Schätzungen operieren müssen, wo Schätzungen unmöglich sind, werde ich ohne Zahlen durchzukommen suchen.»[57]

Während sich die Swiss Mission dank einer starken medialen Präsenz, William Rappards Kontakten in akademische Kreise und einer datentechnisch gut untermauerten Argumentation für die Schweizer Position einsetzte, wurden die direkten Kontakte zur amerikanischen Privatwirtschaft vom Unternehmer John Syz eingefädelt, der besonders enge Beziehungen zur Finanz- und Handelswelt unterhielt.[58] Dabei standen persönliche Treffen mit Vertretern der Wirtschaft im Zentrum, da man sich aus persönlichen Gesprächen mehr Wirkung erhoffte als durch offizielle Empfänge. Die Kontakte mit Unternehmerkreisen ergaben sich oft im Rahmen privater Einladungen oder informeller Abendveranstaltungen in Gentlemen's Clubs wie dem New York Metropolitan Club. John Syz und Wilhelm Stämpfli bereisten zudem im Oktober 1917 die Industriestädte Buffalo und Chicago, wo sie sich mit Unternehmern und Presseleute trafen. Die Organisation übernahm der Generalvertreter der Zürich Versicherungen, die als erste Schweizer Unfall- und Haftpflichtversicherung eine Niederlassung in den USA gegründet hatte.[59] Bewusst wurden auch Kontakte zu Schweizern gesucht, die in den USA lebten und dort geschäftlich tätig waren. John Syz verfügte über enge Beziehungen zu den Schweizer Textilproduzenten Robert Schwarzenbach Jr. und Robert Stehli. Beide Familienunternehmen besassen bedeutende Produktionsstandorte in den USA. Während Stehli in Lancaster (Pennsylvania) eine der grössten Seidenspinnereien der USA betrieb, produzierte die Seidenfirma Schwarzenbach in West-Hoboken (New Jersey).[60] Besonders eng waren die Bande zur Fabrikantenfamilie Schwarzenbach.[61] Um die Jahrhundertwende betrieb diese eine der

grössten Textilfirmen der Welt. Nebst den Produktionsstandorten in der Schweiz und den USA produzierte man auch im übrigen Europa und unterhielt Verkaufsbüros in vielen grossen Metropolen. Bereits um die Jahrhundertwende überflügelten die Verkäufe des US-Werkes diejenigen des Mutterhauses am Zürichsee.[62] Mit dem neuen Gesandten Hans Sulzer war Robert Schwarzenbach Jr. zudem familiär verbunden. Dessen Schwester Olga Schwarzenbach hatte in die Winterthurer Baumwollhändlerfamilie Reinhart eingeheiratet, mit welcher Sulzer verwandt war.[63] In New York waren die Unternehmer Robert Schwarzenbach Jr. und Robert Stehli äusserst gut vernetzt und Mitglieder im exklusiven Manhattan Club. Sie übernahmen es daher, die Swiss Mission in die gehobenen Kreise einzuführen.[64] Zusätzlich erhielt Sulzer durch seine familiären und geschäftlichen Kontakte Zugang zur einflussreichen Unternehmerfamilie Rockefeller und zur Familie Morgan, deren Bankhaus J. P. Morgan in den Kriegsjahren zu einem wichtigen Kreditgeber der Entente geworden war.[65]

Bewusst wurde nun das Beziehungsnetz der Schweizer, die in die USA ausgewandert waren, zur Kontaktpflege genutzt. Die Schweiz war noch bis Ende des 19. Jahrhunderts ein Auswanderungsland, wobei vor allem in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine grosse Auswanderungswelle einsetzte. Der Grossteil der Migranten wanderte in die USA aus, so dass insgesamt bis zum Ersten Weltkrieg fast 400 000 Menschen die Schweiz in Richtung Nordamerika verlassen hatten. Dort bildeten sie eine gut organisierte Diaspora, die bereits 1893 etwa 233 Schweizer Vereine zählte.[66]

In New York waren die Schweizer im Swiss Club organisiert, dem rund 200 einflussreiche Persönlichkeiten angehörten. Vizepräsident des Vereins war Maurice Tremblay, der mit der Tochter des neuen Schweizer Aussenministers Gustave Ador verheiratet war.[67] Ebenso gehörte Robert Schwarzenbach Jr. dem Verein an. Am 6. Oktober 1917 organisierte der Club im bekannten Hotel Astor ein grosses Bankett zu Ehren des neuen Gesandten und der Mission.[68] Bei Wolfsbarsch und Kalbsbries hielten Sulzer und die Mitglieder der Mission vor über 300 geladenen Gästen patriotische Reden über die bedrohte Lage der Schweiz im Weltkrieg.[69] Nebst der amerikanischen Hymne sang die Männergesellschaft traditionelle Schweizer Lieder, die den Heldenmut der tapferen Eidgenossen in früheren Schlachten beschworen.[70]

Die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik vollzog sich somit nicht alleine durch Aktivitäten der politischen Führungsriege und die klassischen diplomatischen Kanäle, sondern vielmehr durch den flexiblen Einbezug einer breiten Funktionselite insbesondere aus der Privatwirtschaft und mit Unterstützung der Schweizer Kolonien. Während das Aussendepartement in Bern bis vor dem Krieg nur in bescheidenem Umfang unterhalten wurde, vermittelte sich nun der Zugang zur Welt und das Fachwissen über die globalen Handelsverhältnisse insbesondere über die Vertreter privater Schweizer Unternehmen und das halbprivate System des Konsulatswesens. Bei der Suche nach einer aussenwirtschaftlichen Problemlösung war die Einbeziehung der freisinnigen, wirtschaftsliberalen Elite des Landes



Abb. 8: Grosses Galadinner im Schweizer Club in New York am 6. Oktober 1917. Über dem Tisch der Swiss Mission und Hans Sulzer hängt als Symbol der beiden «sister republics» eine schweizerisch-amerikanische Flagge.

und der breiten Kontaktnetze durch die Auslandschweizer deshalb naheliegend. Im Gegensatz zur schlecht ausgestatteten Berner Verwaltung verfügten diese Personenkreise über internationale Erfahrungen und Beziehungen sowie über das entsprechende Fachwissen. Um der gestiegenen aussenwirtschaftlichen Bedeutung der USA Rechnung zu tragen, wurde an der Gesandtschaft in Washington 1917 zudem eine neue Handelsabteilung aufgebaut, die sämtliche Aktivitäten rund um den Export von Gütern in die Schweiz und den Import von Schweizer Produkten in die USA regelte.[71] Auch hier wurde gezielt privates Wissen herangezogen, indem Hans Sulzer seinen langjährigen kaufmännischen Mitarbeiter, Friedrich Oederlin, zu deren Leiter ernannte. Oederlin hatte für die Firma Sulzer die Rohstoffeinkäufe in den USA übernommen und kannte deshalb die Verhältnisse auf dem nordamerikanischen Markt aus langjähriger Erfahrung. Sein Fachwissen konnte er nun direkt in den diplomatischen Betrieb einbringen.[72]

Zudem setzte Sulzer seine langjährige Privatsekretärin und enge Vertraute, Margareth Rebsamen, ein. Sie spielte in der Gesandtschaft eine zentrale Rolle und kümmerte sich direkt um die diplomatische Korrespondenz.[73] Zu ihrem fünfzigsten Dienstjubiläum sollte die Gattin von Sulzer, Lili Sulzer, dann bemerken: «Ich glaube, in all den Jahren haben Sie ihn [meinen Mann] eigentlich mehr gesehen als ich, u. verstanden haben Sie ihn auch immer in guten u. bösen Stun-

den.»[74] Insgesamt zeigte sich, dass kaum eine Unterscheidung zwischen privaten beruflichen Beziehungen und dem diplomatischen Dienst gemacht wurde. So engagierte Sulzer auf Bitten Alfred Sarasins, der Gründer des gleichnamigen Basler Bankhauses und Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, dessen beiden Söhne in der Gesandtschaft in Washington, um diesen eine standesgemässe Ausbildung zu ermöglichen, da wegen des Weltkriegs eine anderweitige Beschäftigung im Ausland unmöglich geworden war.[75] Auch sonst machte sich die umtriebige Unternehmerpersönlichkeit Sulzers bald bemerkbar. Er organisierte die Gesandtschaft in kurzer Zeit neu und passte sie den gestiegenen Anforderungen an, so dass der Personalbestand der Schweizer Vertretung bis Ende 1918 auf rund siebzig Personen anwuchs.[76] Dies führte dazu, dass das Gesandtschaftsgebäude voll belegt war und Sulzer mit seiner Familie in ein neues Wohnhaus an der eleganten und zentralen Massachusetts Avenue umzog. Weil seit dem Kriegseintritt viele Staaten ihre diplomatische Präsenz in Washington verstärkt hatten, waren allerdings auch die Mietkosten rasant gestiegen, so dass das Anwesen exorbitante Kosten verursachte.[77] Zudem bestand Sulzer auf einer anständigen Besoldung seiner neuen Mitarbeiter, wie der neue Chef der Handelsabteilung Friedrich Oederlin. Auch verlangte er, dass das bisher intransparente Gebührenwesen, welches aus dem halbprivaten Konsulatssystem stammte und den Amtsinhabern eigene Einkünfte ermöglichte, durch ein Fixum ersetzt werden sollte. Da diese Massnahmen zusätzliche Kosten verursachten und den Usanzen widersprachen, führte dies mit der auf Sparsamkeit bedachten Berner Zentrale zu Reibereien und langwierigen Briefwechseln, die sich bis weit nach Kriegsende hinzogen.[78]

Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten konnte sich die offizielle Schweizer Aussenpolitik insgesamt erfolgreich auf die international verkehrende Schweizer Industrieelite mit Unternehmern wie Hans Sulzer oder John Syz abstützen und deren Erfahrungswissen zur Gestaltung der Aussenwirtschaftspolitik nutzen. Zugleich stellten die Unternehmer damit sicher, dass der Staat ihre ökonomischen Eigeninteressen schützte und eine Aussenpolitik in ihrem Sinne betrieb. Die engen Absprachen und der gegenseitige Wissenstransfer wurden später auch zum Modell für die schweizerische Aussenpolitik im Zweiten Weltkrieg, die ebenfalls ganz im Zeichen der Aussenwirtschaft stand.[79]

Nebst der Beeinflussung der Presse, der akademischen Kreise sowie den Kontakten zur Wirtschaftselite betonte die Swiss Mission zudem das humanitäre Engagement der Schweiz. Seit Kriegsausbruch hatte die Schweiz ihre karitativen Leistungen bewusst betont und die Neutralitätspolitik explizit mit ihrer humanitären Hilfsfunktion verbunden.[80] Hier ergab sich die Möglichkeit, den Vorwürfen entgegenzutreten, die Schweiz profitiere vom Weltkrieg. An die Stelle des Nutzniessers setzte man die Rolle des barmherzigen Neutralen, dessen Abseitsstehen durch seine humanitären Leistungen Sinn ergab und dessen Neutralität deshalb gesichert werden musste. Besonders augenfällig zeigte sich das humanitäre Engagement der Schweiz bei der Internierung zehntausender kranker und verwundeter Soldaten und Offiziere aus den kriegführenden Staaten, die sich in

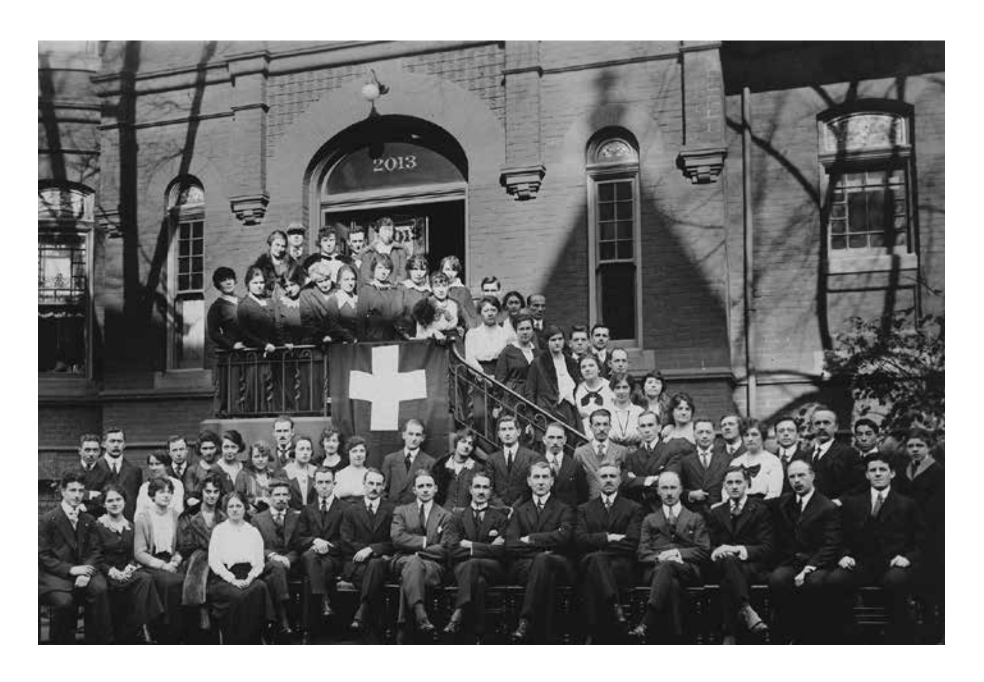


Abb. 9: Das zahlreiche Personal der Schweizer Gesandtschaft in Washington, mit Hans Sulzer und William Rappard (Bildmitte). Aufnahme vermutlich Herbst 1918.

Schweizer Kurorten erholten.[81] Von 1916 bis Februar 1919, also von der Mitte bis kurz nach dem Ende des Krieges, hielten sich insgesamt fast 70 000 Internierte in der Schweiz auf, wobei diese grösstenteils in Hotels untergebracht wurden, die wegen des Ausfalls der ausländischen Touristen leer standen. Die Kosten für die Unterbringung trugen dabei die kriegführenden Staaten, so dass sich die Unterbringung zum willkommenen Ersatzgeschäft für die leidenden Tourismusregionen entwickelte und ebenso aus wirtschaftlichen wie aus humanitären Gründen betrieben wurde. Die Internierten wurden zudem als Arbeitskräfte herangezogen und mussten je nach Verwundungsgrad einer Beschäftigung nachgehen. Dabei wurde der Arbeitszwang allerdings als Förderung der sozialen Entwicklung der Internierten verstanden und diesen oftmals auch eine Aus- oder Weiterbildung ermöglicht.[82]

Der für die Beschäftigung der Internierten zuständige Wilhelm Stämpfli sollte nun als Mitglied der Swiss Mission die Leistungen der Schweiz auf diesem humanitären Tätigkeitsgebiet bekannt machen.[83] Im November 1917 wurde in den USA auf seine Initiative hin ein Buch mit dem Titel «Swiss Internment of Prisoners of War» herausgegeben, welches bei der Columbia University Press erschien. Darin wurden die rechtlichen und organisatorischen Herausforderungen bei der Internierung beschrieben sowie die fortschrittliche medizinische Behand-

lung der verwundeten Soldaten in der Schweiz herausgehoben.[84] Im Vorwort hielt der Jurist Stämpfli fest: «The internment of sick and wounded prisoners of war in neutral countries is an event without precedent in past history. It has been tried for the first time in Switzerland in the course of recent months.»[85] Die Stellung der Schweiz als Standort humanitären Engagements verband sich dabei eng mit dem Namen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf.[86] Die Organisation setzte sich seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert für die Versorgung kriegsverwundeter Soldaten ein. Die offizielle Schweiz versuchte während des Krieges sehr bewusst, den guten Ruf des Komitees für die eigene Reputation zu nutzen.[87] Es ist deshalb kein Zufall, dass William Rappard noch vor der Abreise der Swiss Mission zum Mitglied des IKRK und damit ins oberste Leitungsorgan der Organisation gewählt wurde.[88] Die Ernennung erfolgte durch Gustave Ador, den neuen Schweizer Aussenminister und Präsidenten des IKRK, der die beiden Ämter in Personalunion ausübte und zwischen den verschiedenen Funktionen kaum unterschied.[89]

Der neue Gesandte Hans Sulzer setzte ebenfalls auf die aussenpolitische Wirkung des humanitären Engagements der Schweiz. Während üblicherweise Männer die Aussenpolitik dominierten, spielten hier ausnahmsweise auch Frauen eine zentrale Rolle. Seine Ehefrau Lili Sulzer pflegte engen Kontakt zu Mabel Grouitch, der Frau des serbischen Gesandten in Bern, Slavko Grouitch.[90] Die gebürtige Amerikanerin setzte sich aktiv für die serbischen Interessen ein und engagierte sich auf vielfältige humanitäre Weise. In der gefüllten Carnegie Hall in New York hielt sie im Januar 1918 vor rund 3000 Personen einen Vortrag mit Lichtbildern über die Interniertenfürsorge in der Schweiz.[91] Auch Sulzer nutzte die Gelegenheit und richtete ein paar Worte an das amerikanische Publikum. In einem Brief an den für das Amtsjahr 1918 neu gewählten Bundespräsidenten Felix Calonder schrieb er einige Tage später zufrieden: «Ein besseres Propagandamittel lässt sich nicht denken.»[92]

4.3 Washingtoner Verhandlungsmarathon im Herbst 1917

Während die Swiss Mission ihre hintergründige Lobbyarbeit betrieb, nahm Sulzer umgehend nach seiner Ankunft Mitte August 1917 die Verhandlungen mit den offiziellen Behörden in Washington auf. Ein zentrales Verhandlungsziel der Schweiz bestand darin, die Amerikaner möglichst in das bestehende alliierte Überwachungssystem der SSS einzubinden. Denn obwohl die SSS den Import in die Schweiz zunehmend einschränkte, garantierte das System immerhin eine ausreichende Versorgung des Landes mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Durch einen Beitritt der USA erhoffte man sich zudem eine gewisse Rechtssicherheit und glaubte, dadurch das bestehende Embargo aufbrechen und die Getreideversorgung sicherstellen zu können. Die eigentlichen Verhandlungen über die Getreideversorgung der Schweiz begannen Ende August 1917, also kurz nach der

Ankunft der Mission in den USA.[93] Die zentralen Hauptverhandlungen führte das mächtige US-amerikanische War Trade Board. Die Behörde war eben erst gegründet worden und erhielt sogleich weitreichende Kontrollrechte über den amerikanischen Aussenhandel, indem sie Import- und Exportlizenzen erteilen oder verweigern konnte. Die Hauptaufgabe des War Trade Board bestand darin, den Handel mit dem Feind möglichst einzuschränken und zugleich die wirtschaftlichen Bedürfnisse der USA sicherzustellen.[94] Vorsitzender der neuen Behörde war Vance McCormick, ein Grossfarmer aus Pennsylvania, der 1916 für Wilson die Präsidentschaftskampagne geleitet hatte und dafür mit diesem Amt belohnt worden war.[95] Ebenso wichtig in den Verhandlungen mit der Schweiz war Alonzo Taylor, ein sechsundvierzigjähriger Professor für physiologische Chemie und Chef des Landwirtschaftsdepartements des War Trade Board.[96] Anfang September 1917 hatte das War Trade Board aufgrund von Beschlüssen des US-Präsidenten die Exporte an die Neutralen weitgehend gesperrt, weil man auf amerikanischer Seite zunächst die eigenen Bedürfnisse klären, eine statistische Übersicht gewinnen und die neue Ernte abwarten wollte, bevor man weitere Exporte an die Neutralen zuliess.[97] Sulzer versuchte daher vergebens, Exportlizenzen des War Trade Board zu erhalten, während die für die Schweiz unter hohen Kosten vorsorglich gemieteten Schiffe untätig im Hafen von New York lagen.[98]

Ähnlich wie der Schweiz erging es den übrigen neutralen Staaten bei ihren Verhandlungen. Die Schweden hatten als erstes neutrales Land bereits im Mai 1917 eine Mission entsandt, die von einem einflussreichen Geschäftsmann und früheren schwedischen Gesandten in Washington geleitet wurde. Das Ziel der schwedischen Mission bestand darin, die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln, Erdöl und anderen Gütern durch Verhandlungen sicherzustellen und die schwedischen Schiffe, die in amerikanischen Häfen blockiert waren, freizubekommen.[99] Zwei Monate später entsandten auch die Norweger eine achtköpfige Mission. Geleitet wurde diese von Fridtjof Nansen, dem damals weltbekannten Polarforscher und späteren Friedensnobelpreisträger, mit dem Sulzer später eine enge Freundschaft verband, so dass sie sogar gemeinsam Ferien in Cape Cod verbrachten.[100] Die Norweger, die über die weltweit viertgrösste Handelsflotte verfügten, versuchten ihre geladenen Schiffe freizubekommen und ebenfalls ein Exportabkommen für Getreide mit den USA zu erzielen. Die Dänen wiederum verzichteten zwar auf eine eigene Mission, verstärkten aber ihre bisher kleine Gesandtschaft mit zwei Wirtschaftsfachleuten.[101] Als letzter europäischer Neutraler entsandten schliesslich auch die Niederlande eine Mission, die Anfang September mit einem Kriegsschiff in den USA eintraf. Wie die nördlichen Neutralen verfügte Holland über eine bedeutende Handelsflotte, deren Schiffe nun mit Getreide und Futtermitteln in den amerikanischen Häfen festsassen. Eine kurzzeitig erzielte Einigung zwischen dem holländischen Gesandten und dem Leiter der Food Administration und späteren US-Präsidenten Herbert Hoover war noch vor Ankunft der Kommission wieder zurückgenommen worden. Das Getreide

war in der Zwischenzeit durch die Hitze bereits teilweise verdorben. Doch auch der holländischen Spezialmission gelang es nicht, von den US-Behörden die gewünschten Exportlizenzen zu erhalten und die Verhandlungen zu beschleunigen.[102] Insgesamt war die Ausgangslage für sämtliche Neutralen im Herbst 1917 eine ähnliche: die USA waren nicht bereit, ohne klare Begrenzungen und Garantien weiterhin Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern, zumal die eigene Versorgungslage aufgrund der schlechten Ernte zunehmend angespannt war.[103] Sulzer rapportierte deshalb ernüchtert an den Schweizer Aussenminister Ador: «Die Argumente sind gegenüber allen die gleichen.»[104]

Nach längeren Verhandlungen zwischen Sulzer und Alonzo Taylor vom War Trade Board übergab dieser Ende September 1917 einen ersten Entwurf für eine Verständigung zwischen der Schweiz und den USA. Das Memorandum war allerdings deutlich strenger als von Schweizer Seite erhofft. Während die Vorschriften der Alliierten im Rahmen der SSS eine maximale jährliche Importmenge von einer halben Million Tonnen Getreide in die Schweiz zuliessen, wollte Taylor jetzt nur noch höchstens 200 000 Tonnen liefern. Schwerer wog allerdings, dass es der Schweiz verboten sein würde, Baumwolle und konserviertes Fleisch nach Deutschland und an die nördlichen Neutralen abzugeben. Ebenso sollte die Ausfuhr von Getreide, Viehfutter sowie Häuten und Leder nach Deutschland und in die übrigen neutralen Staaten verboten werden.[105] Sulzer zeigte sich über die «rigorosen Bedingungen» des amerikanischen Vertragsentwurfs «nicht wenig überrascht».[106] Umgehend sandte er den übrigen Mitgliedern der Swiss Mission Kopien davon zu, damit sie sich für einen «Gedankenaustausch» vorbereiten konnten.[107] John Syz notierte darauf in sein Tagebuch: «Die Regierung unterbreitet ihre Bedingungen, die unannehmbar erscheinen. Verbot der Ausfuhr aus der Schweiz allen foodstuffs […] nach den Zentralstaaten und den nördlichen Neutralen.»[108] Anfang Oktober trafen sich Sulzer und die Mitglieder der Swiss Mission in New York.[109] Die gemeinsamen Besprechungen zeigten allerdings, dass es keine raschen und einfachen Lösungen geben würde. Die Verhandlungen waren Ende September 1917 in eine Sackgasse geraten.

4.4 Deutsche Störmanöver und die prekäre aussenpolitische Balance

Erschwerend kam nun die deutsche Obstruktionspolitik hinzu. Seit dem Kriegseintritt der USA beobachteten die deutschen Diplomaten die Beziehungen zwischen den beiden Republiken mit Argwohn. Die Entsendung der Swiss Mission und des neuen Gesandten verfolgten die deutschen Diplomaten äusserst genau und über Sulzer und seinen familiären Hintergrund wurden detaillierte Erkundigungen eingezogen.[110] Zugleich versuchte das Deutsche Reich die engen wirtschaftlichen Verbindungen mit der Schweiz aufrechtzuerhalten und möglichst viel Nutzen aus der Alpenrepublik zu ziehen. Nachdem das Herbstabkommen von 1916 im Frühling 1917 um drei weitere Monate ver-

längert worden war, kam es bereits im Sommer 1917 zu Verhandlungen über eine grundsätzliche Neuauflage des Wirtschaftsabkommens zwischen den beiden Staaten. Die enge wirtschaftliche Verbindung der beiden Länder sollte auf eine neue Grundlage gestellt werden. Das zentrale Thema war die weitere Versorgung der Schweiz mit Kohle und Eisen, auf die das Land existenziell angewiesen war. Da die eigene Kohle- und Eisenversorgung in Deutschland aber wegen des gesteigerten Bedarfs für die Rüstungsindustrie immer knapper wurde, verlangte das Deutsche Reich nun eine deutliche Preiserhöhung und mehr Gegenleistungen von der Schweiz. Doch das Binnenland verfügte, je länger der Krieg dauerte, über immer weniger eigene Produkte, die es im Gegenzug anbieten konnte. Denn die Alliierten hatten bereits im Frühling 1917 den Export von Schweizer Landwirtschaftsprodukten nach Deutschland deutlich eingeschränkt.[111] Um an die begehrten Kohlen- und Eisenmengen zu gelangen, blieben als Möglichkeit deshalb hauptsächlich finanzielle Zugeständnisse seitens der Schweiz. Für die von Deutschland veranschlagte monatliche Lieferung von 200 000 Tonnen Kohle und rund 20 000 Tonnen Eisen musste die Schweiz einen monatlichen Kredit von zwanzig Millionen Schweizer Franken gewähren. Auf das Jahr hochgerechnet entsprach dies den gesamten Jahreseinnahmen des schweizerischen Bundesstaates von 1917.[112] Zudem wurden die Preise für eine Tonne Kohle um fünfzig Prozent auf neunzig Franken pro Tonne angehoben.[113] Die Preise wurden dabei explizit in der schweizerischen Landeswährung festgesetzt. Da die deutsche Reichsmark bis zum Sommer 1917 gegenüber dem Schweizer Franken im Vergleich zur Vorkriegszeit bereits rund fünfzig Prozent an Wert verloren hatte, dienten diese Preiserhöhungen vor allem dazu, die deutschen Einnahmeverluste wieder auszugleichen.[114]

Trotz höherer Preise wurde durch das Abkommen sichergestellt, dass der Grossteil der Schweizer Industrie und der privaten Haushalte weiterhin mit deutscher Kohle beliefert wurde. Ausgeschlossen waren allerdings diejenigen Betriebe, die für die alliierte Munitionsproduktion arbeiteten. Zudem wurden im Abkommen die Kompetenzen der deutschen Treuhandstelle ausgeweitet, die nun analog der SSS zuwiderhandelnde Firmen mit hohen Bussen belegen konnte.[115] Damit aber die Kohleversorgung der in der alliierten Rüstungsproduktion tätigen Schweizer Unternehmen trotzdem gewährleistet blieb, organisierten die alliierten Stellen eigene Lieferungen in die Schweiz. Diese unterstanden keiner Kontrolle seitens der SSS und wurden von dem in Bern stationierten britischen Diplomaten E. E. Sawyer direkt durchgeführt, der so rund 2500 Tonnen Kohle und Koks pro Monat in die Schweiz leitete.[116]

Das Abkommen mit der Schweiz verpflichtete Deutschland zudem, neben den Kohle- und Eisenlieferungen auch dringend benötigte Produkte wie Düngemittel, Benzin und Zucker zu liefern. Als Gegenleistung exportierte die Schweiz kleinere Mengen an Käse und Kondensmilch, Vieh und weitere Lebensmittel und versprach zudem in einer geheimen Zusatzklausel, Fleischkonserven nach Deutschland abzugeben.[117]

Den Schweizer Behörden wurde durch das Abkommen allerdings klar, dass die eigenen Handlungsspielräume zunehmend schwanden. Volkswirtschaftsminister Edmund Schulthess kommentierte denn auch freimütig im Bundesrat, dass das Abkommen «keineswegs erfreulich» und «nicht günstig» sei. Da man aber die Kohle nirgendwo sonst beschaffen könne und diese für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens «absolut nötig» sei, befinde man sich in einer «Zwangslage». Das Abkommen müsse man deshalb annehmen.[118] Insbesondere die Kreditvergabe an Deutschland machte die gestiegene Abhängigkeit deutlich. Obwohl die Preise für Kohle erhöht wurden, musste die Schweiz dem Deutschen Reich für die Lieferung zusätzlich Kredite einräumen.[119] Diese sollten der Stützung der Reichsmark dienen und deren Wertzerfall gegenüber dem Franken bremsen. Mit der Kreditvergabe verknüpft war die Gründung der Kohlenzentrale AG, einer Aktiengesellschaft, die die Aufgabe hatte, die Kohlenzufuhr in die Schweiz zu übernehmen, zugleich die Kreditvergabe an Deutschland zu gewährleisten und dabei eng mit der Handelsabteilung der deutschen Gesandtschaft zusammenzuarbeiten. Das Kapital für die Kredite der Kohlenzentrale brachten die Kohlebezüger selbst ein, indem sie im Gegenzug für die Lieferung von Kohle Aktien der neuen Gesellschaft zeichnen mussten.[120]

Mit der Krediteinräumung an die Zentralmächte stiegen selbstredend auch die Begehrlichkeiten der Entente-Staaten, deren Währungen alle gegenüber dem Schweizer Franken im Verlauf des Krieges deutlich an Wert eingebüsst hatten.[121] Zudem war die Schweiz stark darauf bedacht, wie im gesamten Bereich des Aussenhandels auch in finanzieller Beziehung eine Neutralitätsbalance zu halten. Bereits 1916 war es allerdings zu Kreditvergaben an Frankreich durch Schweizer Banken gekommen und im Herbstabkommen 1916 mit Deutschland hatten die Zahlungsmodalitäten bereits den Charakter einer Kreditvergabe angenommen.[122] Deshalb erstellte die SNB noch in jenem Herbst eine Übersicht über die gesamte Kreditvergabe schweizerischer Bankinstitute an die kriegführenden Staaten, um zu überprüfen, ob die Schweiz keine einseitige finanzielle Parteinahme betrieb. Dabei zeigte sich jedoch rasch, dass das Kreditvolumen der Schweizer Banken mit je etwas über hundert Millionen Franken ziemlich ausgeglichen verteilt war.[123]

Während die bisherige Kreditvergabe eher privatwirtschaftlicher Natur war, bedeutete die Gründung der Kohlezentrale 1917 eine direkte, quasioffizielle Kreditvergabe an das Deutsche Reich. Kurz darauf verlangte deshalb auch die Entente weitere Währungskredite von der Schweiz. Diese wurden Ende 1917 mit Frankreich und dann 1918 mit Grossbritannien und Italien in «Valuta-Abkommen» eingeräumt.[124] Um diese Kreditvergaben an die Alliierten abzuwickeln, wurde als Pendant zur Kohlezentrale die Schweizerische Finanzgesellschaft gegründet. Deren Kapital stammte mehrheitlich von den Schweizer Importeuren und Exporteuren sowie dem Bund und den schweizerischen Banken. Präsident der neuen Institution wurde der dank seiner alliierten Kontakte gut geeignete Basler Bankier Léopold Dubois.[125] Insgesamt vergaben die Kohlenzentrale AG und die Schweizerische Finanzgesellschaft im Verlauf des Krieges rund 400 Mil-

lionen Franken an Krediten an die kriegführenden Parteien. Das war rund die Hälfte aller durch schweizerische Intermediäre im Rahmen bilateraler Abkommen vergebenen Kredite, die die SNB, ohne genauere Angaben, auf insgesamt etwas über 800 Millionen Franken schätzte.[126] Die Schweiz vergab damit direkt Kredite an die kriegführenden Staaten und unterstützte dadurch die kriegerischen Bemühungen im Ausland. In welchem Umfang schweizerische Bankinstitute zusätzliche Kredite vergaben, bleibt allerdings im Dunkeln. Die Liste vom Herbst 1916, die rund 200 Millionen Franken an ausstehenden Krediten ergab, bleibt die einzige während des Krieges erstellte Untersuchung der SNB.[127] Ebenfalls nicht erfasst wurde, in welchem Umfang sich natürliche oder juristische Personen an der Zeichnung von ausländischen Kriegsanleihen beteiligten. Dabei dürften wohl mehrere hundert Millionen Franken in ausländische Kriegs- und andere öffentliche Anleihen investiert worden sein.[128] Auch lassen Einzelhinweise erkennen, dass Schweizer kräftig in ausländische Anleihen investierten. So liess der französische Finanzminister verlauten, dass bei der Zeichnung einer französischen Anleihe 1915 rund hundert Millionen Francs aus der Schweiz gekommen seien.[129] Die Zeichnung der Anleihen wurde dabei von den Kriegsparteien in der Schweiz aktiv vorangetrieben.[130] So schickte der amerikanische Konsul in St. Gallen, Lewis Haskell, eine Werbebroschüre für den vierten «Liberty Loan» an rund vierzig Personen und Firmen, wobei er vor allem Textilfabrikanten und andere Unternehmer mit Zweigniederlassungen in den USA im Blick hatte. Tatsächlich zeichnete darauf der Motorenfabrikant Adolph Saurer aus Arbon, der in Paris und New York Filialen besass und für die Alliierten Flugzeugmotoren und Lastwagen herstellte, US-Anleihen im Wert von mehr als 100 000 Franken.[131] Die offene Werbung, die auch in Schweizer Zeitungen für die ausländischen Anleihen betrieben wurde, sorgte allerdings wiederholt für politische Spannungen, weil die Behörden den Schweizer Kapitalmarkt für die einheimische Wirtschaft reservieren wollten.[132] Neben diesen Kapitaltransfers kam es zudem zu einem Verkauf von Schweizer Werten durch ausländische Besitzer. Denn die kriegführenden Staaten benötigten ihre Mittel nun für die Kriegsanleihen und veräusserten ihre schweizerischen Obligationen oder Aktien. Auch schien der Zeitpunkt für einen Verkauf schweizerischer Wertpapiere günstig, da der Kurs des Schweizer Frankens gegenüber den ausländischen Währungen deutlich an Wert gewonnen hatte. Auf diese Weise flossen weitere rund 250 Millionen Franken bis Kriegsende ins Ausland.[133] Insgesamt sind die exakten Kapitalexporte der Schweiz während der Kriegsjahre aber nicht genau zu eruieren. Die Schätzungen bewegen sich im Bereich von ein bis zwei Milliarden Franken, allerdings sorgte der Verfall der ausländischen Währungen für einen deutlichen Wertverlust.[134]

Insgesamt spielte die Schweiz, ähnlich wie die übrigen neutralen Länder, nur eine untergeordnete Rolle bei der Kriegsfinanzierung. Denn die direkten Kreditvergaben und die Zeichnungen ausländischer Kriegsanleihen durch die Schweiz machten weniger als ein halbes Prozent der weltweiten Kriegskosten von etwa 180 Milliarden US-Dollar aus.[135] Allerdings dürften die Kapitaltransfers im Falle

der Zentralmächte doch eine gewisse Bedeutung gespielt haben, da sich diese im Gegensatz zur Entente bei der Finanzierung des Krieges nicht auf den amerikanischen Kapitalmarkt stützen konnten.[136] Damit ist die Rolle der Schweiz als neutraler Handels- und Umschlagplatz, quasi als «Clearing-House» des Deutschen Reiches, wie es ein hoher deutscher Diplomat im Sommer 1917 bezeichnete, angesprochen.[137] Denn neben den Kreditvergaben diente die Schweiz auch indirekten Formen der Kriegsfinanzierung. So wurden Teile des nach der Besetzung in Belgien geraubten Silbers über die Schweiz in Umlauf gebracht.[138] Da die beiden Länder der lateinischen Münzunion angehörten, waren die belgischen Silbermünzen auf Schweizer Staatsgebiet legales Zahlungsmittel. Für den deutschen Staat und die deutschen Unternehmen war es deshalb einträglich, das geraubte Silbergeld für den Warenbezug aus der Schweiz zu verwenden. Das Silbergeld wurde dabei von den deutschen Dienststellen unter anderem für die Bezahlung von Munitionslieferungen aus der Schweiz eingesetzt. Da der Zufluss belgischen Silbers allerdings immer grössere Ausmasse annahm, reagierte der Bundesrat im November 1917 und intervenierte in Berlin. Doch dies änderte wenig am Vorgang, sondern führte lediglich zu einer stärkeren Verschleierung der Transaktionen. Eine wichtige Rolle spielte dabei das deutsche Generalkonsulat in Zürich, welches das Silbergeld für die Bezahlung von Munitionslieferungen einsetzte.[139] Unter der Leitung des Legationssekretärs Hermann von Simson, ein Handelsbevollmächtigter der Krupp AG und ehemaliger Marineoffizier, agierten dort Agenten des Militärattachés von Bismarck, die sich neben Spionageaktionen auch mit der deutschen Rohstoff- und Munitionsbeschaffung beschäftigten.[140] Die Aktionen Simsons waren dabei oft im halblegalen Bereich angesiedelt.[141] Das Raubsilber wurde auf klandestinem Weg mit dem diplomatischen Kurier in kleinen Kisten von einer militärischen Dienststelle in Stuttgart über die Grenze nach Zürich geschmuggelt. Dort wurde es von Konsulatsangestellten in Empfang genommen und gegen Gold umgetauscht, welches danach nach Deutschland zurückspediert wurde.[142]

Doch anstatt den Silberzufluss wirksam zu bekämpfen, machten sich die schweizerischen Behörden ab 1918 daran, die eingeführten Silbermünzen einzuschmelzen und der Uhrenindustrie zur Verfügung zu stellen. Bis im Sommer 1919 wurden so fast 45 Tonnen Silber im Wert von rund neun Millionen Franken eingeschmolzen. Die rechtlichen und moralisch-politischen Aspekte wurden dabei ausgeblendet und die Aktionen der Öffentlichkeit verschwiegen.[143] Diese geheimen Finanztransaktionen verbanden sich auch eng mit den Bestrebungen Deutschlands, die Schweiz als Standort für die Gründung von deutschen Firmen zu nutzen, um unter schweizerischem Deckmantel den Zugang zum Weltmarkt für die deutsche Industrie weiter offenzuhalten. Die Rolle der Schweiz als Drehscheibe für verdeckte deutsche Operationen verstärkte sich ab Ende des Krieges und der wirtschaftspolitischen Isolation nach dem Versailler Vertrag. Auch während der Wirren der Weltwirtschaftskrise bis in die Zeit der 1930er Jahre spielte die Schweiz eine zentrale Rolle als nützlicher Finanzplatz, was schliesslich in die

engen Handels-, Kredit- und Bankgeschäfte der Schweiz mit dem nationalsozialistischen Regime im Zweiten Weltkrieg mündete.[144]

Die deutschen Diplomaten versuchten deshalb die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Schweiz aufrechtzuerhalten und die vermehrten Kontakte zwischen den USA und der Schweiz zu torpedieren. Dies umso mehr, als sich bei den deutschen Behörden der Eindruck aufdrängte, der eigene Einfluss schwinde zunehmend. Dazu hatten nicht nur der Rücktritt Hoffmanns und die Nachfolge durch Ador beigetragen, sondern immer mehr Berichte von deutschen Agenten, die eine zunehmend deutschfeindliche Stimmung feststellten. So berichtete Agent Nr. 6 aus Zürich, der dem Nachrichtendienst des Feldheeres in Lindau rapportierte: «Im übrigen ist die Stimmung hier dauernd schlecht und wird immer schlechter. […] Die Einzelfälle deutschfeindlicher Akte und Worte in Zürich häufen sich.»[145] Dies vor allem, weil die Lebensmittelversorgung schlechter werde und die Entente-Propaganda den deutschen U-Boot-Krieg dafür verantwortlich mache. So höre man «überall Agenten in schlechtem Deutsch den Leuten vorhalten. Warum müsst ihr Karten für Zucker und Reis haben? Warum habt ihr Mangel an Lebensmitteln? […] Das alles verdankt ihr den Deutschen.»[146] Und in einem Bericht einer «zuverlässigen Persönlichkeit» aus Zürich an den Reichskanzler hiess es, in sozialdemokratischen Volksversammlungen werde bereits offen die Absetzung des Kaisers gefordert, während sich das «Deutschtum» ängstlich verkrieche.[147] Zu diesem Gefühl einer zunehmenden Spannung trugen weitere antideutsche Aktionen in Genf bei. Bei der Aufführung eines Films über die Somme-Schlacht, die von den deutschen Vereinen organisiert worden war, kam es zu Gegendemonstrationen von rund tausend Personen, die die deutschen Kinobesucher mit Schmährufen empfingen, so dass diese von der Polizei nach der Veranstaltung herauseskortiert werden mussten.[148]

Der deutsche Gesandte Romberg fasste deshalb Ende September 1917 zusammen: «Die Tatsache, dass die Stimmung sich hierzulande für uns verschlechtert hat, lässt sich leider nicht in Abrede stellen.»[149] Die Hauptursachen für das «Abflauen» der deutschfreundlichen Stimmung seien die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands.[150] Denn seit dem Kriegseintritt der USA habe sich die wirtschaftliche Situation der Schweiz deutlich verschlechtert. Nun nehme man den Deutschen den U-Boot-Krieg übel und mache sie für die «wirtschaftliche Notlage der Schweiz» verantwortlich.[151] Vor allem aber schwinde das «Vertrauen» in die «Widerstandskraft» Deutschlands.[152] Dazu trügen auch die kritischen Berichte deutscher Zeitungen bei, die offen den Misserfolg des U-Boot-Krieges anprangerten und den Eindruck von Kriegsmüdigkeit aufkommen liessen. Auch wirkten die Friedensbemühungen im Reichstag nicht gerade vertrauenseinflössend. Romberg meinte damit die Friedensresolution des Reichstages. Diese war im Juli 1917 gegen den heftigen Widerstand der Obersten Heeresleitung von der Mehrheit des Reichstags verabschiedet worden und forderte einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung. Die aussenpolitische Friedensfrage verband sich dabei immer stärker mit der inneren

Machtfrage über die notwendigen konstitutionellen Reformen und eine stärkere Parlamentarisierung Deutschlands.[153] Der konservative Adelige Romberg hielt diese innenpolitischen Querelen und die Kritik am Kurs der Obersten Heeresleitung nun offensichtlich für brandgefährlich und fürchtete eine negative Aussenwirkung. Seine Propagandaleute versuchten gegenzusteuern und Kritik am Reich zu verhindern. Allerdings würden seine «journalistischen Vertrauensmänner» in den Redaktionen immer mit dem Einwand konfrontiert, «sie könnten doch nicht deutscher sein wie die Deutschen selbst und einen uns günstigeren Standpunkt vertreten, wie unsere eigenen Zeitungen».[154]

Besonders beunruhigend aber wirkten für die deutschen Beobachter die Berichte über intensive US-amerikanische Aktivitäten, denn seit Jahresbeginn häuften sich Meldungen über amerikanische Agenten und deren Umtriebe in der Schweiz.[155] Allein nach Genf seien «300 Amerikaner» geschickt worden, darunter die «auserlesensten amerikanischen Detektive».[156] Die Amerikaner würden die deutschen Strukturen in der Schweiz zerschlagen und an deren Stelle die Schweizer Wirtschaft unterwandern wollen. Sie seien daran, Banken zu gründen und Unternehmen aufzukaufen. Zudem würden die nach «Amerika ausgewanderten Schweizer» zur Propaganda eingesetzt, indem denjenigen, die schon mit dem «amerikanischen Heer in Frankreich» eingetroffen seien, Heimaturlaub in der Schweiz gewährt werde, damit sie bei ihren «zahlreichen Angehörigen» Propaganda für die USA machten.[157]

Diese übertriebenen Berichte, deren Verfasser oftmals mehr Fantasie als Realitätssinn bewiesen, illustrieren allerdings zugleich die immer verworreneren Verhältnisse, die es den Zeitgenossen schwer machten, zwischen Propagandalügen und tatsächlich relevanten politischen und wirtschaftlichen Vorgängen zu unterscheiden. Vor allem aber illustrieren die Berichte die hohe Bedeutung, die man den USA als neuem Kriegsteilnehmer zusprach, und die grossen Befürchtungen angesichts einer immer stärker auf die USA ausgerichteten Schweizer Politik. Die Berichte blieben denn auch nicht in den Stuben deutscher Amtsstellen liegen, sondern wurden direkt General Wille und Generalstabschef Sprecher sowie mehreren Bundesräten vorgelegt, um diesen «den Ernst der Lage» klarzumachen.[158] Insgesamt kam Romberg Ende Oktober 1917 zum Schluss: «Es handelt sich in diesen Monaten um die Frage, ob die Schweiz durch das Vorgehen Amerikas erst wirtschaftlich, dann auch politisch aus ihrer Neutralität abgedrängt wird.»[159]

Als nun bekannt wurde, dass die USA im Gegenzug zur Getreidelieferung von der Schweiz einen Lebensmittelexportstopp forderten, intervenierten die deutschen Diplomaten scharf. Denn es galt nun, das grössere Ziel der US-Aussenwirtschaftspolitik, die Lebensmittelexporte der Neutralen nach Deutschland einzuschränken, zu durchkreuzen.[160] Dies deshalb, weil die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eine der zentralen Schwächen der deutschen Kriegsmaschinerie war und die alliierte Blockadepolitik hier eine entscheidende Rolle spielte.[161] Im Abkommen vom August 1917 hatte die Schweiz dem Deutschen Reich im Gegenzug zur Lieferung von Eisen und Kohle nicht nur die

Gewährung von Krediten, sondern auch von Lebensmitteln, darunter Fleischkonserven, zugesagt.[162] Obwohl nun die US-Regierung lediglich den Export von Fleischkonserven nach Deutschland verbot, reagierte der deutsche Botschafter Romberg umgehend. Im Gespräch mit dem Schweizer Wirtschaftsminister und Bundespräsidenten Schulthess machte er klar, dass die Schweiz den Forderungen nicht nachgeben dürfe. Das Land stehe am «Scheideweg» und jeder Schritt in Richtung USA führe «steil bergab».[163] Romberg war sich allerdings bewusst, dass es kaum Möglichkeiten gab, Druck auf die Schweiz auszuüben. Eine Sperrung der Kohle- und Eisenzufuhr in die Schweiz kam nicht in Betracht, denn dadurch würde man, so Romberg ans Auswärtige Amt, die Schweiz «sehr rasch vollkommen in die Arme der Entente treiben».[164] Seine Drohung zeigte aber trotzdem Wirkung, denn die Kohleversorgung der Schweiz war zunehmend angespannt und der Bundesrat hatte Mitte Oktober 1917 Massnahmen beschlossen, um den Kohleverbrauch zu senken.[165] Schulthess telefonierte deshalb mit dem Stellvertreter des amerikanischen Botschafters in Bern, Hugh R. Wilson, und erklärte diesem, dass ein Verbot des Exports von Fleisch und Baumwollprodukten nach Deutschland die deutsch-schweizerischen Beziehungen stark belasten würde. Deutschland werde als Gegenmassnahme den Export von Schweizer Holz nach Frankreich verbieten wollen, welches von den American Expeditionary Forces dringend für den Bau von Baracken benötigt werde. Zudem werde Deutschland die Kohlelieferungen drosseln und damit die Betriebe in der Schweiz treffen, die für die Alliierten in grossem Umfang Kriegsmaterial herstellten. Schulthess versuchte damit die ökonomische Bedeutung, welche die Schweiz für die alliierte Kriegsmaschinerie hatte, bewusst als Druckmittel einzusetzen. Doch die Verhandlungen kamen auch diesmal nicht weiter.[166]

4.5 Enttäuschte Hoffnungen und die Abreise der Swiss Mission

Die Verhandlungsblockade ergab sich allerdings nicht nur durch die deutschen Störmanöver und die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Vertragsparteien, sondern auch durch die noch umstrittenen Zuständigkeiten und die schlechte Organisation des War Trade Board. Die Behörde befand sich noch im Aufbau und die Richtlinien der Exportpolitik der USA entwickelten sich erst allmählich.[167] Vor allem aber fehlte es der neuen Behörde an der notwendigen Erfahrung in Bezug auf die Schweiz. Insbesondere Informationen zur wirtschaftlichen Lage waren nur spärlich vorhanden und das länderspezifische Fachwissen hielt sich in Grenzen. Zwar erhielt man von den Schweizer Behörden detailliertes Zahlenmaterial, doch wollte man sich nicht nur auf deren Angaben stützen, sondern versuchte eigenes statistisches Material zur Schweizer Aussenwirtschaft über die Gesandtschaft und die Konsulate zu erhalten. Zudem musste man sich zunächst über die bestehenden aussenwirtschaftlichen Verträge der Schweiz mit der Entente und die Funktionsweise des alliierten Kontrollsystems SSS informie-

ren.[168] Die Schweizer Unterhändler versuchten die US-Behörden vom bestehenden System zu überzeugen und die USA zu einem Beitritt zur SSS zu motivieren. Dazu nahm Sulzer auch enge Absprachen mit den übrigen Alliierten vor. Bereits bei seinem Zwischenstopp in Paris hatte Sulzer mit dem französischen Aussenminister telefoniert und ihm mitgeteilt, dass man einen Beitritt der USA zur SSS wünsche. Der französische Botschafter in Washington, Jean-Jules Jusserand, erklärte deshalb dem US-Aussenminister Robert Lansing, dass das SSS-System seit achtzehn Monaten gut funktioniere und die USA deshalb einen Vertreter nach Paris ins interalliierte Kontrollorgan der SSS delegieren sollten.[169] Auch Grossbritannien erachtete die Kontrolle gegenüber der Schweiz als ausreichend. Die in die USA entsandte Kommission unter der Leitung des neuen britischen Aussenministers, Arthur James Balfour, empfahl den US-Behörden, keine allzu drastischen Massnahmen gegenüber der Schweiz zu ergreifen. Stattdessen wurde ebenfalls dazu geraten, einen Delegierten nach Paris zur Verstärkung der bestehenden interalliierten Überwachungskommission zu entsenden.[170]

Die anfängliche Skepsis der Alliierten, die USA würden die Schweiz mit allzu harschen Exportbeschränkungen abschnüren, wich allerdings schon bald der Befürchtung, der neue Kriegsteilnehmer würde der kleinen «sister republic» allzu stark entgegenkommen. Den ersten Entwurf von Taylor für ein Exportabkommen mit der Schweiz hielt man in London für viel zu grosszügig.[171] Die Suche nach einem gemeinsamen Positionsbezug gegenüber der Schweiz war indes nur ein kleiner Teil der grundsätzlichen Frage nach einer gemeinsamen Blockadepolitik. Seit dem Kriegseintritt der USA kam es zwischen den europäischen Alliierten und den Vereinigten Staaten zu intensiven Bemühungen um eine gemeinsame Wirtschaftskriegführung, wobei Finanzierungs-, Blockade- und Transportfragen im Zentrum standen.[172] Im November 1917 fanden zunächst in London und dann in Paris Gespräche zwischen den europäischen Alliierten und den USA statt.[173] Zum ersten Mal seit dem Kriegseintritt der USA betraten damit amerikanische Wirtschaftskriegsexperten in offizieller Mission den alten Kontinent.[174] Unter der Leitung von Colonel House, dem engsten Berater von Woodrow Wilson, reisten neben Experten von Armee, Marine und Schatzamt auch Vertreter der neu geschaffenen administrativen Behörden zur Wirtschaftskriegführung nach Europa, darunter Vance McCormick und Alonzo Taylor für das War Trade Board und die Food Administration.[175]

Inzwischen hatte Sulzer den von Taylor vorgeschlagenen Vertrag zurückgewiesen, da man auf Schweizer Seite die Exportverbote für Fleischkonserven und Baumwollprodukte als zu drückend empfand. Auch das Verbot der Verwendung von amerikanischem Schmieröl und amerikanischen Maschinen in Schweizer Munitionsfabriken, die für Deutschland arbeiteten, blieb ein offener Streitpunkt.[176] Der Gegenentwurf, den Sulzer Anfang November beim War Trade Board einreichte, sah deutlich weniger starke Exportverbote und grössere Einfuhrkontingente vor. Doch unterdessen hatte das War Trade Board in Abstimmung mit den britischen und französischen Stellen entschieden, dass die Verhandlungen von Washington

nach Paris transferiert werden sollten.[177] Zugleich verliess Anfang November 1917 die Swiss Mission die USA. Kurz vor der Abreise, am Morgen des 1. November 1917, hatte William Rappard noch eine längere Privataudienz bei Woodrow Wilson. Am Nachmittag verabschiedete sich der Präsident auch noch persönlich von den übrigen Mitgliedern der Mission. Bei dieser Gelegenheit drückte er, wie schon anlässlich der Ankunft der Mission, seine Wertschätzung gegenüber der Schweiz aus und versprach, dass die Bedürfnisse der kleinen Republik berücksichtigt würden. Zwei Tage später verliess die Swiss Mission New York mit dem Dampfschiff «Espagne» Richtung Europa.[178] Hugh R. Wilson, der in der Abwesenheit Stovalls die Geschäfte der US-Gesandtschaft leitete, schrieb am selben Tag an den Schweizer Aussenminister, die Mission habe einen hervorragenden Eindruck gemacht und in den Verhandlungen habe ein «frank and friendly spirit» geherrscht.[179] Er glaube daher, dass bald eine Lösung gefunden werde.[180] Ähnliche Erwartungen äusserte die Swiss Mission in einer abschliessenden Pressemitteilung, welche in den US-Medien wiedergegeben wurde. Darin dankte die Mission den USA für ihre Gastfreundschaft und drückte zugleich ihre Hoffnung aus, dass die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden könnten. Beide Länder seien als demokratische Republiken durch gemeinsame Ideale und Prinzipien freundschaftlich miteinander verbunden.[181] Zwar hatte die Stimmung in den USA gegenüber der Schweiz durch die Aktivitäten der Mission eine «Wendung zum Bessern genommen», doch von einer rechtlich verbindlichen Zusicherung der US-Behörden, die Schweiz mit Getreide und Rohstoffen zu versorgen und sich dem SSS-Kontrollregime der übrigen Alliierten anzuschliessen, war man nach wie vor ein gutes Stück entfernt.[182] Eine deutsche Agentenmeldung, die sich auf einen «befreundeten schweizerischen Nationalrat» stützte, meldete deshalb triumphierend, die «schweizerische Spezialkommission» habe entgegen den Zeitungsberichten «nichts erreicht».[183]

4.6 Verhandlungsdurchbruch beim Getreideabkommen im Dezember 1917

Bevor die US-Delegation nach Paris zur gemeinsamen alliierten Konferenz reiste, beriet sie sich mit ihren britischen Kollegen in London. In persönlichen Gesprächen vereinbarte Taylor mit den Vertretern des britischen Foreign Office, dass die Verhandlungen in Paris zum Abschluss gebracht werden sollten. Auf der Basis seines ursprünglichen Memorandums arbeitete Taylor dort gemeinsam mit den französischen und britischen Beamten einen Vorschlag für ein neues Abkommen aus.[184] Zur gleichen Zeit waren die Mitglieder der Swiss Mission in die Schweiz zurückgekehrt und erstatteten dem Bundesrat Bericht über ihre Reise in die USA. In Bern zeigte man sich zwar erfreut, dass sich die Stimmung gegenüber der Schweiz gebessert hatte, zugleich war man beunruhigt, dass es nicht gelungen war, ein Abkommen zu unterschreiben, und dass die Vertreter des War Trade Board ohne Rücksprache mit den Mitgliedern der Mission und Sulzer nach Paris verreist waren.[185]

Die Unsicherheit bei der Landesversorgung thematisierte auch der designierte Bundespräsident für das Amtsjahr 1918, Felix Calonder. In einer Rede auf dem Parteitag der Freisinnigen Ende November 1917 hielt er in pathetischen Worten fest, dass die wirtschaftliche Lage der Schweiz ebenso sehr von der Zufuhr von Kohle und Eisen aus den Zentralmächten wie von der überseeischen Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus der Entente abhänge. Der Wirtschaftskrieg werde nun so erbittert geführt, dass die «kleine, neutrale Schweiz, zwischen den kämpfenden Riesen wirtschaftlich zerdrückt zu werden» drohe. Die Hauptsorge sei nun die «Getreidezufuhr», «das tägliche Brot», denn seit «längerer Zeit» habe man «trotz aller Anstrengungen keinen Weizen mehr aus Nordamerika beziehen können» und die Vorräte reichten nur noch knapp «für drei Monate».[186] Calonder hielt deshalb fest: «Unsere Getreideversorgung hängt vom Entgegenkommen der Vereinigten Staaten Nordamerikas ab.»[187] Und in fast programmatischer Weise verkündete er: «Wir vertrauen noch immer auf die Freundschaft der grossen Schwesterrepublik.»[188]

Tatsächlich vermeldete bereits einen Tag nach der Rede Calonders der Nachfolger von Charles Lardy, der neue Schweizer Botschafter Alphonse Dunant, positive Signale aus Paris. Er habe in einer längeren Unterhaltung mit den beiden amerikanischen Beamten McCormick und Taylor festgestellt, dass diese «les meilleurs intentions» hätten. Sie würden die Bedürfnisse der Schweiz anerkennen und wollten nun eine rasche Lösung im Rahmen der interalliierten Konferenz in Paris erreichen.[189] Die Einladung des Bundesrates an die US-Vertreter, sich in Bern selbst ein Bild der Lage zu machen, wurde allerdings abgelehnt. Stattdessen sollte die Schweiz rasch eine neue Delegation nach Paris entsenden. Kurzerhand wurde deshalb eine Unterhandlungsdelegation zusammengestellt, die vorwiegend aus Unternehmern bestand, die während des Krieges leitende Aufgaben in den neu geschaffenen kriegswirtschaftlichen Verwaltungsapparaten der Schweiz übernommen hatten. Dazu gehörten unter anderen der Schokoladenfabrikant, Nestlé-Verwaltungsrat und Vorsteher des eidgenössischen Transportamtes, Alexandre Cailler, der Maschinenfabrikant und Direktor der SSS, Henri Grobet-Roussy, und der Seidenstofffabrikant Henri Heer. Der soeben aus den USA zurückgekehrte William Rappard wurde wiederum damit beauftragt, die Mission zu unterstützen und seine guten Kontakte zu Colonel House und zu McCormick zu nutzen.[190] Der vom amerikanischen Unterhändler Taylor mit den übrigen Alliierten ausgearbeitete Vorschlag wurde Anfang Dezember 1917 mit der Schweizer Delegation in mehreren Konferenzen beraten. Bereits nach wenigen Tagen konnten die letzten Differenzen ausgeräumt und das Abkommen am 5. Dezember 1917 unterzeichnet werden. Die Versorgung der Schweiz mit den dringend benötigten Rohstoffen war nun sichergestellt: Für das folgende Jahr 1918 sagten die USA die Lieferung von mindestens 240 000 Tonnen Getreide zu. Die drohende Hungersnot, vor der sich viele Schweizerinnen und Schweizer fürchteten, war damit abgewendet. Nebst der Getreidelieferung sagten die USA auch die Versorgung mit Baumwolle, Eisen und Mineralölen für die Industrie

sowie weiteren Lebensmitteln wie Zucker und Fetten zu. Als Gegenleistung für die amerikanische Versorgung mussten aber einige Zugeständnisse gemacht werden: Ein Verbot des Exports für Baumwolle und Leder nach Deutschland und ein Verbot der Verwendung von amerikanischem Eisen und Schmieröl in Munitionsfabriken, die für Deutschland arbeiteten. Wegen des Mangels an Tonnage musste die Schweiz zudem zusichern, dass sie auf den von ihr gecharterten Schiffen mindestens tausend Tonnen Güter monatlich für das American Red Cross (ARC) in die Schweiz transportieren werde. Auf der Rückfahrt sollten die Schiffe dann mit spanischem Pyrit für die amerikanische Industrie beladen werden.[191]

Die USA erklärten sich in Absprache mit den übrigen Alliierten bereit, die SSS als Kontrollorgan zu akzeptieren, und verzichteten auf eigene Sicherheitsmassnahmen. Die USA entsandten von nun an je einen eigenen Vertreter in die interalliierten Kontrollorgane nach Paris und Bern und schlossen sich damit aktiv dem System der SSS an. Während die Blockadefrage für die Schweiz somit zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich gemeinsam gelöst wurde und sich Ende 1917 ein zusammenhängendes interalliiertes Blockadesystem bildete, spielte Frankreich in den Verhandlungen mit den nördlichen Neutralen kaum eine Rolle. Diese Verhandlungen wollten das War Trade Board und die britische Regierung zu einem späteren Zeitpunkt ohne Beteiligung der Franzosen führen.[192] Die Schweiz war deshalb das erste neutrale Land, welches noch im Winter 1917 ein Wirtschaftsabkommen mit den USA unterzeichnen konnte. Der rasche Abschluss des Abkommens und die für die Schweiz insgesamt äusserst vorteilhaften Bedingungen erklären sich vor allem mit der Sorge der USA, die Neutralität des Alpenlandes könnte gefährdet sein und die Schweiz unter dem Eindruck mangelnder Versorgung politisch auf die Seite der Zentralmächte kippen.[193] Die latent deutschfreundliche Armeeführung und die Sympathien der politischen Eliten für das Deutsche Kaiserreich machten das Land in den Augen des State Department ohnehin anfällig für deutsche Vereinnahmungsversuche. Der Sturz der provisorischen Regierung in Russland im November 1917 und die russische Revolution hatten zudem in den westlichen Hauptstädten einen tiefen Eindruck hinterlassen. Sofort nach der Machtübernahme hatten die Bolschewiki im Dekret über den Frieden einen sofortigen Friedensschluss gefordert. Und seit Anfang Dezember 1917 wurden nun in Brest-Litowsk zum ersten Mal Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten geführt.[194] Zudem drohte nach Ansicht der Alliierten bei einer schlechten Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung eine weitere soziale Destabilisierung der Schweiz und eine Stärkung der sozialistischen Bewegung. Unter den gegebenen Umständen sollte ein solches Szenario unbedingt vermieden werden. Hinzu kam, dass sich die militärische Entwicklung in Europa nicht zugunsten der Entente entwickelte. Ende Oktober 1917 war es den Mittelmächten in der zwölften Isonzo-Schlacht gelungen, bis zur Piave vorzustossen und der italienischen Armee eine vernichtende Niederlage beizufügen.[195] Die Alliierten befürchteten, wie bereits früher, dass deutsche Truppen über die Schweiz einen Umgehungsangriff auf Italien vornehmen könn-

ten.[196] Insgesamt schien sich die Lage Ende 1917 zugunsten der Zentralmächte zu verschieben und es gelang Deutschland, in Osteuropa seinen Machtbereich deutlich zu erweitern.[197] Diese Einschätzung spiegelt sich in den Reaktionen der Devisenmärkte. Der Kurs der Reichsmark erholte sich gegenüber dem Schweizer Franken ab September 1917 deutlich. Auch gegenüber anderen neutralen Währungen wie dem holländischen Gulden ist Ende 1917 ein massiver kurzfristiger Kursanstieg der Reichsmark zu vermerken.[198] Damit ergab sich für die Beobachter der Entente eine unheilvolle Gemengelage: Eine gefährliche militärische Situation an der Schweizer Südgrenze, eine wachsende politische und wirtschaftliche Einflussnahme Deutschlands und eine mögliche bolschewistische Destabilisierung durch die Arbeiterschaft. Unter diesen Umständen schien eine ökonomisch verkraftbare Abgabe von Getreide und Rohstoffen an die Schweiz sinnvoll und notwendig. Der erfolgreiche Abschluss des Getreideabkommens von 1917 muss somit im Kontext des globalen Konflikts gesehen werden. Mit der Verschärfung des Wirtschaftskrieges kämpften die beiden Kriegsparteien zunehmend um politischen und wirtschaftlichen Einfluss in den neutralen Staaten. Die USA schlossen deshalb nicht nur mit der Schweiz, sondern auch mit den übrigen Neutralen in Europa Handelsverträge ab. Im Verlauf des Jahres 1918 wurden mit Norwegen, Schweden und Dänemark Handelsabkommen getroffen, welche die Lieferung von wichtigen Gütern, darunter ebenfalls grosse Mengen an Getreide, zusicherten. Im Gegenzug reduzierten die nördlichen Neutralen ihre Exporte nach Deutschland, wodurch die Blockade noch einmal verstärkt werden konnte. Nur die Niederlande verzichteten aufgrund deutscher Drohungen auf einen solchen Vertrag und wurden von den USA bis zum Kriegsende mit einem Embargo belegt.[199]

4.7 Äusserer Druck und innere Spannungen: Die Schweiz Ende 1917

Die Entsendung der Swiss Mission und die Verhandlungen zum Getreideabkommen 1917 zeigen deutlich, wie stark sich die globalen Handelsverhältnisse seit dem Kriegsausbruch verändert hatten. Die wirtschaftliche Globalisierungswelle des 19. Jahrhunderts mit freiem Handel und offenen Grenzen war zu Ende.[200] Dies bedeutete für die stark exportorientierte Wirtschaft der Schweiz eine Zäsur. Der vor dem Krieg schwach ausgestattete Schweizer Bundesstaat schuf eine wachsende kriegswirtschaftliche Bürokratie und versuchte die Folgen der weltwirtschaftlichen Rückwirkungen auf die Schweiz administrativ zu lösen.[201] Das Aussendepartement der Schweiz, welches noch bis zum Vorabend des Krieges über wenige Mitarbeiter verfügte, erlebte in den Kriegsjahren einen starken Ausbau.[202] Anstatt der routinemässigen diplomatischen Kontaktpflege mussten nun komplexe aussenwirtschaftliche Probleme gelöst werden. Ein Rückzug auf die traditionelle Neutralitätspolitik war durch die weltweite Verflechtung der Schweizer Volkswirtschaft nicht mehr möglich, vielmehr geriet die Schweiz di-

rekt zwischen die Fronten und der Bund musste aktiv in den schweizerischen Aussenhandel eingreifen. Das fehlende Wissen über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge versuchte die Bundesverwaltung dabei durch den Einbezug von Fachleuten und Führungskräften aus der Privatwirtschaft zu kompensieren. Diese enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat ist allerdings kein schweizerisches Spezifikum. Vielmehr finden sich ähnliche Kooperationsformen zwischen Privatwirtschaft und staatlichen Stellen sowohl in den neutralen als auch in den kriegführenden Staaten.[203] Die Schweiz versetzte mit Hans Sulzer als neuem Gesandten bewusst einen Industriellen anstelle eines Diplomaten nach Washington, und die Swiss Mission rekrutierte ihre Mitglieder aus Wirtschaft und Wissenschaft und nutzte deren breites internationales Kontaktnetz.

Mit dem Getreideabkommen war es Ende 1917 gelungen, eine wirtschaftliche Isolierung der Schweiz und einen offenen Bruch mit den USA zu verhindern. Dementsprechend lobte die freisinnige NZZ das Abkommen in höchsten Tönen und hielt fest, dass das «Schweizervolk» der «grossen amerikanischen Schwesterrepublik» für ihre Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr zu tiefem Dank verpflichtet sei.[204] Zudem dankte sie dem Gesandten in Washington und den Mitgliedern der schweizerischen Mission, die mit Erfolg die Interessen der Schweiz vertreten hätten.[205] Zugleich hielt die heikle Lage zwischen den USA, auf deren Lebensmittel man angewiesen war, und der nach wie vor bedeutenden Stellung Deutschlands sowohl die politische und wirtschaftliche Führungsriege als auch die breite Schweizer Öffentlichkeit in Atem. Während die USA für ein Abkommen über die Getreideversorgung gewonnen werden konnten, hatte man sich mittels hoher Kreditvergaben ein weiteres Kohle- und Eisenabkommen von dem nördlichen Nachbarn erkauft. Trotz dieser gelungenen Abkommen blieb die aussenwirtschaftliche Lage äusserst fragil und die Aussenbeziehungen ein stetiger Balanceakt. Zudem führten die aussenwirtschaftlichen Restriktionen immer stärker zu einer Verschlechterung der binnenwirtschaftlichen Lage. Die Verschuldung des Bundes nahm zu und Inflation und Rationierung machten alltägliche Bedarfsgüter wie Lebensmittel oder Brennmaterial knapp, was zunehmend zu sozialen Spannungen und einer radikaler auftretenden politischen Arbeiterschaft führte, wie sich zuletzt in den blutigen Novemberunruhen in Zürich gezeigt hatte. Die Ausgangslage für die Schweiz war damit Ende 1917 äusserst schwierig und ein Kriegsende schien nach wie vor nicht in Sicht. In der Versammlung der Schweizerischen Friedensgesellschaft im Grossmünster Zürich hielt am zweiten Weihnachtstag 1917 der Zürcher FDP-Kantonsrat und Arzt Hermann Häberlin in seiner Rede vielmehr ernüchtert fest, dass die ursprünglichen Friedenspläne Wilsons gescheitert waren und sich der Krieg stattdessen im Verlauf des Jahres mit dem Kriegseintritt der USA sogar noch mehr ausgeweitet habe.[206] Der «unbeschränkt wirkende Unterseebootkrieg» habe den «Handel und vor allem die Zufuhr an notwendigen Lebensmitteln so sehr eingeschränkt, erschwert und verteuert», dass die «Not» gross sei und sowohl «Kriegführende und Neutrale vor der Hungersnot» stünden.[207] Mit Anspielung auf die einen Monat zuvor aus-

gebrochenen Unruhen meinte Häberlin, es sei nicht verwunderlich, dass sich nun neue Kräfte «auch in unsrer Vaterstadt» regen.[208] Und er stellte resigniert fest, dass die Friedensbewegung eingestehen müsse, dass man den Krieg weder verhindern noch abzukürzen vermöge, vielmehr müsse man nun abwarten, «dazu zwingen uns die Umstände».[209]

5 Deutscher Frühling 1918 und die Zweifel an «Uncle Sam»

5.1 Die Versenkung der «Sardinero»

Im Februar 1918 befand sich das deutsche Unterseeboot U-155 der kaiserlichen Marine unter Korvettenkapitän Erich Eckelmann im Atlantik. Ursprünglich war das U-Boot zum Warentransport von den USA nach Deutschland eingesetzt worden und hatte von dort Kautschuk und Metalle unentdeckt an den britischen Blockadelinien vorbeigeschmuggelt. Nach dem Kriegseintritt der USA war das Unterseefrachtschiff zum Kriegs-U-Boot umgerüstet und mit neuen Torpedos und Artilleriekanonen bestückt worden. Im Auftrag der kaiserlichen Marine sollte U-155 die feindlichen Handelsschiffe abfangen und gegebenenfalls zerstören. Unter dem Kommando Eckelmanns befanden sich deshalb nebst mehr als fünfzig Mann Besatzung auch ein Prisenkommando mit zwanzig Matrosen, das die Übernahme der feindlichen oder neutralen Schiffe durchzuführen hatte.[1]

Am Morgen des 23. Februar 1918 befand sich U-155 auf Feindfahrt vor der marokkanischen Küste, als es auf der Höhe Casablancas den spanischen Dampfer «Sardinero» sichtete und diesem den Befehl zum Stoppen erteilte. Der Frachter hatte im Auftrag der Schweizer Regierung rund 3000 Tonnen Mehl und Getreide geladen und befand sich auf dem Weg von New York in den französischen Mittelmeerhafen Cette, der für die Schweizer Warentransporte reserviert worden war. Die spanische Crew leistete dem Befehl umgehend Folge, übergab Eckelmann und seinem zweiten Offizier die Frachtpapiere und liess die Frachträume des Dampfers durch die deutschen Matrosen inspizieren. Obwohl die «Sardinero» tatsächlich nur Getreide geladen hatte, als spanisches Schiff offensichtlich als neutral zu betrachten war und sich zudem ausserhalb der von Deutschland definierten Sperrzone befand, entschied Eckelmann, den spanischen Dampfer zu versenken. Nachdem ein Teil des Getreides umgeladen und andere Wertgegenstände ins U-Boot geschafft worden waren, wurde die Crew in Rettungsboote gezwungen und sich selbst überlassen. Um halb sechs Uhr abends gab Eckelmann den Befehl zur Zerstörung der «Sardinero». Durch gezielte Schüsse aus den Artilleriekanonen von U-155 wurde das Schiff zum Sinken gebracht. Die spanische Crew wurde erst einen Tag später von französischen Wasserflugzeugen vor der marokkanischen Küste entdeckt und durch Patrouillenschiffe gerettet.[2]

Die Meldung über den Abschuss des spanischen Getreidedampfers verbreitete sich rasch in der Schweiz und sorgte vor allem in der Romandie für gehässige Reaktionen. Die Redaktion der «Gazette de Lausanne» protestierte scharf gegen

den Abschuss und den U-Boot-Krieg Deutschlands, der gegen alle Regeln des internationalen Rechts verstosse.[3] Kapitän Eckelmann wurde nach dem Vorfall zum Rapport zitiert, und die Schweizer Regierung forderte von Deutschland Aufklärung über den Tathergang und Ersatz für die verlorenen Waren.[4] Doch die offiziellen Reaktionen aus Bern waren eher milde und der Protest ging über Formalitäten nicht hinaus. Der US-amerikanische Konsul Philip Holland in Basel vermeldete denn auch, Bern und die Deutschschweizer Medien verhielten sich auffallend zurückhaltend.[5]

5.2 Transportprobleme und die Skepsis gegenüber den amerikanischen Versprechen

Mit dem Abschuss wurden die noch Ende 1917 gehegten Hoffnungen auf eine baldige Versorgung mit US-Weizen nicht nur symbolisch, sondern auch materiell versenkt. Noch im Dezember 1917 war das Abkommen mit den USA frenetisch gefeiert und die USA als Heilsbringer in der Not bejubelt worden. Nun machte sich Ernüchterung breit.[6] Denn von den versprochenen Getreidelieferungen war nichts zu sehen. Vielmehr entbrannte schon kurz nach der Unterzeichnung ein heftiger Streit zwischen den USA und Grossbritannien darüber, wer die Transportschiffe für die Schweizer Getreidelieferungen zur Verfügung zu stellen habe. Im ursprünglichen Abkommen zwischen der Schweiz und den USA war lediglich von «alliierten Schiffen» die Rede.[7] Im Frühjahr 1918 aber führten die Abschüsse der deutschen U-Boote zu einem immensen Druck auf die alliierten Transportkapazitäten. Zudem absorbierte der Nachschub für die US-Truppen in Frankreich einen beträchtlichen Teil der noch vorhandenen Schiffstonnage. Die britischen und amerikanischen Unterhändler schoben sich nun gegenseitig die Verantwortung zu, der Schweiz die benötigten Schiffe zu beschaffen, um das Getreide über den Atlantik zu transportieren und damit die gegebenen Versprechen einzulösen.[8] Die logistischen Engpässe der alliierten Kriegführung wurden damit zum direkten Problem für die schweizerische Landesversorgung. Während die Schweiz den Frachtraum für die steigenden Importe in den ersten zweieinhalb Kriegsjahren problemlos beschaffen konnte, war es nun immer schwieriger, die notwendigen Schiffe zu chartern.[9] Der Bundesrat hielt fest, dass der Mangel an «verfügbarer Tonnage» von Tag zu Tag grösser werde. Da man keine neutralen Schiffe mehr finde, müsse man auf «deutschlandfeindliche Schiffe» umsteigen. Diese würden dann aber Gefahr laufen, von deutschen U-Booten versenkt zu werden.[10] Der Abschuss der «Sardinero» hatte zudem gezeigt, dass sogar Schiffe unter neutraler Flagge von deutschen U-Booten versenkt werden konnten.

Um das Transportproblem zu lösen, bemühte sich die Schweiz deshalb intensiv, eigenen Schiffsraum zu erwerben, und startete Verhandlungen mit verschiedenen Staaten.[11] Besonders intensive Gespräche ergaben sich in Bezug auf österreichische Schiffe, die in spanischen Häfen festlagen.[12] Im Auftrag der Schweizer

Regierung reiste Nationalrat Alexandre Cailler, der Vorsteher der Zentralstelle für auswärtige Transporte (FERO), nach Madrid. Da sämtliche kriegführenden Parteien involviert waren, kam es zu langwierigen multilateralen Verhandlungen mit Vertretern der Zentralmächte, der Entente und Spanien.[13] Zunächst hatte jedoch Frankreich Vorbehalte gegen eine Anmietung von österreichischen Schiffen durch die Schweiz, da man befürchtete, Österreich könnte die auf spanischen Konten zu deponierenden Einnahmen aus dem Geschäft für Propagandazwecke einsetzen und damit die spanischen Kieslieferungen nach Frankreich gefährden.[14] Spanien war während des Krieges als Rohstofflieferant ökonomisch eng mit der Entente verbunden und aufgrund der strategischen Position zwischen Mittelmeer und Atlantik von hohem Interesse. Seit Kriegsausbruch kam es daher zu verstärkten deutschen und österreichischen Operationen gegen den franko-britischen Einfluss. Spanien wurde damit zu einem geheimen Kampfplatz, auf welchem Frankreich das Gewicht der Zentralmächte möglichst zu beschneiden suchte.[15] Zudem machte Grossbritannien Einwände gegen ein Abkommen geltend, weil man die Schiffe bereits den Italienern versprochen habe.[16] Es waren nun wiederum die USA, welche die schweizerischen Anliegen unterstützten. Dies vor allem deshalb, weil die schweizerischen und amerikanischen Interessen in dieser Frage konvergierten. Denn die USA hatten ein möglichst hohes Interesse, dass sich die Schweiz eigenen Schiffsraum und damit zusätzliche Kapazitäten organisieren konnte.[17] Doch die Verhandlungen scheiterten, und Cailler musste im Sommer 1918 unverrichteter Dinge wieder aus Madrid abreisen. Zu vielfältig waren die involvierten Interessen, so dass im Dickicht des gegenseitigen Misstrauens der Kriegsgegner eine Übereinkunft nicht zu erzielen war. Das Chartern der österreichischen Schiffe scheiterte insbesondere am britischen Widerstand. In London befürchtete man, dass die Schiffe nach dem Krieg den Zentralmächten wieder als Handelsschiffe und damit als unliebsame Konkurrenz zur Verfügung stehen würden.[18]

Dass die Transportprobleme nicht gelöst werden konnten, führte zunehmend zu Unzufriedenheit bei den involvierten Stellen. Vor allem Hans Sulzer, der als Gesandter in Washington die Abfertigung amerikanischer Waren auf Schiffe zu bewerkstelligen suchte, war besonders unzufrieden mit der Arbeit der FERO und wünschte sich einen Ersatz für Alexandre Cailler. Es sei ein «Landesunglück», wenn nicht rasch organisatorische Verbesserungen vorgenommen würden und die FERO einer «tüchtigen Leitung» unterstellt werde.[19] Die FERO wurde in ihrer Tätigkeit von einer konsultativen Kommission beraten, der vorwiegend führende Industrielle und freisinnige Nationalräte angehörten, darunter Hyppolite Saurer, der gemeinsam mit seinem Vater Adolph die Arboner Fahrzeugfabrik leitete, der Seidenstofffabrikant Henri Heer und der FDP-Nationalrat und Verwaltungsratspräsident der Maschinenfabrik Oerlikon, Arthur Eugster. Ebenfalls Mitglied der Kommission war Iwan Bally, der bekannte Solothurner Schuhfabrikant.[20]

Das Transportproblem akzentuierte sich jedoch im Verlauf des Jahres 1918 immer mehr, so dass Hans Sulzer im September 1918 Kontakt zu Iwan Bally

aufnahm und diesen darum bat, seinen leitenden Direktor, Hermann R. Stirlin, für die Leitung der FERO einzusetzen.[21] Stirlin war bei der Schuhfabrik Bally seit Kriegsausbruch die leitende Figur und hatte sich als erfolgreicher Krisenmanager bewährt, dem die Sicherstellung der Rohstoffversorgung der Firma gelungen war.[22] Sulzer wollte Stirlin für die Aufgabe gewinnen, da es nun statt «Parlamentarier» einen tatkräftigen Industriellen brauche.[23] Jeder sehne sich «nach dem starken Mann, der endlich in diese Transport-Angelegenheit Ordnung hereinbringt».[24]

Doch die Direktion der Firma Bally lehnte nach eingehender Beratung ab, weil die Situation des Unternehmens im Exporthandel von «Tag zu Tag schwieriger» werde und deshalb die Anwesenheit des Führungspersonals «an Ort und Stelle» notwendig sei.[25] Sulzer intervenierte daraufhin erneut in scharfem Ton, denn die Verhältnisse seien «geradezu kritisch» und es müsse «energisch und rasch gehandelt werden». Rhetorisch fragte er Iwan Bally und Stirlin, ob sie wirklich verantworten könnten, den «Ruf des Vaterlandes» abzuschlagen, einen ihrer Firmenleiter für dieses Amt zu entsenden, «das zur Zeit eines der wichtigsten ist, welches das Land zu vergeben hat».[26] Doch die Firmenleitung blieb bei ihrer Haltung. Offenbar waren nicht alle Industriellen bereit, ihre Direktoren in den Dienst staatlicher Stellen zu entsenden, und auch nicht davon überzeugt, dass ihnen dies einen direkten Nutzen bieten würde.

Sulzer war jedoch verärgert über die Absage und schrieb seinem engen Bekannten Max Bally, dem Cousin Iwan Ballys: «Ich bin über die Enttäuschung, die mir Euer ‹refus› verursacht hat, noch nicht hinweggekommen.»[27] Sulzer war überzeugt, dass sich die mangelnde Organisation der FERO negativ auf die Versorgung der Schweiz auswirken würde, und plante deshalb dank seiner «Freunde» in der Bundesverwaltung eine Reorganisation des Transportwesens.[28] Doch sein Vorhaben misslang und er stellte resigniert fest, dass das einzige Heil für die Schweiz «unter diesen Umständen in der baldigen Beendigung des Krieges» liege.[29]

Die organisatorischen Schwierigkeiten und der mangelnde Schiffsraum führten dazu, dass noch nicht erprobte Mittel zur Anwendung kamen. Sulzer versuchte, das drängende Tonnageproblem unter anderem dadurch zu entschärfen, dass er im Namen der Schweizer Regierung in den USA ein eigenes Schiff erwarb. Da fremden Staaten der direkte Ankauf von US-Schiffen jedoch verboten war, wurde eine US-Firma angefragt, die im Namen der Eidgenossenschaft das Schiff kaufen und betreiben sollte. Sulzer wandte sich dafür an den Inhaber des bekannten Bankhauses A. Iselin & Co., den angesehenen New Yorker Adrian Iselin Jr., der schon bei der Ankunft der Schweizer Delegation mit einem Abendessen im Metropolitan Club mitgeholfen hatte, diesen wichtige Kontakte in den USA zu vermitteln.[30] Iselin war wegen seiner Schweizer Abstammung auch Mitglied im New York Swiss Club und hatte Sulzer von Anfang an die Hilfe seiner Firma angeboten, «whenever an occasion should present itself».[31]

Im Auftrag Sulzers wurde deshalb im Frühjahr 1918 durch Vermittlung von Iselin & Co. und einem New Yorker Anwaltsbüro das Segelschiff «Malcom Baxter» erworben. Doch da das Schiff wegen des U-Boot-Krieges nicht auslaufen

konnte, entstanden nun hohe Gebühren durch die langen Liegezeiten im Hafen. Zudem zeigte sich, dass das Schiff in einem schlechten Zustand war und zunächst dringende Reparaturarbeiten durchgeführt werden mussten. Da dies nun bedeutende zusätzliche Kosten generiert hätte, entschloss sich Sulzer, die «Malcom Baxter» wieder zu verkaufen. Zwar gestaltete sich auch dieser Vorgang schwierig, schliesslich konnte aber mit der South American Steamship Company doch ein Käufer gefunden werden, der die «Malcom Baxter» sogleich in Dienst nahm. Doch das Segelschiff erlitt bereits auf seiner ersten Fahrt vor der US-Küste Schiffbruch und musste in den Hafen von Norfolk abgeschleppt werden. In der Folge geriet die South American Steamship Company in Zahlungsschwierigkeiten und konnte den ursprünglich vereinbarten Kaufpreis nicht mehr aufbringen.[32] Die investierten Gelder waren damit verloren. Die gesamte Transaktion rund um den Kauf der «Malcom Baxter» führte zu einem finanziellen Verlust von rund 100 000 Dollar, was nach heutigen Preisen rund fünf Millionen Franken entspricht.[33] Damit waren dem Bund hohe Kosten entstanden, ohne dass die Transaktionen irgendeinen Nutzen oder eine Erleichterung der Transportengpässe gebracht hätten. Für das offensichtliche Planungsdesaster machte Sulzer gegenüber dem Bundesrat eine «ganz ungewöhnliche Kumulation ungünstiger Umstände» verantwortlich.[34] Er und der Leiter der Handelsabteilung der Gesandtschaft in Washington, Fritz Oederlin, hätten es «mit prekären Verhältnissen des Krieges, mit einem schlechten Käufer, einem schlechten Schiff» und nicht zuletzt mit einem «das Prädikat zuverlässig kaum verdienenden Rechtsanwalt» zu tun gehabt.[35] Ganz offensichtlich hatten sowohl Sulzer als auch Oederlin die Komplexität des Transportgeschäfts und die Unsicherheit des Krieges unterschätzt. Die Episode illustriert eindrücklich, dass die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik unter den Kriegsbedingungen in neue Problembereiche vordrang. Im Gegensatz zur freihändlerischen Weltwirtschaft der Vorkriegszeit, in welcher sich private schweizerische Einkäufer auf den Getreidemärkten in Osteuropa frei eindecken konnten und die Transportwege offen waren, kümmerte sich der schweizerische Bundesstaat nun mithilfe der Gesandtschaft in Washington direkt um den Einkauf und die Einfuhr des Getreides. Trotz der Mitwirkung erfahrener Unternehmer wie Sulzer und seines Assistenten Oederlin konnten die damit verbundenen Herausforderungen aber offensichtlich nicht leicht gelöst werden. Dabei fehlte es der Schweiz als Binnenland wohl auch an Erfahrung und Fachwissen in Bezug auf das neuartige Phänomen eines global geführten Seekrieges.

Erst nach Kriegsende gelang die Gründung einer Schweizerischen Seetransport-Union, welche im Auftrag des Bundes und der Industrie die Schiffstonnage für die Schweiz übernahm, was sich allerdings auch in den wirtschaftlich turbulenten Nachkriegsjahren als nicht einfach erwies.[36] Die Versorgungsschwierigkeiten und Transportprobleme des Ersten Weltkriegs dienten dennoch als nützlicher Erfahrungshorizont und führten dazu, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg über eine eigene Handelsflotte mit in der Schweiz registrierten Hochseeschiffen verfügte, welche die Versorgung des Landes unterstützten.[37]

5.3 Wachsende Sorge um die Schweizer Landesversorgung im Frühjahr 1918

Insgesamt blieb somit die Versorgungs- und Transportsituation für die Schweiz während des gesamten letzten Kriegsjahres und noch weit über das Kriegsende hinaus angespannt. Besonders heikel aber war die Lage Anfang 1918. Denn durch die mangelnden Tonnagen war die Schweiz bis tief ins Frühjahr 1918 von den Zufuhren abgeschnitten und die erhofften Getreidelieferungen blieben aus.[38] Es erstaunt daher nicht, dass der soeben von einem längeren Aufenthalt in den USA nach Bern zurückgekehrte US-Botschafter Alexander Stovall Anfang März 1918 einen dramatischen Bericht nach Washington sandte: die Lage sei «very bad» und die Getreideversorgung äusserst knapp.[39] Die Vorräte reichten nur noch einen Monat, und dies obwohl überall stark gespart werde und die Bevölkerung leide. Inzwischen habe Deutschland sogar eigene Getreidelieferungen angeboten, wodurch die Gefahr bestehe, «that the country may be forced by public pressure to turn to Germany».[40] Denn Deutschland liefere bereits alle Kohle für die Schweiz. Wenn aber auch noch die Getreideversorgung von den Zentralmächten übernommen werde, würde die Schweiz komplett von diesen abhängig und damit automatisch zu deren Verbündeter.

Als weiteres strategisches Problem aus amerikanischer Sicht kam nun hinzu, dass das Ausbleiben der Getreideversorgung auch die Lieferungen an die American Expeditionary Forces (AEF) infrage stellte.[41] Die AEF waren das Expeditionskorps der US-Armee, welches nach dem Kriegseintritt der USA in immer grösserer Zahl nach Europa entsandt wurde und bis zum Sommer 1918 rund eine Million Soldaten umfasste. Die Versorgung der frisch in Europa angelangten US-Truppen war nicht nur eine grosse logistische Herausforderung, sondern benötigte umfangreiche Ressourcen. Da die Truppenzahl von Monat zu Monat zunahm und die Möglichkeiten des Transports über den Atlantik aufgrund des Schiffsmangels eingeschränkt waren, versuchte die AEF einen möglichst grossen Teil der Rohstoffe und Produkte direkt in Europa zu beziehen. Dazu wurden eigene Einkaufsbüros, «Purchasing Agents», eingerichtet, die rund zehn Millionen Tonnen Material einkauften und damit wichtige Schiffstonnage einsparten.[42] Da die Schweiz besonders nahe an Frankreich lag und über eine leistungsfähige Industrie verfügte, wurde sie ein wichtiges Bezugsgebiet für die Versorgung der US-Truppen.[43]

Um die Einkäufe zu organisieren, wurde vom Hauptquartier des General Purchasing Agent der AEF in Paris ein eigenes Büro in Zürich an der Fraumünsterstrasse 15 eröffnet. Dieses wurde vom US-amerikanischen Geschäftsmann Harold F. McCormick als Purchasing Agent geleitet.[44] Er stammte aus der angesehenen und einflussreichen Unternehmerfamilie McCormick, die den grossen US-Landwirtschaftsmaschinenhersteller International Harvester Company besass, und war mit einer Tochter von John D. Rockefeller verheiratet.[45] Die International Harvester Company delegierte leitendes Personal direkt in die neuen

kriegswirtschaftlichen Institutionen nach Washington und produzierte zugleich Maschinen und Lastwagen für die US-Armee. Die Firma stellte damit nicht nur eigene Ressourcen für die Kriegführung bereit, sondern profitierte zugleich wirtschaftlich vom Krieg, was mit dem Slogan «It is Our Business to Win the War» in der eigenen Firmenschrift im Januar 1918 auf den Punkt gebracht wurde.[46] Tatsächlich rekrutierte McCormick das neue Personal für das Zürcher Büro im Januar 1918 über diese Firma, deren Verkaufsnetz in der Schweiz die Einkäufe für die AEF tätigte. Zudem wurden in der Schweiz ansässige US-Amerikaner eingestellt. Bei der Eröffnung beschäftigte das Büro insgesamt rund zehn Personen, die sich aufgrund ihrer geschäftlichen Beziehungen auf ein breites Kontaktnetz abstützen konnten.[47] Die Angestellten klärten ab, welche der benötigten Produkte auf dem Schweizer Markt erhältlich waren und kauften Probeexemplare, die sie in einer Spezialkiste mit dem diplomatischen Kurierdienst nach Paris sandten. Dort wurde die Eignung für die AEF überprüft.[48] Diese anfänglich noch sehr provisorische Organisation wurde bald deutlich ausgebaut. Das Purchasing Office wurde von Zürich nach Bern verlegt und die Angestellten mit Autos und Lastwagen ausgerüstet, damit sie die Einkäufe erledigen konnten. Zudem übernahm ein Captain der amerikanischen Armee die Leitung des Büros.[49] In der Folge bestellte die AEF eine äusserst breite Palette an Produkten, die in Frankreich oder den übrigen alliierten Staaten nicht erhältlich oder in der Schweiz besonders günstig und in hoher Qualität zu erwerben waren. Die Bestellungen reichten von Gerätschaften wie Schraubenziehern und Sägen, über Lebensmittel wie Schokolade, Fleisch und kondensierte Milch bis hin zu Turbinen der Grossindustrie.[50] Ausserdem wurden von der AEF mehr als 40 000 Schweizer Armbanduhren für die Frontsoldaten geordert.[51]

Die Präsenz der AEF in Frankreich schuf somit in der Schweiz gute Geschäftsmöglichkeiten. Dadurch ergaben sich auch Gelegenheiten für inoffizielle Geschäftsabschlüsse im illegalen Rahmen. So wurden dem amerikanischen Konsul in Basel, Philip Holland, rund dreissig Kilogramm Schmerz- und Beruhigungsmittel angeboten, die ursprünglich in Deutschland hergestellt worden waren. Der Verkäufer wollte allerdings unerkannt bleiben, da die Medikamente nur an die zuständigen Schweizer Gesundheitsbehörden hätten verkauft werden dürfen. Die amerikanischen Militärbehörden zeigten sich aber dennoch interessiert, da Schmerzmittel äusserst rar waren, und kauften die Medikamente im damaligen Wert von mehr als 100 000 Schweizer Franken. Diese wurden anschliessend von Konsul Holland direkt in Basel entgegengenommen und auf Anweisung von Allen W. Dulles an die US-Legation in Bern gesandt, von wo sie unentdeckt mit dem diplomatischen Kurierdienst nach Frankreich befördert wurden.[52] Dass Dulles hier eine zentrale Rolle spielte, war kein Zufall. Denn seit der junge Diplomat Anfang 1917 nach Bern gekommen war, hatte er dort den nachrichtendienstlichen Kampf gegen die Zentralmächte übernommen. Er versuchte deutsche Spione zu enttarnen, förderte die osteuropäischen Exilgruppen, die die nationale Unabhängigkeit anstrebten und sich damit gegen die Herrschaft

der Zentralmächte auflehnten, und bekämpfte die bolschewistische Bewegung. Diese Erfahrungen brachten ihn dann auch während des Zweiten Weltkriegs wieder nach Bern, von wo aus er den Kampf gegen das nationalsozialistische Regime führte. Später wurde er zum Direktor der CIA ernannt und lancierte als glühender Antikommunist im Kalten Krieg verschiedene Programme der psychologischen Kriegführung, wobei er wiederum in Kontakt zur Basler Chemieindustrie kam, die sich als LSD-Anbieterin ins Geschäft brachte.[53]

Das Hauptinteresse der AEF galt im Frühjahr 1918 allerdings nicht dem illegalen Schmerzmittelkauf in Basel, sondern der Beschaffung von Holzbaracken zur Unterbringung der neu ankommenden Truppen in Frankreich.[54] Die Schweiz hatte bereits seit Kriegsbeginn Holz an Frankreich und Italien geliefert, da deren Bezugsmärkte in Deutschland und Österreich-Ungarn mit dem Kriegsausbruch weggefallen waren. Die Schweizer Bau- und Zimmermeister hatten sich immer mehr auf Sägerei und Holzexport verlegt und in grossem Umfang Holz für den Bau der Schützengräben an der West- und Südfront geliefert. 1917 hatte die Schweiz in einem Abkommen schliesslich den Holzexport mit Frankreich und Italien auch vertraglich verbindlich vereinbart.[55] Die Barackenelemente wurden in der Schweiz von Zimmermannsbetrieben hergestellt. Darüber hinaus wurden weitere Zulieferer beschäftigt, wie beispielsweise die in Zofingen domizilierte Firma Plüss-Staufer, die sich den französisch klingenden Namen «Société anonyme des fabriques d'huile, Mastic & Blanc Minéral» gab und die für den Barackenbau benötigten Leim- und Kittmassen lieferte.[56] Doch Ende 1917 lief das bestehende Holzabkommen zwischen der Schweiz und der Entente aus und der Oberbefehlshaber der AEF in Europa, General John J. Pershing, drängte im Januar 1918 auf eine Sicherstellung der Holzlieferungen, weil diese für den Bau von neuen Baracken in Frankreich dringend gebraucht wurden, um die neu eintreffenden US-Soldaten unterzubringen.[57]

Allerdings hatte inzwischen das Ausbleiben der Getreidelieferungen das Ansehen der USA in der Schweiz deutlich beschädigt. In einem langen Bericht an das Hauptquartier des Purchasing Agent der AEF in Paris stellte Harold F. McCormick ernüchtert fest: «[…] the American prestige has fallen very greatly and the prestige of the Allies has fallen below that of the Central powers.»[58] Wenn die Versprechen über die Getreidelieferungen nicht eingehalten würden, könne man auch nicht damit rechnen, dass das Volkswirtschaftsdepartement Exportbewilligungen für die AEF genehmige. Und: «To put it rudely but to the point, Dr. Field said, that if he went to Dr. Schulthess now to ask for certain export permits, he would be shown the door […].»[59] Auch ein gut vernetzter Mann wie Herbert Haviland Field, ein seit Jahren in Zürich ansässiger Amerikaner, der von McCormick mit der Einholung der Exportbewilligungen der AEF in Bern beauftragt war, konnte in dieser Lage wenig ausrichten.[60] Hinzu kam, dass inzwischen auch die deutschen Stellen auf die Aktivitäten des AEF-Büros von McCormick aufmerksam geworden waren und Romberg direkt bei Schulthess gegen die Versorgung der US-Truppen durch die Schweiz protestierte.[61]

Dass sich die Stimmung in der Schweiz gegenüber den USA verschlechterte und das Eintreffen der versprochenen Getreidelieferungen sehnlichst erwartet wurde, meldete auch der US-amerikanische Journalist Carl W. Ackerman, der später in den USA hohe Bekanntheit erlangte und der erste Dekan der renommierten Journalistenschule der Columbia University wurde. Ackerman berichtete für verschiedene amerikanische Zeitungen aus Europa über die Kriegsgeschehnisse und hielt sich im Frühjahr 1918 in der Schweiz auf.[62] Nachdem er sich mit Bundesrat Schulthess ausgetauscht hatte, hielt er in einem mehrseitigen Memorandum Ende März 1918 fest, dass die Schweiz dringend die Lieferung der versprochenen Getreidemengen brauche, denn in den letzten Monaten sei praktisch nichts geliefert worden: «This caused very bitter feeling within the Government and the people.»[63] Zudem habe es der deutschen Propaganda ermöglicht, die Versprechen der USA als «American bluff» darzustellen.[64] Dass die Versorgung im Schweizer Alltag immer schwieriger wurde, wusste Ackerman zudem aus eigener Erfahrung. Obwohl er im erst gerade neu eröffneten Luxushotel Schweizerhof in Bern wohnte, konnte auch er nur gegen Vorlage der entsprechenden Rationierungskarten Lebensmittel beziehen. Dieses Erlebnis hat den Journalisten offenbar derart beschäftigt, dass er die entsprechenden Brotkarten in die USA mitnahm, obwohl das Ausführen der Karten unter hoher Strafe stand und die Schweizer Grenzen in den Kriegsjahren penibel kontrolliert wurden.[65]

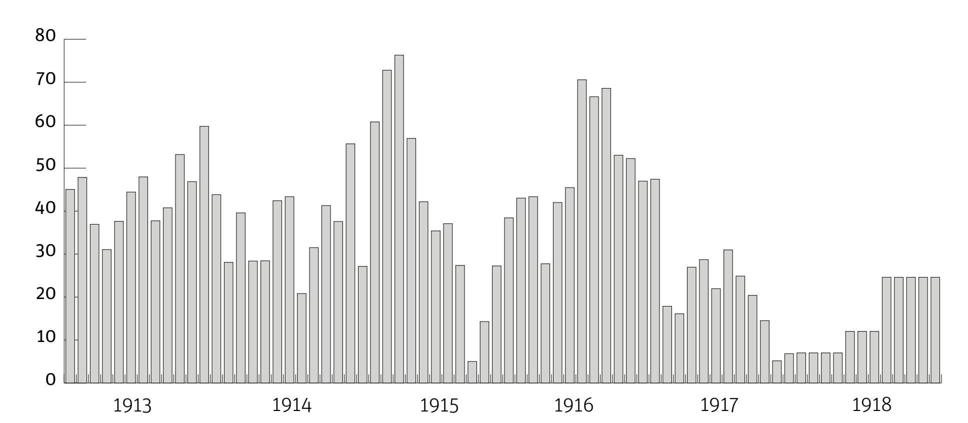
Ähnlich wie Ackerman berichtete George McFadden, der Leiter des Pariser Büros des War Trade Board, der sich nach Bern begeben hatte, um die Situation vor Ort abzuklären.[66] In einem Brief an den Vorsitzenden des War Trade Board, Vance McCormick (der übrigens nicht mit dem Leiter des AEF-Büros verwandt war), hielt er fest, dass sämtliche Schweizer Behörden und auch die übrigen alliierten Diplomaten darauf gedrängt hätten, dass die USA ihre Lieferversprechen einhielten. McFadden forderte deshalb rasches Handeln. Zwar fehle es der Schweiz grundsätzlich nicht an Lebensmitteln, aber es bestehe kein Zweifel, dass es an Weizen mangele, «as the bread is almost black and is hardly eatable unless toasted».[67] Er könne deshalb nicht stark genug betonen, dass die Schweiz unbedingt mit einer «considerable portion» des versprochenen Getreides versorgt werden müsse.[68] Denn, so resümierte McFadden: «No matter from what point of view you regard this subject, wheter from political, military or economic, the value of the friendship and neutrality of Switzerland cannot be over estimated.»[69] Eine Versorgung der Schweiz war somit aus strategischen Überlegungen, auch mit Blick auf die Versorgung der AEF, dringlich.

Die Schweizer hatten sich aber nach Ansicht McFaddens selbst zuzuschreiben, dass sie nicht in ausreichendem Masse beliefert wurden, denn sie hätten versucht, in Südamerika Getreide aufzukaufen und seien auch nicht rechtzeitig dem Wheat Executive beigetreten.[70] Die global agierende Behörde des Wheat Executive hatte als alliiertes Organ in London die Kontrolle des weltweiten Getreidemarktes übernommen. Die Behörde koordinierte den Getreideeinkauf in den Produzentenländern der USA, Südamerikas, in Indien und Australien und die

Distribution des Getreides in die Entente-Staaten sowie ab 1918 in die nördlichen Neutralen und die Schweiz. Damit sollten die Konkurrenz zwischen den Importländern ausgeschaltet und weitere Preissteigerungen verhindert werden. Sämtliche Transaktionen auf dem Getreidemarkt durften nur noch mit Zustimmung dieser interalliierten Kontrollbehörde erfolgen.[71] Die Schweiz aber hatte sich anfänglich wenig kooperativ gezeigt. Sulzer hatte noch versucht, auf eigene Faust in Argentinien zusätzliches Getreide einzukaufen, ohne die alliierte Behörde zu informieren, und der Bundesrat wehrte sich gegen eine Einbindung in die Wheat Executive. Schliesslich musste die Schweiz dem alliierten Druck dennoch nachgeben und einen eigenen Vertreter in die Behörde entsenden. Die Schweiz unterstellte sich damit ab dem Frühjahr 1918, wie die neutralen skandinavischen Staaten und die kleineren alliierten Länder Griechenland, Portugal und Belgien, der gemeinsamen alliierten Planungsorganisation.[72] Dadurch wurde die Schweiz bei der Zuteilung von Getreide, welches im schweizerisch-amerikanischen Exportmemorandum bereits versprochen worden war, von der Behörde offiziell berücksichtigt.[73] Ab nun war es die Wheat Executive, welche über sämtliche Weizentransporte disponierte und der Schweiz das Getreide, je nach der Transportsituation in den verschiedenen Häfen, zuteilte. Anstatt wie bisher auf dem freien Markt direkt bei einem grossen US-Getreidehändler einzukaufen, musste Sulzer deshalb neu über die lokale Aussenstelle der Wheat Executive in New York bestellen.[74] Doch die schlechte Ernte des Jahres 1917 in den USA hatte die Weizenbestände stark reduziert, und selbst die Getreideexporte in die alliierten europäischen Länder gingen im Frühjahr 1918 zurück. Zudem sorgte ein strenger Winter und der durch die Aufrüstung gesteigerte Güterandrang auf den Schienen für grosse Transportprobleme, so dass der Getreidenachschub vom amerikanischen Inland an die Küste ins Stocken geriet. In den Atlantikhäfen wiederum fehlte es anschliessend an Schiffstonnage für den Weitertransport nach Europa.[75]

Obwohl Sulzer durch seine Kontakte zu den verschiedenen amerikanischen Behörden versuchte, die Getreidelieferungen in Gang zu setzen, erfolgten bis Frühling 1918 kaum Frachten Richtung Schweiz. Anfang April 1918 wandte sich Sulzer schliesslich in einem Brief direkt an den US-Aussenminister Robert Lansing und schrieb diesem: «I am informed that by keeping rations down to the lowest possible minimum the above mentioned quantities will provide for the needs of Swiss consumption until the end of May.»[76] Nur wenn umgehend substanzielle Mengen verfrachtet würden, könnten die «most urgent needs of Switzerland» befriedigt werden.[77] Nur einen Monat nach Sulzers Appell an Lansing stellte der Bundesrat allerdings fest, dass die Vorräte noch bis Ende Juli 1918 ausreichen würden. Dennoch verwies er ebenfalls darauf, dass neue Lieferungen «ausserordentlich dringlich» seien.[78] Wie lange die Getreidevorräte im Frühjahr 1918 wirklich noch ausreichten, ist schwierig abzuschätzen. Offensichtlich variierten die Angaben der Schweizer Regierung diesbezüglich.[79] Eine monatsweise Gesamtsicht der Weizeneinfuhr in die Schweiz, die in Grafik 6 zu sehen ist, zeigt

Grafik 6: Monatliche Weizeneinfuhr in die Schweiz 1913–1918, in Tausend Tonnen



Gerundete Werte. Ab 1918 sind auch die Mehlimporte eingerechnet, wegen des höheren Nährwerts mit dem Faktor 1,25. Die einzelnen Monatsdaten 1918 repräsentieren keine exakten Einfuhrwerte. Die monatliche Aufteilung erfolgte auf der Basis der Gesamteinfuhr 1918 und stützt sich auf die grafische Darstellung der SSS zum monatlichen Getreideimport.

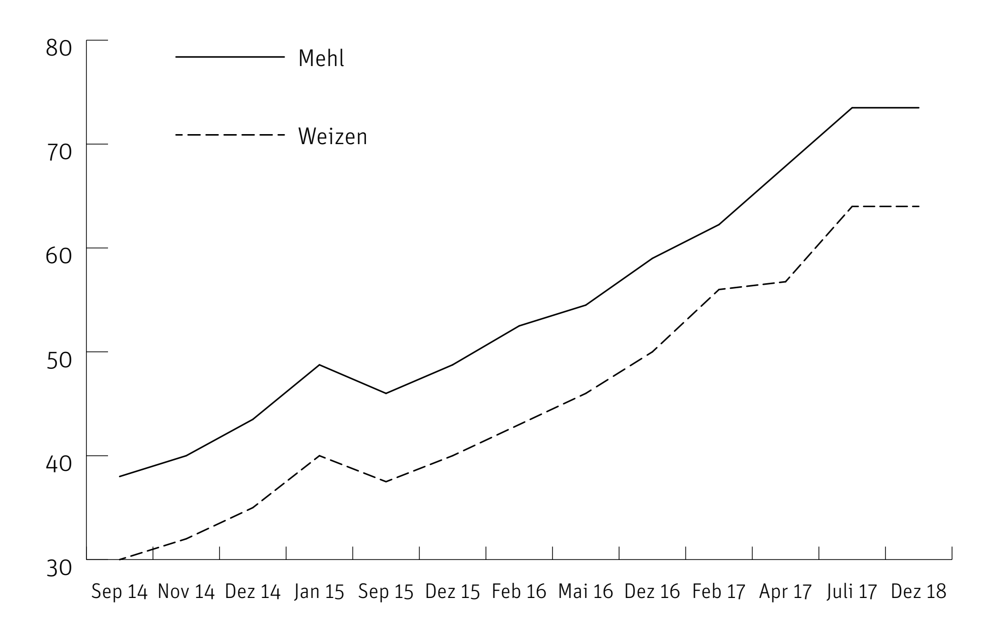
Quelle: Eidgenössisches Zolldepartement, Handelsstatistik Schweiz. Jahresbericht 1918, Bern 1919, S. 39; Schweizerischer Bankverein: Rückschau über Handel und Industrie der Schweiz 1914–1918, Basel 1919, S. 20, 21. Eine grafische Übersicht über die Verteilung bietet Société Suisse de Surveillance Economique 1915–1919, Planche 13, S. 220.

allerdings deutlich, dass die Lieferungen über die gesamte Dauer von 1912 bis 1918 stark rückläufig waren.

Besonders ab 1917 und dann 1918 gingen die Importwerte deutlich zurück. Die starke Reduktion auf nur noch rund 57 000 Tonnen Weizen im Jahr 1918 wurde allerdings durch den höheren Import an Mehl kompensiert, denn im letzten Kriegsjahr verschifften die USA anstelle von Weizen etwas mehr als 100 000 Tonnen Mehl in die Schweiz.[80] Da beim Weizen jeweils mit einem Ausmahlungsgrad von achtzig Prozent gerechnet wurde, entsprach dies dem Gegenwert von rund 130 000 Tonnen Weizen.[81] Während der Gesamtdauer des schweizerisch-amerikanischen Abkommens, also vom 5. Dezember 1917 bis Ende September 1918, lieferten die USA deshalb insgesamt etwa 180 000 Tonnen Getreide in die Schweiz. Dies war weniger als die im Exportmemorandum ursprünglich zugesicherten 240 000 Tonnen und nur noch knapp ein Drittel der durchschnittlichen Importmenge der vorhergehenden Jahre.[82]

Unstrittig ist somit, dass die Versorgungslage der Schweiz im Frühjahr 1918 angespannt war, sich die Ernährungssituation in der Schweiz gegen Ende des Krieges verschlechterte und breite Bevölkerungskreise auf gesamtschweizerischer Ebene von Mangel oder gar Hunger betroffen waren.[83] Lokalhistorische

Grafik 7: Preise von Weizen und Mehl 1914–1918, Rappen pro Kilogramm



Vom Getreidebüro des Eidgenössischen Militärdepartements festgesetzte Preise, franko Bahnhof.

Quelle: Schweizerischer Bankverein: Rückschau über Handel und Industrie der Schweiz 1914–1918, Basel 1919, S. 21.

Untersuchungen zeigen, dass in Städten wie Winterthur, St. Gallen oder Basel besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten unter den Preissteigerungen zu leiden hatten.[84] Denn obwohl die Preise durch den schweizerischen Staat festgesetzt wurden, um Preistreibereien zu unterbinden, hatte sich der Preis für Mehl fast und derjenige für Weizen mehr als verdoppelt. Mehl kostete Ende 1918 rund 93 Prozent und Weizen sogar 113 Prozent mehr als bei Kriegsausbruch (siehe Grafik 7).[85] Dies war zwar weniger als die Gesamtteuerung, bedeutete aber dennoch eine grosse Belastung für ein durchschnittliches Haushaltseinkommen. So musste etwa eine Hausfrau in Winterthur im Oktober 1918 mehr als zehn Prozent ihres Gesamtbudgets für den Broteinkauf ausgeben.[86]

Eine Ex-post-Perspektive auf die Importzahlen ist allerdings mit einiger Vorsicht zu bewerten, denn im Gegensatz zur nachträglichen Gesamtschau war es für die Akteure im Frühjahr 1918 schwierig abzuschätzen, ob die Versorgung langfristig sichergestellt werden würde. Ausserdem war ein Ende des kriegerischen Konfliktes Anfang 1918 nicht abzusehen. Es war wohl gerade diese Unsicherheit, die die schweizerischen Behörden bewog, äusserst energisch bei den US-amerikanischen Stellen auf die Lieferungen zu drängen.[87] Zudem herrschten im Frühjahr 1918 in der Schweiz ohnehin noch erhebliche Zweifel, welche Rolle die USA in der Weltpolitik spielen würden. Zwar hatte US-Präsident Wilson im

Januar 1918 in seinem Vierzehn-Punkte-Programm die Vision einer neuen internationalen Ordnung skizziert. Doch im Gegensatz zur späteren Interpretation dieser Deklaration als Ausgangsmanifest eines internationalen Liberalismus und einer amerikanischen Weltordnung, basierend auf Demokratie, Selbstbestimmung und Völkerbund war Wilsons Plan lediglich der pragmatische Versuch, nach den politischen Umwälzungen in Russland und den deutschen Siegen im Osten wieder die politische Initiative zu erlangen. Seine Ankündigung blieb im Frühjahr 1918 in ihrer unmittelbaren Wirkung deshalb noch wenig fassbar.[88] Auch der Vertraute von US-Präsident Wilson in Genf, der amerikanische Publizist George D. Herron, stellte fest, dass die USA ihre neue Führungsrolle noch deutlicher demonstrieren müssten. Vier Tage nach dem Brief Sulzers an Aussenminister Lansing rapportierte Herron in einem sechzehnseitigen Bericht an US-Botschafter Stovall nach Bern seine Eindrücke vom «trend of Swiss public opinion» zum Kriegsverlauf und von der Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber den USA.[89] Dazu traf sich Herron zu verschiedenen vertraulichen Gesprächen mit führenden Genfer Persönlichkeiten, darunter Aussenminister Gustave Ador, den er für den einzigen Verbündeten der Alliierten in der Schweizer Regierung hielt. Zudem liess er durch weitere Kontakte die Stimmung im Schweizer Generalstab und in den Industriellen- und Bankenkreisen in der Deutschschweiz ergründen. Das Fazit dieses Rapports war eine dramatische Einschätzung: Deutschland versuche mittels des U-Boot-Krieges die Schweiz direkt von den Getreidezufuhren aus den USA abzuschneiden und vollumfänglich unter seine Kontrolle zu bringen. Schon jetzt seien die Deutschschweizer Medien weitgehend von Deutschland unterwandert und die Schweiz durch die Kohlezufuhren wirtschaftlich abhängig. Wenn es Deutschland aber gelinge, die Getreidezufuhr auch noch zu stoppen, werde der Kleinstaat in eine «komplette wirtschaftliche Unterwerfung» gebracht.[90] Es gebe keinen Zweifel am deutschen Plan, eine Blockade gegen die Schweiz zu betreiben, so dass die Schweizer Regierung und Bevölkerung in eine Position gebracht würden, «that they shall have no choice but that of either feeding out of Germany's hand or going out of existence».[91] In grellen Farben warnte Herron davor, dass die Schweiz in diesem Falle zu einem Vasallen Deutschlands werde, der seine gesamte Armee und Ökonomie dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen müsste. In einem flammenden Appell forderte er deshalb, die Getreideversorgung der Schweiz so rasch wie möglich zu gewährleisten. Denn man zweifle bereits am Wort Amerikas und doch setze man in der Schweiz gerade jetzt viel Hoffnung auf die USA. Nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Kleinstaaten werde die Einhaltung der versprochenen Getreidelieferungen als «Test» für die Ideale und die hohe Moral der USA gesehen. In seiner messianischen Botschaft verband Herron damit die konkrete Frage der Getreidelieferung mit der Forderung nach einer starken Rolle der USA als moralische Ordnungsmacht. Denn der Zeitpunkt, die Strahlkraft von Wilsons Programm in der Schweiz geltend zu machen, sei gerade jetzt besonders günstig, da man sich immer stärker von Deutschland abwende und die Gefahr erkenne,

die dem Kleinstaat durch ein siegreiches und dominierendes Kaiserreich drohe: «It is not so much that Switzerland is becoming pro-Entente as it is that Switzerland is becoming profoundly and fearfully and even bitterly anti-German.»[92] Dabei zitierte Herron führende Vertreter des Schweizer Finanzplatzes, die eine wachsende «German economic invasion» befürchteten.[93] Wenn die USA die Schweiz nicht mit Getreide versorgten, würde Deutschland zum dominierenden Machtfaktor und das Land wirtschaftlich unterwandert. Das Deutsche Reich könne sich dann Zollerleichterungen verschaffen und eigene Industrien in der Schweiz ansiedeln, um so unter dem Deckmantel von «Swiss trade marks» den Weltmarkt zu erobern.[94] Herron setzte damit die Thematik der «wirtschaftlichen Überfremdung», welche seit 1917 in der Schweizer Öffentlichkeit und den Medien zunehmend diskutiert wurde, direkt mit einem schädlichen und gefährlichen deutschen Einfluss gleich.[95]

5.4 Deutsche Erfolge im Osten als Gefahr für die Schweiz

Tatsächlich registrierte man in der Schweiz den wachsenden deutschen Einfluss genau. Im Frühjahr 1918 hatte das Deutsche Reich die militärischen Erfolge fortgesetzt und im Friedensvertrag von Brest-Litowsk seinen Machtbereich in Osteuropa auf Kosten Russlands deutlich ausgebaut. In der Schweiz wurde das harsche Abkommen als Zeichen für einen immer aggressiveren deutschen Imperialismus gedeutet und indirekt als Gefahr für die schweizerische Unabhängigkeit wahrgenommen. Dies zeigt eine Untersuchung über die Risikoeinschätzung der damals auf dem schweizerischen Finanzmarkt aktiven Personen. Die Rendite, also die Ausfallwahrscheinlichkeit, einer 1913 in Basel aufgelegten Schweizer Staatsanleihe stieg nach dem Waffenstillstand zwischen Russland und Deutschland im Dezember 1917 deutlich und nach dem Abkommen von Brest-Litowsk im März 1918 noch einmal sprunghaft an.[96] Offenbar fürchteten die Anleger, die deutschen Siege im Osten könnten auch für den Kleinstaat an der Südflanke des Deutschen Reiches negative wirtschaftliche und politische Auswirkungen haben. Diese helvetische Vorsicht gegenüber einem allzu dominanten Deutschland war dabei allerdings kein Novum, sondern hatte sich bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder gezeigt.[97] In der Schweiz hatte man den Aufstieg Deutschlands stets mit einer Mischung aus Bewunderung und Furcht verfolgt. Diese ambivalente Haltung klingt in einem Brief des Appenzeller FDP-Nationalrats Arthur Eugster an, der trotz seiner anfänglichen Begeisterung für die militärischen Erfolge des Deutschen Reiches bereits im September 1914 über «die Deutschen» die Ansicht äusserte: «Wenn sie überall siegen würden, wären sie kaum mehr geniessbar.»[98]

Mit dem radikalen Vorgehen im Osten offenbarte das Deutsche Reich seine wahren hegemonialpolitischen Absichten, und den Bolschewiki und den Alliierten fiel es entsprechend leicht, die deutsche Aussenpolitik als imperialistische

Machtpolitik zu diskreditieren und Wilsons vierzehn Punkte als Gegenprogramm zur deutschen Weltherrschaft zu propagieren.[99]

Durch das Abkommen von Brest-Litowsk hatte das Deutsche Reich weite Gebiete aus dem ehemaligen russischen Zarenreich herausgelöst und in eine formelle Unabhängigkeit entlassen. Faktisch gerieten die neuen Staatsgebilde aber sogleich unter den politischen Einfluss der militaristischen deutschen Staatsführung, die eine rücksichtslose Expansionspolitik im Osten vertrat.[100] Die militärische Führung unter Ludendorff und weite Teile der deutschen politischen Führungsriege erkannten in der Schwäche Russlands die Chance für eine machtpolitische Ausweitung in Osteuropa. Polen, die Ukraine und Finnland sowie die baltischen Staaten wurden abgetrennt und faktisch unter deutsche Kontrolle gestellt. Russland wurde dadurch auf ein Territorium rund um das Moskauer Herrschaftsgebiet zurückgeworfen und verlor mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung, mehr als die Hälfte seiner Industrie und fast neunzig Prozent seiner Kohlelager. Damit diskreditierte der Vertrag jeden künftigen deutschen Friedensversuch mit den Alliierten, und die von deutscher Seite proklamierte Befreiung vom zaristischen und sowjetischen Joch im Zeichen eines «Selbstbestimmungsrechts der Völker» wurde definitiv zur Farce.[101] Skeptiker, die diese katastrophalen Auswirkungen erkannten, wie etwa der deutsche Staatssekretär des Äussern, Richard von Kühlmann, wurden kaum gehört, und auch der Reichstag, der noch im Sommer 1917 die Friedensresolution verabschiedet und damit zunächst eine mildere aussenpolitische Linie signalisiert hatte, nahm das Abkommen praktisch widerstandslos an.[102]

Mit Brest-Litowsk schienen sich die militärischen Entwicklungen allerdings noch einmal deutlich zugunsten Deutschlands und seiner Verbündeten zu entwickeln und das Deutsche Reich seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in ganz Europa auszubreiten. In Schweizer Regierungskreisen war man über die neue Ausgangslage im Frühjahr 1918 äusserst beunruhigt. Noch im Januar 1918 hatte sich deshalb der Bundesrat mit General Wille und Generalstabschef von Sprecher zu einer eingehenden Besprechung getroffen. Dabei wurde die Frage einer militärischen Gefährdung und der politischen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz eingehend erörtert. Sowohl die Landesregierung als auch die Armeeführung waren sich einig, dass keine unmittelbare Gefahr bestehe, aber in den «kommenden Monaten viel geschehen» könne.[103] Besonderes Gewicht legten die Schweizer Militärs auf die bevorstehende Westoffensive des Deutschen Reiches und das Eintreffen der ersten US-Truppen. General Wille fasste die Lage folgendermassen zusammen: «Die Frage ist, ob die grosse, kommende Aktion im Westen entscheidend sein wird, wenn nicht, so wird nach ihr die Aktion der Vereinigten Staaten eintreten […].»[104] Allerdings rechnete Wille damit, dass die amerikanischen Soldaten erst gegen Ende des Jahres in ausreichender Zahl in Frankreich eintreffen würden, um Einfluss auf den Kriegsverlauf zu nehmen. Bis dahin würde die Initiative bei den Deutschen liegen. Auch Generalstabschef von Sprecher sah nun einen «gewaltigen Kampf» dieser beiden Parteien voraus. Doch

während Deutschland seine Westoffensive vorbereite und den U-Boot-Kampf mit neuen Schiffstypen weiter erfolgreich vorantreibe, hegte er Zweifel daran, «wieviel Truppen die Amerikaner bringen werden und wann».[105] Dass man im Frühjahr 1918 in den führenden Schweizer Kreisen die scheinbare neue Stärke des Deutschen Reiches aufmerksam verfolgte und zugleich an der militärischen Fähigkeit der Alliierten zweifelte, war inzwischen auch auf alliierter Seite bekannt. Emile Haguenin, der Leiter des französischen Bureau de la Presse, welches einen Propaganda- und Nachrichtendienst in Bern betrieb, zeigte sich in einem Gespräch mit dem führenden Redakteur des «Journal de Genève», William Martin, deshalb höchst alarmiert.[106] Der Bericht von Wille und von Sprecher an den Bundesrat habe dort grossen Eindruck gemacht und Bundespräsident Schulthess glaube nun, dass die Alliierten militärisch verloren seien. «Il est persuadé que l'Entente est perdue.»[107] Und deshalb sei er, wenn auch nicht mit dem Herzen, so doch mit dem Kopf, «de plus en plus Allemand».[108]

Die Ansicht, dass Deutschland womöglich bald den Krieg militärisch für sich entscheiden könnte, vertrat auch der neue Schweizer Botschafter in Berlin, Philippe Mercier, der erst im Januar 1918 in Berlin eingetroffen war.[109] Er stellte in einem ausführlichen Bericht an den Bundesrat fest, dass im Westen wohl mit einer baldigen Offensive des Deutschen Reiches zu rechnen sei, falls sich die Entente unterdessen nicht ohnehin zu «Friedensverhandlungen» entschliesse.[110] Mit Blick auf ein siegreiches Deutschland müsse man sich nun die Freundschaft des Deutschen Reiches erhalten. Der deutschfeindlichen Presse in der Romandie müsse umgehend mit «eiserner Faust» Einhalt geboten werden, denn in der Schweiz habe man keine Ahnung davon, «welch schlechten Eindruck diese Vorgänge in Deutschland» machten.[111] Deutschland habe zum jetzigen Zeitpunkt «die Dienste und die Freundschaft der Schweiz noch bis zu einem gewissen Grade nötig». Nach dem Krieg aber werde die Schweiz für Deutschland wieder an Wert verlieren und dann räche sich das «zurückgehaltene Übelwollen» nur allzu leicht.[112] Diese Einschätzung Merciers zeigt eindrücklich, wie positiv die militärische Situation für das Deutsche Reich von Schweizer Diplomaten noch Anfang 1918 beurteilt wurde. Dies sollte allerdings kaum überraschen, denn die intensive Dauerpropaganda der Obersten Heeresleitung hatte vom Bürgertum bis in die führenden politischen Kreise Deutschlands die Illusion genährt, dass ein Sieg unmittelbar bevorstehe.[113] Merciers Beurteilung der neuen Stärke des Deutschen Reiches dürfte zudem durch dessen prodeutsche Haltung verstärkt worden sein. Die ersten Berichte der deutschen Diplomaten über den neuen Gesandten waren in dieser Hinsicht allerdings zwiespältig. Mercier werde zwar «von allen Leuten als deutschfreundlich bezeichnet», doch sei dies bei «seiner Abstammung» aus Lausanne doch einigermassen «erstaunlich».[114] Ein zweiter Bericht zeigte jedoch, dass der neue Schweizer Botschafter zwar von einer Lausanner Familie abstammte, bereits sein Grossvater aber in den Kanton Glarus ausgewandert war, den er nun als Ständerat politisch vertrat. Mercier sei deshalb «völlig deutschfreundlich» und «zuverlässig», wie der deutsche Militärattaché Busso von Bismarck festhielt.[115]

Die Wahl Merciers auf den Posten in Berlin interessierte die deutsche Diplomatie vor allem deshalb so sehr, weil dieser den bisherigen Schweizer Gesandten Robert Haab ersetzte. Haab war zwar nicht einmal ein Jahr auf dem Berliner Gesandtschaftsposten gewesen, hatte sich aber in dieser Zeit als besonders loyal gegenüber dem Deutschen Reich erwiesen und stets ein enges Vertrauensverhältnis zu den deutschen Behörden gepflegt. Im Gegensatz dazu war er dem eigenen Vorgesetzten und Chef des Politischen Departements, Gustave Ador, mit Misstrauen begegnet. Nachdem er im Herbst 1917 geheime Informationen über die kurz bevorstehende Isonzo-Offensive ans Politische Departement in Bern übermittelt hatte, tauchte der Verdacht auf, Ador habe diese Informationen dem italienischen Botschafter in der Schweiz weitergeleitet.[116] Zwar bestritt Ador dies vehement, dennoch liess Haab von da an die militärischen Informationen, wie beispielsweise Berichte über deutsche Truppenbewegungen, nur noch direkt an Generalstabschef Sprecher von Bernegg übermitteln.[117] Die Abberufung des verlässlichen Haab aus Berlin hatte aber aus deutscher Perspektive auch Vorteile. Denn Haab ersetzte im Bundesrat den zurückgetretenen Ludwig Forrer, der trotz seiner langjährigen Amtszeit mit seiner prodeutschen Haltung im Bundesrat zunehmend isoliert und nach der Wahl Adors von diesem faktisch aus dem Amt gedrängt worden war.[118] Die deutschen Stellen befürworteten dementsprechend eine Wahl ihres Vertrauten Haab in die Schweizer Regierung, und Romberg meldete nach Berlin, er halte dessen «Eintritt in den Bundesrat» für äusserst wichtig.[119]

Obwohl mit der Wahl Haabs in den Bundesrat und mit der Versetzung Merciers nach Berlin dem Deutschen Reich äusserst wohlgesinnte Deutschschweizer bestimmt worden waren, hätte Romberg noch lieber die Versetzung des Schweizer Gesandten in Rom, Alfred von Planta, nach Berlin gesehen. Der aus dem Bündner Adel stammende von Planta war Romberg nicht nur wegen seiner Herkunft besonders genehm, sondern auch weil Generalstabschef Sprecher von Bernegg den Bündner Adeligen bereits 1915 ausdrücklich empfohlen und sich für dessen «ausgesprochen deutsch-freundliche Haltung und Zuverlässigkeit» verbürgt hatte.[120] Zudem hatte der vormalige Schweizer Aussenminister Hoffmann dem deutschen Gesandten im Vertrauen mitgeteilt, dass Haab in Berlin lediglich «Platzhalter» für von Planta sei.[121] Eine Versetzung von Plantas von Rom nach Berlin wurde aber auch deshalb ins Auge gefasst, weil dieser sich in Rom «nicht mehr wohl» fühlte.[122] Dies lag vor allem am latenten Misstrauen der italienischen Behörden, die stets befürchteten, die Schweiz könnte gemeinsam mit den Zentralmächten in Norditalien militärisch eingreifen.[123] Allerdings wurde von Planta mit Rücksicht auf die aussenpolitische Wirkung nicht unmittelbar nach Berlin geschickt, da man eine Versetzung von einem kriegführenden Land in ein anderes der Gegenpartei für aussenpolitisch heikel hielt.[124] Im Frühjahr 1918 wurde von Planta deshalb vom Bundesrat zwar intern als Nachfolger festgelegt, offiziell wurde er jedoch erst nach dem Krieg 1919 zum neuen Schweizer Gesandten in Berlin ernannt.[125]

Die Vorgänge rund um die Wahl Haabs und die Ernennung eines neuen Schweizer Gesandten in Berlin machen deutlich, in welch angespanntem aussenpolitischem Umfeld die Besetzung dieser wichtigen Posten erfolgte. Die Personalentscheide hatten stets eine unmittelbare Aussenwirkung und wurden von den Kriegsparteien aufmerksam verfolgt. Vor allem die deutschen Behörden waren über die Entscheidungsabläufe äusserst gut informiert und standen in engem Kontakt zu den Schweizer Amtsträgern. Die grossen Sympathien vieler Exponenten der schweizerischen Aussenpolitik und der Armee erleichterten es der deutschen Diplomatie, Einfluss auf die Personalentscheide der Schweiz zu nehmen. Im Frühjahr 1918 spielten zudem die militärischen Erfolge Deutschlands eine zentrale Rolle. Mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk hatte Deutschland nicht nur seinen Machtbereich in Osteuropa deutlich erweitert, sondern noch einmal die militärische Initiative zurückerlangt.

5.5 Der Tod eines Schweizer Diplomaten und die harte Hand der deutschen Militärs

Aus Schweizer Perspektive war eine Rücksichtnahme auf deutsche Interessen Anfang 1918 eine logische Konsequenz aus der sich neu ergebenden Kriegslage. Das unerwartete Ende des Kriegs an der Ostfront hatte den Deutschen die Möglichkeit einer neuen Offensive im Westen eröffnet. Nach Brest-Litowsk glaubte die deutsche Führung an einen baldigen Triumph. Bevor das amerikanische Expeditionskorps an der französischen Front eintraf, sollte in einer letzten grossen Offensive ein Siegfrieden, also ein Friedensvertrag zu deutschen Konditionen, mit den Westmächten erstritten werden. Die Bedingungen waren günstig, denn durch die frei werdenden Truppen aus dem Osten standen nun an der Westfront erstmals wieder mehr deutsche Truppen als alliierte Verbände im Feld. 192 deutsche Divisionen mit fast vier Millionen Mann standen 169 alliierten Divisionen gegenüber. Am 21. März 1918 lief die deutsche Offensive an und in den ersten zwei Wochen gelangen den deutschen Truppen erhebliche Erfolge. Auf einem Abschnitt von sechzig Kilometern Breite und fünfzig Kilometern Tiefe stiessen die deutschen Truppen Richtung Westen vor.[126] Inzwischen lag damit auch Paris in Reichweite der deutschen Langstreckenkanonen, die nur noch 120 Kilometer vor der Stadt lagen. Damit bombardierten die deutschen Truppen direkt die französische Hauptstadt und versuchten die Moral der französischen Zivilbevölkerung zu untergraben. Der Beschuss von Paris, notierte der deutsche Propagandachef Kessler in sein Tagebuch, habe das Schweizer Publikum mehr als alles andere seit Kriegsbeginn «verblüfft». Beim Zytglogge-Turm in Bern stünden dichtgedrängte Massen, um die angeschlagenen Extrablätter zu lesen, und im Volksgemurmel kehre «Hundertzwanzig Kilometer» wie ein Refrain wieder.[127]

Dass die deutschen Truppen bereits so nahe vor der französischen Hauptstadt standen, erfuhr man kurze Zeit später auch im Berner Aussendepartement



Abb. 10: Die vom deutschen Bombenangriff zerstörte Kirche St. Gervais in Paris.

auf tragische Weise. Am Nachmittag des 29. März 1918 traf eines der deutschen Kanonengeschosse die Église Saint-Gervais-Saint-Protais, die sich in unmittelbarer Nähe des Hôtel de Ville befindet. Da die Kirche zu diesem Zeitpunkt wegen eines Konzerts gut besucht war, hatte der Einschlag katastrophale Folgen. Das Dach der Kirche stürzte ein und 75 Personen wurden getötet und neunzig weitere verletzt.

Unter den Toten befanden sich nicht nur viele Angehörige der Pariser Hautevolee, sondern auch der Schweizer Legationssekretär Henri Stroehlin und seine Gattin.[128] Der tragische Tod des Schweizer Diplomaten sorgte nun für eine intensive Korrespondenz zwischen Berlin und Bern. Um einen propagandistischen Coup für Frankreich zu verhindern, sprach Romberg dem Bundesrat umgehend seine Anteilnahme aus und liess durch die deutsche Agentur Wolff die grosse Betroffenheit der deutschen Behörden zum Ausdruck bringen.[129] Der Bundesrat verzichtete darauf, gegen das deutsche Vorgehen in irgendeiner Form zu protestieren, und wies eine dahingehende Anregung der französischen Behörden ab. Vielmehr, so meldete Romberg, zeige der Bundesrat «viel Verständnis» für das deutsche Vorgehen und bitte lediglich um eine Feuerpause, damit die Toten in Ruhe beigesetzt werden könnten.[130] Diese Bitte wurde von Ludendorff umgehend gewährt und er liess «der Schweizer Regierung zu Liebe das Schiessen auf Paris» für den Nachmittag der Beisetzungsfeier einstellen.[131] Die Schuld für die zivilen Opfer schob das Deutsche Reich allerdings in einer von Wolff ver-

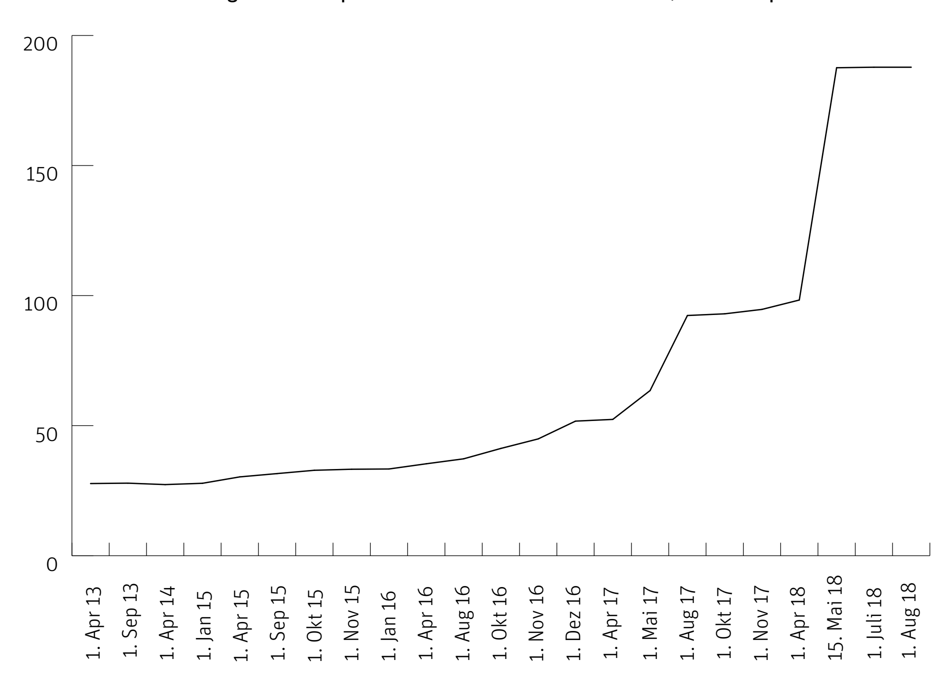
öffentlichten Mitteilung den französischen Behörden zu, denn diese hätten die Stadt nicht rechtzeitig evakuiert. Es sei geradezu «verbrecherisch», die Zivilbevölkerung «in diesem Rayon verweilen zu lassen», und da die Regierung ihren Sitz nicht aus Paris verlege, setze sie auch die neutralen Diplomaten «stündlicher Lebensgefahr» aus und müsse dafür die «volle Verantwortung» übernehmen.[132]

Die rücksichtslose Kriegführung und das stärkere Selbstvertrauen der deutschen Behörden zeigten sich bald auch in den Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz. Im Frühjahr 1918 stand ein weiteres Mal die Verlängerung des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens an, denn das letzte Abkommen vom Herbst 1917 lief Ende April 1918 aus.[133] Noch im März 1918 begannen daher erneute Verhandlungen zwischen der Schweiz und den deutschen Delegierten.[134] Dabei verfolgten die deutschen Delegierten zwei Ziele: Zum einen sollte der Kohlepreis, den die Schweiz zu bezahlen hatte, deutlich erhöht werden, damit der Wertzerfall der Reichsmark gestoppt und dringend benötigte Devisen beschafft werden konnten. Zum anderen verlangte die deutsche Regierung eine Angleichung der Kontrollmechanismen nach dem Vorbild der SSS. Denn bisher hatte die deutsche Treuhandstelle lediglich den Export von Kriegsmaterial verboten, alle übrigen Artikel konnten hingegen weiterhin exportiert werden, solange die Produkte in der Schweiz weiterverarbeitet wurden. So galt beispielsweise der Einbau eines deutschen Halbfabrikats in eine schweizerische Maschine bereits als Weiterverarbeitung. Diese tolerante Haltung, die vor allem aus Rücksicht auf deutsche Exportinteressen bestanden hatte, wurde nun geändert. Die militärische Führung des Deutschen Reiches wollte den Weiterexport von deutschen Produkten nur noch in äusserst bescheidenem Umfang gestatten. Damit wäre aber die Lage für die schweizerische Maschinenindustrie, die auf den Import von Maschinenteilen und Halbfabrikaten aus Deutschland angewiesen war, besonders schwierig geworden.[135]

Hinzu kam, dass die deutschen Delegierten eine massive Preiserhöhung von neunzig auf 180 Franken pro Tonne Kohle forderten. Zunächst lehnte der Bundesrat die deutschen Forderungen nach einer schärferen Aussenhandelskontrolle und höheren Kohlepreisen ab. Doch die deutschen Unterhändler drohten damit, im Notfall das Wirtschaftsabkommen überhaupt nicht zu erneuern. Unter diesem Druck lenkte der Bundesrat ein, denn ein vertragsloser Zustand und das Ausbleiben der Kohleversorgung wäre für die schweizerische Industrie verheerend gewesen.[136] Das Abkommen, welches im Mai 1918 unterzeichnet wurde, garantierte nun weiterhin eine monatliche Einfuhr von 200 000 Tonnen Kohle und knapp 20 000 Tonnen Eisen. Im Gegenzug stimmte die Schweiz den höheren Preisen und dem Ausbau der Kontrollmechanismen zu.[137]

Die starke Steigerung des Kohlepreises seit Kriegsbeginn zeigt Grafik 8. Während die Preise in den ersten Kriegsjahren noch praktisch konstant blieben, erhöhten sie sich unter dem zunehmenden Wirtschaftskrieg und den neuen Wirtschaftsabkommen vor allem ab 1917 deutlich und lagen Ende 1918 rund sechsmal höher als 1914.

Grafik 8: Entwicklung der Kohlepreise in der Schweiz 1913–1918, Franken pro Tonne



Es handelt sich um die durchschnittlichen Einstandspreise franko Basel der drei Sorten Saarstückkohle, Ruhrnuss I und Braunkohle Briketts «Union».

Quelle: Die Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements 1917–1919, Bd. 1, Bern 1919, S. 17.

Mit Unterzeichnung des Abkommens wurden nun die deutschen Kontrollmechanismen sukzessive ausgebaut und die bisherige Treuhandstelle in Zürich dem System der SSS angeglichen. Die alliierte Wirtschaftskontrolle diente dabei explizit als Vorbild. Denn die Schweiz wurde, wie es im Vertragstext heisst, verpflichtet, eine der «Société Suisse de Surveillance économique gleichartige Kontrolle» einzuführen.[138] Auch Romberg und die übrigen Diplomaten sprachen deshalb in Bezug auf das deutsche Kontrollregime statt von der Schweizerischen Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs (STS) schlicht von der «deutschen SSS».[139] Rasch wurde die neue Organisation aufgebaut, die nun kontrollierte, dass die Schweiz nur noch Waren in die Entente exportierte, für die weder deutsche Metalle noch andere Rohstoffe verwendet wurden und für deren Produktion keine deutsche Kohle eingesetzt wurde. Während die Ausfuhrkontrolle rasch erfolgreich umgesetzt wurde, gelang dies bei der Einfuhr bis Kriegsende nicht mehr. Analog zur SSS sollte auch bei der STS die Einfuhr deutscher Waren einzelnen Syndikaten übertragen werden, doch der Ausbau dieses Verwaltungsapparates kam nicht über das Anfangsstadium hinaus. Zwar wurde

in Bern an der Belpstrasse 75 noch ein neues Bürogebäude für die STS erworben. Statt der anvisierten 120 Mitarbeiter wurden dort jedoch nie mehr als achtzig Personen beschäftigt.[140]

Die Verhandlungen rund um das letzte deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen im Frühjahr 1918 zeigen nun eindrücklich, wie die militärischen Stellen immer stärker auch die aussenpolitischen Beziehungen dominierten. Denn inzwischen standen die Verhandlungen ganz im Zeichen der immer härter geführten deutschen Kriegführung und der militärischen Erfolge an der Ost- und Westfront. Die Führung der Gespräche lag nun vorwiegend in den Händen der Vertreter der deutschen Militärbehörden, die unter dem Eindruck des günstigen militärischen Verlaufs gegenüber der Schweiz eine harte Haltung einnahmen.[141] Die praktische Leitung der Verhandlungen führten vor allem zwei Personen, zum einen Geheimrat Louis Ravené, der Leiter der militärischen Handelsabteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern, der hugenottischer Abstammung war und in Berlin mehrere bedeutende Eisen- und Stahlhandelsunternehmen betrieb, zum anderen ein gewisser Leutnant Henneberg,[142] Referent im Kriegsamt, der zentralen kriegswirtschaftlichen Behörde im Deutschen Reich.[143] Ravené und Henneberg hatten sich bereits seit Jahren mit der kriegswirtschaftlichen Bedeutung der Schweiz auseinandergesetzt und insbesondere den Aufbau der Metallum AG vorangetrieben. Dieser Firma war im Auftrag der deutschen Militärverwaltung und in Abstimmung mit der Schweizer Regierung das Beschaffungsmonopol für jegliches Kriegsmaterial in der Schweiz übertragen worden. Dadurch wurde das deutsche Beschaffungswesen und später auch dasjenige Österreich-Ungarns zentralisiert. Private Konkurrenz und damit verbundene Preissteigerungen konnten so verhindert werden. Die Privatwirtschaft wurde allerdings indirekt mit einbezogen, indem die Gründung der Aktiengesellschaft durch zwei deutsche Privatunternehmen, darunter die AEG in Berlin, erfolgte.[144] Auch wenn der Hauptteil der schweizerischen Kriegsmaterialexporte in die Entente ging, platzierten auch die deutschen Militärs bedeutende Aufträge bei Schweizer Unternehmen.[145] Zu Spitzenzeiten arbeiteten rund 360 Unternehmen für die deutsche Rüstungsindustrie, und obwohl es sich bei einem Grossteil um Klein- und Kleinstbetriebe handelte, beschäftigten diese insgesamt rund 35 000 Arbeiter.[146] Da es dem Deutschen Reich aber zunehmend an Devisen mangelte und die eigene Rüstungsindustrie nun durch den Ausbau über genügend eigene Kapazitäten verfügte, entfiel die Notwendigkeit, weitere Aufträge in die Schweiz zu vergeben.[147] Ab dem Frühjahr 1918 fuhr deshalb die Metallum AG ihre Aufträge sukzessive zurück und bis Sommer 1918 verloren mehr als zwei Drittel aller Firmen ihre Aufträge.[148] Dies obwohl sich Altbundesrat Arthur Hoffmann in einem Brief im Auftrag der betroffenen Firmen direkt bei den deutschen Behörden dafür einsetzte, die Aufträge weiter in die Schweiz zu vergeben. Denn die umfangreiche Produktion von Geschossteilen für den deutschen Heeresbedarf sei damals nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von den beiden Regierungen erwünscht gewesen. Die Firmen hätten sich deshalb auf eine «längere Dauer der Beschäftigung» ein-

gestellt.[149] Ein Abbruch der Geschäftsbeziehungen wirke deshalb verheerend, denn die Kosten der Umstellung auf Kriegsproduktion seien noch längst nicht amortisiert.[150] Auch der neue Schweizer Gesandte Mercier wurde im Auswärtigen Amt in Berlin vorstellig und bat dort um weitere Aufträge.[151]

Doch die Bemühungen hatten wenig Wirkung. Vielmehr waren die militärischen Stellen in Deutschland nun ohnehin der Ansicht, dass aus der Schweiz nicht mehr viel herauszuholen sei, denn durch die gesunkenen Warenlager und die immer rigideren Ausfuhrverbote der Entente, insbesondere für Lebensmittel, konnte die Schweiz für Deutschland kaum mehr wichtige Güter liefern. Ludendorff war der Ansicht, dass die Schweiz bereits so geschwächt sei, dass sie für Deutschland nicht mehr denselben Nutzen habe.[152] Henneberg und Ravené hatten deshalb den Auftrag, in den Verhandlungen im Frühjahr 1918 eine äusserst harte Verhandlungslinie zu verfolgen. Diese war zudem von Ludendorff selbst direkt vorgezeichnet worden, indem er klar gemacht hatte, dass man im Notfall auch einen «vertragslosen Zustand» in Kauf nehme und sich dafür «alle Freiheit» vorbehalte.[153] Dies hätte nichts anderes als eine Abschnürung der Schweiz von der wichtigen Kohleversorgung bedeutet. Noch weiter als Ludendorff ging der Chef des Admiralstabs der deutschen Marine und starke Verfechter des unbeschränkten U-Boot-Krieges, Henning von Holtzendorff. Dieser drohte der Schweiz, die Sperrgebietsgrenze an die französisch-spanische Küste heranzuführen und damit den Hafen von Cette zu sperren (siehe dazu Grafik 4, S. 40). Denn wenn die Schweiz die neuen Bedingungen nicht akzeptiere, entfalle «jeder Grund für besondere Rücksichtnahme der Seekriegsführung auf die Schweizer Überseezufuhr».[154] Damit wäre die Schweiz nicht nur von den Kohle- und Eisenlieferungen, sondern auch von sämtlichen Zufuhren aus Übersee abgeschnitten worden. Ganz offensichtlich wollte man in den führenden militärischen Kreisen keinerlei Rücksichten mehr nehmen, denn, wie Romberg schrieb, man glaube in der OHL, dass es im «Westen» auf den «finish» zugehe – und da zähle nun «jede Maschine» und «jedes Automobil».[155] Entsprechend dieser scharfen Haltung stellte Verhandlungschef Ravené klar, dass «die deutsche Geduld auch ihre Grenzen hat» und die Schweiz jetzt endlich lernen müsse, dass Kohle- und Eisenlieferungen ebenso wichtig sind wie Getreide.[156] Bei dieser unerbittlichen Haltung Ravenés spielten zudem finanzielle Eigeninteressen und Korruption eine Rolle. Als Stahlhändler belieferten seine Firmen auch die Schweiz, weshalb er an besonders hohen Preisen interessiert war.[157]

Obwohl sich somit die militärischen Stellen durchsetzten und die Schweiz die deutschen Bedingungen schliesslich akzeptierte, spiegelten sich in den Verhandlungen auch die starken Spannungen innerhalb der deutschen Aussenpolitik wider. Entgegen der harten Hand der Militärs drängten die Vertreter des Auswärtigen Amtes, insbesondere Botschafter Romberg, auf eine nachsichtigere Verhandlungsführung. Denn das forsche Auftreten schüre in der Schweiz eine Abwehrhaltung und der wirtschaftliche Druck habe dazu beigetragen, Deutschland die Sympathien zu nehmen. Man müsse, so schrieb Romberg an Reichskanzler Georg von Hertling, unbedingt den Eindruck vermeiden, «dass wir die

Schweiz ganz in unsere Machtsphäre hinein ziehen wollen».[158] Doch im Deutschen Reich herrschte inzwischen die OHL als eine diktaturähnliche Macht und das Auswärtige Amt hatte gegenüber den militärischen Stellen graduell an Einfluss verloren.[159] Das zeigte sich auch in der Berner Gesandtschaft. Rombergs Position war zunehmend geschwächt und Militärattaché Bismarck machte gegenüber Propagandachef Kessler im Gespräch klar, dass der Botschafter «kaum mehr gefragt» werde und man ihn in den Verhandlungen zum Wirtschaftsabkommen schlichtweg «an die Wand gedrückt» habe.[160] Bei einem Spaziergang durch den blühenden Garten der Berner Botschaftsresidenz wenige Tage später zeigte sich Romberg gegenüber Kessler über die negative Signalwirkung des Abkommens entsprechend besorgt.[161] Doch auch der vorsichtige und erfahrene Gesandte hatte sich inzwischen durch die Hybris der deutschen Militärs anstecken lassen und äusserte die Ansicht, dass Deutschland wegen seiner «glänzenden militärischen Lage» auf die Haltung der Schweiz wohl «nicht mehr soviel Rücksicht zu nehmen brauche» und das deutsche «Wirtschaftsleben» inzwischen ja gesicherter sei als dasjenige seiner Gegner.[162]

5.6 Die Freunde Deutschlands sind verärgert

Die rücksichtslose Verhandlungsführung der Militärs, die mit Blick auf einen vermeintlich bevorstehenden Sieg jegliche politischen und diplomatischen Bedenken ignorierten, rief bei verschiedenen deutschen Beobachtern starke Kritik hervor. Der Geheimdiplomat und Münchner Sozialdemokrat Adolf Müller wandte sich ans Auswärtige Amt und die OHL und forderte eine mildere Linie. Insbesondere warnte er davor, die industriellen Kreise durch zu hohe Kohlepreise gegen sich aufzubringen, denn diese würden zugleich die Schweizer Führungsspitze in Politik und Armee bilden.[163] Auch sein Parteigenosse Philip Scheidemann, der nur ein halbes Jahr später in Berlin die Weimarer Republik ausrufen sollte, warnte vor zu harten Bedingungen, die letztlich die Stimmung zugunsten der Entente verstärkten und den deutschen Einfluss in der Schweiz zerstörten.[164] Auch in den prodeutschen Kreisen der Schweiz war man über die harte Haltung der deutschen Militärs aufgebracht. Hermann Stegemann, der germanophile Berichterstatter des Berner «Bund», warnte, dass durch die geplante Kohlepreiserhöhung und die schärferen Kontrollen letztlich die wirtschaftliche Stabilität und damit die politische Neutralität der Schweiz infrage gestellt würden.[165] Insgesamt aber blieben die Interventionen Müllers und seiner Verbündeten grösstenteils wirkungslos, lediglich der Preis für Hausbrandkohle wurde aus Rücksicht auf die Stimmung in der Schweizer Bevölkerung im Schlussabkommen noch etwas gesenkt.[166]

Das Frühjahr 1918 stand somit ganz unter dem Eindruck deutscher Grossmachtpolitik und dem erstarkenden Einfluss der deutschen Militärs. Noch einmal schien das Kriegsglück zugunsten des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten auszuschlagen. Nach der Etablierung eines «Ost-Imperiums» schien

nun mit einer letzten Kraftanstrengung auch im Westen ein Sieg möglich zu sein.[167]

Allerdings lösten die deutsche Machtpolitik und die immer fordernder auftretenden deutschen Militärbehörden deutliche Abwehrreaktionen aus und das neue Wirtschaftsabkommen sorgte besonders in industriellen Kreisen für Verärgerung, wie ein süddeutscher Unternehmer nach eingehenden Gesprächen mit Schweizer Industriellen und Nationalräten berichtete.[168] Besonders stark war der Widerstand in der Schweizer Maschinenindustrie gewesen. Diese hatte gar eine Abordnung nach Bern entsandt, um dort gegen die massive Erhöhung der Kohlepreise und die Verschärfung der Exportkontrollen durch Deutschland zu protestieren und damit «ihre vitalen Interessen» zu verteidigen, wie der Schuhfabrikant Iwan Bally in einem Schreiben an Hans Sulzer festhielt.[169] Auch Heinrich Wolfer, der gemeinsam mit seinem Bruder Carl Sulzer die Geschäfte der Sulzer AG interimistisch leitete, war über die harte deutsche Haltung empört. Er warf aber auch dem Bundesrat vor, von «germanoservilen und germanophilen Ideen» beherrscht zu sein und deshalb zu wenig gegen die deutschen Forderungen protestiert zu haben.[170] Allerdings musste Wolfer eingestehen, dass es gegen die deutsche Machtpolitik wenig Gegenmittel gab und die deutschen Behörden, wie schon im Herbstabkommen 1917, Kohle- und Eisenlieferungen faktisch nur noch gegen neue Devisen und die Einräumung weiterer Kredite erlaubten.[171]

Während auf diese Weise die Grossmachtpolitik des Deutschen Kaiserreichs im Frühjahr in der Schweiz noch einmal deutlich spürbar wurde, nährten die ausbleibenden Getreidelieferungen die erheblichen Zweifel an der Bedeutung der USA als neuer Machtfaktor. Die Strahlkraft des US-amerikanischen Präsidenten und seines Vierzehn-Punkte-Programms schien im Frühjahr 1918 noch nicht voll zur Geltung zu kommen. Entgegen einer graduellen Niedergangsgeschichte des Deutschen Reiches und einer ex post gewonnenen Einsicht in eine deutliche Überlegenheit der alliierten Streitmächte, war für die zeitgenössischen Beobachter im Frühjahr 1918 die Ausgangslage weit weniger eindeutig. Unübersehbar war lediglich, dass die Schweiz durch die Zuspitzung des Krieges immer stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde und sowohl politisch als auch ökonomisch zunehmend an Handlungsspielraum einbüsste.

6 Sommer 1918: Zwischen dem Niedergang des Deutschen Reiches und der Ankunft der US-Truppen in Europa

6.1 Die Eskorte der US-Navy und die «Schweizer» Getreideschiffe

Nachdem in den ersten Monaten des Jahres 1918 in der Getreidefrage ein regelrechter Stillstand geherrscht hatte, entschied man sich in Washington zum Handeln. Nur vier Tage nachdem der Reichstag den Diktatfrieden von Brest-Litowsk ratifiziert und damit die Expansionspolitik der deutschen Militärs abgesegnet hatte, erklärte die US-Regierung am 26. März 1918, dass nun mehrere Schiffe für die Versorgung der Schweiz bereitstünden.[1] Allerdings könnten diese Schiffe nur dann ablegen, wenn Deutschland die sichere Fahrt nach Cette gewährleiste.[2] Denn im Gegensatz zu neutralen Schiffstransporten, von denen seit Kriegsbeginn rund 472 nach Cette durchgeführt worden waren, liefen die amerikanischen Schiffe jederzeit Gefahr, von deutschen U-Booten versenkt zu werden.[3] Es gab jedoch keine Alternative zu den amerikanischen Schiffen. Die neutralen Handelsflotten der Skandinavier und Holländer waren bereits von den Alliierten verwendet oder beschlagnahmt worden und neutrale Segler oder Dampfer standen zur Anmietung kaum mehr zur Verfügung.[4] Zudem hatte der Abschuss der «Sardinero» eindrücklich gezeigt, dass die deutschen U-Boot-Kommandanten nicht zögerten, auch neutrale Schiffe mit Schweizer Waren zu versenken. Die Schweiz ersuchte deshalb die deutsche Regierung mehrmals, nicht nur neutralen, sondern auch alliierten Schiffen die freie Passage nach Cette zu erlauben, wenn diese ausschliesslich Waren für die Schweiz an Bord nahmen. Nachdem Schweizer Unterhändler zu diesem Zweck nach Berlin gereist waren, gewährte die deutsche Regierung Ende April 1918 das «Freigeleit» nicht nur für neutrale, sondern auch für «feindliche» Schiffe.[5] Dabei stellte sie die Bedingung, dass die Bordwände der Schiffe mit der weissen Aufschrift «Schweiz» beschriftet werden, und zwar so, dass die Aufschrift «weithin sichtbar» sei.[6] Zudem mussten die Schiffe auf beiden Seiten des Bugs das Schweizer Kreuz aufgemalt haben und Tag und Nacht am Vormast eine grosse Schweizer Flagge führen. Die Schiffe durften zudem in Europa nur neutrale Häfen oder den französischen Mittelmeerhafen von Cette anlaufen und keinesfalls in die deutschen Sperrgebiete eindringen. Entscheidend aber war, dass die deutschen Behörden eine Übergangsfrist von drei Monaten ansetzten, da erst nach Ablauf dieser Zeit sichergestellt werden könne, dass alle deutschen Seestreitkräfte den erlassenen Befehl erhalten hätten.[7] Diese Verzögerungstaktik der deutschen Behörden war darauf zurückzuführen,

dass man in Berlin hoffte, bis zum Sommer 1918 über genügend eigene Getreidereserven zu verfügen, wie der US-Militärattaché durch geheime Kontakte erfahren hatte.[8] Denn mit den Siegen im Osten hatte Deutschland die Ukraine als eigenständiges Staatsgebiet aus Russland herausgelöst und im sogenannten Brotfrieden zur Lieferung von Getreide verpflichtet. Wie schon im Falle Rumäniens glaubten die Zentralmächte, dank des Zugriffs auf die Kornkammer Osteuropas auch die Schweiz versorgen und damit ökonomisch und politisch an sich binden zu können. Diese weitreichenden Pläne wurden noch bis kurz vor der deutschen Niederlage im Herbst 1918 weiterverfolgt, liessen sich aber nie ernsthaft in die Tat umsetzen. Denn die tatsächlich aus dem Osten gelieferten Getreidemengen blieben weit unter den Erwartungen zurück, und im Frühjahr 1918 herrschte im Deutschen Reich ein erheblicher Mangel an Getreide, so dass die täglichen Brotrationen für die deutsche Bevölkerung gekürzt werden mussten.[9]

Da die deutschen Behörden durch ihre Drei-Monate-Regel eine Versorgung der Schweiz weiterhin blockierten und bis zum Sommer 1918 keine «Schweizer» Schiffe entsandt werden konnten, entschieden sich die Amerikaner nun für eine radikale Lösung. Am Nachmittag des 6. Mai 1918 erklärte US-Botschafter Alexander Stovall den Vertretern des Politischen Departements in Bern, dass nun zwei Schiffe unter amerikanischer Flagge mit Getreide beladen unterwegs in Richtung der atlantischen Häfen in Frankreich seien. Um einen Abschuss durch deutsche U-Boote zu verhindern, würden sie von einer Eskorte der US-Navy begleitet.[10] Diese erlösende Nachricht wurde am gleichen Tag als dreisprachiges Communiqué der Schweizer Presse zugespielt. Darin hiess es auf Deutsch: «Die Schritte, die die Regierung der Vereinigten Staaten unternimmt, dürften eine genügende Garantie für den Willen jener Regierung sein, der Schweiz die Ankunft ihres Getreides zu sichern.»[11] Die radikale Massnahme, trotz der Knappheit an Transportmitteln die Schweiz mit Getreide auf eigenen Schiffen zu beliefern und diese militärisch schützen zu lassen, hatte zuvor der US-Publizist George D. Herron im bereits erwähnten Brief an US-Botschafter Stovall vorgeschlagen. Denn mit einer solchen «beau geste», die zeige, dass man eine Versorgung der Schweiz unter allen Umständen durchsetze, auch wenn es die amerikanische Flotte brauche, um das Getreide über den Atlantik zu bringen, sende man das richtige Signal und lande einen einmaligen Propaganda-Coup.[12] Tatsächlich meldete Stovall wenige Tage nach Veröffentlichung des Communiqués, dass sowohl die französisch- als auch die deutschsprachigen Zeitungen in der Schweiz die «splendid action» der USA in hohen Tönen lobten.[13] Und zufrieden stellte er fest: «For the Allies, this is a fine example. To Germany this is a fine challenge.»[14]

Ab Mai 1918 brachten zunächst also amerikanische Schiffe unter dem Schutz der US-Navy die Getreidelieferungen in den französischen Atlantikhafen von Bordeaux. Dieses Arrangement war allerdings mit erheblichen Nachteilen verbunden, denn während die USA Marineeinheiten für den Schutz der Getreidedampfer zur Verfügung stellen mussten, waren die Transportkapazitäten in Bordeaux ungenügend und führten zu erheblichen Verzögerungen.[15] Erst nach

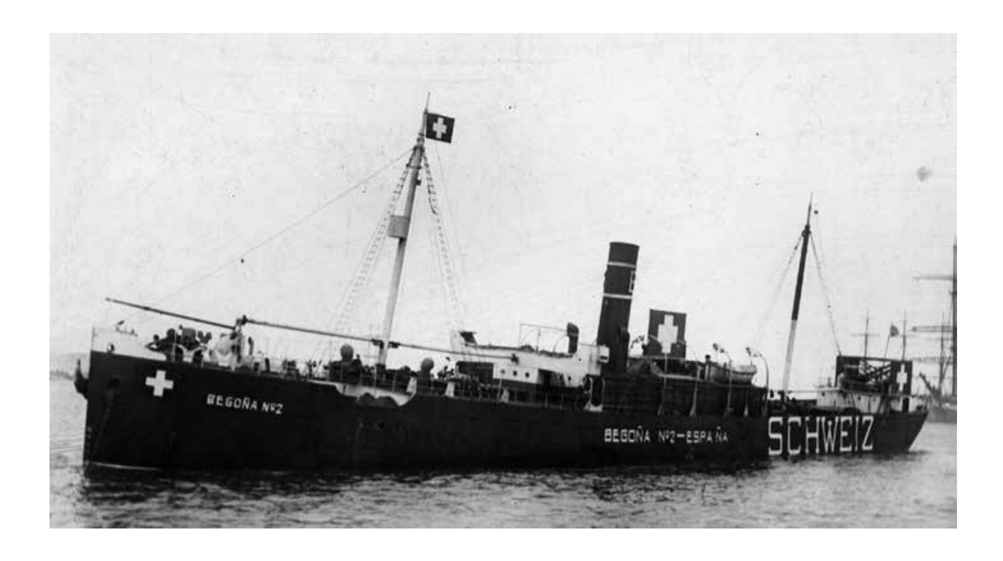


Abb. 11: Mit Schweizer Kreuz beflaggte Transportschiffe bringen im Kriegsjahr 1918 die ersehnten Getreidelieferungen.

Ablauf der deutschen Sperrfrist im Sommer 1918 konnten die ersten «Schweizer» Schiffe das Getreide und die Rohstoffe direkt in den Mittelmeerhafen von Cette transportieren, wo die Waren auf Bahnwagen verladen und in die Schweiz verschickt wurden.[16] Dies sparte nun viel Zeit, und ab dem Sommer 1918 erreichten pro Monat durchschnittlich fast 30 000 Tonnen Getreide die Schweiz.[17]

Obwohl damit die absoluten Mengen des Imports in die Schweiz im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedriger waren, demonstrierten die USA ihren unbedingten Willen, die Schweiz trotz schwieriger Umstände mit dem notwendigsten Getreide und anderen unentbehrlichen Rohstoffen zu beliefern. Diese Versorgungsleistung der USA wurde nun äusserst positiv aufgenommen. Der Schweizer Botschafter in den USA, Hans Sulzer, der in engem Kontakt zum Washingtoner Establishment stand, zeigte sich in einem Brief an William Rappard deshalb überzeugt, dass die führenden Persönlichkeiten und verantwortlichen Regierungsstellen nun alles unternähmen, um die Schweiz zu unterstützen. Es sei ihm eine Freude, mit fähigen Männern wie Lansing, McCormick oder Taylor zusammenzuarbeiten, die alles daran setzten, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.[18] Auch habe er zu Wilsons persönlichem Berater, Colonel House, ein angenehmes Verhältnis und treffe diesen hin und wieder auf einen Lunch in New York.[19] Die Stimmung gegenüber der Schweiz sei inzwischen in allen Kreisen die «denkbar beste», und das «vom Präsidenten hinunter bis zum Zeitungsschreiber».[20] Er habe sich deshalb auch mit dem Journalisten Frederick Cunliffe-Owen, der noch im Jahr zuvor kritische Artikel gegen die «preussische» Schweiz geschrieben hatte, inzwischen wieder versöhnt.[21] Und direkt an William Rappard gerichtet, schrieb

er: «Mein früherer Skeptizismus weicht diesem Glauben an Amerika und seine Ideale immer mehr und ich fühle mich glücklich, Ihnen als dem Apostel dieses erfreuliche Bekehrungsbekenntnis melden zu können.»[22]

In der Zwischenzeit hatte Rappard eine intensive Kampagne gestartet und hielt in verschiedenen Schweizer Städten Vorträge und Referate zur Swiss Mission und der Rolle der USA im Krieg. Dabei versuchte er bei der Schweizer Bevölkerung Verständnis für die USA zu wecken und betonte die Gemeinsamkeiten der beiden republikanischen Staatswesen.[23] So hielt er etwa in der Aula der Universität Genf einen Vortrag, in welchem er die grosszügige Getreideversorgung der USA hervorhob und den US-Präsidenten als führenden Staatsmann lobte. Der US-Konsul in Genf schrieb deshalb zufrieden an die Berner Gesandtschaft: «He was most laudatory to the United States and his remarks were received very warmly by the audience, which showed sympathy with America and its institutions.»[24] Der Vortrag war von der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) organisiert worden, die sich für die Überwindung innerhelvetischer Differenzen und für die als zunehmend bedroht empfundene Eigenständigkeit der Schweiz einsetzte und spätestens seit Carl Spittelers Aufruf «Unser Standpunkt» schweizweit bekannt war.[25] Die deutschen Behörden hielten diese Veranstaltung allerdings schlicht für proamerikanische «Propaganda» und man war im Grossen Hauptquartier der Ansicht, statt der Vorträge über Getreidelieferungen der USA solle die NHG einen Referenten einladen, der zeige, dass Deutschland die Schweiz in «so hervorragender Weise mit Kohle und Eisen» unterstütze.[26] Romberg gab allerdings zu bedenken, dass die NHG dafür kaum infrage käme, denn diese wirke «in ausgesprochen ententefreundlichem Sinne», und dies obwohl er bereits seit längerer Zeit Einfluss zu nehmen versuche.[27] Rappards Aktionen beschränkten sich aber nicht nur auf Vorträge, sondern er verbreitete seine Erfahrungen mit der Swiss Mission auch publizistisch unter dem Titel «La Mission Suisse aux Etats-Unis».[28] Das Büchlein wurde von den «Opinions Suisses» veröffentlicht, einer Schriftenreihe, die unter dem Patronat der NHG unabhängige Publikationen förderte und von führenden Genfer Kreisen, wie etwa dem Redakteur des «Journal de Genève», William Martin, unterstützt wurde.[29] Auch John Syz, der Präsident der Zürcher Handelskammer und Leiter der Swiss Mission, warb in der NZZ um Verständnis für die amerikanische Position und berichtete in öffentlichen Referaten über seine Erfahrungen in den USA.[30] Ende Mai hielt er bei der Kaufmännischen Gesellschaft in Zürich vor grossem Publikum einen Vortrag, in welchem er die beeindruckenden kriegswirtschaftlichen Anstrengungen der USA schilderte und das Wohlwollen Präsident Wilsons gegenüber der Schweiz betonte, wie ein anwesender Agent der deutschen Gesandtschaft in Bern rapportierte.[31]

6.2 Miss Whitehouse und die amerikanische Propaganda

Allerdings waren es nicht nur Schweizer Persönlichkeiten, die das Bild der USA in der Schweiz populär machten, sondern vor allem die US-Behörden selbst. Zwar waren die USA spät in den Krieg eingetreten, doch bauten sie zielstrebig eine eigene Propagandatätigkeit auf und gründeten das Committee on Public Information, welches unter der Leitung von George Creel den Kampf um die öffentliche Meinung aufnahm.[32] Creel war nicht nur ein erfahrener Journalist, sondern auch ein überzeugter Anhänger Wilsons. Er setzte alles daran, die Ordnungsvorstellungen des Präsidenten als echte Alternative gegenüber den traditionellen Prinzipien der europäischen Staatenwelt zu propagieren. Weltweit sollten die amerikanischen Ideale vermarktet und im globalen Meinungskampf die Deutungshoheit gewonnen werden. Es ging darum, zu zeigen, wie notwendig ein Sieg der USA für die ganze Welt sei. Das Committee war eine finanziell und personell starke Organisation, die mit einer Mischung aus traditionellen Mitteln, wie dem Druck von Büchern, Zeitungen und Postern und neuen Technologien wie Fotografie und Film, den propagandistischen Kampf übernahm.[33]

Dieser Propagandafeldzug wurde global geführt, wobei den neutralen Staaten und insbesondere der Schweiz ein hohes Interesse zukam. Denn die Schweiz war nicht nur ein Hotspot der Diplomatie, sondern durch die zentrale geografische Position, die Vielsprachigkeit und die zahlreichen Exilanten, Flüchtlinge und Internierten eine ideale Informationsdrehscheibe. Zur Leiterin des Committee on Public Information in der Schweiz machte Creel die bekannte Frauenrechtlerin Vira B. Whitehouse.[34] Im Auftrag Creels reiste sie Anfang 1918 in die Schweiz, um in Bern ein Büro für das Committee zu eröffnen. Doch die Ernennung einer weiblichen Direktorin stiess im State Department und der US-Gesandtschaft in Bern zunächst auf Ablehnung und die männlichen Vertreter des amerikanischen Diplomatenkorps sabotierten anfänglich ihre Tätigkeit. Anstatt die bevorstehende Gründung des neuen Büros anzukündigen, verbreitete die US-Legation, Whitehouse reise lediglich vorübergehend in die Schweiz, um hier die Lebensbedingungen von Frauen und Kindern zu studieren.[35] Einer offen geführten Informationskampagne, wie sie Whitehouse plante, standen Männer wie Stovall, Hugh R. Wilson oder Allen Dulles ablehnend gegenüber. Sie vertrauten nach wie vor auf die traditionelle Geheimdiplomatie und hintergründige Spionage- und Informationsarbeit, wie sie die übrigen Kriegführenden in der Schweiz seit Jahren betrieben.[36]

Doch Vira Whitehouse war es gewohnt, gegen konservative Widerstände anzutreten und Rückschläge hinzunehmen. Sie reiste zurück in die USA und liess sich dort die notwendige politische Unterstützung von US-Präsident Wilson versichern, der im Sinne seiner New Diplomacy das Ideal einer offenen Kommunikation verfolgte.[37] Nicht europäische Geheimdiplomatie, die Wilson für eine der Hauptursachen des Weltkriegs hielt, sondern transparente Information sollte die amerikanische Aussenpolitik bestimmen.[38] «We have nothing to conceal, no

secret ambitions to further and our activities in every foreign country are properly confined to a very frank exposition of America's war aims and national ideals», schrieb er an Whitehouse und dankte ihr, dass sie in Bern eine so erfolgreiche Arbeit betreibe.[39] Durch diese politische Rückendeckung gestärkt und mit einem Autorisierungsschreiben von Creel ausgestattet, kehrte sie im Frühsommer 1918 nach Europa zurück.[40]

Im Juni 1918 war Whitehouse wieder in Bern und baute dort in der Steinerstrasse 17 ein eigenes Büro auf.[41] Allerdings gestaltete sich die Personalsuche schwierig, da in der Schweiz kaum geeignetes Personal mit ausreichenden Englischkenntnissen zu finden war und Whitehouse zudem befürchtete, ihr Büro könnte von deutschen Spionen unterwandert werden. Doch schliesslich fand sie einen geeigneten Assistenten, und dank einer amerikanischen Stenografin und einer Übersetzerin, die vom Englischen ins Deutsche und Französische übersetzte, konnte bald mit der Presse- und Medienarbeit begonnen werden.[42] Zudem erhielt sie einen Chauffeur mit Wagen, so dass sie die Redaktionen der Schweizer Zeitungen direkt vor Ort besuchen konnte.[43]

Von nun wurden jeden Morgen die neuesten Nachrichten vom Pressebüro des Committee on Public Information von Paris nach Bern übermittelt. Im Berner Büro wurden die Nachrichten anschliessend umgeschrieben und auf Deutsch und Französisch übersetzt an die Schweizerische Depeschenagentur weitergeleitet, welche die Schweizer Presse belieferte. Dank dem neuen Newsservice erhielten nun die Schweizer Zeitungen und Presseerzeugnisse zum ersten Mal täglich neue Nachrichten aus den USA. Zudem wurden wöchentlich Bulletins über die wichtigsten Ereignisse in den USA direkt an die Redaktionen der grossen Schweizer Zeitungen verschickt.[44] Der neue amerikanische Nachrichtendienst informierte sowohl über politische und wirtschaftliche Entwicklungen als auch über alltägliche kulturelle Themen. Im Fokus standen aber eindeutig die militärischen und wirtschaftlichen Leistungen der USA: Von Steigerungen im Schiffsbau zu den neuesten Produktionszahlen der Rüstungsindustrie oder den wachsenden Aushebungsziffern demonstrierten die Berichte die neue Macht der Amerikaner. Auch die Reden von Präsident Wilson, die dessen unbedingten Willen zum Sieg dokumentierten, wurden ausführlich wiedergegeben.[45] Die Schweizer Zeitungen zeigten sich sehr interessiert und so druckte etwa die Basler «National-Zeitung» am 3. Oktober 1918 eine Rede Wilsons, die dieser Ende September 1918 gehalten hatte, unter dem Titel «Das Friedensproblem» wortgetreu nach. Der amerikanische Konsul in Basel, Philip Holland, meldete danach zufrieden an Whitehouse, dass die «National-Zeitung» «very pleased» gewesen sei, eine Kopie der Rede zu erhalten.[46]

Im Gegensatz zur geheimen Propaganda der übrigen Kriegführenden operierte der amerikanische Informationsdienst in aller Transparenz und Offenheit. Dadurch gewann Whitehouse rasch das Vertrauen verschiedener Schweizer Redakteure und konnte schliesslich stolz vermelden, «that a minimum of two thousand paragraphs of our service was being published weekly». Bis Oktober 1918 wurden so insgesamt 123 amerikanische Artikel in Schweizer Zeitungen



Abb. 12: Modern und energisch – die amerikanische Frauenrechtlerin Vira Whitehouse wirbt in der Schweiz für die USA. Aufnahme um 1910–1915.

abgedruckt.[47] Zudem wurden US-Zeitungen und -Zeitschriften direkt in Umlauf gebracht und in den Reading Rooms der Zürcher Grandhotels, wie dem Baur au Lac, dem St. Gotthard oder dem Dolder, aufgelegt.[48]

Bald pflegte Whitehouse ein äusserst breites Kontaktnetz und korrespondierte sowohl mit führenden Schweizer Politikern und Journalisten als auch mit einflussreichen Intellektuellen und Exilanten.[49] Dabei halfen ihre guten Beziehungen zu führenden Schweizer Persönlichkeiten. Besonders Sulzer setzte sich für Whitehouse ein, nachdem er sie und Creel zu einer eingehenden Besprechung getroffen hatte.[50] In einem herzlichen Schreiben empfahl er Bundespräsident Felix Calonder, Whitehouse zu unterstützen. Es sei wichtig, das «Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Schweiz» zu fördern, und die Arbeit von Whitehouse könne hier «ausgezeichnete Resultate» bringen.[51] Sulzer bat William Rappard in einem Brief, Whitehouse beratend zur Seite zu stehen und sie mit «Amerika-freundlichen Deutschschweizern» in Verbindung zu bringen.[52] In etwas paternalistischer Manier bat er Rappard zudem, Whitehouse bei ihrem Besuch beim Bundespräsidenten zu begleiten, und bemerkte: «Ich hoffe, dass ihre physische Schönheit, gepaart mit ihrer Intelligenz, ihr den Weg durch die Vorurteile ebnen wird, welche der biedere Schweizer im allgemeinen der öffentlichen Tätigkeit der Frauen entgegenbringt.»[53] Whitehouse und Rappard standen bald in regem Kontakt und koordinierten gemeinsam ihre Anstrengungen, um die schweizerisch-amerikanischen Beziehungen zu vertiefen.[54] Rappard empfahl ihr die wichtigen Kontaktpersonen, fädelte gegenseitige Besuche ein und lud Whitehouse zu sich als Gast nach Genf ein.[55] Zudem lernte sie den umtriebigen

Amerikaner George D. Herron kennen, der sich von Genf aus ebenfalls für eine publizistische Verbreitung der politischen Ideale Wilsons in der Schweizer Presse einsetzte.[56]

Nebst dem Aufbau des amerikanischen Informationsdienstes und der Veröffentlichung amerikanischer Zeitschriften und Bücher versuchte Whitehouse amerikanische Filme in die Schweizer Kinos zu bringen. Zu diesem Zweck schickte die Filmabteilung des Committee on Public Information neueste US-Filme sowie Werbeposter nach Bern, darunter etwa die Cartoonfilme von «Mutt & Jeff», in denen die amerikanischen Komikfiguren deutsche Spione enttarnen.[57] Die modernen Produkte der amerikanischen Filmindustrie, die weltweit den Markt beherrschte, sollten nicht nur das Schweizer Publikum begeistern, sondern über informelle Mundpropaganda auch in Deutschland bekannt werden.[58] Eine Schwierigkeit bestand jedoch darin, dass die deutschen Behörden viele Kinos aufgekauft hatten und daher die notwendigen Kinosäle in der Schweiz fehlten.[59] Um nun eigene Kinos, insbesondere in den Deutschschweizer Städten, zu erwerben und die Filme dem Publikum bekannt zu machen, wurde die Compagnie générale du cinématographe gegründet. Einmal mehr spielten die Genfer Beziehungen eine wichtige Rolle: Direktor des neuen Unternehmens wurde nämlich Louis Ador, der Sohn des Schweizer Aussenministers, der bereits zuvor zusammen mit dem Präsidenten der Union Bank of Geneva und Inhaber der «Tribune de Genève», Frederick Bates, britische Propagandafilme in der Schweiz vertrieben hatte.[60] Für die Gründung des neuen Kinounternehmens traten die amerikanischen und britischen Behörden in eine enge Kooperation. Gemeinsam stellten das Committee on Public Information und das britische Ministry of Information rund eine halbe Million Franken zur Verfügung.[61] Doch trotz der guten Beziehungen zu Louis Ador und des hohen finanziellen Einsatzes gelang es nicht, noch rechtzeitig vor Kriegsende die US-Filme in die Schweizer Kinos zu bringen. Dabei spielten interalliierte Streitigkeiten um Filmrechte und Zuständigkeiten eine Rolle, und dies obwohl in Bern speziell eine interalliierte Filmkommission zur besseren Koordination existierte.[62] Allerdings hielt sich der propagandistische Schaden in Grenzen, denn durch den Ausbruch der Spanischen Grippe blieben viele Kinosäle ohnehin geschlossen.[63]

Deutlich erfolgreicher als im Kinogeschäft war Whitehouse bei der Ausstellung von amerikanischen Fotografien in Schaufenstern in den Einkaufsstrassen der Schweizer Städte. So wurden beispielsweise in Basel in der Steinervorstadt 48 in einem Ladenlokal «18 amerikanische Kriegsphotographien» ausgestellt, wofür der Ladenbesitzer monatlich rund zwanzig Schweizer Franken erhielt.[64] Bis Oktober 1918 wurden auf diese Weise rund 2000 Aufnahmen an 77 Orten in 33 verschiedenen Schweizer Städten gezeigt. Die Fotografien dokumentierten den Einsatz der an der Westfront ankommenden US-Soldaten und demonstrierten damit die Stärke der AEF und ihren erfolgreichen Einsatz in Frankreich.[65]

Nebst der Verbreitung von amerikanischen Nachrichten, Büchern und Bildern versuchte Whitehouse aber auch die gegenüber dem Deutschen Kaiserreich

kritischen Stimmen in der Schweiz zu fördern. Sie knüpfte deshalb enge Kontakte zu den deutschen Emigranten, die aus Protest gegen die Politik und die Kriegführung des Deutschen Reiches ihr Vaterland verlassen hatten.[66] Zu den bekanntesten Vertretern gehörten die Herausgeber der «Freien Zeitung», die von einer Gruppe radikaldemokratischer Exilanten rund um den ehemaligen deutschen Konsul in Belgrad, Hans Schlieben, herausgegeben wurde. Die Macher der Zeitung, die seit dem Frühjahr 1917 zweimal wöchentlich erschien, bezweckten den Sturz der Monarchie in Deutschland und die Errichtung einer Republik. Dabei bekannten sie sich offen zur Entente und erhielten von deren Vertreter in der Schweiz sowohl politische als auch finanzielle Rückendeckung.[67] Mit Schlieben stand Whitehouse in engem Kontakt, tauschte sich publizistisch aus und unterstützte diesen bei seiner Arbeit.[68] Durch Schlieben lernte sie auch andere deutsche Emigranten kennen, darunter den Mitgründer des Cabaret Voltaire, Hugo Ball, der in Zürich mit seinen Lautgedichten gegen den Irrsinn des Krieges protestierte und regelmässig in der «Freien Zeitung» publizierte. Obwohl Whitehouse selbst weder Deutsch noch Französisch sprach, verstand sie sich mit dem Dada-Künstler äusserst gut und tauschte mit ihm regelmässig Artikel und Publikationen aus.[69] Dank der Kooperation mit den deutschen Emigranten rund um die Schlieben-Gruppe erschienen schliesslich durch das Committee on Public Information im Freie Verlag in Bern publizierte deutsche Übersetzungen von Wilsons Reden und ein Buch über seine Völkerbundspläne.[70] Zudem wurden Schriften herausgegeben, die das militaristische Deutschland scharf kritisierten, wie etwa das Buch «Die deutsch-bolschewistische Verschwörung», welches mithilfe von Dokumenten nachzuweisen suchte, dass die russische Revolution ein Produkt deutscher Geheimdienstaktivitäten war.[71]

Die guten Beziehungen zu Schlieben und der «Freien Zeitung» zeigten sich, als die Zeitung 1918 ins Visier der schweizerischen Behörden gelangte. Ab dem Frühjahr 1918 planten die Bundesbehörden, das Erscheinen der Zeitung zu verhindern. Dabei wurde den Herausgebern formalrechtlich vorgeworfen, sie hätten die vorgeschriebene Papierquote überschritten und damit gesetzwidrig gehandelt. Die Papierzuteilung wurde so direkt dazu genutzt, die Pressefreiheit einzuschränken.[72] Dabei dürfte in diesem Falle auch das Drängen deutscher Stellen dafür verantwortlich sein. Denn diese bekämpften die «Freie Zeitung» und erachteten deren grosse Verbreitung unter den deutschen Internierten in der Schweiz als eine Gefahr für die Moral der deutschen Bevölkerung.[73]

Mit dem vom Volkswirtschaftsdepartement zugeteilten neuen Papierkontingent hätte sich die Verbreitung der «Freien Zeitung» aber bis zur «Bedeutungslosigkeit» verringert, wie deren Herausgeber festhielten. Zudem hätten die Bundesbehörden wochenlang weder auf mündliche noch auf schriftliche Anfragen reagiert und damit die Zeitung über die neue Papierzuteilung bewusst im Unklaren gelassen, wie die Verleger in einem geharnischten Schreiben bemängelten.[74] Whitehouse unterstützte nun die «Freie Zeitung» und machte damit das Papierkontingentsproblem zu einem Gegenstand der schweizerisch-ameri-

kanischen Beziehungen. Nun war es Botschafter Hans Sulzer, der energisch in die Angelegenheit eingriff.[75] Da er sich über den Sommer 1918 zu einem längeren Arbeitsbesuch in der Schweiz aufhielt, um vor Ort organisatorische Fragen der Kriegswirtschaft zu klären, besprach er sich nun direkt mit Schulthess.[76] Danach musste der Chef der Sektion Papier, die zur Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft gehörte, bei Sulzer vorsprechen. Im Gespräch mit diesem und Hans Schlieben vereinbarte Sulzer eine deutlich mildere Behandlung der Zeitung mit grösseren Kontingenten.[77] Sulzer erinnerte den Chefbeamten noch einmal schriftlich daran, «dass der ‹Freien Zeitung› im politischen Interesse» möglichst alle Erleichterungen zu gewähren seien und er rechtzeitig über Änderungen bei der Papierzuteilung informiert werden wolle, damit er gegenüber der «amerikanischen Regierung» und «der amerikanischen Presse» zur «Verteidigung» bereit sei und es nicht wieder einen «éclat» gebe.[78] Mit der erfolgreichen Intervention von Sulzer und Whitehouse wurde nicht nur der Fortbestand der «Freien Zeitung» gesichert, sondern sogar deren Ausbau ermöglicht.[79] Ab 1917 mehrten sich die gegenüber dem Deutschen Kaiserreich kritischen Stimmen in der Schweiz. Denn neben der «Freien Zeitung», der französischsprachigen Presse und den einflussreichen Genfer Kreisen forderten nun auch Gruppen wie die Neue Helvetische Gesellschaft, im Verbund mit liberaldemokratischen Kräften rund um die NZZ und dem Zürcher Orell Füssli Verlag, eine klarere Distanzierung von der deutschen Machtpolitik.[80] Auch kleinere, bürgerliche Tageszeitungen in der Deutschschweiz, die lange Zeit ausgesprochen deutschfreundliche Positionen vertreten hatten, distanzierten sich ab 1917 zunehmend vom Deutschen Kaiserreich, wie eine Untersuchung der Zuger Presse zeigt.[81]

Whitehouses grösster Erfolg bei der Verbreitung amerikanischer Ideen war jedoch die Organisation einer Reise von führenden Schweizer Redakteuren in die USA im September 1918. Dort sollten die Journalisten mit eigenen Augen die Kriegsanstrengungen der USA sehen und darüber in den Schweizer Medien berichten.[82] Das Ziel der Reise sei es, so Vira Whitehouse, dass die neutralen Journalisten die «extraordinary and radical changes which have been so swiftly and smoothly effected in the habits and thoughts of the people of our country since its entrance into the war» vor Ort erleben konnten.[83] Nach der ersten Swiss Mission vom Herbst 1917 mit Rappard, Syz und Stämpfli reiste somit nur ein Jahr später ein weiteres Mal eine Gruppe einflussreicher Schweizer Persönlichkeiten über den Atlantik. Zwar vermied man es, der Reise im Politischen Departement einen offiziellen Anstrich zu geben, da der Bundesrat die erneute Ernennung einer amtlichen Mission als neutralitätspolitisch heikel erachtete. Allerdings unterstützten Bundespräsident Calonder und Botschafter Hans Sulzer die Idee nach Kräften, und das Politische Departement begleitete die Reiseplanungen intensiv.[84]

Ursprünglich hätte Whitehouse allerdings statt Schweizer Journalisten lieber führende Politiker und Wissenschaftler in die USA eingeladen, doch erwies sich dies als schwierig, weil viele der angefragten Personen ablehnten, so etwa der einflussreiche Bauernführer und ETH-Professor für Landwirtschaft, Ernst Laur.[85]

Dieser hatte mit Verweis auf seine mangelnden Englischkenntnisse und seine Arbeitsüberlastung auf eine Reise verzichtet. Zudem, so schrieb er an Whitehouse, könne er es nicht verantworten, das Land gerade jetzt zu verlassen, da sich «die wirtschaftlichen Gegensätze» in der Schweiz immer mehr zuspitzten.[86] Immerhin konnte Whitehouse dank Laur einige fachwissenschaftliche Artikel aus den USA in Schweizer Landwirtschaftsmagazinen publizieren.[87]

Anstelle von Politikern wurden deshalb Schweizer Journalisten für die Reise angefragt, die ohnehin eine grössere öffentliche Wirksamkeit versprachen und sich alle äusserst interessiert zeigten. Obwohl sich die Ereignisse in Europa in jenen Augusttagen 1918 auf einen neuen Höhepunkt zubewegten, entfalteten die USA als neue politische Macht und Taktgeber der internationalen Entwicklung offenbar eine solche Anziehungskraft, dass die entsprechenden Zeitungsredaktionen nichts gegen die Abwesenheit ihrer Redakteure einzuwenden hatten. An der Reise beteiligten sich aus der Deutschschweiz der NZZ-Redakteur Eduard Fueter sowie Albert Oeri von den «Basler Nachrichten», Edwin Strub von der Basler «National-Zeitung» und Ernst Schürch vom Berner «Bund». Aus der Westschweiz kamen William Martin vom «Journal de Genève» und J. Elie Davis von der «Gazette de Lausanne». Obwohl diese prominenten Journalisten einen guten Teil der schweizerischen Presselandschaft abdeckten, fehlten die Vertreter der katholischen und insbesondere der einflussreichen sozialistischen Presse.[88]

Nebst dem engen Kontakt zu den Genfer Kreisen um das «Journal de Genève» unterhielt Whitehouse vor allem gute Beziehungen zu Eduard Fueter von der NZZ.[89] Dieser war nicht nur Auslandsredakteur, sondern publizierte auch als Titularprofessor für amerikanische Geschichte an der Universität Zürich. Seine Werke hatten einen westeuropäisch-transatlantischen Fokus und wurden besonders von deutscher Seite kritisiert, weil sie der deutschen Kulturgeschichte angeblich zu wenig Bedeutung beimassen.[90] Unter Fueters Einfluss interessierte sich die NZZ sehr für die US-Berichte und insbesondere die neuesten Wirtschaftsnachrichten. Anstatt aus britischen oder deutschen Quellen stammende Artikel über die amerikanische Wirtschaft abzudrucken, trafen die Berichte nun erstmals ohne Umweg direkt aus New York in den Redaktionsräumen in Zürich ein.[91] Umgekehrt plante Whitehouse in Absprache mit Rappard und Sulzer, rund tausend NZZ-Ausgaben an amerikanische Zeitungen zu verteilen, um das Vorurteil zu widerlegen, dass die Schweiz komplett von Deutschland unterwandert sei. An Fueter schrieb sie: «I think in this way, we could combat the idea which exists in America that all of the newspapers of German-Switzerland and, in fact, all of German-Switzerland itself is unfriendly to us.»[92]

Die Vorbereitungen für die sogenannte Pressemission nahmen zunächst einigen Aufwand in Anspruch, und insbesondere die Ausstellung der Visa, für deren Erhalt ein Dutzend Fotografien sowie wegen der französischen Quarantäne ein ärztliches Attest eingereicht werden mussten, machte die Sache aufwändig.[93] Schliesslich gelangte die Gruppe Mitte September 1918 nach Paris. Dort wurden sie vom US-Botschafter freundlich empfangen und allen Reisenden wurde

nun, entgegen den Regeln und unbürokratisch, ein diplomatisches Visum für die USA ausgestellt. Nach einem Bankett reiste die Gruppe nach Bordeaux, wo der örtliche US-Konsul und der zuständige amerikanische General die Einschiffung der Reisegruppe persönlich regelten. Begleitet wurden die Schweizer Reisenden vom Ehemann von Vira Whitehouse, dem New Yorker Börsenmakler Norman Whitehouse.[94]

Die Pressemission führte die Journalisten sieben Wochen lang, von Ende September bis Anfang November 1918, durch die wichtigsten Städte und Industriegebiete der Ostküste und des Mittleren Westens. Auf die Journalisten, von denen noch keiner je zuvor in die USA gereist war, machte die Leistungsfähigkeit und Dynamik der amerikanischen Wirtschaft einen tiefen Eindruck.[95] Und nach mehreren Treffen mit Regierungsmitgliedern und einem Empfang durch Woodrow Wilson im Weissen Haus zeigten sich die Journalisten begeistert von der Persönlichkeit des US-Präsidenten und seiner Administration.[96] Während die Schweizer Bevölkerung in jenen Sommer- und Herbstmonaten immer stärker unter dem Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen litt und sich die sozialen Gegensätze gefährlich verschärften, trafen die Presseleute jenseits des Atlantiks auf ein Land im Aufbruch.[97] Die Reiseberichte, die die Journalisten nach ihrer Rückkehr publizierten, berichten auf eindrückliche Weise von dieser unbekannten Grossmacht, die mit ihren neuen Fabriken, modernen Arbeitsformen und einem starken Präsidenten eine bisher ungekannte Dimension wirtschaftlicher und politischer Machtentfaltung demonstrierte.[98] Obwohl die Berichte der Journalisten die Schweiz erst nach Kriegsende erreichten, war die Pressemission ein Fanal in der Schweizer Öffentlichkeit für die neue Bedeutung der USA und trug dazu bei, dass in den Medien die kritischen Stimmen gegenüber dem monarchischen Deutschland zunehmend lauter wurden. Nicht nur die Journalisten der führenden Zeitungen, sondern auch kleinere Blätter äusserten sich nun deutlicher. Sogar in kulturell eng mit Deutschland verbundenen Gebieten, wie dem Kanton Schaffhausen, machte sich ein Stimmungsumschwung bemerkbar. So schrieb der Chefredakteur der «Klettgauer Zeitung» an Vira Whitehouse: «In der gegenwärtigen Zeit, wo alles mit grösster Bewunderung die Leistungen Amerikas verfolgt, ist es nur am Platze, dass für die amerikanischen Ideen und Bestrebungen Propaganda gemacht und in der schweizerischen Presse der nötige Raum zur Verfügung gestellt wird, um endlich von dem deutschen Einfluss, der schon allzu lange die demokratischen Ansichten der schweizerischen Bevölkerung in ungünstigem Sinne beeinflusst hat, befreit zu werden.»[99]

Während im Sommer 1918 die ersten «Schweizer» Getreideschiffe den Hafen von Cette erreichten, begann zugleich die US-Propagandamaschinerie ihre Wirkung zu entfalten, obwohl das Budget von Whitehouse mit insgesamt einer Viertelmillion Franken im Vergleich zum Mitteleinsatz des Deutschen Reiches eher bescheiden war.[100] So hatte der deutsche Propagandachef Kessler allein für die Wintersaison 1916/17 rund eine Million Franken zur Verfügung.[101] Zudem konnten viele Aktivitäten des Committee vor Kriegsende nicht mehr realisiert

werden.[102] Dennoch ist die Wirkung von Whitehouse nicht zu unterschätzen. Mit ihrer umtriebigen Art gelang es ihr, weitreichende Kontakte zu knüpfen und in kurzer Zeit eine öffentliche Wirkung ihrer Kampagne zu erzielen. Dank ihrem Informationsdienst wurden die Schweizer Zeitungsleser erstmals direkt über die neuesten Entwicklungen in den USA informiert und die Ideen von Präsident Wilson verbreiteten sich durch die publizierten Bücher in der Schweizer Öffentlichkeit. Bilder und Fotografien verkündeten in den Einkaufsstrassen der Schweiz die wachsende Präsenz amerikanischer Truppen an der Westfront und die führenden politischen Kreise erkannten zunehmend die Bedeutung der neuen Grossmacht USA. Der amerikanische Diplomat Allen Dulles schrieb deshalb zufrieden an den US-Journalisten Carl Ackerman: «Mrs. Whitehouse is doing very good work here and is, I feel, having a real succes with her press bureau […].»[103]

Die Wirkung des Committee on Public Information zeigte sich auch darin, dass die Schliessung des Büros nach dem Krieg, Anfang 1919, von den Schweizer Medien lebhaft bedauert wurde, da man inzwischen gerne die tägliche Berichterstattung aus den USA erhielt. Die Schweizer Mittelpresse, eine von bürgerlichen Journalisten gegründete Nachrichtenagentur, welche die Überwindung des deutsch-welschen Gegensatzes propagierte, lobte die Berichterstattung des Committee in höchsten Tönen.[104] Die Informationspolitik sei «anything but imperialistic» gewesen, sondern habe Propaganda für einen «just and lasting peace» betrieben und damit zur hohen Wertschätzung der Schweiz für Präsident Wilson und die USA beigetragen.[105]

Die Pressereise der Schweizer Journalisten zeitigte zudem längerfristige Folgen. Bereits im ersten Nachkriegsjahr 1919 reiste eine weitere Schweizer Reisegruppe in die Vereinigten Staaten. Auf den Aufruf in den Schweizer Zeitungen für die Reise meldeten sich zunächst über 500 Personen. Schliesslich nahmen an dieser dritten «Swiss Mission of Economic Studies» rund 225 Personen teil, deren explizites Ziel es war, «hinüberzugehen zu der grossen Schwesterrepublik, die die Prinzipien der Freiheit» hochhält, und von der «Tatkraft der Amerikaner» zu lernen, um «mit neuen Anregungen und Gesichtspunkten ins alte Europa zurückzukehren».[106] Die meisten Reiseteilnehmer waren dementsprechend Industrielle, Fabrikanten und Kaufleute, die die neuen Produktions- und Organisationsmethoden in den USA vor Ort kennenlernen wollten, darunter viele prominente Wirtschaftsvertreter wie Walter Boveri, Gründer der Brown, Boveri & Cie. (heute ABB), oder Carl Sulzer, der Präsident des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller (heute Swissmem) und Bruder von Hans Sulzer. Mit Else Züblin-Spiller nahm auch eine prominente Frau an dieser Reise teil. Sie hatte sich während des Krieges massgeblich an der Gründung von Soldaten- und Arbeiterstuben beteiligt, die eine gesündere und alkoholfreie Ernährung gewährleisten sollten. Auf der Studienreise in den USA lernte sie nun die Sozialeinrichtungen und modernen Kantinen in der amerikanischen Industrie kennen, die sie wegen ihrer Fortschrittlichkeit bewunderte und die sie inspirierten, sich nach dem Krieg in der Schweiz für den raschen Ausbau des Fabrikkantinenwesens einzusetzen.[107]

Zwischen 1919 und 1930 reisten weitere fünf Schweizer Reisegruppen in die USA, wobei jeweils zwischen dreissig und siebzig Personen daran teilnahmen.[108] Während im 19. Jahrhundert zehntausende Schweizer in die USA ausgewandert waren, reisten mit den Swiss Missions erstmals grössere Zahlen von Schweizer Touristen in die USA und brachten ihre Eindrücke von den amerikanischen Lebensanschauungen zurück in die Schweiz. Die Beobachtungen der Reisenden bezüglich der rationellen Betriebsführung, der Massenproduktion und modernen Arbeitsverhältnisse führten zur Verbreitung neuer amerikanischer Managementmethoden in der Schweizer Wirtschaft und zu einem positiv gewerteten Amerikanismus.[109]

6.3 Von amerikanischen Agenten und Detektiven: Die deutschen Behörden fürchten den amerikanischen Einfluss in der Schweiz

Die von Whitehouse und den amerikanischen Behörden entfalteten Aktivitäten in der Schweiz lösten bei den deutschen Dienststellen nervöse Reaktionen aus. Deren Agenten berichteten gar von der fantastischen Summe «von 50 Millionen Franken», die die bekannte amerikanische Propagandistin «Mrs. Norman-Whitehouse» in der Schweiz investieren wolle.[110] Und Militärattaché Bismarck vertrat nun offen die Ansicht, die USA würden die Schweiz komplett kontrollieren wollen und lieferten deshalb Lebensmittel und Rohstoffe, ohne dafür Gegenleistungen zu verlangen. Die Rede von der «Liebe zur ältesten Schwesterrepublik» sei nur ein Vorwand: «In Wirklichkeit handelt es sich wohl darum, die Schweiz politisch und wirtschaftlich völlig in (die) amerikanische Einflusssphäre zu bringen.»[111] Bismarck glaubte in Frankreich bereits die Konturen einer amerikanischen Wirtschaftskolonie zu erkennen und befürchtete, die Schweiz könnte zum «Übergangsland» werden, welches die USA nutzen, um ihren Handelskrieg gegen die Mittelmächte zu führen.[112] Die Schweiz werde dadurch «mehr und mehr zum Kampfplatz für den Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland».[113]

Tatsächlich versuchten die USA immer stärker, die Schweiz als Versorgungsraum für ihre Aktivitäten in Frankreich zu nutzen. In zähen Verhandlungen zwischen den Schweizer Unterhändlern und den Vertretern der alliierten Staaten war Ende April 1918 im Berner Bundeshaus ein neues Holzabkommen ausgehandelt worden. Für die USA hatte der wohlhabende Bostoner Rechtsanwalt Ellis Loring Dresel die Verhandlungen geleitet, der als erfahrener Wirtschaftsfachmann zum Vertreter des War Trade Board bestimmt worden war und in Bern die US-Wirtschaftsinteressen wahrnahm.[114]

Das Abkommen garantierte nun die Lieferung von 30 000 Tonnen Holz monatlich nach Frankreich und Italien und stellte damit den von US-General Pershing geforderten Holzexport für den Barackenbau der AEF sicher.[115] Im Gegenzug erhielt die Schweiz kleinere Erleichterungen beim Export. Zudem bat der

Schweizer Gesandte Hans Sulzer die USA um eine Reihe von chemischen Präparaten für die pharmazeutische Industrie und um Eisen- und Stahlprodukte für die Maschinen- und Elektroindustrie.[116] Neben der AEF baute auch das American Red Cross (ARC) seine Präsenz in der Schweiz zunehmend aus. Die bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete private Hilfsorganisation wurde mit dem Kriegseintritt der USA zum Bestandteil der US-Aussenpolitik. Denn neben der militärischen Intervention an der Front wurde die Hilfe für die Zivilbevölkerung zur Kernaufgabe von Wilsons Administration, die damit ihren humanistischen und internationalistischen Zielsetzungen weltweit Geltung verschaffte. Über ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung wurde Mitglied des ARC und die freiwilligen Spenden beliefen sich allein in den letzten beiden Kriegsjahren auf 400 Millionen Dollar. Dank zusätzlicher Unterstützung durch die US-Regierung verfügte die Organisation bald über ein gewaltiges Vermögen.[117] Mithilfe dieser Ressourcen baute das ARC in nur zwei Jahren in mehr als 25 Staaten eigene Hilfsmissionen auf und entsandte Tausende von Ärzten, Sozialarbeitern und Krankenschwestern ins kriegsversehrte Europa. Neben der Unterstützung der unter dem Krieg leidenden Zivilbevölkerung versorgte das ARC auch direkt die alliierten und amerikanischen Truppen und kümmerte sich um die verwundeten Soldaten und Kriegsgefangenen.[118] Auch in der Schweiz etablierte das ARC seine Büros, und mit dem Kriegseintritt wurde von Bern aus die Versorgung amerikanischer Kriegsgefangener mit Kleidern, Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern in den Gefangenenlagern der Zentralmächte organisiert. Ellis Loring Dresel, der danach auch das Büro des War Trade Board leitete, beaufsichtigte die Tätigkeit des ARC, welches am Berner Hirschengraben 6 eigene Büros eröffnet hatte.[119]

Die umfangreichen amerikanischen Aktivitäten blieben den deutschen Stellen natürlich nicht verborgen. Romberg meldete besorgt nach Berlin, dass sich der amerikanische Einfluss immer mehr ausdehne und das ARC in der Westschweiz die Anmietung von Hotels und Sanatorien vorantreibe. Zudem würde die AEF ihre Versorgung über die Schweiz ausbauen, in Yverdon würden die Bäcker in grossem Umfang Brot für die «in Frankreich kämpfenden Amerikaner» produzieren und in Lausanne hätten die Amerikaner die Gefrierhausanlage der Boucherie Huser gekauft.[120] Tatsächlich hatte die AEF zeitweise grosses Interesse an Kühlsystemen, da die eigenen Transportkapazitäten für gefrorene Lebensmittel sehr beschränkt waren und die AEF ihre Truppen mit frischem Fleisch versorgen musste.[121] Deshalb wollte die AEF bei der Schweizer Firma Bell fünfzig Bahnwagen mit integriertem Kühlraum und Fleischerhaken erwerben und versuchte zudem grössere Mengen an Schweizer Rindern zu kaufen.[122] Zudem hatten sich die USA im Holzabkommen nicht nur die Lieferung von Baracken für ihre Soldaten, sondern auch die Hälfte aller Schweizer Milchexporte gesichert.[123]

Dass die USA durch die Propagandaarbeit von Vira Whitehouse in der Schweizer Öffentlichkeit immer stärker wahrgenommen wurden, sich die AEF durch die Schweiz versorgte und das ARC das Alpenland zum Erholungsheim für US-Soldaten auszubauen gedachte, stiess in den militärischen Kreisen Deutsch-

lands auf vehemente Ablehnung. Besonders die Versorgung der AEF durch Schweizer Holz war der deutschen Heeresleitung und besonders der kaiserlichen Marine ein Dorn im Auge. Denn durch die Einsparungen beim Holztransport wurden alliierte Schiffe für den Transport von neuen Truppen nach Europa frei. Zudem glaubten die deutschen Behörden, die USA würden in der Schweiz eigene Industrieanlagen, insbesondere im Bereich der Kriegsmaterialproduktion, aufbauen.[124] Zwar waren diese deutschen Vermutungen übertrieben, allerdings stimmte es, dass die AEF über die französischen Behörden in der Schweiz Munition für ihre Truppen bestellte. So orderten die USA etwa im Februar 1918 rund acht Millionen Zünder, die dann von den französischen Munitionsdelegierten bei Schweizer Firmen in Auftrag gegeben wurden.[125] Der Grossteil der Einkäufe der AEF bestand jedoch neben Holzbaracken aus Präzisionsinstrumenten wie Uhren oder Kompassen und anderen technisch anspruchsvollen Werkzeugen und Maschinen.[126]

6.4 Das Scheitern der deutschen Westoffensive und der Raubzug im Osten

Dem wachsenden politischen und wirtschaftlichen Einfluss der USA hatten die deutschen Stellen nichts entgegenzusetzen. Vielmehr verschlechterte sich die deutsche Position zunehmend. Denn seit im Frühling 1918 mit der letzten grossen Westoffensive der Sturm auf Paris lanciert worden war, hatte sich das Kriegsglück gewendet. Zwar waren die deutschen Truppen weit nach Frankreich vorgestossen und standen zeitweise kurz vor Paris.[127] Doch bald fehlte es an Pferden und Lastwagen, um den Nachschub sicherzustellen. Zudem wirkte sich die miserable Ernährung nach vierjähriger Überanstrengung verheerend auf die demoralisierten deutschen Truppen aus. Statt den Vormarsch weiter voranzutreiben, assen sich die ausgehungerten deutschen Soldaten in den eroberten Schützengräben erst einmal satt. Anfang April 1918 musste die Offensive eingestellt werden. Mit rund 1,5 Millionen Toten, Verwundeten und Gefangenen hatte diese einen enormen Blutzoll gefordert, ohne die erhoffte militärische Wende im Westen zu bringen.[128] Doch die OHL unter Ludendorff dachte nicht daran, aufzugeben, vielmehr versuchte sie noch bis Juli 1918 mit punktuellen Angriffswellen die Front im Westen aufzubrechen. Schliesslich gab Ludendorff am 15. Juli 1918 den Befehl zum letzten Angriff. Doch auch dieser Versuch scheiterte kolossal. Drei Tage später setzten die Franzosen zum Gegenangriff an und überrannten die deutschen Stellungen. Und während sich im Hintergrund rund 600 000 Mann neue US-Truppen bereit machten, folgte am 8. August 1918 bereits eine zweite Angriffswelle der Engländer, die mit 500 modernen Panzern die deutschen Truppen zurückdrängten.[129] Ab Mitte Juli 1918 ging somit die militärische Initiative endgültig auf die Alliierten über und die deutschen Verbände wurden auf breiter Front zum Rückzug gezwungen.

Diese Entwicklung verfolgten die deutschen Diplomaten in der Schweiz äusserst genau. Propagandachef Kessler, der noch im Frühling vor dem Zytglogge-Turm beobachtet hatte, wie das Schweizer Publikum über die deutschen Erfolgsmeldungen staunte, war nun zunehmend skeptisch. Ende August 1918 notierte er in sein Tagebuch: «Die militärische Lage im Westen ist fortdauernd schlecht. […] überall verlieren wir Gelände; das Übergewicht des Feindes, ob bloss technisch, oder auch moralisch, ist im Augenblick scheinbar unwiderstehlich.»[130] Doch während die deutschen Diplomaten in der Schweiz über die Verhältnisse gut unterrichtet waren und sowohl deutsche als auch alliierte Informationen erhielten, erfuhren die Politiker und die deutsche Öffentlichkeit im Inneren des Deutschen Reiches wenig über die kritische Lage an der Front. Vielmehr zeichnete die amtliche Informationspolitik ein geschöntes Bild der militärischen Situation und versuchte mit Durchhalteparolen die Kriegsmoral hochzuhalten.[131] Anstatt die desolate Lage einzugestehen, reagierte die militärische Führung mit Realitätsverweigerung und einer noch unerbittlicheren Haltung. Als Staatssekretär des Äusseren und Quasiaussenminister Richard von Kühlmann im Juni 1918 im Reichstag einen Verständigungsfrieden und damit eine diplomatische Fühlungnahme mit den Westmächten forderte, setzte die OHL umgehend seine Entlassung durch. Neuer Chef des Auswärtigen Amtes wurde nun der erzkonservative Admiral Paul von Hintze. Mit der Ernennung dieses Verfechters eines «Siegfriedens» versuchte die OHL auch das deutsche Aussenministerium auf die eigene Linie zu bringen und die unerbittliche Kriegführung fortzusetzen.[132] Während im Westen die Front einbrach, hatte die OHL nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk ihrem Machthunger im Osten freien Lauf gelassen. Der Friedensvertrag wurde de facto nicht beachtet. In Finnland und im Baltikum waren deutsche Truppen stationiert und von der Ukraine kämpften sich die deutschen Truppen weiter nach Süden, eroberten das Donezk-Becken und die Halbinsel Krim und stiessen schliesslich bis in den Kaukasus vor. Die OHL versuchte auf diese Weise, Russland weiter zu zerschlagen und ihre Hegemonialpolitik zu vollenden. Jedes Mittel war nun willkommen, um weitere Gebiete zu unterwerfen, neue Staaten zu gründen und deren Regierungen mit eigenen Gefolgsleuten zu besetzen. So wurde noch am 15. Oktober 1918 der Prinz von Hessen zum König von Finnland erhoben und Ende August 1918 Russland in einem Zusatzvertrag gezwungen, das Baltikum und Georgien abzutreten, die Goldvorräte nach Berlin zu überweisen und hohe Reparationen zu leisten sowie die Kohlengebiete im Donezk-Becken dem Deutschen Reich zu überlassen.[133]

Es schien, als ob die militärische Führung die Verluste im Westen durch einen umso grösseren Expansionsdrang im Osten kompensieren wollte. Auch Propagandachef Kessler hielt die Berliner Zusatzverträge für zentral. Er selbst war kurzzeitig in die deutsche Hauptstadt gereist und hatte bei der Aushandlung der Verträge in den diplomatischen Hinterzimmern eine inoffizielle Vermittlerrolle gespielt.[134] Kessler glaubte, dass nur noch durch die «Benutzung Russlands» eine Stärkung der deutschen Kriegswirtschaft möglich sei, und hielt fest: «Jedenfalls

ist Russland für uns heute der Eckstein, auf dem wir alleine noch bauen können.»[135] Die Debatte über die deutschen Kriegsziele drehte sich denn auch immer weniger um die klassischen Ambitionen eines deutschen Überseeimperialismus als vielmehr um die Möglichkeit eines kontinentalen Ostimperiums.[136] Diese Pläne eines deutschen Lebensraums im Osten fanden später in den von Hitler im Zweiten Weltkrieg verfolgten Eroberungs- und Germanisierungsplänen Osteuropas ihre direkte Fortsetzung.[137]

6.5 Schmähungen und Brandanschläge: Die Stimmung in der Schweiz wird antideutsch

Die extreme Rücksichtslosigkeit der deutschen Militärführung, die dem deutschen Staat auf der internationalen Bühne jegliche politische Glaubwürdigkeit nahm, führte in der Schweiz zu einer zunehmenden Abneigung gegen das Deutsche Reich und seine Vertreter.[138] Es häuften sich Berichte über antideutsche Aktionen und öffentliche Beleidigungen. So wurde das deutsche Konsulat in Basel mit der Aufschrift «Gott mit uns. Wenn wir rauben, morden und stehlen» beschmiert.[139] Und nach den ersten deutlichen Siegen der Franzosen im Juli 1918 meldete der deutsche Konsul Richard Filsinger aus Lausanne, er werde auf seinen Spaziergängen als «Chef-Boche» beschimpft und es werde ihm vor die Füsse gespuckt.[140] Bereits nach dem Abschuss des Getreidedampfers «Sardinero» durch deutsche U-Boote waren die Konsulate in Basel und Lausanne ins Fadenkreuz geraten. Mit phosphorbestückten Postpaketen wurden Brandstiftungsversuche unternommen und Konsul Filsinger wurde in einem Schmähbrief offen mit dem Tod bedroht.[141] Auch Beobachter, die sich nur kurz in der Schweiz aufhielten, berichteten nun über eine negative Stimmung. Ein deutscher Reisender schrieb an Romberg, dass immer mehr Schweizer Pressestimmen das «militaristische, autokratische und siegeswütige Preussen» kritisierten, das keinen Verständigungsfrieden wolle, sondern rücksichtslos auf weitere Annexionen dränge. Die harten Friedensverträge im Osten hätten selbst die deutschfreundlichen Schweizer verstimmt, die durch die Siege die eigene wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit bedroht sähen. Seit den neuesten Niederlagen im Westen getraue man sich nun aber offen, gegen den «Schwob» Stellung zu beziehen.[142] Der deutsche Konsul in Schaffhausen meldete passend dazu, dass der dortige Stadtpräsident im Wirtshaus «Zum Frieden» höchstpersönlich ausgerufen habe: Es sei schade, dass Deutschland der Schweiz nicht noch den Krieg erklärt habe, sonst wäre er höchstpersönlich hingegangen, um die «Sauschwaben zusammen zu schiessen».[143] Wenn selbst das Stadtoberhaupt öffentlich solche Aussagen mache, so sei es wohl nicht verwunderlich, so der Konsul, «wenn die feindliche Stimmung in der Bevölkerung gegen die Deutschen» zunehme und sich die «Entente-Freunde und Agenten» immer «dreister» benähmen.[144]

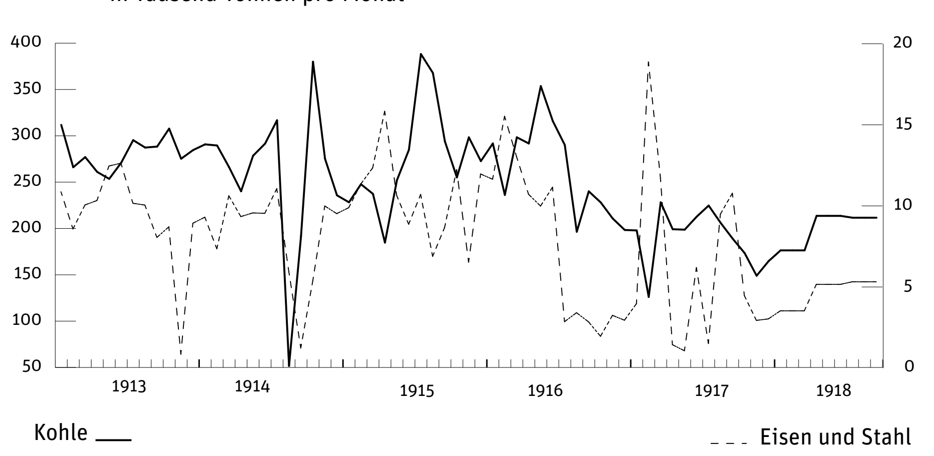
Aufgrund dieser alarmierenden Berichte liess Militärattaché Busso von Bismarck unter den deutschen Internierten eine Umfrage zur Stimmung der Schwei-

zer Bevölkerung gegenüber Deutschland durchführen. Diese bestätigte jedoch lediglich die Ahnungen der Diplomaten: Vor allem in den grossen Deutschschweizer Städten hatte die «deutschfeindliche Stimmung» markant zugenommen und das öffentliche Augenmerk richtete sich nun auf die USA.[145] Einer der Internierten zitierte einen Schweizer Beamten, der die Ansicht äusserte, dass «die grosse Zahl Amerikaner in Frankreich, die grossen Reserven an Menschen und Materialien in Amerika und die unerschöpflichen Geldmittel dieses Landes» es als «aussichtslos erscheinen lassen, dass die Zentralmächte den Krieg durch Waffengewalt gewinnen können».[146] Der Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger, der mithilfe katholischer Netzwerke einen geheimen deutschen Nachrichtendienst betrieb, forderte einen Bericht zur «Volksstimmung in der Ostschweiz».[147] Auch sein Gewährsmann vermittelte ein ungünstiges Bild und berichtete, dass sich die «Stimmung in weiten Kreisen zu Ungunsten Deutschlands» entwickelt habe.[148] Für diesen deutlichen Stimmungswandel und das positive Amerikabild machte Romberg in seinem Bericht an den Reichskanzler Graf Hertling nun vor allem die «intensive amerikanische Propaganda» verantwortlich.[149] Ganz offensichtlich begann die Schweizer Öffentlichkeit allmählich die Bedeutung der USA als entscheidender Kriegsteilnehmer wahrzunehmen. Hingegen sanken die Sympathien für das Deutsche Kaiserreich kontinuierlich. Während die amerikanische Propagandachefin Vira Whitehouse eine erfolgreiche Werbekampagne lancierte, musste ihr Gegenspieler Harry Graf Kessler nach seiner Rückkehr in Zürich feststellen, dass die Stimmungslage gegenüber Deutschland immer ungünstiger wurde. Legationsrat Hermann von Simson, der dort ein geheimes Propaganda- und Spionagezentrum leitete, bestätigte ihm, dass die amerikanische Propaganda und die militärischen Misserfolge im Westen das Blatt zugunsten der Entente gewendet hätten.[150] Besonders die Versorgung der Schweiz mit frischem US-Getreide habe dazu beigetragen. Kessler notierte: «Sehr geschickt namentlich, dass die Amerikaner den Schweizern wieder weisses Mehl liefern, so dass es (was mir schon gestern Abend auffiel) wieder Weissbrot gibt. Bauchpropaganda, die grossen Eindruck machen soll.»[151]

Tatsächlich vermochte die deutsche Propaganda, die vor allem auf Kunst und Kulturveranstaltungen setzte, die Schweizer Bevölkerung nicht mehr zu beeindrucken. Vielmehr wartete man statt auf deutschen Kulturexport auf die Einhaltung der versprochenen Kohle- und Eisenlieferungen. Romberg hatte deshalb bereits früher festgestellt: «Man macht sich bereits lustig über zu viel Reinhardt und zu wenig Eisen»,[152] und meinte damit den bekannten österreichischen Regisseur Max Reinhardt, der im Auftrag Kesslers in der Schweiz Theaterstücke inszenierte.[153]

Der schleichende Kollaps der deutschen Aussenwirtschaft war inzwischen unübersehbar geworden. Obwohl die deutschen Behörden aus strategischen Gründen und auf direkte Anweisung Kaiser Wilhelms II. der Belieferung der Schweiz, insbesondere mit Eisen, bereits seit 1917 höchste Priorität einräumten, konnten die in den Wirtschaftsabkommen vereinbarten Liefermengen nicht mehr eingehalten werden.[154] Eine Gesamtübersicht zu den Eisen- und Kohleimporten,

Grafik 9: Kohleimporte sowie Eisen- und Stahlimporte in die Schweiz 1913–1918, in Tausend Tonnen pro Monat



Quelle: Schweizerischer Bankverein: Rückschau über Handel und Industrie der Schweiz 1914–1918, Basel 1919, S. 47 f. und S. 79

die bei der Kohle zu über 95 Prozent und beim Eisen zu rund siebzig Prozent aus Deutschland stammten, zeigt die stark rückläufige Entwicklung (siehe Grafik 9).[155] Bei der Kohle lagen die Liefermengen zeitweise deutlich unter dem in den Wirtschaftsabkommen vorgegebenen Minimum von 200 000 Tonnen pro Monat oder erreichten dieses nur noch knapp. So importierte die Schweiz 1918 zeitweise nur noch halb so viel Kohle wie noch zu Spitzenzeiten 1915 und 1916. Noch deutlicher als bei der Kohle zeigte sich der Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft an den sinkenden Eisen- und Stahlimporten. Diese betrugen kurz vor Kriegsende nur noch die Hälfte des Ausgangswertes vor dem Krieg.

Während der deutsche Nachschub immer mehr zurückging, ersetzten nun zunehmend alliierte Lieferungen den Ausfall und halfen damit der Schweizer Industrie, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten.[156] In den aussenwirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz spiegelt sich somit der rapide wirtschaftliche Niedergang des Deutschen Reiches wider. Entgegen den politischen Durchhalteparolen der Obersten Heeresleitung und deren Expansionsplänen in Osteuropa brach der deutschen Militärmaschinerie allmählich die wirtschaftliche Grundlage weg. Die gesamte landwirtschaftliche und industrielle Produktion sank bis Ende des Krieges um rund vierzig Prozent. Und obwohl mit dem Hindenburg-Programm die Arbeitszeiten deutlich verlängert wurden und immer mehr Frauen die Männer in den Fabriken und in der Landwirtschaft ersetzten, sank die Produktivität der deutschen Wirtschaft kontinuierlich und lag Ende 1918 um ein Drittel tiefer als zu Kriegsbeginn. Sogar in kriegswirtschaftlich wichtigen Produktionszweigen

kam es bis 1918 zu einem faktischen Kollaps: Die strategisch wichtige Stahl- und Eisenproduktion betrug nur noch die Hälfte des Vorkriegswertes.[157] Und trotz der ursprünglich schier unerschöpflichen deutschen Kohlevorräte, die zunächst durch die Eroberungen der belgischen und französischen Kohleminen noch vergrössert worden waren, konnte die deutsche Wirtschaft einen Zusammenbruch der Kohleproduktion nicht verhindern. Es fehlte an Arbeitskräften, an Investitionen und an Holz für den Ausbau der Minenschächte. Und so kam es in Deutschland immer mehr zu schweren Engpässen bei der Heizkohle für die Bevölkerung und die Industrie.[158] Eine vollumfängliche Versorgung der Schweiz mit Eisen und Kohle war unter diesen Umständen beim besten Willen nicht mehr möglich. Das letzte Wirtschaftsabkommen vom Mai 1918, in welchem die Kohle nur noch gegen horrende Preise und die Vergabe von Krediten gewährt wurde, hatte der Schweizer Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie schlecht es um die deutsche Wirtschaft bereits stand. Zudem hatten die harten Bedingungen der deutschen Militärs nun auch die führenden industriellen Kreise der Schweiz nachhaltig verärgert. So hiess es in einem deutschen Bericht, dass die «Schweizer Industrie und das Beamtentum» empört seien über die «Steigerung der Kohlenpreise», und weil sich das Offizierskorps der Armee aus den «industriellen Familien» rekrutiere, sei man auch in der Schweizer Armeeführung äusserst aufgebracht. Die «feindselige Stimmung» richte sich insbesondere gegen die «Deutsche Oberste Heeresleitung» und deren Vertreter Major Ravené und dessen Mitarbeiter in der Schweiz.[159]

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft wurde somit immer spürbarer und die rücksichtslose und verzweifelte Kriegführung der deutschen Militärbehörden befeuerte in der breiten Schweizer Bevölkerung eine zunehmende antideutsche Stimmung. Hingegen wurden die USA spätestens ab dem Sommer 1918 mit ihren gewaltigen Ressourcen in Frankreich zur dominierenden Kraft auf dem alten Kontinent. Dabei vollzog sich diese Entwicklung nicht nur hintergründig politisch, sondern wurde in der direkten Lieferung von Getreide auch im Alltag der Schweizer Bevölkerung direkt fühlbar.

Dieser Stimmungswandel in der Bevölkerung zeigte sich ebenfalls in der allmählichen Neuausrichtung der Schweizer Aussenpolitik. Die Aussenpolitik orientierte sich immer weniger am ehemals dominierenden Deutschen Kaiserreich, sondern richtete sich nun stärker transatlantisch aus, wie der Chef des britischen Geheimdienstes in der Schweiz, Hugh Whittal, beobachtete. In einem zwölfseitigen Resümee an die US-Regierung, welches er George D. Herron übergab, schilderte Whittal in drastischen Worten den politischen Wandel in der Schweiz im Kriegsverlauf. Noch zu Beginn des Krieges hätten die Bevölkerungsmehrheit in der Deutschschweiz und die politische Führung des Landes klar für Deutschland und Österreich-Ungarn Stellung bezogen und deren Kriegsziele offen unterstützt. «Bound to Germany by ties of language and blood, and reading the German newspapers almost as extensively as their own, the German-Swiss proved easy victims to German propaganda and accepted the official German version of

the cause of the war […].» Die Deutschschweizer seien deshalb «resolutely and unreservedly pro-German and pro-Austrian» gewesen.[160] Zudem habe man stets an die Überlegenheit der Zentralmächte geglaubt und aus ökonomischen Eigeninteressen auf deren Sieg gesetzt: «All were unanimous that Germany would win the war and that Switzerland must strive to fulfil all her wishes in order to combine profit with safety.»[161] Symptomatisch für diese Haltung ist die Sicht des Appenzeller FDP-Nationalrats und Verwaltungsratspräsidenten der Maschinenfabrik Oerlikon, Arthur Eugster, rund zwei Wochen nach Kriegsausbruch. Während Russland, Frankreich und England «auf das neuerblühte Deutschland neidisch» gewesen seien und deshalb den Krieg gesucht hätten, habe der «deutsche Kaiser» stets den «Frieden» gewollt: «[…] das wird die Geschichte ihm zugeben müssen», schrieb er an seine Tochter.[162] Da der Kaiser aber «vom Zar getäuscht und betrogen» und vom serbischen «Zäusler» provoziert worden sei, habe dieser gar keine andere Wahl gehabt, als den Krieg zu erklären.[163] Dementsprechend begrüsste Eugster eine Woche später in einem Brief an seinen Sohn die ersten deutschen Siege und freute sich darüber, dass die Deutschen «in der letzten Zeit gewaltig den Russen aufs Leder gegeben haben» und die «Engländer gerupft worden sind».[164] Des Weiteren hielt er fest: «Die Deutschen gehen kolossal drauf und machen grossartige Fortschritte, es ist wirklich erstaunlich, wie alles bei den Deutschen klappt bis auf den letzten Knopf und wie sie draufgehen mit einer Ausdauer, wie man es nur von den Deutschen kennt.»[165]

Der britische Nachrichtendienstchef Hugh Whittal folgerte, dass die deutschfreundliche Stimmung in der Bevölkerung und der politischen Elite und die vom Preussentum begeisterte Armeeführung den Bundesrat in der ersten Kriegshälfte zu einer dezidiert prodeutschen Politik bewogen hätten, und schloss daraus, dass der deutsche Militarismus und das Kaisertum das politische und gesellschaftliche Leben der Schweiz weitgehend dominiert hätten. Doch mit den Skandalen rund um die Oberstenaffäre und dem Rücktritt Hoffmanns habe sich allmählich ein politischer Wandel abgezeichnet und dank Ador habe erstmals ein ausgesprochen Entente-freundlicher Politiker in den einflussreichen Machtzirkel des Bundesrates vordringen können. Der eigentliche Wandel sei aber durch den Kriegseintritt der USA ausgelöst worden. Zwar habe man zunächst noch wenig von Wilsons Amerika gehalten: «But in proportion as the economic difficulties of Switzerland increased and the magnitude of America's military preparation became unmistakable, the German-Swiss people began to grow uneasy, to lose their faith in the victory of the Central Powers and to doubt the advisability of irritating America. The turning point was reached when the United States Government consented to supply the Swiss people with their daily bread and the cargoes of the first American wheat ships reached Switzerland.»[166] Dabei hätten die politischen Ideale Amerikas weniger eine Rolle gespielt, vielmehr hätten die wirtschaftlich denkenden Schweizer vor allem aus praktischen Gründen ihre frühere Begeisterung für Deutschland mit einer Bewunderung für Amerika getauscht: «[…] for purely practical reasons, America's active part in the war

turned the tide of public opinion in German-Switzerland rapidly in favour of the Allies.»[167]

Auch wenn die Darstellung des Geheimdienstchefs in dieser Eindeutigkeit wohl überzeichnet ist und sowohl zu Beginn als auch am Ende des Krieges stets Fürsprecher beider Lager in der Schweiz zu finden waren, illustriert der Bericht eindrücklich den Wandel der öffentlichen Meinung und der führenden Entscheidungsträger. Tatsächlich hatte wohl noch im Frühherbst 1914 ein Grossteil der Deutschschweiz die Kriegsschuld eindeutig im Lager der Entente gesehen und an einen raschen Sieg der kaiserlichen Armeen geglaubt. Vier Jahre später sah die Lage grundlegend anders aus. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Westfront und der immer gnadenloseren Kriegstaktik der deutschen Militärs im Osten war die Bewunderung für das zackige Preussentum und den deutschen «Friedens»-Kaiser weitgehend verschwunden. Vielmehr wurde nun die Präsenz der neuen Supermacht Amerika immer stärker politisch wie auch wirtschaftlich spürbar und es entwickelte sich, auch dank einer erfolgreichen PR-Kampagne, eine allmähliche Faszination für die USA und deren Präsidenten Woodrow Wilson, von dessen Utopie einer Liberalisierung und Demokratisierung der Welt im Spätsommer 1918 eine immer stärkere Anziehungskraft ausging.[168]

7 Der Zusammenbruch der mächtigen Nachbarn im turbulenten Herbst 1918

7.1 Deutschland erbittet den Waffenstillstand

Am Freitagabend, dem 5. Oktober 1918, erhielt Friedrich Oederlin, der in Abwesenheit von Hans Sulzer als Chargé d'Affaires die Schweizer Botschaft in Washington leitete, aus Bern ein chiffriertes Telegramm. Dieses war im Geheimcode verfasst, welcher für besonders vertrauliche Mitteilungen zur Anwendung kam. Gemeinsam mit einem Dechiffreur und einem weiteren Mitarbeiter machte sich Oederlin an die Transkription.[1] Immer grösser wurden ihre Augen, als sie erkannten, dass der Text direkt von Prinz Max von Baden stammte, dem neuen deutschen Reichskanzler, und im Wortlaut vermeldete: «Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. […] Um weiteres Blutvergiessen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluss eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.»[2]

Dieses Ersuchen um einen sofortigen Waffenstillstand war das unleugbare Eingeständnis der vollständigen militärischen und politischen Niederlage des Deutschen Reiches. Zuvor hatten sich innerhalb weniger Wochen die politischen Ereignisse in Deutschland wie kaum je zuvor überschlagen. Zwar hatte die Oberste Heeresleitung noch bis zum Spätsommer 1918 eiserne Durchhalteparolen vertreten und sogar einen eigenen Vertreter an der Spitze des Aussenministeriums durchgesetzt. Doch seit Ende August 1918 waren die deutschen Truppen auf breiter Front zurückgedrängt worden, und Mitte September 1918 hatte auch die OHL auf einem Kronrat im Hauptquartier im belgischen Städtchen Spa einräumen müssen, dass die Lage weitgehend aussichtslos geworden war. An einen Sieg war nicht mehr im Entferntesten zu denken.[3] Als schliesslich Ende September 1918 die Alliierten, verstärkt durch mehr als eine Million nachrückender US-Soldaten, ihre dritte grosse Offensive eröffneten, drohte der vollständige Zusammenbruch der deutschen Front. Entgegen den öffentlichen Verlautbarungen war der OHL nun klar geworden, dass bei einer längeren Fortdauer des Krieges eine Vernichtung des deutschen Westheeres und eine vollständige Niederlage der Mittelmächte unmittelbar bevorstanden.[4] Auch zeigten sich beim wichtigsten Verbündeten, Österreich-Ungarn, inzwischen dramatische

Auflösungserscheinungen. Der multiethnische Vielvölkerstaat drohte in seine nationalen Bestandteile zu zerfallen, die Versorgungslage im Innern war weitgehend zusammengebrochen und das k. u. k. Heer befand sich in Auflösung. Die österreichisch-ungarische Monarchie war am Ende und Kaiser Karl sah nur noch in Friedensverhandlungen mit den Alliierten einen Ausweg. Bereits Mitte September hatte deshalb sein Aussenminister Graf Andrássy die Entente einseitig um Friedensverhandlungen ersucht.[5]

Unter dem Eindruck dieser ausweglosen militärischen Situation hatte schliesslich auch die OHL eine scharfe Kehrtwende vollzogen und die Parteien erstmals offen über die hereinbrechende Niederlage informiert. Die Politiker, die bisher den kraftmeierischen Parolen der Militärs Glauben geschenkt hatten, fielen nun brutal aus ihrer Traumvorstellung eines kurz bevorstehenden Endsieges.[6] Unter dem herrschenden Verstörungsschock erzwang die OHL die Bildung einer neuen Regierung unter dem als liberal geltenden Prinz Max von Baden und die Anbahnung von Friedensverhandlungen mit den USA. Mit dem Friedensgesuch an Präsident Wilson hoffte die OHL, nun einen möglichst günstigen Friedensvertrag auf der Basis von Wilsons Vierzehn-Punkte-Programm zu erzielen.[7] Zugleich versuchte sie auf diese Weise die Friedensverhandlungen den parlamentarischen Kräften aufzubürden und die Verantwortung für die Niederlage von sich abzuwälzen. Der neuen Regierung gehörten deshalb auf Drängen der OHL zum ersten Mal in der Geschichte des Deutschen Reiches auch Vertreter der Sozialdemokratie an. Die historische Schuld sollte damit, im Sinne einer seit Langem vorbereiteten «Dolchstosslegende», den Linksparteien und Freien Gewerkschaften, dem Reichstag und insgesamt der «Heimatfront» zugeschoben werden.[8] Damit sollten ausgerechnet jene Kreise verantwortlich gemacht werden, die seit Jahren gewarnt hatten, dass dieser Krieg von Deutschland militärisch nicht zu gewinnen sei.[9] Mit dieser «Revolution von oben» sollte einer Revolution der breiten Bevölkerung zuvorgekommen und damit letztlich die Monarchie mit den bestehenden Machtstrukturen gerettet werden. Während an der Spitze das Personal ausgetauscht wurde, blieben die Beamten und Militärs im Amt, die Reichsbehörden sowie die lokalen und regionalen bürokratischen Infrastrukturen änderten sich nicht und die Macht lag nach wie vor bei der militärischen Führung.[10]

Noch am selben Abend des 5. Oktober 1918 übersetzte Oederlin die deutsche Note auf Englisch und kontaktierte das State Department, um die wichtige Mitteilung an Präsident Wilson zu übermitteln. Denn die Schweiz hatte seit dem Kriegseintritt der USA als Schutzmacht die deutschen Interessen in Washington übernommen. Doch da der US-Präsident samstags immer Golf zu spielen pflegte, erhielt Oederlin erst am Sonntag, dem 7. Oktober 1918, um neun Uhr morgens eine Audienz im Weissen Haus. Der US-Präsident zeigte sich, entgegen der Erwartung Oederlins, wenig überrascht, als er den Text des Telegramms zu Gesicht bekam. Denn bereits seit Mitte September wussten die amerikanischen Stellen, dass die deutsche Regierung unter dem Eindruck der miserablen Ausgangslage Friedensabsichten hegte, zudem hatte in der Nacht zuvor Berlin an die franzö-

sische und die englische Regierung ähnliche Noten abgesandt.[11] Die Antwort des US-Präsidenten auf die deutsche Friedensnote fiel entsprechend kühl aus. Die Aufnahme von Friedensverhandlungen hielt er bewusst im Ungewissen, solange Kaiser Wilhelm II. an der Spitze des Deutschen Reiches stand, und forderte stattdessen, dass zuerst die militaristische Struktur der Reichsverfassung beseitigt werden müsse.[12]

7.2 Vergebliche Friedenssuche der Zentralmächte über die Schweiz

Mit dem Friedensgesuch an die USA Anfang Oktober 1918 begann der letzte Akt im dramatischen Überlebenskampf des Deutschen Kaiserreiches. Doch bereits zuvor hatte die immer schlechtere militärische und wirtschaftliche Ausgangslage zur Folge, dass von verschiedenen Exponenten der Zentralmächte immer wieder geheime Gespräche zur Friedensfindung geführt wurden. Die Schweiz war sehr oft zum Zentrum dieser Geheimverhandlungen geworden und diente als quasioffizieller Konferenzraum der europäischen Diplomatie, wo sich zahlreiche illustre Persönlichkeiten einfanden.[13] Mit den Worten des österreichisch-ungarischen Gesandten Musulin wurde die Schweiz damit, je länger der Krieg dauerte, «immer mehr zum Rendez-vousplatz der heterogensten Persönlichkeiten».[14]

Noch bevor die neue deutsche Regierung unter Max von Baden das Friedensgesuch Anfang Oktober 1918 abgeschickt hatte, war bereits der deutsche Botschafter Romberg mit den Schweizer Stellen in Kontakt getreten. Nach Absprache mit der Vorgängerregierung um Reichskanzler Graf von Hertling hatte er Sulzer zu einem persönlichen Gespräch in Bern getroffen und ihm dabei in einem Aide-Mémoire die Grundlagen für Friedensverhandlungen mit den USA übergeben und ihn gebeten, die Friedenswünsche an Präsident Wilson zu übermitteln. Das Dokument sah zwar eine Räumung von Belgien vor, verteidigte aber den Frieden von Brest-Litowsk.[15] Sulzer zeigte sich gegenüber dem deutschen Gesandten denn auch äusserst vorsichtig, weil er befürchtete, durch eine Vermittlungsaktion die Schweiz wiederum, wie anlässlich der Hoffmann-Grimm-Affäre, dem Vorwurf der Parteinahme für Deutschland auszusetzen. Er besprach sich in der Sache deshalb mit dem bekannten Zürcher Völkerrechtsprofessor Max Huber, der ihm ebenfalls riet, eine aktive Vermittlerrolle nur dann zu übernehmen, wenn Deutschland «das Wilson-Programm» und eine «politische Neuorientierung» uneingeschränkt akzeptiere.[16] Doch nur wenige Tage nach dem Treffen musste Hertling als Reichskanzler zurücktreten, und noch bevor Sulzer Anfang November 1918 wieder zurück in den USA war, hatte die neue deutsche Regierung das definitive Waffenstillstandsgesuch abgeschickt.[17] Die Schweiz verzichtete in der Folge auf jegliche Vermittlertätigkeit bei den Verhandlungen um einen Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten und beschränkte sich im Oktober 1918 auf die schlichte Funktion des Briefträgers.[18] Als Kommentar karikierte die «Los Angeles Times» den «note-able» Friedrich Oederlin als Post-

beamten, der schwitzend die Depeschen zwischen der Schweizer Botschaft und dem Weissen Haus hin- und hertrug.[19]

Die deutlichsten Versuche einer Friedenslösung waren jedoch bereits seit 1917 von Österreich-Ungarn ausgegangen. Kaiser Karl hatte noch im Januar 1917 in Wien den Botschafter Musulin damit beauftragt, die Friedensmission der Mutter seiner Gemahlin, Kaiserin Zita, zu unterstützen.[20] Anfang Februar 1917 war diese dann nach Neuenburg gereist und hatte sich dort mit ihren Söhnen, den Prinzen Sixtus und Xavier von Bourbon-Parma, getroffen. Da diese in der belgischen Armee dienten und in direktem Kontakt zu den alliierten Regierungen standen, sollte dadurch die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit der Entente erkundet werden. Später trafen sich die Prinzen direkt mit Kaiser Karl und seinem Aussenminister in Wien zu Unterredungen. Doch die Geheimverhandlungen führten zu nichts und die Versuche Kaiser Karls, den Frieden zu «entfesseln», scheiterten. Mehr noch, die geheimen Absprachen wurden 1918 öffentlich gemacht und mit der «Sixtus-Affäre» wurde bekannt, dass Kaiser Karl schriftlich die Abtretung von Elsass-Lothringen zugesagt hatte. Damit war das Vertrauen zwischen den Bündnispartnern grundlegend zerstört und in der Folge hatten sich der Kaiser und die Doppelmonarchie der deutschen Vorherrschaft und einer von Deutschland kontrollierten Obersten Kriegsleitung zu unterstellen.[21]

Neben der auf Kaiser Karls Initiative gestützten Vermittlungsaktion durch die Parma-Brüder hatten zur Jahreswende 1917/18 zudem noch zwei weitere Geheimtreffen in der Schweiz stattgefunden. Zum einen traf sich ein hochrangiger österreichischer Diplomat in Genf mit dem südafrikanischen General Jan Smuts, der Mitglied im britischen Kriegskabinett war, zum anderen begab sich der bekannte österreichische Lebensmittelhändler Julius Meinl in die Schweiz und traf sich mit George D. Herron und dem stellvertretenden US-Botschafter Hugh R. Wilson, um Friedensgespräche zwischen Wien und Washington in Gang zu setzen. Beide Vermittlungsaktionen bezweckten letztlich eine Einigung über die politische und territoriale Aufteilung Europas, wobei Österreich stets versuchte, das Deutsche Reich zu Zugeständnissen bezüglich Elsass-Lothringen zu bewegen.[22]

Doch die österreichischen Vermittlungspläne scheiterten im Frühling 1918 allesamt an der unnachgiebigen Haltung der deutschen Militärs, und nach dem Bekanntwerden der Sixtus-Affäre war die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Doppelmonarchie ohnehin weitgehend eingeschränkt. Da nun die Habsburgermonarchie selbst keine Friedensvermittlung mehr lancieren konnte, kontaktierte der österreichisch-ungarische Gesandte Musulin im Sommer 1918 direkt die Schweizer Regierung und bat diese um eine Mediation. Doch wie später im Falle Deutschlands lehnte Bundespräsident Calonder eine vermittelnde Rolle der Schweiz ab, denn im jetzigen Umfeld könne der neutrale Staat eine Vermittlung nur dann übernehmen, wenn beide Seiten eine solche ausdrücklich wünschten, anderenfalls entstehe der Eindruck der einseitigen Parteinahme.[23] US-Botschafter Stovall meldete anschliessend im September 1918 ins State Department, dass man

im Berner Aussenministerium wisse, dass eine «Swiss intervention» zugunsten Österreich-Ungarns für die Schweiz «unfortunate» und «inopportune» sei.[24] Ganz offensichtlich wollte die offizielle Schweiz in Anbetracht der für die beiden Monarchien immer ungünstigeren Lage keine vermittelnde Rolle mehr spielen und sich bei den USA und den übrigen alliierten Mächten nicht mit einer allzu starken Nähe zu den Mittelmächten diskreditieren.

Die zahlreichen Friedensversuche seitens Österreich-Ungarns enthüllten nicht nur die Kriegsmüdigkeit der Doppelmonarchie, vielmehr zeigte sich mit der Sixtus-Affäre zugleich, dass es zu einer tiefen Entfremdung zwischen den beiden Verbündeten gekommen war. Dieses latente Misstrauen führte dazu, dass die deutschen Dienststellen stets befürchteten, die österreichischen Diplomaten würden zu enge Beziehungen zu den neutralen Staaten pflegen, diesen geheime Informationen weiterleiten und damit die Bündniseinheit gefährden.[25] Der deutsche Propagandachef Kessler ärgerte sich denn auch, weil er meinte, die «Österreicher» würden «Deutschland vor den Neutralen als den bösen, gewalttätigen Bruder» anschwärzen und damit gegenüber den Feinden den Eindruck eines «Zwiespalts» und eines «Zerfalls» des Bündnisses hervorrufen. In Anbetracht der schwierigen Lage dürfe man gerade jetzt nicht «zwei unähnliche Gesichter zeigen, sondern nur zwei wie Zwillingsbrüder zum Verwechseln ähnliche», wie er dem Pressechef des österreichisch-ungarischen Aussenministeriums[26] anlässlich eines Gesprächs in Bern erklärte.[27] Doch die Ideen Kesslers blieben Wunschdenken. Vielmehr wurde in der Schweiz seit Langem zwischen einem auf Ausgleich bedachten Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn und einem als autoritär und rücksichtslos empfundenen militaristischen Deutschen Reich unterschieden. Musulin hatte deshalb bereits im Frühjahr 1917 festgestellt, dass sich «Preussen» in der «deutschen Schweiz» nur noch geringer Sympathien erfreue, während es insbesondere in katholischen Kreisen nach wie vor eine grosse Unterstützung für die Doppelmonarchie gebe. Als Beispiel erwähnte er den Fürstabt des Benediktinerstifts Einsiedeln, der täglich in der Gnadenkapelle «für ihre k. u. k. Apostolische Majestäten» bete und dabei «Grosses» erwarte «von der Rolle, die Oesterreich-Ungarn noch zu spielen berufen sein wird», wie Musulin damals noch zufrieden nach Wien meldete.[28]

Neben der Spaltung zwischen den Bündnispartnern zeigten weitere Geheimgespräche in der Schweiz, dass die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Deutschen Reiches in Anbetracht der drohenden Niederlage zunahmen. Denn zugleich mit den Österreichern bemühten sich verschiedene süddeutsche Politiker und Professoren aus dem Umfeld des Münchner Geheimdiplomaten Adolf Müller um eine politische Lösung und stellten sich damit gegen die harte Linie der deutschen Militärs. Zu dieser Gruppe zählten etwa der Astronom Wilhelm Förster, der österreichische Journalist und Geheimagent Robert de Fiori oder der linksliberale Historiker und Politiker Ludwig Quidde, der sich bereits 1915 an einer Professorendenkschrift beteiligt und für eine moderatere Kriegszielpolitik des Deutschen Reiches plädiert hatte. Im Sommer 1918 kam es zu mehreren

geheimen Treffen zwischen George D. Herron und den deutschen Vertretern. Während der Amerikaner darauf hoffte, die Bayern vom Reich abzuspalten und Österreich aus der deutschen Abhängigkeit herauszuführen, versuchten die deutschen Gesprächspartner vor allem die Position der USA für einen möglichen Friedensvertrag zu sondieren und die Reichsregierung zu einem moderateren aussenpolitischen Kurs zu bewegen.[29]

Obwohl keine dieser Friedensinitiativen eine tatsächliche politische Umsetzung erfuhr, illustrieren diese Versuche dennoch eindrücklich, wie seit Ende 1917 und vor allem ab 1918 nicht nur die vielbeschworene Einheit zwischen den Bündnispartnern zunehmend bröckelte, sondern auch die Aussenpolitik des Deutschen Reiches durch stark divergierende Kräfte geprägt wurde. Zudem werfen diese diplomatischen Aktionen ein Schlaglicht auf den oftmals unkoordinierten und spontanen Charakter der deutschen und österreichisch-ungarischen Aussenpolitik in den turbulenten letzten Wochen der beiden Monarchien. Die Schweiz wurde dabei zur Plattform und Drehscheibe dieser hoffnungslosen Rettungsversuche in der immer unübersichtlicher werdenden Niedergangsphase der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie. Im Gegensatz zur Ära unter Aussenminister Hoffmann war man aber nun in Bundesbern nicht mehr bereit, für die Zentralmächte eine aktiv vermittelnde Rolle zu übernehmen.

7.3 Revolution im Deutschen Kaiserreich und der Zerfall der Habsburgermonarchie

Ohnehin überschlugen sich nun in kurzer Folge die Ereignisse nach dem Absenden des Waffenstillstandsgesuches durch Prinz Max von Baden an Präsident Wilson. Entgegen den Erwartungen der Obersten Heeresleitung zeigten sich die USA keineswegs bereit, auf die Friedensvorschläge einzugehen, sondern forderten zuerst einen politischen Machtwechsel in Deutschland.[30] In einer weiteren Note, die Oederlin im Auftrag der US-Regierung am 23. Oktober 1918 via Bern nach Berlin übermittelte, machten die USA klar, dass sie nur zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit seien, wenn die bestehenden Machtstrukturen radikal geändert und die Herrschaft der Monarchie und der Militärs definitiv beendet würde. Denn, so hiess es wörtlich, «the nations of the world do not and cannot trust the word of those who have hitherto been the masters of German policy».[31] Friedensverhandlungen könne es nur mit «veritable representatives of the German people» geben; blieben die «military masters and the monarchical autocrats» hingegen an der Macht, fordere man die uneingeschränkte Kapitulation.[32]

Diese unmissverständliche Haltung der USA stiess nun bei der OHL auf heftige Ablehnung. Denn damit war die Taktik gefährdet, durch einen schnellen Waffenstillstand den Zusammenbruch des deutschen Heeres zu verhindern und auf dieser Grundlage die Entwicklung im Inneren weiterhin bestimmen zu können. Hindenburg und Ludendorff lehnten die Forderungen daher als «unerträgliche

Demütigung» ab und versuchten jetzt die Verhandlungen mit Wilson zu sabotieren.[33] Doch die Zeit für eine Lösung drängte, wollte die deutsche Regierung einen Aufruhr der enttäuschten Bevölkerung vermeiden. Unter dem äusseren und inneren Druck kam es deshalb zu einer zaghaften Parlamentarisierung und auf Drängen des Reichskanzlers Max von Baden musste Ludendorff demissionieren.[34] Allerdings blieben diese sogenannten Oktoberreformen insgesamt halbherzig. Die feudalrechtliche Kommandogewalt des Monarchen wurde nicht angetastet und der Generalstab und die OHL wurden keiner politischen Kontrolle unterworfen.[35] Ohnehin fand das Projekt in der Öffentlichkeit nur wenig Widerhall. Zwar war Ludendorff gestürzt, nicht aber der Kaiser. Dieser war vielmehr nach Spa ins Grosse Hauptquartier geflüchtet und hatte sich dort dem Schutz der OHL unterstellt. Damit kam es in Deutschland zu einer Spaltung der obersten Staatsinstitutionen in ein parlamentarisch-bürokratisches Machtzentrum in Berlin und eine monarchisch-militärische Kommandozentrale im belgischen Städtchen Spa. Versuche verschiedener Emissäre aus Berlin, auch den Kaiser zur Abdankung zu bewegen und damit den Weg für Friedensverhandlungen frei zu machen, scheiterten. Die Militärführung und der Kaiser zogen eine Fortsetzung des Krieges einem Frieden vor, der ihre Machtstellung beschnitten hätte.[36]

Es war nun ausgerechnet die deutsche Marine, die seit der Jahrhundertwende im Zentrum der Auseinandersetzungen um die zukünftige deutsche Weltpolitik gestanden hatte, die den letzten Akt im Niedergang der deutschen Monarchie einläutete.[37] Dabei spielte wiederum der U-Boot-Krieg die Schlüsselrolle. Waren die USA nicht zuletzt wegen des unbeschränkten U-Boot-Krieges Deutschlands Kriegsgegner geworden, forderte Wilson nun folgerichtig als Vorbedingung für Friedensverhandlungen auch die Einstellung dieser völkerrechtswidrigen Massnahme. Doch nachdem die deutsche Flotte wegen der britischen Übermacht beinahe während des ganzen Krieges untätig in den Häfen gelegen hatte, war die Marineleitung nicht bereit, mit den U-Booten die einzige Waffe aus der Hand zu geben, die sich als wirksam erwiesen hatte. Als die neue Regierung in Berlin nun die Einstellung des U-Boot-Krieges zusagte, erliess die Seekriegsleitung den Befehl, trotz der militärischen Aussichtslosigkeit die deutsche Hochseeflotte auslaufen zu lassen und die britische Flotte zu einem «Endkampf» zu zwingen. Doch anstatt dem Himmelfahrtskommando Folge zu leisten, kam es daraufhin in Kiel zur offenen Meuterei. Die Matrosen widersetzten sich den Befehlen, entwaffneten ihre Offiziere und bildeten einen Soldatenrat. Doch die revolutionäre Erhebung blieb nicht auf den Kieler Hafen beschränkt, sondern griff in nur wenigen Tagen fast auf ganz Deutschland über. Regierungen und Bürgermeister traten zurück. Arbeiter und Soldatenräte ergriffen die Macht. Und innerhalb kurzer Zeit mussten sämtliche deutschen Fürsten unter dem Druck der Revolution abtreten,[38] als Erster der bayerische König, wodurch die fast 750-jährige Herrschaft der Wittelsbacher sang- und klanglos ihr Ende fand.[39]

Kaiser Wilhelm II. allerdings dachte nicht daran, zurückzutreten. Vielmehr hoffte er, nach einem allfälligen Waffenstillstand an der Spitze ihm treu ergebe-

ner Truppen in Berlin den Aufstand niederzuschlagen und die Ordnung wiederherzustellen, auch wenn er dabei sein «eigenes Schloss» zerschiessen müsse, wie er dem Boten aus Berlin ausrichtete.[40] Doch es gab schon längst keine loyalen Truppen mehr, die Revolution hatte definitiv um sich gegriffen und die alten Machtstrukturen hinweggefegt. Am späten Vormittag des 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden ohne die Einwilligung des Kaisers der Öffentlichkeit dessen Abdankung, und bereits am Nachmittag desselben Tages rief der Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin vom Reichstagsgebäude die Republik aus. Am nächsten Tag floh Wilhelm II. im Zug aus dem belgischen Spa ins holländische Exil und verzichtete anschliessend offiziell auf sämtliche Herrschaftsansprüche.[41]

Ähnlich rasch vollzog sich der Niedergang der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Nachdem Bulgarien Ende September kapituliert hatte und die Balkanfront zusammengebrochen war, wurde Ungarn militärisch direkt von alliierten Truppen bedroht und beorderte daher die eigenen Soldaten aus Italien zurück. Damit löste sich jedoch die italienische Front auf und die k. u. k. Truppen verweigerten den Gehorsam.[42] Die Doppelmonarchie zerfiel innerhalb weniger Wochen buchstäblich in ihre einzelnen nationalen Bestandteile und schloss bereits am 3. November 1918, noch vor dem Deutschen Reich, mit den Alliierten einen Waffenstillstand ab, der einer faktischen Kapitulation gleichkam. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die Habsburgermonarchie bereits längst zu bestehen aufgehört.[43]

Während der deutsche Kaiser ins benachbarte Holland flüchtete, setzte sich der österreichische Monarch zusammen mit seiner Gemahlin Zita, nachdem er zunächst noch vergeblich in Österreich ausgeharrt hatte, in die Schweiz ab. Wie schon bei den Friedensbemühungen spielten dabei die familiären Bande der Bourbon-Parmas eine Rolle, denn zunächst bewohnte die ehemals kaiserliche Familie das kleine Schloss Wartegg am Bodensee, welches noch von der Grossmutter Zitas, Louise von Bourbon-Parma, erworben worden war.[44] Obwohl sich die ehemalige Herrscherfamilie mit einem kleinen Hofstaat umgab, blieb von den früheren glanzvollen Tagen wenig übrig. Das Vermögen der Habsburger war konfisziert worden und die Familie musste nun sogar den mitgebrachten Schmuck bei den lokalen Banken als Pfand hinterlegen, um an das notwendige Bargeld zu kommen.[45] Der Bundesrat hatte sich zunächst gegen eine Einreise des Exmonarchen ausgesprochen, schliesslich aber unter der Bedingung zugestimmt, dass sich Karl nicht mehr politisch betätige. Gegen aussen hielt sich der Monarch zunächst an die Forderung. Im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm II. hatte er aber nie offiziell abgedankt. Im Hintergrund arbeitete er beharrlich an seiner Rückkehr auf den Thron und reiste dazu zweimal nach Ungarn. Seine Pläne scheiterten jedoch und 1921 wurde er samt seiner Familie auf die Mittelmeerinsel Madeira verbannt.[46]

Mit dem Ende der Monarchien kam auch das Ende des Krieges.[47] Nur zwei Tage nach der Flucht Kaiser Wilhelms II., am 11. November 1918, unterzeichnete eine Delegation deutscher Politiker das auf den Bedingungen der Entente beruhende Waffenstillstandsabkommen.[48]

7.4 Der Zürcher Bombenprozess und der Landesstreik oder der Kampf gegen die deutsch-bolschewistische Unterwanderung

Der rasante Zusammenbruch der beiden Monarchien warf auch Wellen in der Schweiz. Vor allem der Niedergang des ehemals so mächtigen Deutschen Reiches wurde auf der Schweizer Seite des Rheins genauestens verfolgt. War das Kaiserreich einst in breiten Bevölkerungsschichten und insbesondere bei der politischen Elite der Schweiz bewundert worden, setzte gegen Ende 1918 eine immer deutlichere Absetzbewegung ein. Höhepunkt und Impulsgeber dieser Entwicklung war der sogenannte erste Zürcher Bombenprozess, der im Oktober 1918 vor dem Bundesstrafgericht verhandelt wurde. Bei einer Kontrolle im Arbeiterquartier Aussersihl hatte die Polizei in einer Scheune Flugblätter und Waffen beschlagnahmt, die dort von italienischen Anarchisten deponiert worden waren.[49] Das subversive Material stammte dabei von einer Zweigstelle des militärischen Nachrichtendienstes in Stuttgart, die direkt der OHL in Berlin unterstellt war. Der Leiter dieser Stelle, ein gewisser Karl Brunk mit dem Decknamen «der Löwe», hatte mit dem diplomatischen Kurier des Auswärtigen Amtes kistenweise Waffen (darunter Revolver und Handgranaten), Munition und Sprengstoff nach Zürich geschickt.

Im dortigen deutschen Generalkonsulat im Kaspar-Escher-Haus, welches zeitweise über 150 Personen beschäftigte, wurde das Material vom Konsulatsangestellten Rudolf Engelmann in Empfang genommen und in den Lagerräumen verwahrt. Anschliessend sollte es von italienischen Anarchisten abgeholt und nach Italien weitertransportiert werden.[50] Die Propagandaschriften, die alle in Deutschland gedruckt wurden, riefen in italienischer Sprache zum Ungehorsam gegen die Regierung und den italienischen König auf und sollten die Kampfmoral der italienischen Bevölkerung untergraben.[51] Die Waffen und das Sprengstoffmaterial wurden für Anschläge und Attentate verwendet, um die italienische Front zu destabilisieren und den deutschen und österreichischen Truppen einen raschen Sieg an der Südfront zu ermöglichen.[52]

Mit dem Fund der Waffen und Propagandaschriften durch die Zürcher Polizei waren die illegalen Schmugglernetzwerke des deutschen Geheimdienstes und deren Zusammenarbeit mit den italienischen Anarchisten allerdings aufgeflogen. In der Folge wurde der italienische Anarchist Gino Andrei verhaftet, während sich der zur Fahndung ausgeschriebene Rudolf Engelmann nach Deutschland abgesetzt hatte. Nach langen Ermittlungen und intensiver medialer Berichterstattung wurde Gino Andrei schliesslich am 10. Oktober 1918 vom Bundesstrafgericht zu zwanzig Monaten und Rudolf Engelmann in Abwesenheit zu dreissig Monaten Haft verurteilt.[53]

Dieser aufsehenerregende Prozess verband sich in der öffentlichen Wahrnehmung bald mit einem zweiten Zürcher Bombenfund. Diesmal wurden grosse Mengen Sprengstoff in der Limmat gefunden, die dort von italienischen Anarchisten versenkt worden waren, und in der Folge kam es zu einer Verhaftungs-

welle mit über einem Dutzend Festnahmen. Auch in diesem Fall waren deutsche Nachrichtendienstabteilungen in die Lieferung von Waffen, Spreng- und sogar Giftstoffen verwickelt, die unter anderem von indischen Nationalisten nach Italien und auf den Balkan geschmuggelt werden sollten, um dort für Anschläge gegen italienische Politiker und britische Diplomaten eingesetzt zu werden und eine Epidemie zu verursachen. Die Schweiz, die als neutraler Aufenthaltsort viele antikoloniale Aktivisten beherbergte, war für die deutschen Nachrichtendienste eine geeignete Basis für Geheimoperationen gegen das britische Empire. Im letzteren Fall hatten sich allerdings die anarchistischen Zellen verselbstständigt und nun Anschläge in der Schweiz geplant.[54]

Die Schweiz war allerdings nicht nur Operationsgebiet der deutschen Nachrichtendienste für antibritische Aktionen in Norditalien und auf dem Balkan, sondern diente auch als Ausgangsbasis für Geheimunternehmen in Südamerika. Bereits vor dem Zürcher Bombenprozess hatten Kuriere des deutschen Admiralstabes Sprengstoff in die Schweiz gebracht und versucht, diesen in Schweizer Exportartikeln zu verstecken und in feindliche Staaten Südamerikas zu verschicken. Die Aktion flog allerdings auf, wobei es den deutschen Behörden in diesem Falle noch gelungen war, im Gegenzug für die Lieferung dringend benötigter Medikamente ans schweizerische Gesundheitsamt eine Untersuchung der Schweizer Strafbehörden und damit eine Aufdeckung der geheimen Schmuggelkanäle zu verhindern.[55] Diese Aktionen standen im Zusammenhang mit dem deutschen Versuch, im Sinne einer globalen Kampfführung auch in Mittel- und Südamerika den alliierten und namentlich den US-amerikanischen Einfluss zu bekämpfen.[56]

Dass die Schweiz während des ganzen Krieges ein wichtiges Operationsgebiet der Zentralmächte für geheimdienstliche Aktionen war, zeigen auch die Unterlagen des k. u. k. Militärattachés in Bern, Oberst von Einem. Im Fokus der Österreicher stand ebenfalls Italien, denn über die Schweiz konnte der Kriegsgegner besonders gut infiltriert werden. Zudem unterhielten die Italiener unter der Leitung ihres Militärattachés in Bern mithilfe katholischer Amtsträger und ehemaliger Diplomaten ein dichtes nachrichtendienstliches Netzwerk, welches die österreichische Abwehr zu enttarnen suchte. Umgekehrt störten die Italiener die österreichischen Unternehmen, wo immer möglich.[57] Dabei kam es zu spektakulären Aktionen, wie dem Einbruch in ein österreichisches Nachrichtendienstbüro in Zürich, bei dem italienische Agenten in einer nächtlichen Kommandoaktion mit einem Schneidbrenner den Tresor knackten und geheime Unterlagen, Chiffrierschlüssel sowie eine Liste mit den Namen österreichischer Agenten in Italien erbeuteten. Kurz darauf fielen in Mailand die ersten Schüsse, und noch bei der Einnahme Innsbrucks im Winter 1918/19 wurde einer der enttarnten österreichischen Agenten hingerichtet.[58] Waren die Aktivitäten der Geheimdienste zunächst auf die Enttarnung des Gegners und eine anschliessende Anzeige bei den schweizerischen Polizeibehörden ausgelegt, traten im Laufe des Krieges stärker eigenständige Aktionen in den Vordergrund und die Methoden wurden immer rabiater. Entführungen und Überfälle mit Äther und Pistolen

wurden nun als Mittel der Nachrichtenbeschaffung eingesetzt.[59] Und wie die deutschen Nachrichtendienste schreckten auch die Österreicher nicht davor zurück, über die Schweiz in Italien Sabotageakte zu begehen. Von der Schweizer Operationsbasis aus führten sie Bombenanschläge gegen militärische Anlagen und Munitions- und Dynamitfabriken durch und versenkten italienische Kriegsschiffe, die in den Häfen vor Anker lagen.[60]

Bei vielen dieser Aktionen kam es zu einer engen Vermischung von diplomatischen und nachrichtendienstlichen Tätigkeiten. Auch wenn meistens die militärischen Dienststellen direkt verantwortlich waren, liefen die Kontakte oft über die jeweiligen Konsulate und wurden von den Gesandtschaften in Bern geduldet. Ehemalige und aktive Diplomaten fungierten als Spione und Geheimagenten oder wurden zur Tarnung offiziell an der Gesandtschaft beschäftigt. Der von Grenzkontrollen befreite diplomatische Kurierdienst diente als Post- und Schmuggelservice und die Räumlichkeiten und übrigen Infrastrukturen der Konsulate standen den Nachrichtendiensten zur Verfügung. Damit konnten unter dem Schutzmantel der diplomatischen Immunität die militärischen Dienststellen ungestört ihrer klandestinen Tätigkeit nachgehen.[61] In Anbetracht des immer totaler geführten Weltkriegs wurde die Grenze zwischen zivilen und militärischen Sphären durchlässig und die Bereiche Spionage und Sabotage, Propaganda und Wirtschaftskrieg vermischten sich immer mehr. Zwar zeigte sich Romberg gegenüber den eigenen militärischen Dienststellen nach dem Zürcher Bombenskandal empört und warf diesen vor, sie hätten es «bei ihren Unternehmungen an der nötigen Vorsicht auf das Sträflichste» fehlen lassen.[62] Gegenüber dem Schweizer Bundespräsidenten Calonder behauptete Romberg jedoch, es handle sich um eine rein italienische Affäre, und stritt jegliche Verwicklung deutscher Amtsstellen in der Angelegenheit ab.[63]

In der Schweizer Öffentlichkeit war man sich der starken Präsenz ausländischer Spionagenetzwerke zwar durchaus bewusst, denn bereits vor dem Zürcher Bombenprozess war es immer wieder zu Spionagefällen und Verhaftungen gekommen, die wohl nur als die Spitze des Eisbergs zu interpretieren waren.[64] Dennoch enthüllten die beiden Zürcher Bombenprozesse die gewaltigen Ausmasse deutscher Geheimaktionen auf Schweizer Territorium. Dass dabei Waffen, Sprengstoffe und sogar geheime chemische Kampfstoffe zum Einsatz kamen, musste die Schweizer Bevölkerung höchst beunruhigen. Insgesamt wurden durch die Verhaftungen und späteren Prozesse die Aktivitäten des deutschen militärischen Nachrichtendienstes in der Schweiz öffentlich enttarnt und es wurde klar, dass die militärischen Stellen in Deutschland über ein Netzwerk von Agenten die neutrale Schweiz als Aktionsfeld genutzt und mit internationalistischen und anarchistischen Kräften konspiriert hatten. Diese Ereignisse schürten die Ablehnung des deutschen Militarismus und die Angst vor einer bolschewistischen Unterwanderung im Bürgertum zunehmend.[65]

Seit 1917 hatte sich zudem die wirtschaftliche Situation in der Schweiz deutlich verschlechtert und es war zu einer ersten Reihe von Demonstrationen

und Warnstreiks in verschiedenen Schweizer Städten gekommen, die, durch die Oktoberrevolution verstärkt, im Herbst 1917 in Zürich in schwere Unruhen mündeten.[66] Auch danach hatte sich die Versorgungslage der Bevölkerung weiter verschlechtert, so dass im Sommer 1918 fast 700 000 Personen, und damit rund ein Viertel der gesamten arbeitenden Schweizer Bevölkerung, auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. Der Staat vergünstigte Lebensmittel wie Milch, Brot und Kartoffeln und senkte die Preise für Hausbrandkohle.[67] Trotz dieser wachsenden staatlichen Fürsorgemassnahmen und eines grossen privaten Engagements verschärfte sich die soziale Misere und es kam zu einer immer stärkeren Polarisierung zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum.[68] In verschiedenen Schweizer Städten kam es anlässlich von Lebensmitteldemonstrationen zu Krawallen und im Herbst 1918 streikte sogar das Personal der Zürcher Banken.[69] Zudem hatte sich seit der Ablehnung der Landesverteidigung der Sozialdemokraten im Sommer 1917 der politische Konflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft deutlich verschärft. Nachdem es in Deutschland Anfang November 1918 zum Zusammenbruch der monarchischen Ordnung und zur offenen Revolution gekommen war, entfiel der äussere Druck des Krieges und der innerhelvetische Burgfriede wurde endgültig obsolet. Die Schweizer Arbeiterschaft wurde von einer revolutionären Stimmung erfasst, denn jetzt schien der Moment gekommen, um die eigenen politischen Forderungen durchzusetzen. Am 9. November 1918, am selben Tag, an dem in Berlin vom Sozialdemokraten Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen wurde, kam es zu ersten, zunächst noch ruhigen Proteststreiks in verschiedenen Schweizer Industriezentren. Doch in den nächsten Tagen verhärteten sich die Fronten und mit dem Einmarsch der Armee in die Schweizer Städte verschlechterte sich das Klima deutlich. Schliesslich rief das sogenannte Oltener Komitee, ein Zusammenschluss der Schweizer Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, für den 12. November 1918 zum landesweiten Generalstreik auf. Damit kam es zur endgültigen Kraftprobe zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgerblock. Die Arbeiterbewegung hoffte, ihre sozialen Forderungen, darunter die Einführung des Proporzes bei den Nationalratswahlen, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Sicherung der Lebensmittelversorgung sowie die Einführung der 48-Stunden-Woche und einer Alters- und Invalidenversicherung, durchzusetzen. Mithilfe der Strasse versuchte die Arbeiterbewegung sich in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, von dem sie durch die bürgerliche Mehrheit im Rahmen des Vollmachtenregimes ausgeschlossen worden war.[70] Doch beim bürgerlichen Bundesrat und Parlament fand sie kein Gehör. Vielmehr gewann der unversöhnliche freisinnige Parteiflügel die Oberhand und erzwang mit Unterstützung der Armee den Streikabbruch. Zudem verwies man die sowjetische Gesandtschaft, der man vorwarf, die sozialistischen und anarchistischen Umtriebe zu fördern, des Landes und trieb die russischen Diplomaten und ihre Familien bei Kreuzlingen über die Grenze,[71] wobei die begleitende Armee-Eskorte nur knapp gewährleisten konnte, dass die

Sowjetemissäre nicht von den wütenden Thurgauer Bauern aufgehängt wurden, wie der US-Konsul aus St. Gallen meldete.[72]

Die revolutionären Vorgänge in den Nachbarstaaten, der Landesstreik und die im Zuge des Zürcher Bombenprozesses enthüllten Verbindungen zwischen deutschen Geheimagenten und italienischen Anarchisten hatten in den bürgerlichen und bäuerlichen Schichten eine tiefe Revolutionsangst hervorgerufen. Dies spiegelt sich in den Worten von Bundespräsident Calonder wider, der am 12. November 1918 vor dem Parlament ausdrückte, was weite Teile des Bürgertums vom Landesstreik dachten: «Schon seit einiger Zeit waren skrupellose Hetzer und namentlich Vertreter des bolschewistischen Terrors in verschiedenen Gegenden der Schweiz am Werke, um den Boden für aufrührerische Bewegungen vorzubereiten. Diese revolutionären, zum Teil ausgesprochen anarchistischen Wühlereien wurden namentlich in der Stadt Zürich immer frecher und intensiver betrieben, so dass sich nach und nach eine hochgradige Aufregung der dortigen Bevölkerung bemächtigte.»[73] Es dürfte auch kein Zufall sein, dass die «Bürgerliche Freie Presse», die während des Landesstreiks als bürgerliches Gegenorgan in den Räumen der NZZ gedruckt wurde, den Ausbruch des Landesstreiks mit dem Bombenprozess direkt in Verbindung brachte. Amtliche deutsche Stellen seien nicht nur für die Bewaffnung anarchistischer Kreise verantwortlich, sondern hätten damit auch das Terrain für die politische Agitation des Landesstreiks vorbereitet und die Angst im Land geschürt.[74] Auch wenn diese Anschuldigungen so nicht zutrafen, waren die insinuierten Verbindungen zwischen den deutschen Nachrichtendiensten und Schweizer Sozialisten nicht völlig aus der Luft gegriffen. So zeigen deutsche Akten, dass etwa der führende Kopf der Basler Arbeiterbewegung und Präsident der SP Basel, Franz Welti, «im Dienst der Meldesammelstelle 1 Süd in Loerrach» stand und vom örtlichen deutschen Konsul als absolut «zuverlässig und deutschfreundlich» eingestuft wurde.[75]

Obwohl solche geheimen Hintergründe der Allgemeinheit verborgen blieben und die deutschen Dienststellen in keiner Weise Einfluss auf den Landesstreik nahmen, hatte sich der deutsche Militarismus in den Augen bürgerlicher Beobachter doch spätestens seit dem Separatfrieden mit den Bolschewiki im Frühling 1918 zum direkten Komplizen der russischen Sozialisten gemacht. Schliesslich war es kein Geringerer als der deutsche Gesandte Romberg gewesen, welcher rund ein Jahr zuvor Lenin und seine Anhänger bei der Ausreise aus der Schweiz nach Russland unterstützt hatte, um dort die Revolution durchzuführen. Die immer radikaler auftretende deutsche Staatsführung und die bolschewistische Bewegung waren somit in der Wahrnehmung bürgerlicher Kreise zunehmend zu einer gemeinsamen Bedrohung verschmolzen, während die Alliierten den Damm gegen die Anarchie zu bilden schienen.[76]

Mit der Niederlage der deutschen Armeen und dem Zusammenbruch der monarchistischen Ordnung in Deutschland wandte sich deshalb ein immer grösserer Teil der deutschschweizerischen Führungsriege vom Kaiserreich ab. Der bürgerliche Bundesrat und das Parlament, getragen von den liberalen Industriel-

len und Bankenkreisen, forcierten nun nicht nur die Niederschlagung des Landesstreiks und die rasche Ausweisung der sowjetischen Gesandtschaft, sondern wandten sich auch immer dezidierter gegen das Deutsche Reich und seine Vertreter in der Schweiz. Als direkte Reaktion auf den Bombenprozess musste die deutsche Regierung den deutschen General- und den Vizekonsul, die man für die klandestinen Tätigkeiten mitverantwortlich machte, aus Zürich abziehen.[77] Die NZZ hatte denn auch anlässlich des Zürcher Bombenprozesses scharf gegen das «völkerrechtswidrige Treiben hinter den Konsulatsschildern» protestiert und die Beteiligung der deutschen Konsulatsbeamten an solchen Machenschaften als schwere «Verletzung» des schweizerischen «Neutralitätsrechts» verurteilt, welche direkt «ans Mark» des schweizerischen Staates rühre. Das freisinnige Sprachrohr verlangte ein hartes Vorgehen, denn man habe «genug und übergenug dieser fremden Leute, die unser Territorium im Interesse fremder Kriegsgewalt verletzen».[78] Immer schärfer wurden die öffentlichen Angriffe gegen die Vertreter des deutschen Militarismus und die Organisatoren eines, wie es hiess, «deutschen terroristischen Dienstes» in der Schweiz.[79] Im Herbst 1918 steigerten sich die antideutschen Ressentiments sogar so stark, dass Baron Romberg besorgt nach Berlin meldete, die Stimmung in der «Ost-Schweiz», und besonders in Zürich, sei «äusserst erregt», und einzelne Beobachter fürchteten gar einen Pogrom an den Deutschen.[80]

7.5 Die Schweiz steht unter alliierter Beobachtung

Die antideutsche und antibolschewistische Stimmung wurde aber nicht nur von den bürgerlichen Kräften getragen, sondern auch durch die aussenpolitische Lage beeinflusst. Im Gespräch mit dem Arbeiterführer Robert Grimm hatten die Bundesräte Gustave Ador und Giuseppe Motta deutlich gemacht, dass die Alliierten eine revolutionäre Erhebung in der Schweiz nicht dulden würden und bereits Truppen bereitgestellt hätten, um notfalls in die Schweiz einzumarschieren und die Ordnung wiederherzustellen.[81] Zwar waren die umlaufenden Gerüchte über einen eventuellen Einmarsch von US-Truppen unzutreffend und wurden von den Bundesräten wohl auch bewusst als Druckmittel gegen die Arbeiterschaft eingesetzt. Dennoch ist anzunehmen, dass die Siegerstaaten eine Revolution in der Schweiz nicht geduldet hätten.[82] So warnte etwa der französische Botschafter in den USA das State Department, dass eine Revolution in der Schweiz für die Stabilität in den übrigen Staaten Europas eine grosse Gefahr sei, und der französische Botschafter in Bern verwies auf die gefährliche Agitation russischer Sozialisten in der Schweiz. Das primäre Ziel seien zwar Umstürze in Deutschland, Italien und Ungarn, die Schweiz diene dabei aber als Sitz des «état-major révolutionnaire», welcher die Aktivitäten koordinieren solle. Dies sei in geheimen Gesprächen zwischen russischen und Schweizer Sozialisten so vereinbart worden.[83]

Ein politischer Umsturz oder zumindest eine längere Störung der öffentlichen Ordnung in der Schweiz schien durchaus möglich, so dass die US-Behörden in Bern gar befürchteten, vom Armeehauptquartier der AEF in Frankreich abgeschnitten zu werden, und deshalb einen speziellen Kurierdienst über die französisch-schweizerische Grenze organisierten.[84] Kurz vor dem Landesstreik besprach sich US-Botschafter Stovall direkt mit Bundespräsident Calonder, der ihm mitteilte, dass wohl nur mit militärischem Druck ein Aufstand der Arbeiter verhindert werden könne. Stovall bat seine Regierung, dem Schweizer Bundesrat mitteilen zu dürfen, dass man jede Handlung gegen diese Umtriebe vollumfänglich unterstütze, und hoffte damit, die Schweizer Regierung zu einem harten Durchgreifen zu motivieren.[85] Nach der «erfolgreichen» Niederschlagung des Landesstreiks liess die offizielle Schweiz dann umgehend über ihre Gesandtschaften im Ausland versichern, dass eine überwältigende Mehrheit des Schweizer Volkes dem Bolschewismus gegenüber feindlich gesinnt sei und der Bundesrat und das Parlament die öffentliche Sicherheit und Ruhe garantierten.[86] Das US-Konsulat aus Zürich meldete kurz darauf, dass der von bolschewistischen Kreisen und mit deutscher Unterstützung geplante Umsturz missglückt sei, und der Kampf «against the Bolschevici ideas has thus far proved successful».[87] Und US-Konsul Philip Holland in Basel stellte in Bezug auf den Landesstreik zufrieden fest: «the whole affair proved a failure.»[88]

Die Alliierten, vor allem die USA, hatten das Erstarken der sozialistischen Bewegung und die bolschewistischen Exilanten in der Schweiz allerdings schon vor dem Landesstreik mit Argwohn beobachtet. So betrieben die französischen Behörden eine umfangreiche Überwachung der sozialistischen Exilszene in der Schweiz. Listen von Abonnenten pazifistischer Zeitschriften wurden angelegt und umfangreiche Abklärungen über einzelne Vertreter der pazifistischen und bolschewistischen Bewegungen eingeholt.[89]

Bereits 1917 hatten die amerikanischen und alliierten Behörden aktiv versucht, die bolschewistischen Exilanten von der Ausreise nach Russland abzuhalten, allerdings waren diese Unterfangen bekanntlich gescheitert und die Pläne der deutschen Behörden geglückt. Durch die Rückkehr der bolschewistischen Exilanten war die Schweiz 1917 quasi zum geografischen Ausgangspunkt der russischen Revolution geworden und der Kleinstaat stand von da an unter besonderer Beobachtung. Dazu trugen auch Reportagen wie diejenige des US-Journalisten Carl Ackerman bei, der unter dem Titel «Bolsheviking the Swiss» in der «Saturday Evening Post» über die wachsende sozialistische Bewegung in der Schweiz berichtete und dabei die Zürcher Bombenfunde als Beweis für die von Deutschland ausgehende Bedrohung anführte. Die beiden Gefahren seien ein und desselben Ursprungs, denn: «The Bolsheviki seem to be working for the Kaiser in Switzerland, as most of them have been doing his bidding in Russia.»[90] Zudem informierte Ackerman nicht nur die US-Öffentlichkeit, sondern traf sich nach seiner Rückkehr in die USA auch direkt mit hohen Beamten im amerikanischen Aussenministerium und erstattete diesen Bericht.[91] In den Akten der ame-

rikanischen Behörden finden sich denn auch unzählige Schreiben über die sozialistischen Aktivitäten in der Schweiz, die nach Washington gesandt wurden,[92] darunter eine Liste mit über tausend Namen von in der Schweiz wohnhaften Personen, die man bolschewistischer Umtriebe verdächtigte.[93]

Es war nicht zuletzt die Angst vor einem weiteren Erstarken der sozialistischen Bewegung, die dazu führte, dass die USA die Getreidelieferungen an die Schweiz sicherstellten. Denn dass ein klarer Zusammenhang zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und der erstarkenden sozialistischen Bewegung bestand, war für die US-Diplomaten unbestritten. Während des Landesstreiks meldete Stovall folglich kurz und knapp nach Washington: «Country teeming with Bolshevik sentiment and leading bankers and business men are fearful of Switzerland's future. Russian agitators and abnormal cost of food responsible.»[94] Und im Hinblick auf die Erneuerung des schweizerisch-amerikanischen Getreideabkommens im Herbst 1918 erinnerte US-Botschafter Stovall das War Trade Board noch einmal an den engen Zusammenhang zwischen der Ernährungslage der Bevölkerung und dem Auftrieb sozialistischer Kräfte und schrieb: «I call attention to the spread of Bolcheviste doctrines here which gain ground in proportion to the hunger of the people.»[95] Dass die Versorgungslage im Herbst 1918 in der Schweiz tatsächlich alles andere als gut war, mussten inzwischen auch die US-Diplomaten am eigenen Leib erfahren. So wandte sich der Vertreter des War Trade Board in Bern, Ellis Loring Dresel, direkt an seinen Vorgesetzten Alonzo Taylor und bat diesen, ihm durch die AEF zusätzliche Lebensmittel und Heizkohle ins Haus zu liefern.[96] Auch wenn sich die allgemeine Versorgungslage im Herbst 1918 durch die Getreidelieferungen etwas entspannt hatte, mündeten unter dem Eindruck der politischen Umwälzungen in Europa im November 1918 die seit Langem schwelenden sozialen und politischen Gegensätze in den Landesstreik. Doch anstatt die sozialen Forderungen aufzunehmen und die Arbeiterbewegung am politischen Prozess partizipieren zu lassen, hatten der Bundesrat und das Parlament, bedrängt vom verängstigten Bürgertum und bestärkt durch die alliierten Regierungen, die sozialistische Bewegung mit Unterstützung der Armee niedergeschlagen. Damit unterstrich die Schweizer Regierung nach innen ihre Machtposition und nach aussen ihre Handlungsfähigkeit und positionierte die offizielle Schweiz klar im westlichen Bündnis.

7.6 Der Abzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Behörden aus der Schweiz

Die USA erhöhten nun den Druck auf die noch verbleibenden Vertreter des Deutschen Reiches in der Schweiz und forderten eine Auswechslung des Gesandtschaftspersonals.[97] Der Bundesrat verlangte deshalb von Deutschland den Abbau der bisherigen Behörden in der Schweiz und die Ersetzung der diplomatischen Vertreter. Auch die deutsche Exilantengruppe um Hans Schlieben und Hugo

Ball forderte in einem Aufruf an die neue republikanische Regierung, angesichts der schwerwiegenden Anschuldigungen der schweizerischen und ausländischen Presse gegen die deutsche Gesandtschaft in Bern deren Personal auszutauschen. Denn die dort beschäftigten Personen könnten sich nicht von den «kaiserlichen Methoden» trennen und würden nach wie vor mit den «alten Ludendorffschen Propagandaagenten» zusammenarbeiten. Das «imperialistische Gesandtschaftspersonal» müsse deshalb umgehend abberufen und damit endlich der Weg für eine «aufrichtige deutsche Republik» frei gemacht werden.[98] Nach dem Landesstreik Mitte November 1918 kippte nun die Stimmung vollends gegen Deutschland, so dass Romberg nach Berlin meldete, dass seine Stellung massiv erschüttert und eine umgehende Abberufung des Militärattachés Major Busso von Bismarck unumgänglich geworden sei.[99] Nur zwei Tage später wurde der Abzug des besonders unbeliebten Militärattachés sowie des gesamten geheimen militärischen Behördenapparates aus der Schweiz beschlossen.[100] Auch die militärische Handelsabteilung, die zum Inbegriff eines aggressiven deutschen Wirtschaftsimperialismus geworden war, wurde aufgelöst, und die Mitarbeiter und Agenten der verschiedenen geheimen Dienststellen mussten die Schweiz verlassen. Die noch im Frühjahr 1918 im Rahmen des letzten deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens zur Überwachung des Warenverkehrs von den deutschen Militärs durchgesetzte Kontrollstelle STS wurde aufgehoben. Mit dem Kriegsende verzichtete Deutschland umgehend auf jede weitere Kontrolle des schweizerischen Aussenhandels, so dass Güter nun wieder frei ex- und importiert werden konnten.[101] Der Abzug der deutschen Organisationen ging dabei insgesamt sehr rasch vonstatten und war zum grossen Teil schon Ende 1918 beendet.[102]

Zuletzt wurde die Presseabteilung geschlossen und die während des ganzen Krieges beispiellose politische und kulturelle Propaganda im Auftrag des Kaiserreiches eingestellt.[103] Propagandachef Harry Graf Kessler, der bis zuletzt weitere Kulturveranstaltungen, wie etwa eine deutsche Expressionistenausstellung in Basel, geplant hatte, war Ende Oktober 1918 nach Berlin gereist. Dort wurde er allerdings von der Revolution überrascht und kehrte nicht mehr in die Schweiz zurück.[104] Mit der Involvierung der deutschen Stellen in die Zürcher Bombenprozesse und dem Zusammenbruch der deutschen Monarchie war nun auch die Stellung Rombergs, des Doyens der diplomatischen Szene und einflussreichsten Vertreters des kaiserlichen Deutschland in der Schweiz, so schwer beschädigt, dass er nur noch eine Demission für möglich hielt.[105] Mitte Dezember 1918 stellte Romberg in einem Schreiben ans Auswärtige Amt klar, dass er von seinem Amt zurücktrete. Denn der jetzige Bundespräsident Calonder, der «mehr und mehr ins Entente-Fahrwasser» gelangt sei, bleibe nach wie vor Aussenminister.[106] Zusätzlich stand ein Wechsel an der Spitze der Schweizer Landesregierung bevor, der Romberg alles andere als genehm sein konnte. Anstelle des deutschfreundlichen und amtsältesten Bundesrates Eduard Müller, der als Vizepräsident eigentlich Anspruch auf das Amt hatte, wurde der Genfer Gustave Ador zum neuen Bundespräsidenten für das erste Nachkriegsjahr 1919

bestimmt. Dadurch erhalte die Schweizer Regierung eine, so Romberg, «noch entschiedenere ententistische Richtung».[107] Der von Romberg favorisierte Eduard Müller hatte hingegen seinen politischen Einfluss weitgehend eingebüsst und war wegen seiner offenen Parteinahme für Deutschland und seiner deutschen Herkunft insbesondere in der Romandie stark kritisiert worden. Dort verlangte man vielmehr, dass die Schweiz von nun an durch Personen repräsentiert werde, die den Siegermächten genehm waren.[108] Gustave Ador erfüllte diese Anforderungen nun eindeutig besser als der umstrittene Eduard Müller. Beim Rücktritt des amtsältesten Bundesrates hatte zudem die Affäre um einen Journalisten der «Freien Zeitung» eine Rolle gespielt. Dieser war zunächst vom Bundesrat wegen seiner Angriffe auf Deutschland ausgewiesen, dann aber auf Intervention von Vira Whitehouse doch nicht des Landes verwiesen worden.[109] Müller hatte sich vergeblich gegen diesen Bundesratsentscheid gewehrt und den Kurswechsel als ein bedenkliches Umkippen der Landesregierung gegenüber einer «fremden Zeitungsdame» kritisiert.[110] Wegen seiner Nichtwahl zum Bundespräsidenten sah er sich als Opfer einer von den Alliierten inspirierten Intrige, die als siegreiche Allianz den «Frieden diktierte» und ihn auf eine «schwarze Liste» gesetzt habe.[111] Müller, der über die Niederlage der Zentralmächte verbittert war und stets «unumwunden» zugab, dass seine Sympathien bei Deutschland lagen, konnte in der neuen weltpolitischen Konstellation keine bedeutende Rolle mehr spielen.[112] Zwar blieb er weiterhin im Bundesrat, war aber am Ende seiner politischen Karriere und verstarb noch Ende 1919 im Amt.[113]

Unter diesen ungünstigen Verhältnissen wollte nun Romberg möglichst rasch seinen Posten verlassen und den beantragten Urlaub antreten, so dass er «nicht in die Lage gebracht werde, dem Bundespräsidenten Ador am 1. Januar [1919] die Glückwünsche der Deutschen Regierung zu überbringen», wie er nach Berlin meldete.[114] Nachdem das State Department Sulzer dann Anfang Dezember 1918 in Washington klargemacht hatte, dass man einen radikalen Umbau des deutschen diplomatischen Korps in der Schweiz erwarte, und auch der Bundesrat einen Wechsel an der Spitze der Gesandtschaft für angezeigt hielt, verliess der badische Adelige, der sich bis zuletzt für das Kaiserreich stark gemacht hatte, die Bundeshauptstadt und begab sich in sein Feriendomizil am Thuner See.[115] Nachfolger Rombergs und erster Gesandter der neuen Weimarer Republik für das Jahr 1919 wurde der bereits zuvor in der Schweiz aktive und äusserst gut vernetzte Münchner Sozialdemokrat Adolf Müller. Dieser reorganisierte die Gesandtschaft in kurzer Zeit von Grund auf, entliess die belasteten Personen und reduzierte die während des Krieges auf unglaubliche 2600 Personen angewachsene deutsche Gesandtschaft innerhalb weniger Jahre auf noch knapp zwanzig Personen.[116]

Auch die verschiedenen mit Nachrichtendienst und Propaganda beschäftigten Abteilungen der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft wurden Ende 1918 aufgelöst. Die einzelnen Dienststellen begannen ihre Akten zu verbrennen und die Beamten kehrten nach Wien zurück. Auch der umtriebige k. u. k. Mi-

litärattaché Oberst von Einem löste seine militärische Dienststelle auf, entliess das Personal und verliess die Schweiz.[117] Der österreichische Gesandte Musulin geriet Anfang September 1918 auf dem Weg von Lausanne nach Bern in einen Autounfall und verbrachte mehrere Wochen im Spital. Als er Anfang Oktober 1918 in Bern wieder die Amtsgeschäfte übernehmen wollte, erkrankte er an der Spanischen Grippe. Den Zusammenbruch der Monarchie erlebte der k. u. k. Gesandte im Krankenbett. Ende November 1918 reichte er seine Demission ein.[118] Den Staat, den er als Diplomat sein Leben lang repräsentiert hatte, gab es nicht mehr. Den Zusammenbruch verschmerzten allerdings nicht alle diplomatischen Vertreter der alten Ordnung. Der österreichisch-ungarische Konsul in Zürich, Ernst von Maurig, beging aus Verzweiflung über den Untergang der Doppelmonarchie sogar Selbstmord.[119]

Mit dem Abbau der umfangreichen deutschen und österreichisch-ungarischen Gesandtschaften vollzog sich der schleichende Machtverlust sowohl organisatorisch als auch symbolisch. Der Zusammenbruch der beiden Monarchien hatte in kurzer Zeit in beiden Staaten gewaltige innenpolitische Veränderungen ausgelöst und die umfangreichen diplomatischen Strukturen obsolet gemacht. Die ehemals einflussreichen Nachbarstaaten waren zu Kriegsverlierern geworden und hatten ihren vormaligen Machtstatus eingebüsst. Die Schweiz hatte dabei den Niedergang der beiden Monarchien äusserst nahe mitverfolgt. Auf diplomatischer Ebene war sie sogar direkt in die Abläufe einbezogen gewesen, war es doch die Schweizer Gesandtschaft in Washington, die die Friedensgesuche Deutschlands an die USA in jenen entscheidenden Tagen im Oktober 1918 übermittelte. Schon zuvor war die Schweiz zudem Schauplatz der intensiven diplomatischen Bemühungen seitens der Zentralmächte gewesen, noch rechtzeitig eine günstige Friedenslösung zu erwirken. Im Gegensatz zur Ära unter Bundesrat Hoffmann hatte der Schweizer Bundesrat unter Bundespräsident Calonder und Aussenminister Ador allerdings nicht die Absicht, noch einmal Hilfsdienste für die niedergehenden Monarchien zu übernehmen. Den geflüchteten österreichischen Monarchen liess man zwar in die Schweiz einreisen, allerdings nur widerwillig und mit der Auflage, dass er sich nicht mehr politisch betätige.

In der Schweiz setzten sich spätestens ab dem Herbst 1918 jene Kräfte durch, die eine klarere Distanzierung vom Deutschen Reich und den alten Machtstrukturen forderten. Dazu beigetragen hatte insbesondere der aufsehenerregende Prozess um die Zürcher Bombenfunde, der die geheimdienstlichen Methoden der deutschen Militärbehörden ans Licht der Schweizer Öffentlichkeit gebracht hatte. Unter dem Druck der alliierten Regierungen, insbesondere der USA, drängten die Bundesbehörden Ende 1918 auf eine rasche Auflösung der umfangreichen Gesandtschaften und den Abzug ihrer Mitarbeiter, die zum Symbol für die autoritäre deutsche Kriegführung und den imperialistischen Machtanspruch des Deutschen Kaiserreiches geworden waren. Die Aufdeckung der deutschen Spionagenetzwerke hatte nicht nur gezeigt, dass die Schweiz als Planungsgebiet für geheime militärische Aktionen gedient hatte, sondern auch die enge Zusam-

menarbeit zwischen den deutschen Nachrichtendiensten und italienischen Anarchisten enthüllt. Aus bürgerlicher Perspektive bestätigte sich damit der Verdacht einer deutsch-bolschewistischen Verschwörung, die die politische Stabilität des Landes zu untergraben und die Schweiz bei den Westmächten in Verruf zu bringen drohte. Als es nach dem Wegfall der äusseren Bedrohung im Landesstreik zu einer Kraftprobe zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum kam, setzten sich der bürgerliche Bundesrat und das vom Freisinn getragene Parlament mit Unterstützung der Armee durch. Die Schweizer Regierung demonstrierte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Landesinneren und präsentierte sich als Garantin der Stabilität in einem politisch unübersichtlich gewordenen Europa. Das neutrale Land, welches seit dem Kriegsausbruch in eine aussenpolitische Zerreissprobe zwischen den Kriegsparteien geraten war, reihte sich Ende 1918 klar in die transatlantische Allianz unter Führung der USA ein, die die alten monarchistischen Strukturen in Deutschland und Österreich-Ungarn auflösen wollte und der bolschewistischen Bewegung den Kampf angesagt hatte.

8 Die Schweiz im Banne Wilsons in der Nachkriegszeit

8.1 Die USA als Versorger Europas

Im November 1918 reiste der österreichische Bankier Felix Somary nach Bern. Dorthin war er von der neuen republikanischen Regierung unter Karl Renner entsandt worden, die nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie die Geschicke des neuen Alpenstaates Österreich übernommen hatte. Der Auftrag lautete, die Alliierten darum zu bitten, Wien mit Lebensmitteln zu beliefern, denn die Versorgung in der Zwei-Millionen-Stadt war nahezu vollständig zusammengebrochen und die Bevölkerung hungerte.[1] Die Verhandlungen sollten mit US-Botschafter Stovall und den Vertretern einer alliierten Kommission geführt werden, die unter anderem von Alonzo Taylor im Namen der amerikanischen Food Administration geleitet wurde.[2] Doch von Verhandlungen im eigentlichen Sinne konnte keine Rede sein. Vielmehr hatte Somary über einen Monat auf die Begegnung warten müssen, während aus Wien immer dringlichere Appelle gekommen waren. Als es um die Weihnachtszeit 1918 schliesslich in der US-Gesandtschaft in Bern zum ersten Zusammentreffen zwischen den Delegierten kam, zeigten sich sogleich die neuen Machtverhältnisse, wie Somary in seiner Autobiografie eindrücklich schildert: «Wir standen lange vor einer Barriere. Da wurden hinter der Barriere Stühle hereingebracht, und fast gleichzeitig traten der Gesandte [Pleasant Stovall] und die alliierten Delegierten ein, die sich niedersetzten, worauf eine Art Strafpredigt verlesen wurde. In meiner Antwort bemerkte ich, wenn die Absicht bestünde, uns herabzusetzen, was ich aus der Art des Empfanges wohl schliessen müsse, so seien wir dagegen unempfindlich. Denn was bedeute persönliche Behandlung gegenüber der furchtbaren Demütigung, den Feind von gestern um Brot anbetteln zu müssen.»[3] Tatsächlich hätte das Machtgefälle zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern Ende 1918 nicht grösser sein können. Hatten die Zentralmächte noch bis ins letzte Kriegsjahr immer wieder Pläne verfolgt, auch die Schweiz mit Getreide zu versorgen, um diese dem amerikanischen Einfluss zu entziehen, waren sie nun selbst auf die Lebensmittelhilfe der Vereinigten Staaten angewiesen. Denn nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland hungerten die Menschen im Winter 1918/19, und die deutsche Regierung stand mit Taylor und der Food Administration in Kontakt, um Lebensmittelhilfe zu erhalten.[4] Mit dem Kriegsende hatten sich die politischen Verhältnisse in Europa in kurzer Zeit massiv verschoben. In Deutschland herrschten chaotische Zustände, und Österreich-Ungarn hatte sogar aufgehört, als Staat zu existieren. Die USA waren hingegen zum entscheidenden Machtfaktor aufgestiegen. Dank ihrer intakten und leistungsfähigen Landwirtschaft wurden die USA

praktisch zum Ernährer des kriegsversehrten Europa und betrieben mithilfe der American Relief Administration (ARA) unter der Leitung von Herbert Hoover eine umfangreiche Getreide- und Lebensmittelversorgung und eine aufwändige Wiederaufbauhilfe auf dem gesamten europäischen Kontinent.[5]

Für die Schweiz wurde diese Entwicklung ab Herbst 1918 überdeutlich. Das Versorgungsabkommen mit den USA, das von Hans Sulzer und der Swiss Mission im Herbst vorbereitet und im Dezember 1917 in Paris unterzeichnet worden war, lief Ende September 1918 aus. Eine Sicherstellung der Getreideversorgung konnte somit nur mit einem neuen Abkommen gelingen. Mitte Oktober 1918 kehrte Sulzer deshalb nach einem längeren Aufenthalt in der Schweiz in die USA zurück. Begleitet wurde er abermals von William Rappard, der ihm als Wirtschaftsexperte zur Seite stand. Im Gegensatz zum ersten Getreideabkommen fand nun der gesamte Verhandlungsprozess in Washington statt. Dies war der deutliche Ausdruck der neuen Machtposition der USA, und obwohl auch Grossbritannien und Frankreich offiziell mit am Tisch sassen, lag die Verhandlungsführung vorwiegend in den Händen der amerikanischen Beamten. Im Gegensatz zu den langwierigen Beratungen im Herbst 1917, die unter dem Eindruck des Krieges und mit latentem Misstrauen gegenüber dem neutralen Kleinstaat stattgefunden hatten, fanden die Unterredungen nun unter verändertem Vorzeichen statt. Der Krieg war vorbei und die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Lebensmitteln wurde allmählich grösser.[6] Der Abschluss des Abkommens fiel deshalb leichter, und bereits im Januar 1919 konnte Sulzer eine Übereinkunft mit den USA und den ebenfalls mitunterzeichnenden Staaten Frankreich und Grossbritannien erzielen. Das Abkommen sicherte der Schweiz für das Jahr 1919 die Lieferung von 300 000 Tonnen Getreide sowie Zucker, Hafer und Mais im Umfang von je rund 100 000 Tonnen zu. Auch wenn es Sulzer in den Verhandlungen nicht gelang, die Restriktionen ganz aufzuheben, waren die Liefermengen damit doch deutlich grosszügiger als noch im letzten Abkommen. Zudem versprachen die Alliierten, wann immer möglich den notwendigen Frachtraum zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug liess das Abkommen den Kontrollapparat der SSS in Kraft und die Exportkontrollen gegenüber Deutschland und den vormaligen Verbündeten wurden aufrechterhalten, da die Alliierten den ehemaligen Kriegsgegner bis zum Abschluss eines Friedensvertrages weiterhin unter Druck setzen wollten. Zudem musste die Schweiz bei den eigenen Exporten die USA, Grossbritannien und Frankreich bevorzugt behandeln.[7]

Das Abkommen hatte allerdings keine allzu lange Gültigkeit, denn die USA und die übrigen Alliierten beschlossen bereits am 12. Juli 1919 die endgültige Auflösung der SSS und die weitgehende Aufhebung aller Import- und Exportbeschränkungen.[8] Denn nach dem Abschluss des Friedensvertrages von Versailles Ende Juni 1919 war der Krieg definitiv zu Ende und eine Fortsetzung der gegen Deutschland gerichteten kriegsbedingten Wirtschaftskontrolle nicht mehr notwendig. Vielmehr war Deutschland nach dem Versailler Vertrag politisch und wirtschaftlich stark geschwächt und eine Überwachung des deutsch-schweize-

rischen Aussenhandels obsolet geworden. Durch den Vertrag verlor Deutschland zehn Prozent seiner Bevölkerung und rund dreizehn Prozent seiner Gesamtfläche. Neben Gebietsabtretungen im Osten, vorwiegend an Polen, musste Elsass-Lothringen an Frankreich abgetreten werden und das Rheinland und die Saargebiete wurden besetzt.[9] Mit dem Gebietsverlust verlor die junge Weimarer Republik die Kontrolle über achtzig Prozent der Eisenerzvorkommen und einen bedeutenden Teil der Kohlezechen.[10]

Die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands zeigte sich auch im Aussenhandel mit der Schweiz. Lieferte das Deutsche Kaiserreich während des Krieges praktisch die gesamte Kohle und fast siebzig Prozent des Eisens, stammten 1919 nicht einmal mehr ein Viertel aller Kohlelieferungen und weniger als ein Drittel aller Eisenimporte aus Deutschland.[11] Der Rückgang der deutschen Kohlelieferungen war im Winter 1919 sogar so dramatisch, dass die USA neben dem dringend benötigten Getreide auch noch Kohle in die Schweiz lieferten und in New York von der schweizerischen Kohlezentrale ein zusätzliches Einkaufsbüro eröffnet wurde.[12] Mit dem Kriegsende wurde somit die wirtschaftliche und politische Schwäche Deutschlands immer offenkundiger und die vormals einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Schweiz von ihrem nördlichen Nachbarn hatte sich stark relativiert.

8.2 Der Kampf gegen die deutsche «Überfremdung» und für das Schweizer «Branding»

In dieser Ausgangslage kam es nun zu einer deutlichen Neupositionierung der Schweiz. Denn in der Nachkriegsordnung konnte eine allzu grosse Nähe zum wirtschaftlich ruinierten und politisch isolierten Deutschland international nur schädlich sein. Dieses Abgrenzungsbedürfnis zeigte sich besonders deutlich in der immer virulenter geführten «Überfremdungsdebatte». Zwar hatte sich bereits seit den 1910er Jahren, also noch vor Ausbruch des Krieges, ein allgemeiner «Überfremdungsdiskurs» etabliert, der sich in etwas diffuser Form gegen fremde Einflüsse richtete.[13] Doch erst unter dem Eindruck des Weltkriegs hatte sich dieser zunächst eher juristisch geprägte Diskurs der Vorkriegszeit zu einer innenpolitischen Debatte entwickelt, die explizit gegen die hohe Einwanderung zielte. «Überfremdung» wurde zum zentralen Schlagwort und alles beherrschenden Thema in der Ausländerfrage und erhielt in Form der neu geschaffenen Fremdenpolizei 1917 auch auf Bundesebene institutionell ihren Ausdruck.[14] Gegen Ende des Krieges erhielt die Diskussion mit dem Begriff der «wirtschaftlichen Überfremdung» eine spezifisch ökonomische Stossrichtung. Die Abwehr richtete sich nun vor allem gegen deutsche Firmen, die unter Verwendung von Schweizer Decknamen als Aktiengesellschaften gegründet worden waren, um sich einen schweizerischen Anstrich zu geben und damit die alliierten Blockaden zu umgehen. Diese in Anlehnung an die Tarnmethoden in der Tierwelt als

Mimikry bezeichneten Vorgänge wurden besonders von der Schweizer Wirtschaft abgelehnt.[15] Die NZZ, die als liberales Sprachrohr des Zürcher Freisinns eigentlich freihändlerischen Positionen nahestand, erklärte bereits im Sommer 1917 die «wirtschaftliche Selbstbehauptung» zum Programm und forderte vor allem im Bereich des «Firmen- und Markenrechts» und der «Gesetzgebung über die Gesellschaften» rechtliche Anpassungen zum Schutz der Schweizer Volkswirtschaft.[16] Ab 1917 befassten sich auch der Schweizerische Handels- und Industrieverein (SHIV) und das Volkswirtschaftsdepartement mit der Frage der «wirtschaftlichen Überfremdung» und den rechtlichen Möglichkeiten von deren Abwehr.[17]

Infolgedessen erliess der Bundesrat im Herbst 1918 erste Regelungen, die mittels «Ursprungszeugnissen» die Herkunft für schweizerische Waren sicherstellen und unter dem Stichwort der «Firmenwahrheit» die Eintragung täuschender Firmenbezeichnungen verhindern sollten.[18] Dadurch sollte es deutschen Firmen erschwert werden, die Schweiz als neutralen Standort für ihre Aktivitäten zu nutzen. Weil Ende 1918 mit Blick auf die Nachkriegswirtschaft mit einer Welle deutscher Neugründungen zu rechnen war, wurden die Bemühungen noch einmal intensiviert. Für 1919 wurde eine Aktienrechtsreform geplant, die eine Schweizer Mehrheit im Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften und weitere Massnahmen zur Eindämmung des ausländischen Einflusses in der Schweizer Wirtschaft vorsah.[19]

Dass der Bundesrat und der Wirtschaftsdachverband die Massnahmen vor allem ab dem Spätsommer 1918 umsetzten, ist kein Zufall. Denn mit der sich abzeichnenden Niederlage der Zentralmächte sollte eine Ansiedlung deutscher Unternehmen möglichst verhindert werden. Die Neugründung vieler deutscher Firmen hätte die Gefahr mit sich gebracht, auch in der Nachkriegswirtschaft von den westlichen Siegermächten mit Deutschland und Österreich identifiziert und damit international isoliert zu werden. Dies umso mehr, weil die alliierten Stellen besonders ab 1918 sehr aufmerksam beobachteten, welche Rolle Deutschland der Schweiz im Rahmen der Nachkriegswirtschaft zudachte. So warnte etwa Ende Mai 1918 die belgische Handelskammer in Genf in einem Bulletin, dass Deutschland im Hinblick auf die Nachkriegswirtschaft die neutralen Staaten und insbesondere die Schweiz als Aussenhandelsposten nutzen wolle.[20] Bereits Ende März 1918 hatte US-Aussenminister Lansing die US-Gesandtschaft in Bern darüber informiert, dass man mit Blick auf die «post-bellum competition» sehr genau wissen wolle, was die Zentralmächte in der Schweiz unternehmen, und wies die amerikanischen Diplomaten an, «all manner of activities of a commercial nature and plans made by central powers» nach Washington zu melden.[21] Die Vermutungen der Alliierten waren nicht aus der Luft gegriffen. Deutschland versuchte tatsächlich, im Rahmen einer Übergangswirtschaft die Schweiz, Schweden und die Niederlande als neutrale Schlüsselstaaten zu benutzen, um von hier aus der deutschen Industrie die Absatzgebiete offenzuhalten und die Dienstleistungen des Schweizer Finanzplatzes in Anspruch zu nehmen.[22] Bereits während des

Krieges waren immer wieder Firmen gegründet oder Beteiligungen an Schweizer Firmen erworben worden, um die alliierten Handelskontrollen zu umgehen und im Hinblick auf die Nachkriegszeit die Schweiz als neutralen Aussenposten zu etablieren. Ein Bericht der Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes vom Sommer 1917 zählte verschiedene solche Beispiele auf. Darunter befand sich etwa die Firma Julius Brann & Co., die kurz vor dem Krieg an der Zürcher Bahnhofstrasse das erste grosse Kaufhaus (heute Manor) eröffnet hatte.[23] Diese habe in Genf zusammen mit einer Berliner Aktiengesellschaft eine Filiale errichtet, um deutsche Produkte nach Frankreich abzusetzen.[24] Die Initiative zu solchen Geschäften kam auch von Schweizer Unternehmern, die die neuen Geschäftsmöglichkeiten nutzen wollten und sich als Vermittler und Strohmänner anboten.[25] So etwa der Inhaber der St.-Johannes-Apotheke in Basel, der die «Umpackung oder Abfüllung» von pharmazeutischen Produkten «nach dem feindlichen Ausland» übernehmen wollte. Oder das Zürcher Tiefbauunternehmen Th. Bertschinger und Söhne AG, das eine «seit Jahren leerstehende, aber modern gebaute Maschinenfabrik» anpries, um dort die «Montage» und den «Weiterversand» deutscher Industrieprodukte in den alliierten Wirtschaftsraum abzuwickeln.[26] Nicht weniger innovativ war die Firma Albrecht & Altherr in Worb bei Bern, die zunächst Munition für Deutschland produzierte. Mit dem Rückgang der deutschen Bestellungen ab Frühjahr 1918 versuchte die Firma eine Umstellung auf die «Friedenswirtschaft» zu vollziehen und gründete dazu ein Tochterunternehmen, das als «Schweizer Lederwaren und Reiseartikelfabrik» der deutschen Lederwarenindustrie «nach dem Kriege unter schweizerischem Deckmantel» den «Absatz» in die «Länder der Entente» verschaffen wollte.[27]

Während sich somit für einzelne Schweizer Unternehmer lukrative Geschäftsmöglichkeiten ergaben, musste die heimliche Gründung von Deckfirmen für den grössten Teil der Schweizer Wirtschaft hingegen als Bedrohung für den eigenen Ruf wahrgenommen werden. Es erstaunt daher wenig, wenn die deutschen Behörden bereits Ende 1917 feststellen mussten, dass deutsche Inserate in Schweizer Zeitungen, die «die Gründung von Unternehmungen in der Schweiz zwecks Umgehung eines hiesigen späteren Boykotts deutscher Waren zum Ziele haben», in der Schweizer Öffentlichkeit höchst «unerwünscht» waren, da die «Schweizer Geschäftskreise» dadurch auch den «Boykott» ihrer eigenen Waren fürchteten.[28] Die Befürchtungen der Schweizer Unternehmen waren nicht aus der Luft gegriffen, vielmehr hatten die Unternehmen immer wieder den alliierten Druck zu spüren bekommen, denn im Verlauf des Krieges war die Entente dazu übergegangen, sogenannte schwarze Listen zu führen. Schweizer Firmen, die verdächtigt wurden, alliierte Exportvorschriften zu verletzen, durch ihr deutsches Personal oder deutsche Kapitalbeteiligung eine allzu grosse Nähe zu Deutschland pflegten oder in anderer Weise verdächtigt wurden, mit dem Feind zu kollaborieren, wurden auf die Liste gesetzt und damit aus dem alliierten Wirtschaftsraum ausgeschlossen. Viele Schweizer Unternehmen entliessen daher ihre deutschen Angestellten, um nicht ins Visier der alliierten Behörden zu geraten,[29]

so etwa die Winterthurer Versicherungen, die in Paris eine Tochtergesellschaft unterhielten und in Frankreich auf eine schwarze Liste geraten waren. Auf Drängen der französischen Behörden entliess das Unternehmen einen deutschstämmigen Direktor und weitere deutsche Angestellte, so dass die französische Botschaft in Bern Ende 1918 zufrieden konstatierte, dass sowohl die Firmenleitung als auch der Verwaltungsrat nur noch aus Persönlichkeiten bestünden, die «extrêmement francophiles» seien.[30]

Gegen Ende des Krieges wurden die schwarzen Listen der Alliierten immer länger. Im Mai 1918 umfasste eine gemeinsame alliierte schwarze Liste rund 1500 Unternehmen, und auch nach dem offiziellen Waffenstillstand im Spätherbst 1918 erhielten die Alliierten den Druck aufrecht. Noch im Januar 1919 meldete die französische Botschaft die Namen von mehr als 500 Schweizer Unternehmen an das französische Blockadeministerium, «dont le personnel de direction ou les capitaux sont de nationalité ennemie».[31] Auch die USA setzten Schweizer Firmen auf schwarze Listen und liessen genaue Abklärungen über deren Eigentümerschaft und Aktivitäten vornehmen.[32] Grössere Unternehmen wurden allerdings teilweise trotz ihrer Geschäftsaktivitäten in Deutschland oder Österreich nicht boykottiert, da sie auch mit den Alliierten umfangreiche Geschäftsbeziehungen pflegten, so etwa die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), über die der US-Konsul aus Zürich vermeldete: «the Crédit Suisse is undoubtely in closer connection with German banks than any other Swiss banking institution». Sie sei aber «the largest bank in Switzerland» und habe zudem «the largest American connection». Damit komme ein «blacklisting» nicht infrage.[33] Dennoch wirkten die schwarzen Listen als latente Drohkulisse und wurden erst im April 1919 definitiv aufgehoben.

Angesichts dieser globalen Dominanz der Westmächte war es fortan für Schweizer Unternehmen geschäftsfördernder, das spezifisch Schweizerische zu betonen und sich möglichst von deutschen und österreichischen Einflüssen zu befreien.[34] Für die Schweizer Firmen bot sich dabei die Möglichkeit, unter dem Banner der Neutralität die schweizerischen Hoheitszeichen zu nutzen und diese in ihre «corporate identity» einzubauen.[35] Schweizer Wirtschaftsakteure erhielten so symbolisches Kapital, welches sich ökonomisch umsetzen liess.[36] Dass sich eine neutrale Positionierung im weltweiten Gerangel der imperialen Grossmächte lohnen konnte, hatten die Schweizer Kaufleute in den europäischen Kolonien bereits vor dem Ersten Weltkrieg erfahren und im Windschatten der europäischen Expansion eigene Geschäftsaktivitäten aufgebaut.[37] Der schweizerische Bundesstaat hatte stets darauf verzichtet, eigene koloniale Projekte anzubahnen, vielmehr positionierte sich die Schweiz als freihändlerischer Kleinstaat, der dank seiner Neutralität wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen nach allen Seiten eingehen konnte.[38] Im Kontext des Weltkriegs und der zunehmenden Isolation der Zentralmächte wurde nun die Selbstpositionierung als neutraler Kleinstaat besonders wesentlich. Deutschschweizer wollten möglichst verhindern, für Deutsche gehalten zu werden, und die Schweizer Kolonien begannen

sich bewusst national-exklusiv zu konstituieren.[39] Dies zeigt sich beispielsweise im Falle des Schweizer Vereins in New York. Der Präsident des New York Swiss Club und Schwiegersohn Gustave Adors, Maurice Tremblay, schlug im Januar 1918 eine Statutenänderung vor. Die Statuten sollten dahingehend abgeändert werden, dass nur noch Schweizer oder deren direkte Nachfahren Mitglieder des Vereins sein durften.[40] Sulzer, der in seiner Funktion als Schweizer Botschafter von Tremblay über das Vorhaben informiert wurde, begrüsste diese Änderung: «such a clause seems natural to me and I consider it advisable to embody such a clause in the statutes of the club», auch wenn dies bedeute, dass drei Mitglieder, die keine Schweizer Herkunft hätten, den Verein verlassen müssten.[41]

Die Schweiz, die sich wirtschaftlich stets zwischen beiden Polen bewegt hatte, versuchte sich als neutraler Akteur auf dem Weltmarkt zu positionieren. Im Laufe des Krieges wurde deshalb mit verschiedenen Werbemassnahmen ein bewusstes Schweizer «Branding» betrieben. Dazu gehörte etwa die im April 1917 in Basel eröffnete Schweizer Mustermesse, die bis heute als Mustermesse Basel (muba) jährlich stattfindet. Die gross angelegte Industrieschau sollte die schweizerischen Produkte bekannt machen und deren Absatz im In- und Ausland steigern.[42] In Anlehnung an die Leipziger Mustermesse, die noch vor dem Krieg die Taktgeberin der Warenschauen in Europa gewesen war, sollte auch in Basel eine moderne Leistungsschau durchgeführt werden. Im Gegensatz zu ihrem Leipziger Pendant wurden in Basel aber nur «schweizerische» Produkte gezeigt. Denn es war das erklärte Ziel, einem breiten Publikum die «gewerbliche und industrielle Leistungsfähigkeit» der Schweiz zu präsentieren und die Eigenständigkeit der Schweizer Wirtschaft zu betonen.[43] Schliesslich präsentierten unter grossem Publikumsandrang über 800 Aussteller auf rund 8000 Quadratmetern Fläche ihre Produkte.[44] Eine ähnliche Zielsetzung verfolgten die «Schweizer Wochen». Auf Anregung der Neuen Helvetischen Gesellschaft wurden im Oktober und November 1917 im Sinne der heimischen Wirtschaftsförderung rund 200 Schaufensteraktionen durchgeführt.[45] Dass sich diese schweizerische Wirtschaftsschau implizit gegen Deutschland richtete, geht aus einem Bericht des deutschen Konsuls in Lausanne hervor. Dieser bemerkte, dass es den Ausstellern weniger darum gehe, schweizerische Erzeugnisse zu präsentieren, als «vielmehr den Angehörigen der Ententeländer und noch mehr den Welschschweizern, denen es Gebot ist, keine deutschen Erzeugnisse zu kaufen, auf die unanfechtbarste Art zu zeigen, was jedenfalls nicht deutsch ist».[46]

8.3 Die Schweizer Wirtschaft schaut nach Westen

Der Kampf gegen die «wirtschaftliche Überfremdung» und die Betonung des nationalen Elements lässt sich somit vor allem als programmatische Ankündigung einer handelspolitischen Neuausrichtung auf den transatlantischen Wirtschaftsraum verstehen. Symptomatisch dafür ist die Auffassung des

Seidenfabrikanten Henri Heer. Dieser war von Edmund Schulthess 1918 zum Delegierten des Bundesrates für Handels- und Industriefragen ernannt worden und fungierte als Vermittler zwischen der Privatwirtschaft und der offiziellen Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Ende November 1918 hielt er in einem Brief an Sulzer fest, dass die Schweiz nach dem Zusammenbruch Deutschlands ihre «Handelspolitik mehr als vorher nach der Entente hin» orientieren müsse.[47]

Einen ähnlichen Eindruck von der zeitgenössischen Wahrnehmung vermittelt ein Gespräch zwischen dem «leitenden Direktor einer Grossbank» in Zürich und dem deutschen Diplomaten Hermann von Simson Ende Oktober 1918. Simson meldete nach Berlin, der Zürcher Bankdirektor habe sich in diesem Gespräch überzeugt gezeigt, dass Deutschland nach der Niederlage politisch und wirtschaftlich isoliert sei. Die Schweiz müsse deshalb «mit Rücksicht auf die Entente und auf das Gesamtinteresse» des Landes klar Distanz zu Deutschland markieren. Das zeige auch die in der Schweizer Öffentlichkeit lebhaft diskutierte «Überfremdungsfrage», die sich in erster Linie am deutschen Einfluss entzünde.[48] Die Schweizer Banken wollten sich nicht mehr in Deutschland engagieren und keine Kredite mehr vergeben. Vielmehr mache man sich Sorgen um die bereits vergebenen Vorschüsse im Rahmen der Kreditabkommen und die noch auf deutschen Banken lagernden Schweizer Guthaben.[49]

Tatsächlich führten der dramatische Zerfall der deutschen Währung und die Unsicherheit rund um die Reparationsforderungen an Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu starken Verlusten bei den Schweizer Auslandsguthaben. Zwar wurden die im Rahmen der offiziellen Kreditabkommen vergebenen Kredite von Deutschland nach dem Krieg wieder zurückbezahlt, doch insbesondere Hypothekarbanken und Schweizer Versicherungen erlitten schwere Verluste bei ihren deutschen Engagements.[50] Zur Verteidigung der Schweizer Finanzinteressen bildeten sich deshalb «Schutzkomitees», die die Interessenvertretung der Schweizer Gläubiger in Deutschland und den vom starken Währungszerfall betroffenen Ländern der ehemaligen Habsburgermonarchie übernahmen.[51] Umgekehrt flossen der Schweiz bereits während des Krieges und vor allem in der unsicheren Lage der ersten Nachkriegsjahre grosse Summen ausländischen, insbesondere deutschen Fluchtgeldes zu. Der harte Schweizer Franken etablierte sich zum ersten Mal in seiner Geschichte als Fluchtwährung von internationalem Rang, und das schweizerische Vermögensverwaltungsgeschäft blühte dementsprechend. Die Schweiz stieg zu einem international bedeutenden Finanzplatz auf.[52]

In der unmittelbaren Nachkriegszeit standen die politisch und wirtschaftlich höchst instabile Weimarer Republik und die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie nicht mehr im Fokus des Schweizer Finanzplatzes. Die Schweizer Banken konzentrierten sich im internationalen Finanzgeschäft nun vielmehr auf Frankreich und den angelsächsischen Markt. Beispielhaft dafür ist das Handeln der bereits erwähnten SKA. Diese war vor und während des Kriegs die grösste Schweizer Bank und im Vergleich zum Schweizerischen Bankverein stark in

Deutschland engagiert.[53] Diese Ausrichtung nach Deutschland zeigte sich etwa daran, dass die SKA gemeinsam mit einem schweizerisch-deutsch-österreichischen Bankenkonsortium eine Finanzierungsgesellschaft in Basel gegründet hatte, die in internationale Kraftwerksprojekte des Elektrokonzerns Siemens & Halske investierte. Nach dem Krieg waren die Verluste der Basler Gesellschaft aber durch den Wertverfall der ausländischen Währungen äusserst hoch und unter dem Eindruck der zunehmenden Überfremdungsdebatte kam es zu einem Zerwürfnis zwischen Siemens und dem Schweizer Bankhaus. Bereits 1916 hatte die Basler Finanzierungsgesellschaft ihre deutschen und österreichischen Verwaltungsräte ersetzt, um als «schweizerisches und neutrales Unternehmen» auftreten zu können, und bestand schliesslich darauf, dass bei den Kraftwerksprojekten Schweizer Unternehmen einen Teil des elektrotechnischen Materials liefern sollten.[54] Carl Friedrich von Siemens bedauerte deshalb, dass sich «zwischen den alten Freunden in der Schweiz» und Siemens «innerliche Gegensätze» entwickelt hätten.[55] Nach dem Krieg spielte das Finanzierungsgeschäft für Siemens & Halske dann keine Rolle mehr.[56] Vielmehr richtete die SKA ihre Geschäftstätigkeiten nun stärker gegen Westen aus. Bereits im März 1919 nahm die SKA, zum ersten Mal seit dem Kriegsausbruch, wieder an der Emission von ausländischen Anleihen teil und beteiligte sich mit einem Bankensyndikat an der Ausgabe von Obligationen amerikanischer Eisenbahnunternehmen. Kurz darauf führten die Reisen von Mitgliedern der Direktion der SKA in die USA, nach Frankreich und Grossbritannien zur Anbahnung neuer Transaktionen.[57]

Wie die Akteure auf dem Finanzplatz reagierte auch die Schweizer Industrie auf die veränderte Situation. Exemplarisch zeigt sich der Kurswechsel etwa an der Firma Sulzer, die sich ab Mitte des Krieges stärker auf die Entente-Länder ausrichtete. Wie US-Botschafter Stovall in einem Schreiben im September 1917 feststellte, produziere die Firma Gebrüder Sulzer «about two-thirds of their manufactures for the navies and armies of the Allies».[58] Zwar wurde bei Sulzer nicht direkt Kriegsmaterial hergestellt, allerdings fertigte das Winterthurer Unternehmen Maschinen und Motoren an, etwa für den Antrieb von U-Booten, und damit klassische Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden konnten.[59] Die Beziehungen zu Deutschland versuchte die Firma hingegen zu verbergen und die deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates mussten ihre Mandate bereits Ende 1916 niederlegen. Heinrich Wolfer, der die Firma während der Abwesenheit Hans Sulzers als Direktor vorübergehend leitete, entwarf in Anlehnung an dessen frühere Pläne eine gezielte Expansionsstrategie in Richtung Westen. In einem Exposé mit dem Titel «Die auswärtige Geschäftspolitik» hielt er bereits im Oktober 1917 fest, dass für die Firma Sulzer nun Frankreich und die alliierten Staaten im Vordergrund stünden, denn zukünftig werde es nur noch Rohstoffe aus dem Land geben, für welches die Fertigfabrikate bestimmt seien. Da aus Deutschland weder Kohle noch Eisen zu erwarten waren, lehnte er eine enge Allianz mit Deutschland ab. Diese führe in die Isolation und schade der ganzen Schweizer Wirtschaft.[60]

Ähnliche Expansionspläne wie bei Sulzer gab es in der Schönenwerder Schuhfabrik Bally. Dort wurden im Hinblick auf die Nachkriegsordnung ein Ausbau der ausländischen Produktionsstandorte geplant und die Beteiligung französischer oder amerikanischer Investoren geprüft. Max Bally, der als Direktor die Verkaufsabteilung leitete, bat Sulzer deshalb Ende August 1918 in einem Brief um Rat bezüglich der Expansionspläne und fragte: «An wen anschliessen? An Frankreich oder Amerika (USA)! Beide sind event. ‹glustig›. Beide Projekte haben viel für sich, das amerikanische naturgemäss noch viel mehr.»[61] Tatsächlich expandierte das Unternehmen dann nach dem Krieg sowohl nach Frankreich als auch in die USA.[62]

Dass Schweizer Unternehmen als Reaktion auf die protektionistischen Tendenzen ihre Direktinvestitionen erhöhten und Produktionsstandorte im Ausland gründeten, war allerdings keine Neuheit. Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts hatten Schweizer Firmen auf die Schutzzollpolitik der Nachbarstaaten mit der Gründung von Tochtergesellschaften reagiert.[63] Dennoch nahm die Gründung von Auslandsgesellschaften durch Schweizer Unternehmen im Verlauf des Ersten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit besonders stark zu. Betrieben die multinationalen Schweizer Unternehmen 1910 rund 234 Auslandsgesellschaften, waren es 1919 bereits 313.[64]

Die von Sulzer und Bally ins Auge gefassten Investitionen in Frankreich und den USA sind typisch für die geografische Verschiebung der Schweizer Wirtschaftsaktivitäten in den westlichen Wirtschaftsraum. War vor dem Ersten Weltkrieg noch Deutschland klar der bevorzugte Auslandsstandort, wurde dies nach dem Krieg und bis Mitte der 1950er Jahre Frankreich. Auch die Bedeutung Nordamerikas für die Schweizer Wirtschaft nahm stark zu. Entfielen 1910 nur sieben Prozent aller Schweizer Kapitalanlagen auf Nordamerika, lag der Anteil 1919 bei fast einem Drittel.[65] Zugleich verdeutlicht ein Blick auf den schweizerischen Aussenhandel den eklatanten Bedeutungsverlust Deutschlands. Die deutschen Importe, die vor dem Krieg rund vierzig Prozent der Schweizer Einfuhr ausmachten, fielen ab Mitte des Ersten Weltkriegs drastisch. Abgesehen von einer kurzen Phase extrem hoher Importe aus dem Dritten Reich während des Zweiten Weltkriegs, erreichten sie dieses hohe Niveau erst wieder in der Boomphase der Nachkriegsjahre. Dasselbe Bild ergibt sich beim Anteil des Exports nach Deutschland. Vor dem Ersten Weltkrieg lag dieser bei über dreissig Prozent, brach dann aber ab Mitte des Krieges ein und erreichte erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts wieder denselben Umfang.[66] Auch hier bilden die hohen Exporte ins Dritte Reich während des Zweiten Weltkriegs eine kurze und unrühmliche Ausnahme.[67] Umgekehrt nahm die Bedeutung Nordamerikas sowohl beim Import als auch beim Export während und kurz nach dem Ersten Weltkrieg stark zu.[68] Diese gestiegene Bedeutung der amerikanisch-schweizerischen Handelsbeziehungen spiegelte sich auch in der Gründung neuer Handelsvereine. In Bern wurde 1916 mit Unterstützung des US-Konsulats von schweizerischen und amerikanischen Geschäftsleuten die Swiss American Trade Exchange gegründet, die

sich der Förderung des schweizerisch-amerikanischen Handels widmete.[69] 1917 gründete dann eine Gruppe um den Genfer Bankier Frederick Bates 1917 die fast gleichnamige Association for Trade with America, die sich zum Ziel setzte, die «German trade invasion» zu bekämpfen und «to promote and encourage by all possible means, trade relations between the United States and Switzerland».[70] Beide Organisationen verschrieben sich somit als quasiprivate Handelskammern der Förderung der schweizerisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und verbanden damit privatwirtschaftliche Eigeninteressen mit politischen Zielsetzungen. Hinzu kam die Vereinigung der Swiss Friends of the United States of America (SFUSA), welche von Berufsleuten gegründet wurde, die bereits vor dem Krieg in die USA gereist waren, sowie Teilnehmern der Studienreise, die 1919 in die USA aufgebrochen war. Die Swiss Friends of the USA wollten dem durch Krieg und Krise geprägten Europa das amerikanische Wirtschaftsmodell entgegenstellen. Dazu organisierten sie Vorträge zur amerikanischen Kultur und Wirtschaft und gesellige Anlässe im Carlton Hotel in Zürich, wo sich Schweizer und Amerikaner zum Ideenaustausch treffen konnten. Mitglieder der SFUSA waren mehrheitlich mittlere und höhere Angestellte aus dem kaufmännischen Bereich, die sich für die modernen amerikanischen Managementmethoden interessierten. Die von der SFUSA veranstaltete Vortragsreihe führte schliesslich auch zur Gründung eines betriebswissenschaftlichen Instituts an der ETH Zürich, welches die rationelle Unternehmensführung wissenschaftlich vorantrieb.[71] Als Vertreter der Grossindustrie waren Hans Sulzer sowie der Schuhindustrielle Iwan Bally Ehrenmitglieder der SFUSA. Beide gehörten zu den Verfechtern der neuen amerikanischen Managementlehre und versuchten diese auch im eigenen Betrieb umzusetzen.[72] Diesen bürgerlichen Reformkräften ging es allerdings nicht nur um eine rationellere Betriebsführung im engeren Sinne, sondern um die Transformation der alten europäischen Klassengegensätze in eine neue, von Amerika inspirierte Industriegesellschaft.[73] Eine stärkere Hinwendung der Schweizer Wirtschaft auf die neuen bedeutenden Märkte im Westen schien daher nur folgerichtig.

8.4 Wilson-Verehrung und das Schweizer Lobbying in Versailles

Als Hans Sulzer Mitte Oktober 1918 zurück in die USA reiste, um dort die Verhandlungen für die Verlängerung des Lebensmittelabkommens zu führen, hatte er nicht nur einen Aktenkoffer voller Verhandlungsunterlagen bei sich, sondern auch einen Brief, der ihm von Bundespräsident Calonder mitgegeben worden war.[74] Der Brief richtete sich direkt an Colonel House, den engsten Vertrauten des amerikanischen Präsidenten. Darin fragte der schweizerische Bundespräsident rhetorisch: «Est-il possible d'éviter la guerre entre peuples civilisés?» Um sogleich die Antwort selbst zu geben: «Oui, celà est possible si on accepte le programme du Président Wilson […].»[75] Auf drei Seiten lobte Calonder anschliessend die Pläne Präsident Wilsons für einen Völkerbund, der als internationales

Konstrukt den Frieden zwischen den Nationen sichern könne und dadurch Armeen und Militarismus überflüssig mache. Ein solcher Völkerbund müsse mit wirtschaftlichen Sanktionen und notfalls eigenen militärischen Mitteln den Weltfrieden durchsetzen können. Es sei zwar offensichtlich, dass Krieg zwischen zivilisierten Völkern eine Dummheit sei, trotzdem habe es den Horror des aktuellen Krieges gebraucht und die prophetische Stimme Präsident Wilsons, damit die Menschheit eingesehen habe, dass eine neue Friedensordnung notwendig sei. Die Schweiz stehe deshalb voll und ganz hinter der «grande idée de la Société des Nations», die von Wilson vertreten werde.[76] Weiter fügte Calonder hinzu: «En Suisse nous croyons en la haute mission des Etats-Unis et de son Président et nous sommes fiers de l'amitié de la Grande République Sœur. [...] La Suisse ne connait pas d'honneur plus grand que de travailler d'un commun accord avec les Etats-Unis pour le progrès de l'humanité.»[77] Diese pathetischen Loyalitätsbekundungen und das Lob seitens des schweizerischen Bundespräsidenten für den, wie er wörtlich schrieb, «grand Président des Etats-Unis» überraschen wenig. Nur einige Tage zuvor hatte das Deutsche Reich kapituliert und der Bundespräsident war nun offensichtlich darum bemüht, die Schweiz als verlässlichen Partner und engen Freund der USA zu präsentieren. Die Bildung eines Völkerbundes war ein zentrales Postulat Wilsons für die Nachkriegsordnung. Bereits in seinem Vierzehn-Punkte-Programm vom Januar 1918 hatte der US-Präsident die Bildung einer «general association of nations» gefordert.[78] Und Ende September 1918, als die Niederlage der Zentralmächte bereits absehbar war, hatte er seiner Forderung in einer Rede anlässlich der Ausgabe der vierten «Liberty Loan» in New York noch einmal Nachdruck verliehen und die Bildung einer «League of Nations» als unverzichtbares Instrument für einen langfristigen Frieden bezeichnet.[79] In der Schweiz war die Rede Wilsons durch den Informationsdienst von Vira Whitehouse verbreitet worden. Es war nun aber vor allem Bundespräsident Calonder, der die Idee der Gründung einer multilateralen Institution zur Friedenssicherung in der Schweiz propagierte. Im Verlauf des Jahres 1918 entwickelte sich der Schweizer Bundespräsident zu einem enthusiastischen Verfechter des Völkerbundes und setzte sich geradezu selbst als «schweizerischer Wilson» in Szene.[80] Im Sommer 1918 hatte er sich gegenüber der Schweizer Öffentlichkeit erstmals zum Thema des Völkerbundes geäussert und am 6. Juni 1918 vor dem Nationalrat in einer ausführlichen Rede die Idee eines Völkerbundes als Lösung für das kriegsgeplagte Europa beworben. Die Schweiz habe, so Calonder, ein besonderes Interesse an dieser neuen Organisation, denn für den Kleinstaat sei die Einbindung in internationales Recht eine Lebensnotwendigkeit, die Machtpolitik der Grossmächte hingegen bedeute stets eine existenzielle Gefahr. Daraus folgerte er: «Aucun peuple plus que le nôtre ne saurait s'intéresser à la nouvelle organisation de la communauté des nations.»[81] Die Rede wurde anschliessend als «Discours» des Bundespräsidenten in den Druck gegeben und machte damit auch semantisch eine Anleihe bei den bekannten Reden Präsident Wilsons. Der US-Präsident war am Ende des Krieges zur Symbolfigur für eine neu zu

errichtende friedliche Weltordnung geworden und erfuhr eine immer stärkere Popularisierung, so dass die Jahre 1918/19 nachträglich als «Wilsonian moment» in Erinnerung blieben und Wilson gar als «first world leader of the twentieth century» bezeichnet wurde.[82] Die offensichtliche Parallelität zwischen der Rede des Schweizer Bundespräsidenten und Wilsons Proklamationen wurde auch zeitgenössisch wahrgenommen. So verglich etwa der Genfer Professor François-Frédéric Roget in einem Artikel mit dem Titel «Les Etats-Unis d'Amérique et la Confédération suisse» die Rede Calonders vom 6. Juni 1918 explizit mit denjenigen Präsident Wilsons.[83] Ein Vergleich, den Calonder selbst durchaus schätzte, wie er an Vira Whitehouse schrieb: «Un article comparant mes idées avec celles de Mr. le President Wilson […] ne pourait que m'être agréable.»[84]

Mit der öffentlichen Positionierung des Bundespräsidenten war zum ersten Mal die einzuschlagende Marschrichtung in der Schweizer Aussenpolitik für die Nachkriegszeit klar benannt worden. Die Landesregierung stellte sich öffentlich hinter die Pläne des US-Präsidenten zur Bildung eines internationalen Staatenbundes.[85] Allerdings waren diesen öffentlichen Verlautbarungen harte interne Auseinandersetzungen im Bundesrat vorausgegangen. Noch im Oktober 1917 hatte der neu ins Amt gewählte Schweizer Aussenminister Gustave Ador erstmals eine mögliche aussenpolitische Neuorientierung umschrieben und in einem internen Bericht mit dem Titel «Après-Guerre» eine strategische Vorbereitung der Schweiz auf einen Friedensschluss und die Nachkriegszeit gefordert. Doch der Bundesrat hatte das internationalistische Ansinnen des Romands abgelehnt, und Schulthess hatte gar angedeutet, dass Ador bei der Beurteilung des Kriegsausgangs auf die falsche Partei setze.[86] Die westliche Idee einer übernationalen Friedensordnung fand zur Jahreswende 1917/18 im Bundesrat noch keine Mehrheit, vielmehr stand die Landesregierung noch stark unter dem Eindruck der Machtpolitik der Zentralmächte, die keinen Zweifel an einem militärischen Sieg aufkommen liessen.[87] Doch nach der Übernahme des Aussenministeriums und des Bundespräsidiums durch Calonder und der sich abzeichnenden Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse ab dem Frühling 1918 erhielten die Pläne weiter Auftrieb. Calonder engagierte den Zürcher Völkerrechtler Max Huber als Berater des Politischen Departements, um eine Klärung der politischen Nachkriegsfragen vorzunehmen. Zwar versuchte der Bundesrat noch im Mai 1918 die von Huber forcierte Strategie einer Einbindung der Schweiz in die internationalen Friedensordnungspläne der Westmächte auszubremsen, indem ihm die altgedienten Diplomaten Charles Lardy und der bekanntermassen deutschfreundliche Alfred von Planta zur Seite gestellt wurden.[88] Doch die Thematik einer zukünftigen Friedensordnung und die Frage, welche Rolle die Schweiz darin spielen würde, gewann mit dem Niedergang der Zentralmächte zunehmend an Virulenz. Die ursprünglich kleine Arbeitsgruppe wurde deshalb zu einer eigentlichen Kommission mit fast zwanzig Mitgliedern erweitert. Darunter waren viele Personen, die der Schweiz explizit eine aktive Rolle in der neuen Nachkriegsordnung zudachten, wie etwa William Rappard oder der Völkerrechtsspezialist

Otfried Nippold, der als scharfer Kritiker der imperialistischen Machtpolitik des Deutschen Reiches bekannt war und als Sekretär der Kommission fungierte.[89] In den ersten Novembertagen 1918, also kurz nach der Niederlage der Zentralmächte, trat die so erweiterte Kommission zum ersten Mal in Bern zusammen. Die Empfehlungen der Kommission waren nun eindeutig: Der Bundesrat solle sich direkt in die Friedensverhandlungen einschalten und sich an der Gründung eines Völkerbundes aktiv beteiligen.[90]

Tatsächlich versuchte die Schweizer Regierung in der Folge, eine Beteiligung der Schweiz an den Pariser Friedensverhandlungen zu erwirken, denn die Konferenz in Versailles war nicht nur ein Grossevent mit zahllosen Delegationen und Journalisten, sondern auch eine Veranstaltung von äusserst hoher symbolischer und realpolitischer Bedeutung. Der Historiker Jörn Leonhard spricht in diesem Zusammenhang gar von einem «Laboratorium des 20. Jahrhunderts» und einem «Versuchsraum internationaler Ordnungsstiftung».[91] Bei dieser entscheidenden Aushandlungsrunde für die Nachkriegsordnung wollte die offizielle Schweiz selbstredend ebenfalls einen Platz am Verhandlungstisch erhalten. Die guten Kontakte Calonders zu Colonel House und Unterredungen zwischen Sulzer und Präsident Wilson in Washington hatten den Bundesrat diesbezüglich zunächst hoffnungsvoll gestimmt.[92] Zeitweise war in internen Abmachungen zwischen den alliierten Staatschefs die Schweiz sogar als Verhandlungsort festgelegt worden. Die Friedensverhandlungen sollten auf neutralem Territorium in Genf stattfinden. Insbesondere US-Präsident Wilson hatte diese Lösung gegenüber Paris bevorzugt, weil er hoffte, sich dadurch gegenüber den europäischen Verbündeten besser durchsetzen zu können. Denn diese bestanden auf einer strikten Haltung und harten Bestrafung Deutschlands und seiner Verbündeten, während der US-Präsident keine Siegerjustiz wünschte. In Anlehnung an seine bereits 1916 entwickelte Formel eines «peace without victory» insistierte Wilson auf einer Beendigung der imperialistischen Konfrontation in Europa und einer langfristigen Friedenssicherung im Rahmen einer «League of Nations».[93] Gegen den Widerstand des französischen Premiers Georges Clemenceau hatte Colonel House in Abmachungen mit dem englischen Premier und dem italienischen Ministerpräsidenten die Rhonestadt als Verhandlungsort festgelegt. Doch die Meldungen aus der Schweiz über den Landesstreik und die seit Längerem von den US-Konsulaten nach Washington übermittelten Berichte über bolschewistische Umtriebe liessen schliesslich in den Augen des US-Präsidenten eine Durchführung in Versailles doch sicherer erscheinen.[94]

Damit verpasste es die Schweiz aber nicht nur, zum Austragungsort der grössten Friedenskonferenz der Geschichte zu werden, sondern auch eine Schweizer Teilnahme in Paris kam nicht zustande. Obwohl sich William Rappard, der Sulzer zu den Getreideverhandlungen nach Washington begleitet hatte, im November 1918 mehrmals mit Präsident Wilson zu persönlichen Gesprächen traf und diesen eindringlich bat, die Neutralen und insbesondere die Schweiz ebenfalls zur Konferenz zuzulassen, blieben die Alliierten in Versailles unter

sich. Sowohl die besiegten Mächte als auch die neutralen Kleinstaaten wurden nicht nach Paris eingeladen.[95] Auch Wilson selbst lehnte eine Teilnahme der neutralen Staaten ab.[96]

Als die Konferenz im Januar 1919 im Spiegelsaal von Schloss Versailles eröffnet wurde, nahmen 32 alliierte und assoziierte Mächte daran teil. Die substanziellen Fragen wurden aber innerhalb des Rats der Vier, also der Staats- und Regierungschefs der vier alliierten Hauptmächte, Frankreich, Grossbritannien, Italien und USA, entschieden.[97] Der Taktgeber der Konferenz war jedoch von Beginn an US-Präsident Woodrow Wilson. Dieser hatte sich entschieden, persönlich an den Verhandlungen teilzunehmen, und war Anfang Dezember 1918 an Bord der USS George Washington nach Europa gereist.[98] Dort absolvierte der US-Präsident zunächst eine rund einmonatige Besuchstour durch die europäischen Hauptstädte, wo er jeweils begeistert empfangen wurde.[99] Auch die offizielle Schweiz bemühte sich, den US-Präsidenten zu einem Besuch in Bern zu bewegen. Der Nationalrat beauftragte den Bundesrat deshalb am 12. Dezember 1918, dem «amerikanischen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu seiner demnächstigen Ankunft in Europa eine Willkommensbotschaft zugehen zu lassen».[100] In der Folge ermächtigte der Bundesrat das Justiz- und Polizeidepartement sowie das Militärdepartement, die notwendigen Vorkehrungen für einen möglichen Besuch Wilsons zu treffen.[101] Doch der US-Präsident war bereits durch seine vielen Termine derart in Anspruch genommen, dass er dankend ablehnte. Der Bundesrat musste Ende Dezember 1918 davon Kenntnis nehmen, dass «Präsident Wilson verhindert ist, der Einladung zum Besuche der Schweiz Folge zu leisten».[102]

Obwohl Wilson der Schweiz keinen Besuch abstattete, wurde auch die Schweiz Ende 1918 von einer Begeisterungswelle für den US-Präsidenten erfasst. In Genf fanden sich mehrere bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft zusammen, darunter auch William Rappard, die eine nationale Sammelaktion für eine Gedenkmedaille lancierten. Die Aktion verstand sich als Dankesgeste für die amerikanische Versorgung mit Getreide während des Krieges und trug nebst einem amerikanischen Doppeladler und einem Edelweiss-umrankten Schweizer Kreuz den Ausspruch: «To the President and People of the United States of America. The gratitude of the Swiss families 1918».[103]

Diese symbolischen Gesten änderten jedoch nichts daran, dass die Schweiz nicht zu den Friedensverhandlungen nach Paris eingeladen worden war und der US-Präsident einem Besuch der kleinen Schwesterrepublik offensichtlich wenig Priorität einräumte. Dennoch versuchte die offizielle Schweizer Aussenpolitik möglichst starken Einfluss auf die Ereignisse in der französischen Hauptstadt zu nehmen und sich in die Nachkriegsverhandlungen einzuschalten. Bundespräsident Calonder hatte deshalb bereits Ende November 1918 William Rappard aus Washington zurück nach Europa beordert und als inoffiziellen Abgesandten der Schweiz nach Paris delegiert. Zwar hatten die Neutralen keine offizielle Einladung zu den Beratungen erhalten, doch Präsident Wilson hatte

noch in Washington im Gespräch mit Rappard deutlich gemacht, dass den neutralen Staaten in Paris ein Anhörungsrecht zugestanden werde.[104]

Während des gesamten Frühlings 1919 wohnte Rappard den Friedensverhandlungen in Paris bei. Als inoffizieller Beobachter nutzte er seine persönlichen Kontakte zu Colonel House und den übrigen Mitgliedern der amerikanischen Delegation und informierte den Bundesrat mit ausführlichen Berichten über den Verhandlungsverlauf.[105] Unterstützt wurde er von Gustave Ador, der inzwischen das Bundespräsidium von Calonder übernommen hatte. Zweimal, im Januar und im April 1919, reiste Ador nach Paris und versuchte seine guten Beziehungen zu führenden französischen Politikern dafür zu nutzen, die schweizerische Position einzubringen.[106] Doch trotz ihrer guten Kontakte gelang es den beiden Genfern nicht, einen eigenen Entwurf zu einer Völkerbundsorganisation durchzusetzen. Der Schweizer Vorschlag, der von der Kommission unter der Leitung von Max Huber erarbeitet und am 11. Februar 1919 an die Bundesversammlung weitergeleitet worden war, fand in Paris keine Berücksichtigung.[107] Vielmehr hatten die alliierten Delegierten in nur zwei Wochen unter dem Vorsitz Präsident Wilsons die Eckwerte eines Völkerbundes unter sich vereinbart, so dass am 14. Februar 1919 ein erschöpfter US-Präsident der Vollversammlung der Friedenskonferenz den ersten Entwurf einer «League of Nations» präsentierte.[108] An einem eigenständigen Beitrag zur neuen Friedensordnung durch die Neutralen bestand offensichtlich wenig Interesse.[109]

8.5 Der Völkerbund kommt nach Genf

In der Folge konzentrierte sich die Schweiz darauf, die Umstände eines Beitritts zum Völkerbund hinsichtlich der Neutralitätsproblematik abzuklären und die diesbezüglichen Wünsche ins Vertragswerk einzubringen. Hier war man nun deutlich erfolgreicher. Es gelang, die schweizerische Neutralität, die von den europäischen Grossmächten auf dem Wiener Kongress 1815 garantiert worden war, im Versailler Friedensvertrag zu verankern. Das Abkommen, welches im Sommer 1919 ratifiziert wurde und mit 440 Artikeln in fünfzehn Teilen den bislang längsten und kompliziertesten Friedensvertrag der Geschichte darstellte, erkannte in Artikel 435 die schweizerische Neutralität explizit an.[110]

Erfolgsgekrönt war auch die Lobbyarbeit des Genfer Duos in Bezug auf die Standortwahl der neuen internationalen Organisation. Gegen die Widerstände der französischen und belgischen Delegierten, die den Hauptsitz des neuen Völkerbundes in Brüssel eröffnen wollten, wurde Ende April 1919 unter massgeblichem Druck der amerikanischen Delegierten die Rhonestadt als Sitz des Völkerbundes festgelegt. Die anfänglichen Zweifel Präsident Wilsons an der Eignung Genfs waren inzwischen gewichen, da der US-Präsident einen neutralen Ort befürwortete, der nicht so sehr unter dem Eindruck des europäischen Kriegsgeschehens stand wie etwa das kriegsversehrte Belgien.[111] Die Schweiz und das kos-

mopolitische Genf präsentierten sich als geeignete Standorte für die Errichtung einer multilateralen Organisation. In Bezug auf den Völkerbund hatten sich die Hintergrundarbeit des Genfer Zweiergespanns Rappard und Ador und das Engagement des Bündners Calonder ausbezahlt. Die Schweiz konnte sich als vielsprachiges, aber neutrales Land positionieren, welches nicht im Einflussbereich deutscher Machtinteressen stand, sondern sich aktiv für ein System kollektiver Sicherheit engagierte und in die von den Westmächten konzipierte Nachkriegsordnung einfügte. Die offizielle Schweizer Bundespolitik nutzte hier gezielt ihre kulturelle Heterogenität als Ressource, indem die französischsprachigen und eng mit Frankreich verbundenen Genfer Kreise eine Brückenstellung in Richtung Westen ermöglichten. Dabei kam der Schweiz zugute, dass sie sich bereits seit dem 19. Jahrhundert als wichtige internationale Verhandlungsplattform und als Kommunikationsknotenpunkt etabliert hatte und zum Sitz verschiedener internationaler Organisationen geworden war, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf oder der Weltpostverein in Bern, wobei die meisten Organisationen dieses Vorkriegsinternationalismus allerdings noch eher technischer Natur waren.[112]

Während die Landesregierung aussenpolitisch eine Integration in die von den Westmächten dominierte Nachkriegsordnung bewerkstelligte, musste sie innenpolitisch gegen starke Widerstände ankämpfen. Als es 1920 in der Schweiz zur Volksabstimmung über den Beitritt zum Völkerbund kam, zeigten sich noch einmal die starken Divergenzen innerhalb des Landes. Deutschfreundliche und rechtsbürgerliche Kreise zogen gegen den «Versailler Völkerbund» zu Felde, analog zu den deutschen Rechtsparteien, die gegen die «Schmach von Versailles» hetzten. Und die Sozialdemokraten, die Krieg an Kapitalismus koppelten, misstrauten dem von den bürgerlichen Regierungen ins Leben gerufenen Völkerbund, der ihnen als ein «Weltbund der Reaktionäre» erschien. Trotz dieser Widerstände gelang es den bürgerlich-liberalen Kräften der Deutschschweiz mit Unterstützung einer Minderheit der sozialistischen Bewegung rund um den Theologen Leonhard Ragaz sowie der überwältigenden Zustimmung der französischen und italienischen Schweiz die Abstimmung zu gewinnen.[113] Mit mehr als 100 000 Stimmen Differenz fiel das Ergebnis deutlich aus, wenn auch nur eine knappe Mehrheit der Kantone zustimmte.[114]

Massgeblichen Anteil am positiven Volksvotum dürfte der Bauernführer Ernst Laur gehabt haben, der in einer emotionalen Kampagne vor der Ablehnung des Völkerbundes warnte. In einer von ihm verfassten Abstimmungsschrift hiess es, die Schweiz rücke in die Nähe Deutschlands und im Ausland würde es als «Sieg des internationalen Bolschewismus und als Kundgebung für die Zentralmächte» gedeutet werden, wenn das Land einen Beitritt zur neuen Organisation verweigere. Zudem verwies Laur auf die wirtschaftlichen Nachteile, insbesondere für die Exportindustrie und die Landwirtschaft, die auf die freie Ausfuhr von Käse, kondensierter Milch und Schokolade angewiesen war. Die Schweiz, so Laur, sei kein Land, welches sich selbst genüge, sondern es sei eng mit dem Welt-

handel verbunden und importiere und exportiere Waren in grossem Umfang.[115] Auch der katholische Nationalrat Georg Baumberger machte im Abstimmungskampf auf die enge Verzahnung der Schweizer Volkswirtschaft mit den globalen Märkten und die Abhängigkeit des Binnenlandes von Lebensmittelimporten aufmerksam und warnte davor, dass die Schweiz bei einem Nichtbeitritt in der «Rohstoff- und Lebensmittelversorgung benachteiligt würde».[116]

Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund lässt sich somit nicht nur als eine politische, sondern vor allem auch als eine wirtschaftliche Strategie interpretieren, die darauf abzielte, den Zugang zum Weltmarkt offen zu halten und eine Isolierung im «Schlepptau»[117] Deutschlands zu verhindern. Dass das Prädikat «Schweiz» kurz nach dem Ende des Krieges vor allem Zugang zum Weltmarkt bedeutete, zeigt sich exemplarisch an der Anschlussbewegung in Vorarlberg. Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie strebten die Vorarlberger einen Beitritt zur Eidgenossenschaft an. Im Mai 1919 befürworteten in einer Volksabstimmung über achtzig Prozent der Bevölkerung die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.[118] Die Gründe dafür waren nicht zuletzt ökonomischer Natur, wie die Parolen der Befürworter auf einem Abstimmungsplakat deutlich machten. An die Adresse der alldeutschen Bewegung gerichtet, die einen Anschluss an Deutschland forderte, hiess es darin: «Der gesunde Menschenverstand sagt, dass Deutschland arm ist, weil es einen verlorenen Krieg zahlen muss und in der ganzen Welt verhasst ist. Deutschland ist im Handel dem Feind ausgeliefert und muss der feindlichen Ware die Tür öffnen.»[119] Im Gegensatz dazu wurde der Anschluss an die Schweiz beworben: «In der Schweiz aber steht unserer Industrie der Weltmarkt offen, wir bleiben im Nutzgenusse guter Handelsverträge und unseren Kindern steht die ganze Welt offen.»[120] Und an die Vorarlberger Bauern gerichtet hiess es weiter: «Unsere Bauernschaft schliesst sich drüben einem Stande mit ganz gleichen Interessen an, übernimmt kostenlos den Weltruf des Schweizerkäses und findet im Kondensmilchhandel ihre Milch auf den Weltmarkt geführt.»[121] Obwohl die Abstimmung zugunsten der Befürworter eines Anschlusses an die Schweiz ausging, scheiterte das Unterfangen am Widerstand der Alliierten, die in den Pariser Friedensverträgen die neue Republik Österreich gründeten und damit die Unantastbarkeit der Grenzen durchsetzten.[122]

Eine stärkere Anbindung an die Schweiz gelang hingegen dem Fürstentum Liechtenstein. Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie kündigte es den Zollvertrag mit Österreich und intensivierte sukzessive die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz. Ab 1919 übernahm die Eidgenossenschaft für Liechtenstein die diplomatischen und konsularischen Interessen und ab 1920 bezahlten die Liechtensteiner inoffiziell mit dem Schweizer Franken. Schliesslich unterzeichnete das Land 1923 einen Zollanschlussvertrag mit der Schweiz.[123]

Für die sich in Auflösung und Transformation befindenden Staatswesen in Schweizer Grenznähe war es somit durchaus attraktiv, sich der Schweiz politisch anzunähern, um den Status des Kriegsverlierers abzulegen und der damit

verbundenen politischen Isolation zu entgehen. Der Schweiz war es kurz nach Kriegsende gelungen, sich im westlichen Lager zu positionieren, und mit dem Beitritt zum Völkerbund hatte der Kleinstaat den Weg frei gemacht, um Genf als internationalen Tagungsort und Sitz der neuen globalen Organisation zu etablieren. Damit hielt die Schweiz im symbolischen Sinne die Türe zur Welt offen und positionierte sich als eine Art internationaler Konferenzraum und neutraler Spieler auf dem Feld der Weltpolitik. Wie der Historiker Jakob Tanner in seiner Darstellung zur Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert feststellte, erlangte der Kleinstaat in der Nachkriegszeit denn auch einen deutlichen Bedeutungszuwachs und ein erhöhtes Selbstbewusstsein.[124] Es waren nicht zuletzt die drei Bundespräsidenten der Jahre 1918, 1919 und 1920, der Rätoromane Felix Calonder, der Romand Gustave Ador und der Tessiner Giuseppe Motta, die die erfolgreiche Völkerbundspolitik ermöglichten und dadurch die Schweiz, die während des Krieges in den westlichen Hauptstädten zuweilen als Anhängsel des Deutschen Reiches wahrgenommen wurde, als unabhängigen Kleinstaat positionierten.[125] Die politische Neuausrichtung war kein reiner Selbstzweck, sondern folgte explizit einer ökonomischen Logik. Denn im Verlauf des Krieges und insbesondere nach Kriegsende wurde die wirtschaftliche Übermacht der westlichen Alliierten immer fühlbarer. Insbesondere die USA als grösste Wirtschaftsmacht der Welt hatten eindrücklich ihre Ressourcenstärke demonstriert, und die Schweiz hatte auf schmerzvolle Weise ihre Rohstoffabhängigkeit zu spüren bekommen. Die Schweizer Wirtschaft, vor allem die Exportunternehmen, orientierte sich deshalb im Verlauf des Krieges und insbesondere nach Kriegsende immer stärker in Richtung Westen. Der offen geführte Diskurs um die wirtschaftliche Überfremdung war indes überwiegend ein Abwehrkampf gegen deutsche Einflüsse in der Schweizer Wirtschaft. Der Verdacht, mit deutschen Geschäftsleuten oder deutschem Kapital in Verbindung zu stehen, konnte Schweizer Unternehmen auf schwarze Listen bringen und den Zugang zu Märkten und Rohstoffen kosten. Bereits ab Mitte des Krieges wurden viele deutsche Verwaltungsräte ersetzt, und die Schweizer Unternehmen versuchten, Distanz zu deutschen und österreichischen Kreisen zu signalisieren. Waren vor dem Krieg, gerade auch im Kontext aussereuropäischer Handelskolonien, enge Kontakte zwischen Deutschen und Schweizern durchaus verbreitet, setzten die Schweizer Vereine nun vermehrt auf nationale Exklusivität. Der Bundesrat, unterstützt von den Wirtschaftsverbänden, förderte zudem eine Nationalisierungskampagne der Schweizer Unternehmen, indem er die rechtlichen Grundlagen im Unternehmens- und Gesellschaftsrecht verschärfte und mit gezielten Aktionen wie der Basler Mustermesse die schweizerische Exportindustrie förderte. Mit der Fokussierung auf ein Schweizer «Branding» verband sich zudem eine klare Hinwendung zu den westlichen Märkten. Viele Schweizer Unternehmen orientierten ihre Geschäftstätigkeit Richtung Westen und eröffneten neue Tochterunternehmen im Ausland, wobei vor allem die USA als erfolgversprechender Markt eine hohe Anziehungskraft entwickelten. Die verschiedenen «Swiss Missions» der Journalisten und Unter-

nehmer in die USA verbreiteten in der Schweiz zudem die Ideen und Ansätze eines amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, und führende Unternehmer wie Sulzer oder Bally propagierten die amerikanische Industriegesellschaft als Vorbild für die von Krieg und Klassenkämpfen zerrissene europäische Gesellschaft.

Spätestens seit dem Kriegseintritt der USA im Frühjahr 1917 hatte die politische und wirtschaftliche Führungsriege der Schweiz den sukzessiven Bedeutungszuwachs der neuen Grossmacht aufmerksam verfolgt und im letzten Kriegsjahr 1918 eine deutliche Neuorientierung in der Aussenpolitik und eine klare Hinwendung zu den USA eingeleitet. Wenn die amerikanische Historikerin Mary Nolan feststellt, dass der Erste Weltkrieg die europäisch-amerikanischen Beziehungen stark intensivierte, der Austausch überwiegend in eine «west-to-east»-Richtung umgekehrt und Europa sowohl ökonomisch, militärisch als auch politisch stärker von den USA abhängig wurde, so gilt dies deshalb auch für die Schweiz.[126]

9 Schlussbetrachtung

9.1 Zusammenfassung

Die Studie untersucht die schweizerischen Aussenbeziehungen in den beiden Kriegsjahren 1917 bis 1918. In dieser Schlussphase des Weltkriegs war die schweizerische Gesellschaft durch zunehmenden äusseren Druck und steigende innere Spannungen geprägt. Dabei spielten vor allem zwei äussere Akteure eine entscheidende Rolle: zum einen das Deutsche Reich, welches sowohl kulturell als auch politisch und wirtschaftlich über grossen Einfluss verfügte und innerhalb des Lagers der Zentralmächte im Verlauf des Krieges die uneingeschränkte Führungsrolle übernommen hatte, zum anderen die USA, welche nach dem Kriegseintritt im Frühjahr 1917 als grösste Wirtschaftsmacht der Welt die Kräfteverhältnisse eindeutig zugunsten der westlichen Allianz verschoben hatten und unter Präsident Woodrow Wilson in der Schlussphase des Krieges auch die moralische und politische Führungsrolle im transatlantischen Bündnis beanspruchten.

Im Zwischenspiel dieser beiden Parteien, die die verfeindeten Allianzen anführten, versuchte die Schweiz die eigenen Handlungsspielräume zu bewahren. Sie musste sich aber zugleich stark an die äusseren Umstände anpassen, denn mit dem Kriegseintritt der USA hatte sich die Ausgangslage für den geografisch im Zentrum Europas gelegenen Staat fundamental verändert. Die Schweiz war zwar bis zur Mitte des Krieges von grösseren wirtschaftlichen Problemen verschont geblieben und hatte sogar, trotz ausländischer Wirtschaftskontrollen im Rahmen der SSS und STS, 1915/16 eine kurze Kriegskonjunktur erlebt, aber die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges ab 1917 führten zu einem Einbruch des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts. Für den Kleinstaat an der Südwestflanke der Zentralmächte, wie auch für die nördlichen Neutralen, veränderten sich mit dem Kriegseintritt der USA die Vorzeichen des europäischen Konflikts. Der freie Zugang zu Rohstoffen aus Übersee, insbesondere zu dringend benötigtem Getreide, der eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit von den europäischen Kriegsparteien erlaubt hatte, und die zumindest formelle und ideologische Unterstützung der USA für das Lager der Neutralen entfielen. Zugleich hatte das Deutsche Reich mit der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges die rücksichtslose Kriegführung zur obersten Maxime erklärt. Deutschland war dabei eine wirtschaftliche und militärische Macht, mit der auch in der zweiten Kriegshälfte nach wie vor zu rechnen war. Der wirtschaftliche Druck des Kaiserreiches war gross und die Schweiz von wichtigen Rohstoffzufuhren aus dem nördlichen Nachbarland abhängig. Insbesondere aufgrund der Kohlelieferungen, auf die die Schweiz nicht nur wegen ihrer Industrie, sondern auch wegen des Heizbedarfs existen-

ziell angewiesen war, besass Deutschland eine starke Verhandlungsposition, wie sich anlässlich des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens zeigte. Das Wirtschaftsabkommen war im Herbst 1916 abgeschlossen und von da an bis zum Frühjahr 1918 in regelmässigen Abständen und unter stets harscheren Bedingungen erneuert worden. Die Preise für Kohle und Eisen wurden kontinuierlich angehoben und die Schweiz musste dem Deutschen Reich als Gegenleistung Kredite zur Verfügung stellen.

Allerdings war das Deutsche Kaiserreich zunehmend isoliert. Spätestens mit dem Kriegseintritt der USA im Frühjahr 1917 und dem Anschluss vieler neutraler Staaten in Asien und Südamerika an die Alliierten standen die Mittelmächte einer global operierenden Allianz gegenüber. Der U-Boot-Krieg, der anfänglich von den deutschen Militärs als entscheidende Waffe gepriesen worden war, erwies sich hingegen als Fehlschlag. Der Schweiz drohte die Gefahr, gemeinsam mit den Zentralmächten vom globalen Markt abgeschnitten zu werden. Die deutschen Angebote zu einer Getreideversorgung aus Rumänien und später der Ukraine entpuppten sich als politisch inspirierte Manöver und nicht als realistische Alternative. Ab dem Sommer 1917 war deshalb klar, dass die Schweiz auf die USA als Versorger angewiesen war. Wenn Aver Offer in seiner agrargeschichtlichen Interpretation des Ersten Weltkriegs die zentrale Bedeutung der landwirtschaftlichen Exporte der USA hervorhebt, so gilt dies daher auch in hohem Masse für die Schweiz.[1] Mit der Entsendung einer speziellen Swiss Mission im Sommer 1917 versuchte der Bundesrat in den USA nicht nur eine Image-Kampagne zu lancieren, sondern auch das Terrain für ein Abkommen zu bereiten, welches die Getreideversorgung aus Übersee sicherstellen sollte. Zwar gelang mit dem schweizerisch-amerikanischen Abkommen Ende 1917 die Zusicherung einer minimalen Versorgung. Die Verhandlungen legten allerdings zugleich die hohe Abhängigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft von den globalen Rohwarenmärkten offen und führten der Schweizer Öffentlichkeit vor Augen, dass das Land keine autarke Landwirtschaftsnation war. Zudem blieb die Zufuhr in die Schweiz aufgrund der mangelnden Transportkapazitäten und der deutschen U-Boot-Kriegführung bis zum Kriegsende äusserst prekär.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnten sich die USA erfolgreich als «Brotlieferant» präsentieren und das bis dahin vorwiegend als Auswanderungsdestination bekannte Land trat ab 1917 zunehmend ins öffentliche Bewusstsein der Schweiz. Dies nicht zuletzt mithilfe der Teilnehmer der Swiss Mission, darunter der umtriebige William Rappard, der nach seiner Rückkehr unablässig für eine schweizerisch-amerikanische Verständigung warb. Zudem hatten die Amerikaner ihre Diplomaten aus Berlin und Wien abgezogen und nach Bern verlegt. Damit war die dortige Gesandtschaft zu einer der wichtigsten diplomatischen Aussenstellen der amerikanischen Diplomatie geworden, und ab 1918 betrieben die USA auch eine gezielte Propaganda. Die Frauenrechtlerin Vira Whitehouse hatte in Bern ein Pressebüro eröffnet und verbreitete von dort aus die amerikanischen Positionen in den Schweizer Medien und der Öffentlichkeit. Im Ge-

gensatz zu den von den übrigen Kriegführenden und insbesondere vom Deutschen Reich betriebenen geheimen Propagandaaktivitäten operierte Whitehouse äusserst transparent und die Schweizer Zeitungen zeigten grosses Interesse an amerikanischen Nachrichten. Mit der Wahl einer Pressechefin präsentierten sich die USA zudem als Nation der Moderne, die auch Frauen politisch wichtige und öffentlichkeitswirksame Funktionen zuwies.

Der ersten Swiss Mission vom Herbst 1917 folgten bald weitere Reisen von Schweizern über den Atlantik. Voller Eindrücke kehrten diese Amerikatouristen in die Schweiz zurück und verbreiteten in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Bild der USA als Land der scheinbar unbegrenzten Ressourcen und Möglichkeiten. Besonders in Schweizer Unternehmerkreisen weckten die neuen amerikanischen Industriemethoden grosses Interesse und führten zu einem positiv besetzten Amerikanismus. Unter dem Namen «Swiss Friends of the United States of America», kurz SFUSA, bildeten diese reformorientierten Unternehmer 1919 eine Interessengruppe, die sich der schweizerisch-amerikanischen Beziehungspflege widmete und später mit der Gründung eines betriebswirtschaftlichen Instituts an der ETH auch die Propagierung amerikanischer Unternehmensführung wissenschaftlich vorantrieb. Mit Else Züblin-Spiller liess sich auch eine Pionierin der sozialen Arbeit von den modernen Ernährungsgewohnheiten und den fortschrittlichen Sozialeinrichtungen der amerikanischen Industrie inspirieren und förderte in der Nachkriegszeit die Gründung von Firmenkantinen zur besseren Ernährung der Arbeiterschaft in der Schweiz.

Während damit der Bedeutungszuwachs der USA immer klarer zutage trat, erkannten die weltmarktorientierte Schweizer Industrie und ihre politischen Vertreter, dass eine allzu starke Anlehnung an das Deutsche Kaiserreich gefährlich wäre. Der wirtschaftliche Druck und die Übermacht der Entente und der USA wurden immer fühlbarer und statt eines Zugangs zum Weltmarkt drohte im Falle einer engen Anlehnung an Deutschland die Abkoppelung von den globalen Bezugs- und Absatzmärkten. Spätestens ab 1918 setzte deshalb ein immer virulenter geführter Diskurs um eine wirtschaftliche Überfremdung ein, der sich hauptsächlich gegen den deutschen Einfluss in der Schweizer Volkswirtschaft richtete. Auch wenn sich für einige Geschäftsleute durch die Gründung von Deckfirmen einträgliche Erwerbsmöglichkeiten ergaben, setzten der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände auf eine Nationalisierung der Volkswirtschaft mithilfe eines verschärften Unternehmensrechts. Dadurch versuchte sich die Schweiz als neutraler Player besser auf dem Weltmarkt zu positionieren, denn in Anbetracht der neuen Machtverhältnisse war es geschäftsfördernder, unter Schweizer Flagge zu wirtschaften als im Dunstkreis des deutschen und österreichischen Einflusses zu verbleiben. Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg im kolonialen Wettbewerb gestiegene Bedeutung des neutralen Schweizer Wappens als gewinnbringendes Markenzeichen erhielt dadurch erhöhte Schubkraft.

Komplementär zu diesen Logiken des wirtschaftlichen Nutzens führte die immer stärkere aussenpolitische Isolierung Deutschlands die offizielle Schweiz

dazu, sich politisch klarer vom Deutschen Kaiserreich zu distanzieren. Bereits im Sommer 1917 hatte sich mit dem Rücktritt des Aussenministers Arthur Hoffmann und dessen Ersetzung durch den Entente-freundlichen Romand Gustave Ador eine Verschiebung der politischen Kräfte abgezeichnet. Vor allem aber stiess die zunehmende Militarisierung der inneren Staatsordnung in Deutschland, die zuletzt mehr einer Militärdiktatur als einer Monarchie glich, in der Schweiz auf Ablehnung und wurde als direkte Bedrohung empfunden. Besonders die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Rumänien, mit denen sich das Deutsche Reich massgeblichen Einfluss im Osten verschaffte, wurden als Ausdruck einer expansiven Annexionspolitik wahrgenommen. Obwohl die deutschen Behörden seit Kriegsbeginn eine umfassende diplomatische Präsenz in der Schweiz aufgebaut hatten, über Hunderte von Mitarbeitern mit zahlreichen Konsulaten und Büros verfügten und mit einer umtriebigen Presse- und Kulturpropaganda die eigenen Kriegsziele und die eigene Kultur bewarben, schwand der deutsche Einfluss zunehmend. Die einst als Druckmittel eingesetzten Kohle- und Eisenlieferungen gingen immer stärker zurück und die deutsche Präsenz wurde von den Schweizer Behörden und der Bevölkerung als wachsende Gefahr interpretiert. Das harte Vorgehen der Schweizer Justizbehörden gegen die Spionagenetzwerke rund um den Zürcher Bombenprozess im Oktober 1918 verdeutlicht diese verschärfte Haltung gegenüber den Vertretern des wilhelminischen Deutschland gegen Ende des Krieges.

Die Abwehr gegen die deutschen Geheimdienste verband sich dabei ab dem Spätsommer 1918 zunehmend mit steigenden innenpolitischen Spannungen. War noch bis zur Mitte des Krieges der Gegensatz zwischen den Sprachgruppen eine zentrale Konfliktlinie in der Schweizer Innenpolitik, wurde diese Kluft immer geringer, je stärker sich die Deutschschweizer von Deutschland abwandten. Hingegen rückten nun die sozialpolitischen Konflikte in den Vordergrund, da sich die wirtschaftliche Situation durch den Wirtschaftskrieg, die rückläufigen Ein- und Ausfuhren ab 1917 und die steigende Inflation immer mehr verschlechterte. Als es im November 1918 unter dem Eindruck des Kriegsendes zum Landesstreik kam, in welchem die Arbeiterschaft eine Beteiligung am politischen Prozess forderte, setzte sich die bürgerliche Mehrheit unterstützt von der Schweizer Armee mit Gewalt durch. Im turbulenten Herbst 1918 ergab sich aus bürgerlicher Perspektive der Eindruck, die im Bombenprozess enthüllten Tätigkeiten der deutschen Nachrichtendienste und der Landesstreik seien Teil einer deutsch-bolschewistischen Verschwörung, die die politische Stabilität des Landes zu untergraben und die Schweiz in den Bannkreis der zusammenbrechenden und von inneren Unruhen erfassten Zentralmächte zu bringen drohe.

Die Landesregierung signalisierte deshalb mit der Niederschlagung des Streiks, dass sie Ruhe und Ordnung im Inneren sicherstellen werde, und trat damit Gerüchten um eine alliierte Invasion entgegen. Der Bundesrat präsentierte sich den westlichen Grossmächten als Garant der Stabilität und positionierte den Kleinstaat am Kriegsende klar im transatlantischen Lager. Die sowjetische

Gesandtschaft wurde kurzerhand des Landes verwiesen und in der deutschen Botschaft wurde eine Auswechslung des Personals durchgesetzt. Der einflussreiche deutsche Gesandte Romberg, der noch bis zur Mitte des Krieges engste Beziehungen zu den Bundesratsmitgliedern gepflegt hatte, wurde zum Rücktritt gezwungen und die vormals umfangreichen militärischen Dienststellen und Propagandaabteilungen des Deutschen Reiches und der k. u. k. Monarchie mussten aufgelöst werden. Zeitgleich verfolgte die Landesregierung ab Sommer 1918 die Integration in die von den Westmächten dominierte Nachkriegsordnung und setzte sich für einen Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ein. US-Präsident Woodrow Wilson, der als eigentliche Lichtgestalt am Ende des Krieges nach Europa reiste, wurde auch in der Schweiz zur Personifikation einer neuen Ära, und der Bundesrat hätte den berühmten amerikanischen Präsidenten gerne in der Schweiz empfangen. Zwar stattete Wilson dem Land keinen Besuch ab, doch mit dem Wohlwollen des US-Präsidenten und unter tatkräftiger Mitwirkung des Genfer Zweiergespanns Gustave Ador und William Rappard wurde Genf als neuer Sitz des Völkerbundes festgelegt. Der Schweiz blieb dadurch eine aussenpolitische Isolation am Ende des Krieges erspart und der Kleinstaat konnte sich als neutraler Standort und Vermittler auf dem internationalen Parkett präsentieren.

Diese Fähigkeit der Adaption an die sich verändernden Entwicklungen sollte jedoch nicht dazu verleiten, die Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg als allzu eindeutige Erfolgsgeschichte zu interpretieren. Vielmehr war die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik in den Kriegsjahren von starken Unsicherheiten und viel Improvisation begleitet. Der Kleinstaat mit seiner knapp bemessenen Bürokratie war nur begrenzt in der Lage, die neuartigen und oftmals hochkomplexen wirtschaftlichen Aufgabenstellungen adäquat zu lösen, und vermochte die sozialpolitischen Konflikte im Inneren nur unzureichend aufzufangen. Die Akteure im Feld der schweizerischen Aussenwirtschaft agierten zudem oft widersprüchlich und unkoordiniert und die politischen Gegensätze zwischen der Deutsch- und der Westschweiz behinderten vielfach eine kohärente Aussenpolitik. Obwohl gegen Ende des Krieges die politische und wirtschaftliche Elite des Landes die neue weltpolitische Lage rasch erkannte, gab es nach wie vor starke Kräfte, nicht zuletzt im Umfeld des Schweizer Militärs, die sich mit dem Niedergang der Zentralmächte nicht anzufreunden wussten. Noch anlässlich der Völkerbundsabstimmung zeigte sich dies deutlich, indem deutschfreundliche Kräfte gegen das «Diktat von Versailles» und den Völkerbund als «Siegerinstrument» zu Felde zogen.[2] Nicht wenige dieser Exponenten sollten sich später politisch auf Abwege begeben und in den 1930er Jahren den Nationalsozialismus als Ausdruck eines wiedererstarkenden Deutschlands befürworten, so etwa der Berner «Bund»-Redaktor Hermann Stegemann, der in seinem 1934 erschienenen Werk «Weltwende» die Machtergreifung Hitlers freudig begrüsste.[3]

9.2 Flexibler Kleinstaat im totalen Krieg: Fünf Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit versucht die Frage zu beantworten, wie und weshalb sich die schweizerischen Aussenbeziehungen in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 veränderten. Es wird danach gefragt, über welche Handlungsspielräume die schweizerische Aussenpolitik im Wechselspiel der verschiedenen Einflusssphären verfügte und welche Rückwirkungen sich durch die Kriegsgeschehnisse für den Kleinstaat ergaben. Die Untersuchung kommt zu fünf zentralen Schlussfolgerungen.

1. Im Kontext des Ersten Weltkriegs bedeutete Neutralität für die Schweiz nicht Unparteilichkeit, sondern flexible Aussenpolitik. Der niederländische Historiker Samuël Kruizinga hat in einem Vergleich verschiedener neutraler Staaten festgestellt, dass die wenigen neutralen Staaten zwar alle stark vom Krieg betroffen waren, dass dadurch allerdings das Konzept der völkerrechtlichen Neutralität nicht grundlegend an Bedeutung eingebüsst hatte. Vielmehr kommt er zum Schluss, dass die Essenz der Neutralität gerade in der konstanten Neuaushandlung gegenüber den Kriegführenden und damit in einer situativen Anpassung an sich rasch wandelnde Umstände lag. Entgegen einer «Decline»-Theorie, die für den Ersten Weltkrieg einen Bedeutungsverlust des völkerrechtlichen Konzepts der Neutralität postuliert, beharrt Kruizinga auf dem wandelbaren Charakter des Neutralitätsbegriffs: «This constant renegotiation, and not the supposed ‹decline› of international law, is the essence of First World War neutrality.»[4]

Diese Feststellung gilt auch für die Schweiz. Zwar kam es seit Kriegsausbruch zu einer geradezu omnipräsenten Verwendung des Neutralitätsbegriffs. Bereits im Herbst 1914 wandte sich der Bundesrat mit einem Aufruf an das «Schweizervolk» und forderte dieses auf, die «vollständige Neutralität des Landes» zu bewahren, und im Dezember 1914 forderte der Schweizer Schriftsteller Carl Spitteler in einer vielbeachteten Rede, dass sich die Schweiz in Anbetracht des sie umgebenden Weltkriegs in den «Zuschauerraum» zurückziehen müsse.[5] Die empirische Untersuchung der Schweizer Aussenbeziehungen zeigt allerdings klar, dass sich die schweizerische Aussenpolitik entgegen diesem ostentativen Diskurs über die eigene Neutralität vor allem durch ihre hochgradige Flexibilität auszeichnete. Unter der Chiffre der Neutralität wurden die Aussenbeziehungen je nach Kriegslage adaptiv gestaltet und das Land den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen angepasst.[6] Neutralität bezeichnete im Falle der Schweiz keine strikte Staatsräson der Unparteilichkeit, sondern ein elastisches Konzept, das eine pragmatische Anpassung an die veränderten Umstände erlaubte.

Dabei zeigt sich deutlich, dass die Schweiz stark durch weltweite Entwicklungstrends beeinflusst war. Denn der Erste Weltkrieg hatte nicht nur das «lange 19. Jahrhundert» beendet, sondern auch das alte Europa mit seinem bestehenden Staatensystem grundlegend verändert. Das Deutsche, das Österreichisch-Ungarische und das Russische Kaiserreich zerfielen und von Finnland über das

Baltikum bis zum Balkan formierte sich ein Gürtel neu geschaffener Staaten. Vor allem aber hatte sich von Westen her die «amerikanische Flügelmacht» als kriegsentscheidender Faktor eingeschaltet und erstmals tauchten am Horizont die Umrisse einer «Pax Americana» der künftigen Jahrzehnte auf.[7] Auch die schweizerische Aussenpolitik reagierte auf die neue machtpolitische Situation und nahm gegen Ende des Krieges eine starke transatlantische Ausrichtung vor. Die von Adam Tooze dargelegte These, dass sich am Kriegsende aller Augen auf die USA richteten, bestätigt sich somit auch im Falle der Schweiz. Der politische Kleinstaat mit seiner global vernetzten Ökonomie betrieb eine ähnliche Aussenpolitik wie die meisten europäischen Neutralen, die dank wirtschaftlicher Abkommmen einen engen Anschluss an die neue Weltmacht USA suchten.[8] Die Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg ist in dieser Lesart keine Ausnahme, sondern vielmehr der Normalfall.

2. Schweizerische Aussenpolitik war im Ersten Weltkrieg von ökonomischen Überlegungen geprägt und durch eine gut vernetzte wirtschaftspolitische Elite gesteuert. Zentral war dabei die Weltmarktorientierung der traditionell offenen Volkswirtschaft, denn diese förderte eine Gleichsetzung von Aussenwirtschaft und Aussenpolitik sowie eine enge Verbindung von Privatwirtschaft und Staat. Die von Gilbert Ziebura für den Ersten Weltkrieg konstatierte wechselseitige Durchdringung von Politik und Ökonomie gilt auch im Falle der Schweiz. Der Bundesstaat stützte sich stark auf die global gut vernetzte wirtschaftliche Elite des Landes. Vertreter der Privatwirtschaft, vorwiegend Industrielle, übernahmen wichtige Funktionen in den neu geschaffenen kriegswirtschaftlichen Behörden und kümmerten sich um die aussenwirtschaftlichen Verhandlungen mit den Kriegführenden. So erlaubte etwa die Delegierung des einflussreichen Industriellen Hans Sulzer nach Washington auf den für die Schweiz wichtigsten Gesandtschaftsposten ab 1917, das fehlende Know-how der Bundesverwaltung auszugleichen und privatwirtschaftliches Wissen in die komplexen Wirtschaftsverhandlungen mit den USA einzubringen. Diese Verschränkung von Privatwirtschaft und Staat ist kein schweizerisches Spezifikum, sondern in vielen Staaten führte die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft zu einer starken Vermischung von privaten und staatlichen Interessenlagen. Besonders starke Parallelen ergaben sich zwischen der Schweiz und den nördlichen Neutralen, wo unter dem Eindruck des ausländischen Wirtschaftskrieges enge Kooperationsformen zwischen privaten Unternehmen und staatlichen Strukturen entwickelt wurden und Geschäftsleute ebenfalls weitreichenden Einfluss auf die Aussenwirtschaftsbeziehungen ausübten.[9] In der Schweiz führte der Einbezug führender Industrieller und Unternehmer in hohe Verwaltungsposten schliesslich im Verlauf der Jahre 1917/18 zu einer Distanzierung vom Deutschen Kaiserreich und zu einer Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik auf die von den Alliierten dominierte Nachkriegsordnung. Hier wirkten die internationalistisch gesinnten Kräfte, unterstützt von liberalen Reformkräften und der global agierenden Schweizer

Wirtschaftselite, die aus wirtschaftlichem Eigeninteresse für eine internationale Kooperation mit dem Westen optierten. Der neuen Dominanz des transatlantischen Raumes näherte sich die Schweiz am Ende des Krieges mit dem Rückgriff auf eine «differenzielle Neutralität», die eine Einpassung in die von den USA geprägte Nachkriegsarchitektur und einen Beitritt in den Völkerbund erlaubte. Mit der Gründung des Hauptsitzes der neuen Organisation in Genf beteiligte sich die Schweiz aktiv an dem Versuch, ein kollektives Sicherheits- und Ordnungssystem in der Nachkriegszeit zu etablieren. Die Untersuchung der Schweizer «Davos People» macht deutlich, dass die schweizerischen Aussenbeziehungen von einer relativ gut vernetzten Elite gesteuert wurden und es auf wenige einflussreiche Persönlichkeiten ankam, die in der entscheidenden Endphase des Krieges die aussenpolitischen Weichen neu stellten.

3. Die Schweiz erfüllte während des Ersten Weltkriegs im Kalkül der Grossmächte eine wichtige Drehscheibenfunktion. Diese waren an einer stabilen und funktionsfähigen Schweiz interessiert und versuchten das Land für ihre politischen und ökonomischen Zwecke zu nutzen. Dass die Schweiz als neutrales Territorium insgesamt mehr Nutzen versprach denn als Kriegsteilnehmerin, war für beide Kriegsparteien unbestritten. Eine ernsthafte militärische Gefährdung der Schweiz bestand deshalb nie. Vielmehr bezogen die Kriegführenden Rohstoffe, hochwertige Industrieprodukte und Finanzkredite aus der Schweiz, zudem verkürzte das Land die Frontlinien und diente als Pufferstaat der Informationsbeschaffung. Vor allem für die Zentralmächte, welche zunehmend isoliert waren, erfüllte die Schweiz eine wichtige Brückenfunktion, bot Zugang zu internationalen Kontakten und diente als Raum für Geheimtätigkeiten im Bereich der Wirtschaft, Spionage und des Informationskrieges. Dabei spielte der Schweizer Finanzplatz insbesondere als Handelsplatz für belgisches Raubsilber eine moralisch höchst problematische Rolle und nahm Handlungsmuster vorweg, die sich in ähnlicher Weise im Zweiten Weltkrieg wiederholten, als die Schweiz zum Umschlagplatz für die Goldtransaktionen aus dem Machtbereich des «Dritten Reiches» wurde. Gegen die oftmals klandestinen Tätigkeiten der deutschen Diplomaten und deren Agenten unternahmen die schweizerischen Behörden hingegen wenig. Erst gegen Ende des Krieges, als sich die neuen machtpolitischen Verhältnisse abzuzeichnen begannen, wurde im Rahmen des Bombenprozesses deutlich eingeschritten. Trotz intensivem Mitteleinsatz waren damit die deutschen Bemühungen, die Schweiz im eigenen Einflussbereich zu halten, definitiv gescheitert.

Analog zu den Zentralmächten erfüllte die Schweiz auch für die Alliierten nützliche Funktionen. So vergab das Land im Rahmen der «Valuta-Abkommen» an die Entente-Staaten Kredite, während die schweizerische Industrie hochwertige Produkte lieferte. Dabei fungierte vor allem die jurassische Uhrenindustrie dank ihrer Präzisionstechnik als beliebte Munitionslieferantin. Ab 1917 und dann vor allem ab 1918 gewann die Schweiz auch für die USA als Versorgungsposten eine wichtige Funktion. Die American Expeditionary Forces in Frank-

reich versorgten sich mit Schweizer Nachschub und das American Red Cross koordinierte von der Schweiz aus seine europaweiten Tätigkeiten. Auch als diplomatischer Aussenposten spielte Bern ab 1917 für die Amerikaner eine wichtige Rolle, denn von hier aus konnten Informationen gesammelt und das State Department direkt über die laufenden Entwicklungen in Zentraleuropa informiert werden. Mit dem Ersten Weltkrieg begann für die USA ein Jahrhundert aktiver Aussenpolitik in Europa und der Welt. Der bekannte Historiker Niall Ferguson spricht hierbei vom «first, crucial step on the road to that ‹globalism› which came to characterize American foreign policy for most of the twentieth century».[10] Dieser Aufstieg der USA zur Weltmacht spiegelt sich im schweizerisch-amerikanischen Verhältnis deutlich wider.

4. Die Schweiz wurde während der Jahre 1917/18 zum politisch-ideologischen Echoraum. Die Kriegführenden beeinflussten das Land sowohl politisch als auch kulturell, so dass sich die äusseren Konflikte direkt in den Gegensätzen zwischen den Landesteilen widerspiegelten. Dies zeigte sich in den gehässigen Reaktionen anlässlich der Oberstenaffäre, dem überstürzten Rücktritt Paul Ritters oder der Hoffmann-Grimm-Affäre im Sommer 1917. Die Staatsaffären machten deutlich, dass sich führende Persönlichkeiten direkt mit den deutschen Amtsträgern eingelassen und sich die ausländischen Diplomaten stark in die inneren Angelegenheiten der Schweiz eingemischt hatten. Der schweizerische Bundesstaat entpuppte sich dabei als äusserst schwach. Insbesondere beim Aussendepartement fehlte es an fähigem Personal und dem nötigen Fachwissen. Dies machte die Besetzung der Gesandtschaftsposten zu einer grossen personellen Herausforderung und sorgte dafür, dass die Personalentscheide zu einem aussenpolitischen Hochseilakt wurden. Hinzu kam die allgegenwärtige Propaganda der Kriegführenden. Beide Parteien bewarben die eigenen Kriegsziele offensiv und versuchten die neutralen Bevölkerungen von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen. Die Schweiz bildet hier keine Ausnahme, sondern wurde, wie alle europäischen Neutralen, in den internationalen Propagandakrieg hineingezogen.[11] Dabei wurde das Land nicht nur zum Terrain eines globalen Meinungskampfes, sondern sah sich gezwungen, die eigene Position offensiv nach aussen zu vertreten. Die Swiss Mission und die starke Betonung des humanitären Engagements lassen sich als Versuch einer aktiven Selbstvermarktung lesen, die die eigenen Interessen aussenpolitisch abzustützen suchte. Zuletzt sind auch die Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft im Kontext des äusseren Konflikts zu betrachten. Obwohl es sich grundsätzlich um einen innenpolitischen Machtkampf handelte, lassen sich der Landesstreik und die bürgerliche Revolutionsangst nur im Kontext der gewaltigen gesellschaftlichen Umbrüche in den umliegenden Nachbarstaaten nachvollziehen. Die bürgerlichen Ängste vor einem revolutionären Umsturz durch die politische Linke verbanden sich mit einer diffusen Furcht vor fremden Spionen und der Vorstellung, das Land könnte durch ausländische Einflüsse in den Sog politischer Instabilität geraten. Unter

dem Druck der siegreichen Westmächte entschied sich die politische Führungsriege im turbulenten Herbst 1918 zu einem kompromisslosen Vorgehen. Anstatt sozialpolitische Reformen einzuleiten und der sozialdemokratischen Opposition entgegenzukommen, wurde die Protestbewegung unterdrückt und unter dem Credo von Ruhe und Stabilität eine klare Westorientierung vorgenommen. Als neue Galionsfigur fungierte am Ende des Krieges nicht mehr der deutsche Kaiser, sondern der amerikanische Präsident Woodrow Wilson.

Die empirische Untersuchung der Jahre 1917/18 zeigt somit deutlich, dass die Schweiz stark von den politischen und ideologischen Konfliktfeldern beeinflusst wurde und gezwungen war, an der Schnittstelle von innenpolitischen Konfliktlagen und aussenpolitischer Beeinflussung eine Balance zu finden.

5. Die Gestaltung der Schweizer Aussenbeziehungen im Ersten Weltkrieg war ein wichtiges Erfahrungsmodell. Auch im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts präsentierte sich die Schweizer Aussenpolitik als äusserst adaptiv und flexibel. Die Dominanz der USA war nur von kurzer Dauer und der stabilisierende Hegemon zog sich sehr rasch wieder von der Weltbühne zurück.[12] Mit dem Rückzug Amerikas als globaler Ordnungsmacht und dem Erstarken totalitärer Systeme im Norden und Süden in den 1930er Jahren passte sich der Kleinstaat unter dem Begriff einer «integralen Neutralität» den neuen Machtverhältnissen in Europa an. Während des Zweiten Weltkriegs betrieb die Schweiz sogar eine Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland und kooperierte mit dem Regime auf vielen Gebieten, insbesondere im Bereich der Aussenwirtschaft und im Finanzsektor. Dabei ergab sich ein Konflikt zwischen einer langfristigen Orientierung am angelsächsisch dominierten Weltmarkt und dem kurzfristigen Ziel, die Handelsbeziehungen mit dem nationalsozialistischen Regime zu intensivieren.[13] Erst mit der sich abzeichnenden Kriegsniederlage der Achsenmächte machte die Schweiz eine Kehrtwende und suchte den Anschluss an den Westen.[14] In der Nachkriegszeit und unter dem Eindruck des aufziehenden Kalten Krieges gliederte sich der Kleinstaat mit seiner Volkswirtschaft dann deutlich in das von den USA getragene westliche Bündnis ein, wobei die weiterhin starke Betonung der Neutralität keine Distanz zum Westen bedeutete, sondern vielmehr einen instrumentellen Charakter aufwies.[15]

Historische Analogien sind immer vorsichtig zu bewerten, da sich geschichtliche Vorgänge nie wiederholen.[16] Zudem ist ein allzu starkes Aufeinanderbeziehen der beiden Weltkriege, wie es das von Charles de Gaulle geprägte und von Hans-Ulrich Wehler aufgegriffene Schlagwort vom «zweiten Dreissigjährigen Krieg» suggeriert, nicht unproblematisch, da es die Singularität der historischen Ereignisse und ihre Eigendynamiken zu unterschätzen droht.[17] Dennoch sind die Ähnlichkeiten in Bezug auf die schweizerische Aussenpolitik am Ende der beiden Weltkriege frappant. Zeigte die Schweiz jeweils in der ersten Hälfte des Krieges eine enge Anlehnung an den nördlichen Nachbarn, der in beiden Weltkriegen zeitweise die Herrschaft in Europa zu übernehmen schien, positionierte

sie sich in der zweiten Hälfte unter den veränderten Machtverhältnissen deutlich im Lager der Westmächte. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den symbolhaften Rücktritten der Schweizer Aussenminister: Während die Schweiz 1917 mit der schleichenden Niederlage der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie im Ersten Weltkrieg ihren deutschfreundlichen Aussenminister Arthur Hoffmann aus dem Amt entliess, musste 1944 Aussenminister Pilet-Golaz demissionieren. Seine milde Haltung gegenüber den Achsenmächten und seine Begeisterung für autoritäre Regierungsformen entsprachen bei Kriegsende nicht mehr dem Zeitgeist, so dass er quasi stellvertretend für die Opportunisten in Militär, Politik und Wirtschaft aus der Regierung gedrängt wurde, wie Jean-Rudolf von Salis später meinte.[18]

Auch die Einbindung der wirtschaftspolitischen Elite in die Aussenbeziehungen lassen sich als wichtige Parallele zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg beobachten. Bei der kriegswirtschaftlichen Umstellung der Aussenwirtschaft kam es ab 1939 zu einer engen Verzahnung zwischen Privatwirtschaft und Staat, wobei sich starke personelle Kontinuitäten ergaben.[19] So waren es wiederum Hans Sulzer und William Rappard, die in Verhandlungen mit den Alliierten eine Abschnürung der Schweiz vom alliierten Wirtschaftsraum zu verhindern suchten.[20] Und nach dem Kriegsende wirkte Rappard als Kenner der schweizerisch-amerikanischen Beziehungen bei den Verhandlungen mit den USA mit, die ins Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946 mündeten, in welchem sich die Schweiz durch einen «freiwilligen» Beitrag vom Status des Kriegsprofiteurs und Raubgoldhändlers loskaufen konnte und den Weg für eine Westintegration frei machte.[21] Die Federführung in den Nachkriegsverhandlungen mit den Amerikanern hatte dabei der erfahrene Diplomat Walter Stucki, der schon als junger Mann nach dem Rücktritt Arthur Hoffmanns von Edmund Schulthess zum Chef des neu gegründeten Generalsekretariats des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements ernannt worden war und deshalb bereits schon von 1917 bis 1919 den Übergang der Schweiz von der Kriegs- zur Nachkriegswirtschaft begleitet hatte.[22]

Der Erste Weltkrieg und die Erfahrungen der Schweizer Aussenpolitik können damit als eigentliches Laboratorium gelten, in dem viele Formen der aussenpolitischen Gestaltung ausprobiert und eingeübt wurden. Die Untersuchung der Schweiz in den Kriegsjahren 1917/18 macht den Blick dafür frei und ermöglicht dadurch eine neue Perspektive auf die Schweizer Aussenbeziehungen im 20. Jahrhundert.

10 Dank

Der Autor bedankt sich bei den Professoren Jakob Tanner und Tobias Straumann sowie allen Teilnehmern des Sinergia-Projekts, insbesondere den Mitdoktoranden Oliver Schneider, Maria Meier, Anja Huber, Sebastian Steiner, Cédric Cotter und dem Projektleiter Roman Rossfeld für die langjährige Unterstützung und Beratung. Gedankt sei auch den Experten Samuël Kruizinga und Neville Wylie, die das Projekt kritisch kommentiert haben. Ein grosses Dankeschön geht sodann an alle Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich, an die Professoren Sven Beckert und Charles S. Maier von der Harvard University sowie an die Mitarbeiter des German Historical Institute in Washington DC.
Die Forschungsarbeit konnte nur dank den finanziellen Beiträgen des Schweizerischen Nationalfonds realisiert werden. Die Durchführung der Quellenarbeit war nur möglich dank der Unterstützung der Mitarbeiter in den verschiedenen amerikanischen und europäischen Archiven. Ihnen sei hier in globo gedankt. Zahlreichen weiteren Personen verdankt die Arbeit wichtige Hinweise und zusätzliches Quellenmaterial, darunter Frank Russek, Alfred R. Sulzer und Rosemarie Schneider. Für die Durchsicht des Manuskripts sei Mirko Plüss und Hartmuth Gauß gedankt sowie den Mitarbeitern des Chronos Verlags für das professionelle Lektorat und die gelungene Gestaltung des Buches.

11 Bildnachweis

Abb. 1: Library of Congress, Prints and Photograph Division, Washington, D. C., www.loc.gov/pictures/item/ggb2005012358.
Abb. 2: Frobenius AG: Der Winter 1914/15 an der Grenze. Schweizerische Grenzbesetzung, Basel 1915, S. 18.
Abb. 3: Archiv für Zeitgeschichte, NL Adolf Müller, Dossier 57.
Abb. 4: Aus: Schweizerische Nationalbibliothek, Graphische Sammlung: Sammlung Fotoporträts. Aufnahme publiziert am 28. Juli 1917 auf der Titelseite der Schweizer Illustrierten. Aufnahme von Wilhelm Schmidt.
Abb. 5: Aus: Schweizerische Nationalbibliothek, Graphische Sammlung: Sammlung Fotoporträts. Aufnahme von Frédéric Boissonnas.
Abb. 6 und 7: Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, Nr. 119, September 1917.
Abb. 8: Archiv für Zeitgeschichte, NL Sulzer, Sign. 30.10.
Abb. 9: Archiv für Zeitgeschichte, NL Sulzer, Sign. 25.10.
Abb. 10: Fraternités Monastiques de Jérusalem (Sources vives, Nr. 100), Paris 2001, S. 169.
Abb. 11: Archiv für Zeitgeschichte, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.6.1.002.
Abb. 12: Schlesinger Library on the History of Women in America, Radcliffe Institute, Cambridge (MA).

12 Abkürzungen

AEF	American Expeditionary Forces
AfZ	Archiv für Zeitgeschichte
ARA	American Relief Administration
ARC	American Red Cross
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
FERO	Zentralstelle für auswärtige Transporte
HHStA	Hof-, Haus- und Staatsarchiv, Wien
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
LoC	Library of Congress
NACP	National Archives at College Parc (MD)
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NL	Nachlass
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OHL	Oberste Heeresleitung
PA AA	Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Berlin
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SFUSA	Swiss Friends of the United States of America
SNB	Schweizerische Nationalbank
SP(S)	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSS	Société suisse de surveillance économique
STS	Schweizerische Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs
WTB	War Trade Board

13 Anmerkungen

Kapitel 1

1 Zum Kaiserbesuch vgl. Eberle, «… der Kaiser kommt!»; Zeller, Kaiserwetter. Siehe auch den Originalfilm des Kaiserbesuchs, www.youtube.com/watch?v=k1i-TfP_b84, 11. September 2015.
2 Das «St. Galler Tagblatt» schrieb gar von «Hunderttausenden», die den Einzug in Zürich mitverfolgt hätten. Vgl. Eberle, «… der Kaiser kommt!», S. 19.
3 Vgl. Bundesamt für Statistik. Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung. 1861–2013, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/lexikon/lex/0.topic.1.html, 8. April 2015.
4 Berner Intelligenzblatt, 6. September 1912, erstes Blatt, zitiert in Eberle, «… der Kaiser kommt!», S. 34.
5 Zum Staatsbesuch Wilhelms II. in Anwesenheit Giuseppe Mottas siehe den Originalfilm, www.youtube.com/watch?v=k1i-TfP_b84, 11. September 2015.
6 Rede des Herrn Bundespräsidenten Motta zur Eröffnung der ersten Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf am 15. November 1920 (Übertragen aus dem Italienischen), in: Bundesblatt, Bd. 5, Heft 50, 1920, S. 413; vgl. auch Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 280, der die Rede allerdings in leicht anderer Form wiedergibt.
7 Vgl. United Nations Human Rights. Office of the High Commissioner for Human Rights: Headquarters, www.ohchr.org/EN/AboutUs/Pages/Headquarters.aspx, 2. November 2015.
8 Den exakten Kriegsbeginn festzulegen ist schwierig. Für eine Übersicht über die Ereignisse Ende Juli und Anfang August 1914 siehe die Chronik in Hirschfeld/Krumeich/Renz, Enzyklopädie Erster Weltkrieg.
9 Vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 10 f.
10 Vgl. ebd.
11 Vgl. Fuhrer, Die Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg, S. 521–539.
12 Vgl. Veyrassat, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 35 f.
13 Vgl. Bundesamt für Statistik. Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2008, Historische Darstellung, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ/ausl/presentation.Document.116845.pdf, 9. April 2015.
14 Vgl. Veyrassat, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 35 f.
15 Vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 758–767.
16 Vgl. Hobsbawm, Age of Extremes, S. 1–17. Allerdings hatten sich viele Tendenzen bereits vor dem Krieg abgezeichnet: die machtpolitischen Verschiebungen, unter anderem der Aufstieg der USA, eine Zunahme an Konflikten sowohl aussenpolitisch zwischen den Mächten als auch innenpolitisch durch die Erstarkung der Arbeiterbewegung und die Entstehung von Sozialstaaten. Siehe dazu Supple, War Economies, S. 295.
17 Vgl. Keynes, The Economic Consequences, S. 11.
18 Der Sammelband von Broadberry und Harrison bietet eine gute Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Staaten im Ersten Weltkrieg. Vgl. Broadberry/Harrison, An Overview, S. 36.
19 Vgl. Kramer, Blockade and economic warfare, S. 460–466. Zur Blockadepolitik der Entente siehe auch Vincent, The Politics of Hunger; Offer, An Agrarian Interpretation.
20 Vgl. McKercher, Economic Warfare, S. 122–125.
21 Vgl. Kramer, Blockade and economic warfare, S. 466–471.
22 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 152–164. Zur Blockade Deutschlands vgl. Kramer, Blockade and economic warfare.
23 Vgl. Broadberry/Harrison, An Overview, S. 6 f.

24 Vgl. Frey, The Neutrals and World War One, S. 6–9.
25 Vgl. Broadberry/Harrison, An Overview, S. 13.
26 Sowie 1917/18 auch Griechenland, China und Siam.
27 Zur US-Wirtschaft im Krieg vgl. Rockoff, Until its over, over there.
28 Vgl. Frey, The Neutrals and World War I.
29 Zum Niedergang der k. u. k. Monarchie und der Führungsrolle Deutschlands Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, vor allem S. 931–941.
30 Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme.
31 Vgl. ebd., S. 21–23. Dass das Jahr 1917 eine globalgeschichtliche Zäsur darstellt, ist jüngst auch wieder stärker ins Bewusstsein der historischen Zunft gedrungen. So widmete sich etwa im Sommer 2016 in Hannover eine Tagung diesem Schicksalsjahr als dem «foundation-stone for the decisive structures of the short 20th century» und dem «turning point of the First World War». Siehe dazu H-Soz-Kult, World-Counter Revolutions: 1917–1920. From a Global Perspective. Call for Poster Session Proposals, 9. Juni 2016 bis 11. Juni 2016, Hannover, www.hsozkult.de/event/id/termine-29438, 20. Januar 2016.
32 Vgl. Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 23–28. Das Modell sieht insgesamt fünf Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, drei während des Krieges, zwei in der Nachkriegsperiode. Die Autoren stützen sich auf Geering, Handel und Industrie der Schweiz.
33 Vgl. Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 23–29, 38.
34 Vgl. Broadberry/Harrison, An Overview, S. 14 f.
35 Vgl. ebd., S. 38.
36 Umgerechnet in kaufkraftbereinigte Geary-Khamis Dollar von 1990.
37 Vgl. Maddison, Monitoring the World Economy, S. 196.
38 Vgl. Daten aus Historische Statistik der Schweiz Online, www.fsw.uzh.ch/hstat/nls_rev/ls_files.php?chapter_var=./h, 9. April 2015.
39 Vgl. Ritschl, The Pity of Peace, S. 64; Broadberry/Howlett, The United Kingdom during World War I, S. 219; Hautcoeur, The Economics of World War I in France, S. 187; de Jong, The Dutch economy during World War I, S. 158.
40 Vgl. Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 28.
41 Vgl. Gautschi, Der Landesstreik 1918, S. 31–43; jüngst auch Buomberger, Kampfrhetorik.
42 Diese wird im Sinne von Glastetter verstanden als «die Gesamtheit aller Massnahmen, die von den dazu autorisierten Instanzen (dem Staat oder der Notenbank) ergriffen werden, um die aussenwirtschaftlichen Transaktionen hinsichtlich qualitativer Art, quantitativem Volumen und/oder regionaler Richtung zu steuern». Glastetter, Aussenwirtschaftspolitik, S. 13.
43 Die beiden Begriffe Aussenwirtschaft und Aussenpolitik werden deshalb in der Arbeit weitgehend synonym verwendet. Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 11.
44 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 25 f.
45 Siehe dazu Royal Netherlands Historical Society (KNHG) 2015 Annual Conference: Neutrals at war, 1914–1918. Comparative and transnational perspectives, 20. November 2015, www.huizingainstituut.nl/knhg-conference-neutrals-at-war-1914-1918, 20. Januar 2016.
46 Zur historiografischen Debatte in Frankreich, Grossbritannien und Deutschland vgl. Meteling, Literaturbericht; Connelly, Never Such Innocence Again; Hirschfeld, Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung.
47 Vgl. Ruchti, Die schweizerische Kriegswirtschaft. Auch die vom deutschen Nationalökonomen Heinrich Sieveking verfasste Arbeit zur Schweizer Kriegswirtschaft ist mit Vorsicht zu bewerten, wurde das Buch doch von der Deutschen Handelskammer in der Schweiz herausgegeben, die sich direkt für die deutschen Wirtschaftsinteressen einsetzte, siehe Sieveking, Schweizerische Kriegswirtschaft.
48 Vgl. Tanner, Die Schweiz im Grossen Krieg, S. 8 f.
49 Vgl. Geering, Handel und Industrie der Schweiz; Sieveking, Schweizerische Kriegswirtschaft. Nebst diesen Übersichtswerken finden sich Einzelstudien zu volkswirtschaftlichen Themen sowie zu Branchen und Akteuren der Schweizer Wirtschaft im Krieg. Erwähnt seien hier exemplarisch Reinhart, Der Deutsch-Schweizerische Eisenhandel; Bodenmann, Der Exporthandel der Schweiz während des Krieges; Rast, Die handelspolitische Stellung der Schweiz; Stauffa-

cher, Der schweizerische Kapitalexport. Neueren Datums ist hingegen Fehr, Die «Stickstofffrage» in der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs.

50 Vgl. Schweizer, Geschichte der Schweizerischen Neutralität.

51 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität. Insbesondere Kapitel 6 widmet sich unter dem Stichwort der «wirtschaftlichen Neutralität» dem schweizerischen Aussenhandel.

52 Vgl. Jost, Bedrohung und Enge.

53 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit. Siehe Kapitel 5: Die Verschlechterung der Lage der Schweiz 1917 und 1918, S. 278–312.

54 Vgl. Luciri, Le prix de la neutralité.

55 Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations.

56 Vgl. Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik im Ersten Weltkrieg; Milbank, Conflict and Compromise.

57 Vgl. Meier, Friendship under Stress.

58 Einzig zwei Aufsätze von Edgar Rosen behandeln Einzelaspekte, allerdings ohne wirtschaftliche Themen zu berücksichtigen. Vgl. Rosen, Italien und das Problem der schweizerischen Neutralität; Rosen, Rom-Bern. Für die spezielle Lage des Tessins im Ersten Weltkrieg vgl. Rossi, Il Ticino durante la prima guerra mondiale.

59 Vgl. Schaufelberger, Österreichische Spionage in der Schweiz; Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés.

60 Vgl. Frey, The Neutrals and World War I; Moeyes, Neutral Tones. Zudem finden sich einige Studien, die Einzelereignisse der Aussenpolitik wie die Oberstenaffäre oder die Hoffmann-Grimm-Affäre behandeln. Vgl. Staufer, Die Affäre Hoffmann/Grimm; Schoch, Die Oberstenaffäre.

61 Vgl. Tribelhorn, Alles andere als eine Insel. Zur Publikation Rossfeld/Buomberger/Kury, 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Zur Ausstellung vgl. Ausstellung 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, www.ersterweltkrieg.ch, 8. Februar 2015.

62 Vgl. Rossfeld/Straumann, Der vergessene Wirtschaftskrieg. Unternehmenshistorisch sind auch die Arbeiten von Christof Dejung. Vgl. ders., Welthandelshaus und «Swiss Firm», sowie Dejung/Zangger, British Wartime Protectionism. Einige wichtige Aufsätze zu den Schweizer Aussenwirtschaftsbeziehungen finden sich zudem im Sammelband von Guex, La Suisse et les Grandes puissances, sowie bei Halbeisen/Müller/Veyrassat, Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert.

63 Vgl. Tanner, Die Schweiz im Grossen Krieg, S. 16.

64 Vgl. Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Universität Zürich. Projektbeschrieb. Schweiz im Ersten Weltkrieg, www.fsw.uzh.ch/personenaz/tanner/aktuell/schweiz-weltkrieg1/teilprojekte.html, 2. Februar 2015.

65 Detaillierte Angaben zu den ausgewerteten Quellen finden sich jeweils in den Anmerkungen und im Quellenverzeichnis.

66 Vgl. Bartelson, Globalization.

67 Eine Einführung in Wallersteins Weltsystemanalyse bietet Zündorf, Zur Aktualität von Immanuel Wallerstein.

68 Ebd., S. 188.

69 Ziebura, Weltwirtschaft, S. 26.

70 Zum Begriff des totalen Krieges vgl. Chickering/Förster, Great War, Total War.

71 Vgl. Ziebura, Weltwirtschaft, S. 16, 26. Zur engen Verzahnung von Wirtschaft und Politik in der Kriegswirtschaft vgl. Ullmann, Kriegswirtschaft.

72 Vgl. Ziebura, Weltwirtschaft, S. 26.

73 Vgl. Conze, Abschied von Staat und Politik?, S. 32 f.

74 Allerdings handelt es sich völkerrechtlich bei allen ausländischen Vertretungen in der Schweiz sowie der schweizerischen Vertretungen im Ausland mit Ausnahme von Frankreich jeweils lediglich um Gesandtschaften. Die Begriffe Gesandtschaft/Gesandter und Botschaft/Botschafter werden allerdings synonym verwendet, da den Gesandtschaften in jener Zeit faktisch dieselbe Bedeutung zukam.

75 Vgl. dazu unter Quellen.

76 Vgl. Conze, Abschied, S. 34.

77 Vgl. ebd., S. 40 f.
78 Einige Abschnitte von Kapitel 3 und 4 wurden bereits publiziert in Weber, Wirtschaftsdiplomatie im Totalen Krieg.

Kapitel 2

1 Vgl. Rodgers, Mencken.
2 Vgl. LoC, Washington, D. C., Henry Louis Mencken Papers, A Record of Events Before and After the Break in Diplomatic Relations Between the United States and Germany. Being the Diary of H. L. Mencken, S. 3 f.
3 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 142.
4 Zitiert nach ebd., S. 143.
5 Vgl. ebd., S. 143 f.
6 Für die Details der Seeschlacht und die militärischen Aspekte des U-Boot-Krieges vgl. Münkler, Der grosse Krieg, S. 491–526.
7 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 145.
8 Tooze, The Deluge, S. 45.
9 Vgl. ebd., S. 44.
10 Vgl. ebd., S. 67 f.
11 Vgl. ebd., S. 54–57.
12 Vgl. Mencken Papers, Diary, S. 41, und Hirschfeld/Krumeich/Renz, Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 1015.
13 Vgl. Stibbe, British Civilian Internees in Germany.
14 Vgl. Mencken Papers, Diary, S. 41, 50, 58 f.
15 Vgl. Wilson, Lehrjahre eines Diplomaten, S. 250 f. Das Original erschien 1938 in New York unter dem Titel «The Education of a Diplomat».
16 Mencken Papers, Diary, S. 93.
17 Vgl. ebd., S. 76.
18 Darunter der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Adolf von Montgelas. Später war er als Legationsrat an der deutschen Gesandtschaft in Bern beschäftigt. Sein Bruder, Max von Montgelas, war General der Infanterie, fiel aber durch seine kritische Haltung auf und wurde später als pazifistischer Publizist bekannt. Er setzte sich in die Schweiz ab. Vgl. Kessler, Tagebuch, S. 872.
19 Vgl. Mencken Papers, S. 86–88, 92.
20 Vgl. ebd., S. 97.
21 Vgl. Kessler, Tagebuch, S. 21 f.
22 Dies berichten übereinstimmend der schweizerisch-österreichische Bankier Felix Somary, die amerikanische Chefpropagandistin Vira Whitehouse und der US-Diplomat Hugh R. Wilson in ihren autobiografischen Zeugnissen. Vgl. Somary, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 176; Whitehouse, Year as a Government Agent, S. 26; Wilson, Lehrjahre eines Diplomaten, S. 256–260.
23 Vgl. Mencken Papers, Diary, S. 106.
24 Vgl. Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1917, S. 79.
25 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 37.
26 Zu Edmund Schulthess vgl. Steigmeier, Schulthess, Edmund, in: HLS; Böschenstein, Bundesrat Schulthess.
27 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Freiherr von Gagern an österr-ungar. Ministerium des Äussern, 16. Februar 1917; Mayer, Hoffmann, Arthur, in: HLS.
28 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 36.
29 Vgl. BAR E2001* (B) 1, 76, Le Ministre des Etats-Unis d'Amérique à Berne, P. A. Stovall au Chef du Département politique, A. Hoffmann, in: DDS, Bd. 6, S. 489.
30 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 52.
31 Vgl. Mencken, Diary, S. 109.
32 Vgl. ebd., S. 110.

33 Vgl. BAR E1004*, 1/264, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance du 9 février 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 495.
34 Heute trägt die Stadt den Namen Sète.
35 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 74, 76–81, 286 f.
36 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Graf Czernin, 7. Mai 1917; Röhl, Wilhelm II., S. 193.
37 Vgl. Kessler, Tagebuch, S. 23.
38 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 294; vgl. Kessler, Tagebuch, S. 47–49. Hänggi nennt die Zahl von dreizehn Gebäuden. Vgl. Hänggi, Die deutsche Propaganda, S. 5.
39 Vgl. BAR E2001B#1000/1501#38*, G. Romberg an Bundesrat, 26. November 1917.
40 Vgl. Pohl, Adolf Müller, S. 176, 272; vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Graf Czernin, 7. Mai 1917; Tanner, Die Schweiz im Grossen Krieg, S. 15. Die starke Zunahme an deutschen Beamten in der Schweiz zeigt sich auch in der immer längeren Akkreditierungsliste. Vgl. dazu jeweils die Angaben zum Deutschen Reich in den Staatskalendern der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern, Jg. 1914–1918.
41 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 6. Februar 1917; vgl. dazu auch Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 287.
42 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Freiherr von Gagern an österr-ungar. Ministerium des Äussern, 16. Februar 1917.
43 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 149 f.
44 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Reichskanzler Bethmann Hollweg, 2. Juni 1917.
45 Vgl. Schoch, Oberstenaffäre.
46 Vgl. Schneider, Diktatur der Bürokratie?, S. 57.
47 Ernst Steinmann, der Generalsekretär der FDP Schweiz von 1919 bis 1946, zählt Eugster zum «Hauptharst des Freisinns» in jener Zeit. Vgl. Steinmann, Aus Zeit und Streit, S. 106; Fuchs, Eugster, Arthur, in: HLS.
48 NL Arthur Eugster, Rede von Nationalratspräsident Arthur Eugster zur Neutralitätsdebatte, 6. März 1917.
49 NL Arthur Eugster, Aufzeichnungen des Sohnes, Hans Eugster, 1916.
50 Vgl. Feldenkirchen, Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz, S. 241–246.
51 Vgl. Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie, S. 45 f., 80.
52 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 248–252. Überprüft wurde dies durch die im Dezember 1915 gegründete Zentralstelle für die Kohlenversorgung der Schweiz.
53 Seit dem Kriegsausbruch hatte die schweizerische Industrie, insbesondere die Uhrenindustrie im Jurabogen, von der Friedens- auf eine Kriegsproduktion umgestellt. Statt Uhren produzierte man Zünder und andere Munitionsbestandteile für die Entente. Zur Schweizer Munitionsproduktion vgl. Rossfeld, «Rechte hat nur, wer Kraft hat», S. 144–171.
54 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 201–210.
55 Vgl. ebd., S. 202–205.
56 Vgl. ebd., S. 82–92.
57 Zur SSS vgl. Weber, Société Suisse de Surveillance Economique (SSS).
58 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 235–238.
59 Vgl. ebd., S. 202–205.
60 Dies betraf allerdings, wie oben angemerkt, nur bestimmte Güter- und Warengruppen. Zudem wurden gewisse Minimaltoleranzen bei der Verwendung von alliierten Rohstoffen zugelassen. Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 244.
61 Dies betraf zwar nur diejenigen Waren, die in den Statuten der SSS festgelegt waren. Die Liste wurde im Verlauf des Krieges jedoch kontinuierlich erweitert.
62 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 239–241.
63 Vgl. ebd., S. 326. Gestützt darauf Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S 34; Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 84.
64 Vgl. Strupp, Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und die Neutralen, S. 144. Ebenso Max Kemter gestützt auf Veröffentlichungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz von

1917, in: ders., Das Verhalten der Schweiz zu Deutschland während des Weltkrieges, S. 68. Noch während des Krieges auch Gross, Le ravitaillement de la Suisse, S. 349.
65 Vgl. Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 36.
66 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 46–49.
67 Vgl. Soutou, L'or et le sang, S. 270. Zur Pariser Konferenz ebd., S. 261–271.
68 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 278.
69 Vgl. ebd., S. 256–266.
70 Vgl. ebd., S. 22.
71 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 46–49.
72 Vgl. Ritschl, The Pity of Peace, S. 57–59.
73 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 38.
74 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 266–277.
75 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 64–68; Ritschl, The Pity of Peace, S. 59–63.
76 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Auswärtiges Amt am 31. Januar und 4. Februar 1917.
77 Vgl. Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie, S. 29, 45, 79; Eidgenössisches Zolldepartement, Handelsstatistik Schweiz. Jahresbericht 1918, S. 48.
78 Vgl. Brugger, Die schweizerische Landwirtschaft, S. 101–117; Moser, Die Agrarproduktion, S. 594–598; Baumann/Moser, Getreidebau, in: HLS.
79 Jöhr, Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall, S. 230. Zu Adolf Jöhr vgl. Loepfe, Geschäfte in spannungsgeladener Zeit; Hürlimann, Jöhr, Adolf, in: HLS.
80 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 29–36.
81 Vgl. Merz, Die Kreditoperationen des Bundes, S. 103–105.
82 Vgl. Historische Statistik Online. Rechnungsabschlüsse und Schulden des Bundes 1913–1986 (in Millionen Franken), www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D46271.php, 21. April 2015.
83 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 88–90.
84 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, A. Zimmermann an deutsche Gesandtschaft in Bern, 6. Februar 1917.
85 Vgl. Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 1. Februar 1917.
86 Vgl. Elsig, Les Schrapnells du mensonge, S. 271–309.
87 Vgl. Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 1. Februar 1917.
88 Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 1. Februar 1917.
89 Vgl. PA AA, Beziehungen zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, Staatssekretär Zimmermann an deutsche Gesandtschaft in Bern, 30. Januar 1917, Schreiben des Auswärtigen Amtes, 31. Januar 1917.
90 Zur deutschen und österreichischen Besatzungspolitik vgl. Corni, Occupation during the War.
91 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 47.
92 Vgl. Münkler, Der grosse Krieg, S. 447.
93 Vgl. PA AA, Beziehungen zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, Staatssekretär Zimmermann an deutsche Gesandtschaft in Bern, 30. Januar 1917, und Schreiben des Auswärtigen Amtes, 31. Januar 1917.
94 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 31. Januar 1917.
95 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 4. Februar 1917.
96 Vgl. PA AA, Beziehungen zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, D. von Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, 21. Januar 1917.
97 Zu den Aktivitäten von Adolf Müller in der Schweiz im Ersten Weltkrieg Pohl, Adolf Müller, S. 175–225.
98 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, D. von Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, 25. Januar 1917.
99 Vgl. Bundesratsbeschluss über die Abgabe von Monopolwaren durch Vermittlung der Kantone vom 2. April 1917, in: Baer, Die schweizerischen Kriegsverordnungen, S. 64 f.
100 Vgl. Käppeli/Riesen, Die Lebensmittelversorgung der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges, S. 45.

101 Vgl. Mündliche Information von O. Schneider, 19. Februar 2015.
102 Vgl. HHStA, MdÄ, Administrative Akten, F 36, Akte 240, Dep. 9, General Ludendorff an Feldmarschall Conrad von Hötzendorf, 14. Februar 1917. Ochsenbein nennt in diesem Zusammenhang die äusserst hohe Zahl von 400 000 Hektaren, die der Schweiz angeboten worden seien (vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 287). Dies scheint allerdings unrealistisch hoch, da die gesamte Anbaufläche für Getreide in der Schweiz während des Krieges nur rund 160 000 Hektaren betrug. Vgl. dazu Baumann/Moser, Getreidebau, in: HLS.
103 Schmidheiny war Gründer der heutigen Holcim, des aktuell weltgrössten Baustoffherstellers der Welt. Vgl. Müller, Schmidheiny, Ernst, in: HLS; vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 168–171.
104 Vgl. HHStA, MdÄ, Administrative Akten, F 36, Akte 240, Dep. 9, Hauptmann i. Gst. Links an k. u. k. Kriegsministerium, 26. Februar 1917; HHStA, MdÄ, Administrative Akten, F 36, Akte 240, Dep. 9, Hauptmann i. Gst. Links an k. u. k. Kriegsministerium, 2. März 1917.
105 Vgl. Ritschl, The Pity of Peace, S. 65 f.
106 Ochsenbein ist der Ansicht, dass das Projekt vom Bundesrat wegen Neutralitätsbedenken abgelehnt wurde. Die österreichischen Quellen zeigen hingegen, dass sich die Bedenken des Bundesrates in engen Grenzen hielten und das Projekt weiterverfolgt wurde. Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 287.
107 Vgl. HHStA, MdÄ, Administrative Akten, F 36, Akte 240, Dep. 9, k. u. k. Kriegsministerium an k. u. k. Ministerium des Äussern, 18. Februar 1917, k. u. k. Kriegsministerium an k. u. k. Ministerium des Äussern, 1. März 1917, Telegramm von Freiherr Musulin, 3. März 1917.
108 Vgl. HHStA, MdÄ, Administrative Akten, F 36, Akte 240, Dep. 9, Telegramm von Freiherr Musulin, 10. März 1917.
109 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 665–678.
110 Vgl. Musulin von Gomorje, Freiherr Alexander, www.deutsche-biographie.de/sfz67531.html, 21. April 2015.
111 Vgl. Musulin, Das Haus am Ballhausplatz, S. 290 f.
112 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 665–678.
113 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 144 f.
114 Zur Affäre vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 52–57.
115 Vgl. Perrenoud, Ritter, Paul, in: HLS.
116 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 55.
117 Zu den «guten Diensten» der Schweiz vgl. Stamm, Die guten Dienste der Schweiz.
118 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 3. Februar 1917.
119 BAR E 2020/66*, Le Ministre de Suisse à Washington à la Division des Affaires étrangères du Département politique, Washington, 6. Februar 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 494; vgl. dazu auch Meier, Friendship under Stress, S. 55.
120 BAR E 2020/66*, La Division des Affaires étrangères du Département politique à la Légation de Suisse à Washington, 9. Februar 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 494.
121 Vgl. The Baltimore Sun, U. S. refuses to negotiate with Germany, 13. Februar 1917, S. 1; Meier, Friendship under Stress, S. 56.
122 Vgl. ebd., S. 56.
123 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 65–67.
124 Vgl. Rinke, Zimmermann Telegram.
125 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 65–67.
126 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 146.
127 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 50. Zu Lenin in Zürich vgl. Gautschi, Lenin als Emigrant.
128 Vgl. Bullock/Williams/Tucker, The History of our Foreign Trade Balance, S. 234–252. Zu den ökonomischen Motiven der USA zum Kriegseintritt vgl. Rockoff, Until its over, over there, S. 312 f.
129 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 36–40. Zur Ablösung Grossbritanniens durch die USA als Wirtschaftsmacht vgl. Burk, Britain, America.
130 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 28.6, New York Evening Telegram, 4. März 1917; Meier, Friendship under Stress, S. 57.

131 BAR#E1005#1000/17#4*, Geheimprotokolle Bundesrat 1917, Sitzung vom 9. Mai 1917.
132 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 57 f.
133 Elisabeth Schmid-Fehr, Tagebucheintrag vom 9. Februar 1917.

Kapitel 3

1 Vgl. Gautschi, Der Landesstreik 1918, S. 64. Zu Lenin in Zürich vgl. Gautschi, Lenin als Emigrant in Zürich. Zur Doppelkonstellation von Wilson und Lenin, die durch die Kriegsumstände zu «historischen Akteuren» wurden, vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 651–661.
2 Vgl. Dahlmann, Russland, S. 94.
3 Vgl. Senn, The Russian Revolution, S. 60–74. Zur Rolle der österreichischen Behörden bezüglich der russischen Exilanten und Lenin vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 140–153.
4 Zur Auseinandersetzung um die Kriegsschuld und die deutschen Kriegsziele, die nach dem Buch von Fritz Fischer in die sogenannte Fischer-Kontroverse mündete, vgl. Kracht Grosse, Die zankende Zunft. Die Diskussion ist mit der jüngsten Publikation von Christopher Clark wieder aufgeflammt, da dieser die Kriegsschuld Deutschlands deutlich relativierte. Vgl. Clark, The Sleepwalkers. Zur Diskussion vgl. Ullrich, Nun schlittern sie wieder.
5 Vgl. Koenen, Der deutsch-russische Nexus, S. 27–32. Zur russischen Revolution vgl. Read, War and Revolution in Russia.
6 Vgl. Gautschi, Landesstreik, S. 64. Zu Fritz Platten vgl. Bürgi, Platten, Fritz, in: HLS. Zu Lenin vgl. Service, Lenin.
7 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Musulin ans k. u. k. Ministerium des Äussern, 17. April 1917; HHStA, Diplomatie und Aussenpolitik 1848–1918, Gesandtschaft Bern, Bericht 66, Oberst von Einem an den k. u. k. Chef des Generalstabs, 12. Mai 1917; vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 149.
8 PA AA, Europa Generalia, 82, Nr. 12, Die Sozialdemokratie in der Schweiz, R 488, Grosses Hauptquartier an deutsche Gesandtschaft Bern, 21. April 1917.
9 PA AA, Europa Generalia, 82, Nr. 12, Die Sozialdemokratie in der Schweiz, R 488, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 17. April 1917.
10 Ebd.
11 Vgl. Stettler, Grimm, Robert, in: HLS. Zur Rolle der Arbeiterschaft im Krieg vgl. Geary, Arbeiter.
12 PA AA, Europa Generalia, 82, Nr. 12, Die Sozialdemokratie in der Schweiz, R 488, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 14. April 1917.
13 Vgl. ebd.
14 Zur Affäre Hoffmann-Grimm wurde bereits einiges publiziert, vgl. Staufer, Die Affäre Hoffmann/Grimm, zu den Motiven Hoffmanns vor allem S. 19–30. Vgl. auch Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 808–824, und Moos, Schweizer Neutralität(en), S. 225–232.
15 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, 20. Juni 1917.
16 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, k. u. k. Generalkonsulat an Musulin, 20. Juni 1917, und Telegramm von Musulin, 20. Juni 1917.
17 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Generalkonsulat Genf an Reichskanzler Bethmann Hollweg, 20. Juni 1917.
18 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Kommentar von Musulin zum Schreiben des Generalkonsuls Montlong, 20. Juni 1917.
19 Zu König Konstantin I. vgl. Lemonidou, Constantine I, King of Greece.
20 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, k. u. k. Generalkonsulat an Musulin, 20. Juni 1917 mit dazugehörigem Artikel in «La Suisse», der über die Demonstrationen berichtet.
21 Vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 160–163.
22 Vgl. ebd.
23 Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 165 f.

24 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Schreiben der k. u. k. Gesandtschaft, 18. August 1917.
25 Vgl. Staufer, Die Affäre Hoffmann/Grimm, S. 1–7.
26 Vgl. New York Times, Russia resents Germany's Latest Peace Move, Expels Swiss Socialist Who Was the Agent, 17. Juni 1917; The Observer, German Peace Intrigues, 24. Juni 1917; Washington Post, Swiss Official Out After Peace Move, 20. Juni 1917.
27 Vgl. PA AA, Europa Generalia, 82, Nr. 12, Die Sozialdemokratie in der Schweiz, R 488, Sektion Politik des Generalstabs an Auswärtiges Amt, 1. Mai 1917. Zur Person Herman Greulich vgl. Bürgi, Greulich, Herman, in: HLS.
28 Vgl. BAR E 1004.1/1009*, Bd. 265, S. 54, Procès-verbaux du Conseil fédéral, 18. Juni 1917.
29 BAR E 1005 2/1*, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance, 19. Juni 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 326.
30 Vgl. Weidmann, Lardy, Charles, in: HLS.
31 BAR E 2300* Paris, Archiv Nr. 70, Le Ministre de Suisse à Paris, Ch. Lardy, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, Paris, 19. Juni 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 571.
32 Vgl. ebd.
33 BAR E 1004.1/1009*, Bd. 265, S. 54, Procès-verbaux du Conseil fédéral, 18. Juni 1917.
34 Zu Bundesrat Eduard Müller vgl. Stettler, Müller, Eduard, in: HLS.
35 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 26. September 1917. Zu Bundesrat Ludwig Forrer vgl. Labhart, Forrer, Ludwig, in: HLS.
36 Vgl. BAR E 1005 2/1*, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance, 19. Juni 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 326.
37 Vgl. Altermatt, Schweizer Bundesräte, S. 88.
38 Vgl. Staufer, Die Affäre Hoffmann/Grimm, S. 16 f.
39 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Ministerium des Äussern, 23. Juni 1917.
40 NL Arthur Eugster, Arthur Eugster an seine Tochter Martha Eugster, 19. Juni 1917.
41 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 19. Juni 1917, und Dankesschreiben an A. Hoffmann von Reichskanzler Bethmann Hollweg im Namen Kaiser Wilhelms II., 22. Juni 1917.
42 Vgl. Moos, Schweizer Neutralität(en), S. 229.
43 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Ministerium des Äussern, 19. Juni 1917.
44 Ebd.
45 Vgl. Staufer, Die Affäre Hoffmann/Grimm, S. 2 f.
46 Vgl. Cotter/Hermann, Hilfe zum Selbstschutz, S. 252 f.
47 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 22. Juni 1917.
48 Zur Rolle von Gustave Ador vgl. Hermann, Ador, Gustave, in: HLS.
49 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 22. Juni 1917.
50 Ebd.
51 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, A. Zimmermann an deutsche Gesandtschaft Bern, 23. Juni 1917.
52 Ebd.; A. Zimmermann an deutsche Gesandtschaft Bern, 25. Juni 1917.
53 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 150–152.
54 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, A. Zimmermann an deutsche Gesandtschaft Bern, 25. Juni 1917; Ziegler, Haab, Robert, in: HLS.
55 Vgl. Perrenoud, Claparède, Alfred de, in: HLS.
56 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 26. September 1917, und G. Romberg an Auswärtiges Amt, 7. November 1917.
57 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Zimmermann an deutsche Gesandtschaft Bern, 25. Juni 1917.
58 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Romberg an Auswärtiges Amt, 24. Juni 1917.

59 Vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 71.
60 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Romberg an Auswärtiges Amt, 24. Juni 1917.
61 Vgl. Schweizerisches Bundesblatt, 1917, Bd. 3, Jg. 69, Heft 26, S. 539.
62 Vgl. Schneider, Diktatur der Bürokratie?
63 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 29. Juni 1917.
64 Ebd.
65 Ebd.
66 Ebd.
67 Vgl. ebd.
68 Ebd.
69 Ebd.
70 Vgl. Tanner: Die Schweiz im Grossen Krieg, S. 8; Pohl, Adolf Müller, S. 205–213; Elsig, Schrappnells, S. 183–185.
71 Vgl. HHStA, Diplomatie und Aussenpolitik 1848–1918, Gesandtschaft Bern, Bericht 66, Bericht des Gesandten Musulin, 30. Juni 1917.
72 HHStA, Diplomatie und Aussenpolitik 1848–1918, Gesandtschaft Bern, Bericht 66, Musulin an Aussenminister Graf Czernin, 13. Juli 1917.
73 Vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 70–74.
74 Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Die Abteilung für Industrielle Kriegswirtschaft des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, S. 1–3.
75 HHStA, Diplomatie und Aussenpolitik 1848–1918, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Aussenminister Graf Czernin, 14. Juli 1917.
76 Ebd.
77 Zur Deutschschweizerischen Gesellschaft und den Verbindungen zum deutschen Propagandaapparat vgl. Elsig, Les Schrapnells, S. 259–263. Zur Hoffmann-Grimm-Affäre, der Wahl Adors und den Folgen ebd., S. 382–391, und Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 824–840. Zu Hermann Blocher vgl. Raulf, Blocher, Hermann, in: HLS.
78 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Aufruf der Deutschschweizerischen Gesellschaft, 21. Juli 1917.
79 Ebd.
80 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Romberg an Auswärtiges Amt, 30. Oktober 1917.
81 NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Philip Holland an Alexander Stovall, 20. Juli 1917.
82 Vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Philip Holland an Alexander Stovall, 20. Juli 1917.
83 La Société germano-suisse s'agite, in: Le Démocrate, Nr. 166, 17. Juli 1917.
84 Vgl. Elsig, Schrapnells, S. 388–391; Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 824–840.
85 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Musulin an Ministerium des Äussern, 19. Juni 1917.
86 Vgl. Bailey, The Policy of the United States, S. 34–36.
87 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 278–284.
88 Vgl. Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 21.
89 Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, k. u. k. Generalkonsulat an Musulin, 20. Juni 1917.
90 Cunliffe-Owen, Frederick: Switzerland's hour of greatest peril is at hand, in: New York Sun, 11. März 1917.
91 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 247–250.
92 Vgl. Altermatt, On Special Mission, S. 317–344.
93 Vgl. Widmer, Diplomatie, S. 72.
94 Vgl. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Expansionsbestrebungen der Staaten, Weltwirtschaftliches Archiv, S. 276.
95 Vgl. Widmer, Diplomatie, S. 73.
96 Vgl. Halbeisen/Lechner, Politik im Föderalismus, S. 38 f.
97 Für eine Aufzählung der Vertretungen vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 71 f.

98 Vgl. Widmer, Diplomatie, S. 74; Perrenoud, Aperçu historique, S. 11. Zu den fremden Diensten der Schweiz im Ersten Weltkrieg gibt es keine Literatur. Für den Zweiten Weltkrieg vgl. Neville, Une évaluation du parcours de la Suisse, S. 3–21.
99 Vgl. BAR#E1005#1000/17#4*, Geheimprotokolle 1917, Sitzung vom 9. Mai 1917.
100 Vgl. Knoepfli, Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, S. 211; Adank, Eine «Exportfirma par excellence», S. 93. Zur Geschichte der Firma Sulzer vgl. Bálint, Sulzer im Wandel.
101 BAR#E1005#1000/17#4*, Geheimprotokolle 1917, Sitzung vom 9. Mai 1917.
102 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.2.
103 Vgl. Mazbouri, La biographie d'un grand banquier du début du 20e siècle, S. 170 f.
104 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.2, L. Dubois an H. Sulzer, 16. Mai 1917.
105 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.2, E. Homberger an H. Sulzer, 18. Mai 1917. Zu Ernst Homberger Knoepfli, Homberger, Ernst, in: HLS.
106 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, H. Sulzer an Schweizerischen Bundesrat, 2. Juni 1917.
107 Ebd.
108 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, H. Sulzer an A. Hoffmann, 8. Mai 1917.
109 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, Protokoll der Verwaltungsratssitzung der Gebrüder Sulzer AG, 7. Mai 1917.
110 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, Protokoll der Verwaltungsratssitzung der Gebrüder Sulzer AG, 7. Mai 1917.
111 Vgl. NACP, Record Group 182, Records of the Executive Office, Box 56, American Legation an War Trade Board, 2. September 1917.
112 Vgl. Knoepfli, Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, S. 211; Gespräch mit Alfred R. Sulzer, dem Enkel von Hans Sulzer, geführt im Oktober 2013 in Zürich.
113 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, Protokoll der Verwaltungsratssitzung der Gebrüder Sulzer AG, 7. Mai 1917.
114 Vgl. Knoepfli, Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, S. 215.
115 Vgl. Bailey, The Policy of the United States, S. 37–39, 64–69, 71.
116 Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, Nr. 119, September 1917, S. 9.
117 Ebd.
118 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.3.4.1, C. Guthrie d'Arcis an H. Sulzer, 13. Juli 1917.
119 Vgl. Briggs, George D. Herron, S. 19.
120 Vgl. Hoover Institution Archives, George Davis Herron Papers, Vol. XI, Document I.
121 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 137, F. B. Keene an P. A. Stovall, 1. Juni 1917.
122 BAR E1004*, 1/265, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance du 1er juin 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 561.
123 Vgl. Knoepfli, Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, S. 214.
124 Zu John Syz vgl. Härri, Syz, John, in: HLS; Meier, Friendship under Stress, S. 72.
125 Vgl. Hoover Institution Archives, George Davis Herron Papers, Vol. XI, Document I.
126 Zu William Rappard vgl. Historisches Lexikon der Schweiz (Red.), Rappard, William, in: HLS.
127 Vgl. Beschäftigung der Internierten, Gewerkschaftliche Rundschau, S. 111–113.
128 Vgl. Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, S. 4; Geschichte der Stämpfli AG. Wilhelm Stämpflis Interesse an Literatur zeigte sich etwa am engen Kontakt zu Hermann Hesse, den er als Verleger und Freund unterstützte. Vgl. Feitknecht, Hesses Verleger und Freund.
129 BAR E1004*, 1/265, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance du 1er juin 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 561.
130 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, W. Rappard an H. Sulzer, 7. Juni 1917.
131 Zum Streit um die Anreise vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 73.
132 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer, 18. Juni 1917.
133 NACP, Record Group 84, Vol. 137, R. Lansing an Legation Berne, 13. Juni 1917.
134 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an A. Dunant, 2. Juli 1917; NACP, Record Group 84, Vol. 137, R. Lansing an Legation Berne, 13. Juni 1917.
135 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Kriegsministerium an Reichskanzler, 3. Juli 1917, und G. Romberg an Auswärtiges Amt, 7. Juli 1917.

136 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an A. Dunant, 2. Juli 1917; vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 137, R. Lansing an Legation Berne, 13. Juni 1917.
137 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an W. Rappard, 29. Juni 1917, H. Sulzer an W. Rappard, 9. Juli 1917, H. Sulzer an die Mitglieder der Mission, 10. Juli 1917, H. Sulzer an Politisches Departement, 10. Juli 1917.
138 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.3.4.1, H. Sulzer an W. Rappard, 13. Juli 1917.
139 Vgl. Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, Nr. 119, September 1917, S. 9.
140 Vgl. Pithon, Frederick Harrison Burlingham.
141 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.3.4.1, E. Borel an H. Sulzer, 23. Juni 1917, H. Sulzer an W. Stämpfli, 5. Juli 1917, C. Guthrie d'Arcis an H. Sulzer, 12. Juli 1917, C. Guthrie d'Arcis an H. Sulzer, 6. Juli 1917, W. Stämpfli an H. Sulzer, 10. Juli 1917.
142 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag vom 17. Juli 1917 von Lili Sulzer-Weber; AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 21.1, F. Schwenter an H. Sulzer, 23. Juni 1917; Geschichte des Hotel Meurice, http://palacehotelsoftheworld.com/hotelmeurice, 10. Juni 2015.
143 Zu Alexandre Cailler vgl. Charrière, Cailler, Alexandre, in: HLS.
144 Vgl. Das Schweizerische Transportamt, Weltwirtschaftliches Archiv, S. 81; vgl. auch Rossfeld/Straumann, Zwischen den Fronten, S. 39.
145 Zu den globalen Transportherausforderungen des Weltkriegs vgl. Brown, Transportation and Logistics.
146 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 297 f. Eine Übersicht zu den Handelsflotten nach Ländern 1916/17 bietet Bailey, The Policy of the United States, S. 104.
147 Vgl. Farrar, Conflict and Compromise, S. 167 f.
148 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 284 f.
149 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 54, J.-A. Jusserand an R. Lansing, 28. Juli 1917.
150 Vgl. Farrar, Conflict and Compromise, S. 167 f.
151 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag vom 19.–24. Juli 1917 von Lili Sulzer-Weber.
152 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag vom 26. Juli 1917 von Lili Sulzer-Weber; AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.3, Schweizerisches Auswanderungsamt an Hans Sulzer, 9. Juli 1917; Informationen zum Schiff «Manuel Calvo», www.buques.org/Navieras/Trasatlantica/Trasatlantica-2_E.htm, 16. Dezember 2014.
153 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag vom 26. Juli 1917 von Lili Sulzer-Weber.
154 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag vom 27. Juli 1917 von Lili Sulzer-Weber.
155 Vgl. Moeyes, Neutral Tones, S. 57–85.

Kapitel 4

1 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 73.
2 Vgl. Oederlin, Erinnerungen, S. 43 f.
3 Vgl. The Washington Post, New Swiss Envoy and Mission Arrive, 16. August 1917; Christian Science Monitor, Swiss Mission to United States, 15. August 1917; Detroit Free Press, Swiss Envoy on Food Mission, 16. August 1917; Detroit Free Press, New Swiss Minister and Mission Arrive, 21. August 1917.
4 Vgl. New York Times, Swiss Mission Arrives, 16. August 2014.
5 Vgl. Oederlin, Erinnerungen, S. 44.
6 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.5, H. Sulzer an G. Ador, 31. August 1917.
7 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.5, Antrittsschreiben H. Sulzer vom 22. August 1917.
8 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.5, Copy of the Reply of President Wilson, 27. August 1917.
9 Vgl. ebd.
10 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an G. Ador, 31. August 1917.
11 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 107.
12 Vgl. Dahlmann, Russland, S. 94.
13 Vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 679.

14 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 107.
15 Vgl. Gautschi, Der Landesstreik 1918, S. 74 f.; Behrens, Der Erste Weltkrieg, S. 109–112; Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 187 f.
16 Vgl. Gruner, Die Wahlen, S. 791–797.
17 Vgl. Gautschi, Der Landesstreik 1918, S. 66–69; Kurz, Dokumente der Grenzbesetzung, S. 240.
18 NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Telegramm von Hugh Wilson an State Department, 29. Oktober und 18. November 1917. Zu den Befürchtungen der US-Behörden hinsichtlich der bolschewistischen Bewegung in der Schweiz 1918 vgl. auch Meier, Friendship under Stress, S. 107.
19 NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Bericht von Philip Holland, 6. Oktober 1917.
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Vgl. ebd.
23 Vgl. Merz, Die Kreditoperationen des Bundes, S. 104.
24 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Stovall an State Department, 13. März 1915.
25 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Lee, Higginson and Co. an Secretary of State, 5. Mai 1917.
26 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, American Legation Stockholm an State Department, 30. Mai 1917.
27 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, American Minister Morris an Secretary of State, 2. Juni 1917.
28 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Frank L. Polk an Alien Property Custodian, 25. Oktober 1917.
29 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Sulzer an Lee, Higginson and Co., 2. Oktober 1917.
30 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Telegramm der American Legation Stockholm, 22. November 1917.
31 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Frank L. Polk an Alien Property Custodian, 25. Oktober 1917; Frank L. Polk an Alien Property Custodian, 22. Januar 1918. Zur Beschlagnahme fremden Eigentums in den kriegführenden Staaten vgl. Caglioti, Property Rights and Economic Nationalism.
32 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, H. Sulzer an G. Auchincloss, 18. März 1918.
33 Vgl. Bordo/James, Die Nationalbank, S. 49.
34 Vgl. Merz, Die Kreditoperationen des Bundes, S. 105–109.
35 Vgl. Lüthi, Sorglos bis überfordert, S. 25.
36 Vgl. Bundesratsbeschluss betreffend Errichtung eines eidgenössischen Brotamtes vom 10. August 1917 und Bundesratsbeschluss über die Brotversorgung des Landes und die Getreideernte des Jahres 1917 vom 21. August 1917, in: Baer, Die schweizerischen Kriegs-Verordnungen, S. 261–279.
37 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Bericht von Philip Holland, 6. Oktober 1917.
38 Vgl. ebd.
39 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an W. Rappard, 18. Juni 1917 und H. Sulzer an Eugen Borel, 21. Juni 1917; Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, Nr. 119, September 1917, S. 9, 11. Für eine Selbstbeschreibung seiner Tätigkeit vgl. Rappard, La Mission Suisse.
40 Vgl. Rappard, William, Swiss Reply to Charge of Feeding Teutons, in: New York Times, 26. August 1917.
41 Vgl. Newberry Library: Biography of Melville Stone.
42 Vgl. BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, H. Sulzer an M. Stone, 22. und 25. Februar 1918; AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an Felix Calonder, 18. Januar 1918.
43 Vgl. Elsig, Zwischen Zwietracht und Eintracht, S. 72–102. Zum Propagandakrieg im Allgemeinen Jeismann, Propaganda.

44 Vgl. Boston Daily Globe, 22. Oktober 1917.
45 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 74.
46 Vgl. The World's Food, Annals of the American Academy, 1917.
47 Vgl. Rappard, Switzerland and the American Food Supply, S. 70.
48 Vgl. ebd.
49 Vgl. Lengwiler, Undiszipliniert und prägend, S. 62 f.
50 Vgl. Soutou, L'or et le sang, S. 539–548.
51 Vgl. BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, H. Sulzer an F. W. Taussig, 25. Februar 1918, H. Sulzer an G. G. Wilson, 25. Februar 1917, H. Sulzer an A. Bushnell Hart, 5. Dezember 1917, E. F. Gay an W. Rappard, 6. November 1917.
52 Vgl. BAR#E2200.36-07#1000/1741#1*, Vortrag von W. Rappard vor der Swiss Scientific Community New York, 18. Oktober 1917.
53 Vgl. Rosenberg, Transnationale Strömungen, S. 816.
54 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an G. Ador, 31. August 1917.
55 Zur statistischen Erfassung ökonomischer Prozesse seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und der wilhelminischen Kriegswirtschaft vgl. Tooze, Statistics and the German State. Zur Verbindung von Kulturgeschichte und wirtschaftsstatistischen Praktiken Tooze, Die Vermessung der Welt, S. 325–351.
56 Vgl. Marcuard, André, Secrétaire au Bureau de la S. S. S. à Paris, in DDS, Bd. 6, S. 608.
57 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an G. Ador, 31. August 1917.
58 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.4.1.1, H. Sulzer an W. Rappard, 18. Juni 1917, H. Sulzer an E. Borel, 21. Juni 1917; Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, S. 9, 11.
59 Vgl. BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, J. Syz an H. Sulzer, 11. Oktober 1917; NL John Syz, Tagebuch von John Syz über seine Zeit mit der Swiss Mission, o. S. Zur Zürich-Versicherung im Ersten Weltkrieg Inglin, Die «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft.
60 Vgl. Schwarzenbach, Die Seidenfirma Schwarzenbach, S. 63 f., 66. Siehe auch die zeitgenössische Firmenschrift Schwarzenbach, Schwarzenbach Enterprises. Zur Familie Stehli siehe Hürlimann, Stehli, in: HLS.
61 Vgl. NL John Syz, Tagebuch von John Syz über seine Zeit mit der Swiss Mission, o. S.
62 Vgl. Schwarzenbach, Die Seidenfirma Schwarzenbach, S. 63 f., 66.
63 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.3, Einführungsschreiben für H. Sulzer von P. Reinhart & Cie.; Schwarzenbach, Die Seidenfirma Schwarzenbach, S. 67. Zum Handelsunternehmen Volkart Dejung, Die Fäden des globalen Marktes.
64 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 28.4, L. H. Junod an H. Sulzer, 23. Januar 1918.
65 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.3, Einführungsschreiben für H. Sulzer von Morgan, Harjes und Co. und Otto Randebrock; BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, H. Sulzer an W. Rappard, 26. September 1917. Zur Morgan Bank Chernow, The House of Morgan, S. 183–204; Horn, A Private Bank at War.
66 Vgl. Ruffieux, Die Schweiz des Freisinns, S. 89–92; Head-König, Auswanderung, in: HLS. Zur Geschichte der Schweizer Auswanderung vgl. Studer, Die Schweiz anderswo.
67 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign 24.5, Unterlagen zum Bankett im Hotel Astor vom 6. Oktober 1917.
68 Vgl. ebd.
69 Vgl. ebd.; vgl. NL John Syz, Tagebuch von John Syz über seine Zeit mit der Swiss Mission, o. S.; vgl. CH-BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, Hans Sulzer an John Syz, 27. September 1917.
70 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign 24.5, Unterlagen zum Bankett im Hotel Astor vom 6. Oktober 1917; vgl. NL John Syz, Tagebuch von John Syz über seine Zeit mit der Swiss Mission, o. S.
71 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.1, Notizen zur personellen Organisation der schweizerischen Gesandtschaft.
72 Vgl. BAR#E2200.36-07#1000/1741#1*, H. Sulzer an Politisches Departement, Bern, 29. November 1917.
73 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.1, Notizen zur personellen Organisation der schweizerischen Gesandtschaft.
74 Zitiert nach Knoepfli, Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, S. 214 f.

75 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 29.12.2, A. Sarasin an H. Sulzer, 13. Juli 1918, H. Sulzer an A. Sarasin, 16. Juli 1918, A. Sarasin an H. Sulzer, 3. September 1918, H. Sulzer an Politisches Departement, 21. September 1918. Zu Alfred Sarasin siehe Bigger, Sarasin, Alfred, in: HLS.
76 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.1, Notizen zur personellen Organisation der schweizerischen Gesandtschaft.
77 Nach heutigen Preisen verschlang die Miete monatlich rund 40 000 Franken.
78 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.8, H. Sulzer an Politisches Departement, 23. Januar 1918, H. Sulzer an Politisches Departement, 25. April 1918, H. Sulzer an Politisches Departement, 25. September 1918, H. Sulzer an Politisches Departement, 21. Mai 1920; Sign. 25.6, H. Sulzer an Randall H. Hagner & Co., 17. November 1917.
79 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Schlussbericht, S. 181–204.
80 Vgl. Cotter, Selbstschutz, S. 264 f.
81 Vgl. Bürgisser, Menschlichkeit aus Staatsräson, S. 267.
82 Vgl. Huber, Internierung, S. 8–17. Zur Internierung im Allgemeinen vgl. Gysin, Sanitätsfestung Schweiz; Schild, Die Internierung von ausländischen Militäreinheiten in der Schweiz 1859, 1871, 1916–19.
83 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign 26.4.1.1, H. Sulzer an W. Rappard, 18. Juni 1917, H. Sulzer an E. Borel, 21. Juni 1917; Mars. Illustriertes Wochenblatt, Spezialnummer Schweiz – Amerika, S. 9 und 11.
84 Vgl. Swiss Internment of Prisoners of War, Bulletin of Social Legislation.
85 Ebd., Preface.
86 Eine übersichtliche Geschichte des IKRK bietet Harouel, Histoire de la Croix-Rouge.
87 Vgl. Cotter/Hermann, Hilfe zum Selbstschutz, S. 264 f.
88 Vgl. Comité international de la Croix-Rouge, Circulaire Nr. 168.
89 Vgl. Cotter/Hermann, Hilfe zum Selbstschutz, S. 262.
90 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheinträge von Lili Sulzer-Weber vom 11. Dezember 1917, 6., 12. Januar 1918.
91 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an F. Calonder, 18. Januar 1918; AfZ, NL Sulzer, Sign. 6.1, Tagebucheintrag von Lili Sulzer-Weber vom 12. Januar 1918. Zur Schweizer Unterstützung für Serbien Bondallaz, De la charité populaire.
92 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an F. Calonder, 18. Januar 1918.
93 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.6, Handelsbegebenheiten in der Gesandtschaft 1917.
94 Das War Trade Board entstand im Oktober 1917 aus dem im August 1917 gegründeten Export Administrative Board. Die Begriffe werden synonym verwendet. Vgl. Report of the War Trade Board; Swanson, The Statistical Work, S. 262.
95 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an G. Ador, 7. September 1917; Meier, Friendship under Stress, S. 77.
96 Vgl. Hoover Institution Archives, Alonzo Englebert Taylor Papers, Biographical note, Box 001.
97 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an G. Ador, 7. September 1917.
98 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.6, Handelsbegebenheiten in der Gesandtschaft 1917.
99 Vgl. Bailey, The Policy of the United States, S. 142.
100 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 32.2, Unterlagen zu Fridtjof Nansen.
101 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 107–111, 170.
102 Vgl. ebd., S. 244 f., 247–254.
103 Vgl. Offer, The First World War, S. 376–381.
104 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an G. Ador, 7. September 1917.
105 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 25.6, Handelsbegebenheiten in der Gesandtschaft.
106 BAR#E2200.36-05#1000/1739#3*, H. Sulzer an J. Syz, 29. September 1917.
107 Ebd.
108 NL John Syz, Tagebuch von John Syz über seine Zeit mit der Swiss Mission, o. S.
109 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.5, Treffen mit dem New York Swiss Club, 6. Oktober 1917.
110 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11406, Bericht von Bethmann Hollweg über H. Sulzer, 4. Juni 1917; PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, Schweiz 51, Bd. 2, R 11391, Bericht von Bethmann Hollweg über H. Sulzer, 26. Mai 1917.

111 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 293 f.; Rast, Die handelspolitische Stellung der Schweiz, S. 40–42.

112 Vgl. Historische Statistik Online. Rechnungsabschlüsse und Schulden des Bundes 1913–1986 in Millionen Franken, www.fsw.uzh.ch/hstat/nls_rev/ls_files.php?chapter_var=./u, 16. September 2015.

113 Vgl. Pfenninger, Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland, S. 70–94.

114 Vgl. Schweizerisches Finanzjahrbuch 1917, Jg. XIX, Bern 1918, S. 43. Zum schwankenden Wechselkurs des Schweizer Frankens Reinger, Der fluktuierende Wechselkurs.

115 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 294.

116 Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 252.

117 Für die Details des Abkommens vgl. BAR E2001*(B) 1, 93, La Légation d'Allemagne à Berne au Département politique, 20. August 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 589–592.

118 BAR E2001*(B) 1, 93, Annexe 2, Conseil fédéral. Proposition du Chef du Département de l'Economie publique, E. Schulthess, 23. August 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 593.

119 Vgl. Labhardt, Krieg und Krise, S. 233.

120 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 294; Labhardt, Krieg und Krise, S. 232–236; Rast, Die handelspolitische Stellung der Schweiz, S. 37–65.

121 Vgl. Schweizerisches Finanzjahrbuch 1917, Jg. XIX, Bern 1918, S. 43.

122 Zur offiziellen Kreditvergabe der Schweiz an die Kriegführenden vgl. Mazbouri, Place financière suisse, S. 59–90.

123 Vgl. Ruggia, Les relations financières de la Suisse, S. 82–86, 91.

124 Vgl. Sieveking, Die Schweizerische Kriegswirtschaft, S. 20.

125 Vgl. Ruggia, Les relations financières de la Suisse, S. 79; Rast, Die handelspolitische Stellung der Schweiz, S. 66 f.

126 Vgl. Ruggia, Les relations financières de la Suisse, S. 79.

127 Vgl. ebd., S. 80.

128 Vgl. Geering, Die Zahlungsbilanz der Schweiz vor und seit dem Kriege, S. 105.

129 Vgl. Ruggia, Les relations financières de la Suisse, S. 80.

130 Vgl. Kellenberger, Theorie und Praxis, S. 45–51.

131 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 187, US-Konsul an P. A. Stovall, 21. Oktober 2018. Zu Adolph Saurer vgl. Trösch, Saurer, Adolph, in: HLS.

132 Vgl. Ruggia, Les relations financières de la Suisse, S. 81. Dies verband sich mit einer Kontroverse um die Vor- und Nachteile des Kapitalexports, siehe dazu Erb, Die Stellungnahme der schweizerischen Grossbanken, S. 49–60.

133 Der Gesamtwert von Schweizer Wertpapieren in ausländischem Besitzt verringerte sich auch nach dem Krieg. Der Vorkriegsbestand von rund 1,5 Milliarden Franken sank auf deutlich unter eine Milliarde. Vgl. Geering, Die Zahlungsbilanz der Schweiz, S. 105. Gestützt auf Geering auch Kellenberger, Theorie und Praxis, S. 22–24. Jöhr spricht hingegen von einer Reduktion um mindestens eine Milliarde Franken bis 1922. Vgl. Jöhr, Schweizerische Kreditanstalt, S. 243. Umstritten war zeitgenössisch, ob diese Transaktionen als eigentliche Kapitalexporte gelten können. Siehe dazu wiederum Erb, Die Stellungnahme der schweizerischen Grossbanken, S. 61 f.

134 Vgl. Kellenberger, Kapitalexport, S. 122; Geering, Die Zahlungsbilanz der Schweiz, S. 106.

135 Die Zahlen zu den Kriegskosten sind allerdings mit Vorsicht zu behandeln, da die kriegsbedingte Inflation nicht eingerechnet wurde und die Umrechnung in US-Dollar zu Verzerrungen führte. Vgl. Broadberry/Harrison, The Economics of World War I, S. 22 f.

136 Vgl. Ullmann, Finance, S. 418.

137 PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11406, Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, 2. Juni 1917.

138 Auch geraubtes Papiergeld aus den besetzten Gebieten in Frankreich und Belgien wurde via die Schweiz und andere neutrale Staaten umgetauscht. Vgl. Blankart, Die Devisenpolitik der Schweiz, S. 103.

139 Vgl. Herren, Money is the Great Instrument of Association, S. 282–284. Zur deutschen Okkupations- und Währungspolitik in Belgien vgl. Zilch, Okkupation und Währung; Luyten, War Finance Belgium.

140 Vgl. von Simson, Hermann Paul Eduard, in: Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 1. Februar 1917,

S. 922; PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58 secr., Bd. 2, R 11411, Geheimbericht von Falcke an Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden, 20. Oktober 1918.
141 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58 secr., Bd. 2, R 11411, Geheimbericht von Falcke an Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden, 20. Oktober 1918.
142 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Deutsche Gesandtschaft an Reichskanzler Georg Michaelis, 12. November 1917; PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58 secr., Bd. 1, R 11410, Bericht von R. Engelmann, 8. April 1918.
143 Vgl. Herren, Money, S. 285.
144 Vgl. Uhlig, Tarnung, Transfer, Transit. Für die Drehscheibenfunktion der Schweiz für deutsche Unternehmen und deren Beziehungen in die USA im Ersten Weltkrieg siehe auch Wilkins, Swiss Investment in the United States 1914–1945, S. 91–141.
145 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Grosses Hauptquartier, Geheimbericht, 15. Juli 1917.
146 Ebd.
147 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Bericht an den Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1. August 1917.
148 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, deutsches Generalkonsulat an den Reichskanzler, 9. August 1917; deutsches Generalkonsulat an den Reichskanzler, 10. August 1917; Einladung der deutschen Vereine zur Aufführung «Somme-Schlacht» vom 31. Juli 1917.
149 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 24. September 1917.
150 Ebd.
151 Ebd.
152 Ebd.
153 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 151 f.; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 167.
154 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 24. September 1917.
155 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Legationssekretär an Auswärtiges Amt, 31. Oktober 1917.
156 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Bericht von Militärattaché Bismarck, 20. Oktober 1917.
157 Ebd.
158 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, Bericht an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, 1. November 1917.
159 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11407, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 30. Oktober 1917.
160 Vgl. BAR 2001*, Nr. 911, Le Ministre de Suisse à Washington, H. Sulzer, au Chef du Département politique, G. Ador, 7. September 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 596; Frey, Der Erste Weltkrieg, S. 250.
161 Vgl. Geier, Grenzüberschreitungen, S. 357; Ritschl, The Pity of Peace, S. 57–59.
162 Vgl. BAR E2001*(B) 1, 93, La Légation d'Allemagne à Berne au Département politique, 20. August 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 589. Der Export von Fleischkonserven wurde in einer geheimen Zusatzklausel festgelegt. Vgl. PA AA, Schweiz 70, Bd. 1, Die Beziehungen der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, R 11439, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 23. Oktober 1917.
163 PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Schweiz 70, Bd. 1, R 11439, G. Romberg an Auswärtiges Amt, Berlin, 23. Oktober 1917.
164 Ebd.
165 Vgl. BAR, Protokoll der Bundesratssitzung vom 19. Oktober 1917, in: Protokolle des Bundesrates, 1917, Bd. 266, Heft 120.
166 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 139, Hugh Wilson an State Department, 24. Oktober 2017.
167 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 29.2.1, H. Sulzer an Politisches Departement, 26. September 1918.

168 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 54, Legation of Switzerland to Export Council, 18. August 1917, Summary of Questionnaire for Switzerland, August 1917, Office of Foreign Trade Advisor and Department of Commerce an Thomas D. Jones, 10. Oktober 1917.
169 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 54, J.-A. Jusserand an R. Lansing, 28. Juli 1917.
170 Für die Überwachung und Steuerung der SSS war die «commission permanente interalliée des contingents» in Paris, kurz CPIC, zuständig. Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 279 f. Unterlagen zur technischen Arbeit der Kommission finden sich in Archives nationales, Pierrefitte-sur-Seine, Akte F 23 175.
171 Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 286 f.
172 Vgl. Soutou, L'or et le sang, S. 478–500.
173 Vgl. ebd., S. 504–517.
174 Vgl. Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 258.
175 Vgl. Soutou, L'or et le sang, S. 506.
176 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 55, H. Sulzer an Thomas A. Jones, 9. November 1917; Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 289. Hinzu kamen Uneinigkeiten in Bezug auf den Export von Leder nach Deutschland und die Möglichkeiten von Exporten in die nördlichen Neutralen. Vgl. BAR E2001*, Nr. 911, La Légation de Suisse à Washington à la Division des Affaires étrangères du Département politique, 10. November 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 634.
177 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 55, H. Sulzer an Thomas A. Jones, 9. November 1917, Thomas D. Jones an Frank F. Polk für Vance McCormick, 14. November 1917, Vance McCormick an War Trade Board, 15. November 1917.
178 Vgl. BAR EVD KW Zentrale 1914–1918, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance de la Délégation du Conseil fédéral aux Affaires étrangères du 26 novembre 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 634.
179 NACP, Record Group 84, Vol. 137, H. Wilson an G. Ador, 3. November 1917.
180 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 137, H. Wilson an G. Ador, 3. November 1917, G. Ador an H. Wilson, 7. November 1917.
181 Vgl. Washington Post, Swiss rely upon friendship of U. S., 4. November 1917.
182 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an F. Calonder, 18. Januar 1918.
183 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Schweiz 70, Bd. 1, R 11439, Bericht des Chefs des Admiralstabes der Marine, 30. November 1917.
184 Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 290.
185 Vgl. BAR EVD KW Zentrale 1914–1918, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance de la Délégation du Conseil fédéral aux Affaires étrangères du 26 novembre 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 634.
186 Calonder, Die allgemeine Lage des Landes, S. 9 f.
187 Ebd.
188 Ebd.
189 Vgl. BAR E2200*, 1/1435, Le Ministre de Suisse à Paris, A. Dunant, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, Paris, 27. November 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 631 f.
190 Vgl. NACP, Record Group 182, Box 55, H. Sulzer an R. Lansing, 22. November 1917.
191 Vgl. NACP, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 55, Memorandum between the War Trade Board of the United States of America and the Government of Switzerland relating to Exports from the United States to Switzerland, December 5, 1917, Washington, D. C. 1918; Meier, Friendship under Stress, S. 83 f.
192 Vgl. BAR E2200*, 1/1435, Le Ministre de Suisse à Paris, A. Dunant, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, Paris, 27. November 1917, in: DDS, Bd. 6, S. 631 f.; Soutou, L'or et le sang, S. 509.
193 Vgl. Bailey, The Policy of the United States, S. 256.
194 Vgl. Hirschfeld, Enzyklopädie, S. 1016.
195 Vgl. Münkler, Der grosse Krieg, S. 603–608; Hirschfeld, Enzyklopädie, S. 1016.
196 Die Quellen zeigen heute, dass für die Schweiz keine militärische Gefährdung bestand. Das deutsche Engagement gegen Italien bezog sich auf das Tirol und den Abschnitt am Isonzo. Vgl. Fuhrer, Die Schweizer Armee, S. 534; Meier, Friendship under Stress, S. 80; Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 290.
197 Vgl. Münkler, Der grosse Krieg, S. 661–674.

198 Vgl. Eidgenössisches Statistisches Bureau, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 26, 1917, Bern 1918, S. 122; Frey, Erste Weltkrieg, S. 372.
199 Vgl. Ritschl, Pity of Peace, S. 58 f.; Frey, The Neutrals and World War I, S. 21. Für Deutschland Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 47–57.
200 Vgl. Broadberry/Harrison, An Overview, S. 3.
201 Vgl. Schneider, Diktatur der Bürokratie?, S. 48–72.
202 Vgl. Widmer, Diplomatie, S. 72–74.
203 Für die Kriegführenden Ullmann, Kriegswirtschaft, S. 222–230. Für die Neutralen Frey, The Neutrals, S. 5. Für Deutschland Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 47–57.
204 NZZ, 18. Dezember 1917, erstes Abendblatt.
205 Ebd.
206 Häberlin, abgedruckte Rede, S. 5.
207 Ebd.
208 Ebd., S. 6.
209 Ebd. Zur Rede Häberlins und den pazifistischen Unruhen in Zürich siehe auch Rossfeld, «Schweigen ist Gold», S. 309.

Kapiel 5

1 Zu U-155 vgl. Clark, When the U-Boats came to America, S. 263–275; König, Die Fahrt der Deutschland. Zu Erich Eckelmann www.uboat.net/wwi/men/commanders/58.html, 26. Juni 2015, und www.handels-u-boote.de/Tech__Daten/tech__daten.html, 26. Juni 2015.
2 Vgl. Berner Intelligenzblatt, 21. März 1918, S. 2; vgl. 10. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen, in: Schweizerisches Bundesblatt, Nr. 22, Bd. III, 1918, S. 89.
3 Vgl. Gazette de Lausanne, 6. März 1918.
4 Vgl. New York Times, 30. Mai 1918.
5 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 88.
6 Vgl. ebd., S. 87.
7 Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 293.
8 Vgl. Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 293–297.
9 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 297 f.
10 BAR E 1001.4 1000/9*, Beschlussprotokoll des Bundesrates, 20. April 1918, in: Protokolle des Bundesrates, Bd. 267, S. 4.
11 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.5.1, Notizen betreffend Ankauf bzw. Charterung von Schiffen. Für die Verhandlungen siehe auch Meier, Friendship under Stress, S. 92–94.
12 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, H. Sulzer an Frank L. Polk, 8. April 1918, Brief an Frank L. Polk, 25. April 1918, Brief von H. Sulzer, 8. Mai 1918.
13 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, H. Sulzer an R. Lansing, 4. Juni 1918.
14 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, US-Botschaft Madrid an State Department, 17. Juli 1918.
15 Vgl. Sanz, Spanish Neutrality.
16 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Schreiben von P. A. Stovall, 9. Mai 1918.
17 Vgl. ebd.; H. Sulzer an R. Lansing, 23. Mai 1918. Vgl. ebenso Meier, Friendship under Stress, S. 92–94.
18 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457, Schreiben an Secretary of State, 23. August 1918; Meier, Friendship under Stress, S. 93.
19 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an C. F. Bally AG, 7. September 1918.
20 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, Dokumente zur FERO. Zu Hippolyt Saurer vgl. Trösch, Saurer, Hippolyt, in: HLS. Zu Henri Heer vgl. Steigmeier, Heer, Henri, in: HLS. Zu Iwan Bally vgl. Heim, Bally, Iwan, in: HLS.
21 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an C. F. Bally AG, 7. September 1918.
22 Vgl. Bally Schuhfabriken AG, Bally 1851–1951, S. 49, 54.

23 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an C. F. Bally AG, 7. September 1918.
24 Ebd.
25 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, Iwan Bally und H. R. Stirlin an H. Sulzer, 2. September 1918.
26 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an C. F. Bally AG, 7. September 1918.
27 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an Max Bally, 10. Oktober 1918. Zu Max Bally vgl. Heim, Bally, Max, in: HLS.
28 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.3.1, H. Sulzer an Max Bally, 10. Oktober 1918.
29 Ebd.
30 Vgl. Oederlin, Erinnerungen, S. 44. Zur Geschichte von A. Iselin & Co. vgl. Mountjoy, Eileen: Iselin Family, in: Indiana University of Pennsylvania. IUP Libraries, www.iup.edu/page.aspx?id=86154, 29. Juni 2015; Swiss Consulate in New York: History of the Swiss in New York, http://swisscgny.tumblr.com/History, 29. Juni 2015.
31 AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.6.1, H. Sulzer an A. Iselin, 9. März 1918.; Sign. 24.5, Mitgliederliste New York Swiss Club.
32 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.6.1, H. Sulzer an Bundesrat, 19. Dezember 1919; Summary of File «Malcom Baxter Jr».
33 Vgl. ebd.
34 Ebd.
35 Ebd.
36 Vgl. Rast, Die handelspolitische Stellung, S. 22–37.
37 Vgl. Schiedt, Schifffahrt, in: HLS.
38 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 298.
39 NACP, Record Group 84, Vol. 176, Schreiben von P. A. Stovall, 9. März 1918.
40 Ebd.
41 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 88.
42 Vgl. Coffman, The War to End all Wars, S. 129.
43 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, US-Embassy Paris an Secretary of State, 12. August 1918.
44 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Harold F. McCormick an Colonel Charles G. Dawes, General Purchasing Agent, 3. Januar 1918.
45 Vgl. Harold F. McCormick Collection of Aeronautica 1780–1940 (bulk 1910–1920), in: Princeton University Library, Finding Aid, Biography/History, S. 3, http://findingaids.princeton.edu/collections/C0496.pdf, 6. Juli 2015.
46 The Harvester World, S. 1.
47 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Harold F. McCormick an Colonel Charles G. Dawes, General Purchasing Agent, 3. Januar 1918.
48 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Harold F. McCormick an Colonel Charles G. Dawes, General Purchasing Agent, 28. Januar 1918, Brief an Harold F. McCormick, 5. Februar 1918, Harold F. McCormick an Botschafter Paul Beau, 29. Januar 918.
49 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Donald F. McPherson an Hugh R. Wilson, 5. Juli 1918, Donald F. McPherson an Hugh R. Wilson, 12. Juni 1918; Abschrift eines Memorandums von Charles R. Paravicini vom Politischen Departement in Bern, 28. September 1918.
50 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Telegramm US-Legation Bern, 21. Juli 1918, Telegramm US-Botschaft Paris, 24. Juli 1918, Telegramm US-Legation Bern, 7. März 1918, US-Legation Bern an US-Legation Paris, 6. Februar 1918, Telegramm US-Legation Berne, 21. September 1918, Telegramm der US-Legation Bern, 11. August 1918, P. A. Stovall an US-Embassy Paris, 6. Mai 1918.
51 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, L. T. Gerow an Vance McCormick, 10. September 1918, General Purchasing Agent an George McFadden, 7. September 1918; NACP, Record Group 84, Vol. 186, Telegramm US-Legation Bern, 7. September 1918, Telegramm US-Legation Bern, 12. September 1918, Telegramm US-Legation Bern, 11. August 1918.
52 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Philip Holland an Secretary of State, 1. November 1917; Secretary of State an Philip Holland, 17. Dezember 1917; Allen W. Dulles an Philip Holland, 23. Januar 1918.

53 Zu den Tätigkeiten Allen Dulles' in Bern und dem Lebensstil zwischen Spionage und Diplomatenleben vgl. Srodes, Allen Dulles, S. 69–85. Zu Allen Dulles' Aktivitäten in der Schweiz im Zweiten Weltkrieg vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 271, 302.
54 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Telegramm US-Legation Bern, 7. September 1918, Telegramm US-Legation Bern, 12. September 1918, Telegramm US-Legation Bern, 11. August 1918.
55 Vgl. Geering, Handel und Industrie, S. 786–788; Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 795.
56 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Société anonyme des fabriques d'huile, Mastic & Blanc Minéral an US-Legation, 14. Februar 1918. Dass deutschschweizerische Firmen, insbesondere in Frankreich, als deutsche Unternehmen betrachtet wurden, erlebten viele Schweizer Firmen. Besonders prominent die Firma Maggi. Vgl. Seifert, Rohstoffmangel und Hetzkampagne, S. 361–368.
57 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, G. Auchincloss an A. Taylor, 8. Januar 1918; Geering, Handel und Industrie, S. 786–788.
58 NACP, Record Group 84, Vol. 186, Harold F. McCormick an Charles G. Dawes, 6. März 1918.
59 Ebd.
60 Vgl. Srodes, Allen Dulles, S. 81; Hescheler/Kühl, Nekrolog von Dr. Herbert Haviland Field.
61 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 6, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 9. März 1918.
62 Vgl. Claussen Jr., Carl W. Ackerman Papers, S. 5.
63 LoC, Manuscript Division, Carl W. Ackerman Papers, Box 143, Memorandum regarding economic conditions in Switzerland.
64 Ebd.
65 Vgl. LoC, Manuscript Division, Carl W. Ackerman Papers, Box 143, persönliche Unterlagen, Brotkarten und andere Rationierungskarten der Gemeinde Bern; Hotel Schweizerhof: Geschichte – seit mehr als 150 Jahren ein Begriff, http://de.schweizerhof-bern.ch/hotel/geschichte/geschichte, 23. Juli 2015.
66 Vgl. Report of The War Trade Board, Washington, D. C. 1920, S. 457.
67 Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George McFadden an Vance McCormick, 8. Mai 1918.
68 Ebd.
69 Ebd.
70 Vgl. ebd.
71 Vgl. Surface, The Grain Trade during the World War, S. 29–35.
72 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George McFadden an Vance McCormick, 8. Mai 1918; AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.4.1, Hans Sulzer an Schweizerisches Oberkriegskommissariat, Büro für Getreideversorgung, 22. März 1918; Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 298.
73 Vgl. H. M. Stationary Office, First Report of the Royal Commission, S. 76 f.
74 Auch die übrigen Getreidesorten wie Mais, Hafer, Gerste und die für die Viehfütterung wichtigen Ölkuchen konnten zunehmend nur noch über die Wheat Executive respektive deren Aussenstelle in New York, die Wheat Export Company, geordert werden. Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an Schweizerisches Oberkriegskommissariat, Büro für Getreideversorgung, 22. März 1918.
75 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an Schweiz. Oberkriegskommissariat, Büro für Getreideversorgung, 22. März 1918. Zur schlechten Getreideernte 1917 vgl. Offer, Agrarian Interpretation, S. 369 f.
76 Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, H. Sulzer an R. Lansing, 1. April 1918.
77 Ebd.
78 Vgl. 10. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen, in: Schweizerisches Bundesblatt, Nr. 22, Bd. III, 29. Mai 1918, S. 89.
79 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 90.
80 Vgl. Eidgenössisches Zolldepartement: Schweizerische Handelsstatistik, Jahresbericht 1918, S. 39.

81 Vgl. NACP, War Trade Board, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Record Group 182, Box 55, Gesamtbericht über Transporte von F. Oederlin an Vance McCormick, 4. Oktober 1918.
82 Vgl. ebd. Meier spricht ohne Angaben von rund 180 000 Tonnen «wheat» bis Ende September 1918. Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 91.
83 Vgl. Auderset/Moser, Krisenerfahrungen, S. 135. Siehe auch Moser, Mehr als eine Übergangszeit.
84 Andererseits weisen neuere Forschungen darauf hin, dass die Rationierungen konträre Entwicklungen auslösen konnten, indem etwa die staatliche Milchzuteilung die ärmeren Schichten begünstigte und deren Ernährungslage sogar verbessert wurde. Vgl. Floris, The Biological Standard of Living. Für die lokalhistorischen Untersuchungen zu Basel, St. Gallen und Winterthur vgl. Labhardt, Krieg und Krise, S. 215–219; Holenstein, Extreme gesellschaftliche Polarisierung, S. 156–169, Knoepfli, Kaninchenzucht, S. 37–47.
85 Vgl. Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie der Schweiz, S. 21. Auch Lüthi kommt in ihrer Studie zum Schluss, dass sich die Preise deutlich erhöhten und die Behörden trotz Regulierungsmassnahmen nur mangelhaft auf die verschärfte Situation zu reagieren vermochten. Vgl. Lüthi, Sorglos bis überfordert, hier vor allem S. 71–75.
86 Vgl. Knoepfli, Kaninchenzucht, S. 44.
87 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 91.
88 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 118–123.
89 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George D. Herron an P. A. Stovall, 5. April 1918.
90 Wörtlich heisst es: «complete economic subjection». Siehe Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George D. Herron an P. A. Stovall, 5. April 1918.
91 Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George D. Herron an A. P. Stovall, 5. April 1918.
92 Ebd.
93 Ebd.
94 Ebd.
95 Vgl. Lüpold, Der Ausbau der Festung Schweiz, S. 218–220.
96 Vgl. Schaltegger/Schmid, Der Anleihemarkt als Spiegel der Bedrohungslage.
97 Siehe dazu Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 461–510.
98 NL Arthur Eugster, Arthur Eugster an seinen Sohn Hans Eugster, 4. September 1914.
99 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 108 f.
100 Vgl. ebd.
101 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 152.
102 Vgl. ebd., S. 152 f.
103 BAR E27#13560/1*, Konferenz beim Chef des Schweizerischen Militärdepartements, 15. Januar 1918, in: DDS, Bd. 6, S. 666 f.
104 Ebd.
105 Ebd.
106 Vgl. Elsig, Les Schrapnells, S. 452.
107 Hoover Institution Archives, William Martin Notes, Box 2, Notes de Guerre 1918–1920, Gespräch mit E. Haguenin, 22. Januar 1918.
108 Ebd.
109 Zu Philippe Mercier vgl. Laupper/Feller-Fest: Mercier, Philippe, in: HLS.
110 BAR E2300#19/1*, Le Ministre de Suisse à Berlin, Ph. Mercier, au Chef du Département politique, F. Calonder, 26. Februar 1918, in: DDS, Bd. 6, S. 691–693.
111 Ebd.
112 Ebd.
113 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 162.
114 PA AA, Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin, Deutschland 127, Nr. 14, R 1745, Bericht von Militärattaché Bismarck weitergeleitet von G. Romberg an Auswärtiges Amt, 7. Januar 1918.
115 PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, Bericht von Militärattaché Bismarck, 2. Januar 1918.

116 Vgl. BAR E1005#1000/17#1*, Geheimprotokolle des Bundesrates, Sitzung vom 6. März 1918.
117 Vgl. PA AA, Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin, Deutschland 127, Nr. 14, R 1745, Schreiben über Haab, unbekannter Autor, Brief von Freiherr von dem Bussche an G. Romberg, 3. September 1917.
118 Hinzu kam, dass Forrer aufgrund fehlender Pensionsansprüche und seiner kinderreichen Familie ein einträgliches Amt benötigte. Ador organisierte deshalb seine Versetzung ins Zentralamt für internationalen Eisenbahnverkehr, welches Forrer bereits vor seiner Ernennung zum Bundesrat innegehabt hatte. Vgl. Forrer, Ludwig, in: Altermatt, Die Schweizer Bundesräte, S. 290–295.
119 PA AA, Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin, Deutschland 127, Nr. 14, R 1745, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 11. Dezember 1917.
120 Zudem war von Planta durch Aussenminister Arthur Hoffmann dem deutschen Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow als Kontaktmann in Rom empfohlen worden, als Bülow Italien zum Verbleib im Dreibund mit Deutschland und Österreich-Ungarn bewegen wollte. Vgl. PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, Romberg an Auswärtiges Amt, 15. Januar 1915.
121 Vgl. PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1917.
122 PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 15. Dezember 1917.
123 Vgl. Rosen, Rom-Bern, S. 119–136.
124 Vgl. PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 15. Dezember 1917.
125 Vgl. PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, R 11391, G. Romberg an Reichskanzler Georg von Hertling, 1. Februar 1917; vgl. Simonett, Planta, Alfred von, in: HLS.
126 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 155–157; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 161 f.
127 Vgl. Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 24. März 1918.
128 Vgl. Dutrône, Paris Guns; Eidgenössischer Staatskalender 1917, Politisches Departement, S. 37.
129 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 30. März 1918.
130 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 8. April 1918.
131 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, K. von Lersner an Auswärtiges Amt, 3. April 1918.
132 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 6. April 1918.
133 Zum groben Verhandlungsverlauf vgl. Ochsenbein, Wirtschaftsfreiheit, S. 299–306.
134 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 299–301.
135 Vgl. ebd.
136 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 301.
137 Vgl. BAR E1004#1/268*, Conseil fédéral, Procès verbal de la séance du 21 mai 1918, Wirtschaftliches Abkommen mit Deutschland, in: DDS, Bd. 6, S. 742–744.
138 Ebd.
139 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 6. Mai 1918.
140 Zum Aufbau der STS und der Funktionsweise im Detail und den Ausnahmeregelungen vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 303–306.
141 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 299–301.
142 Der Vorname Hennebergs lässt sich nicht mehr rekonstruieren.
143 Vgl. Escher, Felix: Ravené, in: Neue Deutsche Bibliographie 21, 2003, S. 220, www.deutsche-biographie.de/pnd13900193X.html, 20. Juli 2015; Eidgenössischer Staatskalender 1917, S. 65; Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 299; PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, Schreiben von Adolf Müller, 28. April 1918; Pohl, Adolf Müller, S. 215.

144 Vgl. HHStA, Ministerium des Äussern, Administrative Akten, F 36, Akte 185, Dep. 9, Abteilung 4, Schweiz, Protokoll über die Verhandlung im Kriegsamt, 22. November 1916. Zur kriegswirtschaftlichen Organisation des Deutschen Reiches und den Formen der Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft vgl. van de Kerkhof, Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg.
145 Zu den Kriegsmateriallieferungen der Schweiz während des Krieges gibt es mehrere Aufsätze von Roman Rossfeld: ders., Rechte hat nur, wer Kraft hat; ders., Schweigen ist Gold; ders., Abgedrehte Kupferwaren.
146 Vgl. PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Freiherr von dem Bussche, 15. Juli 1918.
147 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Schreiben an Richard von Kühlmann, unbekanntes Datum, etwa Juni 1918.
148 Vgl. PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Freiherr von dem Bussche, 15. Juli 1918. Zur Entwicklung der Schweizer Kriegsmaterialexporte und den rückläufigen Volumina ab 1918 vgl. Rossfeld, Abgedrehte Kupferwaren, S. 528–537.
149 PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Brief von Altbundesrat Arthur Hoffmann, 11. Mai 1918.
150 Vgl. ebd.
151 Vgl. PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Freiherr von dem Bussche, 15. Juli 1918.
152 Vgl. PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Ludendorff, 6. März 1918.
153 PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Ludendorff, 30. April 1918. Ebenso bei Pohl, Adolf Müller, S. 215.
154 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, H. von Holtzendorff an Auswärtiges Amt, 18. Mai 1918.
155 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 20. Mai 1918.
156 Zitiert nach Pohl, Adolf Müller, S. 215.
157 Vgl. ebd.
158 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Reichskanzler Graf Georg von Hertling, 7. Mai 1918.
159 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 113.
160 Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 4. Mai 1918.
161 Vgl. Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 10. Mai 1918.
162 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Reichskanzler Graf Georg von Hertling, 7. Mai 1918.
163 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, Schreiben von Adolf Müller, 13. April 1918; vgl. auch Pohl, Adolf Müller, S. 219 f.
164 Vgl. PA AA, Schweiz Allgemeine Lage, Grosses Hauptquartier, R 22323, Schreiben von Philipp Scheidemann, 20. April 1918; vgl. dazu auch Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 301.
165 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, Schreiben von Hermann Stegemann, 20. April 1918.
166 Vgl. BAR E1004#1/268*, Conseil fédéral, Procès verbal de la séance du 21 mai 1918, Wirtschaftliches Abkommen mit Deutschland, in: DDS, Bd. 6, S. 743; PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11408, G. Romberg an Freiherr von dem Bussche, 6. Mai 1918. Adolf Müllers Biograf Hans Heinrich Pohl überschätzt die Bedeutung von Müllers Intervention allerdings deutlich: Pohl, Adolf Müller, S. 219 f.
167 Für den Begriff «Ost-Imperium» vgl. Münkler, Der grosse Krieg, S. 661–674.
168 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11409, Bericht eines süddeutschen Unternehmers, 7. Juni 1918.
169 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.5.1, I. Bally an H. Sulzer, 17. Mai 1918.
170 Zitiert nach Adank, Eine «Exportfirma par excellence», S. 100.
171 Vgl. ebd.

Kapitel 6

1 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 153; Meier, Friendship under Stress, S. 88 f.
2 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 88 f.
3 Vgl. NACP, War Trade Board, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 54, H. Sulzer an War Trade Board, 12. April 1918; Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 297.
4 Vgl. Bailey, The Policy of the United States, S. 128, 161, 208–214; Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 268–273; BAR E1004#1/267*, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance, 20. April 1918, in: DDS, Bd. 6, S. 717–724.
5 BAR E1004#1/267*, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance, 20. April 1918, in: DDS, Bd. 6, S. 717–724. Zum Freigeleitabkommen siehe auch Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 297; Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 298 f.; Meier, Friendship under Stress, S. 89.
6 BAR E1004#1/267*, Conseil fédéral, Procès-verbal de la séance, 20. April 1918, in: DDS, Bd. 6, S. 717–724.
7 Vgl. ebd.
8 NACP, Record Group 84, Vol. 187, US-Militärattaché an Fred Dolbeare, 15. Mai 1918.
9 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 914–918; Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés in Bern, S. 76–78; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 157.
10 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Mitteilung der amerikanischen Gesandtschaft in Bern, 6. Mai 1918. Siehe dazu auch Meier, Friendship under Stress, S. 90.
11 NACP, Record Group 84, Vol. 187, Mitteilung der amerikanischen Gesandtschaft in Bern, 6. Mai 1918.
12 NACP, Record Group 84, Vol. 187, George D. Herron an A. P. Stovall, 5. April 1918 und Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, George D. Herron an A. P. Stovall, 5. April 1918.
13 NACP, Record Group 84, Vol. 187, A. Stovall an Secretary of State, 10. Mai 1918.
14 Ebd.
15 Vgl. NACP, Record Group 182, War Trade Board: Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 57, Schreiben von F. Oederlin, 12. September 1918.
16 Vgl. NACP, War Trade Board, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Record Group 182, Box 55, F. Oederlin an Frank C. Munsen, 1. August 1918, und F. Oederlin an Vance McCormick, 4. Oktober 1918.
17 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 91.
18 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 28.5, H. Sulzer an W. Rappard, 25. März 1917.
19 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 28.5, H. Sulzer an W. Rappard, 4. Mai 1917.
20 AfZ, NL Sulzer, Sign. 28.5, H. Sulzer an W. Rappard, 25. März 1917.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 74 f.
24 NACP, Record Group 84, Vol. 187, Lewis W. Haskell an Hugh R. Wilson, 20. März 1918.
25 Zur NHG vgl. Erne, Neue Helvetische Gesellschaft, in: HLS.
26 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 6, R 11408, Bericht des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Politische Abteilung, 23. März 1918.
27 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 6, R 11408, Schreiben von G. Romberg, 19. April 1918.
28 Vgl. Rappard, La Mission Suisse.
29 Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 98.
30 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 75.
31 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Schweiz 70, Bd. 1, R 11439, Bericht von Hans P. Biengräber zuhanden der deutschen Legation, 31. Mai 1918.
32 Vgl. Nolan, The Transatlantic Century, S. 58 f.
33 Vgl. Leonhard, Die Büchse der Pandora, S. 708 f.

34 Zur Tätigkeit von Vira Whitehouse vgl. Hauser, Im Auftrag Woodrow Wilsons; Glant, Against All Odds; Meier, Friendship under Stress, S. 126–137. Siehe zudem die autobiografische Erzählung von Vira Whitehouse: dies., A Year as a Government Agent.
35 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von Vira Whitehouse über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum.
36 Zu den Konflikten zwischen Whitehouse und den US-Diplomaten in Bern vgl. Wolper, Woodrow Wilson's New Diplomacy.
37 Vgl. Hauser, Im Auftrag Woodrow Wilsons, S. 222.
38 Vgl. Leonhard, Die Büchse der Pandora, S. 659 f.
39 Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, Woodrow Wilson an Vira Whitehouse, 23. Mai 1918.
40 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, George Creel an Vira Whitehouse, 17. Mai 1918.
41 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 94, Bulletin hebdomadaire, 11.–17. Oktober 1918.
42 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von V. Whitehouse über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum. Zur konkreten Pressearbeit vgl. auch Glant, Against all Odds, S. 40, Meier, Friendship under Stress, S. 129–131.
43 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an J. C. Sims, 29. Oktober 1918.
44 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von V. Whitehouse über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum.
45 Siehe dazu die wöchentlichen Bulletins in NACP, Record Group 63, Box 94; Glant, Against all Odds, S. 40.
46 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, Ph. Holland an V. Whitehouse, sowie Artikel der National Zeitung, 3. Oktober 1918.
47 Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, Vira Whitehouse an E. H. Hobbs, 25. Juni 1919; vgl. auch Glant, Against all Odds, S. 40.
48 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, J. C. McNally an V. Whitehouse, 23. Oktober 1918; V. Whitehouse an J. C. McNally, 29. Oktober 1918.
49 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, verschiedene Korrespondenzen, Sommer und Herbst 1918.
50 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.1.4.1, H. Sulzer an F. Calonder, 22. Mai 1918.
51 Ebd.
52 AfZ, NL Sulzer, Sign. 26.2.3, H. Sulzer an W. Rappard, 22. Mai 1918.
53 Ebd.
54 Vgl. Hauser, Im Auftrag Woodrow Wilsons, S. 226.
55 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, Briefwechsel zwischen V. Whitehouse und W. Rappard, Juli 1918 bis Februar 1919.
56 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, Briefwechsel zwischen V. Whitehouse und George D. Herron, Juli 1918 bis Oktober 1918.
57 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, Committee on Public Information. Foreign Picture Service an V. Whitehouse, 22. August 1918.
58 Zur Medienpropaganda im Ersten Weltkrieg vgl. Badsey, Propaganda.
59 Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 301–309, vor allem S. 307 f.
60 Dazu hatten diese die Société suisse d'exploitation de films in Genf gegründet. Frederick Bates war eine einflussreiche Genfer Persönlichkeit und der Sohn des US-Amerikaners James Bates, der die Genfer Zeitung gekauft und das Bankhaus gegründet hatte. Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, L. Ador an V. Whitehouse, 20. Februar 1918; Elsig, Schrappnells, S. 306; de Senarclens, Bates, James, in: HLS. Zur britischen Filmpropaganda im Ersten Weltkrieg vgl. Reeves, Official British Film Propaganda.
61 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, Schreiben der französischen Botschaft, unbekanntes Datum, L. Ador an V. Whitehouse, 24. August 1918, V. Whitehouse an Ellis L. Dresel, 28. September 1918, Schreiben von Charles Hart, Director Division of Films, Committee on Public Information, 27. Dezember 1918; NACP, Record Group 63, Box 183, L. Ador an V. Whitehouse, 24. Juni 1918, L. Ador an V. Whitehouse, 18. Juli 1918.
62 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von V. Whitehouse

über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum; NACP, Record Group 63, Box 186, Report der Interally Film Control Executive, 19. August 1918.

63 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von Vira Whitehouse über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum. Vgl. auch Glant, Against all Odds, S. 41, Meier, Friendship under Stress, S. 130. Zur Spanischen Grippe in der Schweiz Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 225–228.

64 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, G. B. Fife an E. Münch, 20. September 1918.

65 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 12, Report von Vira Whitehouse über ihre Tätigkeit in Bern, unbekanntes Datum.

66 Zur «Freien Zeitung» und der deutschen Exilgemeinde vgl. Korol, Dada, Präexil und die Freie Zeitung; Riesenberger, Deutsche Emigration, S. 127–150; Elsig, Schrappnells, S. 376–380.

67 Vgl. Riesenberger, Deutsche Emigration, S. 136 f. Im Gegensatz zur Schlieben-Gruppe, die eine Niederlage Deutschlands offen befürwortete, findet sich eine zweite Gruppe deutscher Exilanten mit pazifistischen Motiven. Dazu zählten etwa Prinz Alexander Hohenlohe, die Schriftsteller Alfred Hermann Fried und Leonhard Frank oder der ehemalige Krupp-Direktor Wilhelm Muehlon. Versuche, die verschiedenen deutschen Exilkreise zu einen, scheiterten jedoch. Vgl. Benz, Wilhelm Muehlon, S. 22 f.

68 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, V. Whitehouse an H. Schlieben, 7. August 1918, und den übrigen Briefwechsel zwischen V. Whitehouse und H. Schlieben, März bis Dezember 1918.

69 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, V. Whitehouse an H. Schlieben, 6. August 1918, V. Whitehouse an H. Schlieben, 29. Oktober 1918.

70 Vgl. Committee on Public Information, Die Reden Präsident Wilsons; Committee on Public Information, Präsident Wilson und die Liga der Nationen.

71 Vgl. Committee on Public Information, Die deutsch-bolschewistische Verschwörung.

72 Vgl. Zoller, Die Notverordnungen und ihre Grundlagen, S. 34 f.

73 Elsig, Schrappnells, S. 332, 411.

74 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.4, Bericht von Verlagsleiter Hans Huber ans Volkswirtschaftsdepartement, 23. August 1918.

75 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, V. Whitehouse an H. Sulzer, 28. September 1918.

76 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.4, L. Maisch an H. Sulzer, H. Sulzer an V. Whitehouse, 5. Oktober 1918; AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.9.1, Details- und Spesenrechnung zur Reise von H. Sulzer, 11. Juni bis 11. September 1918.

77 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.4, H. Sulzer an V. Whitehouse, 5. Oktober 1918; NACP, Record Group 63, Box 186, V. Whitehouse an H. Sulzer, 28. September 1918.

78 AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.4, H. Sulzer an L. Maisch, 5. Oktober 1918.

79 Vgl. AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.4, H. Sulzer an V. Whitehouse, 5. Oktober 1918.

80 Riesenberger spricht hier in etwas problematischer Weise von einer «nationalen Erneuerungsbewegung». Vgl. Riesenberger, Deutsche Emigration, S. 135.

81 Vgl. Civelli, Ignaz: Heldenschwert in reinen Händen?

82 Vgl. dazu Meier, Friendship under Stress, S. 132–137.

83 NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an A. Meyer, 8. August 1918.

84 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 132.

85 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 186, V. Whitehouse an G. Creel und E. Sisson, 29. Juli 1918. Zu Ernst Laur vgl. Baumann, Laur, Ernst, in: HLS.

86 Der Brief ist an «Herrn Whitehouse» adressiert. Erst später erfuhr Laur, dass es sich bei Whitehouse um eine weibliche Person handelte, und wählte von da an die Formel «Sehr geehrtes Fräulein». Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Laur, 6. August 1918.

87 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Laur, 9. August 1918; E. Laur an V. Whitehouse, 26. August 1918.

88 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 132.

89 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Chapuisat, 27. Juli 1918 und übriger Briefwechsel zwischen V. Whitehouse und E. Chapuisat, Juli bis Dezember 1918.

90 Fueter legte den Schwerpunkt seines geistesgeschichtlichen Hauptwerks nicht auf die deutsche Philosophie, sondern bewusst auf den italienischen Humanismus und die französische Aufklärung. Vgl. Fueter, Eduard: Geschichte der neuen Historiographie, München, Berlin 1911. Vgl.

Stadler, Fueter, Eduard, in: HLS; NACP, Record Group 63, Box 183, A. Meyer an V. Whitehouse, 15. August 1918.

91 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Fueter, 27. Juli 1918, E. Wild an V. Whitehouse, 29. Juli 1918, V. Whitehouse an E. Wild, 30. Juli 1918, V. Whitehouse an E. Wild, 23. August 1918. Zur Geschichte der NZZ im Ersten Weltkrieg vgl. Maissen, Die Geschichte der NZZ 1780–2005, S. 81–91. Vgl. Meyer, Die Geschichte des Unternehmens NZZ 1780–2005, S. 103–120.

92 NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Fueter, 20. Juli 1918.

93 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Strub, 21. August 1918.

94 Dieser hiess mit vollem Namen James Norman de Rapelye Whitehouse. Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, V. Whitehouse an E. Chapuisat, 16. September 1918; Meier, Friendship under Stress, S. 135; Hauser, Im Auftrag Woodrow Wilsons, S. 224.

95 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 134–137.

96 Vgl. ebd., S. 135.

97 Zur verschärften sozialen Lage in der Schweiz vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 166–173.

98 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 134–137. Für die Berichte der Journalisten vgl. Oeri, Aus Amerika; Schürch, Aus der neuen Welt; Strub, Im Weltkriege nach Amerika.

99 NACP, Record Group 63, Box 183, R. Rahm an V. Whitehouse, 8. September 1918.

100 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, V. Whitehouse an E. H. Hobbs, 25. Juni 1919.

101 Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 273.

102 Vgl. Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, V. Whitehouse an E. H. Hobbs, 25. Juni 1919.

103 LoC, Manuscript Division, Carl W. Ackerman Papers, Box 27, A. Dulles an C. Ackerman, 16. August 1918.

104 Die «Schweizer Mittelpresse» vertrat eine dezidiert antibolschewistische Haltung. Später rutschte sie immer mehr nach rechts und verfolgte in den 1930er Jahren gar eine frontistische Linie. Vgl. Windlinger, Wirtschaft geschlossen, S. 47–60.

105 Schlesinger Library, Vira Boarman Whitehouse Papers, Box 10, Report von Croswell Smith über die Tätigkeit des Committee on Public Information, unbekanntes Datum.

106 Der Bund, 29. Mai 1919, S. 4. Zirkular des Initiativkomitees. Zitiert nach Jaun, Management und Arbeiterschaft, S. 87 f. Für die Details der späteren Swiss Missions und der Auswirkungen auf den Wissenstransfer vgl. ebd., S. 86–92, und Meier, Friendship under Stress, S. 138 f.

107 Vgl. Jaun, Management und Arbeiterschaft, S. 88, 435 f.; Tanner, Fabrikmahlzeit, S. 278–283, 291–294.

108 Vgl. Jaun, Management und Arbeiterschaft, S. 435.

109 Vgl. ebd., S. 92 f. Zu amerikanischen Einflüssen auf die europäische Wirtschaft vgl. Schröter, Economic Culture and its Transfer, S. 331–344. Für Amerikanisierungsprozesse in Europa und im deutschsprachigen Raum mit Schwerpunkt Alltagsgeschichte vgl. Lüdtke/Marssolek/von Saldern, Amerikanisierung; Linke/Tanner, Attraktion und Abwehr. Jüngst mit explizitem Bezug zur Schweiz und zur Konsumgeschichte von Wyl, Ready to Eat.

110 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 6, R 11408, Militärattaché Bismarck an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, 14. August 1918.

111 Ebd.

112 Ebd.

113 Ebd.

114 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Kurzbiografie in Box 468.

115 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 94–96.

116 Vgl. Hoover Institution Archives, Food Administration Records, Box 183, Memorandum Hans Sulzer, 27. April 1918.

117 Vgl. Irwin, Making the World Safe, S. 5 f., 71.

118 Vgl. ebd., S. 5, 67, 105.

119 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Ms Am 466. American

Red Cross. Central Committee for American Prisoners. Circular Nr. 1 vom 1. August 1917, Circular Nr. 2 vom 15. November 1917, Circular Nr. 3 vom 15. April 1918. Zu den Aktivitäten des ARC in der Schweiz siehe auch den biografischen Bericht des in Bern stationierten Red Cross Arztes Alfred Worcester: ders., American Red Cross Service. Zudem den Bericht The Work of the American Red Cross During the War, S. 76 f.

120 PA AA, Beziehungen Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Schweiz 70, Bd. 1, R 11439, Bethmann Hollweg an Reichskanzler Graf von Hertling, 27. August 1918, G. Romberg an Reichskanzler Prinz Max von Baden, 30. Oktober 1918.

121 NACP, War Trade Board, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 55, Sharp to Secretary of State, 17. Oktober 1918, William G. Sharp an Secretary of State, 23. Oktober 1918, William G. Sharp an Secretary of State, 2. November 1918, P. A. Stovall an Secretary of State, 26. Oktober 1918.

122 Vgl. NACP, Record Group 84, Vol. 186, Harold F. McCormick an Major J. P. Castleman, 31. Januar 1918; AfZ, NL Sulzer, Sign. 29.12.5, Notiz für Bundesrat E. Schulthess, 14. Juni 1918, Schreiben von Colonel C. R. Kreuthoff vom Quarter Masters Corps, 8. Juli 1918, George McFadden an H. Sulzer, 12. Juli 1918.

123 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 96–98.

124 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Schweiz 70, R 11439, Chef des Admiralstabes der Marine, 4. Juli 1918.

125 Vgl. NACP, War Trade Board, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 56, Schreiben von William G. Sharp, 7. Februar 1918; NACP, War Trade Board, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 55, General Tasker Howard Bliss an Secretary of State, 24. August 1918. Siehe dazu auch Rossfeld, Abgedrehte Kupferwaren.

126 Vgl. NACP, War Trade Board, Record Group 182, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 56, Einkaufsliste der AEF für die Schweiz von Anfang 1918 bis Juli 1918.

127 Vgl. Mommsen, Deutschland, S. 27.

128 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 157 f.

129 Vgl. ebd.

130 Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 27. August 1918, S. 520.

131 Vgl. Mommsen, Deutschland, S. 28.

132 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 158.

133 Vgl. ebd., S. 154.

134 Vgl. Kessler, Tagebuch, S. 47–49.

135 Vgl. ebd., Eintrag vom 2. September 1918, S. 525.

136 Vgl. Ritschl, The Pity of Peace, S. 65.

137 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 154. Zum geografisch-politischen Begriff des Lebensraums und der deutschen Ostpolitik siehe auch Fahlbusch/Siegrist/Schultz, Geographie und Nationalsozialismus.

138 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 219.

139 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 6, R 11408, Schreiben von Generalkonsul Wunderlich, 29. März 1918.

140 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Schreiben von Konsul Filsinger, 22. Juli 1918.

141 Vgl. PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Konsul R. Filsinger an Graf von Hertling, 7. März 1918, Konsul R. Filsinger an G. Romberg, 5. März 1918.

142 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Schreiben eines Herrn Vogler an G. Romberg, 9. August 1918.

143 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Dr. Wendschuh an G. Romberg, 15. Oktober 1918.

144 Ebd.

145 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, G. Romberg an Graf Hertling, 4. September 1918, Schreiben von B. von Bismarck, 23. August 1918.

146 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Bericht von Leutnant Kappeler, 8. August 1918.
147 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, M. Erzberger an Legationsrat von Rheinbaben und Begleitbrief des anonymen Gewährmanns, 14. September 1918. Zu Matthias Erzberger vgl. Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Mathias Erzberger.
148 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, M. Erzberger an Legationsrat von Rheinbaben und Begleitbrief des anonymen Gewährmannes, 14. September 1918.
149 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, G. Romberg an Graf Hertling, 4. September 1918, Schreiben von B. von Bismarck, 23. August 1918.
150 Vgl. dazu auch Elsig, Schrappnells, S. 129 f.
151 Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 22. August 1918, S. 518.
152 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 4, R 11406, Schreiben von G. Romberg, 10. April 1917.
153 Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 274–276.
154 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 286 f.
155 Eigene Berechnungen gestützt auf Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie, S. 45 f., 80.
156 Vgl. ebd., S. 79.
157 Vgl. Ritschl, The Pity of Peace, S. 47–49.
158 Vgl. Kramer, Blockade and economic warfare, S. 476 f.
159 PA AA, Beziehungen Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 7, R 11409, Schreiben zuhanden von Legationsrat E. Schmitt, 9. Juli 1918.
160 Hoover Library, Stanford University, Palo Alto (CA), George D. Herron Papers, Switzerland Document XIV, Chef des British Intelligence Service in der Schweiz, Commander Hugh Whittal, an George D. Herron, 14. Oktober 1918.
161 Ebd.
162 NL Arthur Eugster, Brief von Arthur Eugster an seine Tocher Martha Eugster, 21. August 1914.
163 Ebd.
164 NL Arthur Eugster, Brief von Arthur Eugster an seinen Sohn Hans Eugster, 4. September 1914.
165 Ebd.
166 Hoover Library, Stanford University, Palo Alto (CA), George D. Herron Papers, Switzerland Document XIV, Chef des British Intelligence Service in der Schweiz, Commander Hugh Whittal, an George D. Herron, 14. Oktober 1918.
167 Ebd.
168 Vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 659 f.

Kapitel 7

1 Vgl. Oederlin, Erinnerungen, S. 55 f.
2 Ebd., S. 63, und AfZ, NL Friedrich Oederlin-Ziegler, Sign. 4, Notenwechsel zwischen der US-Regierung und der deutschen Regierung betreffend Waffenstillstand im Oktober 1918.
3 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 159.
4 Vgl. ebd.; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 164.
5 Zum Zusammenbruch der k. u. k. Monarchie bis Mitte September 1918 vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 995–1022.
6 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 159, 178.
7 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 165.
8 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 158 f.; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 165.
9 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 165.
10 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 176–178.
11 Vgl. Oederlin, Erinnerungen, S. 56–59.

12 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 179.
13 Zu den verschiedenen Friedensinitiativen während des Krieges, die oft via die Schweiz liefen, vgl. Kennedy, Peace Initiatives.
14 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, Freiherr Musulin an Graf Czernin, 28. August 1917.
15 Vgl. PA AA, Die diplomatische Vertretung der Schweiz im Ausland, Schweiz 55, Bd. 2, R 11391, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 11. Juli 1918; AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 27.1, Brief von G. Romberg an H. Sulzer, 10. September 1918, und beiliegendes Aide-Mémoire mit Notiz von H. Sulzer.
16 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 27.2, M. Huber an H. Sulzer, 16. September 1918. Zu Max Huber vgl. Grossi, Huber, Max, in: HLS.
17 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 175 f.
18 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 185.
19 AfZ, NL Friedrich Oederlin-Ziegler, Sign. 1, Karikatur der «Los Angeles Daily Times».
20 Vgl. Alexander Freiherr Musulin von Gomorje, www.deutsche-biographie.de/sfz67531.html, 21. April 2015.
21 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 941. Zur Sixtus-Affäre ebd., S. 931–941.
22 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 883–887, 899–901. Massgeblich beteiligt an den Gesprächen zwischen der Meinl-Gruppe und George D. Herron war auch der ehemalige Krupp-Direktor Wilhelm Muehlon. Vgl. Benz, Wilhelm Muehlon, S. 18 f.
23 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 184 f.
24 NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 158, Schreiben von P. A. Stovall an Secretary of State, 19. September 1918.
25 Vgl. PA AA, Das diplomatische Korps in Bern, R 11396, Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, 25. Juli 1918, Schreiben von Bethmann Hollweg, 6. August 1918.
26 Dabei handelt es sich um den österreichischen Spitzendiplomaten Friedrich Ritter von Wiesner. Vgl. Schagerl, Im Dienste eines Staates.
27 Vgl. Kessler, Tagebuch, Eintrag vom 11. September 1918, S. 538.
28 HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Freiherr Musulin an Graf Czernin, 11. April 1917.
29 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 32; Pohl, Adolf Müller, S. 193–200; Briggs, George D. Herron, Kap. 4. Für die Originalquellen Hoover Library, Stanford University, Palo Alto (CA), George D. Herron Papers, Vol. I und II.
30 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 179 f.
31 AfZ, NL Friedrich Oederlin-Ziegler, Sign. 4, Notenwechsel zwischen der US-Regierung und der deutschen Regierung betreffend Waffenstillstand im Oktober 1918.
32 Ebd.
33 Zitiert nach Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 180; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 167.
34 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 167; vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 182.
35 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 181 f.
36 Vgl. ebd., S. 183 f.; Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 168.
37 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 168.
38 Vgl. ebd., S. 168 f.
39 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 192 f.
40 Zitiert nach ebd., S. 185.
41 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 170.
42 Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, S. 1025–1050; Rauchensteiner, Österreich-Ungarn, S. 84 f.
43 Vgl. ebd.
44 Vgl. Müller, Ein ostschweizerisches Schlösschen, S. 170–181.
45 Vgl. NL Eduard Egli. Persönliche Unterlagen über Eduard Egli, Revisor der Rheintalischen Banken und Finanzberater der Verwalterin von Schloss-Wartegg, Fräulein Stähelin.
46 Vgl. Müller, Ein ostschweizerisches Schlösschen, S. 238.

47 Im Osten ging der Krieg allerdings im russischen Bürgerkrieg noch jahrelang weiter. Vgl. Sumpf, Russian Civil War.
48 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 170.
49 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11410, Bericht des deutschen Militärattachés Busso von Bismarck vom 8. März 1918.
50 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11410, Bericht des Konsulatsangestellten R. Engelmann vom 4. April 1918.
51 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11411, italienischsprachige Propagandaschriften.
52 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11411, Bericht von Militärattaché Busso von Bismarck an den Chef des Generalstabes des Feldheeres, 16. März 1918.
53 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11411, Bericht an Reichskanzler Maximilian von Baden vom 20. Oktober 1918 und Notiz zum «Zürcher Bombenprozess».
54 Vgl. Fischer-Tiné, The Other Side of Internationalism, S. 221–258; PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11411, Geheimbericht, 24. April 1918.
55 Vgl. PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 1, R 11410, Schreiben des Admiralstabes, 3. Oktober 1917, Chef des Admiralstabes an G. Romberg, 31. Oktober 1917, sowie G. Romberg an Chef des Admiralstabes der Marine, 12. November 1917.
56 Vgl. Rinke, Propaganda War (Latin America).
57 Vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 222–236.
58 Vgl. ebd., S. 229–231.
59 Vgl. ebd., S. 236.
60 Vgl. ebd., S. 254–261.
61 So deckte etwa der Gesandte Musulin die Anstellung des österreichischen Geheimagenten «Gaeta» als Kanzleisekretär des Generalkonsulats in Zürich, und Legationssekretär von Simson unterhielt in den Räumen des deutschen Generalkonsulats einen gut laufenden Spionagebetrieb. Vgl. HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Musulin an Graf Czernin, 12. April 1917, sowie Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 24.
62 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 1, R 11410, G. Romberg an Reichskanzler Graf von Hertling, 22. April 1918.
63 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 1, R 11410, G. Romberg an Reichskanzler Graf von Hertling, 21. März 1918, und G. Romberg an Reichskanzler Graf von Hertling, 22. April 1918.
64 Bereits 1917 kam es zu einem Prozess gegen eine französische Spionagegruppe, die in Chippis einen Anschlag gegen die Lonza-Werke verübt hatte, um die deutsche Versorgung mit Aluminium zu behindern, und in Lausanne wurde ein deutscher Agent mit Sprengstoff überführt, der mit dem deutschen Konsulat in Lugano vernetzt war. In Genf kam es 1918 zudem zur Verhaftung des österreichischen Vizekonsuls in Genf, der der Spionage verdächtigt wurde. Vgl. Elsig, Schrappnells, S. 446; Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 235; HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 58, k. u. k. Generalkonsul in Genf an Graf Czernin, 29. März 1918; HHStA, PA XXVII Schweiz, Akte 57, Musulin an Graf Czernin, 14. März 1917.
65 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 283.
66 Vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 214 f.
67 Vgl. 11. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen, in: Schweizerisches Bundesblatt, Nr. 50, Bd. V, 4. Dezember 1918, S. 320, 320a, 320b; eigene Berechnung mit Daten der Gesamtbevölkerung von 1910 ab 14 Jahren, aus: Historische Statistik Schweiz Online, www.fsw.uzh.ch/hstat/nls_rev/ls_files.php?chapter_var=./b, 27. August 2015.
68 Vgl. Joris/Schumacher, Helfen macht stark, S. 316–335.
69 Für die nachfolgende Schilderung zum Landesstreik siehe Buomberger, Kampfrhetorik, S. 336–364, und Gautschi, Der Landesstreik 1918, vor allem S. 225–340.
70 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, S. 151.
71 Zur Ausweisung der Sowjetmission vgl. Gautschi, Landesstreik, S. 216–224.

72 Vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 171, Schreiben von US-Konsul Ralph F. Chesbrough, 19. November 1918.
73 Zitiert nach Buomberger, Kampfrhetorik, S. 337.
74 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11412, Bericht des deutschen Generalkonsuls von Zürich, 20. November 1918.
75 Vgl. PA AA, Schweiz 49: Allgemeine Angelegenheiten, Bd. 21, R 11348, Bericht des deutschen Generalkonsuls von Basel, 31. Juli 1918. Zur Person von Franz Welti vgl. Degen, Welti, Franz, in: HLS.
76 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 285.
77 Vgl. PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, G. von Romberg ans Auswärtige Amt, 14. November 1918. Zur Vorstellung einer deutsch-bolschewistischen Unterwanderung der Schweiz und der bürgerlichen Abwehr dagegen vgl. auch Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 282–285.
78 NZZ, zweites Abendblatt vom 10. Oktober 1918.
79 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, Bericht ans Kriegsministerium, 14. November 1918.
80 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 22. November 1918.
81 Vgl. Gautschi, Landesstreik 1918, S. 313.
82 Zur Beobachtung der sozialistischen Aktivitäten in der Schweiz durch die Alliierten und den Gerüchten um ein Eingreifen der Alliierten vgl. Gautschi, Landesstreik 1918, S. 331–340; Meier, Friendship under Stress, S. 107 f.; Bonjour, Geschichte der Neutralität, S. 281–292.
83 NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457 1, J. Jusserand an Secretary of State und Bericht von P. Dutasta, 3. November 1918.
84 Vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 186, Bericht von Captain McPherson, 11. November 1918.
85 Vgl. NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457 1, Pleasant A. Stovall an Secretary of State, 4. November 1918.
86 Vgl. Gautschi, Landesstreik, S. 339.
87 NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457 1, Bericht des US-Konsulats in Zürich, 18. November 1918.
88 NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457 1, Bericht des US-Konsulats in Basel, 16. November 1918.
89 Vgl. Archives diplomatiques, Paris, Ministère des Affaires étrangères, 115 CPCOM, Suisse 1918–1929, Politique intérieure, «Action pacifiste et révolutionnaire», Nr. 30 und 31.
90 Carl W. Ackerman; Bolsheviking the Swiss, in: Saturday Evening Post, 25. Mai 1918.
91 Vgl. LoC, Manuscript Division, Carl W. Ackerman Papers, Box 169, Brief des Counsellor for the Department of State an Carl W. Ackerman, 14. Juni 1918.
92 Vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 171, Schreiben von US-Konsul Ralph F. Chesbrough, 30. November 1918, und Schreiben von Sir Horace Rumbold, 2. Dezember 1918; NACP, Record Group 59, Mikrofilm Rolle 1457 1, Bericht von Konsul Philip Holland, 2. März 1918.
93 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 107.
94 NACP, Record Group 59, M 1457 1, P. A. Stovall an Secretary of State, 11. November 1918.
95 NACP, War Trade Board, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Record Group 182, Box 55, Pleasant A. Stovall an War Trade Board, 3. Oktober 1918.
96 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Ms Am 1549, E. Dresel an A. Taylor, 15. August 1918.
97 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Ms Am 1549, E. Dresel an J. C. Grew, American Commission to negotiate Peace, 23. Dezember 1918.
98 NACP, Record Group 63, Box 183, Aufruf von H. Schlieben, H. Ball, E. Bloch und K. L. Krause an Hugo Haase, deutsche und englische Abschrift an V. Whitehouse, um Mitte November 1918.
99 Vgl. PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 12. November 1918, Schreiben eines Mitarbeiters der deutschen Gesandtschaft, 8. November 1918.

100 Vgl. PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, Schreiben von Freiherr von dem Bussche, 14. November 1918.
101 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Ms Am 1549, E. Dresel an J. C. Grew, American Commission to negotiate Peace, 23. Dezember 1918. Siehe auch Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 305 f.; Reinhardt, Der deutsch-schweizerische Eisenhandel, S. 153–155.
102 Vgl. Reinhardt, Der deutsch-schweizerische Eisenhandel, S. 155.
103 Vgl. Houghton Library, Harvard University, Ellis Loring Dresel Papers, Ms Am 1549, E. Dresel an Joseph C. Grew, American Commission to negotiate Peace, 23. Dezember 1918.
104 Vgl. Kessler, Tagebuch, S. 63.
105 Vgl. PA AA, Die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 3, R 11412, Schreiben eines Mitarbeiters der deutschen Gesandtschaft, 8. November 1918.
106 PA AA, Die Gesandtschaft in Bern, R 2153, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1918.
107 Ebd.
108 Müller war in Dresden geboren und seine Mutter war eine gebürtige Dresdnerin. Vgl. Müller, Notiz betreffend meinen Verzicht, S. 337–343; Altermatt, Die Schweizer Bundesräte, S. 273.
109 Es handelt sich um den deutschen Journalisten Hermann Rösemeier, der in der Schweiz im Exil lebte und unter anderem in der «Freien Zeitung» gegen die deutsche Kriegspolitik anschrieb. Vgl. Korol, Dada, Präexil und die Freie Zeitung, S. 284–289; Riesenberger, Deutsche Emigration, S. 139.
110 Vgl. Müller, Notiz betreffend meinen Verzicht, S. 340.
111 Ebd., S. 341.
112 Ebd.
113 Vgl. Altermatt, Schweizer Bundesräte, S. 273.
114 PA AA, Die Gesandtschaft in Bern, R 2153, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1918.
115 Vgl. PA AA, Die Gesandtschaft in Bern, R 2153, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 22. Dezember 1918; PA AA, Die Gesandtschaft in Bern, R 2153, G. Romberg an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1918.
116 Vgl. Pohl, Adolf Müller, S. 269–275.
117 Vgl. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés, S. 343–345.
118 Vgl. Musulin, Haus am Ballhausplatz, S. 310.
119 Vgl. ebd., S. 292 f.; Österreichische Akademie der Wissenschaften, Maurig von Sarnfeld, S. 158.

Kapitel 8

1 Vgl. Somary, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 175–180; Langthaler, Die Grossstadt und ihr Hinterland, S. 5–7.
2 Vgl. Somary, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 177.
3 Ebd.
4 Vgl. Offer, The First World War, S. 386–401.
5 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 10–12; Irwin, Making the World Safe, S. 142 f. Zur Rolle der Food Administration und Herbert Hoover bei der Versorgung Nachkriegseuropas vgl. Shafer, Hoover, Herbert.
6 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 99–102.
7 Für die Details siehe BAR EVD KW Zentrale 1914–1918/1-2, Le Ministre de Suisse à Washington, H. Sulzer, au Chef du Département de l'Economie publique, E. Schulthess, 24. Januar 1919, in: DDS, Bd. 7a, S. 270–281.
8 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 312.
9 Vgl. Sharp, The Paris Peace Conference and its Consequences.
10 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 241.
11 1919 stammten von 1,7 Millionen Tonnen Kohle nur noch rund 400 000 Tonnen aus Deutschland. Beim Eisenimport von 280 000 Tonnen Eisen nur noch rund 84 000 Tonnen aus Deutsch-

land. Vgl. dazu Eidgenössisches Zolldepartement: Statistik des Warenverkehrs der Schweiz mit dem Auslande im Jahre 1919, Bern-Bümpliz 1920, S. 14, S. 195.

12 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 103 f.
13 Vgl. Kury, Über Fremde reden, S. 73–80.
14 Vgl. ebd., S. 93–95.
15 Vgl. Lüpold, Der Ausbau der Festung Schweiz, S. 220 f., 223, 228.
16 Vgl. NZZ, zweites Mittagsblatt, 26. Juli 1917. Eine erste Anpassung im Handelsregister war auf Druck des Dachverbandes der Schweizer Wirtschaft «Vorort» bereits 1916 umgesetzt worden. So durften ausländische Firmen nicht mehr das Prädikat «schweizerisch» im Namen führen. Vgl. Lüpold, Der Ausbau der Festung Schweiz S. 221 f.
17 Vgl. Lüpold, Der Ausbau der Festung Schweiz, S. 222 f.
18 Vgl. ebd., S. 221.
19 Die Reform zog sich allerdings über Jahre hin und wurde erst 1936/37 umgesetzt. Vgl. Rossfeld/Straumann, Wirtschaftskrieg, S. 48; Lüpold, Der Ausbau der Festung Schweiz, S. 264–268.
20 Vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 157, Schreiben von L. Haskell an P. Stovall und Beilage des Official Bulletin of the Belgian Chamber of Commerce, 27. Mai 1918.
21 NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 157, Schreiben von R. Lansing an American Legation, 28. März 1918.
22 Vgl. Uhlig/Barthelmess/König, Tarnung, Transfer, Transit, S. 35–44.
23 Vgl. Rooch, Bewertung des Warenhauses Bahnhofstrasse 75–79, S. 32–34.
24 Vgl. Bundesarchiv Lichterfelde, Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, R 901-4021, Bericht vom 4. Juni 1917.
25 Vgl. Uhlig/Barthelmess/König, Tarnung, Transfer, Transit, S. 38.
26 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, R 901-4021, Schreiben der Th. Bertschinger und Söhne AG an Hauptmann Schmitz, 18. Mai 1916, Johannes Anton Häfliger an Handelsabteilung der Deutschen Gesandtschaft, 30. Mai 1917.
27 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, R 901-4021, Bericht von Adolf von Montgelas, 18. Februar 1918, Aktienprospekt der Kollektivgesellschaft Altherr & Albrecht zur Gründung der Phönix AG, Worb.
28 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, R 901-4021, Bethmann Hollweg an Reichskanzler Georg von Hertling, 6. November 1917.
29 Vgl. Ochsenbein, Verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 306–312.
30 Zum Verwaltungsrat gehörten Mitglieder der Industriellenfamilie Hoffmann-La Roche und der Ostschweizer Unternehmer Hippolyt Saurer. Präsident des Verwaltungsrats des Unternehmens war der Schweizer Gesandte in Washington, Hans Sulzer. Vgl. Archives diplomatiques, Paris, Ministère des Affaires étrangères, 115 CPCOM, Suisse 1918–1929, Blocus, Nr. 25, Schreiben der französischen Botschaft in Bern ans französische Aussenministerium, 19. Dezember 1918; vgl. hierzu auch Jung, Die Winterthur, S. 73–77.
31 Vgl. Archives nationales, Paris, Ministère du commerce, F 12, Nr. 7876, Liste der «Maisons ennemies établis en Suisse» der Surveillance Economique, 3ième Section, 16. Januar 1919.
32 Vgl. die Einträge zu den verschiedenen Firmen in NACP, War Trade Board, Record Group 182, Box 862, Entry 174.
33 Vgl. NACP, War Trade Board, Record Group 182, Box 862, Entry 174, Lewis Heck an Clarence Stetson, 7. September 1918.
34 Vgl. Fischer-Tiné, Auch die Schweiz profitierte.
35 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 140.
36 Vgl. Fischer-Tiné, Auch die Schweiz profitierte.
37 Zum kolonialen Engagement der Schweiz vgl. Zangger, Koloniale Schweiz. Jüngst auch Purtschert/Fischer-Tiné, Colonial Switzerland.
38 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 58 f.
39 Vgl. ebd., S. 140.
40 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 30.1, M. Tremblay an H. Sulzer, 16. Januar 1918.
41 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 30.1, H. Sulzer an Maurice Tremblay, 19. Januar 1918.
42 Vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 105 f.
43 Zitiert nach Hauswirth/Kindhauser/Wanner, 50 Jahre Schweizer Mustermesse, S. 11.

44 Vgl. ebd.
45 Vgl. Kreis, Insel der unsicheren Geborgenheit, S. 105 f.
46 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Auswärtiges Amt, R 901 2172, Schreiben des deutschen Konsulats in Lausanne, 4. November 1918.
47 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 30.1, Henri Heer an Hans Sulzer, 28. November 1918. Zu Henri Heer vgl. Steigmeier, Heer, Henri, in: HLS.
48 PA AA, Beziehungen der Schweiz zu Deutschland, Schweiz 58, Bd. 5, R 11409, Bericht von Hermann von Simson, 31. Oktober 1918.
49 Vgl. ebd.
50 Vgl. Mazbouri/Guex/Lopez, Finanzplatz Schweiz, S. 484 f.; Kellenberger, Theorie und Praxis, S. 152.
51 Ebenso bildeten sich Schutzkomitees für die Balkanländer, die Türkei, Italien und Südamerika. Vgl. Jöhr, Schweizerische Kreditanstalt, S. 295; Kellenberger, Theorie und Praxis, S. 98–100.
52 Vgl. Mazbouri, Finanzplatz Schweiz, S. 483–485.
53 Vgl. Jung, Von der Schweizerischen Kreditanstalt zur Credit Suisse Group, S. 70 f.
54 Vgl. Imwinkelried, Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, S. 315 f., 321, 323.
55 Zitiert nach Imwinkelried, Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, S. 323.
56 Vgl. ebd., S. 323–325.
57 Jöhr, Schweizerische Kreditanstalt, S. 297. Erst mit der Stabilisierung der deutschen Währungsverhältnisse und dem Inkrafttreten des Dawes-Planes ab Mitte der 1920er Jahre wurde Deutschland wieder zu einem bevorzugten Geschäftsfeld der Schweizer Banken. Allerdings endete diese kurze Phase abrupt im Sommer 1931 mit der deutschen Bankenkrise und der damit verbundenen Blockierung der Schweizer Gelder. Loepfe, Geschäfte in spannungsgeladener Zeit, S. 37–41, 72–92; Jöhr, Schweizerische Kreditanstalt, S. 301.
58 Vgl. NACP, Record Group 182, War Trade Board, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 56, Schreiben von P. A. Stovall, 2. September 1917.
59 Vgl. Adank, Eine «Exportfirma par excellence», S. 97 f.
60 Vgl. ebd., S. 103 f.
61 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 29.3.1, Max Bally an Hans Sulzer, 9. August 1918.
62 Vgl. Bally Schuhfabriken, S. 57 f., 70, 76 f.
63 Vgl. Rossfeld/Straumann, S. 54 f.
64 Vgl. Müller, Internationale Verflechtung, S. 358.
65 Vgl. ebd., S. 356 f.
66 Vgl. ebd., S. 354 f.
67 Zu den aussenwirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zum Dritten Reich vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Schlussbericht, S. 181–382.
68 Vgl. Müller, Internationale Verflechtung, S. 353 f.
69 Vgl. NACP, Record Group 63, Box 183, Schreiben von Oscar de Borck über «The United States of America and the Swiss People», unbekanntes Datum (wahrscheinlich September 1918), sowie Prospectus to the Foundation of the Swiss-American Trade Exchange, August 1917.
70 NACP, Record Group 182, War Trade Board, Records of the Executive Office, Executive Country File, 1917–1919, Box 56, Schreiben von Frederick N. Bates über die Ziele der Organisation, unbekanntes Datum.
71 Vgl. Jaun, Management und Arbeiterschaft, S. 108–124.
72 Vgl. ebd., S. 93–96; Balint, Sulzer im Wandel, S. 72 f.
73 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 153.
74 Vgl. AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 29.10.1, Verzeichnis der nach Washington gesandten Dossiers, 11. September 1918.
75 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 27.6, Felix Calonder an Colonel House, 12. Oktober 1918.
76 Ebd.
77 Ebd.
78 Vgl. LoC, American Memory, Wilson's Fourteen Points, http://memory.loc.gov/ammem/collections/rotogravures/rotoevents4.html, 20. Oktober 2015.
79 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 222 f.
80 Moos, Ja zum Völkerbund, S. 17, zitiert nach Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 157.

81 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 27.7, Discours, prononcé par Mr. Calonder, Président de la Confédération Suisse, le 6 juin 1918 au Conseil National.
82 Vgl. Nolan, The Transatlantic Century, S. 66. Wilsons Reden wurden in der Schweiz auch durch Bücher popularisiert. Vgl. etwa Mac Carthy, Der Krieg – der Friede.
83 Vgl. Roget, Les Etats-Unis d'Amérique.
84 NACP, Record Group 63, Box 183, F. Calonder an V. Whitehouse, 27. August 1918, V. Whitehouse an F. Calonder, 29. August 1918.
85 Vgl. Moos, Ja zum Völkerbund, S. 25.
86 Vgl. Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 830 f.
87 Vgl. ebd., S. 834.
88 Vgl. ebd., S. 835.
89 Vgl. ebd., S. 836.
90 Vgl. ebd., S. 839.
91 Vgl. Leonhard, Die Büchse der Pandora, S. 950.
92 Vgl. Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg, S. 840.
93 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 226–228, 257.
94 Gegenüber William Rappard machte er allerdings vor allem die Vorbehalte der übrigen Alliierten geltend. Vgl. BAR E 2001 (B) 1/81*, Le Ministre de Suisse à Washington, H. Sulzer, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, 23. November 1918, in: DDS, Bd. 7, S. 39 f.; vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 106 f.
95 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 111–114; Leonhard, Büchse der Pandora, S. 950 f.
96 Vgl. BAR E 2001 (B) 1/81*, Le Ministre de Suisse à Washington, H. Sulzer, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, 23. November 1918, in: DDS, Bd. 7, S. 39 f.
97 Vgl. Leonhard, Büchse der Pandora, S. 950.
98 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 257.
99 Vgl. Irwin, Making the World Safe, S. 145.
100 Bericht des schweizerischen Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahr 1918, Bd. 64, S. 9.
101 Vgl. BAR E 1004.1*, Bd. 269, Protokoll der 162. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 21. Dezember 1918, www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=70011668&page=1, 5. Oktober 2015.
102 Vgl. BAR E 1004.1*, Bd. 269, Protokoll der 167. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 31. Dezember 1918, www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?ID=70011673, 5. Oktober 2015; Meier, Friendship under Stress, S. 109 f.
103 AfZ, NL Hans Sulzer, Sign. 24.5, Gedenkmedaille. Zu den Planungen diesbezüglich vgl. NACP, Record Group 84, American Legation Berne, Vol. 157, F. Bohr-Lombard an Eugène Demole, August 1918, F. Bohr an P. A. Stovall, 17. August 1918, Hugh R. Wilson an F. Bohr, 21. August 1918.
104 Vgl. BAR E 2001 (B) 1/81*, Le Ministre de Suisse à Washington, H. Sulzer, à la Division des Affaires étrangères du Département politique, 23. November 1918, in: DDS, Bd. 7, S. 39 f.; Meier, Friendship under Stress, S. 114.
105 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 114.
106 Vgl. ebd.
107 Vgl. Moos, Ja zum Völkerbund, S. 25.
108 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 255 f.
109 Vgl. Moos, Ja zum Völkerbund, S. 25.
110 Allerdings wurden zugleich die Neutralität von Nordsavoyen und die diesbezüglichen Sonderrechte der Schweiz aufgehoben. In der Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920 wurde die schweizerische Neutralität in ihrer «differenziellen Form» noch einmal bestätigt. Die Schweiz hatte somit nur die Pflicht, an wirtschaftlichen, nicht aber an militärischen Sanktionen des Völkerbundes teilzunehmen. Vgl. Moos, Ja zum Völkerbund, S. 26, 27; Leonhard, Büchse der Pandora, S. 951. Zum exakten Wortlaut von Artikel 435 vgl. Yale Law School, Lillian Goldman Law Library, The Versailles Treaty June 28, 1919, Part XV, Article 435, http://avalon.law.yale.edu/imt/partxv.asp, 5. Oktober 2015.
111 Vgl. Meier, Friendship under Stress, S. 115–117.
112 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 67, 68. Zur Schweiz als Standort internationaler Organisationen vgl. Herren/Zala, Netzwerk Aussenpolitik; Herren, Hintertüren zur Macht.

113 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 156–158; Moos, Ja zum Völkerbund, S. 27.
114 Vgl. Volksabstimmung vom 16. Mai 1920, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19200516, 5. Oktober 2015.
115 Vgl. Moos, Ja zum Völkerbund, S. 58–60.
116 Zitiert aus Moos, Ja zum Völkerbund, S. 55 f.
117 Zitiert aus ebd., S. 60.
118 Vgl. Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 299.
119 Aufruf des Vorarlberger Werbeausschusses für den Anschluss an die Schweiz: «Wie stimmen wir am Sonntag in der Anschlussfrage? Mit Ja.» Abgedruckt in Böhler, Die schweizerische Wirtschaftshilfe an Vorarlberg, S. 47.
120 Ebd.
121 Ebd.
122 Zu den politischen Diskussionen rund um die Anschlussfrage vgl. Zaugg-Prato, Die Schweiz, die Vorarlberg-Frage; Steininger, Die Anschlussbestrebungen Deutschösterreichs.
123 Vgl. Meier, Liechtenstein sucht Zuflucht im Schweizer Franken; Quaderer, Liechtenstein (Fürstentum), in: HLS.
124 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 158 f.
125 Vgl. Moos, Schweizer Neutralität(en), S. 232.
126 Nolan, Transatlantic Century, S. 75.

Kapitel 9

1 Offer, An Agrarian Interpretation.
2 Moos, Ja zum Völkerbund, S. 87.
3 Vgl. Tanner, Die Schweiz im Grossen Krieg, S. 8.
4 Kruizinga, Neutrality, S. 575. Zur «Decline»-These siehe Ørvik, The Decline of Neutrality.
5 Rede von Carl Spitteler, 14. Dezember 1914, Zunfthaus zur Zimmerleuten Zürich, in: Münger, Reden, die Geschichte schrieben, S. 42; Baer, Die schweizerischen Kriegsverordnungen, S. 15.
6 Zu den verschiedenen Definitionen und Konnotationen des Begriffs im Kontext des Ersten Weltkriegs vgl. Moos, Schweizer Neutralität(en). Zu beachten ist, dass die spätere Unterscheidung in «differenzielle» und «integrale» Neutralität in der Vorkriegsära noch nicht vorgenommen wurde, wie etwa der Eintrag von Altbundesrat Emil Frey im «Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft» zeigt. Vgl. Frey, Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, S. 195–198.
7 Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 985.
8 Zu den einzelnen Abkommen vgl. Bailey, The Policy of the United States.
9 Vgl. Kruizinga, Government by Committee, S. 99.
10 Ferguson, The Pity of War, S. XXIV.
11 Vgl. Qvarnström, Sweden; Frey, Der Erste Weltkrieg und die Niederlande, S. 282–292; Ponce, Spain.
12 Vgl. Tooze, The Deluge, S. 28 f.
13 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 272.
14 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Schlussbericht, S. 83, 530.
15 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 305.
16 Vgl. dazu Goertz, Geschichte – Erfahrung und Wissenschaft, S. 19–46.
17 Vgl. Hirschfeld, Der Erste Weltkrieg, S. 3.
18 Vgl. Tribelhorn, Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt. Zur strittigen Rolle Pilet-Golaz' siehe auch Wylie, Pilet-Golaz and the making of Swiss foreign policy, S. 608–620.
19 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 281.
20 Vgl. Loepfe, Geschäfte in spannungsgeladener Zeit, S. 423 f.
21 Vgl. Tanner, Geschichte der Schweiz, S. 295; Loepfe, Geschäfte in spannungsgeladener Zeit, S. 569 f.; Kreis, Kleinstaat ohne Freunde.
22 Vgl. Stamm, Der «grosse Stucki», S. 36–51.

14 Quellen und Literatur

14.1 Ungedruckte Quellen

Staatliche Akten

Bundesarchiv, Bern
Bundesrat Geheimprotokolle (E 1005*)
Schweizerische Vertretung Washington (E 2200.36-05*)

Auswärtiges Amt, Berlin
Akten zur Schweiz und Akten zu Deutschland (Schweiz 49–62, Deutschland 127, 135)

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde
Akten der Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums

Hof-, Haus- und Staatsarchiv, Wien
Akten der k. u. k. Gesandtschaft Bern
Privatschreiben von Freiherr von Musulin
Akten des Ministeriums des Äussern bezüglich der Schweiz (Nr. 27)
Administrative Akten bezüglich Handelsverträgen mit der Schweiz (F 37, Akte 185 und 186)

Archives nationales, Pierrefitte-sur-Seine
Akten zum Aussenhandel der Schweiz (F 12, F 23)

Archives diplomatiques, Paris
Akten zur wirtschaftlichen und politischen Lage der Schweiz (115CPCOM)

National Archives at College Park, Maryland
Akten des State Department (Record Group 59)
Public Committee on Information (Record Group 63)
US-Legation in Bern (Record Group 84)
Military Intelligence Division (Record Group 165)
War Trade Board (Record Group 182)

Hoover Institution Archives, Stanford University, Palo Alto (CA)
US-Food Administration

Nachlässe

Library of Congress, Washington, D. C.
Carl W. Ackerman Papers
Henry Louis Mencken Papers

Schlesinger Library on the History of Women in America, Harvard University, Cambridge (MA)
Vira B. Whitehouse Papers

Houghton Library, Harvard University, Cambridge (MA)
Ellis Loring Dresel Papers

Hoover Institution Archives, Stanford University, Palo Alto (CA)
George D. Herron Papers
William Martin Papers
Alonzo E. Taylor Papers

Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich
NL Hans Sulzer
NL Friedrich Oederlin
NL Margrit Rebsamen
NL Adolf Müller

Private Nachlässe im jeweiligen Familienbesitz und Auskünfte
NL Arthur Eugster
NL John Syz
NL Eduard Egli

Gespräch mit Alfred R. Sulzer, Enkel von Hans Sulzer, im Oktober 2013 in Zürich

14.2 Zeitungen und Zeitschriften

Berner Intelligenzblatt
Boston Daily Globe
Christian Science Monitor
Der Bund
Detroit Free Press
Neue Zürcher Zeitung
Le Démocrate
Los Angeles Times
Mars. Illustriertes Wochenblatt

New York Sun
New York Times
Washington Post

14.3 Elektronische Quellen

Ausstellung 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, www.ersterweltkrieg.ch, 8. Februar 2016.
Bundesamt für Statistik, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index.html.
Bundesamt für Statistik. Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz – Bericht 2008, Historische Darstellung, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ/ausl/presentation.Document.116845.pdf, 9. April 2015.
Escher, Felix: Ravené, in: Neue Deutsche Bibliographie 21, 2003, S. 220, www.deutsche-biographie.de/pnd13900193X.html, 20. Juli 2015.
Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Universität Zürich. Projektbeschrieb. Schweiz im Ersten Weltkrieg, www.fsw.uzh.ch/personenaz/tanner/aktuell/schweizweltkrieg1/teilprojekte.html, 2. Februar 2016.
Harold F. McCormick Collection of Aeronautica 1780–1940 (bulk 1910–1920), in: Princeton University Library, Finding Aid, Biography/History, S. 3, http://findingaids.princeton.edu/collections/C0496.pdf, 6. Juli 2015.
Historische Statistik der Schweiz, www.histecon.uzh.ch/hsso.html.
Hotel Schweizerhof: Geschichte – seit mehr als 150 Jahren ein Begriff, http://de.schweizerhof-bern.ch/hotel/geschichte/geschichte, 23. Juli 2015.
H-Soz-Kult, World-Counter Revolutions: 1917–1920. From a Global Perspective. Call for Poster Session Proposals, 9. Juni 2016 bis 11. Juni 2016, Hannover, www.hsozkult.de/event/id/termine-29438, 20. Januar 2016.
Informationen zu U-155 und Kapitän Erich Eckelmann, www.uboat.net/wwi/men/commanders/58.html, 26. Juni 2015 und www.handels-u-boote.de/Tech__Daten/tech__daten.html, 26. Juni 2015.
Informationen zum Schiff «Manuel Calvo», www.buques.org/Navieras/Trasatlantica/Trasatlantica-2_E.htm, 16. Dezember 2014.
Landesindex der Konsumentenpreise. LIK-Teuerungsrechner, www.portal-stat.admin.ch/lik_rechner/d/lik_rechner.htm, 25. April 2015.
Library of Congress. American Memory. Wilsons Fourteen Points, http://memory.loc.gov/ammem/collections/rotogravures/rotoevents4.html, 20. Oktober 2015.
Mountjoy, Eileen: Iselin Family, in: Indiana University of Pennsylvania. IUP Libraries, www.iup.edu/page.aspx?id=86154, 29. Juni 2015.
Originalfilm des Besuchs Kaiser Wilhelms II. in der Schweiz, 1912, www.youtube.com/watch?v=k1i-TfP_b84, 11. September 2015.
Royal Netherlands Historical Society (KNHG) 2015 Annual Conference: Neutrals at War, 1914–1918. Comparative and transnational perspectives, 20. November 2015, www.huizingainstituut.nl/knhg-conference-neutrals-at-war-1914-1918, 20. Januar 2016.
Schmid-Fehr, Elisabeth: Tagebucheintrag vom 9. Februar 1917, in: Der Blog zur Ausstellung «14/18- Die Schweiz und der Grosse Krieg», http://baselersterweltkrieg.

com/2014/11/22/1-2-1917-u-boot-krieg-und-versorgungsschwierigkeiten, 28. April 2015.
Schweizerisches Bundesarchiv, Amtsdruckschriften, www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/start.do.
Swiss Consulate in New York: History of the Swiss in New York, http://swisscgny.tumblr.com/History, 29. Juni 2015.
United Nations Human Rights. Office of the High Commissioner for Human Rights: Headquarters, www.ohchr.org/EN/AboutUs/Pages/Headquarters.aspx, 2. November 2015.
Volksabstimmung vom 16. Mai 1920, www.admin.ch/ch/d/pore/va/19200516, 5. Oktober 2015.
Yale Law School, Lillian Goldman Law Library: The Versailles Treaty June 28, 1919, Part XV, Article 435, http://avalon.law.yale.edu/imt/partxv.asp, 5. Oktober 2015.

14.4 Gedruckte Quellen und Literatur mit Quellencharakter

Baer, Fritz: Die schweizerischen Kriegs-Verordnungen, Bd. 3, Zürich 1918.
Beschäftigung der Internierten, Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz: Monatsschrift des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Heft 9, 1916, S. 111–113.
Calonder, Felix: Die allgemeine Lage des Landes. Rede am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag vom 24. November 1917, Bern 1918.
Comité international de la Croix-Rouge: Nomination de M. le Professeur William Rappard comme membre du Comité international, in: Comité international de la Croix-Rouge, Circulaire Nr. 168, 16. Juni 1917.
Committee on Public Information, United States of America (Hg.): Die Reden Präsident Wilsons. Englisch und deutsch, Bern 1919.
Committee on Public Information, United States of America (Hg.): Präsident Wilson und die Liga der Nationen. Aus den Botschaften des Präsidenten. 1. Februar 1916 bis 4. Juli 1918, Bern 1919.
Committee on Public Information, United States of America (Hg.): Die deutsch-bolschewistische Verschwörung. 70 Dokumente über die Beziehungen der Bolschewiki zur deutschen Heeresleitung, Grossindustrie und Finanz, Bern 1919.
Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 6 (1914–1918), 7/1 (1918/19) und 7/2 (1919/20).
Eidgenössisches Statistisches Bureau: Statistische Jahrbücher der Schweiz 1917, 1918.
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (Hg.): Die Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements 1917–1919, Bd. I, Bern 1919. Frey, Emil: Neutralität, in: Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft. Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 3, Bern 1903–1911, S. 195–198.
Eidgenössisches Zolldepartement, Handelsstatistik Schweiz. Jahresbericht 1918, Bern 1919.
Eidgenössisches Zolldepartement: Statistik des Warenverkehrs der Schweiz mit dem Auslande im Jahre 1919, Bern-Bümpliz 1920.
Fueter, Eduard: Geschichte der neuen Historiographie, München, Berlin 1911.
Gross, Paul: Le ravitaillement de la Suisse, in: Revue d'économie politique, Jg. 31, 1917.

Häberlin, Hermann: abgedruckte Rede, in: Die Schweiz und der Weltkrieg. Vier Reden in der Versammlung der Schweizerischen Friedensgesellschaft, Zürich 1918.
Hescheler, Karl, Marie Kühl: Nekrolog von Dr. Herbert Haviland Field. Direktor des Concilium bibliographicum in Zürich, 1868–1921, Zürich 1921.
H. M. Stationary Office: First Report of the Royal Commission on Wheat Supply, London 1921.
Jöhr, Adolf: Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall, Zürich 1912.
Keynes, John Maynard: The Economic Consequences of the Peace, New York 1920.
König, Paul: Die Fahrt der Deutschland. Das erste Untersee-Frachtschiff, New York 1916.
Mac Carthy, T. H.: Der Krieg – der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden. Vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918, Zürich 1918.
Maddison, Angus: Monitoring the World Economy 1820–1992, Paris 1995.
Musulin, Freiherr von: Das Haus am Ballhausplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, München 1924.
Müller, Eduard: Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919, in: Schweizerische Monatshefte, Jg. 1, Heft 8, 1921, S. 339–343.
Oederlin, Friedrich: Erinnerungen, Winterthur 1936.
Oeri, Albert: Aus Amerika, Basel 1919.
Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Karl Franz Josef, Kaiser von Österreich, König von Ungarn, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1950–1815, Bd. 3, Wien 1963, S. 238.
Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Maurig von Sarnfeld, Ernst, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1950–1815, Bd. 6, Wien 1974, S. 158.
Rappard, William: Switzerland and the American Food Supply, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 74, 1917, S. 70.
Rappard, William: La Mission Suisse aux Etats-Unis, Genève 1918.
Report of the War Trade Board, Washington, D. C. 1920.
Roget, François-Frédéric: Les Etats-Unis d’Amérique et la Confédération suisse, Genève 1918.
Schürch, Ernst: Aus der neuen Welt. Mit der schweizerischen Pressemission in Amerika, Bern 1919.
Schwarzenbach, Robert J. F.: Schwarzenbach Enterprises with particular reference to Schwarzenbach, Huber & Co. and the Schwarzenbach Huber and Co., New York 1918.
Schweizerischer Bankverein, Rückschau über Handel und Industrie 1914–1918, Basel 1919.
Schweizerisches Bundesblatt 1914–1918.
Schweizerisches Finanzjahrbuch 1917, 1918.
Das Schweizerische Transportamt, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 10, 1917, S. 81.
Société Suisse de Surveillance Economique 1915–1919. Tableau de son activité, Bern 1920.
Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1914–1918.
Strub, Edwin: Im Weltkriege nach Amerika. Eindrücke eines Schweizer Journalisten, Basel 1919.

Strupp, Karl: Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und die Neutralen, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 10, 1917.
Swanson, Arthur E.: The Statistical Work of the War Trade Board, in: Publications of the American Statistical Association 16, Nr. 125, 1919, S. 261–274.
Swiss Internment of Prisoners of War. An Experiment in International Humane Legislation and Administration. Bulletin of Social Legislation and Administration, in: Lindsay S. McCune (Hg.): Bulletin of Social Legislation 5, New York 1917, Preface, o. S.
The Harvester World, Bd. 9, Nr. 1, Chicago, Januar 1918.
The World's Food, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 74, 1917, S. 1–4.
Whitehouse, Vira: A Year as a Government Agent, New York, London, 1920.
Wilson, Hugh R.: Lehrjahre eines Diplomaten, Stuttgart 1938.
Wirtschaftliche, politische und kulturelle Expansionsbestrebungen der Staaten und Völker, einschliesslich Kolonialpolitik XII, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Nr. 14, 1919, o. S.
Worcester, Alfred: American Red Cross Service in Switzerland 1918–1919, Boston 1925.
The Work of the American Red Cross During the War. A Statement of finances and accomplishments for the period July I, 1917 to February 28, 1919, Washington, D. C.: American Red Cross, 1919, S. 76 f.

14.5 Sekundärliteratur

Adank, Florian: Eine «Exportfirma par excellence». Die Sulzer Unternehmungen AG in Winterthur 1914–1945, in: Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 89–116.
Altermatt, Urs (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon, Freiburg 1992.
Altermatt, Claude: On Special Mission: Switzerland and its Diplomatic System, in: Markus Mösslang, Torsten Riotte: The Diplomat's World. A Cultural History of Diplomacy 1815–1914, Oxford 2008, S. 317–344.
Auderset, Juri, Peter Moser: Krisenerfahrungen, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien. Die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitische «Lehrmeisterin», in: Thomas David et al. (Hg.): Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 27, 2014, S. 133–150.
Badsey, Stephen: Propaganda. Media in War Politics, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/propaganda_media_in_war_politics, 30. Juli 2015.
Bailey, Thomas A.: The Policy of the United States toward the Neutrals 1917–1918, Baltimore 1942.
Bálint, Anna: Sulzer im Wandel. Innovation aus Tradition, Baden 2015.
Bally Schuhfabriken AG: Bally 1851–1951, Zürich 1951.

Bartelson, Jens: Three Concepts of Globalization, in: International Sociology, Bd. 15, 2, 2000, S. 180–196.
Baumann, Werner, Peter Moser: Getreidebau, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13936.php, 25. April 2015.
Behrens, Nicola: Der Erste Weltkrieg und seine Folgen, in: 125 Jahre Sozialdemokratische Partei. Einig – aber nicht einheitlich, Zürich 2013, S. 106–151.
Benz, Wolfgang: Wilhelm Muehlon. Ein Fremder im eigenen Land. Erinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen eines Krupp-Direktors 1908–1914, Bremen 1989.
Bell Clark, William: When the U-Boats Came to America, Boston 1929.
Bigger, Andreas: Sarasin, Alfred, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41280.php, 8. Juni 2015.
Blankart, Charles: Die Devisenpolitik der Schweiz während des Weltkrieges, Zürich 1919.
Böhler, Ingrid: Die schweizerische Wirtschaftshilfe an Vorarlberg 1918–1921, in: Arbeitskreis für Regionale Geschichte (Hg.): «Eidgenossen helft euren Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Feldkirch 1990, S. 41–54.
Bodenmann, Hermann: Der Exporthandel der Schweiz während des Krieges, Bern 1920/21.
Bondallaz, Patrick: De la charité populaire à la diplomatie humanitaire: l'exemple des secours suisses en faveur de la Serbie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63, 2013, S. 405–427.
Bonjour, Edgar: Geschichte der Schweizer Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bd. 2, Basel 1970.
Bordo, Michael, James Harold: Die Nationalbank 1907–1946. Glückliche Kindheit oder schwierige Jugend?, in: Die Schweizerische Nationalbank 1907–2007, Zürich 2007.
Böschenstein, Hermann: Bundesrat und General im Ersten Weltkrieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 10, Heft 4, 1960, S. 515–532.
Böschenstein, Hermann: Bundesrat Schulthess. Krieg und Krisen, Bern 1966.
Briggs, Mitchell: George D. Herron and the European Settlement, Stanford (CA) 1932.
Broadberry, Stephen, Mark Harrison: The Economics of World War I: an overview, in: dies. (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 1–40.
Broadberry, Stephen, Peter Howlett: The United Kingdom during World War I: business as usual?, in: Stephen Broadberry, Mark Harrison (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 206–235.
Brown, Ian M.: Transportation and Logistics, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/transportation_and_logistics, 9. September 2015.
Brugger, Hans: Die schweizerische Landwirtschaft 1850 bis 1914, Frauenfeld 1978.
Bühler, Theodor: Robert Haab, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4639.php, 15. Juli 2015.
Bullock, Charles J., John H. Williams, Rufus S. Tucker: The History of our Foreign Trade Balance During the Great War, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. 1, Nr. 3, 1919, S. 234–252.
Buomberger, Thomas: Kampfrhetorik, Revolutionsangst und Bürgerwehren. Der Lan-

desstreik vom November 1918, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Zürich 2014, S. 336–364.

Bürgi, Markus: Greulich, Herman, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3738.php, 11. Mai 2015.

Bürgi, Markus: Platten, Fritz, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3676.php, 7. Mai 2015.

Bürgisser, Thomas: Menschlichkeit aus Staatsräson. Die Internierung ausländischer Kriegsgefangener in der Schweiz im Ersten Weltkrieg, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 266–289.

Burk, Kathleen: Britain, America and the Sinews of War 1914–1918, Boston 1985.

Caglioti, Daniela L.: Property Rights and Economic Nationalism, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/property_rights_and_economic_nationalism, 1. Juni 2015.

Charrière, Michel: Cailler, Alexandre, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3912.php, 27. Mai 2015.

Chernow, Ron: The House of Morgan. An American Banking Dynasty and the Rise of Modern Finance, New York 1990.

Chickering, Roger, Stig Förster: Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front 1914–18, Washington, D. C. 2000.

Civelli, Ignaz: Heldenschwert in reinen Händen? Wahrnehmung und Darstellung der Konflikt- und Kriegsparteien in der bürgerlichen Zuger Presse 1912–1918, in: Tugium 30, 2014, S. 143–184.

Clark, Christopher: The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914, New York 2013.

Coffman, Edward M.: The War to End all Wars. The American Military Experience in World War I, New York 1968.

Connelly, Mark: Never Such Innocence Again. Grossbritannien und das Jahr 1914, in: Politik und Zeitgeschichte, B 29–30, 2004, S. 13–20.

Conze, Eckart: Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: ders., Ulrich Lappenküper, Guido Müller: Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln, Weimar, Wien 2004, S. 15–45.

Corni, Gustavo: Occupation during the War, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/occupation_during_the_war.

Cotter, Cedric, Irène Hermann: Hilfe zum Selbstschutz. Die Schweiz und ihre humanitären Werke, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Zürich 2014, S. 240–265.

Dahlmann, Dittmar: Russland, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009.

Degen, Bernard: Welti, Franz, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/index.php, 31. August 2015.

Dejung, Christof: Welthandelshaus und «Swiss Firm». Die Firma Gebrüder Volkart während des Ersten Weltkrieges, in: Valentin Groebner, Sébastien Guex, Jakob

Tanner (Hg.): Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 23), Zürich 2008, S. 117–133.

Dejung, Christof, Andreas Zangger: British wartime protectionism and Swiss trading companies in Asia during the First World War, in: Past and Present Society, Nr. 207, 2010, S. 181–213.

Dejung, Christof: Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851–1999, Köln 2013.

Driscoll, Daniel: Anglo-Swiss Relations 1914–1918 with special reference to the Allied Blockade of the Central Powers, London 1968.

Dutrône, Christophe: Paris Guns, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/paris_guns, 17. Juli 2015.

Eberle, Armin: «… der Kaiser kommt!» Zum Schweizerbesuch Wilhelms II. im September 1912, Kirchberg 2012.

Ehrbar, Hans Rudolf: Schweizerische Militärpolitik im Ersten Weltkrieg. Die militärischen Beziehungen zu Frankreich vor dem Hintergrund der schweizerischen Aussen- und Wirtschaftspolitik 1914–1918, Bern 1976.

Elsig, Alexandre: Les Schrapnells du mensonge. La Suisse face à la propagande allemande de la Grande Guerre, unveröffentlichte Dissertation, Universität Freiburg 2014.

Elsig, Alexandre: Zwischen Zwietracht und Eintracht. Propaganda als Bewährungsprobe für die nationale Kohäsion, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 72–102.

Erb, Rudolf: Die Stellungnahme der schweizerischen Grossbanken zu den bank- und währungspolitischen Problemen der Kriegs- und Nachkriegszeit, Zürich 1931.

Erne, Emil: Neue Helvetische Gesellschaft, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16430.php, 14. Juli 2015.

Fahlbusch, Michael, Dominik Siegrist, Hans-Dietrich Schultz (Hg.): Geographie und Nationalsozialismus. 3 Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz, Kassel 1989.

Fehr, Sandro: Die «Stickstofffrage» in der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs und die Rolle der neutralen Schweiz (Berner Forschungen zur Neuesten Allgemeinen und Schweizer Geschichte, Bd. 8), Nordhausen 2009.

Feitknecht, Thomas: Hesses Verleger und Freund: Wilhelm Stämpfli, Bern 2012.

Feldenkirchen, Wilfried: Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz von 1914 bis 1945, in: Sébastien Guex (Hg.): La Suisse et les Grandes puissances 1914–1945, Genève 1999, S. 237–265.

Ferguson, Niall: The Pity of War. Explaining World War I, New York 1999.

Fischer-Tiné, Harald: Auch die Schweiz profitierte von den Kolonien, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. Dezember 2014.

Fischer-Tiné, Harald: The Other Side of Internationalism. Switzerland as a Hub of Militant Anti-Colonialism (c. 1910–1920), in: Patricia Purtschert, Harald Fischer-Tiné (Hg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 221–258.

Floris, Joel: The Biological Standard of Living in Zurich in World War I, Working Paper, Universität Zürich 2016.

Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: dies., Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main, New York 2005.
Frey, Marc: Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner, Berlin 1998.
Frey, Marc: The Neutrals and World War One, in: Forsvarsstudier 3, 2000, S. 1–39.
Fuchs, Thomas: Eugster, Arthur, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4143.php, 24. März 2015.
Fuhrer, Hans Rudolf: Die Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg. Bedrohung, Landesverteidigung und Landesbefestigung, Zürich 2001.
Fuhrer, Hans Rudolf, Paul Meinrad Strässle: General Ulrich Wille, Zürich 2003.
Gassert, Philipp: Transnationale Geschichte, in: Frank Bösch, Jürgen Danyel (Hg.): Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 445–462.
Gautschi, Willi: Lenin als Emigrant in Zürich, Zürich 1975.
Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918, Zürich 1988.
Geary, Dick: Arbeiter, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 142–153.
Geering, Traugott: Die Zahlungsbilanz der Schweiz vor und seit dem Kriege, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Jg. 56, 1920, S. 98–136.
Geering, Traugott: Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges, Bd. 3, Basel 1928.
Geier, Martin H.: Grenzüberschreitungen. Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Stefan Kaufmann, Niels Weber, Lars Koch (Hg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart 2014, S. 341–384.
Gerster, Hans: Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz, Binningen 1921.
Geschichte der Stämpfli AG, www.staempfliverlag.com/ueber-uns/ueber-uns/geschichte?CSPCHD=000001000000046dq8bmrQi00008VPZTv2auWHtA3f2N7z8lg--, 20. Dezember 2014.
Geschichte des Hotel Meurice, http://palacehotelsoftheworld.com/hotelmeurice, 10. Juni 2015.
Glant, Tibor: Against All Odds: Vira B. Whitehouse and Rosika Schwimmer in Switzerland 1918, in: American Studies International, Bd. 40, Nr. 1, 2002, S. 34–51.
Glastetter, Werner: Aussenwirtschaftspolitik. Problemorientierte Einführung, München 1998.
Goertz, Hans-Jürgen: Geschichte – Erfahrung und Wissenschaft. Zugänge zum historischen Erkenntnisprozess, in: ders. (Hg.): Geschichte. Ein Grundkurs, Hamburg 1998.
Grossi, Verdiana: Huber, Max, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D15770.php, 20. August 2015.
Gruner, Erich: Die Wahlen in den Schweizerischen Nationalrat 1848–1919, Bern 1978.
Guex, Sébastien: Introduction, in: ders. (Hg.): La Suisse et les Grandes puissances 1914–1945. Relations économiques avec les Etats-Unis, la Grande-Bretagne, l'Allemange et la France, Genève 1999.
Gysin, Roland: Sanitätsfestung Schweiz. Über das Erheben der Stimme der Menschlichkeit. Internierte fremde Militärpersonen in der Schweiz 1916–1919, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, Zürich 1993.

Halbeisen, Patrick, Roman Lechner: Politik im Föderalismus. Die Rolle der Finanzen in der schweizerischen Bundespolitik von 1848–1913, in: Andreas Ernst et al. (Hg.): Kontinuität und Krise. Sozialer Wandel als Lernprozess, Zürich 1994, S. 33–50.
Halbeisen, Patrick, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012.
Hänggi, Karl: Die deutsche Propaganda in der Schweizer Presse, Bern 1918.
Harouel, Véronique: Histoire de la Croix-Rouge, Paris 1999.
Härri, Marianne: Syz, John, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3712.php, 18. Dezember 2014.
Haupt, Heinz-Gerhard: Historische Politikforschung: Praxis und Probleme, in: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main, New York 2005, S. 304–313.
Haus der Geschichte Baden-Württemberg: Mathias Erzberger. Ein Demokrat in Zeiten des Hasses, Karlsruhe 2013.
Hauser, Benedikt: Im Auftrag Woodrow Wilsons in der Schweiz: Vira B. Whitehouses Einsatz in Bern, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 58, Heft 2, 2008, S. 221–228.
Hauswirth, H., E. Kindhauser, G. A. Wanner et al. (Hg.): 50 Jahre Schweizer Mustermesse, Basel 1966.
Hautcoeur, Pierre-Cyrille: Was the Great War a watershed? The Economics of World War I in France, in: Stephen Broadberry, Mark Harrison (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 169–206.
Head-König, Anne-Lise: Auswanderung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7988.php, 9. Juni 2015.
Heim, Peter: Bally, Iwan, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3035.php, 2. Juli 2015.
Heim, Peter: Bally, Max, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D47765.php, 14. September 2015.
Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Hermann, Irène: Ador, Gustave, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/ador_gustave, 8. September 2015.
Herren, Madeleine: Money is the Great Instrument of Association. L'Union Monétaire Latine, la guerre et la Suisse, in: Relations internationales 99, 1999, S. 269–288.
Herren, Madeleine: Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Aussenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 9), München 2000.
Herren, Madeleine, Sacha Zala: Netzwerk Aussenpolitik. Internationale Organisationen und Kongresse als Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik 1914–1950, Zürich 2002.
Hirschfeld, Gerhard: Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: Politik und Zeitgeschichte, B 29–30, 2004, S. 3–12.
Hirschfeld, Gerhard, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009.
Historisches Lexikon der Schweiz (Hg.): Rappard, William, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6538.php, 19. Dezember 2015.

Hobsbawm, Eric: Age of Extremes. The Short 20th Century. 1914–1918, London 1994.
Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2009.
Holenstein, Dieter: Extreme gesellschaftliche Polarisierung: Wirtschaftlich-soziale Entwicklung und Landesstreik, in: Neujahrsblatt des Historischen Vereins St. Gallen: 1914–1918/19. Die Ostschweiz und der Grosse Krieg, Nr. 154, St. Gallen 2014, S. 156–169.
Horn, Martin: A Private Bank at War: J&P Morgan and Co. and France, 1914–1918, in: The Business History Review 74, 2000, S. 85–112.
Huber, Anja: Internierung, unveröffentlichtes Working Paper zur Sinergia-Tagung vom 5. Juni 2015, Universität Genf.
Hürlimann, Katja: Jöhr, Adolf, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D46271.php, 20. April 2015.
Hürlimann, Katja: Stehli, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D25142.php, 18. Dezember 2014.
Imwinkelried, Daniel: Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Schweizer Banken zur deutschen Industrie: Die schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie (Indelec) und der Siemens-Konzern, in: Sébastien Guex (Hg.): La Suisse et les Grandes puissances 1914–1945. Relations économiques avec les Etats-Unis, la Grande-Bretagne, l'Allemagne et la France, Genf 1999, S. 301–325.
Inglin, Thomas: Die «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft, 1907–1925, in: Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Wirtschaftskrieg, Zürich 2008, S. 465–493.
Iriye, Akire: Global and Transnational History: The Past, Present, and Future, New York 2012.
Irwin, Julia F.: Making the World Safe. The American Red Cross and a Nation's Humanitarian Awakening, Oxford 2013.
Janz, Oliver: Einführung. Der erste Weltkrieg in globaler Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 2, 2014, S. 147–159.
Jaun, Rudolf: Management und Arbeiterschaft. Verwissenschaftlichung, Amerikanisierung und Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Schweiz 1873–1959, Zürich 1986.
Jaun, Rudolf: Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle, Zürich 1999.
Jeismann, Michael: Propaganda, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 198–209.
Jöhr, Walter Adolf: Schweizerische Kreditanstalt 1856–1956. Hundert Jahre im Dienste der schweizerischen Volkswirtschaft, Zürich 1956.
Jong, Herman de: Between the devil and the deep blue sea: the Dutch economy during World War I, in: Stephen Broadberry, Mark Harrison (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 137–169.
Joris, Elisabeth, Beatrice Schumacher: Helfen macht stark. Dynamik im Wechselspiel von privater Fürsorge und staatlichem Sozialwesen, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Zürich 2014, S. 316–335.
Jost, Hans Ulrich: Bedrohung und Enge (1914–1945), in: Ulrich Im Hof et al.: Ge-

schichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3, Basel, Frankfurt am Main, S. 101–177.

Jung, Joseph: Von der Schweizerischen Kreditanstalt zur Credit Suisse Group. Eine Bankengeschichte, Zürich 2000.

Jung, Joseph: Die Winterthur. Eine Versicherungsgeschichte, Zürich 2000.

Käppeli, Josef, Max Riesen: Die Lebensmittelversorgung der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges von 1914–1922, Bern 1925.

Kellenberger, Eduard: Theorie und Praxis des schweizerischen Geld-, Bank- und Börsenwesens seit Ausbruch des Weltkrieges 1914–1918. Kapitalexport und Zahlungsbilanz, 2. Heft, Bd. 1, Bern 1939.

Keller, Peter, Markus Somm, Jürg Stüssi-Lauterburg: Die Schweizer Schlachten, in: Die Weltwoche. Sonderheft: Von Morgarten bis zum Zweiten Weltkrieg, März 2015, 83. Jg.

Kemter, Max: Das Verhalten der Schweiz zu Deutschland während des Weltkrieges, Borna-Leipzig 1939.

Kennedy, Ross: Peace Initiatives, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/peace_initiatives, 8. September 2015.

Kerkhof, Stefanie van de: Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, in: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka, Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 20), München 2010, S. 106–134.

Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch, Bd. 6, 1916–1918, hg. von Gerhard Riederer, Stuttgart 2006.

Knoepfli, Adrian: Heisse Tage in Winterthur. Hans Sulzer und Ferdinand Aeschbacher. Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär, in: Elisabeth Joris, Bruno Meier, Martin Widmer (Hg.): Historische Begegnungen. Biografische Essays zur Schweizer Geschichte, Baden 2014, S. 205–230.

Knoepfli, Adrian: Mit Kaninchenzucht gegen den Hunger. Winterthur im Ersten Weltkrieg, in: Erika Hebeisen, Peter Niederhäuser, Regula Schmid (Hg.): Kriegs- und Krisenzeit. Zürich während des Ersten Weltkrieges, Zürich 2014, S. 37–47.

Knoepfli, Adrian: Homberger, Ernst, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30360.php, 10. Juni 2015.

Kocka, Jürgen, Heinz-Gerhard Haupt: Comparative and Transnational History, Oxford, New York 2009.

Koenen, Gerd: Der deutsch-russische Nexus, in: Politik und Zeitgeschichte 44–45, 2007, S. 27–32.

Korol, Martin: Dada, Präexil und die Freie Zeitung, Dissertation Universität Bremen, 1997.

Kracht Grosse, Klaus: Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005.

Kramer, Alan: Blockade and economic warfare, in: Jay Winter (Hg.): The Cambridge History of the First World War, Cambridge 2014, S. 476 f.

Kreis, Georg: Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918, Zürich 2014.
Kreis, Georg: Kleinstaat ohne Freunde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sucht die Schweiz den Anschluss an die Siegermächte, in: NZZ, 6. Juni 2015.
Kruizinga, Samuël: Government by Committee. Dutch Economic Neutrality and the First World War, in: James E. Kitchen, Alisa Miller, Laura Rowe (Hg.): Other Combatants, Other Fronts. Competing Histories of the First World War, Cambridge 2011, S. 99–124.
Kruizinga, Samuël: Neutrality, in: Jay Winter (Hg.): The Cambridge History of the First World War, Cambridge 2014, S. 542–575.
Kuhn, Konrad, Beatrice Ziegler: Vom Krieg im Frieden. Zur Geschichtskultur des Ersten Weltkriegs in der Schweiz – eine Einleitung, in: Konrad Kuhn, Beatrice Ziegler (Hg.): Der vergessene Krieg. Spuren und Traditionen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg, Baden 2014, S. 7–21.
Kuntz, Joëlle: Die Schweiz oder die Kunst der Abhängigkeit. Zwischenruf, Zürich 2014.
Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich 2003.
Kurz, Hans Rudolf: Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918, Stuttgart, Frauenfeld 1970.
Labhardt, Robert: Krieg und Krise. Basel 1914–1918, Basel 2014.
Labhart, Walter: Forrer, Ludwig, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3631.php, 15. Mai 2015.
Lambert, Nicolas A.: Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War, Cambridge, London 2012.
Langthaler, Ernst: Die Grossstadt und ihr Hinterland, in: Alfred Pfoser, Andreas Weigl (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, S. 1–9.
Laupper, Hans, Veronika Feller-Vest: Philippe Mercier, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4603.php, 15. Juli 2015.
Lemonidou, Elli: Constantine I, King of Greece, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/constantine_i_king_of_greece/2014-10-08, 25. Mai 2015.
Lengwiler, Martin: Undiszipliniert und prägend. Die Sozialgeschichte in der schweizerischen Historiographie des 20. Jahrhunderts, in: Pascal Maeder, Barbara Lüthi, Thomas Mergel (Hg.): Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch, Göttingen 2012, S. 57–88.
Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014.
Linke, Angelika, Jakob Tanner (Hg.): Attraktion und Abwehr. Die Amerikanisierung der Alltagskultur in Europa, Köln, Weimar, Wien 2006.
Linsmayer, Charles: Umgang mit der Schweiz. Nichtschweizer über die Schweiz und ihre Erfahrungen mit ihr, Frankfurt am Main, 1990.
Loepfe, Willi: Geschäfte in spannungsgeladener Zeit. Finanz- und Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1923 bis 1946, Weinfelden 2006.
Lüchinger, René: «Sie wollen die Schweiz auflösen», Interview mit Christoph Blo-

cher, www.blick.ch/news/politik/christoph-blocher-ueber-mythen-und-historiker-sie-wollen-die-schweiz-aufloesen-id3573870.html, 15. Oktober 2015.
Luciri, Pierre: Le prix de la neutralité. La diplomatie secrète de la Suisse en 1914–1915 avec des documents d'archives inédits, Genève 1976.
Lüdtke, Alf, Inge Marssolek, Adelheid von Saldern: Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996.
Lüpold, Martin: Der Ausbau der Festung Schweiz: Aktienrecht und Corporate Governance in der Schweiz 1881–1961, Dissertation an der Universität Zürich, Zürich 2008.
Lüthi, Katharina: Sorglos bis überfordert. Die Brotversorgungspolitik der Schweiz im Ersten Weltkrieg, Lizentiatsarbeit Universität Bern, Bern 1997.
Luyten, Dirk: War Finance Belgium, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/war_finance_belgium, 19. Juni 2015.
Maissen, Thomas: Die Geschichte der NZZ 1780–2005, Zürich 2005.
Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz, Baden 2010.
Maurer, Ernst: Die schweizerischen Handelskammern. Ihr Wesen, ihre Entwicklung, Organisation und Tätigkeit, Zürich 1924.
Mayer, Marcel: Hoffmann, Arthur, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3991.php, 2. Februar 2015.
Mazbouri, Malik: La biographie d'un grand banquier du début du 20e siècle: intérêt, matériaux et problèmes, in: Jakob Tanner, Youssef Cassis (Hg.): Banken und Kredit in der Schweiz. 1850–1930, Zürich 1993, S. 165–184.
Mazbouri, Malik, Sébastien Guex, Rodrigo Lopez: Finanzplatz Schweiz, in: Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Beatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 467–518.
McKercher, B. J. C.: Economic Warfare, in: Hew Strachan (Hg.): The Oxford Illustrated History of the First World War, Oxford 2014, S. 119–133.
Meier, Günther: Liechtenstein sucht Zuflucht im Schweizer Franken, in: NZZ, 5. Mai 2014, www.nzz.ch/schweiz/liechtenstein-sucht-zuflucht-im-franken-1.18295708, 5. Oktober 2015.
Meier, Heinz K.: Friendship under Stress. U. S.-Swiss Relations 1900–1950, Bern 1970.
Mergel, Thomas: Kulturwissenschaft der Politik: Perspektiven und Trends, in: Friedrich Jager, Burhard Liebsch, Jürgen Straub, Jörn Rüsen (Hg.): Handbuch der Kulturwissenschaften, Stuttgart 2004.
Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Silvia Serena Tschopp (Hg.): Kulturgeschichte, in: Basistexte Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 2008.
Merz, Otto: Die Kreditoperationen des Bundes von 1914–1922, Weinfelden 1925.
Meteling, Wencke: Literaturbericht. Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg. Englisch- und französischsprachige Studien über Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, in: Geschichte und Gesellschaft 37, 2011, S. 614–648.
Meyer, Conrad: Das Unternehmen NZZ 1780–2005, Zürich 2005.
Milbank Farrar, Marjorie: Conflict and Compromise. The Strategy, Politics and Diplomacy of the French Blockade 1914–1918, Den Haag 1974.
Minkmar, Nils: Eine Klasse für sich. Zum Tod Eric Hobsbawms, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 1. Oktober 2012, www.faz.net/aktuell/feuilleton/geistes-

wissenschaften/zum-tod-eric-hobsbawms-eine-klasse-fuer-sich-11910540.html, 30. März 2015.
Mittler, Max: Der Weg zum Ersten Weltkrieg: Wie neutral war die Schweiz? Kleinstaat und europäischer Imperialismus, Zürich 2003.
Moeyes, Paul: Neutral Tones. The Netherlands and Switzerland and their Interpretation of Neutrality 1914–18, in: Herman Amersfoort, Wim Klinkert (Hg.): Small Powers in the Age of War 1900–1940, Leiden 2011, S. 57–84.
Mommsen, Wolfgang J.: Deutschland, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 15–31.
Moos, Carlo: Ja zum Völkerbund – Nein zur Uno. Die Volksabstimmungen von 1920 und 1986 in der Schweiz, Zürich 2001.
Moos, Carlo: Schweizer Neutralität(en) zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Von der schwierigen Umsetzung eines umstrittenen Konzepts, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 214–239.
Moser, Peter: Agrarproduktion: Ernährungssicherung als Service Public, in: Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Beatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 568–620.
Moser, Peter: Mehr als eine Übergangszeit. Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 172–199.
Müller, Margrit: Internationale Verflechtung, in: Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Beatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 319–466.
Müller, Peter: Ein ostschweizerisches Schlösschen wird zum Kaiserhof. Der Aufenthalt von Ex-Kaiser Karl I. auf Schloss Wartegg vom 24. März 1919 bis am 20. Mai 1919, in: Historischer Verein des Kantons St. Gallen (Hg.): 1914–1918/19. Die Ostschweiz und der Grosse Krieg, St. Gallen 2014, S. 170–181.
Müller, Peter: Schmidheiny, Ernst, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4019.php, 22. März 2015.
Münger, Felix: Reden, die Geschichte schrieben. Stimmen zur Schweiz im 20. Jahrhundert, Zürich 2014.
Münkler, Herfried: Der grosse Krieg. Die Welt 1914–1918, Berlin 2013.
Musulin von Gomorje, Freiherr Alexander, www.deutsche-biographie.de/sfz67531.html, 21. April 2015.
Newberry Library: Biography of Melville Stone, http://mms.newberry.org/xml/xml_files/Stone.xml#bio1, 10. Dezember 2014, 25. Juni 2015.
Nolan, Mary: The Transatlantic Century Europe and America, 1890–2010, Cambridge 2012.
Nye, Joseph S.: Soft Power. The Means of Success in World Politics, New York 2004.
Obrecht, Max: Die kriegswirtschaftlichen Überwachungsgesellschaften S. S. S. und S. T. S. und insbesondere ihre Syndikate, Bern 1920.
Ochsenbein, Heinz: Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz, Bern 1971.
Offer, Avner: The First World War. An Agrarian Interpretation, Oxford 1989.

Ørvik, Nils: The Decline of Neutrality, 1914–1941. With Special Reference to the United States and the Northern Neutrals, London 1971.

Pernau, Margrit: Transnationale Geschichte, Göttingen 2011.

Perrenoud, Marc: Aperçu historique sur la représentation des intérêts étrangers par la Suisse et sur les activités de Walter Stucki en France, in: Politorbis, Nr. 56, Heft 1, Bern 2014, S. 11–16.

Perrenoud, Marc: Ritter, Paul, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14883.php, 26. April 2015.

Perrenoud, Marc: Claparède, Alfred de, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14837.php, 15. Juli 2015.

Pfenninger, Rudolf: Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland während des Krieges 1914–1918, Zürich 1928.

Pithon, Rémy: Frederick Harrison Burlingham, http://archiv.shedhalle.ch/dt/archiv/2006/programm/thematische_reihe/projekte/burlingham/index.shtml, 26. Mai 2015.

Ponce, Javier: Spain, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/spain, 1. Februar 2016.

Purtschert, Patricia, Harald Fischer-Tiné (Hg.): Colonial Switzerland. Rethinking Colonialism from the Margins, Basingstoke 2015, S. 1–25.

Quaderer, Rupert: Liechtenstein (Fürstentum), in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6528.php, 5. Oktober 2015.

Qvarnström, Sofi: Sweden, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/sweden, 1. Februar 2016.

Rast, Ferdinand: Die handelspolitische Stellung der Schweiz im Weltkrieg 1914/18 und in der folgenden Nachkriegszeit, Zürich 1921.

Rauchensteiner, Manfried: Österreich-Ungarn, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 64–86.

Rauchensteiner, Manfried: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918, Wien 2013.

Raulf, Monika: Blocher, Hermann, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D5954.php, 18. Mai 2015.

Read, Christopher: War and Revolution in Russia 1914–1922. The Collapse of Tsarism and the Establishment of Sovjet Power, London 2013.

Reeves, Nicolas: Official British Film Propaganda during the First World War, London 1986.

Reinger, Edwin: Der fluktuierende Wechselkurs des Schweizerfrankens von 1914–1924, Winterthur 1957.

Reinhart, Phillip: Der Deutsch-Schweizerische Eisenhandel während des Weltkrieges, Berlin, Mannheim, Leipzig 1921.

Riesenberger, Dieter: Deutsche Emigration und Schweizer Neutralität im Ersten Weltkrieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 38, Heft 2, 1988, S. 127–150.

Rinke, Stefan: Zimmermann Telegram, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online.

International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://dx.doi.org/10.15463/ie1418.10424, 26. April 2015.

Rinke, Stefan: Propaganda War (Latin America), in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/propaganda_war_latin_america, 25. August 2015.

Ritschl, Albrecht: The Pity of Peace: Germany's Economy at War, 1914–1918 and Beyond, in: Stephen Broadberry, Mark Harrison (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 41–77.

Rockoff, Hugh: Until its over, over there: the US economy in World War I, in: Stephen Broadberry, Mark Harrison (Hg.): The Economics of World War I, Cambridge 2005, S. 310–343.

Rodgers, Marion Elizabeth: Mencken. The American Iconoclast, Oxford 2005.

Rooch, Alrich: Bewertung des Warenhauses Bahnhofstrasse 75–79, Zürich (Manor) in seiner architektonischen und sozialräumlichen Bedeutung, 28. Februar 2014, S. 32–34, www.ig-manor-bahnhofstrasse.ch/Newsfiles/GUTACHTEN_ROOCH.pdf, 24. September 2015.

Rosen, Edgar R.: Italien und das Problem der schweizerischen Neutralität im Sommer 1914: italienische Akten zur Vorgeschichte des schweizerisch-italienischen Notenaustausches vom 19. September 1914, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 6, 1956, S. 106–112.

Rosen, Edgar R.: Rom – Bern: die Stille Krise des Weltkriegsjahres 1916, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 37, 1987, S. 119–136.

Rosenberg, Emily S.: Transnationale Strömungen in einer Welt, die zusammenrückt, in: dies. (Hg.): Weltmärkte und Weltkriege, 1870–1945 (Geschichte der Welt, Bd. 5), München 2012, S. 815–998.

Rossfeld, Roman, Tobias Straumann: Zwischen den Fronten oder an allen Fronten. Einführung, in: dies. (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 9–59.

Rossfeld, Roman: «Rechte hat nur, wer Kraft hat». Anmerkungen zur Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, in: ders., Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 144–171.

Rossfeld, Roman, Thomas Buomberger, Patrick Kury: Vorwort und Dank, in: dies. (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 6 f.

Rossfeld, Roman: «Schweigen ist Gold»: Kriegsmaterialexporte der schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie im Ersten Weltkrieg, in: Rudolf Jaun et al. (Hg.): An der Front und hinter der Front. Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder, Baden 2015, S. 292–313.

Rossfeld, Roman: «Abgedrehte Kupferwaren»: Kriegsmaterialexporte der schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Heft 2, 2015, S. 515–551.

Rossi, Sandra: Il Ticino durante la prima guerra mondiale: neutralità, questione nazionale e questione economico-sociale, Dissertation Universität Zürich, Zürich 1986.

Röthlisberger, Heinz Christian: Der politische Standort von Ulrich Wille, Stäfa 1975.

Ruchti, Jacob (Hg.): Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914–1919. Politisch, wirtschaftlich, kulturell, Bd. 2: Kriegswirtschaft und Kulturelles, Bern 1930.

Ruffieux, Roland: Die Schweiz des Freisinns (1848–1914), in: Ulrich Im Hof et al.: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel, Frankfurt am Main 1983
Ruggia, Luciano: Les relations financières de la Suisse pendant la première Guerre mondiale, in: Jakob Tanner, Youssef Cassis (Hg.): Banken und Kredit in der Schweiz, Zürich 1993, S. 77–98.
Sanz, Carolina García: Spanish Neutrality, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/spanish_neutrality, 29. Juni 2015.
Schagerl, Brigitte: Im Dienste eines Staates, den es nicht mehr geben sollte, nicht mehr gab, nicht mehr geben durfte. Friedrich Ritter von Wiesner. Diplomat, Legitimist, NS-Verfolgter, Dissertation, Universität Wien, 2012, http://othes.univie.ac.at/20786/1/2012-05-31_8103858.pdf, 21. August 2015.
Schaltegger, Christoph A., Lukas Schmid: Der Anleihemarkt als Spiegel der Bedrohungslage. Die Analyse der Preisentwicklung von Staatsanleihen birgt wichtige Hinweise zur Einschätzung der Kriegssituation aus Schweizer Sicht, in: NZZ, Sonderbeilage, 28. Juni 2014.
Schaufelberger, Walter: Österreichische Spionage in der Schweiz im Ersten Weltkrieg, Zürich 1981.
Schiedt, Hans-Ulrich: Schifffahrt, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14054.php, 28. Juni 2015.
Schild, Georges: Die Internierung von ausländischen Militäreinheiten in der Schweiz 1859, 1871, 1916–19. Eine geschichtlich-postalische Studie, Bern 2009.
Schmid-Fehr, Elisabeth: Tagebucheintrag vom 9. Februar 1917, in: Der Blog zur Ausstellung «14/18- Die Schweiz und der Grosse Krieg», http://baselersterweltkrieg.com/2014/11/22/1-2-1917-u-boot-krieg-und-versorgungsschwierigkeiten, 28. April 2015.
Schneider, Oliver: Diktatur der Bürokratie? Das Vollmachtenregime des Bundesrates im Ersten Weltkrieg, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 48–72.
Schoch, Jürg. Die Oberstenaffäre. Eine innenpolitische Krise 1915/16, Bern 1972.
Schröter, Harm: Aufstieg der Kleinen. Multinationale Unternehmen aus fünf kleinen Staaten vor 1914, Berlin 1993.
Schröter, Harm: Economic culture and its transfer: an overview of the Americanisation of the European economy. 1900–2005, in: European Review of History 4, 2008, S. 331–344.
Schubert, Peter: Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés in Bern während des Ersten Weltkriegs, Osnabrück 1980.
Schwarzenbach, Alexis: Die Seidenfirma Schwarzenbach im Zeitalter der Extreme 1910–1925, in: Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Wirtschaftskrieg, Zürich 2008, S. 63–88.
Schweizer, Paul: Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Frauenfeld 1895.
Seifert, Annatina: Rohstoffmangel und Hetzkampagne. Der Nahrungsmittelkonzern Maggi 1913–1923, in: Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Wirtschaftskrieg, Zürich 2008, S. 361–368.

Senarclens, Jean De: Bates, James, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D32432.php, 19. September 2015.
Senn, Alfred Erich: The Russian Revolution. 1914–1917, Madison, Milwaukee, London 1971.
Service, Robert: Lenin. Eine Biographie, München 2000.
Shafer, Robert: Hoover, Herbert, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/hoover_herbert, 23. September 2015.
Sharp, Alan: The Paris Peace Conference and its Consequences, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/the_paris_peace_conference_and_its_consequences, 1. Juni 2015.
Sieveking, Heinrich: Schweizerische Kriegswirtschaft, Zürich 1921.
Soiron, Rolf: Der Beitrag der Schweizer Aussenpolitik zum Problem der Friedensorganisation am Ende des Ersten Weltkrieges, Basel 1973.
Somary, Felix: Erinnerungen aus meinem Leben, Zürich 2013.
Soutou, Georges-Henri: L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale, Paris 1989.
Sprecher, Daniel: Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg. Seine militärisch-politische Leistung unter besonderer Berücksichtigung der Neutralität, Zürich 2003.
Srodes, James: Allen Dulles. Master of Spies, Washington, D. C. 1999.
Stadler, Peter: Fueter, Eduard, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16430.php, 4. August 2015.
Stamm, Konrad Werner: Die guten Dienste der Schweiz: aktive Neutralitätspolitik zwischen Tradition, Diskussion und Integration (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 44), Bern 1974.
Stamm, Konrad: Der «grosse Stucki». Eine schweizerische Karriere von weltmännischem Format. Minister Walter Stucki (1888–1963), Zürich 2013.
Staufer, Paul: Die Affäre Hoffmann/Grimm, in: Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, 53 (1973), S. 1–30.
Stauffacher, Werner: Der schweizerische Kapitalexport unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegszeit (Glarner Beiträge zur Geschichte, Rechtswissenschaft, Sozialpolitik und Wirtschaftskunde, Heft 9), Glarus 1929.
Steigmeier, Andreas: Schulthess, Edmund, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3791.php, 16. Januar 2015.
Steigmeier, Andreas: Heer, Henri, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D29512.php, 2. Juli 2015.
Stein, Oliver: Graf Alfred von Schlieffen, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918 Online, International Encyclopedia of the First World War., Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/schlieffen_alfred_graf_von, 20. Januar 2015.
Steininger, Rolf: Die Anschlussbestrebungen Deutschösterreichs und das Deutsche Reich 1918/19, beide in: Arbeitskreis für Regionale Geschichte (Hg.): «Eidgenossen helft euren Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Feldkirch 1990, S. 65–84.
Steinmann, Ernst: Aus Zeit und Streit. Notizen eines Politikers, Bern 1953.

Stettler, Peter: Grimm, Robert, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4516.php, 7. Mai 2015.

Stibbe, Matthew: British Civilian Internees in Germany. The Ruhleben Camp 1914–1918, Manchester 2008.

Strachan, Hew: Die Kriegführung der Entente, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 272–280.

Studer, Brigitte: Was ist Schweizer Geschichte? Die Helden des Vaterlands waren nicht nur männlich, nicht nur Deutschschweizer, in: Gastkommentare zum «Historikerstreit», in: NZZ Online, 23. April 2015, www.nzz.ch/meinung/debatte/was-ist-schweizer-geschichte-1.18527729, 15. Oktober 2015.

Studer, Brigitte et al.: Die Schweiz anderswo. AuslandschweizerInnen-SchweizerInnen im Ausland, in: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Jg. 29, Zürich 2015.

Sumpf, Alexandre: Russian Civil War, in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/societe_suisse_de_surveillance_economique_sss, 24. September 2015.

Supple, Barry: War Economies, in: Jay Winter (Hg.): The Cambridge History of the First World War, Bd. 2, Cambridge 2014.

Tanner, Jakob: Fabrikmahlzeit. Ernährungswissenschaft, Industriearbeit und Volksernährung in der Schweiz 1890–1950, Zürich 1999.

Tanner, Jakob: Die Schweiz im Grossen Krieg. Plädoyer für eine transnationale Geschichte, in: Roman Rossfeld, Thomas Buomberger, Patrick Kury (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg, Zürich 2014, S. 8–17.

Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.

Tooze, Adam: Statistics and the German State 1900–1945, Cambridge 2001.

Tooze, Adam: Die Vermessung der Welt. Ansätze zu einer Kulturgeschichte der Wirtschaftsstatistik, in: Hartmut Berghoff, Jakob Vogel (Hg.): Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels, Frankfurt am Main 2004, S. 325–351.

Tooze, Adam: The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order, 1916–1931, London 2014.

Trachtenberg, Marc: The Craft of International History. A Guide to Method, Princeton 2006.

Tribelhorn, Marc: Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt. Vor 75 Jahren hält Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz die berüchtigtste Rede der Schweizer Geschichte, in: NZZ, 22. Juni 2005.

Tribelhorn, Marc: Alles andere als eine Insel. Eine Wanderausstellung zeigt, mit welchen Krisen die Schweiz während des Weltkrieges zu kämpfen hatte, in: NZZ, 23. August 2014.

Trösch, Erich: Saurer, Adolph, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30481.php, 15. Juni 2015.

Trösch, Erich: Saurer, Hippolyt, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D30483.php, 2. Juli 2015.

Uhlig, Christiane et al.: Tarnung, Transfer, Transit. Die Schweiz als Drehscheibe verdeckter deutscher Operationen (1938–1952), Zürich 2001.

Ullmann, Hans-Peter: Kriegswirtschaft, in: Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2009, S. 220–232.
Ullmann, Hans-Peter: Finance, in: Jay Winter (Hg.): The Cambridge History of the First World War, Cambridge 2014, S. 408–433.
Ullrich, Volker: Nun schlittern sie wieder. Mit Clark gegen Fischer: Deutschlands Konservative sehen Kaiser und Reich in der Kriegsschuldfrage endlich wieder rehabilitiert, in: Zeit Online, 24. Januar 2014, www.zeit.de/2014/04/erster-weltkrieg-clark-fischer, 12. Mai 2015.
Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002.
Veyrassat, Beatrice: Wirtschaft und Gesellschaft an der Wende zum 20. Jahrhundert, in: Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Beatrice Veyrassat (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Basel 2012, S. 33–81.
Vincent, Charles Paul: The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915–1919, London 1985.
Weber, Florian: Société Suisse de Surveillance Economique (SSS), in: Ute Daniel et al. (Hg.): 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014 ff., http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/societe_suisse_de_surveillance_economique_sss, 24. September 2015.
Weber, Florian: Wirtschaftsdiplomatie im Totalen Krieg. Die Swiss Mission in den USA 1917, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 56, 2015, Heft 2, S. 553–585.
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.
Weidmann, Marc: Lardy, Charles, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14863.php, 15. Mai 2015.
Widmer, Paul: Diplomatie. Ein Handbuch, Zürich 2014.
Wilkins, Mira: Swiss Investment in the United States 1914–1945, in: Sébastien Guex (Hg.): La Suisse et les Grandes puissances, Genève 1999, S. 91–141.
Windlinger, Andreas: Wirtschaft geschlossen. Die ganze Geschichte der SPK, in: Roger Blum, Katrin Hemmer, Daniel Perrin (Hg.): Die AktualiTäter. Nachrichtenagenturen in der Schweiz, Bern, Stuttgart, Wien 1995, S. 47–64.
Winter, Jay (Hg.): The Cambridge History of the First World War, 3 Bände, Cambridge 2014.
Winkler, August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 1, München 2000.
Winter, Jay, Antoine Prost: The Great War in History. Debates and Controversies, 1914 to the Present, Cambridge 2005.
Wolper, Gregg: Woodrow Wilson's New Diplomacy: Vira Whitehouse in Switzerland 1918, in: Prologue. Quarterly of the National Archives, Bd. 24, Nr. 3, 1992, S. 226–239.
Wyl, Eva Maria von: Ready to Eat. Die Schweiz entdeckt amerikanische Esskultur, Zürich 2015.
Wylie, Neville: Une évaluation du parcours de la Suisse en tant que puissance protectrice à «double mandat» pour le Royaume-Uni et l'Allemagne durant la Seconde Guerre mondiale, in: Relations internationales, Nr. 144, 2010, S. 3–21.

Wylie, Neville: Pilet-Golaz and the making of Swiss foreign policy: some remarks, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 47, Heft 4, 1997, S. 608–620.
Zangger, Andreas: Koloniale Schweiz. Ein Stück Globalgeschichte zwischen Europa und Südostasien (1860–1930), Bielefeld 2011.
Zaugg-Prato, Rolf: Die Schweiz, die Vorarlberg-Frage und der österreichische Anschlussgedanke an Deutschland 1918–1922, in: Arbeitskreis für Regionale Geschichte (Hg.): «Eidgenossen helft euren Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Feldkirch 1990, S. 55–64.
Zeller, René: Kaiserwetter. Staatsbesuch Kaiser Wilhelm II., in: NZZ, 1. September 2012, www.nzz.ch/schweiz/kaiserwetter-1.17552068, 11. September 2015.
Ziebura, Gilbert: Weltwirtschaft und Weltpolitik. 1922/24–1931, Frankfurt am Mai 1984.
Ziegler, Peter: Robert Haab, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D4639.php, 15. Mai 2015.
Zilch, Reinhold: Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–18, Goldbach 1994.
Zimmermann, Hubert: Die politische Ökonomie der internationalen Geschichte, in: Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller (Hg.): Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln, Weimar, Wien 2004, S. 113–138.
Zoller, Lili: Die Notverordnungen und ihre Grundlagen im schweizerischen Strafrecht insbesondere, Dissertation Universität Zürich, Affoltern am Albis 1928.
Zündorf, Lutz: Zur Aktualität von Immanuel Wallerstein. Einleitung in sein Werk, Wiesbaden 2010.